Die frühbürgerliche
Revolution
in Deutschland

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

„Auch das deutsche Volk hat seine revolutionäre Tradition. Es gab eine Zeit, wo Deutschland Charaktere hervorbrachte, die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen können, wo das deutsche Volk eine Ausdauer und Energie entwickelte, die bei einer zentralisierten Nation die großartigsten Resultate erzeugt hätte, wo deutsche Bauern und Plebejer mit Ideen und Plänen schwanger gingen, von denen ihre Nachkommen oft genug zurückschauern.“ — Mit diesen Worten kennzeichnete Friedrich Engels einen entscheidenden Abschnitt der deutschen Geschichte, das Zeitalter der Reformation und des Bauernkrieges. Der Ausgang dieser historischen Prozesse, die ihrem Wesen nach eine frühbürgerliche Revolution darstellen, beeinflusste den Gesamtverlauf der deutschen Geschichte in den folgenden Jahrhunderten.

Diese revolutionären Traditionen darzustellen, ist nicht nur ein echtes wissenschaftliches Anliegen, sondern stellt gleichzeitig eine nationale Aufgabe von politisch-erzieherischer Bedeutung dar.

Max Steinmetz unternimmt in seinen Thesen und dem Referat auf der I. Tagung der Sektion Mediävistik der deutschen Historiker-Gesellschaft den Versuch, auf der Grundlage des historischen Materialismus eine gedrängte Zusammenschau der Probleme der frühbürgerlichen Revolution zu geben, richtet dabei das Hauptaugenmerk auf den Charakter von Reformation und Bauernkrieg und setzt sich kritisch mit den bürgerlichen Darstellungen auseinander.

DM

24,50

DIE FRÜHBÜRGERLICHE REVOLUTION IN DEUTSCHLAND

DEUTSCHE HISTORIKER-GESELLSCHAFT

TAGUNG DER SEKTION MEDIÄVISTIK
DER DEUTSCHEN HISTORIKER-GESELLSCHAFT
VOM 21.—23. 1. 1960 IN WERNIGERODE

BAND I

Städtische Volksbewegungen im 14. Jahrhundert

BAND II

Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland

Herausgegeben von

ERNST WERNER UND MAX STEINMETZ

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

1961

DEUTSCHE HISTORIKER-GESELLSCHAFT

DIE FRÜHBÜRGERLICHE REVOLUTION IN DEUTSCHLAND

Referat und Diskussion zum Thema

Probleme der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland 1476–1535

mit 1 Karte

Redaktionsleitung

GERHARD BRENDLER

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

1961

Copyright 1961 by Akademie-Verlag GmbH, Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, Berlin W 8, Leipziger Straße 3-4
Lizenz-Nr. 202 · 100/178/61 · MdI der DDR, Nr. 6375
Satz, Druck und Bindung: IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 1414
Bestellnummer 5404/2
Printed in Germany
ES 14 D

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Steinmetz, Max</i>	
Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland (1476–1535). Thesen	7
<i>Steinmetz, Max</i>	
Probleme der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts	17
<i>Blaschke, Karlheinz</i>	
Deutsche Wirtschaftseinheit oder Wirtschaftspartikularismus?	53
<i>Heitz, Gerhard</i>	
Zu einigen wirtschaftsgeschichtlichen Fragen der frühbürgerlichen Revolution . .	59
<i>Loesche, Dietrich</i>	
Zur Lage der Bauern im Gebiet der ehemaligen freien Reichsstadt Mühlhausen i. Th. zur Zeit des Bauernkrieges	64
<i>Schildhauer, Johannes</i>	
Das Anwachsen der plebejischen Schicht der Stadtbevölkerung im Ostseegebiet und deren Rolle in der frühbürgerlichen Revolution	73
<i>Müller-Mertens, Eckhard</i>	
Zu den Aufgaben der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland und der Rolle des Königtums	81
<i>Goebke, Hermann</i>	
Thomas Müntzer — familiengeschichtlich und zeitgeschichtlich gesehen	91
<i>Mittenzwei, Ingrid</i>	
Bemerkungen zum Charakter von Reformation und Bauernkrieg in Deutschland . .	101
<i>Straube, Manfred</i>	
Die Reformatio Sigismundi als Ausdruck der revolutionären Bewegungen im 15. Jahrhundert	108
<i>Vogler, Günter</i>	
Zur Entstehung und Bedeutung des Heilbronner Programms	116
<i>Falk, Gebhard</i>	
Strafgeldregister, unausgeschöpfte Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges 1525 in Thüringen	126
<i>Neuß, Erich</i>	
Über städtische Polizeipersonale in Mitteldeutschland während des Reformationsjahrhunderts	134
<i>Müller, Helmut</i>	
Die Forderungen der thüringischen Städte im Bauernkrieg	138

<i>Donnert, Erich</i>	
Bemerkungen zur Frage der Reformation und der Volksbewegungen in Livland . . .	145
<i>Zschäbitz, Gerhard</i>	
Die Stellung der Täuferbewegung im Spannungsbogen der deutschen frühbürgerlichen Revolution	152
<i>Becker, Henrik</i>	
Ausgaben frührevolutionärer Quellen	163
<i>Günther, Gerhard</i>	
Der Mühlhäuser Rezeß vom 3. Juli 1523	167
<i>Köditz, Hanna</i>	
Zur Ideologie der Täuferbewegung in Mühlhausen in Thüringen	184
<i>Macek, Josef</i>	
Resumé des noch unveröffentlichten Buches über Michael Gaismaier	208
<i>Steinmüller, Karl</i>	
Zur Lage der Zwickauer Tuchmacherei zwischen 1470 und 1530	220
<i>Zöllner, Walter</i>	
Philipp Melanchthon und der Bauernkrieg	225
<i>Brendler, Gerhard</i>	
Eine Exkursion zu den Wirkungsstätten Thomas Müntzers in Thüringen	228
<i>Mühlpfordt, Günter</i>	
Deutsche Täufer in östlichen Ländern	234
<i>Steinmetz, Max</i>	
Nachwort	295
Autorenverzeichnis	307

MAX STEINMETZ

Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland (1476–1535)

Thesen¹

I.

1. „Die erste große Aktion des aufkommenden Bürgertums“ (Engels) in Deutschland erreichte ihren Höhepunkt in Reformation und Bauernkrieg (1517–1525), der bedeutendsten revolutionären Massenbewegung des deutschen Volkes bis zur Novemberrevolution von 1918.

Die marxistische Konzeption dieser hochbedeutsamen Ereignisse entwickelte zuerst Friedrich Engels in seiner Abhandlung „Der deutsche Bauernkrieg“ (1850), indem er bewies, daß die Jahre zwischen dem Beginn der Reformation (1517) und dem Ende des Bauernkrieges (1525) die frühbürgerliche Revolution in Deutschland bilden, und weiter zeigte, daß in dem geschichtlichen Ablauf dieser Jahre die für eine bürgerliche Revolution charakteristischen Entwicklungsstufen mit voller Klarheit hervortreten.

Dieser „großartigste Revolutionsversuch des deutschen Volkes“ vor den Ereignissen der Jahre 1918/19 kann aber nicht isoliert verstanden werden. Mit vollem Recht beginnt Engels seine Darstellung mit dem Jahre 1476 und endet mit dem Tode Gaismaiers, den er fälschlich in das Jahr 1527 setzt. Nicht nur die Tatsache, daß Gaismaier erst 1532 von seinen Feinden aus dem Wege geräumt wurde, sondern die Erkenntnis, daß die revolutionären Ereignisse über das Jahr 1527 hinaus sich bis ins Jahr 1535 erstrecken, zwingt uns, erst mit diesem Jahre die frühbürgerliche Revolution abzuschließen.

2. Um den gesamten Prozeß von Herausbildung, Heranreifen, Kulmination und Niedergang der Ereignisse der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland richtig zu erfassen, wird eine Periodisierung in drei Abschnitten vorgeschlagen:

- a) Die aufsteigende Linie der Klassenkämpfe von den Auswirkungen der hussitischen revolutionären Bewegung auf Deutschland, gipfelnd in der Reformation Sigismundi (I. Druck 1476) und besonders im Aufstand des Pfeifers von Niklashausen (1476) über die Bundschuhbewegung, den Armen Konrad und den Aufstand des Dozsa in Ungarn (1514) zum Beginn der Reformation Luthers (1517).
- b) Die Reformation und der Bauernkrieg als Kernstück und Höhepunkt der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland vom Thesenanschlag in Wittenberg bis zur Niederlage der meisten Bauernheere in den Jahren 1525/26.

¹ Erstmals veröffentlicht in „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, Heft 1/1960, S. 114 bis 124.

- c) Die absteigende Linie der Klassenkämpfe, endend nach dem Untergang Zwinglis (1531) und Gaismaiers (1532) mit dem Jahre 1535, in dem Münster erobert, die revolutionäre Täuferbewegung zerschlagen und Wullenweber gefangen genommen wird.

Die Wittenberger Konkordie von 1536 setzt den Schlußstrich unter diese Entwicklung.

3. Die Jahre zwischen 1535 und 1555 bringen den endgültigen Sieg der Fürstenreformation. Nach dem Wegfall der Bedrohung durch die soziale Revolution ist die wichtigste Auseinandersetzung, die zwischen den Fürsten einerseits und dem Kaiser andererseits, ohne daß damit die gegenseitige Rivalität der Fürsten untereinander aufgehoben wird. Eine „Revolution von oben“ gelingt in diesem Zeitraum so wenig wie die „Revolution von unten“ in dem vorausgegangenen. Die sog. Fürstenrevolution ist lediglich der endgültige Sieg der Fürstenreformation, der sich auswirkt in der Errichtung von Landeskirchen und in der Aneignung geistlicher Besitzungen bzw. deren Umwandlung in erbliche fürstliche Territorien (1525 Herzogtum Preußen, 1561 Herzogtum Kurland usw.).

4. Die lange Vorherrschaft und nicht geringe Nachwirkung der protestantischen Lutherlegende hat nicht nur das Bild Müntzers und die Rolle der Täufer lange verdunkelt, sondern auch die wichtige Tatsache in den Hintergrund treten lassen, daß es neben den thüringisch-sächsischen Gebieten mit den Wirkungsstätten Luthers, Müntzers und Karlstadts noch ein zweites Zentrum der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland gibt: die Alpenländer, besonders die heutige Nordschweiz und Tirol mit den Wirkungsstätten Zwinglis, Gaismaiers, Niklaus Manuels u. a. Der Einfluß des alpenländischen Zentrums erstreckte sich bis zur Wittenberger Konkordie des Jahres 1536 auf die bedeutenden oberdeutschen Städte Straßburg, Memmingen, Konstanz und Lindau.

5. Ein Zusammengehen der beiden Zentren kam trotz mehrerer Vermittlungsversuche nicht zustande (Marburger Religionsgespräch von 1529, Katastrophe der Zwinglischen Politik 1531), da die deutschen Fürsten der bürgerlich-radikalen und republikanischen Richtung der Schweizer nicht trauten und vollends die revolutionär-antihabsburgische Politik Zwinglis und Gaismaiers ablehnten.

II.

6. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist gekennzeichnet durch einen bedeutenden Aufschwung der gewerblichen Produktion, hervorgerufen durch zahlreiche technische Erfindungen, besonders durch die Erschließung neuer Bodenschätze und begünstigt durch ausgedehnte Fernhandelsverbindungen.

Der Niedergang der feudalen Produktionsweise und das beginnende Eindringen kapitalistischer Elemente und Formen in die Wirtschaft ist bereits seit der Mitte des 14. Jhs. festzustellen, verstärkt sich jedoch beträchtlich seit der Mitte des 15. Jhs. Neben das noch immer vorherrschende Handels- und Wucherkapital tritt in West-, Südwest- und Mitteldeutschland bereits die Kapitalbildung durch Aneignung des Mehrwertes.

Durch das Eindringen des Kapitals in die Sphäre der Produktion entstehen die ersten Ansätze einer kapitalistischen Produktionsweise. Im Bergbau und Hüttenwesen sowie in der Textilindustrie bildet sich bereits industrielles Kapital. Die noch unvollkommene und rudimentäre Form der frühen kapitalistischen Produktionsweise ist das sog. Verlagswesen. Hier finden wir bereits frühe Formen kapitalistischer Ausbeutung, die zur Bildung einer zahlreichen Schicht von Plebejern führen, aus denen das Vorproletariat entstand.

7. Im Gegensatz zur industriellen ist bei der agrarischen und zunfthandwerklichen Produktion eine immer weiter um sich greifende Stagnation festzustellen. Das verstärkte Eindringen der Ware-Geld-Beziehungen führt zu einer ständig verstärkten feudalen Ausbeutung der Bauern (Umwandlung der Naturalabgaben in Geldabgaben). Auf den in ihrer überwiegenden Masse leibeigenen und hörigen Bauern, die die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes bildeten, lastete „der ganze Schichtenbau der Gesellschaft: Fürsten, Beamte, Adel, Pfaffen, Patrizier und Bürger“ (Engels).

8. Die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals vermag sich in Deutschland aber nur in geringem Maße durchzusetzen. Die Freisetzung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln erfolgt nur in schwachem Umfange. Die Umwandlung der Bauern in Lohnarbeiter wird verhindert durch die seit der Mitte des 15. Jhs. einsetzende sog. 2. Leibeigenschaft, der erneuten Fesselung an den Boden, um den Feudalherrn höhere Erträge zu sichern und den Übergang zu kapitalistischen Formen der Bewirtschaftung zu ermöglichen.

9. Verschärfend und alle Widersprüche steigernd wirkt sich die Grundtatsache der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands am Vorabend der frühbürgerlichen Revolution aus: die fortschreitende Zersplitterung des Landes, das in immer zahlreichere, fast selbständige weltliche und geistliche Territorien zerfiel. Der wachsenden Macht der „großen Hansen“ gegenüber sank die Zentralgewalt in völlige Ohnmacht.

10. Das zersplitterte und im ganzen ohnmächtige Deutschland wurde zur leichten Beute der Papstkirche, deren wachsende finanzielle Forderungen in schärfstem Gegensatz standen zu dem geistigen und sittlichen Niedergang des gesamten Kirchenwesens, was immer heftigeren Unwillen bei allen Klassen und Schichten hervorrief.

11. Eine zunehmende Verschärfung der Klassenkämpfe war die zwangsläufige Folge dieses immer deutlicheren Auseinanderklaffens der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft und der überkommenen Produktionsverhältnisse, die längst aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte zu Fesseln geworden waren.

Auf dem Lande riß die Kette der Bauernaufstände nicht mehr ab, bei denen die Einflüsse der revolutionären Hussitenbewegung von großer Bedeutung waren. In den Städten entluden sich die sozialen Spannungen in nicht minder zahlreichen städtischen Aufstandsbewegungen.

So zweifelsfrei es ist, daß gerade die ökonomisch fortgeschrittensten Gebiete des Bergbaus und Hüttenwesens sowie der Textilindustrie, in denen die ursprüngliche

Akkumulation am stärksten gewirkt hatte und die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sich am meisten ausgedehnt hatten, also West-, Südwest- und Mitteldeutschland, dazu die nördlichen Alpenländer und die Slowakei, zu den Zentren und Hauptgebieten der frühbürgerlichen Revolution wurden, so sehr muß hervorgehoben werden, daß die Widersprüche in der damaligen Produktionsweise keineswegs ausreichten, um alle nichtfeudalen Schichten zu einer Kampffront zusammenzuschmelzen:

Das Handelskapital, das von jeher dem Feudalismus diente, auch wenn es den Kapitalismus vorbereiten half, geriet nicht in Widerspruch zu der erstarkenden Fürstengewalt, sondern arbeitete mit dieser zusammen.

12. Die Periode der heranreifenden frühbürgerlichen Revolution ist gekennzeichnet durch den beginnenden „Prozeß des Zusammenschlusses zur Nation“ (Stalin), der sich ausdrückt in einem starken Nationalbewußtsein nicht nur bei Adel und Bürgertum, sondern in wachsendem Maße auch bei den Volksmassen. Im Kampf gegen die feudale Zersplitterung, die Aussaugung durch die römische Kirche, den Verfall der Zentralgewalt entsteht ein kräftiges Nationalgefühl, das die Abstellung dieser Mißstände immer heftiger fordert und in dem Verlangen nach der Herstellung der Einheit Deutschlands gipfelt.

In diesem Zusammenhang muß auch der starken Bestrebungen zur Festigung der Zentralgewalt gedacht werden, die, auch wenn sie von verschiedenen Klassen und Gruppen getragen werden, sich doch alle gegen die antinationalste Macht, die Fürsten, richten (von Nikolaus von Cues über die *Reformatio Sigismundi*, die Reichsreformbestrebungen Berthold von Hennebergs zu den Forderungen des Heilbronner Programms).

13. Die Ketzerbewegung bereitete die frühbürgerliche Revolution wirksam vor: Als bürgerliche Ketzerei der Städte richtete sie sich gegen die wirtschaftliche und politische Stellung der Kirche, als bäuerlich-plebejische Ketzerei forderte sie darüber hinaus die Herstellung der urchristlichen Gleichheitsverhältnisse in der Gemeinde und in der bürgerlichen Welt, d. h. praktische Herstellung der bürgerlichen Gleichheit bis zur Gleichheit des Vermögens.

14. Auf ideologischem Gebiet wirkte in gleicher Weise vorbereitend der Humanismus der Renaissanceperiode. Sein Vordringen seit der Mitte des 15. Jhs. bewirkte in hohem Maße die Zersetzung des mittelalterlich-feudalen Weltbildes dadurch, daß er die Kritik an der verweltlichten Kirche förderte, und bereitete so das bürgerliche Denken und Forschen vor. Die Anpassung des kirchlichen Weltbildes an die neuen Bedürfnisse des bereits z. T. kapitalistisch wirtschaftenden Bürgertums erfolgte erst auf dem Konzil zu Trient.

Die deutschen Humanisten kritisierten die kirchlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Zeit scharf und erhoben die Forderung nach der Einheit des Reiches. Sie leisteten auf dem Gebiet der Sprachwissenschaft, der Geschichtsschreibung, der Geographie, der Volkskunde und der Literatur einen bedeutenden Beitrag zur Herausbildung des deutschen Nationalbewußtseins und zur Schaffung einer bürgerlichen Wissenschaft (Reuchlin, Celtis, Pirckheimer, Hutten, Wimpfeling u. a.). Zu den charakteristischen Erzeugnissen des spezifisch deutschen Humanismus

gehören die *Epistolae obscurorum virorum* (1515/17), die Reuchlin im Streit mit den Kölner Dominikanern unterstützen sollten und die von Crotus Rubianus und Ulrich von Hutten verfaßt wurden.

Den Volksmassen standen die Humanisten jedoch ohne Verständnis gegenüber. Indem sie sich lieber des von ihnen erneuerten klassischen Lateins als ihrer Muttersprache bedienten, beraubten sie sich selbst der Breitenwirkung und machten den Humanismus zu einer reinen Gelehrtenangelegenheit.

Mehrere Universitäten, so z. B. Wittenberg, wurden zu Zentren des Humanismus, ohne daß es jedoch gelang, die gesamten deutschen Hochschulen im Sinne des Humanismus zu erneuern.

15. Auf die großartige Entwicklung der zeitgenössischen deutschen Kunst mit Grünewald, Dürer, Cranach, den Brüdern Beham, Riemenschneider, dem Petrarcameister, Rathgeb, Manuel gen. Deutsch u. a. kann nur hingewiesen werden. Unter religiöser Thematik wird das gesellschaftliche Leben der Zeit in seinen Spannungen und Konflikten meisterhaft gestaltet und besonders in der reichen Entwicklung der graphischen Künste ein lebendiges Bild des Volkslebens gegeben. Es ist sicher kein Zufall, daß die großen deutschen Maler und Zeichner fast geschlossen auf der Seite des Volkes kämpften und mit Leib und Leben für die Revolution einstanden.

III.

16. „Die Revolution ist ohne eine gesamt nationale (Ausgebeutete wie Ausbeuter erfassende) Krise unmöglich“ (Lenin).

Eine solche Krise hatte zu Beginn des 16. Jhs. alle Klassen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ergriffen und verschärfte sich mit jedem Jahr.

17. An der Spitze des Reiches stand ein angeblich römisches, in Wahrheit aber habsburgisches König- und Kaisertum, das längst nicht mehr als nationale Monarchie angesprochen werden konnte und in seinen politischen Bestrebungen Wegegung, die nichts mehr mit den nationaldeutschen Interessen zu tun hatten. Die sog. Kaiserwahl und die Regierungszeit Karls V. machten die inneren Widersprüche der habsburgischen Herrschaft offenkundig. Eine Wahl Friedrichs von Sachsen (einst von Kalkoff behauptet) hätte keinen Ausweg aus der Krise der Zentralgewalt gebracht, da die sächsische Territorialmacht seit der Wettinischen Hauptteilung von 1485 geschwächt und bald auch gespalten war.

Alle Versuche zu einer Reichsreform von oben scheiterten entweder am Widerstand der Habsburger (so das 1. und 2. Reichsregiment 1502 bzw. 1524) oder am Widerstand der Fürsten (so Maximilians Bemühungen nach dem Landshuter Erbfolgekrieg 1503–1505 und Karls V. Politik nach dem Schmalkaldener Kriege).

18. Das Fürstentum – die „landesfürstliche Obrigkeit“ des 16. Jhs. – hatte sich im Kampf gegen die Zentralgewalt und gegen die eigenen Landstände, d. h. gegen den Adel, die Städte und die Kirche, weitgehend durchgesetzt. Die Verschärfung der Klassenkämpfe in Stadt und Land hatte seit der Mitte des 15. Jhs. die Schaffung festerer staatlicher Organisationsformen notwendig gemacht. Charakteristisch und

verhängnisvoll zugleich wurde, daß sich die Entwicklung zum Ausbau des Staatsapparates in Deutschland lediglich auf dem Boden fürstlicher Kleinstaaten vollziehen konnte, die auf diese Weise ein völliges Übergewicht gegenüber der Zentralgewalt erhielten.

Das Streben der Landesfürsten nach völliger Selbständigkeit nach innen wie nach außen umfaßte auch die Entscheidung über die kirchlichen Belange; das Landeskirchentum der Fürstenreformation ist lediglich die letzte Konsequenz einer langen Entwicklung.

Dennoch wäre es falsch, die Stabilität der Territorialstaaten vor der frühbürgerlichen Revolution zu überschätzen; vielfach gab es keine Hauptstadt als wirklich ökonomisches und politisches Zentrum, die Fürsten zogen noch nach alter Sitte von Schloß zu Schloß, die Besitzungen waren völlig zersplittert und ohne Verbindung miteinander. Aber gerade dieser Zustand machte den Übergang zu einem kleinstaatlichen Absolutismus für die Herrschenden unumgänglich.

19. Die Lage in Deutschland war noch besonders kompliziert durch die Existenz zahlreicher geistlicher Staaten, d. h. von Territorien, die kirchlichen Körperschaften unterstanden und von diesen, gestützt auf das Kirchenrecht, regiert wurden.

Diese eigenartige Vermengung von weltlichen und geistlichen Belangen bedeutete nicht nur eine doppelte Ausbeutung für die Untertanen, sondern auch eine Verlockung für die weltlichen Fürsten, sich diese Besitzungen auf irgendeinem Wege anzueignen.

20. Auch das katholisch-konservative Lager in Deutschland konnte nicht mehr in der bisherigen Weise seine Herrschaft behaupten. Sein Drängen auf Abstellung der Gravamina der deutschen Nation führte 1524 zur Forderung nach Einberufung eines Nationalkonzils, das an dem heftigen Widerstand des universalen Papst- und Kaisertums scheiterte. Aber auch in den Jahren danach war das katholisch-konservative Lager nicht fähig, die Gravamina-Frage auf den Reichstagen von sich aus zu lösen; dazu bedurfte es des Reformkonzils von Trient.

21. Der Aufstieg des Fürstentums führte zwangsläufig zum Verfall des Rittertums und zum Verlust der Selbständigkeit bei zahlreichen ehemals unabhängigen Städten (Mainz, Halle, Erfurt und vielen anderen). Ritterschaft wie Städte unternahmen verzweifelte Versuche, gegen diese Entwicklung anzukämpfen.

22. Das Bürgertum des beginnenden 16. Jhs. war weit davon entfernt, die Einheitlichkeit der späteren Bourgeoisie als Klasse aufzuweisen. Es war überhaupt erst auf dem Wege, sich zur kapitalistischen Klasse zu entwickeln.

Das Patriziat der Städte war in seinen Hauptvertretern zu fast fürstlichem Rang aufgestiegen, Fugger und Welser wurden direkt geadelt. Das mittlere und kleine Bürgertum war noch weithin zünftlerisch gebunden und befangen, in seinen Hauptvertretern an die feudalen Zustände gekettet und somit ohne Willen und Kraft zur Selbstbefreiung und Weiterentwicklung. Die Fortdauer der Spaltung Deutschlands und die Verlagerung der Handelswege, vor allem der gering entwickelte innere Markt behinderten die Herausbildung einer breiten und selbstbewußten bürgerlich-kapitalistischen Klasse. Die Produktion für den Hof (Luxusbedarf,

Heerwesen, Befestigungsanlagen, Bauten) überwog bei weitem diejenige für den inneren Markt, zumal da nur geringe Möglichkeiten bestanden, den Bedarf durch Ausweitung der Produktion zu decken.

IV.

23. Die erste Etappe der frühbürgerlichen Revolution ist die durch den Thesenanschlag des Wittenberger Professors Martin Luther gegen den Ablass ausgelöste nationale Bewegung, die zum ersten Male in der deutschen Geschichte alle Klassen und Schichten des deutschen Volkes – mit Ausnahme der meisten geistlichen Fürsten und Prälaten, aber einschließlich der Masse der niederen Geistlichkeit – unter Führung des mittleren Bürgertums im Kampf gegen die Papstkirche vereinigt (1517–1521). Höhepunkte dieser Etappe sind die Schriften Luthers aus dem Jahre 1520, die Verbrennung der kanonischen Rechtsbücher und der Bannandrohungsbulle am 10. Dezember 1520 sowie Luthers berühmtes Auftreten auf dem Reichstag zu Worms 1521.

24. Auf der Wartburg beginnt Luther die Bibelübersetzung mit dem Neuen Testament (Septemberbibel). Als Bibelübersetzer, Verfasser von Flug- und Streitschriften, Dichter von Kirchenliedern, leistet er einen gewaltigen Beitrag zur Entwicklung, Ausbreitung und Durchsetzung der einheitlichen hochdeutschen Schrift- und Literatursprache.

25. Die lutherische Reformation schafft die von dem Bürgertum geforderte „wohlfeile“ Kirche. Sie bricht mit der Papstkirche, führt zur Beseitigung der geistlichen Staaten und des geistlichen Rechts, zur Aufhebung der Klöster und Freisetzung ihrer Insassen für das bürgerliche Leben, schafft die erzwungene Ehelosigkeit der Geistlichen ab, beseitigt das ganze System der Heiligenverehrung mit Feiertagen und Reliquienkult, Wallfahrten und Prozessionen, das ganze System von Kirchenstrafen, Indulgenzen, Dispensen, Ablässen usw. Die Zahl der Sakramente wird reduziert, die geistlichen Orden, Bruderschaften, Kongregationen und Stiftungen beseitigt, die lateinische Kirchensprache abgeschafft und die deutsche Sprache auch im kirchlichen Bereich zur Alleinherrschaft gebracht, wenn auch keineswegs in der Wissenschaft, in der sich das Latein noch bis ins 18. Jh. hält. Niemand wird bestreiten, daß „die Reformation eine bürgerliche Bewegung“ (Engels) ist, die außerordentlich nachhaltig nicht nur in das kirchliche, sondern vor allem in das gesellschaftliche Leben eingegriffen hat.

26. Aber bereits nach dem Reichstag zu Worms beginnt die 2. Etappe der frühbürgerlichen Revolution, die Etappe der Herausbildung der vier religiös-politischen Lager (1521–1524). Mit diesem Differenzierungsprozeß endet zugleich die einheitliche nationale antirömische Bewegung.

a) Das konservativ-katholische Lager umfaßte alle Elemente, die an der Erhaltung der bestehenden Verhältnisse interessiert sind: von der Reichsgewalt, den geistlichen Fürsten und Prälaten über einen Teil der weltlichen Fürsten und den reicheren Adel bis zu Teilen des städtischen Patriziats. An der Spitze dieses Lagers standen neben anderen der bayrische Kanzler Leonhard von Eck und

der Herzog Georg von Sachsen. Es organisierte sich zuerst als Partei auf dem Regensburger Konvent 1524.

- b) Das bürgerlich-gemäßigte lutherische Lager umfaßte die besitzenden Elemente der Opposition vornehmlich des mittleren und nördlichen Deutschlands: die Masse des niederen Adels, die Bürgerschaft und einen nicht unbeträchtlichen Teil der weltlichen Fürsten, die sich Hoffnung machten auf Konfiskation des geistlichen Besitzes und Erlangung größerer Unabhängigkeit vom Reich (die altgläubigen weltlichen Fürsten suchten diese Vorteile durch Zugeständnisse von Papst und Kaiser zu erpressen).

An der Spitze dieses Lagers standen die Kurfürsten von Sachsen (Ernestiner), der Landgraf von Hessen und einzelne Reichsstädte.

- c) Das bürgerlich-radikale Lager unter Zwingli, das die besitzenden Elemente von Zürich und Bern umfaßte, humanistische Bestrebungen mit den Forderungen des bürgerlich-gemäßigten lutherischen Lagers verschmolz und in seiner republikanisch-städtischen Haltung, in seinem Willen zur praktisch-vernünftigen Umgestaltung des gesamten öffentlichen Lebens in sozialer, wirtschaftlicher und sittlicher Hinsicht sich dadurch grundlegend von dem bürgerlich-gemäßigten Lager unterschied, in dem von Anfang an die Fürsten bestimmend waren.

In dem Bestreben nach politischer Umgestaltung der Schweizer Eidgenossenschaft und dem daraus resultierenden Kampf gegen Habsburg fand Zwingli in Michael Gaismaier einen hervorragenden Verbündeten.

- d) Die revolutionäre Bewegung der Bauern und Plebejer, die allein ganz Deutschland umfaßte und deren Forderungen am wirkungsvollsten Müntzer und Gaismaier ausgesprochen haben.

27. Bei allen Lagern handelt es sich um einen Prozeß der Herausbildung, nicht um eine sofort zutage tretende Differenzierung. Auch das konservativ-katholische Lager darf man sich nicht zu einheitlich denken, so wenig wie das bürgerlich-gemäßigte lutherische Lager jemals ohne innere Widersprüche und Gegensätze war.

Aber während sich das konservativ-katholische Lager seit 1524/25 zusehends festigte und den verlorenen Boden zum Teil zurückgewinnen konnte (Gegenreformation, Tridentinum, Jesuitenorden), zerfiel das bürgerlich-gemäßigte lutherische Lager infolge Uneinheitlichkeit und Unfähigkeit immer mehr (Doppelehe des Landgrafen, Zerwürfnis zwischen Ernestinern und Albertinern, Schmalkaldischer Krieg, Wittenberger Kapitulation). Zwar werden das bürgerlich-radikale Lager zurückgedrängt und das revolutionäre Lager 1525–1535 vernichtend geschlagen, aber dies war nur möglich durch das Klassenbündnis aller bedrohten Fürsten, die es zudem verstanden, die Uneinigkeit ihrer Gegner für ihre Zwecke auszunutzen. Diese klassenbedingte Gemeinsamkeit führte dann auch zur Niederlage Karls V. und zum Augsburger Religionsfrieden.

28. Der Zerfall der einheitlichen revolutionären Front zeigte sich bereits in den Wittenberger Unruhen, wirkte sich aber zuerst in dem separaten Ritteraufstand voll aus, in dem der niedere Adel versuchte, seine Interessen im Kampf gegen Fürsten und Pfaffen allein durchzusetzen. Das Ziel war die Vernichtung der geist-

lichen und weltlichen Fürstenmacht, die Losreißung Deutschlands von Rom und die Herstellung der Adelherrschaft.

Alle adeligen Bemühungen um die Herstellung eines Bündnisses mit den Bauern und Städtern mußten scheitern, da eine Adelherrschaft allein den Rittern Vorteile bot. Der Aufstand blieb isoliert und wurde vernichtend geschlagen (Sickingen, Absberg u. a.).

29. Thomas Müntzer trennte sich früh von Luther und entwickelte seine Lehre in Zwickau, Prag, Allstedt, am Oberrhein und in Mühlhausen zum konsequentesten Ausdruck der Volksreformation in Deutschland. Das politische Programm Müntzers fordert „die Vernichtung der fürstlichen Staatsordnung und den Übergang der Macht an das Volk zur Liquidierung der Ursachen des Bösen“ (Smirin). Müntzer brachte „in theoretisch vollendeter Form die volkstümliche Auffassung der Reformation zum Ausdruck“ (ders.). Diese Volksreformation war aber nicht nur eine Angelegenheit des bäuerlich-plebejischen Lagers, sondern stellt einen Höhepunkt nationaler Politik in unserer Geschichte dar: „Die Volksreformation wies bei Anbruch der Epoche der frühbürgerlichen Revolution den wahren demokratischen Weg für ihre Durchführung.“¹

30. Im Verlauf des großen deutschen Bauernkrieges bildeten sich zwei Flügel, ein gemäßigter und ein radikaler. Charakteristisch für den gemäßigten Flügel sind die berühmten 12 Artikel und das Heilbronner Programm des F. Weigandt, markanter Vertreter ist Wendel Hipler. Der radikale Flügel steht unter dem vorhersehenden Einfluß Müntzers und Gaismaiers, wobei die Wirksamkeit des letzteren sich auf die Alpenländer erstreckt, während Müntzer versuchte, die revolutionären Aktionen in West-, Südwest- und Mitteldeutschland zusammenzufassen. Hauptprogramme dieses Flügels sind der Artikelbrief und die Tiroler Landesordnung, die beide die Vernichtung des Feudalsystems, die Übergabe der Macht an das Volk und die Errichtung einer demokratischen Republik fordern.

Eine mittlere Stellung zwischen beiden Flügeln nimmt die Flugschrift „An die Versammlung gemeiner Bauernschaft“ ein.

31. Die im Bauernkrieg gipfelnde frühbürgerliche Revolution stellt den ersten Versuch der Volksmassen dar, von unten her einen einheitlichen nationalen Staat zu schaffen.

Dieses Ziel hätte erreicht werden können, wenn es eine Vereinigung der Kräfte unter einer einheitlichen zielbewußten Leitung gegeben hätte, die in der Lage gewesen wäre, die mangelhafte Disziplin, die Lokalborniertheit und die geringe Verbindung der Bauern mit den plebejischen Schichten der Städte zu überwinden. Eine solche Leitung wurde zwar von den hervorragendsten Führern der Bauern erstrebt, konnte jedoch von diesen allein niemals gewährleistet werden. „Mit blutiger Gewalt konnten der Adel und die Kirchenfürsten die demokratische Bauernbewegung niederschlagen, weil sich die dazu historisch berufene nationale Kraft, das Bürgertum der Städte, nicht an die Spitze des Kampfes gegen den Feudalismus stellte. Allein gelassen und in sich zersplittert, konnte die Bauernschaft nicht

¹ M. M. SMIRIN, Die Volksreformation des Thomas Müntzer und der große Bauernkrieg, 2. Aufl. Berlin 1956, S. 337.

über ihre Peiniger siegen.“² Auch fehlte den Bauern die politische Erfahrung. Vor Abschluß des Weingartner Vertrages wären sie in der Lage gewesen, den Truchsess zu vernichten. In einer äußerst günstigen militärischen Position erlagen sie der Illusion, durch vertragliche Regelung mit den Fürsten ohne Kampf zu ihrem Recht zu kommen (ähnlich auch bei Forst in der Pfalz).

32. Was die Revolution nicht schaffte, die Vereinigung aller oppositionellen Kräfte zur Sicherung des Sieges, das erreichte die Konterrevolution der Fürsten. Das Klassenbündnis der Reaktion siegte über die Ritterschaft unter Sickingen und Hutten, über die Bauern und Städter, über die Täufer und schließlich auch über die Zentralgewalt. Zur Wahrung der alten sozialen Stellung, zur Sicherung der feudalen Klassenherrschaft wurden alle anderen Gegensätze als zweitrangig zurückgestellt.

33. Bei der gewaltsamen Niederwerfung der Bauern spielte Luther eine denkbar erbärmliche Rolle. Er hatte mit der Wittenberger Bewegung der sog. Schwärmer gebrochen, er hatte Karlstadt von sich gestoßen und hatte Müntzer des Landes verweisen lassen. Jetzt rief er die Fürsten zum Mord an den Bauern auf. Und im gleichen Jahre brach er endgültig mit Erasmus und dem Humanismus, wie er 1529 jede Vermittlung mit Zwingli ablehnte. In diesem Prozeß wird die bürgerliche Reformation so zurechtgestutzt, daß sie der adäquate ideologische Ausdruck der beschränkten Kleinstaaterei der lutherischen Fürsten genannt werden kann.

34. Müntzers Lehre beeinflusste die revolutionären Bauern und Plebejer im ganzen Aufstandsgebiet; in allen Bauernlagern fanden sich seine Anhänger, die für ein kompromißloses Vorgehen gegen die Feudalherren und „für die Einheit der zerrissenen deutschen Heimat“ eintraten. Mit der Hinrichtung Müntzers verlor die frühbürgerliche Revolution ihren hervorragendsten Führer. Seine Anhänger aber versuchten noch ein gutes Jahrzehnt, für die Sache der Volksreformation zu wirken. Vielleicht ist Gaismaier „bürgerlicher“ als Müntzer, wie auch Zwingli und Calvin. Aber Müntzer kann nicht gemessen werden mit dem Maße bürgerlicher Progressivität. Seine Ideologie – und das ist das Ausschlaggebende – ist eben nicht bürgerlich, sondern erweist sich als Vorform der proletarischen Klassenideologie. Müntzer überspringt gleichsam seine Zeit und weist den Weg zu einer damals undurchführbaren, aber in der Zukunft allein richtigen Lösung.

Müntzer und der Bauernkrieg entlarven das Bürgertum, indem sie in den momentanen Schwächen und Verrätereien die prinzipiellen Schwächen und Verrätereien der bourgeoisen Klassen, ihre antinationale Haltung deutlich werden lassen. Zwingli hätte unter Umständen siegen können; Müntzer und Gaismaier aber nicht. Dafür aber war Müntzer als Repräsentant der ersten proletarischen Elemente in der zerfallenden Feudalordnung gleichzeitig derjenige, der auch das entschiedenste und weitestgehende Programm der nationalen Entwicklung Deutschlands (als demokratische Republik) vertrat. Bei diesem Programm aber handelt es sich zweifellos um eine keimhaft-unreife, für ihre Zeit letztlich utopische, im ganzen aber doch geniale Antizipation der wahrhaft nationalen Politik der deutschen Arbeiterklasse.

² Dokumente der SED, Bd. V, Berlin 1956, S. 386.

MAX STEINMETZ

Probleme der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es sind nun fast genau 110 Jahre verflossen, seit Engels seine berühmte Abhandlung über den deutschen Bauernkrieg mit den Worten begann: „Auch das deutsche Volk hat seine revolutionäre Tradition. Es gab eine Zeit, wo Deutschland Charaktere hervorbrachte, die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen können, wo das deutsche Volk eine Ausdauer und Energie entwickelte, die bei einer centralisierteren Nation die großartigsten Resultate erzeugt hätte, wo deutsche Bauern und Plebejer mit Ideen und Plänen schwanger gingen, vor denen ihre Nachkommen oft genug zurückschauern.“¹

Seit dem Jahre 1850 hat sich unendlich viel geändert, hat sich die revolutionäre Kraft des deutschen Volkes machtvoll entfaltet, hat die deutsche Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei sich als der echte und einzige Erbe dieser großen Tradition tausendfach bewährt. In einem Teil Deutschlands ist der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat entstanden, der vor wenigen Monaten den 10. Jahrestag seiner Gründung festlich begehen konnte. Auch nach dem Siege der deutschen Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik „steht der Bauernkrieg unsern heutigen Kämpfen so überaus fern nicht“², und der Rückblick auf die Ereignisse zu Beginn des 16. Jhs. ist für uns eher von noch größerer Bedeutung geworden als das 1850 nach der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution der Fall war. Die Gründung der DDR und die Errichtung des Sozialismus in diesem ersten deutschen Friedensstaat machen zum ersten Male in der Geschichte unseres Volkes den Weg frei für eine wissenschaftliche Erforschung der Vergangenheit, für die Entwicklung einer echten Geschichtswissenschaft, basierend auf den Lehren des Marxismus-Leninismus. Wir haben damit die große Verpflichtung übernommen, das Werk von Marx und Engels, von Mehring und Duncker und aller ihrer großen Schüler und Fortsetzer zu vollenden und, gestützt auf ihre unvergänglichen Leistungen, die Geschichte unseres Volkes wissenschaftlich exakt auszuarbeiten. Reformation und Bauernkrieg, das heißt die frühe bür-

¹ „Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“, redigiert von Karl Marx. Eingeleitet von Karl Bittel, Berlin 1955 [originalgetreuer Nachdruck], S. 227. In der heute üblichen Fassung MARX-ENGELS-LENIN-STALIN, Zur deutschen Geschichte, Bd. I. Von der Frühzeit bis zum 18. Jahrhundert, Berlin 1953, S. 189 (im folgenden MELS). Vgl. G. SCHILFERT, Engels' Schrift vom Bauernkrieg und die Quellen seiner Geschichtsauffassung. Phil. Diss. Halle/S. 1948 (ungedruckt).

² A. a. O., S. 227.

gerliche Revolution in Deutschland, sind durch die gewaltigen Ereignisse dieser Zeit, durch die großen Volkshelden Joß Fritz, Jäcklein Rohrbach, Florian Geyer, Thomas Müntzer, Michael Gaismaier und die mitreißenden Kämpfe der Volksmassen in Stadt und Land auch für die Erziehung unserer Jugend und unserer gesamten werktätigen Bevölkerung von hervorragender Bedeutung, um ihnen in gegenwärtigen und künftigen Kämpfen um die demokratische Einigung Deutschlands und um die Niederringung des kriegslüsternden westdeutschen Militarismus die größte Massenerhebung des deutschen Volkes vor der Novemberrevolution zur lebendigen Vergangenheit und ihre wichtigsten Lehren zum festen Besitz zu machen. Nicht ohne Grund ist die Geschichte des deutschen Bauernkrieges von Wilhelm Zimmermann eines der in der deutschen Arbeiterklasse am weitesten verbreiteten und am meisten gelesenen Geschichtsbücher geworden.³ Und schließlich gehört das kleine Werk von Friedrich Engels aus dem Jahre 1850 zu den klassischen Darstellungen der damals neu entstandenen marxistischen Geschichtswissenschaft⁴, die in der Anwendung des historischen Materialismus auf die längst vergangene und auch auf die gerade verflossene Geschichte ihre ersten Triumphe feierte.

Die Ereignisse der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland sind weiterhin von großer Wichtigkeit für die Erforschung und Darstellung der gesamten älteren deutschen Geschichte, handelt es sich doch um einen Höhe- und Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Friedrich Engels hat sich ja nicht ohne Grund sein ganzes Leben mit dieser Problematik beschäftigt und plante noch in hohem Alter eine Neubearbeitung seines frühen Werkes „Meinen Bauernkrieg“, schrieb er am 31. Dezember 1884 an Sorge, „arbeite ich ganz um. Wird Angelpunkt der ganzen deutschen Geschichte. Das gibt auch Arbeit. Aber die Vorstudien sind so gut wie fertig.“⁵ Leider nahm ihm der Tod die Feder aus der Hand, ehe er sein Vorhaben ausführen konnte. Die wenigen Entwürfe und brieflichen Hinweise, die wir besitzen, lassen uns diesen Verlust besonders schmerzlich empfinden.

Auch bei der Ausarbeitung und Diskussion der nationalen Grundkonzeption der deutschen Arbeiterklasse ist die Klärung der Probleme der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ausgehen von

³ Von 1891 bis 1923 erschienen 4 Auflagen der Volksausgabe, und auch der Neudruck von 1952 (W. ZIMMERMANN, Der große deutsche Bauernkrieg. Volksausgabe, Berlin 1952) liegt bereits in der 2. Auflage vor. Zu allem weiteren vgl. meine Besprechung in „Geschichte in der Schule“ (1953), S. 556–560.

⁴ Die „Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“ enthielt zugleich drei Meisterwerke der neuen historisch-materialistischen Geschichtsschreibung: „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848/49“ von Karl Marx, „Die deutsche Reichsverfassungs-Campagne“ und die Abhandlung „Der deutsche Bauernkrieg“ von Friedrich Engels.

Vergleiche dazu die Einleitung von Karl Bittel, a. a. O., S. 5 ff.

⁵ Briefe u. Auszüge aus Briefen von J. Ph. Becker, J. Dietzgen, F. Engels, K. Marx u. a. an F. A. Sorge u. Andere, Stuttgart 1906, S. 198. Vgl. auch G. MAYER, Friedrich Engels. Bd. II, Haag 1934, S. 453/454 u. 522.

der nationalen Grundkonzeption heißt, die nationale Rolle der deutschen Arbeiterklasse in allen ihren historischen Entwicklungsetappen herauszuarbeiten und den Nachweis zu erbringen, daß nur die Politik der Arbeiterklasse in der Lage ist, die nationale und soziale Frage zu lösen. Was unser Thema betrifft, so geht es darum, die Rolle der frühesten Formen des Proletariats, besser des Vorproletariats, der plebejischen Schichten der Städte und der ausgebeuteten bäuerlichen Bevölkerung, die städtische und ländliche Armut und ihre Rolle in den Kämpfen bei der Vorbereitung und Durchführung der frühbürgerlichen Revolution herauszuarbeiten. Der erste Akt der bürgerlichen Revolution in Deutschland bringt auch das erste Auftreten einer Vorform der proletarischen Klassenideologie, der Volksreformation unter Führung Müntzers und Gaismaiers. Beim Bürgertum sind bereits in der frühbürgerlichen Revolution Momente des Antinationalen vorhanden, die dann immer stärker anwachsen und zu einem bestimmenden Element der deutschen Bourgeoisie werden. Diese Momente des Antinationalen entlarven sich zuerst in den Ereignissen zwischen 1521–25/26 und zeigen das nur vorübergehende Übereinstimmen der Bestrebungen des Bürgertums mit den Aufgaben und Zielen der Nation. Das deutsche Bürgertum hat sich niemals zu der Bedeutung und relativen Größe der niederländischen, englischen oder französischen Bourgeoisie erhoben und zeigt von Anfang an Züge der Verkrüppelung, der Feigheit und des offenen und versteckten Verrats, des kriecherischen Sympathisierens mit der herrschenden feudalen Macht. Demgegenüber haben die Volksmassen 1517–25/26 den demokratischen Weg der Einigung der Nation mit revolutionärer Wucht und leidenschaftlicher Begeisterung beschritten, in der Volksreformation Müntzers selbständig und ohne Führung durch das Bürgertum.

Die Ausarbeitung und Diskussion der nationalen Grundkonzeption setzt die ständige kämpferische Auseinandersetzung mit den Geschichtsfälschungen der heutigen imperialistischen Historiographie voraus. Aber diese unentbehrliche Auseinandersetzung, die an dem Anfang meines Referates stehen soll, kann nur erfolgreich geführt werden in der Verteidigung der Errungenschaften und Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft von Marx und Engels bis zu Smirin und Macek, bis zu den ersten Arbeiten unserer jungen fortschrittlichen Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Allerdings genügt es heute nicht mehr, nur das zu wiederholen, was Engels 1850 geschrieben hat. Das in über 100 Jahren Forschung angehäuften Quellenmaterial bedarf dringend der theoretischen Durchdringung und Verarbeitung. Ganz besonders macht die heutige veränderte gesellschaftlich-politische Situation eine schöpferische Weiterführung der Gedanken von Engels, Marx und Lenin im Hinblick auf die Geschichte der frühbürgerlichen Revolution dringend erforderlich.⁶ Die sehr

⁶ Vgl. hierzu meine Bemerkungen in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ 1 (1953) S. 968–978.

Die wichtigsten bis 1930 veröffentlichten Quellen und Darstellungen beschreibt in lesbarer Form F. SCHNABEL, Deutschlands geschichtliche Quellen und Darstellungen in der Neuzeit. I. Teil. Das Zeitalter der Reformation 1500–1550. Leipzig und Berlin 1931. Jedoch die ganze Fülle des seit 1850 zusammengetragenen Materials (Quellen und Dar-

umfangreiche bürgerliche Literatur, ich darf nur an die bekannte Bibliographie von Karl Schottenloher erinnern, die ja nur die Literatur bis 1939 und auch diese nur unvollständig umfaßt⁷, geht fast durchweg von grundsätzlich anderen Fragestellungen aus. Sie steht als reformationsgeschichtliche Literatur weithin im Bann

stellungen aller Art) macht erst die große Spezialbibliographie von Schottenloher deutlich, ohne die künftig niemand mehr auskommt: K. SCHOTTENLOHER, Bibliographie zur deutschen Geschichte im Zeitalter der Glaubensspaltung 1517–1585, 6 Bde., 1933–1944. 2. unveränderte Aufl. Stuttgart 1956–58. Der Nachtragsband (5.) führt bis Ende 1937, Bd. 6 gibt das Verfasseregister.

Selbst einem so hervorragenden Kenner der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland wie M. M. SMIRIN sind in beiden Auflagen seines Müntzerbuches 1947 und 1955 (deutsche Ausgabe: Die Volksreformation des Thomas Münzer und der große Bauernkrieg. Übersetzt von Hans Nichtweiss. Berlin 1952 und 1956) einige grundlegende Quelleneditionen unzugänglich gewesen:

FÖRSTEMANN, Zur Geschichte des Bauernkrieges im Thüringischen und Mansfeldischen. Neue Mitteilungen aus dem Gebiet der historisch-antiquarischen Forschung. XII (1869) S. 150–244.

Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen, hrsg. von F. Gess, II. Band 1525–1527, Leipzig-Berlin 1917.

Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteldeutschland, Bd. II, unter Mitarbeit von G. Franz, hrsg. von W. P. Fuchs, Jena 1942.

Auch wichtige Darstellungen und Untersuchungen von Andreas, Baerwald, Boehmer, von Bezold, Grundmann, Hinrichs, Kelter, Lortz, Lütge, Stadelmann, J. Zimmermann, u. a. konnten leider nicht herangezogen werden, so daß auch hier in Auswertung brauchbarer Ergebnisse sowie in Abwehr von Verfälschungen noch vieles zu tun bleibt.

- ⁷ Während die bürgerliche Literatur von Schottenloher mit vorbildlicher Sorgfalt zusammengetragen und erfaßt ist, wird die marxistische Literatur nahezu ganz weggelassen. Marx und Mehring fehlen völlig, Engels ist nur mit dem „Bauernkrieg“ aufgeführt; lediglich von Kautsky sind 5 Titel genannt. Während Rosenow/Ströbel und P. Kampffmeyer mit je einem Titel genannt werden, fehlt u. a. die Schrift von H. RAU, Im Kampf um die Freiheit. Eine Kampfgeschichte der Bauern von Württemberg. Zum 400 jährigen Gedenken der Schlacht bei Böblingen, Berlin 1925. Die russische und die sowjetische Historiographie sind überhaupt nicht berücksichtigt. Diese Feststellungen gelten für die gesamten westlichen Bibliographien (Franz usw.). Eine Ausnahme machen nur die von der Deutschen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Jahresberichte für deutsche Geschichte, die bis jetzt nur leider nicht über NF 5./6. Jg. 1953/54 Berlin 1960, hinausgediehen sind.

An Literaturhinweisen allgemeiner Art liegen von bürgerlicher Seite u. a. vor:

J. LORTZ, Die Reformation in Deutschland. Bd. II, 3. Aufl., Freiburg 1949, S. 310–321.

G. RITTER, Die Neugestaltung Europas im 16. Jahrhundert. Die kirchlichen und staatlichen Wandlungen im Zeitalter der Reformation und der Glaubenskämpfe. Berlin 1950, S. 341–370.

W. ANDREAS, Deutschland vor der Reformation. 6. Aufl., Stuttgart 1959, S. 593–630.

F. HEER, Die dritte Kraft. Der europäische Humanismus zwischen den Fronten des konfessionellen Zeitalters. Frankfurt/Main 1959, S. 690–722.

E. HASSINGER, Das Werden des neuzeitlichen Europa 1300–1600. Braunschweig 1959, S. 399–486 (die umfassendste Bibliographie der Hilfsmittel, Quellen und Darstellungen).

Die gesamte Entwicklung der bürgerlichen Historiographie seit 1945 behandelt G. RITTER, Leistungen, Probleme und Aufgaben der internationalen Geschichtsschreibung zur neueren Geschichte (16.–18. Jh.). (X. Congresso Internazionale di Scienze Storiche, Roma 1955, Relazioni, Volume VI, Firenze, S. 169–330 passim.)

Die Neuerscheinungen der Jahre nach 1945 besprechen: H. LIEBING, Reformationsgeschichtliche Literatur 1945–1954. In: „Deutsche Vierteljahrsschrift für Literatur- und

der Lutherlegende und der kirchengeschichtlichen Konzeptionen des Reformationszeitalters. Das Problem des bürgerlichen Charakters der Bewegungen in den deutschen Städten wird in dieser Literatur meist nicht gesehen oder beiseite geschoben, natürlich nicht ohne Grund. Die Herausarbeitung der sozialgeschichtlichen Ursachen und Zusammenhänge hätten die Lutherlegende rasch zersetzt und in ihrer Einseitigkeit überwunden. Wir werden also nach dem Vorgang von Prof. Schildhauer⁸ für die wichtigsten Städte und auch für die ländlichen Gebiete neue und sorgfältige Untersuchungen durchführen müssen, wie sie jetzt bereits auch für Mühlhausen begonnen wurden.⁹ Mir scheint nicht nur eine Erweiterung und Vertiefung der wissenschaftlichen Erforschung des Gesamtkomplexes der frühbürgerlichen Revolution erforderlich zu sein, sondern ich glaube, daß man gleichzeitig sowohl den Schauplatz als auch den Zeitraum erweitern muß, um durch die Einbeziehung aller mit der frühbürgerlichen Revolution zusammenhängenden Ereignisse und Vorgänge den inneren Zusammenhang und die gegenseitige Bedingtheit der Zeit erschöpfend zu klären. So schlage ich vor, die von der deutschen Forschung lange vernachlässigten Alpenländer, vor allem die Schweiz mit Zwingli, Tirol und Salzburg mit Gaismair in die Untersuchungen einzubeziehen, desgleichen auch die Vorgänge in der Slowakei. Hierzu scheinen mir die Forschungen von Macek über Gaismair und von Ratkoš über die Bewegungen unter den slowakischen Bergarbeitern zu zwingen.¹⁰ Leider können beide an unserer Konferenz nicht teilnehmen, was im Falle von Macek besonders bedauerlich ist, da sein Buch noch nicht im Druck vorliegt und er also nur selbst die Probleme und

Geistesgeschichte“ 28 (1954) S. 516–537. E. W. ZEEDEN, Probleme und Aufgaben der Reformationsgeschichtsschreibung. In: „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ 6 (1955) S. 201–217 und 278–300. W. P. FUCHS, Forschungen und Darstellungen zur Geschichte des Reformationszeitalters (1945–1955). In: „Die Welt als Geschichte“ 16 (1956) S. 124–153 und 218–249.

Vgl. auch die laufende Berichterstattung über die Zeitschriftenliteratur seit 1952 von G. Franz im Archiv für Reformationsgeschichte.

⁸ J. SCHILDHAUER, Soziale, politische und religiöse Auseinandersetzungen in den Hansestädten Stralsund, Rostock und Wismar im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte II), Weimar 1959.

⁹ D. LÖSCHE, Achtmänner, Ewiger Bund Gottes und Ewiger Rat. Zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Mühlhausen in Thüringen 1523–1525 (erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten auf der Tagung des Hansischen Geschichtsvereins in Berlin am 2. 4. 1959, im Druck). O. MICHAEL, Grundbesitz und Erbzins der Bauern im Gebiet der Freien Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen zur Bauernkriegszeit (Veröffentlichungen des Mühlhauser Stadtarchivs N. F. 2), Mühlhausen in Thüringen 1959. H. KÖDITZ, Die Volksbewegung in Mühlhausen in Thüringen 1523–1573. Phil. Diss. Jena 1959.

Vgl. auch die Diskussionsbeiträge von D. Lösche und G. Günther (S. 64–72; 167–183) und die Arbeiten von G. Duncken und H. Walther aus dem Jahre 1956.

¹⁰ J. MACEK, Zu den Anfängen des Tiroler Bauernkrieges. Der Landtag der Bauern in Meran und die sogenannten Meraner Artikel. Historica I, Praha 1959, S. 135–195 (in deutscher Sprache). P. RATKOŠ, Dokumenty k baníckemu povstaniu (1525–1526) [Dokumente zum Bergarbeiteraufstand in der Slowakei (1525–1526)]. Slovensky Historicky Archiv I, Bratislava 1957, 559 S.

Ergebnisse seiner Arbeit hätte vortragen können.¹¹ Die Erweiterung des Schauplatzes zwingt aber zugleich zur Ausweitung des Zeitraumes bis 1535. Die gewaltigen Ereignisse dieser größten Massenkämpfe der älteren deutschen Geschichte sind weder 1517 plötzlich und unerwartet ausgebrochen noch waren sie 1525 mit der Niederwerfung der Mehrzahl der Bauernheere im Mai zu Ende. Das Studium zum Beispiel der Bundschuhbewegung zeigt, daß es hier enge Zusammenhänge mit den Ereignissen von 1525–26 gibt. Etwa von 1476 – dem Jahr des Aufstandes des Pfeifers von Niklashausen – an ist eine aufsteigende Linie der ständigen Verstärkung und Intensivierung der Klassenkämpfe festzustellen, von denen aus auch die verschiedenen Versuche einer Reichsreform betrachtet werden müssen, und ein Ende der revolutionären Kämpfe ist doch erst mit dem Jahre 1535 umrissen, denn erst dann sind alle Bemühungen Gaismaiers, Wullenwebers und der revolutionären Täufer als gescheitert anzusehen.¹² Auch müssen wir unbedingt eine so wichtige ideologische Strömung wie den Humanismus in seinen Beziehungen und Zusammenhängen mit der frühbürgerlichen Revolution neu untersuchen, wobei es vor allem darum gehen muß, die Bedeutung des Humanismus für die einzelnen Ideologien der frühbürgerlichen Revolution – für die lutherische und zwinglianische Reformation, für die Volksreformation Müntzers und Gaismaiers sowie für die Täuferbewegung – herauszuarbeiten. Das feige Verhalten der meisten Humanisten angesichts der kämpfenden Bauern und Plebejer darf nicht vergessen machen, welche bedeutende Rolle der Humanismus als Ideologie des frühen Bürgertums bei der Vorbereitung, aber auch bei der Durchführung der frühbürgerlichen Revolution gespielt hat. Sicherlich können wir auch Erscheinungen wie Paracelsus¹³, Sebastian Frank, Schwenckfeld, Agrippa von Nettesheim und andere nicht auf die Dauer mit Schweigen übergehen, was auch dann nicht statthaft ist, wenn es sich bei diesen Männern nicht um solche Repräsentanten der kämpfenden Klassen wie Luther und Müntzer handelt, die die Gegensätze mit besonderer Deutlichkeit zum Ausdruck bringen.

¹¹ J. MACEK, Der Tiroler Bauernkrieg und Michael Gaismaier. Das tschechische Manuskript umfaßt 891 Schreibmaschinenseiten, davon sind 227 Seiten Anmerkungen.

Es ist zu wünschen, daß die außerordentlich wichtige Arbeit, die leider auch in tschechischer Sprache noch nicht im Druck vorliegt, bald ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht wird.

¹² In diesem Zusammenhang muß auf die Bedeutung der durch die Arbeiten von Zschäbitz und Köditz aufgeworfenen Fragen nach Rolle und Bedeutung der Täufer in der deutschen frühbürgerlichen Revolution hingewiesen werden.

Vgl. G. ZSCHÄBITZ, Die revolutionären Potenzen der mitteldeutschen Wiedertäuferbewegung in den Jahren nach dem Bauernkrieg. Diss. phil. Leipzig 1955.

Im Druck erschienen in überarbeiteter Form: Zur mitteldeutschen Wiedertäuferbewegung nach dem großen Bauernkrieg, Berlin 1958 (Leipziger Übersetzungen und Abhandlungen zum Mittelalter, Reihe B, Bd. 1).

Zu Köditz vgl. Anmerkung 9 und vor allem den Diskussionsbeitrag, der eine Zusammenfassung der wichtigsten Thesen der Dissertation bringt.

¹³ Es ist bedauerlich, daß Karl Bittel seine Paracelsus-Studien nach 1945 nicht weitergeführt oder wenigstens zusammengefaßt hat.

Vgl. Paracelsus. Leben und Lebensweisheit in Selbstzeugnissen. Ausgewählt und eingeleitet von Karl Bittel. Leipzig o. J., Reclam Nr. 7567/68.

Daß auch die Entwicklung der Kunst und der Literatur Beachtung verdient, zeigt die Tatsache, daß führende Künstler wie A. Dürer und L. Cranach, ganz besonders aber N. Manuel, gen. Deutsch, Grünewald – oder besser Mathis Neithard – Gotthard, wie er mit seinem richtigen Namen hieß –, T. Riemenschneider, I. Ratgeb, die sogenannten gottlosen Maler von Nürnberg und andere auf Seiten der frühbürgerlichen Revolution standen und sich z. T. aktiv an den Kämpfen beteiligten. Leider ist der erkrankte Heinz Lüdecke nicht in der Lage, zu diesen Fragen vom Standpunkt der marxistischen Kunstgeschichte Stellung zu nehmen. Es kann darum nur auf eine Anzahl von Arbeiten hingewiesen werden, die die gesellschaftlichen Ursachen der Ausbildung des Realismus in der damaligen deutschen Kunst deutlich sichtbar gemacht haben.¹⁴

¹⁴ Veröffentlichungen zum Leonardo-Jahr 1952:

Leonardo da Vinci. Zur fünfhundertsten Wiederkehr seines Geburtstages. 1452/1952. Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten – Deutsche Akademie der Künste – Staatliches Museum Berlin 1952 (Beiträge von H. Holtzhauser, H. Lüdecke, L. Justi, J. Jahn, A. Kauffeldt). Leonardo da Vinci. Der Künstler und seine Zeit. Im Auftrage der Deutschen Akademie der Künste hrsg. von H. Lüdecke, Berlin 1952. (Beiträge von L. Justi, J. Jahn, A. Kauffeldt, H. Lüdecke, H. Kamnitzer und W. Scheidig). Leonardo da Vinci im Spiegel seiner Zeit. Im Auftrage der Deutschen Akademie der Künste hrsg. von H. Lüdecke, Berlin 1952 (daselbst S. 107/08 die weiteren Veröffentlichungen zum Leonardo-Jahr). Leonardo da Vinci. Tagebücher und Aufzeichnungen. Nach den italienischen Handschriften übersetzt und hrsg. von Th. Lücke. Eingeleitet von H. Lüdecke, Leipzig 1952.

Zum Cranach-Jahr 1953 erschienen:

Katalog der Lucas-Cranach-Ausstellung Weimar und Wittenberg, Juli bis Oktober 1953. (Einleitung und biographische Übersicht von H. Lüdecke). Lucas Cranach der Ältere. Der Künstler und seine Zeit. Im Auftrage der Deutschen Akademie der Künste hrsg. von H. Lüdecke, Berlin 1953 (Beiträge von J. Jahn, H. Ladendorf, H. Lüdecke, W. Scheidig und S. Heiland). Lucas Cranach der Ältere im Spiegel seiner Zeit... Im Auftrage der Deutschen Akademie der Künste hrsg. und erläutert von H. Lüdecke, Berlin 1953. Lucas Cranach. Holzschnitte – Kupferstiche – Handzeichnungen. Ausstellung Januar-Februar 1954, Berlin 1954. (Beiträge von H. Lüdecke, J. Jahn und S. Heiland.)

Zu Albrecht Dürer:

Dürer und die Nachwelt. Urkunden, Briefe, Dichtungen und wissenschaftliche Betrachtungen aus 4 Jahrhunderten. Gesammelt und erläutert von H. Lüdecke und S. Heiland, Berlin 1955. Albrecht Dürer. Eine Auswahl aus seinem Werk. Mit einer Einleitung von Heinz Lüdecke. Leipzig (1956). H. LÜDECKE, Albrecht Dürers Wanderjahre. Ein Beitrag zur Geschichte des Realismus in der deutschen Graphik, Dresden 1959.

Zu Dürer sei noch hingewiesen auf die von G. Pommeranz-Liedtke herausgegebene Veröffentlichung der Deutschen Akademie der Künste: Albrecht Dürer. Die künstlerische Entwicklung eines großen Meisters, Berlin 1954. (Beiträge von J. Jahn, W. Fraenger und G. Pommeranz-Liedtke.) Für den Zusammenhang unserer Ausführungen ist besonders wichtig der Beitrag von W. Fraenger über „Dürers Gedächtnissäule für den Bauernkrieg“ (S. 84–98), die als eine Anklage gegen die siegreichen Fürsten nachgewiesen wird.

Von der weiteren kunstgeschichtlichen Literatur seien besonders folgende Arbeiten genannt, die die engen Beziehungen der Kunst zur frühbürgerlichen Revolution aufzeigen: W. HENTSCHEL, Peter Breuer. Eine spätgotische Bildschnitzerwerkstatt (Forschungen

Nur am Rande sei bemerkt, daß das Problem der frühen bürgerlichen Revolution nicht etwa nur ein Problem der deutschen Geschichte ist, sondern überall dort bestand, wo der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Besonders fruchtbar und lehrreich wäre ein gründlicher Vergleich der deutschen mit den niederländischen Ereignissen, der gescheiterten mit der erfolgreichen frühbürgerlichen Revolution des 16. Jhs.¹⁵

Die Stagnation und das gewisse Zurückbleiben der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete der Erforschung der frühbürgerlichen Revolution ist mehrfach festgestellt und bemängelt worden. Seit dem Jahre 1952, in dem eine ganze Anzahl von Arbeiten bei uns zu diesem Problemkreis erschienen sind¹⁶, ist wenig geschehen, um

zur sächsischen Kunstgeschichte I) Berlin 1952 (2. Aufl.). W. K. ZÜLCH, Grünewald. Mathis Neithart genannt Gothart, Leipzig o. J.

Als „großartiges Denkmal des deutschen Bürgertums . . . in der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts“ behandelt A. SUHLE die Medaillen (Die deutsche Renaissance-Medaille. Ein Kulturbild aus der 1. Hälfte des 16. Jh., Leipzig 1950).

W. SCHEIDIG, Die Holzschnitte des Petrarca-Meisters zu Petrarcas Werk von der Artzney bayder Glück des guten und widerwärtigen. Augsburg 1532. Berlin 1955.

¹⁵ Vgl. hierzu das von J. Romein veröffentlichte nachgelassene Werk des deutschen Antifaschisten ERICH KUTTNER, Het Hongerjaar 1566, Amsterdam 1949. Kuttner (1887 bis 1942) hat diese Arbeit, die hier in die holländische Sprache übersetzt wurde, in der Emigration geschrieben.

Die abschätzige Besprechung von Petri (ARG 44, 1953, S. 124/25) wirft dem Verfasser vor, daß ihm „die eigentlich religiösen Antriebe des niederländischen Aufstandes verschlossen geblieben“ seien, was sich offen gegen die materialistische Geschichtsauffassung Kuttners richtet und so eher aus einem beabsichtigten Tadel zu einer ungewollten Anerkennung wird.

¹⁶ Bis zum Jahr 1952 ist wenig zur Geschichte der Reformation und des Bauernkrieges erschienen.

Zu nennen wären etwa: ALEXANDER WEILL, Der Bauernkrieg, Weimar 1947. (Gekürzte Ausgabe des zuerst 1847 in französischer Sprache erschienenen und ganz von Zimmermann abhängigen Buches.) ERNST SOMMER, Die Sendung Thomas Münzers. Taboritentum und Bauernkrieg in Deutschland. Berlin 1948. Carl Hinrichs, Thomas Müntzer, Politische Schriften, Mit Kommentar hrsg. (Hallische Monographien 17) Halle 1950. ERIK HÜHNS, Theorie und Praxis in der Reichsreformbewegung des 15. Jahrhunderts. N. v. Cues, Die Reformatio Sigismundi und Berthold von Henneberg. In: „Wissenschaftl. Zeitschr. der Humboldt-Universität Berlin“ Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe, I (1951/52) S. 17–34.

Eine Wendung leitete die 2. Parteikonferenz der SED ein, die vom 9. bis 12. Juli 1952 in Berlin stattfand.

Dort hieß es im Zwickauer Plan:

„Jeder Kreis in der DDR hat seine Geschichte. In jedem Orte, in jedem Betrieb finden sich Spuren der großen Vergangenheit unseres Volkes, seiner patriotischen Taten im Kampf gegen Unterdrückung und Unkultur. Wenn wir diesen Spuren nachgehen und die Zusammenhänge herstellen, erhalten wir ein Bild von der Größe unseres Volkes, eine Erklärung für die Fehler, die wir machten und eine Anleitung für unser heutiges Handeln. Aber leider ist uns die eigene Geschichte bisher weitgehend unbekannt. Daher schöpfen wir keine Kraft aus ihr und gehen an den schönen Zeugen unserer Vergangenheit achtlos vorüber.“ Und dann wird direkt auf das Wirken Münzers in Zwickau hingewiesen (Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der SED, Berlin 1952, S. 231).

mit der sowjetischen und tschechischen Forschung – ich denke vor allen Dingen an Smirin, Macek und Ratkoš¹⁷ – Schritt halten zu können, was natürlich nicht heißen soll, daß bei uns nichts getan worden sei. Der für das Sonderheft der Zeitschrift

Bereits das Jahr 1952 führte einen bedeutenden Aufschwung in der Erforschung der frühbürgerlichen Revolution herbei:

A. MEUSEL, Thomas Müntzer und seine Zeit. Mit einer Auswahl der Dokumente des großen deutschen Bauernkrieges. Hrsg. von H. Kamnitzer. Berlin 1952 (vgl. dazu meine Rezension, „ZfG“ 1, [1953] S. 968–978). L. STERN, Die geschichtliche Gesamtlage Deutschlands zur Zeit der Gründung der Universität Wittenberg. Eine Studie der materiellen und ideologischen Triebkräfte und Auswirkungen der deutschen Reformation. In: 450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg I. Bd., 1952, S. 1–68. Dann weiter abgedruckt in „Wissenschaftl. Zeitschr. der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg“, Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe 2 (1952/53) und in Buchform unter dem Titel: M. Luther und Ph. Melanchthon – ihre ideologische Herkunft und geschichtliche Leistung, Berlin 1953. K. KLEINSCHMIDT, Thomas Münzer. Die Seele des deutschen Bauernkrieges von 1525. Berlin 1952. A. NORDEN, Verspielte Chance. In: Um die Nation. Beiträge zu Deutschlands Lebensfrage, Berlin 1952, S. 7–23. M. STEINMETZ, Die Universität Wittenberg und der Humanismus (1502–1521) In: 450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Bd. I, 1952, S. 103–139. H. KAMNITZER, Zur Vorgeschichte des deutschen Bauernkrieges, Berlin 1953 (vgl. dazu die Rezension von Rosemarie Müller, „ZfG“ 3 [1955] S. 131–135). K. KLEINSCHMIDT, Martin Luther. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Reformation. Berlin 1953. A. MEUSEL, Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1400–1648). In: „ZfG“ 1 (1953) S. 759–75. Mit Karlstadt beschäftigen sich E. KÄHLER (450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg I. Bd. S. 299–312), der auch eine Karlstadt-Edition besorgte (Karlstadt und Augustin. Der Kommentar des A. Bodenstein von Karlstadt zu Augustins Schrift *De spiritu et litera*. Einführung und Text von E. Kähler. Hallische Monographien 19, Halle S. 1952), vor allem aber G. FUCHS (Karlstadts radikal-reformatorisches Wirken und seine Stellung zwischen Müntzer und Luther, „Wissenschaftl. Zeitschr. der Martin-Luther-Universität“, Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe 3 (1953/54) S. 523–551).

H. Hesselbarth untersuchte die bekannte Flugschrift aus dem Bauernkrieg „An die Versammlung gemeiner Bauernschaft“ („ZfG“ 1 [1953] S. 527–52).

Zwei wichtige Flugschriften aus der Reformationsszeit wurden nach langer Zeit neu herausgegeben: Aus dem sozialen und politischen Kampf. Die zwölf Artikel der Bauern 1525. Hans Hergot, Von der neuen Wandlung 1527. Hrsg. von A. Götze und L. E. Schmitt (Flugschriften aus der Reformationszeit 20) Halle/S. 1953.

1954 erschienen:

A. MEUSEL, Thomas Müntzer, Vortrag . . . Leipzig/Jena 1954 (Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse. Vortragsreihe Gesellschaftswissenschaften, H. 16). E. HÜHNS, Die politische Ohnmacht des Reiches 1250–1500 („ZfG“ 2 [1954] S. 71–95 und 216–38) und H. KÖDITZ, Die gesellschaftlichen Ursachen des Scheiterns des Marburger Religionsgespräches vom 1.–4. 10. 1529 („ZfG“ 2 [1954] S. 37–70), ein Beitrag dem in der H. Z. 178, S. 634 mit Recht „Unkenntnis wissenschaftlicher Forschungsergebnisse“ vorgeworfen wurde. J. KUCZYNSKY, Die Krise des Feudalismus in Deutschland. In: „Wissenschaftl. Zeitschr. der Humboldt-Universität Berlin“, Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe 2 (1954/55) S. 95–105 und in: Über einige Probleme des historischen Materialismus, Berlin 1956, S. 98–129. Vgl. den Literaturbericht von G. MÜHLPFORDT, Aus Reformation und Bauernkrieg. In: „Geschichte in der Schule“ 7 (1954) S. 194–206 und 260–73.

¹⁷ M. M. SMIRIN, Die Volksreformation des Thomas Münzer und der große Bauernkrieg. Übersetzt von H. Nichtweiss. Berlin 1952 [russ. 1947]. In 2. verbesserter und ergänzter

für Geschichtswissenschaft in Vorbereitung befindliche Bericht über die Leistungen unserer Historiker auf diesem Gebiet wird eine Vorstellung davon vermitteln. Aber der größte Teil der Veröffentlichungen stellt Gelegenheitsarbeiten dar, die anlässlich von Universitätsjubiläen oder besonderer Gedenktage – im Cranachjahr, im Agricolajahr und jetzt im Melanchthonjahr – entstanden sind¹⁸ bzw. noch entstehen und vielfach eine planvolle und systematische Forschung schmerzlich vermissen lassen.

Wo sind die Ursachen für dieses Zurückbleiben in unserer Republik auf dem genannten Gebiet? Sie sind meiner Meinung zu suchen einmal in einer Unterschätzung des Quellenstudiums und in einer unkritischen Übernahme bürgerlicher Arbeitsergebnisse, zum anderen und vor allem aber in der Vernachlässigung der theoretischen Durchdringung der Probleme der frühbürgerlichen Revolution, in dem unzureichenden theoretischen Herangehen an die Quellen und in der ungenügenden theoretischen Verallgemeinerung der Resultate, überhaupt in der wenig mutigen Art, die Probleme der frühbürgerlichen Revolution anzupacken. Es ist wahrhaft kein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Mediävistik, daß bei uns nur in unzureichendem Maße Rezensionen zu den Büchern von Smirin erschienen sind¹⁹, kein einziger Artikel zur Diskussion in der Sowjetunion anlässlich des Ar-

Aufl., die allein zu benutzen ist, Berlin 1956 [russ. 1955]. Ders., Deutschland vor der Reformation. Abriß der Geschichte des politischen Kampfes in Deutschland vor der Reformation. Ins Deutsche übertragen von Dr. J. Nichtweiss. Berlin 1955 [russ. 1952]. Ders., Die Rolle der Volksmassen beim Beginn des Kampfes für die staatliche Einigung Deutschlands (15. und 16. Jahrhundert). Deutsch in: „Sowjetwissenschaft“, Gesellschaftswissenschaftl. Abt., 1954, S. 533–556 [russ. 1954]. Ders., Eine anonyme politische Flugschrift aus der Zeit des Großen Bauernkrieges [An die Versammlung gemeiner Bauernschaft] In: Beiträge zum neuen Geschichtsbild. Zum 60. Geburtstag von A. Meusel, Berlin 1956, S. 71–87. Zu Macek siehe oben Anmerkung 10 u. 11. Zu P. RATKOŠ wäre noch nachzutragen: Die Anfänge des Wiedertäuferturns in der Slowakei. In: Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte, Berlin 1958, S. 41–59 (Schriftenreihe der Kommission der Historiker der DDR und der CSR Bd. I).

¹⁸ Vgl. den Bericht über die Geschichtsschreibung der Reformation und des Bauernkrieges in der DDR seit 1945, der im Sonderheft der ZfG, das anlässlich des XI. Internationalen Historikerkongresses in Stockholm im August 1960 herauskommen wird, erscheint. In diesem Zusammenhang sei lediglich kurz auf die Veröffentlichungen von G. Duncken, K. Griewank, G. Heitz, E. Hertzsch, E. Hühns, J. Köhler, A. Kunze, H. Köpstein, K. Kleinschmidt, D. Lösche, H. Löschner, G. Mühlpfordt, E. Paterna, J. Schildhauer, S. Sieber, E. Sommer, M. Steinmetz, K. Steinmüller, L. Stern, R. Strauß, H. Wilsdorf, E. Wolfgramm, G. Zschäbitz u. a. hingewiesen.

Außerordentlich fruchtbar erwies sich das Georgius-Agricola-Jahr 1955, das eine große Zahl von Untersuchungen, Quellenausgaben und Darstellungen zur Bergbau- und Wirtschaftsgeschichte, zur Geschichte der Mineralogie usw. hervorrief. Auf die Meuselfestschrift „Beiträge zum neuen Geschichtsbild“, Berlin 1956, wurde bereits hingewiesen. Es folgten die Jubiläen der Universitäten Jena (1958) und Leipzig (1959) mit umfangreichen Veröffentlichungen, bei denen das 16. Jh. keineswegs zu kurz kam. Auch für das Melanchthonjahr 1960 sind bereits Vorbereitungen getroffen; eine umfangreiche Festschrift wird Forschungen zu Leben und Werk Melanchthons vorlegen.

¹⁹ Es liegen lediglich vor eine Rezension des Müntzerbuches von H. Köditz in „ZfG“ 1 (1953) S. 505–513, mit wertvollen kritischen Hinweisen, aber doch in der Inhaltsangabe steckenbleibend. Die Rezension in „Geschichte in der Schule“ 6 (1953) S. 436–40 ist im

tikels von Tschaikowskaja²⁰ veröffentlicht wurde und die zahlreichen Bücher westlicher Autoren zur Geschichte der Reformation und des 16. Jhs. bei uns ohne jede Erwiderung oder Auseinandersetzung kritischer Art geblieben sind. Dabei scheint es mir besonders wichtig, die Unterschätzung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in den befreundeten sozialistischen Ländern – neben der Sowjetunion besonders der Tschechoslowakei und Polen – rasch zu überwinden und die hervorragenden Ergebnisse und bedeutenden Anregungen dieser wahrhaft fortschrittlichen Wissenschaft für unsere Arbeit zu nutzen.

Sie werden von mir nicht erwarten oder verlangen, die Ihnen in einem Sonderdruck, für den dem Sekretariat der Deutschen Historiker-Gesellschaft der Dank ausgesprochen werden muß, vorliegenden Thesen²¹ Punkt für Punkt noch einmal vorzutragen und zu erläutern.

Es ist im Rahmen eines Referates nicht möglich, die ganze Vielfalt der Probleme zu entwickeln, und die einzelnen Thesen ausführlich zu begründen. Die Thesen waren und sind in erster Linie dazu bestimmt, die bei uns seit längerer Zeit stockende

wesentlichen Übersetzung aus dem Russischen unter Verwendung der Besprechung G. Schilferts in „Neues Deutschland“ 8. 4. 1953.

Zu „Deutschland vor der Reformation“ ist lediglich eine Teilrezension von E. WERNER erschienen (Zu einer sowjetischen Veröffentlichung über den Feudalismus. In: „Geschichte in der Schule“ 6 (1953) S. 17–19).

²⁰ O. G. TSCHAIKOWSKAJA, Über den Charakter der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland. In: „Sowjetwissenschaft.“ Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 6 (1957), S. 721 ff. (russ. 1956).

M. M. SMIRIN, Wirtschaftlicher Aufschwung und revolutionäre Bewegung in Deutschland im Zeitalter der Reformation. Jb. 2 (1958) S. 243 ff. Smirin hatte bereits in „Вопросы истории“ 2 (1955), S. 113–115 zur Rezension seines Buches „Deutschland vor der Reformation“ von Epstein in derselben Zeitschrift 1954, H. 8, in ähnlicher Weise Stellung genommen (Über eine falsche Auslegung wichtiger Fragen zur Geschichte Deutschlands im 15. und 16. Jh.).

A. D. EPSTEIN, Reformation und Bauernkrieg in Deutschland als erste bürgerliche Revolution. Jb. 3 (1958) S. 263 ff. (russ. 1957).

Folgende weitere Diskussionsbeiträge sind bisher nicht ins Deutsche übersetzt worden:

Ю. М. Григорьян — К вопросу об уровне экономики, о характере Реформации и Крестьянской войны в Германии. (Ju. M. Grigorjan, Zur Frage nach dem Entwicklungsstand der Wirtschaft, nach dem Charakter der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland.) In: „Вопросы истории“ 1 (1958) S. 123 ff. И. Мацек, К дискуссии о характере Реформации и Крестьянской войны в Германии. (J. Macek, Zur Diskussion über den Charakter der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland.) Ib. 3 (1958) S. 114 ff. С. М. Стам, Чем же в действительности была Реформация в Германии? S. M. Stam, Was war die Reformation in Deutschland in Wirklichkeit?) Ib. 4 (1958) S. 100 ff.

Die erste westdeutsche Stellungnahme zu der Diskussion stammt von GEORG VON RAUCH und ist unter dem Titel „Der deutsche Bauernkrieg von 1525 in sowjetischer Sicht“ in „Osteuropa“ 8 (1958) S. 301–304 erschienen. Der Artikel ist genauso schludrig gearbeitet wie Rauchs „Beitrag“ in den Relazioni VI. Florenz 1955, S. 259 ff. Allein die Titelangabe der Bücher von Smirin auf S. 264 beweist, daß der Verfasser weder die russischen Originalausgaben noch die deutschen Übersetzungen in der Hand gehabt hat, wobei ihm Ritter auf S. 255 auch noch bescheinigt, daß er den Bericht „mit großer Sorgfalt ausgearbeitet“ habe.

²¹ Vgl. S. 8–16.

Diskussion wieder in Gang zu bringen. Aus diesem Grunde ist der Rahmen sehr weit gespannt, um möglichst viele Probleme im Zusammenhang mit der Hauptfrage nach dem Charakter der frühbürgerlichen Revolution aufzurollen und so eine möglichst breite Aussprache über diese Probleme in Gang zu bringen. So haben wir uns auch bei der Vorbereitung dieser Konferenz bemüht, zahlreiche historische Fachgebiete in die Diskussion einzubeziehen und eine möglichst große Anzahl von Wirtschaftshistorikern, Germanisten, Rechtshistorikern, Kirchengeschichtlern, Kunsthistorikern usw. zu veranlassen, ihre speziellen Forschungsergebnisse hier vorzutragen. Leider konnten nicht alle Zusagen eingehalten werden, aber es besteht die begründete Aussicht, die wichtigsten Beiträge doch noch zur Veröffentlichung im Protokollband zu erhalten.

Ich möchte jetzt lediglich zu zwei Problemen Stellung nehmen und erst am morgigen Tage im Schlußwort versuchen, die Ergebnisse dieser ersten Diskussion und Auseinandersetzung mit meinen in den Thesen vorgelegten Auffassungen zusammenzufassen. An die Spitze meiner Ausführungen will ich eine kritische Übersicht über die neuesten westdeutschen Veröffentlichungen zur Geschichte der Reformation und des Bauernkrieges stellen und die Haupttendenzen der reaktionären Reformationsgeschichtsschreibung seit 1945 herausarbeiten. Als zweites Problem will ich in notwendiger Ergänzung zu den Thesen eine theoretische Frage behandeln, die dort nur in unzureichender Weise berührt wurde, nämlich das Problem des Charakters der frühbürgerlichen Revolution.

Nun zunächst zu der Verfälschung der Geschichte der Reformation und des Bauernkrieges in der westdeutschen Historiographie. Als sich die deutsche Bourgeoisie nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 gänzlich abwandte von den progressiven und ganz besonders von den revolutionären Traditionen, da hat sie auch die großen Traditionen der Reformation und des Bauernkrieges endgültig preisgegeben. Der Verrat in der damaligen Gegenwart an den Interessen der Nation mußte sich historiographisch auswirken als Verrat an der nationalen Vergangenheit des deutschen Volkes. Mußte schon ein Wilhelm Zimmermann die 2. Auflage seines Bauernkrieges, die 1856 erschien, beträchtlich zurechtstutzen²², so verdrängten seit den 50er Jahren die Reformationsgeschichten Rankes und Döllingers das Werk Karl Hagens über „Deutschlands litterarische und religiöse Verhältnisse im Reformationszeitalter“ (1841–44) völlig; sie fanden in J. G. Droysen, G. Egelhaaf, H. Baumgarten, aber auch in Th. Brieger, G. Kawerau, Th. Kolde, auf der einen und in J. Janssen, H. Denifle, H. Grisar auf der anderen Seite wirksame und kampflustige Nachfolger, die, im Kampf gegen die erstarkende Arbeiterbewegung und ihre Partei, ein immer reaktionäreres Bild der Reformation und des Bauernkrieges verbreiteten. So sehr sie sich in der Bewertung Martin Luthers befehdeten, so einig waren sie sich in der wütenden Bekämpfung der sozialen Re-

²² Ein Vergleich der beiden Ausgaben, den ich angestellt habe, führte zu erstaunlichen Ergebnissen, über die ich zu gegebener Zeit berichten werde. Die Literatur geht hierauf kaum ein. Vgl. H. HAUSSEHERR, W. Zimmermann als Geschichtsschreiber des Bauernkriegs. In: „Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte“ X (1951) S. 166ff., besonders S. 176.

volution, gegen die – ganz wie in der frühbürgerlichen Revolution – alle Mittel der Verleumdung und Verfälschung, der Verdrehung oder Verächtlichmachung zur Anwendung gelangten.²³ Egelhaaf preist zwar das Heilbronner Programm, aber seine Darstellung des Bauernkrieges gipfelt in der Feststellung, daß in Deutschland jede Revolution von unten von vornherein scheitern müsse, da Deutschland sozusagen das klassische Land der Revolution von oben sei.²⁴ So mußten Wendel Hippler und Friedrich Weigandt und die Bemühungen, die sich damals in Heilbronn konzentrierten, schließlich noch zur Verherrlichung Bismarks herhalten.

Beginnen wir mit einem Überblick über die letzten Erscheinungen zur Geschichte von Reformation und Bauernkrieg in Westdeutschland. Da sind zunächst unmittelbar nach 1945, ehe man sich zu neuen Darstellungen entschließen konnte oder wollte, Neuauflagen älterer Werke erschienen. Daß ein katholischer Reformationshistoriker zuerst auf den Plan trat, ist sicher kein Zufall. So erschien als erstes größeres Werk im Westen 1948 eine dritte unveränderte Auflage des Buches von Joseph Lortz, dessen Stunde nun recht eigentlich gekommen war.²⁵

Nur wenig später kam die erweiterte und durch Literaturhinweise ergänzte Neuauflage des Abschnittes heraus, den G. Ritter für den 3. Band der Neuen Propyläenweltgeschichte (1941) geschrieben hatte, jetzt selbständig unter dem Titel „Die Neugestaltung Europas im 16. Jahrhundert. Die kirchlichen und staatlichen Wandlungen im Zeitalter der Reformation und der Glaubenskämpfe.“²⁶

²³ Es ist unmöglich, dies hier im einzelnen zu belegen; nur bei J. G. Droysen und H. Baumgarten, wo man vielleicht solche Auffassungen nicht in dem Maße vermuten möchte wie bei den anderen Genannten, soll auf die Belegstellen hingewiesen werden: J. G. DROYSEN, *Geschichte der Preußischen Politik*, II. Teil. 2. Abt., Leipzig 1859, S. 146f., und S. 178; H. BAUMGARTEN, *Geschichte Karls V.*, Bd. II, 1. Hälfte, 1886, S. 400.

²⁴ G. EGELHAAF, *Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation*. Berlin 1885.

„Alles in allem ist der Heilbronner Entwurf ein grandioses politisches Testament, welches von der Revolution des 16. Jahrhunderts . . . den Nachfahren hinterlassen wurde . . . Ein deutscher Staatsmann von größtem Schlage hätte zu dieser Aufgabe vorhanden sein müssen . . . Ein solcher war nicht da, und so scheiterte die Revolution von 1525 ebenso wie die von 1848 daran, daß keine politische organisierte Gewalt sich in den Dienst der populären Bewegung stellte: beides ein Beweis, daß das Rätsel unserer Geschichte nur so zu lösen war, wie es 1866 gelöst worden ist: indem die Revolution von oben, welche der Idee die reale Machtunterlage hinzufügen konnte, das verlorene Werk der Revolution von unten wieder aufnahm und mit ihren Mitteln durchführte.“ S. 221/22.

Und noch deutlicher vier Jahre später: „daß in Deutschland keine Revolution Aussicht auf Gelingen hatte, so lange sie von unten her gemacht wurde, und daß erst dann ihr Einfluß gesichert war, als sie von oben her, von der stärksten staatlichen organisierten Gewalt unternommen ward, welche unsere Geschichte hat entstehen sehen. Es war 1848 nicht anders als 1525; erst 1866 ward das Rätsel unseres nationalen Daseins gelöst, als Preußens Krone der nationalen Idee dienstbar ward.“ *Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert bis zum Augsburger Religionsfrieden*, I. 1517–26, Stuttgart 1889, S. 629.

²⁵ J. LORTZ, *Die Reformation in Deutschland*, 2 Bde., Freiburg/Br. 1948, 3. Auflage (die 1. Auflage erschien 1939/40). Lortz hat das eigentliche Anliegen seiner umfangreichen Darstellungen gleichzeitig in 4 Vorträgen ausgesprochen: *Die Reformation als religiöses Anliegen heute*. 4 Vorträge im Dienste der *Una Sancta*. Trier 1948.

²⁶ Berlin 1950. Auch andere reformationsgeschichtliche Arbeiten Ritters erschienen nach 1945 in Neuauflagen: *Luther. Gestalt und Tat*. München 1947, 4. Aufl.; 1949, 5. Aufl.;

Auch der reformationsgeschichtliche Beitrag aus der alten Propyläenweltgeschichte, verfaßt von Paul Joachimsen, dem bedeutenden Kenner des deutschen Humanismus, der in Bd. 5 (1930) nur in gekürzter Form gebracht werden konnte, erschien 1951 in der ursprünglichen Fassung.²⁷

Alles das waren weit verbreitete Werke längst bekannter, älterer oder – wie im Falle Joachimsens – längst verstorbener Verfasser. Nach diesen Erscheinungen, die nur Neuauflagen darstellten, aber keine Neubearbeitungen des Gegenstandes waren, folgten dann fast jedes Jahr eine neue zusammenfassende Darstellung, die ersten knapp nach Inhalt und Umfang, seit der Mitte der 50er Jahre dann immer voluminöser werdend. Es begann 1951 mit dem Göschenbändchen von Fritz Hartung, einer kurzen und anspruchslosen Darstellung von Reformation und Gegenreformation bis zum 30jährigen Krieg.²⁸ An dieses kleine Bändchen schloß sich 1953 die, was die Periode der Reformation und des Bauernkrieges anging, gleichfalls sehr kurzgefaßte Darstellung von Peter Rassow in dem von ihm selbst herausgegebenen ersten Nachkriegshandbuch der deutschen Geschichte an.²⁹ 1954 folgte dann nochmals die Neuauflage eines älteren Werkes, diesmal aus dem Jahre 1935. Es handelt sich um die Darstellung von R. Stadelmann mit einer im Grunde eindeutig nazistischen Konzeption. Diese Arbeit ist nahezu unverändert von E. Naujoks in dem bekannten Handbuch von Brandt und Meyer wieder herausgegeben worden.³⁰ 1955 hat dann Walter-Peter Fuchs seine bekannte handbuchartige Darstellung in der 8. Auflage des „Gebhardt“ veröffentlicht.³¹ 1956 folgte dann die sehr voluminöse Darstellung von Helmut Rößler, die sich nicht auf Deutschland beschränkt, sondern versucht, eine allgemeine Geschichte von 1450 bis 1650 zu

1959, 6. Aufl. Die Weltwirkung der Reformation. München 1959, 2. Aufl., [1. Aufl. 1941.]

²⁷ P. JOACHIMSEN, Die Reformation als Epoche der deutschen Geschichte. In vollständiger Fassung erstmals aus dem Nachlaß hrsg. von O. Schottenloher, München 1951.

²⁸ F. HARTUNG, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, der Gegenreformation und des 30jährigen Krieges, Berlin 1951.

²⁹ P. RASSOW, Das Zeitalter Luthers und Karls V. 1517–58. In: Deutsche Geschichte im Überblick, hrsg. von P. Rassow, Stuttgart 1953, S. 252–84.

³⁰ R. STADELMANN (†), Das Zeitalter der Reformation. Bearbeitet von E. Naujoks. In: Handbuch der Deutschen Geschichte. Begründet von Prof. Dr. O. Brandt, fortgeführt von Prof. Dr. A. O. Meyer. Neu hrsg. von Prof. Dr. Leo Just, Darmstadt o. J. [1954] S. 1–132. Naujoks hat die Einleitung weggestrichen, in der der Bauernkrieg als Vorläufer der angeblich nationalen „Revolution“ der deutschen Faschisten angepriesen wird. Stadelmann stützte sich hier auf seinen programmatischen Aufsatz „Vom geschichtlichen Wesen der deutschen Revolutionen“, Zeitwende 10 (1934) S. 109–116, in dem er den Henkern des deutschen Volkes den „unblutigen“ Charakter ihres Machtantritts zu bescheinigen versuchte und die bekannte faschistische Konzeption der „deutschen Revolution“ entwickelte (1525–1810–1933).

Vergleiche auch W. P. FUCHS, Zu neueren Darstellungen der Reformationsgeschichte. In: „Welt als Geschichte“ 4 (1938) S. 235 ff., der Stadelmann bestätigt, „die tiefgründigste Darstellung dieses Zeitraumes in den letzten Jahren“ (S. 239) geliefert zu haben.

³¹ W. P. FUCHS, Das Zeitalter der Reformation. In: B. Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. II: Von der Reformation bis zum Ende des Absolutismus. 16. bis 18. Jahrhundert. hrsg. von H. Grundmann, Achte, vollständig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1955, S. 1–104.

geben.³² 1957 erschien im 7. Bande der *Historia mundi* die Geschichte der Reformationszeit aus der Feder des Schweizer Historikers Leonhard von Muralt.³³ Die letzte im Augenblick vorliegende umfassende Arbeit stammt aus dem vergangenen Jahr 1959 und aus der Feder von Erich Hassinger, dem Nachfolger Ritters in Freiburg im Breisgau.³⁴

Besonders zu erwähnen ist noch Günther Franz, der 1956 seinen Bauernkrieg, der 1933 in erster Auflage erschien, in vierter Auflage völlig unverändert herausgab und lediglich einige Stellen entfernte, deren Färbung heute allzu peinlich wirken mußte.³⁵ Franz hat außerdem mit Rößler zusammen das Biographische und das Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte herausgegeben und in beiden Bänden seine gesamten Materialien zur Geschichte von Reformation und Bauernkrieg veröffentlicht.³⁶ Die aufgeführten Titel mögen genügen. Wichtiger als eine

³² H. RÖSSLER, Europa im Zeitalter von Renaissance, Reformation und Gegenreformation 1450–1650 (*Weltgeschichte in Einzeldarstellungen IV*), München 1956, XV, 719 S. Verfasser gibt eine Darstellung „von der Grundlage der religiösen Phänomene her“ (S. XIII); die „homines religiosi“ Luther, Loyola u. Calvin stehen für ihn im Mittelpunkt des weltgeschichtlichen Geschehens.

Ein bereits 1955 von Rößler veröffentlichtes dickleibiges, in vieler Hinsicht flüchtig gearbeitetes Buch vertritt die gleichen Grundgedanken: H. RÖSSLER, Größe und Tragik des christlichen Europa. Europäische Gestalten und Kräfte der deutschen Geschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart“, Frankfurt/M., Berlin, Bonn 1955, XI, 796 S.

³³ L. VON MURALT, Die Reformation. In: *Historia mundi*, Bd. VII, Übergang zur Moderne. Bern 1957, S. 39–113. Die Liebe des Verfassers gehört in seltsamer Koppelung der Reformationsgeschichte und – Bismarck.

³⁴ E. HASSINGER, Das Werden des neuzeitlichen Europa. 1300–1600. (Geschichte der Neuzeit I. Teil), Braunschweig 1959, XVIII, 493 S. Die Bibliographie auf S. 399–486 macht die Arbeit wertvoll. Der Bauernkrieg und Thomas Müntzer werden kurz und oberflächlich behandelt, Müntzer wird als rein religiöse Erscheinung dargestellt, die kirchengeschichtlichen Auffassungen bestimmen die gesamte Darstellung. Der Verfasser hat seine Auffassung vom 16. Jh. bereits dargelegt in: Die weltgeschichtliche Stellung des 16. Jahrhunderts. In: „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ 2, S. 705–718.

³⁵ G. FRANZ, Der deutsche Bauernkrieg, 4. Auflage, Darmstadt 1956. Die bürgerliche Literatur, die seit der ersten Auflage 1933 erschienen ist, ist, wenn auch nicht vollständig, eingearbeitet. Die marxistische Literatur ist nicht berücksichtigt, auf die Meinungen Smirins wird nicht eingegangen. Leider konnten die Einzelnachweise aus den Archiven nicht überprüft werden, so daß man nun künftig die Ausgaben von 1933 und 1956 nebeneinander benutzen muß. Die neue Auflage ist also kein voller Ersatz für die Erstauflage. Manches deutet darauf hin, daß die Neubearbeitung etwas flüchtig vor sich ging. Wie wäre es sonst möglich, daß Franz im Biogr. Wörterbuch das Todesdatum von M. Gaismaier richtig (1532), aber in der Neuauflage des Bauernkrieges falsch bringt? Offensichtlich hat der Verfasser sein eigenes Wörterbuch nicht richtig herangezogen. Lediglich eine Zusammenfassung des Buches gibt G. FRANZ, Kleine Geschichte des deutschen Bauerntums, Oldenburg o. J. (Die Laterne Nr. 33), S. 16–24.

³⁶ Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte von H. RÖSSLER und G. FRANZ unter Mitarbeit von W. HOPPE, München 1953. Mit über 150 biographischen Artikeln zur Geschichte zwischen 1517 und 1533.

Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte von H. RÖSSLER und G. FRANZ unter Mitarbeit von W. HOPPE u. a. Fachgelehrten. München 1958. Mit ca. 80 Artikeln zur Geschichte von 1517 bis 1555.

Behandlung auch der kirchengeschichtlichen Literatur und besonders der Luther-veröffentlichungen der letzten Jahre³⁷ erscheint es, die Haupttendenzen der genannten Publikationen aufzuzeigen.

Die heute in der westdeutschen reformationsgeschichtlichen Historiographie vorherrschende und damit tonangebende Richtung ist die kirchengeschichtlich-theologische. Sie besteht in der immer stärker in Erscheinung tretenden Durchsetzung der Historiographie mit theologischen Gesichtspunkten, in der Orientierung auf dogmatische Lehren kirchlicher Provenienz, in der Verdrängung aller säkularen Auffassungen der Geschichte, die seit Humanismus und Aufklärung anerkannte Grundlagen der Geschichtsschreibung geworden waren.

Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland wird umgefälscht zu einer einseitig oder gar ausschließlich theologisch-kirchlichen Angelegenheit, zu einer Bewegung von rein metaphysischem Charakter, ihrem tiefsten Gehalt nach unbegreiflich und unverständlich für die menschliche Vernunft, nur im religiösen Glauben zu erfassen und zu verstehen. Diese Auffassungen sind freilich nicht neu. Neu ist nur die allgemeine Zustimmung, die ihnen heute im Westen zuteil wird, eine Zustimmung, die – vom Standpunkt der Geschichte der Historiographie aus – im Grunde nichts anderes bedeutet, als einen Rückfall in die kirchengeschichtlichen Auffassungen älterer Zeiten. Es ist die alte Überlieferung der Kirchengeschichtsschreibung, die theologisch-dogmatisch bedingte Auffassung der Reformation als einer rein religiösen Bewegung.³⁸ Diese Geschichtsauffassung ist selbst nichts anderes als das Ergebnis der Niederlage der frühbürgerlichen Revolution und des Sieges der Fürsten und geht von eng dogmatischen Problemen aus, bei völliger Vernachlässigung der sozial-politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge. Bezeichnend ist, daß auch für „Profan“-Historiker – um diesen Ausdruck zu gebrauchen – diese Auffassung heute kanonisch geworden ist, die früher solchen Tendenzen mehr oder weniger fernstanden. So heißt es jetzt bei Günther Franz im „Sachwörterbuch“: „der letzte Anlaß der Reformation sei das persönliche Glaubenserlebnis, die Gewissensnot Luthers“.³⁹ Und noch deutlicher bei Heimpel: „Die Reformation hat nur eine einzige Ursache: die religiöse Not des Mönches

³⁷ Den umfassendsten Überblick über die Lutherforschung, die heute im Zentrum der Bemühungen protestantischer und katholischer Theologen steht, gewährt das Protokoll des Lutherforschungskongresses von 1956 in Aarhus: Lutherforschung heute. Referate und Berichte des 1. Internationalen Lutherforschungskongresses. Aarhus 18.–23. 8. 1956. Berlin (West) 1958. Vgl. den Bericht W. von LOEWENICHS, Lutherforschung in Deutschland, S. 150 ff., der auf S. 161–171 eine Bibliographie von 245 Nummern für die Zeit seit 1938 bringt, wobei es unerfindlich ist, warum die Veröffentlichungen von Aland, Barnikol, Elliger und Jauernig in diesem Zusammenhang nicht aufgeführt werden.

³⁸ Schon 1917 schrieb H. BOEHMER in einem Aufsatz über „Das Wesen der Reformation“: „Zu diesen sichern historischen Erkenntnissen gehört der Satz: die Reformation war ihrem Ursprung nach nicht eine wirtschaftlich, soziale, politische oder kulturelle, sondern eine religiöse Bewegung“. „Nicht nur ihrem Ursprunge, sondern ihrem Wesen nach war die Reformation also eine religiöse Bewegung“. (Gesammelte Aufsätze, Gotha 1927, S. 11/12).

³⁹ RÖSSLER-FRANZ, Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte, S. 960.

Martin Luther“.⁴⁰ Heimpel übernimmt hier die reaktionäre Auffassung der Reformation und formuliert: „Es liegt ein tiefer Sinn darin, daß die deutsche Revolution eine religiöse Reformation war.“ Die Entscheidung sei „in der Innerlichkeit“ gefallen, „in dem Herzen, das sich vor Gott rechtfertigen möchte.“⁴¹ Solche Zitate ließen sich leicht häufen und auch aus Bornkamm, Rößler, Muralt und Hassinger zusammenbringen, von Ritter und seinem Lutherbuch ganz zu schweigen. Hier wird in breiter Front „die religiöse Illusion zur treibenden Kraft der Geschichte“ gemacht, wird die „wirkliche Basis der Geschichte entweder ganz und gar unberücksichtigt gelassen“ oder „nur als eine Nebensache betrachtet“ und „die religiöse Phantasien-Produktion an die Stelle der wirklichen Produktion der Lebensmittel und des Lebens“ gesetzt. Diese Art von Geschichtsschreibung kann „daher in der Geschichte nur politische Haupt- und Staatsaktionen und religiöse und überhaupt theoretische Kämpfe sehen“ und muß „bei jeder geschichtlichen Epoche die Illusion dieser Epoche teilen“.⁴²

Ganz eng verbindet sich mit dieser Tendenz die alte Auffassung, daß die großen Männer es sind, die die Geschichte machen, die auch heute im Westen weitverbreitete „Heldenverehrung“. Für den einen ist Luther der Mann des Schicksals, für den anderen bezeichnenderweise Ignatius von Loyola und für den dritten gar Karl V., der als „Ahnherr Europas“ gefeiert wird.⁴³ Natürlich kann man auch hier zu beliebigen Mischungen gelangen.

Mit der Überbewertung der einzelnen Persönlichkeiten oder dem Kult der sogenannten Eliten verbindet sich meist die Geringschätzung und Verleumdung der Rolle der Volksmassen in der Geschichte. Der Bauernkrieg als gewaltige Massenbewegung wird so durchweg abgewertet, wird nahezu allgemein als Nebenerscheinung betrachtet und bewußt verkleinert, übergangen oder ganz weggelassen. Auch das entspricht den Traditionen der reaktionären deutschen Geschichtsschreibung von Ranke bis J. Haller. Hat doch schon Ranke in seinem umfangreichen Werk über die „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation“, das seit 1839 im Druck erschien, es fertig gebracht, dem Bauernkrieg nur das kurze 6. Kapitel des 3. Buches zu widmen. In der Akademieausgabe umfaßt die Darstellung, die nur bis zum Augsburger Religionsfrieden geführt wird, runde 2700 Seiten, von denen nur 40 den Bauernkrieg behandeln.⁴⁴ Und der Tübinger Historiker J. Haller hat in seinem 1922 veröffentlichten und 1943 im 109. bis 120. Tau-

⁴⁰ H. HEIMPEL, Luthers weltgeschichtliche Bedeutung (1946). In: Der Mensch in seiner Gegenwart. Sieben historische Essays. Göttingen 1954, S. 139.

⁴¹ H. HEIMPEL, Das Wesen des deutschen Spätmittelalters (1953) a. a. O. S. 135. Und weiter Heimpel: Deutschland „blieb so mittelalterlich, daß die einzige Revolution, die Deutschland erlebte, eine religiöse war, die Reformation“. Über die Epochen der mittelalterlichen Geschichte (1947), a. a. O., S. 65.

⁴² KARL MARX – FRIEDRICH ENGELS, Die deutsche Ideologie (1845/46). Werke Bd. 3, Berlin 1958, S. 39/40.

⁴³ GERTRUDE VON SCHWARZENFELD, Karl V. Ahnherr Europas. Hamburg 1954.

⁴⁴ LEOPOLD VON RANKE, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. Gesamtausgabe der Deutschen Akademie, herausgegeben von P. Joachimsen, Bd. II, (München 1925) S. 139–177.

send erschienenen Buch „Die Epochen der deutschen Geschichte“ den Vogel abgeschossen: in einer Darstellung von über 400 Seiten wird der Bauernkrieg überhaupt nicht mehr erwähnt, dafür aber in der letzten Auflage der Hitlerfaschismus als die Erfüllung der deutschen Geschichte gefeiert. Von der Geringschätzung und Verachtung der revolutionären Traditionen der Volksmassen führt eben ein gerader Weg zur Verherrlichung von Faschismus, Militarismus und Klerikalismus. Sehr häufig kehrt man dabei zu der alten Lassalleschen Auffassung zurück, die aus der „Sickingendebatte“ bekannt genug ist und bereits von Marx und Engels gebührend zurückgewiesen wurde.⁴⁵ Man versucht, den Bauernkrieg zu einem reaktionären Ereignis zu stempeln, und behauptet, der gesellschaftliche und politische Fortschritt sei damals allein von den Fürsten vertreten worden.

Fritz Hartung wendet sich in seiner oben genannten Darstellung, die 1951 erschien, direkt an die marxistischen Historiker, wenn er schreibt: „Heutzutage ist die Neigung der sozialistisch gesinnten Geschichtsschreibung groß, die Möglichkeiten, die in der Bauernbewegung gesteckt haben, sehr hoch einzuschätzen, und demgemäß die Niederlage als ein entscheidendes Ereignis für den gesamten weiteren Verlauf der deutschen Geschichte zu betrachten.“ Dabei übersähe man aber, „daß die Bauern nirgends im damaligen Europa eine entscheidende Rolle gespielt“ hätten.⁴⁶ Die wahre Macht der Neuzeit seit dem 16. Jh. sei im Gegenteil der Fürstenstaat. Das ist genauso richtig und genau so falsch wie die Heimpelsche Behauptung, daß „die Emanzipation des Bürgertums gerade nicht“ am Anfang der Neuzeit stehe, die „nicht mit neuer Freiheit, sondern mit dem Abbau alter Freiheiten“ begonnen habe.⁴⁷ Da die wirkliche Rolle der Volksmassen in den Kämpfen des 15. und 16. Jhs. nicht begriffen wird, bleibt der Ablauf der deutschen Geschichte an entscheidender Stelle dunkel und rätselhaft. Hier bietet sich die kirchengeschichtlich-theologische „Erklärung“ bereitwillig an. Und diese Ablehnung der Rolle der Volksmassen in Vergangenheit und Gegenwart erklärt es auch, daß so viele, die an der „unbewältigten Vergangenheit“ leiden, das heißt mit ihrer eigenen nicht immer rühmlichen Vergangenheit nicht ins Reine gekommen und sich nicht entschlossen von ihr abgewandt haben, heute so begierig nach diesem „Rettungsanker“ greifen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Vorgang, der eigentlich bereits nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution einsetzte, aber erst nach 1945 seine volle Bedeutung erhielt: Ich meine die Eliminierung der alten konfessionellen Gegensätze, die sich ja immer wieder gerade bei der Behandlung und Darstellung

⁴⁵ Vgl. den Briefwechsel zwischen Marx-Engels und Lassalle über dessen „Tragödie Franz von Sickingen“. In: KARL MARX, FRIEDRICH ENGELS, Über Literatur und Kunst. Eine Sammlung aus ihren Schriften. Hrsg. von M. Lifschitz, Berlin 1949, S. 110–146 und 488–90. (In MELS, Zur deutschen Geschichte, Bd. I, ist dieser Briefwechsel nicht enthalten).

⁴⁶ F. HARTUNG, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, der Gegenreformation und des 30jährigen Krieges, Berlin (West) 1951, S. 24.

⁴⁷ H. HEIMPEL, Über die Epochen der mittelalterlichen Geschichte (1947). A. a. O., S. 46.

der Reformationszeit neu entzündet hatten, in der heutigen westdeutschen Reformationshistoriographie. J. Lortz ist dafür im katholischen Lager kennzeichnend mit seinem Höchstmaß von Annäherung an das protestantische Bild von Luther und der Reformation. E. W. Zeeden, der verstorbene Karl-August Meissinger und auch G. Ritter vertreten die gleiche Tendenz auf protestantischer Seite, was Zeeden sogar dazu geführt hat, zur katholischen Kirche überzutreten.⁴⁸ Diese heilig-unheilige Allianz spielt heute eine nicht unwesentliche Rolle in der Politik des imperialistischen Lagers gegen den Sozialismus und seine Weltanschauung. Sie wirkt in den verschiedensten Formen; aber immer richtet sie sich gegen den Marxismus-Leninismus, die Weltanschauung, die die Arbeiterklasse zum Siege führt. Man erzielt diese Einigung durch gegenseitige unwesentliche Zugeständnisse unter Beibehaltung, ja geradezu unter Einigung auf das alte kirchengeschichtlich-theologisch bestimmte Bild.

Die Hauptmethode, deren sich diese kirchlich-dogmatisch bestimmte Richtung im Prozeß der Theologisierung bedient, ist die Enthistorisierung. Die Entwicklung von „Reimarus bis Wrede“, der lange Kampf der liberalen Theologie mit der Geschichte gegen den Katholizismus mußte zwangsläufig mit der „Selbstzersetzung“ der protestantischen Theologie enden. Der Imperialismus, das Zeitalter der proletarischen Revolution, führte folgerichtig zur Absage an die Geschichte, zu dem verzweiften Versuch einer „Rettung“ der Theologie durch die Entwertung und Abwertung der Geschichte. In diesem ideologischen Kampf ist die sogenannte Lutherrenaissance von erheblicher Bedeutung geworden. Nachdem es offenkundig geworden, daß die Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Entwicklung zum Kommunismus führen, mußten alle Anstrengungen unternommen werden, die Theologie durch eine Absage an die „rationale Geschichte“, durch eine möglichst vollständige Enthistorisierung zu retten. Das offensichtlich und mehrfach,

⁴⁸ Vgl. K. A. MEISSINGER in seinem Buch „Der katholische Luther“, München 1952, S. 66: „Die beiden feindlichen Lager, die im 19. Jh. noch einmal scharf aneinander geraten waren, beginnen sich gegenseitig in die Hände zu arbeiten, nüchtern und höchst erfolgreich.“ Und vor allem G. RITTER, Luther und die Reformation in Deutschland. In: Verantwortung und Zuversicht. Eine Festgabe für Bischof D. Dr. Otto Dibelius DD zum 70. Geburtstag am 15. Mai 1950. Güterloh 1952, S. 52 ff.

„Aber angesichts der ungeheuren Gefahren, die heute das Christentum aller Konfessionen von außen her bedrohen, treten die Gegensätze des Dogmas und der kirchlichen Organisation zurück hinter dem Bewußtsein einer letzten Gemeinsamkeit des altchristlichen Erbes.“ Nicht gesagt wird allerdings, wer heute die christliche Religion durch bewußten und ständigen Mißbrauch für politische Zwecke in Gefahr bringt, sich für die unchristlichste Sache der Welt, für den verbrecherischen Atomkrieg, einspannen zu lassen. Mit tiefem Ernst spricht Ritter weiter von „Krisenzeiten wie der unseren“, von „der bangen Erwartung neuer Katastrophen, die das Ende aller menschlichen Existenz bedeuten könnten“. Aber wenn er lediglich feststellt, daß „in der trostlosen Kälte einer gottlos gewordenen Welt“ „die tiefsinnige Lehre Luthers vom ‚verborgenen Gott‘ eine ganz neue, unerhörte Aktualität“ gewinnt, ohne zu irgendwelchen Schlußfolgerungen im Sinne eines verstärkten Kampfes der Christen gegen die Gefahr neuer Katastrophen zu gelangen, so muß man doch die Frage aufwerfen, ob hier nicht der „verborgene Gott“ für seine ganz offenkundige politische Aktualität bemüht wird, ein Verdacht, den der Name Dibelius, dem dieser Aufsatz gewidmet ist, keineswegs zu entkräften vermag.

so von Bornkamm, Fuchs und anderen beklagte geringe Interesse der modernen Lutherforschung an der Lutherbiographie, die Vorliebe für Abstraktionen und theoretische Spitzfindigkeiten, sind nur Symptome für den zutiefst ahistorischen Charakter der heutigen protestantischen Theologie. Die Anschauungen von *servum arbitrium*, vom Gott der Prädestination, vom *deus absconditus* und von der *theologia crucis*, die seit K. Holl das protestantische Lutherbild mehr und mehr bestimmten, bilden einen keineswegs zufälligen Kontrast zu dem Optimismus, zu dem Selbstvertrauen und zu der Siegesgewißheit der Millionen, die auf einem seit 1917 stets wachsenden Teil der Erde den Sozialismus aufbauen. Die Lutherrenaissance ist selbst eine Flucht aus der Geschichte, deren gesetzmäßige Weiterentwicklung zum Sozialismus und Kommunismus eine zum Untergang verurteilte Klasse fürchtet und fürchten muß. Nichts zeigt deutlicher die Ausweg- und Zukunftslosigkeit der heutigen Bourgeoisie, als ihre Hinwendung zur Religion, die sie verachtete und entbehren zu können glaubte, solange sie sich ihrer eigenen Kraft und Stärke noch bewußt war.

Es erscheint nur folgerichtig, wenn versucht wird, alle fortschrittlichen Ansätze bis tief in das Mittelalter zurück systematisch zurückzunehmen. Der Humanismus wird so seines eigentlichen Sinnes beraubt, die Gegenreformation zu einer katholischen Reformbewegung verharmlost, die „Ketzer“ wie Müntzer nicht nur in dem bekannten Buch von Nigg⁴⁹, sondern auch bei Hassinger und anderen gleichsam heimgeholt in die Kirche, um sie den Marxisten zu entreißen. Geradezu grotesk wird die Theologisierung der Geschichte bei Zeeden, der die Geschichte zur *ancilla theologiae* machen will und ihr jedes Recht abspricht, in weltanschaulich-ideologischen Fragen Entscheidung zu fällen. Der Historiker könne eigentlich nur dem Theologen das Material aufbereiten, gleichsam als Hilfswissenschaftler, überschreite aber seine Zuständigkeit, wenn er Urteile über Luther, Müntzer, Loyola oder über das Konzil von Trient abgäbe.⁵⁰ Hier stößt man auf den Prozeß der Selbstabdankung und Zerstörung der Vernunft, der für den Imperialismus so typisch ist. Auch die Auffassung, daß man ohne religiösen Glauben die Geschichte von Mittelalter und Reformation überhaupt nicht verstehen könne, wie man das in den letzten Jahren immer öfter in Rezensionen aus dem Westen zu lesen bekommt, gehört hierzu. Dieser alten theologischen Argumentation hat schon 1846 zur Zeit des Vormärz kein geringerer als Waitz sich im Kampf gegen die liberale Schule Schlossers in Heidelberg und speziell gegen Karl Hagens Reformationsgeschichte bedient.⁵¹ So wird schließlich bei Weinstock die gesamte neuere Geschichte der Menschheit zu einem „gescheiterten Aufstand“, um die ähnlich

⁴⁹ W. NIGG, Das Buch der Ketzer. Zürich 1949, S. 499f. „Die Heimkehr des Ketzers“ versteht der Verfasser als Heimkehr ins Christliche, d. h., er erstrebt die Wiederbelebung des Christentums durch die „heimgeholten“ Ketzer.

⁵⁰ E. W. ZEEDEN, Probleme und Aufgaben der Reformationsgeschichtsschreibung, In: „GWU“ 6 (1955) S. 205/06 und 208/09.

⁵¹ G. WAITZ, Deutsche Historiker der Gegenwart. In: „Allgemeine Zeitschrift für Geschichte“ 5 (1846) S. 520ff. 6 (1846) S. 14ff.

gerichtete Formulierung Pascual Jordans zu gebrauchen.⁵² Der Humanismus ist nach Weinstock nichts anderes als der Abfall von Gott. Sein Ursprung sei die Hybris des *eritis sicut deus*, der Wahn, alles wissen und erkennen zu wollen, der Wille zur Weltverbesserung. Gerade darin bestehe die Tragödie des Humanismus, der von Erasmus bis Marx und darüber hinaus bis zum Marxismus-Leninismus der Gegenwart ein falsches Menschenbild vertreten habe. Der echte reale Humanismus, den Weinstock preist, sei allein der christlich gebrochene Humanismus, dessen großer Repräsentant Martin Luther sei. Bei Jordan wie bei Weinstock⁵³ wird der Versuch unternommen, den letzten Sinn alles menschlichen Lebens und Strebens, der gesamten geschichtlichen Entwicklung zu verunglimpfen, um – wenn das möglich wäre – den Gang der Weltgeschichte aufzuhalten.

Aber nicht nur der Begriff des Humanismus wird entleert und damit zerstört; auch der Fortschrittsgedanke wird verworfen und mit ihm die Auffassung der Geschichte als eines gesetzmäßigen Prozesses, einer Entwicklung vom Niederen zum Höheren. Fritz Kern hat in der programmatischen Einleitung zum 1. Band der von ihm begründeten *Historia mundi*, in der auch die Darstellung von Leonhard von Muralt erschienen ist, den Fortschrittsgedanken gänzlich abgelehnt und als aufklärerischen Wahn bezeichnet. Aufgabe der Geschichte sei es lediglich zu ergründen, wie es eigentlich gewesen sei.⁵⁴

Die dritte Propyläenweltgeschichte, die jetzt zu erscheinen beginnt, betreut als Herausgeber Prof. Golo Mann. Sein erzreaktionäres Programm hat er schon vor Jahren formuliert: „Man muß den fehlerhaften Begriffsrealismus zerstören, welcher hinter dem Hantieren mit ‚Klassen‘ und den ihnen zugehörigen Revolutionen steckt; die ‚bürgerliche‘, die ‚proletarische‘ Revolution, das sind Begriffe, aber keine Realitäten“. Es sei unsagbar, stöhnte er damals bereits, „wie die Marxsche Lehre in dieser Beziehung den Blick auf die Wirklichkeit verstellt: als ob es bis zum jüngsten Tag keine anderen Revolutionen geben darf als die des 3. Standes und des 4. Standes.“⁵⁵ Das ist die unverhüllte Theorie der Konterrevolution. Im blinden Haß gegen die Entwicklungsgesetze der Geschichte greift Golo Mann auf den antiken Revolutionsbegriff der *conjunctiones*, der *res novae* zurück, und meint, daß diese Vorstellungen, von wissenschaftlichen Begriffen kann man ja nicht sprechen, heute mehr Wahrheitsgehalt besäße als der marxistische Revolutionsbegriff.

Zusammenfassend wird man Fuchs zustimmen können, der 1956 sein Urteil über die reformationsgeschichtliche Literatur der letzten Jahre wie folgt formulierte:

⁵² P. JORDAN, *Der gescheiterte Aufstand. Betrachtungen zur Gegenwart*, Frankfurt/Main 1956, S. 156 „Die großen europäischen Revolutionen haben sich nicht nur gegen menschliche Gegner gerichtet – sie haben den Schöpfer selbst zu entthronen versucht. . . Diesen großen Aufstand der Menschheit, den Aufstand gegen Gott, gescheitert zu sehen, ist die erschütternde und doch befreiende (!) Gewißheit, die uns das Miterleben dieser Jahre gibt.“

⁵³ H. WEINSTOCK, *Die Tragödie des Humanismus. Wahrheit und Trug im abendländischen Menschenbild*, Heidelberg 1953.

⁵⁴ *Historia Mundi*, Bd. I, Bern 1952, S. 11 ff.

⁵⁵ G. MANN, *Politische Gedanken* (1938). Zitiert nach: F. Federici, *Der deutsche Liberalismus, Die Entwicklung einer pol. Idee. v. Kant bis Th. Mann*, Zürich 1946, S. 414.

„Faßt man die Gesamtdarstellungen ins Auge, so ist festzustellen, daß die Konzeption der Reformationszeit sich in der Grundstruktur seit 1945 nicht gewandelt hat.“ Deutlicher kann man die Vorherrschaft reaktionärer Tendenzen und zugleich die Unfruchtbarkeit der bürgerlichen Fragestellungen nicht zum Ausdruck bringen. Diese Selbsteinschätzung ist zugleich das Eingeständnis der besonderen Bedeutung dieser Tendenzen für den heutigen militaristisch-klerikalen Obrigkeitsstaat Westdeutschlands. Daß unter diesen Umständen wenig Entfaltungsmöglichkeiten für andersgerichtete Auffassungen bestehen, daß Ansätze einer wahrhaft wissenschaftlichen Betrachtungsweise unserer Geschichtsperiode kaum auf Anerkennung oder Förderung rechnen können, versteht sich. Zwar gibt es Außenseiter, die mit der vorherrschenden Tendenz der Reformationsgeschichtsschreibung nicht oder nicht ganz übereinstimmen. Es gibt natürlich auch heute noch Vertreter, die den Prozeß der „Entkonfessionalisierung“⁵⁶ nicht voll mitgemacht haben, wie zum Beispiel K. D. Schmidt auf protestantischer Seite, der den betont lutherisch-konfessionellen Standpunkt festhält und die Meinung vertritt, daß „Angehörige anderer Konfessionen“ auch andere Auffassungen haben müßten.⁵⁷

Oder es wäre K. A. Meissinger zu nennen, der mit seiner Arbeit „Luther, Die deutsche Tragödie 1521“, von der noch die Rede sein wird, zwar Aufsehen erregt hat, aber dessen These, Luther hätte in Worms mit Hilfe der Bauern, Bürger und Ritter sich an die Spitze der Nation stellen sollen, auf stärksten Widerspruch stieß.⁵⁸

Gewichtiger erscheint die stark volkscundlich orientierte Deutung der Reformation durch W. E. Peuckert, vorgetragen in zahlreichen Schriften, vor allem in „Die große Wende“, erschienen 1948.⁵⁹ Im Übergang von der bäuerlichen Welt des Mittelalters zur bürgerlich bestimmten Kultur der Neuzeit sieht Peuckert diese Wende. Luther wird dabei als Vertreter bäuerlichen Denkens, nicht als Führer der neuen Zeit dargestellt. Die neue Welt „scheucht ihn wie so viele andere ins Mittelalter zurück. Und wenn er nun doch Kraft der Urgewalt seines Wesens und seines Sendungsbewußtseins alle anderen, auch die rationalen Störungen der überreichen Zeit beiseite drängt, also vorläufig den Sieg gewinnt, so wird das ein Sieg ‚mit verkehrter Front‘. Er schwächt die rationale Entwicklung, der die Zukunft gehören mußte, so stark, daß sie erst im 18. Jahrhundert, nach langen Wirren, die ihr gebührende Führung ergreifen kann.“⁶⁰ Luther erscheint hier als Rückfall ins Mittelalter, das erst im 18. Jahrhundert voll überwunden wird.⁶¹

⁵⁶ E. HASSINGER, a. a. O., S. 437.

⁵⁷ K. D. SCHMIDT, Geschichte der Kirche im Zeitalter der Reformation und Gegenreformation. In: Grundriß der Kirchengeschichte, Bd. III, Göttingen 1952, S. 3.

⁵⁸ K. A. MEISSINGER, Luther. Die deutsche Tragödie 1521. Bern 1953 (Sammlung Dalp 35). Vgl. u. a. die scharfe Ablehnung H. Liebings a. a. O., S. 525/26.

⁵⁹ W. E. PEUCKERT, Die große Wende. Das apokalyptische Säculum und Luther. 1948.

⁶⁰ H. STEPHAN, Luther in den Wandlungen seiner Kirche. 2. Auflage, Berlin 1951, S. 101.

⁶¹ Als seltenes Beispiel einer Darstellung, die im wesentlichen F. Engels verpflichtet ist, sei die kurze Arbeit von G. ECKERT genannt: Der Bauernkrieg. In: Beiträge zum Ge-

An letzter Stelle soll A. Rapp genannt werden mit seinem 1958 veröffentlichten Versuch einer Geschichte der Deutschen.⁶² Hier sind Reformation und Bauernkrieg „nur die letzten Gipfel einer zweihundertjährigen Revolution“, der „gotischen Revolution“, die als „der 1. Akt der abendländischen Sozialwende“, als „die erste große Erhebung der Demokratie in Europa“ bezeichnet wird. Jos Fritz wird gefeiert als der „größte Volksführer Altdeutschlands“, und der Bauernkrieg als die große Auseinandersetzung bezeichnet, die darüber entschied, ob in Deutschland der Fürstenmacht oder der Demokratie die Zukunft gehöre.⁶³ Hier sind Auffassungen dargelegt, mit denen es sich wirklich verlohnt, zu diskutieren. Hier ist nicht, wie bei der vorherrschenden Richtung der Reformationsgeschichtsschreibung, die Entwicklung gekennzeichnet durch die Wendung vom Pessimismus der ersten Nachkriegsjahre zu dem militanten Pfaffentum, dessen Hauptanliegen der Kreuzzug gegen den Osten darstellt⁶⁴, sondern hier finden sich, wenn auch oft vermischt mit irrigen Auffassungen, Ansätze einer vorwärtsweisenden Geschichtsauffassung, der unsere ganze Sympathie und Unterstützung gehört.

Ist es auf der einen Seite unsere Aufgabe, dem Unmaß von Entstellungen und Verfälschungen entgegenzutreten, der Unwissenschaftlichkeit gegenüber die Überlegenheit unserer marxistisch-leninistischen Mediävistik stärker zur Geltung zu bringen, so muß es auf der anderen Seite unser Anliegen sein, den Kollegen und Freunden, die sich nicht für eine schlechte Sache mißbrauchen lassen, unsere Hilfe anzubieten und ihre Stellung zu stärken. Die Mediävistik unserer Republik braucht diesen Kampf und diese Auseinandersetzung nicht zu fürchten. Sie hat alle

schichtsunterricht. Quellen und Unterlagen für die Hand des Lehrers. Nr. 1, Braunschweig 1947. Auf 12 Seiten wird hier ein Auszug aus Engels Bauernkrieg geboten, der im übrigen ohne Wirkung auf die westdeutsche Historiographie geblieben ist.

⁶² A. RAPP, Glanz und Elend eines Jahrtausends. Die Geschichte der Deutschen, Stuttgart 1958.

⁶³ A. RAPP, ebenda S. 102, 106, 136, 171, und besonders S. 165: „Der Bauernkrieg ist ein Duell einer Revolution von oben und einer von unten. . . Zweierlei neue Gewalt streitet in Fürsten und Bauern um das Reich, und für einen Atemzug der Geschichte wird das Bauerntum der Rivale des Fürstentums. Der Bauernkrieg entscheidet auf seiner Höhe, in seiner Tiefe, ob der Fürstenstaat oder die Demokratie der Erbe der Feudalgesellschaft wird. Es ist die große Stunde der altdeutschen Revolutionen. Einen Augenblick steht es auf des Messers Schneide, auf des Schwertes Spitze, ob Altdeutschland ein Volksreich oder ein Fürstenreich wird.“

Zu Luther weiterhin S. 169:

„Es ist der tragische Irrtum Luthers, in einer Zeit, in der sich Glauben und Gesellschaft, Kirche und Welt untrennbar verschmelzen, nur Revolutionär des Glaubens sein zu können. Er sieht in den Fürsten nicht die Taktiker zwischen Kaiser und Papst, sondern nur die Verteidiger oder die Feinde der neuen Lehre.“

⁶⁴ Vgl. hierzu H. E. STIERS, des langjährigen Mitherausgebers der „Welt als Geschichte“, „Deutsche Geschichte im Rahmen der Weltgeschichte“, die in der 1., 1934 erschienenen Auflage, mit einem Dithyrambus auf Hitler schließt, dafür in der 2., 1958 herausgekommenen Fassung, das „deutsche Wunder“ verherrlicht, wobei einst wie jetzt die gleiche Periodisierung benutzt wird und die Weltgeschichte (1934 wie 1958!) nach einem spanischen, französischen und englischen Jahrhundert – mit dem „deutschen Jahrhundert“ abschließt!

Trümpfe in der Hand. Nur muß sie diese auch ausspielen, denn sonst stechen sie nicht.⁶⁵

Wir haben aber nicht nur die Aufgabe, die westdeutsche Historiographie in ihren unwissenschaftlichen Tendenzen zu analysieren, zu bekämpfen und zu widerlegen, sondern auch die Verpflichtung, die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft weiter zu entwickeln. Das Problem, um das es bei der Erforschung der Geschichte der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland hauptsächlich geht, und das auch in der Diskussion eine große Rolle spielen muß, ist die Frage nach dem Charakter der frühbürgerlichen Revolution. Hierzu möchte ich im zweiten Teil meines Referates noch einige Ausführungen machen.

„Einer der Hauptunterschiede zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution“, hat Lenin in seiner Rede auf dem VII. Parteitag am 7. 3. 1918 ausgeführt, „besteht darin, daß für die bürgerliche Revolution, die aus dem Feudalismus hervorwächst, im Schoße der alten Ordnung die neuen Wirtschaftsorganisationen allmählich entstehen, die nach und nach alle Seiten der feudalen Gesellschaft ändern. Die bürgerliche Revolution stand nur vor *einer* Aufgabe: alle Fesseln der früheren Gesellschaft hinwegzufegen, beiseitezwerfen, zu zerstören. Jede bürgerliche Revolution, die diese Aufgabe erfüllt, erfüllt alles, was von ihr verlangt wird: sie stärkt das Wachstum des Kapitalismus.“⁶⁶

Die bürgerliche Revolution setzt also „mehr oder weniger fertige Formen der kapitalistischen Ordnung“ voraus, die „im Schoße der feudalen Gesellschaft herangewachsen und ausgereift sind“; und die Hauptaufgabe besteht darin, „die Macht zu ergreifen und sie mit der vorhandenen, bürgerlichen Ökonomik in Einklang zu bringen“, ein Vorgang, mit dem die bürgerliche Revolution abschließt, die darum „nicht der Zertrümmerung der alten Staatsmaschine“ bedarf.⁶⁷

Wenn wir die Ereignisse, deren Betrachtung wir diese Tagung in ihrem 2. Teil gewidmet haben, die frühbürgerliche Revolution in Deutschland nennen wollen, so ist es vor allem erforderlich, zu zeigen, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dieser frühbürgerlichen und der bürgerlichen Revolution bestehen, welches die Besonderheiten und Gesetzmäßigkeiten dieser Erscheinung sind. Niemand wird etwas dagegen einzuwenden haben — Herrn Golo Mann und seine Gesinnungsfreunde lassen wir beiseite —, wenn wir die beiden gewaltigen siegreichen Revolutionen des 17. und 18. Jhs. in England und Frankreich, also

⁶⁵ Wie sehr die westliche, im Dienste des militaristisch-klerikalen Obrigkeitsstaates stehende Reformationsgeschichtsschreibung die geringsten fortschrittlichen Ansätze fürchtet, zeigt vor allem K. ALAND, Apologie der Apologetik. Zur Haltung und Aufgabe evangelischen Christentums in den Auseinandersetzungen der Gegenwart (Hilfe fürs Amt 15) Berlin (West) 1948, S. 94–111 (Luther und der Bauernkrieg im Lichte des Marxismus), wo nicht nur Abusch, sondern auch Thomas Mann und Karl Barth scharf wegen ihrer Auffassung der Reformationsgeschichte angegriffen werden. Vgl. auch H. STEPHAN, Luther in den Wandlungen seiner Kirche, 2. Auflage, Berlin (West) 1951, S. 87/88, 112f.

⁶⁶ W. I. LENIN, Ausgew. Werke, Bd. II, Moskau 1947, S. 332.

⁶⁷ J. W. STALIN, Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 8, Berlin 1952, S. 19.

der Revolutionen der beginnenden Neuzeit als der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, als bürgerliche Revolutionen bezeichnen. In beiden Fällen ging die politische Macht in die Hände der Bourgeoisie über, die alles das beseitigte, was dem Wachstum des Kapitalismus im Wege stand. In beiden Fällen handelt es sich um den Sturz des Feudalismus als Klassenherrschaft und dessen Ablösung durch die Herrschaft der Bourgeoisie, handelt es sich um die Herstellung der Übereinstimmung der gewaltig angewachsenen Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen, um die Angleichung der politischen Verhältnisse an die ökonomischen.

War dies aber auch im Zeitalter der Reformation und des Bauernkriegs der Fall, das heißt zu Beginn des Spätmittelalters, der letzten Periode des Mittelalters, der Periode des Verfalls des Feudalismus und der Herausbildung der Elemente der kapitalistischen Gesellschaftsordnung? Dringt nicht das, was im späten Mittelalter anhebt, erst in der beginnenden Neuzeit und in der englischen und der französischen Revolution durch? Für das Spätmittelalter, das heißt die Zeit von 1500–1642, ist im allgemein-europäischen Rahmen charakteristisch das Heranreifen der Voraussetzungen und Kräfte der bürgerlichen Revolution. Und es ist bekannt, daß die entscheidenden Kräfte der beginnenden Revolutionsperiode zuerst in den Revolutionen der leibeigenen und hörigen Bauern im Kampf gegen den Feudalismus auf den Plan treten.

„Die besondere Bedeutung des Kampfes der Bauern gegen den Feudalismus . . . lag im Verlauf des ganzen Mittelalters gerade darin, daß dieser Kampf sowohl die ökonomischen Grundlagen der feudalen Ausbeutung als auch ihre politische Organisation, die Macht jener deutschen Fürsten . . . untergrub“. Nur „die Zerstörung der Grundlagen der feudalen Gesellschaft machte den Weg frei für eine fortschrittlichere Gesellschaftsformation“.⁶⁸

In diesem Prozeß des Heranreifens der Kräfte der bürgerlichen Revolution nimmt nun Deutschland zu Beginn des 16. Jhs. einen ganz besonderen Platz ein. Seit der französischen Revolution näherte man sich schrittweise einer Erkenntnis, die dann Friedrich Engels 1850 in klassischer Weise formulierte, daß in den deutschen Ereignissen zwischen 1517 und 1525/26 die Kräfte der bürgerlichen Revolution zum ersten Male und zugleich in einer für die Geschichte des deutschen Volkes höchst charakteristischen und denkwürdigen Weise auftreten. Engels erkannte weiter, vielleicht angeregt von Joh. Georg Aug. Wirths „Geschichte der Deutschen“⁶⁹, entscheidend aber bestimmt durch das Erlebnis der Revolution von 1848/49, daß in dem geschichtlichen Ablauf der Ereignisse jener Jahre die für eine bürgerliche Revolution typischen Entwicklungsstufen bereits in voller Klarheit hervortreten.

⁶⁸ M. M. SMIRIN, Die Volksreformation des Thomas Münzer und der große Bauernkrieg. 2. Auflage, Berlin 1956, S. 58.

⁶⁹ J. G. A. WIRTH, Geschichte der Deutschen, Bd. III, 1844 und in 2. Auflage 1846. Hier wird von der französischen Revolution als Modellfall die Gesetzmäßigkeit des historischen Prozesses der bürgerlichen Revolution abgeleitet und auf den Bauernkrieg von 1525 und die englische Revolution des 17. Jhs. übertragen. Bd. III, S. 82ff.

Sind wir nach 110 Jahren rastloser Forschung, die in Quellenausgaben, Untersuchungen und Darstellungen der verschiedensten Richtungen sich schier unübersehbar vor uns auftürmt, nach einer unbestreitbar bedeutenden Erweiterung und Vertiefung unseres Wissens auf diesem Gebiet, sind wir da noch in der Lage, an der Grundauffassung von Engels festzuhalten, daß es sich bei der „deutschen bürgerlichen Revolution des 16. Jahrhunderts“ um die „Revolution Nr. 1 der Bourgeoisie“, die erste der „drei großen Entscheidungsschlachten des europäischen Bürgertums gegen den Feudalismus“ handle?⁷⁰ Ich beantworte diese Frage mit einem klaren Ja. Engels hat niemals versucht, die deutschen Ereignisse des 16. Jhs. den voll entfalteten und reifen bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jhs. gleichzusetzen, sondern hat stets mit Nachdruck auf die Unterschiede hingewiesen, die zwischen der ersten großen Aktion des aufkommenden Bürgertums und den späteren bürgerlichen Revolutionen bestanden. Konnte die Reformation des 16. Jhs., „die zeitgemäß in religiöser Form erschien“, „in religiöser Verkleidung“, nur „einen gewissen Erfolg haben . . . : den Erfolg ihrer religiösen Verkleidung“, so blieb „der Erfolg des bürgerlichen Inhalts dem folgenden Jahrhundert . . . vorbehalten“.⁷¹

Ohne im einzelnen wiederholen zu wollen, was Engels alles über die Reformation und den Bauernkrieg sowie über den Charakter dieser Ereignisse als frühe bürgerliche Revolution – der Ausdruck selbst stammt nicht von Engels, sondern aus der sowjetischen Geschichtswissenschaft – gesagt hat, wollen wir uns einer Untersuchung der Aufgaben, Triebkräfte und Resultate der Vorgänge zuwenden, um so, ausgehend von Marx und Engels und gestützt auf unser heutiges Wissen, den Charakter der in ihrer dramatischen Wucht immer erneut packenden, ja erschütternden Ereignisse bestimmen zu können – oder zumindest einen Versuch hierzu zu unternehmen.

Die große Aufgabe, die seit dem 15. Jh. dem deutschen Volk gestellt war und auf deren erfolgreiche Lösung alle progressiven Kräfte drängten, war die Schaffung eines einheitlichen Deutschland und die Beseitigung alles dessen, was der Einheit der werdenden Nation entgegenstand, die Vernichtung des überlebten und alle weitere Entwicklung hemmenden Feudalismus. Der erste Schlag mußte sich richten gegen die Papstkirche, die mächtigste Feudalmacht im damaligen Deutschland, die sich nicht nur auf einen riesenhaften Grundbesitz, sondern auch auf zahlreiche einflußreiche geistliche Fürsten, an deren Spitze die drei geistlichen Kurfürsten standen, sowie auf eine streitbare Armee von Klerikern der verschiedensten Art stützen konnte. Denn die katholische Kirche war die ideologische Stütze des Feudalsystems, deren Einfluß das gesamte öffentliche Leben durchdrang und deren Zwangsgewalt sich niemand ungestraft entziehen konnte.⁷² Ohne Zerschlagung dieser weitverzweigten Organisation zur Aufrechterhaltung der feu-

⁷⁰ MELS, Zur deutschen Geschichte, Bd. I, S. 622, 279 und 180.

⁷¹ MELS, ebenda, S. 563, 617 und 625.

⁷² Vgl. die kirchliche Deutung des *coge intrare* (Lukas 14, 23).

dalen Klassenherrschaft⁷³ war nicht an den zweiten Schlag, die Vernichtung oder durch Zurückdrängung der weltlichen Feudalherrn, vor allem der Fürsten, zu denken. Nur durch die Beseitigung des gesamten Feudalsystems war es aber möglich, die zweite Leibeigenschaft aufzuheben und einen einheitlichen, das heißt zentralisierten deutschen Staat auf demokratischer Grundlage zu schaffen.

Das ist der nationale und soziale Inhalt der Hauptaufgabe, die das deutsche Volk am Ende des 15. und zu Beginn des 16. Jhs. zu lösen hatte. Eine erfolgreiche Bewältigung dieser entscheidenden Aufgabe hätte zwar noch nicht die bürgerliche Revolution in ihrem vollen Inhalt und Umfang bedeutet, hätte aber Deutschland auf den Weg zur bürgerlichen Revolution gebracht.

Um eine solche Aufgabe mit einiger Aussicht auf Erfolg lösen zu können, hätte es nicht nur einer gesamtnationalen antipäpstlichen Bewegung bedurft, sondern einer antifeudalen Massenbewegung unter Führung des Bürgertums. Fraglos war die nationale Gesamtbewegung für den Kampf gegen die Papstkirche und ihre Machtstellung vorhanden. Denn in der wütenden Gegnerschaft gegen Rom waren sich alle Schichten und Klassen einig: die weltlichen Fürsten, ja sogar Teile der geistlichen Fürsten, die auf die Errichtung einer weltlichen Herrschaft hofften, und auch der Kaiser, der mit der Politik der Kurie keineswegs einverstanden war. Seit der Konzilsbewegung hatten die Klagen gegen die Kirche nicht aufgehört. Unter dem Einfluß der hussitischen revolutionären Bewegung war eine umfangreiche Literatur entstanden, für deren Verbreitung der neue Buchdruck sorgte. Hauptforderung dieser gesamtnationalen Strömung war die Säkularisation der geistlichen Besitzungen, die Abschaffung der zahlreichen Gebühren und Abgaben an die Kirche, mit einem Wort die Entmachtung der katholischen Kirche und die Verhinderung der finanziellen Ausplünderung durch den Papst. Antifeudal war diese Bewegung nur in begrenztem Maße, eben soweit es gegen die Kirche ging. Entfesselt wurde diese Bewegung durch den Thesenanschlag Luthers 1517; ganz gegen den Willen des Wittenberger Mönchs, der den Mißbrauch des Ablasses bekämpfte, weil für ihn das ganze Leben der Christen der Buße gewidmet sein sollte, wurden durch den Kampf gegen den Ablassmißbrauch in kürzester Zeit alle Schichten der Nation erfaßt und in leidenschaftliche Erregung versetzt.

⁷³ Sicher ist die vielbehandelte religiöse Erregung der Zeit vor Ausbruch und zu Beginn der frühbürgerlichen Revolution auch von der Kirche, besonders den Klöstern, bewußt geschürt worden zur Bindung der Massen an die Kirche, zur Ablenkung der sozialen Unruhen in einer für den Bestand der feudalen Gesellschaftsordnung ungefährlichen und bewährten Art und Weise (vgl. den Reliquienhandel und Reliquienkult, der in Wittenberg besonders blühte, das Wallfahrtswesen, den Ablasshandel, die Wundergeschichten, den Hexenwahn und Teufelsglauben). Aber so groß das Geschick der katholischen Kirche ist im Schüren der Frömmigkeit und der religiösen Erregungen, der Ablenkung ins Religiöse, soweit es von der Kirche kontrolliert werden konnte: gerade hier zeigten sich die auf der engen Bindung an den Feudalismus beruhenden Klassenschranken der damaligen katholischen Kirche, die notwendig in Konflikt gerät mit den Interessen des Bürgertums, das eine wohlfeile Kirche fordert und die alte Versorgungsanstalt des Adels leidenschaftlich bekämpft.

Im übrigen hatten aber alle Klassen und Schichten notwendigerweise verschiedene Auffassungen über die Lage in Deutschland und über den weiteren Verlauf der Ereignisse. Der soziale Schichtenbau Deutschlands sowie die großen Gruppierungen und ihre Ideologien sind zu bekannt, als daß ich sie hier nochmals zu skizzieren brauchte.

Es ist unbestritten, daß die von Luther geführte bürgerlich-gemäßigte Reformation in den Jahren bis zum Wormser Reichstag vor allem im Kampf gegen die Papstkirche eine historisch sehr bedeutsame und durchaus progressive Rolle spielte. Luther wurde in diesen Ereignissen zum Held der deutschen Nation im Kampf gegen die römische Knechtung und Aussaugung. Allgemein bekannt sind die Wittenberger Vorgänge während Luthers unfreiwilligem Aufenthalt auf der Wartburg, in deren Ergebnis die bürgerlich-gemäßigte Reformation Luthers in die Hände der Fürsten geriet. Auch die ältere bürgerliche Geschichtsschreibung hat das Problematische dieser Wendung gesehen, zuletzt etwa K. A. Meissinger in seiner Abhandlung „Luther. Die deutsche Tragödie 1521.“ Meissinger sah in der Wartburgepisode ein Versagen Luthers, eine Flucht vor der entscheidenden Tat. Luther hätte sich an die Spitze der gesamten Opposition im Reich stellen sollen, um die nationale Bewegung zum Siege zu führen, ohne dabei allerdings – und hier werden die Grenzen Meissingers offenkundig – dem Feudalismus ein Haar zu krümmen. „Aber er war nur ein Professor und ein gehorsamer Untertan seiner kursächsischen Obrigkeit“. „Er hielt seine Aufgabe in Worms für erfüllt, wenn er standhaft blieb und den Widerruf verweigerte“.

Man versteht durchaus, wenn Meissinger mit der Frage schließt: „Wer will sagen, wie ein Zwingli oder Calvin an seiner (Luthers) Stelle gehandelt hätten?“⁷⁴ Aber dennoch bleibt der Verfasser an der Oberfläche; seine bürgerlich-idealistische Position erlaubt es ihm nicht, die wahren Ursachen der „deutschen Tragödie“ zu erkennen. Weder Luther noch Zwingli oder Calvin hätten das ersetzen können, was in den geschichtlichen Ereignissen von 1517 bis 1525/26 doch zum großen Teil fehlte: die entwickelte bürgerliche Klasse als führende Kraft der Bewegung. Nur das Bürgertum hätte die entscheidende Aufgabe der Hinüberführung der anti-römischen Nationalbewegung in die antifeudale bürgerliche Revolution lösen können. Aber das Bürgertum war selbst erst auf dem Wege der Formierung zur Klasse sowie die kapitalistische Wirtschaft erst im Entstehen begriffen: die nicht voll entwickelten Klassenverhältnisse waren überhaupt charakteristisch für diese Zeit.

Die einflußreichsten Elemente des Bürgertums, vor allem das Patriziat mit seinem Kaufmanns- und Wucherkapital, aber auch die reichen Zünfte, waren an einer Beseitigung und Überwindung des Feudalismus und an der Herstellung der Einheit der Nation nicht in dem notwendigen Maße interessiert; sie machten ihre Geschäfte mit Kaiser und König, mit Fürsten und Herren, die allesamt auf ihr

⁷⁴ K. A. MEISSINGER, a. a. O., S. 182 und 185. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, die Auffassung des Theologen Meissinger ausgerechnet bei F. MAUTHNER vorgebildet zu finden: Der Atheismus und seine Geschichte im Abendland, Bd. I, Stuttgart und Berlin 1920, S. 487.

Geld und ihre Lieferungen angewiesen waren.⁷⁵ Auch das Verlagssystem, das zahlreiche verarmte Zünfte in ökonomische Abhängigkeit vom Kaufmanns- und Wucherkapital gebracht hatte, änderte nichts an dieser engen Bindung an den Feudalismus, schuf aber doch auch zu gleicher Zeit die ersten Ansätze kapitalistischen Wirtschaftens. Anders war es bei den armen, ökonomisch unterworfenen und abhängigen Zünften; anders erst recht bei den plebejischen Schichten im Bereich der Städte, bei den immer zahlreicher werdenden ewigen Gesellen, den Tagelöhnern, verarmten Handwerkern und Kleinhändlern. Und anders war es auch bei den landarmen und landlosen bäuerlichen Massen, die dem Druck und der Ausbeutung der ständig vermehrten Fronen und erhöhten Abgaben der beginnenden 2. Leibeigenschaft, dem Angriff der Feudalherren auf die Allmende schutzlos preisgegeben waren. Nur bei diesen Schichten bestand ein elementares Interesse an der Beseitigung und Überwindung des Feudalismus.

Der Prozeß der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals stand in Deutschland zu Beginn des 16. Jhs. erst am Anfang. Und die Schwäche des Bürgertums resultiert aus der Schwäche der bürgerlich-kapitalistischen Ökonomik. Im Grunde waren zwar alle Elemente für eine bürgerliche Revolution vorhanden. Aber in der Schwäche der ökonomisch und klassenmäßigen Bildungen liegen die Besonderheiten, die uns zwingen, von einer frühen Form der bürgerlichen Revolution zu sprechen, Besonderheiten, die darin bestehen, daß die Revolution eben die Aufgabe hatte, den Prozeß des Wachstums des Kapitalismus zu beschleunigen unter Bedingungen, die dieses Wachstum zwar forderten, aber keineswegs genügend voranbringen konnten.

Die ausgereifte bürgerliche Revolution ist gleichsam nur ein Schlußstrich unter eine lange Entwicklung, die Vollendung der bürgerlichen Welt, die schon mehr oder weniger fertig vorhanden ist. In dieser reifen bürgerlichen Revolution ist das Neue schon übermächtig, unschlagbar, das Alte morsch, brüchig und überlebt, meist auch längst unsicher geworden. In den Anfängen der bürgerlichen Revolution ist das Neue jedoch keineswegs voll ausgebildet, also auch noch nicht mächtig genug, um das Alte beiseiteschieben zu können. Und das Alte ist noch nicht ausgelaugt und lebensunfähig: der Feudalismus ist ja erst im Begriff, seine höchste und letzte Stufe, den Absolutismus, zu erreichen, hat sich also noch längst nicht völlig erschöpft und verausgabt. Die frühe bürgerliche Revolution ist in Deutschland das Ergebnis des Fehlens einer nationalen Monarchie, des Versagens der Zentralgewalt; sie ist der Versuch, durch eine Revolution von unten das zu erreichen, was in anderen Ländern im Bündnis von Krone und Bourgeoisie geschaffen wurde: die nationale Einheit. Sie ist der Versuch, die Entwicklung voranzubringen, das Neue zu stärken, gerade weil es nicht stark genug ist. Der Versuch, von einer verfrühten bürgerlichen Revolution zu sprechen, vergißt den Zwang der revolutionären Situation; auch wenn der ökonomische und kulturelle

⁷⁵ Das enge Bündnis des Augsburger Kapitals mit den alten Mächten des Papsttums und Kaisertums ist geradezu die Grundthese des Fuggerbuches von G. Frh. von PÖLNITZ, Jakob Fugger der Reiche. Kaiser, Kirche und Kapital in der oberdeutschen Renaissance. Tübingen 1949.

Aufstieg seinen Höhepunkt noch nicht überschritten hatte, wenn ein allgemeiner Rückgang noch nicht spürbar war, so war dennoch keine Zeit, um erst die Reifung der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse abzuwarten. Es gab für die revolutionären Kräfte nur die Wahl, zu kämpfen, um ihre Konzeption durchzusetzen, oder sich kampflos den Fürsten zu ergeben.

Die frühbürgerliche Revolution ist auch keine Vorform der bürgerlichen Revolution, sondern eben der Beginn einer revolutionären Entwicklung, die erste Stufe in einer langen Entwicklungsreihe bürgerlicher Revolutionen. Sie ist der Anfang der revolutionären Emanzipation der bürgerlichen Klasse: unter den besonderen Verhältnissen der politischen und ökonomischen Zerrissenheit und Zersplitterung eines großen Landes; ein zwar gescheiterter, aber eben doch ewig denkwürdiger Versuch zur Überwindung der Zersplitterung und der mit ihr verbundenen Ungleichmäßigkeit der Entwicklung, ein Versuch, den drohenden Sieg des kleinstaatlichen Absolutismus und damit den Rückfall in Stagnation und Rückständigkeit zu verhindern. Aber da die eigentliche zur Führung bestimmte Kraft selbst zersplittert war und ihr die Sammlung der oppositionellen Kräfte nicht gelang, siegte die Zentralisation in der Zersplitterung, die Ordnung in der Unordnung, die Fürsten, die nun auf dem Rücken der Besiegten den kleinstaatlichen deutschen Absolutismus errichteten.

Eine der wichtigsten Aufgaben in jeder Revolution ist es, Verbündete zu gewinnen und diese auf die Hauptprobleme, auf den Kampf gegen den Hauptfeind zu orientieren. Oppositionelle und revolutionäre Elemente gab es am Vorabend der frühbürgerlichen Revolution in den Städten und auf dem Lande in großer Zahl, oppositionelle Kräfte waren auch bei dem niederen Adel, besonders bei der Ritterschaft vorhanden. Alle diese Kräfte hätten von einem starken, selbstbewußten Bürgertum auf das Ziel der Herstellung der nationalen Einheit hin ausgerichtet und für den Kampf gegen die Fürsten gewonnen werden müssen, um sie geschlossen in die Revolution und zum Sieg zu führen. Eine breite Front von Luther über Karlstadt und Strauss zu Müntzer und Hubmaier, zu Zwingli und Gaismaier, auch zu Sickingen, Hutten und Cronberg hätte die kirchlichen und politischen Zustände im Reich verändern können und dazu geführt, die Zersplitterung in politischer und ökonomischer Hinsicht zu überwinden: eben auf Kosten des Fürstentums, der antinationalsten Kraft in Deutschland.⁷⁶ Die gemäßigt-bürgerliche Reformation Luthers erfüllte diese Aufgabe nur bis 1521; danach brach Luther mit den sogenannten Schwärmern, mit den Bauern, mit den

⁷⁶ Interessant ist, daß auch Ranke, der eigentliche Begründer der reaktionären Reformationsgeschichtsschreibung, am Vorabend der Revolution von 1848 sich dieser Erkenntnis näherte, sie aber doch im gleichen Moment auch wieder verleugnete: „Die müntzerischen Inspirationen, die sozialistischen Versuche der Wiedertäufer und diese paracelsischen Theorien entsprechen einander sehr gut; vereinigt hätten sie die Welt umgestaltet. Zur Herrschaft aber konnten sie doch nicht kommen; dazu waren sie in sich zu verworren und überladen: sie hätten nur den großen welthistorischen Gang der Kultur unterbrochen“ (Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, Bd. V, Deutsche Akademie-Ausgabe, München 1925, S. 380).

Vgl. auch seine Charakteristik des Bauernkriegs Bd. II, München 1925, S. 165/167.

„Sakramentierern“, mit den Humanisten: und führte praktisch lediglich nur noch die Sache der Fürsten gegen alle oppositionellen Kräfte. So wurden alle oppositionellen Kräfte isoliert geschlagen, zuerst der Adel, dann die Bauern – insgesamt ohne ausreichende Hilfe der Städte – und ihre Heere getrennt und nacheinander. Niemals gelang es, die Gegensätze im feindlichen Lager der Fürsten zur Stärkung der eigenen Position auszunutzen: immer war die Führung der Gegenseite überlegen, sowohl in der Heerführung des Truchseß wie in der Besiegung Müntzers in Thüringen.

Zwar waren allenthalben bürgerliche Kräfte am Werk: in Worms, Speyer, Weissenburg i. Elsaß und in Frankfurt am Main; in Kitzingen, Rothenburg, Neustadt a. d. Aich; in Stralsund, Rostock, Wismar, Lübeck und Hamburg; in Halle, Erfurt, Ulm, Regensburg oder Hannover. Und überall waren es die plebejischen Massen, die als treibende Kraft die bürgerlichen Schichten in Bewegung brachten, zugleich aber von diesen lediglich zur Verwirklichung ihrer eigenen Ziele benutzt wurden. Das Bündnis der treibenden Kraft mit der Kraft, die eigentlich die führende hätte sein müssen, war somit nur von kurzer Dauer.

Aber entscheidend war, daß es überall bei lokal begrenzten Unternehmungen und sporadischen Kämpfen ohne weitgespanntes Zusammenwirken blieb, da das Bürgertum sich nicht als Hegemon, als führende Kraft an die Spitze der revolutionären Bewegung zu stellen vermochte. Die wirtschaftliche und politische Stellung gerade des städtischen Patriziats war ohne die kaiserliche Privilegierung nicht denkbar: und das Bürgertum in seiner patrizischen Spitze war nicht bereit, eine echte Bourgeoisie zu werden, so wenig die mittlere Schicht bereit war, mit den Plebejern auch nur einen Schritt gemeinsam weiterzugehen über die Erreichung der eigenen kleinlichen Ziele hinaus.

In Deutschland fehlte für das Bürgertum der politische und ökonomische Zwang, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen oder sich gar an deren Spitze zu stellen. Geschäfte konnte man mit Kaiser und Königen, Fürsten und Herren in größtem Maße machen, zumal die Produktion für den Hof und seine Bedürfnisse in Frieden und Krieg das Hauptgeschäft darstellte und die Geldleihe größten Gewinn versprach.

Was die Ereignisse der frühen bürgerlichen Revolution in Deutschland von den niederländischen Vorgängen unterscheidet, ist das Fehlen des Zwangs für das Bürgertum, sich der Revolution anzuschließen. In den Niederlanden verbindet sich der antifeudale Kampf der Volksmassen mit dem nationalen Befreiungskrieg gegen die Spanier, die mit ihren steuerlichen Maßnahmen das gesamte Wirtschaftsleben des blühenden Landes zu ruinieren drohen.

Dennoch kommt es auch in den Niederlanden nicht zu einer völligen Vernichtung des Feudalismus, da die kompromißlerische Haltung der Kapitalistenkreise den Profit höher stellte als die Lösung der nationalen Grundfragen.

Das Versagen des Bürgertums führte zwangsläufig dazu, daß Plebejer und Bauern zu den tragenden Kräften der Revolution werden mußten. Den Bauern, selbst Produkte des Feudalismus, geprägt durch die Zersplitterung und Kleinlichkeit einer engen Produktionsweise, haftet die Enge des Bewußtseins, die „Lokat-

borniertheit“, der vielberufene Kirchturmshorizont an. Sie bleiben immer in der Vereinzelung des Dorfes oder der Landschaft und erreichen keine Einheit als Klasse in Aktion.

Das Bürgertum war in der frühbürgerlichen Revolution insgesamt und als Klasse nicht in der Lage, in den Bauern „die natürlichsten Bundesgenossen“⁷⁷ zu erkennen, da es selbst nicht bereit war, demokratisch zu handeln und die eignen Bauern von den Feudallasten zu befreien. Alle freien Reichsstädte – Nürnberg, Rothenburg, Mühlhausen i. Th., Heilbronn, Frankfurt a. M., Augsburg, Ulm usw. – hatten eigene Territorien und beuteten in ihren Dörfern die Bauern nicht weniger aus, als die adeligen und fürstlichen Feudalherrn es taten. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Bürgertums war mehr an der Behauptung dieser „privilegierten“ Ausbeutung interessiert als in der Entwicklung und Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise.

Aber ohne das Bündnis mit den Bauern konnte die frühbürgerliche Revolution nicht siegen: da die Vernichtung des Feudalismus nur im Bunde mit den von den feudalen Lasten befreiten Bauern möglich war und die Macht für das Bürgertum nur durch den Kampf der bäuerlichen Massen erobert werden konnte.

Auch die Plebejer, nach Engels die „Hauptbasis“ der frühbürgerlichen Revolution⁷⁸, sind noch keine selbständige Klasse. Sie sind von äußerst bunter Zusammensetzung: städtische Armut, das heißt Handwerksgesellen und Lohnarbeiter aller Art, aber auch fahrendes Volk, Bettler, das heißt die ganze schwer faßbare Unterschicht der „Armut“, die außerhalb der ständischen Ordnung lebte. Diese sehr zahlreiche unterste soziale Schicht der Gesamtbevölkerung – Schildhauer weist sie für Stralsund mit 45,7% im Jahre 1534 und für Rostock mit 63,6% im Jahre 1533 nach – ist erst auf dem Wege, sich zu einer Klasse zu formieren; daher ihr unselbständiger und je nach der Zusammensetzung wankelmütiger und beeinflubarer Charakter, die oftmals schwankende Rolle, die sie mehr als Mitläufer denn als verantwortlichen Akteur kennzeichnet. Aber die Plebejer sind bereits eine Vorform des Proletariats: als Lohnarbeiter ohne Produktionsmittel und Kapital.

Plebejer und Bauern als tragende Kraft der Ereignisse bewirken, daß die revolutionäre Bewegung nicht mehr rein bürgerlichen Zielen, das heißt der alleinigen Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise dient. Der Kampf um die Einheit des Landes sowie gegen die Fürsten und den Adel wird nun zum Kampf um die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft. Wenn auch deren Schaffung erst durch das Proletariat und die sozialistische Revolution möglich und wirklich wird, so bleibt dieser Kampf, an dessen Spitze Müntzer stand, nicht nur der vollkommenste Ausdruck der Sehnsüchte und Hoffnungen der Volksmassen, deren Auffassung von der Reformation Smirin mit Recht „Volksreformation“ nannte,

⁷⁷ LENIN, AW Bd. I, S. 528 „Die Bauern sind die ‚natürlichsten‘ Bundesgenossen der Bourgeoisie, nämlich der demokratischen Bourgeoisie, ohne die sie der Reaktion gegenüber machtlos ist.“

⁷⁸ MELS, Bd. I, S. 625.

sondern ist zugleich ewig denkwürdig als Vorahnung der nationalen Politik des deutschen Proletariats.

Der tatsächliche Sieger sind die Fürsten. „Da ward kein gnad noch erbermd, sonder itel tyranny mit dem armen tolln uffrürigen pöpel gebrucht. Wyt ob denn hundertmal tusend wurdent erschlagen . . . vil wurdend an die böum gehenckt, nit hoher, dann daß die süw und hünd ettlichen die füeß abfraßend, viel gefierteylt, ettlich lebendig gebraten, viel an allen enden mit dem schwert gericht, des gesichts beroubt, durch die backen geprennt“ . . .⁷⁹ Die Fürsten sind es, die die Erfolge der ersten Phase der bürgerlichen Revolution zu ihren Gunsten zu nutzen verstehen, die praktisch das Bürgertum in den Dienst ihrer Interessen stellen. Die neue Ideologie des Luthertums wird durch Ausmerzung aller oppositionellen Elemente in der lutherischen Orthodoxie und in der protestantischen Scholastik zur Stütze der rückständischen Kleinstaaterei.⁸⁰

Die wichtigsten Merkmale der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die frühbürgerliche Revolution ist der Beginn der revolutionären Erhebung des Bürgertums unter noch unreifen, nicht voll entfalteten ökonomischen und klassenmäßigen Bedingungen mit dem Ziel, die politische und ökonomische Zersplitterung, das Haupthindernis auf dem Weg der Entwicklung, zu überwinden durch die Herstellung der Einheit der Nation.

Sie ist gekennzeichnet durch den geringen oder relativ geringen Reifegrad des subjektiven Faktors: nicht nur das Klassenbewußtsein ist allgemein noch schwach entwickelt (das Bürgertum weithin noch zünftlerisch organisiert und von den Patriziern beherrscht, das Bauerntum lokal beschränkt und mit engem Horizont, die Plebejer nur Anhang der revolutionären Kräfte), sondern auch der Grad der Organisiertheit ist gering (beim Bundschuh und im Bauernkrieg, besonders bei Müntzer erste Ansätze einer weiterverzweigten revolutionären Organisation, Rolle der Bettler und der fahrenden Leute, aber auch und besonders der Prädikanten, der plebejischen Fraktion der Geistlichkeit, als der entscheidenden Ideologen und Organisatoren mit der erforderlichen Vorbildung und der notwendigen Verbindung mit den Volksmassen).

Eng mit der noch geringen Organisiertheit hängt zusammen die verbreitete Disziplinlosigkeit der Bauern und Plebejer, besonders in militärischer Hinsicht (der Bauernkrieg hat nur einen militärischen Führer von wirklichem Rang, M. Gaismaier, hervorgebracht; aber auch er war kein Moritz von Oranien und erst recht kein Cromwell).

⁷⁹ JOHANN STUMPF [1500–1576?], *Chronica vom Leben und Wirken des Ulrich Zwingli*. Zürich 1932, 2. Auflage (Quellen und Studien zur Geschichte der helvetischen Kirche Bd. 1) S. 59.

⁸⁰ Daß die päpstliche Politik daraus Nutzen zu ziehen verstand, ist eine andere Sache. Morone hat nach der Niederwerfung der frühbürgerlichen Revolution (1539) den Grundsatz der päpstlichen Politik des *divide et impera* formuliert: „che per Nostro Signore et per quella santa sede et per la fede christiana è meglio che la Germania sia discorde.“ Nuntiaturberichte aus Deutschland. 1533–1559, I. Abt., Bd. III, Gotha 1893, I. H., S. 89.

Die frühbürgerliche Revolution ist weiter gekennzeichnet — ungeachtet aller Ansätze revolutionärer Organisiertheit — durch den überwiegend spontanen und somit lokal-begrenzten Charakter der revolutionären Erhebungen, die nicht so gründlich ideologisch und organisatorisch vorbereitet und durchgeführt werden, wie dies in den reiferen bürgerlichen Revolutionen in Erscheinung tritt, sondern im Ergebnis des unmittelbaren Klassenkampfes und ohne festen Kontakt miteinander ausbrechen und verlaufen; durch die ausschlaggebende Rolle der religiösen Form der revolutionären Ideologie, die allein das Ohr der Massen und ihr Verständnis findet (von Luther bis Müntzer, von den Täufern bis zu den Spiritualisten, von Zwingli bis Calvin); die Auffassung, daß sich zum Beispiel Müntzer nur der religiösen Ausdrucksweise bedient habe, um sich verständlich zu machen, daß er selbst aber nicht mehr in den überkommenen theologischen Begriffen gedacht habe, ist unwahrscheinlich und nicht beweisbar. Die Ideologie der frühbürgerlichen Revolution ist antipäpstlich, aber nicht schlechtweg anti-religiös, antikirchlich, aber nur im Sinne des Kampfes gegen das feudale Kirchenwesen.

Im Gegensatz zu Westeuropa, wo die Monarchien die Lösung der nationalen Frage in die Hand nehmen, wobei sie die bürgerlichen Kräfte um sich scharen, fehlt in Deutschland die nationale Monarchie. Die deutsche frühbürgerliche Revolution stellt somit zum ersten Male die Frage der demokratischen Einheit einer wahrhaft souveränen deutschen Nation, erweist sich somit in ihrem konsequentesten und revolutionärem Programm, der Volksreformation Th. Müntzers, als zugleich demokratisch und national.

Bedeutungsvoll, ja entscheidend ist die große Rolle der Volksmassen in der frühbürgerlichen Revolution, die sich als die allein konsequenten und wirklich revolutionären Kräfte erweisen; allein die bäuerlichen und plebejischen Massen haben den Ereignissen von 1517 bis 1525/26 die dramatische Wucht und den unerhörten Elan gegeben; ausgehend von der Forderung nach stärkerer Anteilnahme am kirchlichen Leben, an der Verwaltung der Kirche und der Besetzung der Pfarrstellen, bis zur Volksreformation Müntzers mit ihrer Forderung, die Mächtigen vom Stuhl zu stoßen und die Macht dem gemeinen Manne zu geben.

Festzuhalten ist stets: Die Volksreformation unter Führung Thomas Müntzers ist der konsequenteste Ausdruck der Auffassungen der Volksmassen von der Reformation, den Hoffnungen und Vorstellungen der ausgebeuteten Bauern und Plebejern von dem, was kommen und werden sollte. Die revolutionäre Bewegung Müntzers kämpfte am wirksamsten für die Lösung der nationalen Aufgaben. Hätte die Volksreformation aber 1525/26 wirklich siegen können? Man wird diese Frage verneinen müssen, da der Gegensatz zum oppositionellen Bürgertum und vor allem zur gemäßigten lutherischen Reformation, aber auch zur radikalen Reformation Zwinglis doch zu groß war. Dieser Gegensatz war objektiv vorhanden, nicht bloß von den Teilnehmern eingebildet: er bestand in den grundsätzlich differierenden Klassenzielen, beruhend auf den gegensätzlichen Klassenpositionen. Der Volksreformation fehlte das Proletariat, die einzige Kraft zur Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft.

Aber wie wäre es möglich gewesen, zu einem Resultat zu gelangen, das nicht im Triumph des deutschen Fürstentums bestanden hätte?

Wenn man die Möglichkeit eines Erfolges von vornherein in Frage stellt, so gibt man der bürgerlich-reaktionären Historiographie recht, die von sinnlosem Aufbruch redet, so gibt man aber historisch auch den Fürsten recht, deren Macht als die allein mögliche und beständige angesehen wird.

War auch ein Sieg der Volksreformation nicht möglich, so ist doch der Sieg einer gemäßigten Gruppierung bei Unterstützung durch die Kraft der revolutionären Massen, das heißt der Volksreformation, durchaus nicht von der Hand zu weisen. Vor allem bietet sich das Kompromiß von Heilbronn an: der Weigandt-Hiplersche Plan für eine Bauernberatung mit dem Ziel der Einigung der Kräfte des oppositionellen Adels, des oppositionellen Bürgertums der Städte und der Bauernheere. Engels hat den Heilbronner Plan, dessen Verfasser er den Repräsentanten „sozusagen des Durchschnitts aller progressiven Elemente der Nation“ nannte – die Frage, wer der Verfasser war, kann hier füglich außer Betracht bleiben –, als eine „Vorahnung der modernen bürgerlichen Gesellschaft“ bezeichnet. Zwar sah er in den Grundsätzen und Forderungen des Programms von Heilbronn „nicht das unmittelbar Mögliche“, wohl aber „das, etwas idealisierte, notwendige Resultat der bestehenden Auflösung der feudalen Gesellschaft“. Wohlgemerkt: das „notwendige Resultat“ der Entwicklung. Die von den Bauern geforderte Zentralisation nahm hier „eine positivere Gestalt an“, die allerdings „von der Vorstellung der Bauern über sie indes himmelweit verschieden war“ und „weit mehr im Interesse der Städtebürger als der Bauern war“. Das Ganze lief auf die schließliche Unterordnung der bäuerlichen Forderungen unter die Interessen der Bürger hinaus.⁸¹

Die Frage nach den Erfolgsaussichten und -möglichkeiten ist keine abwegige Frage, sondern entscheidend für die Bestimmung des Charakters der Bewegung. Für ein aussichtsloses Unternehmen ca. 100 000 Bauern zu opfern – ohne die Flüchtlinge, die Verstümmelten, mit Geldstrafen belegten Teilnehmer usw. –: das müßte den ganzen Bauernkrieg von vornherein zu einer Wahnsinnstat, oder wenigstens zu einem reinem Naturereignis, wie ihn Ranke genannt hat, stempeln. Mit Nachdruck muß man hervorheben, daß die früheste Phase der bürgerlichen Revolution eben betont bürgerliche Ziele verfolgte: die Herstellung der Einheit der Nation durch die Zerstörung des Feudalismus, das heißt die Zerschlagung der Fürstenmacht und die Befreiung der Bauern von den drückenden Feudallasten. Objektiv war das im Interesse aller Bürger und aller übrigen unterdrückten Schichten, auch wenn die Bürger den größten Nutzen daraus gezogen hätten. Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland ist ein heroischer Höhepunkt unserer Geschichte, sie stellt die schwerste Erschütterung des Feudalsystems, der Macht des Adels und der Fürsten in der gesamten älteren deutschen Geschichte dar, der schwerste Schlag gegen das volksfeindliche und antinationale Regime der feudalen Ausbeutung und Knechtung der Volksmassen seit der Hussitenbewegung.

⁸¹ MELS Bd. I, S. 255.

Auch als gescheiterter Versuch war sie notwendig, wie im 19. Jh. die Pariser Kommune. In beiden Fällen gilt, daß der Kampf stets besser ist als die feige, dumpfe, ausweg- und hoffnungslose Kapitulation. Stets läßt der Kampf die Kräfte erkennen, die für und gegen die Sache des Volkes sind. Und die Auswirkungen der Niederlage der frühbürgerlichen Revolution im großen deutschen Bauernkrieg waren niemals nur negative: die Kämpfer von damals haben eine lebendige, niemals wieder abgerissene revolutionäre Tradition geschaffen, die die Zeiten überdauern wird.

In doppelter Weise wirkten diese Erinnerungen weiter: Als lähmender Schrecken für die herrschende Klasse war das Gedächtnis des Bauernkriegs und zumal Thomas Müntzers jahrhundertlang wirksam, eine stete Mahnung an die gewaltige Kraft des Volkes, an seinen festen Willen, die Ausbeuterherrschaft, die sich immer bedroht fühlt, da sie letztlich unstabil und ohne Zukunft ist, eines Tages doch noch erfolgreich abzuschütteln. Das zeigt die Geschichte des Müntzerbildes mit großer Deutlichkeit.⁸²

Was für die Herrschenden eine schreckliche, peinvolle und nicht gern wieder beschworene Vergangenheit darstellte, das bedeutete für die Ausgebeuteten, für die Volksmassen eine heroische Erinnerung, die man immer wieder lebendig werden ließ, besonders seit den Tagen der französischen Revolution. Bis dann die deutsche Arbeiterklasse das Gedächtnis an die frühe bürgerliche Revolution endgültig einfügte in das wissenschaftliche Bild unserer nationalen Geschichte. Und wir erinnern uns gern der Zeit, die „die größte progressive Umwälzung“ heraufführte, „die die Menschheit bis dahin erlebt hatte“, einer Zeit, „die Riesen brauchte und Riesen zeugte, Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit.“ Und in dieser großartigen Periode „wies der deutsche Bauernkrieg prophetisch hin auf zukünftige Klassenkämpfe, indem er nicht nur die empörten Bauern auf die Bühne führte . . ., sondern hinter ihnen die Anfänge des jetzigen Proletariats.“⁸³

⁸² Vgl. M. STEINMETZ, Das Müntzerbild in der Geschichtsschreibung von Luther und Melanchthon bis zum Ausbruch der französischen Revolution, Jenaer Habilitationsschrift 1956, V u. 443 S. (Maschinenschrift).

⁸³ F. ENGELS, Einleitung zur Dialektik der Natur (1875/76). In: F. Engels, Dialektik der Natur, Berlin 1952, S. 8 und 7.

KARLHEINZ BLASCHKE

Deutsche Wirtschaftseinheit oder Wirtschaftspartikularismus?

Ausmaß und Bedeutung des Handels im sächsisch-thüringischen Raum um 1500

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands zur Zeit der Reformation und des Bauernkrieges herrscht die Meinung vor, als habe der politischen Zersplitterung des Reiches auch eine ökonomische Zersplitterung entsprochen. Man erklärt beispielsweise die „lokale und provinzielle Borniertheit“ der bäuerlichen Bewegung aus der „wirtschaftlichen und politischen Zersplitterung Deutschlands“ und sieht andererseits das Hauptresultat der Niederlage der Bauern in der „Verschärfung und Konsolidierung der wirtschaftlichen und politischen Zersplitterung Deutschlands“.¹

Diese Einschätzung der Dinge entspricht durchaus dem Forschungsstand um die Mitte des 19. Jhs., sie muß aber auf ihre Gültigkeit überprüft werden, bevor sie in die gegenwärtig laufende Diskussion einbezogen wird. Dabei läßt sich die Frage nach Wirtschaftseinheit oder Wirtschaftspartikularismus am besten an einer Betrachtung des Handels als des Bindegliedes innerhalb des ökonomischen Bereichs klären.

Bereits aus dem hohen Mittelalter ist das Bestehen eines Fernhandels bekannt, der sich ohne Rücksicht auf territorial begrenzte Herrschaftsrechte über den mitteleuropäischen Raum erstreckte. An seinen Knotenpunkten entstanden die großen Städte des Mittelalters. Auf dieser Grundlage bildeten sich bis 1500 durch eine organische Entwicklung Wirtschaftszusammenhänge von erheblichem Ausmaß heraus, wenn man das damalige Reich auch nicht als einheitliches „Wirtschaftsgebiet“ im modernen Sinne bezeichnen kann. Vielmehr bestanden auch über die politischen Reichsgrenzen hinweg intensive wirtschaftliche Beziehungen und Zusammenhänge im Rahmen europäischer wirtschaftlicher Verbindungen, die von einem relativ weit entwickelten „Welthandel“ getragen wurden.

Innerhalb des Reiches war die Selbstgenügsamkeit der engräumigen mittelalterlichen Wirtschaftsgebiete im Schwinden begriffen oder in manchen Fällen schon ganz beseitigt. In das ökonomische Zusammenwirken einer Stadt mit ihrem ländlichen Umkreis, mit anderen Worten in das Zusammenwirken und Aufeinanderangewiesensein gewerblicher und agrarischer Produzenten eines begrenzten Gebietes, waren schon überregionale Beziehungen eingebrochen, die sich wohl am deutlichsten in den Bergbaugebieten mit ihrem beträchtlichen Überschuß an gewerblichen Produkten und dem Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln zeigten. Es gab um 1500 bereits

¹ Hier zitiert nach dem Lehrbrief für das Fernstudium der Mittelstufenlehrer, Fach Geschichte, Heft 9, S. 950, herausgeg. vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut, 1956.

1. Gebiete mit einem ungedeckten Bedarf an Massengütern sowohl für den Verbrauch als auch für die Produktion.

Der Fernhandel mit Rohstoffen war bereits eine notwendige Voraussetzung für manche Zweige der gewerblichen Produktion geworden;

2. Gebiete mit einer Überschußproduktion an Massengütern aus der agrarischen oder gewerblichen Wirtschaft;

3. einen ins Gewicht fallenden Bedarf an Luxuswaren, der nur durch Fernhandel zu befriedigen war.

Somit war um 1500 die wirtschaftliche Differenzierung Deutschlands in vollem Gange. Der sächsisch-thüringische Raum bietet dafür einige treffende Beispiele. Aus den überwiegend agrarischen Gebieten im Norden des Kurfürstentums Sachsen ging ein reger Getreideexport elbabwärts bis nach Hamburg. Umgekehrt führten die südöstlichen Teile Kursachsens, namentlich um Dresden und im Erzgebirge, Getreide aus Böhmen ein.

Das sächsische Getreideüberschußgebiet versorgte also nicht das sächsische Getreidezuschußgebiet. Die Getreideeinfuhr auf der Elbe hatte bereits ein solches Ausmaß angenommen, daß ihre zeitweilige Unterbrechung zu Versorgungsschwierigkeiten führte und soziale Gärungen unter der ärmeren Stadtbevölkerung veranlaßte.²

Als wichtigste Gegenlieferung für Getreide ging Hallisches Salz nach Böhmen. Die im erzbischöflich magdeburgischen Territorium gelegene Stadt lieferte ihr Salz durch das bischöflich merseburgische und das kursächsische Territorium nach Böhmen, ohne daß die Territorialgrenzen hinderlich gewesen wären. Für die Bedeutung und das Ausmaß des Salztransports spricht die Benennung ganzer Fernstraßenzüge als „Salzstraßen“.

Die Fleischversorgung der größeren mitteldeutschen Städte war schon um 1500 nur durch Einfuhr von Lebendvieh sicherzustellen. Alljährlich wurden große Ochsenherden aus Polen herangetrieben, weil aus der Viehhaltung der Bürger und der umliegenden Dörfer nicht mehr genug Schlachtvieh zur Verfügung stand. Eine wichtige Handelsware der Zeit stellte der Waid als Färbemittel bei der Tuchherstellung dar. Aus dem thüringischen Waidanbaugebiet um Erfurt wurde er auf der Hohen Straße nach Görlitz verfrachtet, dem das kaiserlich privilegierte Waidhandelsmonopol für den gesamten Osten zustand. Die große Bedeutung des Waidhandels läßt sich aus dem Umfang der lausitzisch-schlesischen Tuchfabrikation wie auch dem Nachdruck und dem Aufwand ermessen, mit dem Görlitz sein Monopol durchzusetzen und aufrechtzuerhalten bemüht war.

Die Textilerzeugung war die Ursache für einen intensiven Fernhandel mit Rohstoffen und Halbfertigwaren. Um Chemnitz und Rochlitz hatte sich im späten Mittelalter ein Leinwanderzeugungsgebiet entwickelt, dessen Produktion und Rohstoffbedarf weit über die Leistungsfähigkeit der heimischen Garnerzeugung hinausging. In der zweiten Hälfte des 15. Jhs. lieferten die ostsächsischen und ober-

² V. SADOVA, Böhmisches Getreide auf dem sächsischen Markt am Ende des 16. und in der ersten Hälfte des 17. Jhs. In: *Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte*. Berlin 1958, S. 79 ff.

lausitzischen Garnmärkte in Dresden, Pirna, Bischofswerda und Bautzen den Rohstoff für die westsächsische Leinwandherstellung. Im 16. Jh. reichte auch dies nicht mehr, so daß die ostpreußischen, litauischen und schlesischen Garnmärkte herangezogen werden mußten. Andererseits überstieg die um Chemnitz erzeugte Leinwand den örtlichen Bedarf um ein Vielfaches. Sie war Exportartikel, der über die Messen von Leipzig und Naumburg und über die Handelsverbindungen mit oberdeutschen Kaufleuten in den „Welthandel“ gelangte. — Bei der Heranführung der Textilrohstoffe wurden selbst größte Entfernungen überwunden. Die Barchenterzeugung, die nach vorangegangenen Ansätzen 1532 endgültig in Chemnitz heimisch wurde, machte die Einfuhr von Baumwolle bis aus Südosteuropa und dem Nahen Osten notwendig.³

Welche Mengen Handel und Frachtverkehr in gewichtsmäßiger Hinsicht bewältigten, zeigt der Kupferhandel sehr deutlich. Der Mansfelder Kupferbergbau produzierte in einem Jahre (1531) 24 000 Zentner, die nach Frankfurt am Main und Antwerpen verkauft wurden.⁴ Auch große Entfernungen stellten für den Frachtverkehr mit schwerer Last kein Hindernis dar: aus den slowakischen Bergwerken der Fugger-Thurzo-Gesellschaft gingen von 1495 bis 1524 insgesamt 300 000 Zentner Kupfer über Danzig und Stettin nach den Niederlanden und Lissabon.⁵

Zur Bewältigung dieses umfangreichen Fernhandels waren vor allen Dingen zwei Voraussetzungen notwendig: eine verkehrstechnische und eine finanztechnische. Im Laufe des späten Mittelalters hatte sich ein mitteleuropäisches Fernstraßensystem ausgebildet, das trotz aller Mängel den Bedürfnissen der Zeit genügte. Die notwendigen Hilfsmittel wie Brücken, Fähren und Geleitstellen garantierten unter normalen Bedingungen einen geregelten Ablauf des Frachtverkehrs. Auch wurden die Flüsse in relativ starkem Maße als Wege des Frachtverkehrs benützt.

Die finanzielle Seite des Fernhandels wurde durch den zu hoher Vollendung entwickelten bargeldlosen Zahlungsverkehr wesentlich erleichtert. Die aus den ökonomisch weit fortgeschrittenen oberitalienischen Handelsstädten übernommene Anwendung des Wechsels als Zahlungsmittel und des Girozahlungsverkehrs ermöglichte auch in Deutschland eine leichte und ungestörte Beweglichkeit des Handelskapitals. Gleichzeitig wurden damit die Schwierigkeiten überwunden, die bei Barzahlungsverkehr aus dem Transport größerer Mengen gemünzten Geldes und aus den Währungs- und Münzverschiedenheiten der einzelnen Territorien entstanden wären. Die Messen wurden als regelmäßige Zusammenkünfte der Kaufleute bevorzugt und als Zahlungstermine im Wechselverkehr benutzt. Die Messe war noch ausschließlich Warenmesse und damit eine der wichtigsten Einrichtungen des Groß- und Fernhandels.

Als Hindernisse, die den Fernhandel negativ beeinflussen konnten, kommen für die Zeit um 1500 im wesentlichen zwei Dinge in Frage: die Zoll- und Stapelrechte und

³ A. KUNZE, Der Frühkapitalismus in Chemnitz. Karl-Marx-Stadt 1958, S. 48.

⁴ W. MÖLLENBERG, Die Eroberung des Weltmarktes durch das mansfeldische Kupfer, Gotha 1911, S. 48.

⁵ Ebenda, S. 49.

die politisch-territoriale Zersplitterung. Die zahlreichen über Deutschland verstreuten Zollstätten könnten zu der Annahme veranlassen, daß die Zölle den Handel entscheidend behindert und teilweise lahmgelegt hätten. Dabei handelt es sich um einen Trugschluß. Zollstätten sind im Gegenteil Beweise für einen entwickelten Durchgangshandel, da sie im allgemeinen nur dort errichtet wurden, wo die Zollerträge die Aufwendungen für die Erlangung und Aufrechterhaltung von Zollprivilegien rentabel machten. Außerdem waren die Zollsätze relativ niedrig⁶, so daß auch die städtischen Zolleinkünfte meist nur einen geringen Anteil an den städtischen Gesamteinnahmen ausmachten.⁷ Man darf das Zollwesen um 1500 nicht mit dem von etwa 1800 vergleichen, da sowohl in der Höhe als auch in der Absicht zu diesem erhebliche Unterschiede bestanden. Was man vom Standpunkt des Deutschen Zollvereins mit Recht gegen die Zölle vorzubringen hatte, galt größtenteils erst für die Zeit vom späten 16. Jh. an, als die Territorialstaaten ihre Sperrzollsysteme aufbauten, die dann in der merkantilistischen Zollpolitik gipfelten.⁸

Eine wirkliche Behinderung des Fernhandels stellten dagegen die verschiedenen Stapelrechte dar, die stets zur Umgehung reizten und sich dadurch zum Nachteil der stapelberechtigten Stadt auswirkten, daß der Durchgangshandel andere Wege suchte. Es traten also nur örtliche Behinderungen und Verschiebungen im Gefüge des Fernhandels ein, der im ganzen gesehen auch durch die Stapelrechte nicht entscheidend gestört werden konnte.

Das geschah auch nicht durch die unzähligen politischen Grenzen innerhalb Deutschlands. Es ist eine unzulässige Übertragung von Verhältnissen des 19. und 20. Jhs., in den politischen Grenzen von 1500 gleichzeitig die Grenzen von Wirtschaftsgebieten zu sehen. Der noch in seinen Anfängen stehende Territorialstaat dieser Zeit war kein einheitliches Wirtschaftsgebiet, die Dirigierung der Wirtschaft gehörte noch nicht zu den Aufgaben der landesherrlichen Gewalt. Es herrschte noch eine absolute Trennung von Staat und Wirtschaft. Die oben angeführten Beispiele aus dem sächsisch-thüringischen Raum beweisen es zur Genüge, daß der Groß- und Fernhandel über alle politischen Grenzen hinwegging. Viele der zahlreichen Zwergterritorien wären überhaupt nicht in der Lage gewesen, eine Autarkie anzustreben oder durchzusetzen, und auch für die größeren Territorien hätte sie bei den zerklüfteten, beiderseits von fremden Gebietssplittern begleiteten Grenzverläufen nur wenig Sinn gehabt. Die Wirtschafts- und Handelsverbindungen haben sich bis zum 16. Jh. allein aus ihren eigenen Notwendigkeiten und ohne Rücksicht auf die sehr wechselhaften politischen Verhältnisse entwickelt. Wenn die Auffassung von der Übereinstimmung der politischen mit einer

⁶ J. FALKE, Die Geschichte des deutschen Zollwesens, Leipzig 1869, zeigt auf S. 142 ff., daß die Zollsätze für ganze Frachtwagen und Zentner immer nur wenige Groschen oder Pfennige betrugen. Außerdem gab es zahlreiche Zollbefreiungen für die Kaufleute bestimmter Städte, die im ganzen Reiche gültig waren.

⁷ Im Jahre 1516 hatte der Rat zu Dresden eine Gesamteinnahme von 1648 Schock zu verzeichnen, davon stammten 13½ Schock aus dem Niederlagsrecht und 36½ Schock aus Wegegeld, das sind 3%. O. RICHTER, Verwaltungsgeschichte der Stadt Dresden, Bd. II, S. 116 ff.

⁸ Vgl. hierzu J. FALKE, a. a. O., S. 147 ff.

angenommenen wirtschaftlichen Zersplitterung zuträfe, dann hätte jede Territorialveränderung auch Verschiebungen im wirtschaftlichen Gefüge zur Folge haben müssen. Ein solcher Gedanke erscheint aber als absurd. Erst die Zeit des Merkantilismus bahnte jene Entwicklung an, die wenigstens für die großen Territorialstaaten, die dafür eine ausreichende Grundlage boten, zu einer immer stärkeren Übereinstimmung von Staats- und Wirtschaftsgebiet führte und schließlich in den extremen Autarkiebestrebungen des 20. Jhs. gipfelte.

Auch die Vorstellung, Deutschland habe sich am Ausgang des Mittelalters in ein niederdeutsch-hansisches und ein von den großen oberdeutschen Handelsstädten beherrschtes Wirtschaftsgebiet geschieden, muß nach der Veröffentlichung neuerer Forschungen als hinfällig gelten. Allein am Beispiel der Fugger läßt sich schon das Vordringen des oberdeutschen Handels und Kapitals in den Bereich der Hanse verfolgen. 1491 errichteten sie in Posen eine Niederlage für den Tuch- und Geldhandel, 1494 eine Faktorei in Antwerpen. Es folgten Niederlassungen in Breslau, Thorn und Leipzig. 1501 stiegen sie in das norwegische Geschäft ein, 1502 knüpften sie mit dem Deutschen Orden in Livland geschäftliche Beziehungen an.⁹

Aus den vorgebrachten Tatsachen läßt sich die Schlußfolgerung ableiten, daß die politische Zersplitterung Deutschlands um 1500 keine Parallele in einem Wirtschaftspartikularismus gehabt hat. Vielmehr bildete Deutschland im Zusammenhang europäischer Wirtschaftsbeziehungen ein Gebiet mit einem ausgedehnten Fernhandel, der mengenmäßig schon zu einem wichtigen Faktor des gesamten Wirtschaftslebens geworden war. Zum Wesen der Differenzierung, der Arbeitsteilung, gehört die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken der Teile, jede wirtschaftliche Differenzierung muß sich darum einer Wirtschaftseinheit einordnen, in deren geographischem Rahmen das Zusammenwirken der Teile möglich ist.

Wenn somit hier der politischen Zersplitterung Deutschlands um 1500 eine wie auch immer geartete Wirtschaftseinheit gegenübergestellt wird, so ergibt sich eine völlige Übereinstimmung mit der Erklärung des Wesens der bürgerlichen Revolution, die eine Angleichung der politischen an die wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen bestrebt ist. Wenn Reformation und Bauernkrieg in ihrer Gesamtheit als eine mißglückte bürgerliche Revolution eingeschätzt werden, muß es vorher eine revolutionäre Situation gegeben haben, müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse im Widerspruch zu den politischen gestanden haben. Das Nebeneinander von politischer Zersplitterung und wirtschaftlicher Einheit ist ein Teil dieser Widersprüche. Für die Beurteilung der ökonomischen Stärke und Bedeutung des Bürgertums in Deutschland um 1500 dürfte diese Tatsache nicht ohne Belang sein, zumal das Bürgertum auf der Grundlage dieser ökonomischen Stärke – das gilt jedenfalls für den sächsischen Bereich, – an politischem Gewicht zunahm. Als deutliche Äußerung dieser zunehmenden politischen Bedeutung können hier nur andeutungsweise das Eindringen des Bürgertums in den feudalen Großgrundbesitz durch Ankauf von Grundherrschaften, die Übertragung von Spitzenfunktionen der kursächsischen Regierung während des 16. Jhs. an Bürgerliche, die mit

⁹ G. v. PÖLLNITZ, Fugger und Hanse, Tübingen 1953.

den Umwälzungen der Verwaltungs- und Regierungspraxis und der Einführung des römischen Rechtes zusammenhängt, und die Betreuung der oberlausitzer Sechsstädte mit der Wahrung des Landfriedens und der Blutgerichtsbarkeit auch über die Grundherrschaften des Landadels im späten Mittelalter genannt werden. So wird sich bei einer Berücksichtigung der dargelegten Beobachtungen aus dem Bereich der Wirtschaftsgeschichte nicht mehr von einer wirtschaftlichen Zersplitterung Deutschlands sprechen lassen und auch der Entwicklungsstand des Bürgertums in seiner Gesamtheit anders als bisher beurteilt werden müssen.

GERHARD HEITZ

Zu einigen wirtschaftsgeschichtlichen Fragen der frühbürgerlichen Revolution

In den Thesen von Max Steinmetz wird vorgeschlagen, „den gesamten Prozeß von Herausbildung, Heranreifen, Kulmination und Niedergang der frühbürgerlichen Revolution“ in drei Abschnitte zu gliedern. Dies scheint mir eine sehr fruchtbare Anregung zu sein, die es ermöglicht, die politischen und sozialen Probleme der frühbürgerlichen Revolution besser mit den ökonomischen zu verbinden. Bekanntlich geht ja die schnelle ökonomische Entwicklung Deutschlands auch nach der Niederlage der Bauern zunächst noch weiter, ehe dann seit Mitte des 16. Jahrhunderts eine Reihe weltpolitischer Faktoren den Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung einleiteten, so langsam dieser sich zunächst auch bemerkbar machte. Die Lücke zwischen dem politischen Höhepunkt der frühbürgerlichen Revolution und dem endgültigen Beginn der Refeudalisierung wird jetzt durch die Thesen von Steinmetz weitgehend geschlossen, was für die Periodisierung von Belang werden dürfte.

Aber noch in anderer Hinsicht ist dieser These zuzustimmen, jedenfalls für die ökonomische Entwicklung im mitteldeutschen Raum, speziell bei der Textilproduktion, wahrscheinlich aber auch bei anderen Gewerbezweigen, z. B. dem Bergbau. Dieser Zeitraum hat auch für den Wirtschaftshistoriker ein eigenes Gepräge, da er von den Konjunkturen des sog. zweiten Bergsegens eingeleitet wird, mit dem Nachlassen der Bergbauproduktion endet und erfüllt ist von der heftigen Krise des feudalen Zunftsystems, sowie dem Kampf zwischen Stadt und Land im Bereich der Leinenproduktion.

Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts lassen die Quellen eine Krise im Zunftsystem erkennen, die seit den 70er Jahren vertieft wird. In der gleichen Zeit macht sich die bereits im 14. Jahrhundert keimhaft vorhandene ländliche Leinenproduktion immer deutlicher bemerkbar und hat seit den 70er Jahren des 15. Jahrhunderts erhebliche Auswirkungen auf die städtische zunftgebundene Produktion. Die Entwicklung beider verläuft dann für die nächsten Jahrzehnte genau entgegengesetzt; in dem Maße, wie die ländliche Produktion zunimmt und sich ausbreitet, verschlechtert sich die Lage der Zunft. Wichtigster Zeitraum sind die Jahre zwischen 1510 und 1540, in denen die Landproduktion ihre höchste Blüte, die Zunftproduktion ihre schwerste Krise aufweisen. Danach erholt sich die Zunft unter dem Einfluß der Verbindung mit dem Handelskapital, und das Land versinkt wieder in den Zustand der vorwiegenden Selbstversorgung bzw. in die Stellung des Materiallieferanten.

Der gesamte Zeitraum zwischen den 70er Jahren des 15. Jahrhunderts und der Mitte des 16. Jahrhunderts ist erfüllt von heftigen Kämpfen, die uns in den 20er und 30er Jahren am besten bekannt sind. Diese Kämpfe finden in der Landesgesetzgebung ihren Ausdruck. Die Landesordnung von 1482 ist bereits eine Reaktion auf die starke Leinenproduktion, die beschränkt wird, genauer gesagt beschränkt werden soll, doch erweisen sich die ökonomischen Tendenzen als stärker. Die Entwicklung steht jedoch, so stürmisch sie mitunter verläuft, unter dem negativen Eindruck der sog. Wettinischen Hauptteilung von 1485, die das größte deutsche Territorium teilte, später dann in mehrere Teilstaaten aufsplitterte.

Die Stadt-Land-Problematik gewinnt nun während der Bauernkriege neben der ökonomischen auch eine starke politische Bedeutung, da die Städte im platten Land die gewerbliche Konkurrenz, die Landbewohner in der Stadt die Quelle der Produktionsverbote und Beschwerden erblickten, so daß es nicht zur gemeinsamen Aktion gegen die Feudalherren kam. Dazu muß man noch auf einen weiteren sozialen und politischen Aspekt der starken Landproduktion aufmerksam machen. Das Verhältnis zwischen Feudalherren und ländlichem Gewerbetreibenden nahm in diesem Zeitraum des Kampfes ein besonderes Gepräge an. Der Feudalherr erkannte die angenehmen Seiten dieser Landproduktion, die zwar noch keine direkten gewerblichen Abgaben einbrachte, aber doch verhinderte, daß der landarme oder landlose Teil der Dorfbevölkerung in soziale Bewegung geriet. Der Dorfweber seinerseits hatte keinen Anlaß zum Kampf gegen den Feudalherren, solange dieser nicht in die Produktion eingriff. Solche Eingriffe erfolgten aber während der entscheidenden Jahrzehnte nur in Ausnahmefällen, von denen hier nicht die Rede sein kann. Selbstverständlich wird von diesen Zusammenhängen die gesamte Situation im Dorfe betroffen.

Bei der Diskussion um den Charakter der frühbürgerlichen Revolution spielt die Stärke der kapitalistischen Elemente eine große Rolle. Ich möchte zum Bereich der Textilproduktion dazu einiges ausführen. Die vorhin angedeutete Krise des Zunftsystems eröffnete dem Handelskapital die Möglichkeit, durch Verlagsbeziehungen Einfluß auf die Produktion zu gewinnen, in diese einzudringen. Tatsächlich machte es davon auch Gebrauch, jedoch sehen wir fast ausschließlich auswärtiges, oberdeutsches Kapital im Einsatz, während sich das mitteldeutsche, speziell Leipziger Handelskapital mehr beim Bergbau engagierte. Dies auswärtige Handelskapital tritt seit den 20er Jahren, vor allem aber seit den 30er Jahren in Erscheinung. Sein Ziel: Leinenproduktion in Massen für die Überseegebiete und zwar in jeder, auch schlechter Qualität; seine Methode: Verlag, zunächst Individualverlag, sehr bald Kollektivverlag in der ausgeprägten Form, als Zunftverlag, und Vereinheitlichung von Sorten und Massen; seine Wirkung: gewaltige Ankurbelung der Produktion, die zunächst auch das platte Land, direkt oder indirekt angreift, und den Kampf zwischen städtischen und ländlichen Produzenten für einige Zeit auf das Rohstoffproblem zuspitzt, insgesamt aber auf einen Höhepunkt treibt (1530, 1534, 1538). Im weiteren Verlauf der Entwicklung orientiert sich das Handelskapital allerdings vollständig auf die städtischen Produzenten und wirkt durch den Zunftverlag überaus konservierend, da die bereits schwer erschütterte

Zunftordnung sich durch diese Verbindung erholen kann. Der Vorgang demonstriert geradezu klassisch, was Marx über die Rolle des Kaufmannskapitals sagt: „Ohne die Produktionsweise umzuwälzen, verschlechtert sie nur die Lage der unmittelbaren Produzenten, verwandelt sie in bloße Lohnarbeiter und Proletarier unter schlechteren Bedingungen, als die direkt unter das Kapital subsumierten, und eignet sich ihre Mehrarbeit auf Basis der alten Produktionsweise an“ (Das Kapital, Bd. III, S. 367). Die Ursachen für die Vernachlässigung des platten Landes sind mangels Quellen exakt nicht zu fassen. Hinreichend beweisbar aber scheinen mir die folgenden Thesen:

1. Die Zersplitterung der ländlichen Produktion erschwerte dem Handelskapital den Einsatz. Ich halte es für durchaus möglich, daß ernsthafte Anstrengungen zur Durchdringung des platten Landes stattgefunden haben, bevor die Zünfte als vornehmlicher und einziger Vertragspartner akzeptiert wurden. Die Qualität spielte angesichts der beabsichtigten Färbung keine entscheidende Rolle; die feudale Bindung war zunächst so locker, daß Eingriffe des Feudalherren nicht zu befürchten waren, doch ist das Handelskapital im ganzen zu schwach gewesen, um eine das platte Land umfassende Organisation aufzubauen und die nach 1525 zweifellos verstärkten Elemente der zweiten Leibeigenschaft dürften eine wesentliche Rolle spielen.

2. Dieser Prozeß der Einführung der zweiten Leibeigenschaft ist die tiefste Ursache für den Verfall der ländlichen Produktion. Zwar würde ich die Tendenzen auf Einführung der zweiten Leibeigenschaft nicht allzuweit in das 15. Jahrhundert zurückschieben, wie das die Kollegin Mittenzwei in ihrem Diskussionsbeitrag getan hat; denn feudaler Druck ist noch nicht zweite Leibeigenschaft. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß der Sieg der Reaktion sich voll auszuwirken begann, als sie ihre Stellung staatsrechtlich ausgebaut hatte (1555) und ziemlich gleichzeitig die Rückläufigkeit der ökonomischen Entwicklung spürbar wurde.

3. Schließlich zeigt sich in den Landtagsverhandlungen unseres Gebietes nach dem Großen Deutschen Bauernkrieg ganz allgemein die Tendenz, die Kräfte des Feudalismus, Adel und kleines (Zunft-)Bürgertum zu schützen und zu stärken. Auch hier müssen wir allerdings sehr genau unterscheiden zwischen dem Wunsch und der erst nach 1555 gegebenen Möglichkeit, ihn zu realisieren. Zunächst, in den 30er und 40er Jahren, hindern die Maßnahmen des Landesherrn nämlich noch nicht, daß die ländliche Konkurrenz weitergeht; dann allerdings ergab sich eine veränderte Lage, so daß die Landesordnung von 1555 auch durchgesetzt werden konnte. Immerhin muß man doch beachten, daß der die Landproduktion betreffende Text dieser Landesordnung wörtlich mit dem Text von 1482 übereinstimmt. 1482 war es ein aussichtsloser Versuch, die beginnende frühkapitalistische Zersetzung der Zunftproduktion zu verhindern. 1555 wurde es der Schlußstrich unter die progressive Entwicklung des platten Landes und die gewerbe-geschichtliche Refeudalisierung wurde voll wirksam.

In jüngster Zeit hat A. Kunze seine Textilgeschichtsforschung mit zwei bedeutenden Beiträgen fortgesetzt, in deren Mittelpunkt die wirtschaftliche Entwicklung

von Chemnitz steht und in denen er auch die Frage der Produktionsverhältnisse stärker als in seinen früheren Arbeiten stellte und beantwortet. Diese Arbeiten sind grundlegende Quelleninterpretationen. Kunze stellt darin die Technik der Textilproduktion dar und schildert die soziale Differenzierung. Ich bin in einigen wesentlichen Punkten anderer Meinung und muß dazu einige Bemerkungen machen, um das gesamte Problem der Einschätzung der Produktionsverhältnisse in dieser Zeit des Frühkapitalismus zur Diskussion zu bringen. Es geschieht das, wie bei Kunze, am Beispiel der Chemnitzer Bleiche. Ich habe vor einigen Jahren die umgestaltende Kraft der Chemnitzer Bleiche in der Zeit von ihrer Gründung bis 1478 als gering bezeichnet, obwohl m. E. die objektiven Voraussetzungen vorhanden waren, wozu in erster Linie das landesherrliche Monopol gehörte, dessen Ausnutzung einem kräftigen Handelsbürgertum einen großen Einfluß verschaffen und eine erhebliche Akkumulation von Geldfonds ermöglichen mußte. Mit der Technik und Kapazität der Bleiche habe ich mich nicht speziell beschäftigt, glaubte aber, vor einer Überschätzung ihrer Quantität immerhin warnen zu müssen. Diese Technik und die Frage nach den Mengen hat nun Kunze in den Mittelpunkt gerückt und ist zu ziemlich großen Zahlen gekommen, die sicher zutreffen, da er einwandfreies Material auswertet. Davon wird aber die Frage nach den Produktionsverhältnissen nur mittelbar berührt. Diese Produktionsverhältnisse bleiben nämlich während der gesamten Phase, seit 1478, die alten. In ihren Grenzen vollzieht sich eine schnelle Entwicklung, doch kommt es nicht zum Bruch mit den Eigentumsverhältnissen. An die Stelle des früheren Konsortiums ist der Rat getreten, die Bleiche bleibt Lohnbleiche und es gibt keine Einheit von Bleichkapital und Handelskapital.

Das wird einwandfrei belegt durch das Quellenmaterial Kunzes, die Bleichrechnungen, die es nicht gäbe, wenn wir es mit einem Betrieb zu tun hätten, der vom Eigentümer der Bleiche selbständig dirigiert worden wäre. Auch in der höchsten Leinenkonjunktur also, so können wir feststellen, bleibt das alte System der Lohnbleiche bestehen. Ich schließe daraus, daß die Leinenkonjunktur die Frage nach der Umgestaltung der Bleiche in den Hintergrund drängte. Auf dieser Bleiche gab es sehr viel Arbeit, also konnte man versuchen, mit den alten Methoden der Rentenabschöpfung auszukommen; andererseits aber war zunächst die Nachfrage nach Bleichleinwand auch nicht überragend groß und sehr bald konzentrierte sich ja das oberdeutsche Kapital auf Färbeleinwand, übergang also das Monopol der Bleiche und dadurch kam es nicht zu einem Widerspruch, der eine Umgestaltung der Eigentums- und Betriebsverhältnisse auf die Tagesordnung gesetzt hätte. Als aber diese neuen Tendenzen des Exports mit Färberei in Nürnberg sich voll durchsetzten, war die Refeudalisierung bereits so weit fortgeschritten, daß die Bleiche verfiel. Diese Einschätzung ändert selbstverständlich nichts an der Tatsache, daß die Bleiche einen großen Einfluß ausübte, daß sie gewissen Kräften des Frühkapitalismus Unterstützung gab, was sich m. E. am besten am Beispiel der Dorfweber zeigen läßt.

Ich muß dabei noch einmal anknüpfen an meine Bemerkung, daß das oberdeutsche Kapital auch die Landproduktion verlegte, ehe es sich der Stadt zuwandte. Das

lag z. T. auch darin begründet, daß die Zünfte hinsichtlich der Belieferung der Bleiche genauer zu kontrollieren waren, als die Dorfweber, die ja in der Masse ohnehin, durch ihre bloße Existenz nämlich, mit den Landesgesetzen in Konflikt standen und schwer zu kontrollieren waren, wenn ihr Feudalherr sie schützte. Aber im Gegensatz zu früheren Meinungen zeigen uns die von Kunze entdeckten Bleichrechnungen auch den Anteil der Dorfweber an der Bleiche, und zwar in den Jahren 1533–1536. Ich diskutiere jetzt nicht die Frage, ob die aus Kunzes Rechnungen sich ergebenden Dorfbleichwandzahlen stimmen oder wie sie einzuschätzen sind. Nach meiner Überzeugung sind es Mindestmengen, da wir weder für die Bleiche, noch für die Gesamtproduktion einen genauen Überblick erwarten können. Es geht mir vielmehr um die Beziehungen zwischen Stadt und Land, um die Fragen: wer webt und wer liefert auf die städtische Bleiche und, im Zusammenhang damit: welche Voraussetzungen mußten erfüllt sein, um auf dem platten Lande eine gewerbliche Produktion in Gang zu bringen, die uns quellenmäßig so deutlich in Erscheinung tritt. Dabei kann es sich nicht um Einzelnachweise handeln. Ich erwähne nur, daß Lieferanten aus 21 Dörfern insgesamt 5743 Ballen, d. h. 13% der in den Jahren 1533–1536 insgesamt gebleichten Leinwand nach Chemnitz brachten und daß die Städte Oederan, Hainichen, Mittweida und Zschopau zusammen 7421 Ballen, d. h. 16% lieferten.

Nun hat es in den 21 Dörfern zur gleichen Zeit auch Dorfweber gegeben, die wir namentlich und z. T. auch mit weiteren Angaben kennen. Nur für einen dieser Dorfweber kann ich Identität mit einem Bleichlieferanten nachweisen. Wir kennen also neben den Produzenten auch Gewerbetreibende, die nur die Vermittlung zwischen Dorf und Bleiche übernommen haben. Wichtig ist dafür der Hinweis von Kunze, daß ein erheblicher Teil des von Chemnitzer Bürgern gelieferten Bleichgutes von außerhalb, sicher auch von Dörfern stammte.

Insgesamt wird man, da ja hier von Bergbau, Metallverarbeitung und Glashütten keine Rede war, feststellen können, daß eine Reihe wichtiger sozialgeschichtlicher Voraussetzungen gegeben waren, um den Bruch mit dem feudalen System zu vollziehen. Dazu gehört vor allem die auf der Tagung mehrfach festgestellte soziale Differenzierung, die man allerdings auch nicht überschätzen darf, da sie auch unter den Bedingungen des Feudalismus zu beobachten ist.

Diese Differenzierung ging in dem zur Diskussion stehenden Zeitraum beschleunigt vor sich, führte in Stadt und Land zu einem sprunghaften Ansteigen der plebejischen Elemente, traf aber nicht auf genügend starkes oder sagen wir genauer, nicht auf genügend aktives Handelskapital. Dieses Handelskapital war im mitteldeutschen Raum mehr auf die Ausnutzung günstiger Handelskonjunktur eingestellt, als auf die Durchdringung der Produktion. Da sich die Lage Deutschlands im 16. Jahrhundert nicht mit einem Schlage verschlechterte, nutzte das Handelskapital die verbliebenen Vorteile einseitig aus, konnte aber später, als diese Handelsvoraussetzungen allein nicht mehr ausreichten und der internationale Handel auch ohne die Deutschen auskam, keinen Anschluß mehr finden an die gewerblich-industriellen Entwicklungen, da die Refeudalisierung die sozialgeschichtlichen Voraussetzungen dafür weitgehend vernichtet hatte.

DIETRICH LOESCHE

*Zur Lage der Bauern im Gebiet der ehemaligen freien Reichsstadt
Mühlhausen i. Th. zur Zeit des Bauernkrieges*

Bekanntlich ist die Frage, wie die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Bauern zur Zeit des Bauernkrieges zu beurteilen sei, in der bürgerlichen Geschichtsschreibung immer noch umstritten. Während sie sich einem Teil der Historiker als recht günstig darstellt, wird sie von anderen sehr schlecht beurteilt, wobei sich beide Seiten oftmals auf völlig unzureichendes Quellenmaterial stützen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. In erster Linie sind sie darin zu suchen, daß gerade in diesem Punkte in der bürgerlichen Bauernkriegsforschung weitgehend die Tendenzdarstellung an die Stelle der objektiven Geschichtsschreibung getreten ist, weil die Frage nach der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bauern mit der nach den Ursachen des Bauernkrieges und damit auch mit dessen ganzer Einschätzung in engstem Zusammenhang steht. Dazu kommt, daß die bürgerliche Agrargeschichtsschreibung bis in die jüngste Zeit hinein vorwiegend rechtshistorisch orientiert war und der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Bauern nicht die genügende Aufmerksamkeit widmete, so daß über diese für die Beurteilung der allgemeinen Lage der Bauern mindestens ebenso wichtige Seite weitgehende Unklarheit herrscht. Alles das macht es notwendig, daß sich die marxistische Geschichtswissenschaft mehr als bisher mit diesen Fragen beschäftigt, um auf diese Weise zu einer wissenschaftlich exakten, wirklichkeitsgetreuen Vorstellung von den tatsächlichen Verhältnissen zu gelangen, mit der man dann den reaktionären Theorien über die Ursachen des Bauernkrieges entgegen treten kann.

Im folgenden soll nun versucht werden, über die Lage der Bauern – genauer gesagt: der ländlichen Bevölkerung – im Gebiet der ehemaligen freien Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen einige Aufschlüsse zu gewinnen. Da Mühlhausen eines der wichtigsten Zentren der volksreformatorischen Bewegung Müntzers war und der allgemeine Aufstand der Bauern und Plebejer hier direkt unter Müntzers Einfluß und Leitung erfolgte, wird uns eine derartige Untersuchung nicht nur in der Erforschung der Ursachen des Bauernkrieges einen Schritt weiterbringen, sondern zugleich auch die besonderen Bedingungen, mit denen Müntzer im Mühlhäuser Gebiet bei der Agitation unter den Bauern zu rechnen hatte, erkennen lassen.

Im Hinblick auf die Lage der Mühlhäuser Bauern zur Zeit des Bauernkrieges hat die ortsgeschichtliche Forschung, soweit sie sich bisher überhaupt dazu geäußert hat, fast durchweg die Meinung vertreten, daß sie sich „unter der patriarchali-

schen Herrschaft der Stadt . . . günstiger oder wenigstens erträglicher Zustände erfreuten“.¹

Als Beweis dafür gilt die Tatsache, daß sich die Mühlhäuser Bauern erst verhältnismäßig spät der revolutionären Bewegung angeschlossen haben und daß die Quellen verhältnismäßig wenig über die Beteiligung Mühlhäuser Bauern an den Kampfhandlungen des Jahres 1525 berichten. Selbst wenn das alles stimmen sollte, und das ist keineswegs sicher, so spricht das allenfalls für eine gewisse Schwäche der revolutionären Bewegung im Mühlhäuser Gebiet, ist aber noch lange kein hinreichender Beweis für eine günstige oder auch nur erträgliche Lage der Mühlhäuser Untertanen. Bei näherer Untersuchung ergibt sich denn auch ein ganz anderes und wesentlich ungünstigeres Bild.

Bevor wir näher darauf eingehen, seien jedoch noch einige Bemerkungen über die sozialökonomische Struktur des Mühlhäuser Gebiets in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, über die wir durch die unlängst erschienene Arbeit O. Michaels² ausgezeichnet unterrichtet sind, vorausgeschickt. Nach seinen Untersuchungen, die auf der Auswertung einer nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführten statistischen Erhebung aus den Jahren zwischen 1525 und 1532 beruhen, gab es damals in den 17 Mühlhäuser Dörfern 560 Haushaltungen mit Besitz oder Eigentum an Gehöften und Ländereien, von denen 68 nur ein Haus und 41 nur Ländereien besaßen, während die übrigen 451 über Haus- und Landbesitz verfügten. An Gehöften existierten im ganzen Gebiet 540, an privat genutzten Ländereien 1054 Hufen. Im Durchschnitt kamen auf jedes Dorf 33 Haushaltungen und 62 Hufen, wobei die unter besonders ungünstigen natürlichen Bedingungen wirtschaftenden Oberdörfer im allgemeinen weniger Haushaltungen, aber mehr Land aufwiesen als die wirtschaftlich wesentlich besser gestellten Unterdörfer.³ Dementsprechend betrug die durchschnittliche Betriebsgröße für die Oberdörfer 2,5 Hufen, für die Unterdörfer aber nur 1,8 Hufen.

¹ R. STEINERT, Das Territorium der Reichsstadt Mühlhausen i. Th., Leipzig 1910, S. 88; ähnlich auch R. BEMMANN, Die Stadt Mühlhausen i. Thür. im späteren Mittelalter, Neujahrsbll. d. Hist. Kom. f. d. Prov. Sachsen, Bd. 39, Halle 1915, S. 9 und A. FROHN, Die wirtschaftlichen Folgen des dreißigjährigen Krieges für die Reichsstadt Mühlhausen i. Thür., Mühlhausen 1926, S. 15.

² OTTO MICHAEL, Grundbesitz und Erbzins der Bauern im Gebiet der Freien Reichsstadt Mühlhausen i. Thür. zur Bauernkriegszeit. Veröffentlichungen des Mühlhäuser Stadtarchivs, N. F. 2, Mühlhausen 1959.

³ Die Scheidung in Ober- und Unterdörfer war schon in reichsstädtischer Zeit üblich (s. dazu: O. Michael, a. a. O., S. 6f.). Die hier gewählte Gruppierung stimmt jedoch mit der damals üblichen insofern nicht überein, als Reiser mit zu den Unterdörfern gerechnet wurde, weil es seiner Lage und ökonomischen Struktur nach eher zu diesen als zu den Oberdörfern gehörte. Die Oberdörfer liegen auf den Muschelkalkhöhen des Hainichs, des Düns und des Forstbergers, die Unterdörfer dagegen direkt in der Mühlhäuser Keupermulde. Über die unterschiedlichen natürlichen Produktionsbedingungen in diesem Gebiet unterrichten am besten P. SCHOLLMAYER, Die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Kreise Mühlhausen in Thüringen, Jena 1932, S. 4ff. und K. SELLMANN, Heimatkunde von Mühlhausen i. Th. und Umgebung, Mühlhausen 1908, S. 1ff.

5 Frühbürgerliche Revolution

Rund 12% der Ländereien und 5% der Gehöfte waren erbzinsfrei, befanden sich also im Eigentum der unmittelbaren Produzenten. Die übrigen Grundstücke (Gehöfte und Ländereien) waren grundherrliches Eigentum. Sie gehörten 213 Grundherren – bürgerlichen, geistlichen und adligen Personen und Institutionen –, von denen der Rat der Stadt, die beiden Mühlhäuser Deutschordenskommenden, das Mühlhäuser Brückenkloster und die beiden Klöster Volkenroda und Anrode die größten waren. Gruppiert man die Grundeigentümer nach ihrer gesellschaftlichen Stellung in drei bzw. vier Hauptgruppen, so stand der bürgerliche Besitz (115 Grundherren) mit 50% der Ländereien und 49% der Gehöfte an der Spitze, dicht gefolgt von geistlichem Besitz (62 Grundherren) mit 45% der Ländereien und 43% der Gehöfte. Dagegen spielte der adlige Besitz (6 Grundherren) mit 4% aller Ländereien und Gehöfte ebenso wie der sonstige Besitz (30 Grundherren) mit 1% des Landes und 4% der Gehöfte nur eine untergeordnete Rolle. Innerhalb der beiden wichtigsten Hauptgruppen nahm beim bürgerlichen Besitz der Rat der Stadt mit 29% des Landes und 24% der Gehöfte die erste Stelle ein; ihm folgten 102 Mühlhäuser Bürger mit 16% der Ländereien und 18% der Gehöfte. Beim geistlichen Besitz dagegen standen 13 Klöster mit 25% des zinsbaren Landes und 21% aller Gehöfte an der Spitze, während der an zweiter Stelle stehende Deutsche Ritterorden nur 7% allen Landes und 8% aller Gehöfte besaß.

Die Erbzinse der Bauern bestanden aus Natural- und Geldabgaben, wobei bei ersteren die Getreideabgaben die entscheidende Rolle spielten. Der Gesamtwert aller Erbzinse belief sich nach den damaligen Preisen und Geldwerten auf 1855 Gulden, 17 Schneeberger und 6 Pfennig. Davon entfielen 81% auf die Getreidezinse, 4% auf die sonstigen Naturalabgaben und nur 15% auf die reinen Geldleistungen, was deutlich erkennen läßt, daß die Produktenrente immer noch die vorherrschende Form der Aneignung des bäuerlichen Mehrproduktes war. Die durchschnittliche Zinsbelastung betrug für das gesamte Gebiet 466 Pfennig pro Hufe und Jahr, wobei es auch hier wieder beachtliche Unterschiede gab, namentlich zwischen Ober- und Unterdörfern und nach der Art der jeweiligen Grundherrschaft. Während z. B. in den Oberdörfern nur 243 Pfennig pro Hufe erhoben werden konnten, waren es in den Unterdörfern 866 Pfennig, und während beim bürgerlichen und adligen Besitz die durchschnittliche Zinslast nur 286 bzw. 281 Pfennig ausmachte, betrug sie beim geistlichen 488 Pfennig pro Hufe und Jahr. Bemerkenswert ist dabei, daß der Rat der Stadt als größter Grundherr des Gebietes einen auffallend niedrigen Zins von 186 Pfennigen erhob, was auf die Haltung der Bauern in den Auseinandersetzungen zwischen Rat und Bürgerschaft 1523–25 gewiß nicht ohne Einfluß blieb.

Über die Rechtsstellung der Mühlhäuser Bauern können wir uns hier kurz fassen. Die Bauern waren persönlich frei, besaßen volle Freizügigkeit und unterstanden nur der Gerichtsbarkeit des Rates der Stadt als Landesherrn. Ihre Güter waren bis auf wenige Ausnahmen schlichte Zinsgüter, an denen sie ein volles, wenn auch abgabepflichtiges Eigentumsrecht hatten. Alles in allem waren die Produktionsverhältnisse für die Bauern relativ günstig, beschränkten sich auf die Entrichtung der seit altersher fixierten Zinse, ließen ihnen aber sonst freie Hand. Spürbarer

war für sie das Untertanenverhältnis, da der Rat der Stadt als Landesherr die gemeindliche Selbstverwaltung fast ganz beseitigt hatte, der wirtschaftlichen Betätigung der Bauern gewisse Grenzen setzte und neben mancherlei Abgaben auch noch zahlreiche, zum Teil ungemessene Dienste forderte.

Das Mühlhäuser Gebiet war also ein Gebiet der reinen Grundherrschaft mit weitgehender Zersplitterung des feudalen Grundeigentums, persönlicher Freiheit und relativ gutem Besitzrecht der Bauern. Vorherrschend war das bürgerliche und geistliche Grundeigentum, wobei der Rat der Stadt, der zugleich Gerichts- und Landesherr dieses Gebietes war, allein fast ein Drittel des Grund und Bodens in den Händen hielt. Während hinsichtlich der Rechtsstellung und der Produktionsverhältnisse der Bauern weitgehende Übereinstimmung herrschte, gab es in wirtschaftlicher Beziehung, angefangen von den natürlichen Produktionsbedingungen bis zur grund- und landesherrlichen Belastung, offensichtlich große Unterschiede, die schon darauf hindeuten, daß man die Lage der Mühlhäuser Bauern keineswegs als durchweg günstig einschätzen darf.

Den gleichen Eindruck gewinnt man, wenn man sich an Hand der Geschoßregister einen Überblick über die Vermögenslage der Mühlhäuser Untertanen verschafft.⁴ Dabei zeigt sich, daß die wirtschaftliche Lage der einzelnen Dörfer sehr verschieden war, d. h., daß einigen relativ gutsituierten Gemeinden eine verhältnismäßig große Zahl ausgesprochen schlecht dastehender gegenüberstand. Dazu kommt, daß der Differenzierungsprozeß innerhalb der einzelnen Dörfer schon sehr weit fortgeschritten war, d. h. vor allem, daß der Anteil der besitz- oder vermögenslosen Bevölkerung in den meisten Orten schon relativ groß war.

Wie unterschiedlich die Verhältnisse in den beiden Gruppen von Dörfern waren und welche Ausmaße dieser Differenzierungsprozeß schon angenommen hatte, zeigt am besten folgende Übersicht über die Vermögensverhältnisse der Landbevölkerung im Mühlhäuser Gebiet im Jahre 1924/25.⁵

⁴ Die Mühlhäuser Geschoßregister bringen genaue Angaben über das Vermögen der Steuerpflichtigen, sind also zur Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Lage sehr gut geeignet. Verschoßt wurde der gesamte — bewegliche und unbewegliche — Besitz; die darauf ruhende Belastung wurde bei der Bewertung abgezogen. Die Höhe des Vermögens wurde in einer Recheneinheit, der Geschoßmark (GM) angegeben; eine Geschoßmark entsprach zur Zeit des Bauernkrieges etwa 8 Gulden. Vermögen unter einer halben Geschoßmark blieben steuerfrei; die betreffenden Steuerpflichtigen zahlten nur den Herdschilling (die sog. lares) als eine Art Kopfsteuer und Anerkennungsgebühr für die städtische Landesherrschaft. Siehe dazu vor allem: A. VETTER, Bevölkerungsverhältnisse der ehemals freien Reichsstadt Mühlhausen i. Th. im 15. und 16. Jahrhundert, Leipzig 1910, S. 4ff. und H. GROTH, Das Geschoßregister von 1418/19, Mühlhäuser Gbl., Jg. 28, Mühlhausen 1929, S. 153ff.

⁵ Im Geschoßregister von 1524/25 fehlt Eigenrieden, das in dem von O. Michael ausgewerteten „Inkomen“ mit enthalten ist. Da diese Quelle jedoch nur die steuerpflichtigen Haus- und Grundbesitzer mit ihren Vermögenswerten aufführt, wurde für die nachfolgende Untersuchung das alle Steuerpflichtigen enthaltende Geschoßregister von 1524/25 (StA Mühlhausen, Auf N, Nr. 10) zugrunde gelegt. Die Abkürzungen bedeuten: Stpfl. = Steuerpflichtige; m. la = Herdschillingszahler; m. Verm. = mit steuerbarem Vermögen; Stz. = Steuerzahler = Stpfl. m. Verm. Zur Vereinfachung der Tabelle wurden

Orte	Stpfl. insges.	davon		Verm. insges.	Durchschnitts- vermögen pro	
		m. la.	m. Verm.		Stz.	Stpfl.
Dörfer insges.	606	305 = 50%	275 = 46%	4961,5	18	8
8 Unterdörfer	331	123 = 37%	196 = 59%	4353,0	22	13
8 Oberdörfer	275	182 = 66%	79 = 29%	608,5	8	2

Das wichtigste daran ist die Feststellung, daß im ganzen Gebiet genau die Hälfte aller Steuerpflichtigen nur den Herdschilling zahlte, d. h. also faktisch vermögenslos war. Nur 46% der Steuerpflichtigen besaßen steuerbare Vermögen; für die restlichen vier Prozent fehlen die Angaben. Das Durchschnittsvermögen pro Steuerzahler belief sich auf 18 GM, pro Steuerpflichtigen auf 8 GM, lag also immer noch verhältnismäßig hoch. Gruppiert man die Dörfer jedoch entsprechend ihrer geographischen Lage in Ober- und Unterdörfer, so ergibt sich ein auffallender Unterschied. Während in den Oberdörfern genau zwei Drittel der Steuerpflichtigen vermögenslos waren und weitere 29% nur ein Gesamtvermögen von rund 600 GM besaßen, waren in den Unterdörfern nur 37% der Steuerpflichtigen vermögenslos, aber 59% der Steuerpflichtigen verfügten über steuerbare Vermögen von rund 4350 GM. Dementsprechend lag das Durchschnittsvermögen in den Oberdörfern mit 8 bzw. 2 GM weit unter dem der Unterdörfer mit 22 bzw. 13 GM, ja sogar noch weit unter dem Gesamtdurchschnitt von 18 oder 8 GM.

Allein die Tatsache, daß im ganzen Gebiet genau die Hälfte, in den Oberdörfern sogar zwei Drittel der Steuerpflichtigen vermögenslos waren, zeigt schon zur Genüge, daß von einer günstigen oder auch nur erträglichen wirtschaftlichen Lage der Mühlhäuser Untertanen gar keine Rede sein kann, denn hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine breite Schicht von Dorfarmen, die faktisch besitzlos waren und in sehr schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen lebten. Zu ihnen gehörten neben den landarmen und landlosen Elementen aus dem Kreise der Hintersiedler und Einmietlinge auch schon eine relativ große Schicht armer Bauern, nämlich alle diejenigen, bei denen der Wert der Zinsbelastung den Wert ihrer Grundstücke (Gehöfte und Ländereien) bereits erreicht oder sogar schon überschritten hatte, so daß sie faktisch besitzlos waren und nur noch für den Grundherrn und ihren eigenen kümmerlichen Lebensunterhalt arbeiteten. Wenn trotzdem das Durchschnittsvermögen in den Mühlhäuser Dörfern insgesamt mit 8 Geschoßmark oder 64 Gulden pro Steuerpflichtigen noch verhältnismäßig hoch lag, so ist das im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß es sich bei einigen Unterdörfern um ausgesprochen gut situierte Dorfgemeinden handelte, in denen es eine verhältnismäßig breite Schicht von wohlhabenden und reichen Bauern gab. Die Oberdörfer dagegen waren durchweg wesentlich schlechter gestellt, z. T. handelte es sich hier sogar um ausgesprochen arme Gemeinden, deren Bewohner sich zumeist in sehr schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befanden.

die Prozentsätze für die Stpfl. ohne Angaben über Geschoß- oder Herdschillingszahlung fortgelassen. Die Höhe des Vermögens insgesamt und des Durchschnittsvermögens pro Steuerzahler bzw. Steuerpflichtigen ist in Geschoßmark angegeben.

Wie groß diese Unterschiede in der Vermögenslage der einzelnen Dörfer waren, wird jedoch erst richtig deutlich, wenn man einmal die entsprechenden Angaben für alle Dörfer zusammenstellt.

Die Vermögenslage in den Mühlhäuser Dörfern i. J. 1524

Ort	Stpfl. insges.	davon in %		Verm. insges.	Durchschnitts- vermögen pro	
		m. la.	m. Verm.		Stz.	Stpfl.
Görmar	44	18	82	1254,5	35	28,5
Ammern	56	38	61	987,0	29	17,9
Großgrabe	59	25	75	804,0	18	13,6
Reiser	25	32	64	308,5	19	12,8
Bollstedt	66	59	41	576,5	21	8,7
Höngeda	15	40	60	101,5	12	6,8
Kleingrabe	26	46	54	136,5	11	5,3
Felchta	40	60	40	184,5	12	4,6
Lengefeld	36	42	44	147,0	9	4,7
Windeberg	42	60	31	129,5	10	3,4
Dachrieden	35	74	26	86,0	10	2,5
Dörna	46	72	28	99,5	8	2,2
Horsmar	60	67	32	95,5	5	1,6
Kaisershagen	32	75	19	39,0	7	1,3
Hollenbach	12	92	8	8,0	8	0,7
Saalfeld	12	83	17	4,0	2	0,3

Am aufschlußreichsten sind auch hier wieder die Angaben über das Durchschnittsvermögen pro Steuerpflichtigem. Geradezu ins Auge springend ist der enorme Unterschied zwischen dem reichsten und dem ärmsten Dorf (Görmar und Saalfeld). Waren in Görmar nur 18% der Steuerpflichtigen vermögenslos, so waren es in Saalfeld 83%, und betrug die Summe aller Vermögen in Görmar rund 1250 GM, so verfügten die Saalfelder nur über 4 GM. Dementsprechend lag denn auch das Durchschnittsvermögen pro Steuerpflichtigem in Görmar bei 28,5, in Saalfeld aber nur bei 0,3 GM. Selbst innerhalb der beiden Gruppen waren die Unterschiede noch verhältnismäßig groß (vgl. Görmar und Felchta für die Unterdörfer, Lengefeld und Saalfeld für die Oberdörfer), während sich das am schlechtesten gestellte Unterdorf nur wenig von dem am besten gestellten Oberdorf abhob. Die Ursachen dieser zum Teil geradezu krassen Unterschiede in der Vermögenslage der einzelnen Dörfer dürften in erster Linie in den unterschiedlichen natürlichen Produktionsbedingungen, namentlich hinsichtlich der Bodengüte und des Klimas, zu suchen sein. Dazu kamen dann aber noch bestimmte gesellschaftliche Faktoren, wie etwa die grundherrliche und fiskalische Belastung, bei der zwar die unterschiedlichen Produktionsbedingungen berücksichtigt, aber keineswegs ausgeglichen wurden, so daß die naturbedingte Differenzierung in der wirtschaftlichen Lage der Dörfer dadurch nur noch verstärkt wurde. Auf den Klassenkampf der Bauern mit den Feudalen mußte sich das natürlich sehr erschwerend auswirken, da ja nicht nur die Ausgangsposition, sondern zum Teil auch die Zielsetzung der einzelnen Gemeinden in diesem Kampfe sehr verschieden war.

In der gleichen Richtung wirkte die wirtschaftlich-soziale Differenzierung innerhalb der Bauernschaft, die die ursprünglich vorhandene weitgehende Besitzgleichheit der Gemeindemitglieder beseitigt und zur Herausbildung verschiedener Schichten der Landbevölkerung geführt hatte. Wie weit dieser Prozeß in den Mühlhäuser Dörfern bis zur Bauernkriegszeit schon gediehen war, zeigt am besten folgende Übersicht über die prozentuale Verteilung der Steuerpflichtigen (I) und des Vermögens (II) auf die einzelnen Steuergruppen.

		o. A. u. m. la.	0,5–6,25 Gm	6,26–12,5 Gm	12,6–25 GM	25,1–50 GM	über 50 GM
Alle	I	55	17	10	8	6	4
Dörfer	II	—	6	12	19	26	37
Unter-	I	41	16	13	13	10	7
dörfer	II	—	4	9	18	28	41
Ober-	I	71	19	6	3	0,7	0,3
dörfer	II	—	24	28	24	11	13

Betrachtet man zunächst die entsprechenden Angaben für die 16 Dörfer insgesamt, so ergibt sich ein recht ausgeglichenes Bild. Der prozentuale Anteil der Steuerpflichtigen oder Steuerzahler einerseits und des versteuerten Vermögens andererseits an den einzelnen Vermögensgruppen verhält sich beinahe umgekehrt proportional — in dem gleichen Maße, wie der Anteil der Steuerpflichtigen oder Steuerzahler zu den höheren Vermögensgruppen hin sinkt, nimmt der Anteil des von ihnen versteuerten Vermögens zu. Ein verhältnismäßig großer Prozentsatz des Vermögens befindet sich in den Händen der beiden obersten Gruppen von gut situierten und reichen Bauern (10 : 63 %), dagegen verfügen die beiden stärksten Gruppen der armen und wenig begüterten Bauern nur über einen relativ geringen Teil des gesamten steuerbaren Vermögens (27 : 18 %). Die mittlere Gruppe mit einem Vermögen von 12,6–25 GM ist mit 8 % der Steuerpflichtigen zahlenmäßig schwach, verfügt aber immerhin über 19 % des Gesamtvermögens.

Vergleicht man jedoch die entsprechenden Angaben für die Ober- und Unterdörfer miteinander, so zeigen sich gleich wieder die großen Unterschiede, die der Gesamtdurchschnitt völlig verdeckt. Während sich in den Unterdörfern 69 % des Gesamtvermögens in den Händen der beiden obersten Gruppen befanden, lag in den Oberdörfern die Masse des Vermögens, nämlich 52 %, bei den beiden untersten Gruppen. Das heißt, daß es in den Unterdörfern schon zu einer weitgehenden Vermögenskonzentration in den Händen einer relativ starken bäuerlichen Oberschicht gekommen war, während in den Oberdörfern die kleinen Vermögen dominierten. Eine eigentliche bäuerliche Oberschicht fehlte hier ganz, selbst die mittlere Gruppe war wesentlich schwächer als in den Unterdörfern.

Insgesamt gesehen läßt sich feststellen, daß die wirtschaftliche Differenzierung in den Mühlhäuser Dörfern zur Bauernkriegszeit schon recht weit gediehen war und sich nicht nur eine relativ starke Schicht von Besitzlosen herausgebildet hatte, sondern auch innerhalb der Vermögen besitzenden Schichten recht erhebliche Unterschiede bestanden. Bezeichnenderweise war dieser Differenzierungs-

prozeß in den unter günstigen natürlichen Bedingungen wirtschaftenden Unterdörfern viel weiter fortgeschritten als in den wesentlich schlechter gestellten Oberdörfern. Zwar gab es auch dort einen Gegensatz von arm und reich, aber die Bauern mit größeren Vermögen waren doch so selten, daß sie im Leben der Gemeinde keine so große Rolle spielten wie in den Unterdörfern. Auf jeden Fall mußte sich eine derartig weitgehende wirtschaftliche Differenzierung auf das Zusammengehen der Bauern hemmend auswirken, führte sie doch zwangsläufig zu mancherlei Spannungen und Gegensätzen innerhalb der Bauernschaft selbst, namentlich zwischen Ackerleuten, Hintersiedlern und Einmietlingen, die den gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeuter sehr erschwerten.

Abschließend wollen wir nur noch einmal die Vermögensverhältnisse in Stadt und Land miteinander vergleichen, da sich dabei wertvolle Anhaltspunkte für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Bauern ergeben. Eine Zusammenstellung der entsprechenden Angaben für Innenstadt, Vorstädte und Dörfer ergibt für das Jahr 1524/25 folgendes Bild⁶:

Gebiet	Stpfl. insges.	davon in %		Verm. insges.	Durchschnitts- vermögen pro	
		o. Verm.	m. Verm.		Stz.	Stpfl.
Innenstadt	1051	9	91	66869	69,9	63,6
Vorstädte	463	41	59	4820	17,7	10,4
Dörfer	606	50	46	4961	18,0	8,2

Besonders aufschlußreich sind auch hier wieder die Angaben über den Anteil der Vermögenslosen und das Durchschnittsvermögen pro Steuerpflichtigem, da sie am besten den großen Unterschied in der Vermögenslage der Bürger, Vorstädter und Bauern erkennen lassen. Waren unter den Einwohnern der Innenstadt nur 9% aller Steuerpflichtigen vermögenslos, so waren es unter den Vorstädtern schon 41%, auf den Dörfern sogar 50%, und lag das Durchschnittsvermögen pro Steuerpflichtigem bei den Bürgern bei 63,6 GM, so betrug es unter den Vorstädtern nur 10,4, bei der Landbevölkerung sogar nur 8,2 GM. Die Masse der Bauern befand sich also offensichtlich in noch schlechteren wirtschaftlichen Verhältnissen als die Vorstädter, obwohl der Unterschied hier nicht allzugroß war. Um so größer war der Abstand zur eigentlichen Bürgerschaft, unter der es nur wenig Besitzlose gab und deren Durchschnittsvermögen weit über dem der Bauernschaft lag. Die Bürger konnten wahrhaftig aus ihrer besseren sozialen Position und gesicherten wirtschaftlichen Existenz heraus auf die Bauern als Untertanen des Rats herniedersehen. Zwischen beiden Klassen lag eine tiefe Kluft, die um so schwerer zu überbrücken war, da der Rat der Stadt den Bauern gegenüber selber die Funktion

⁶ Die Zahlen für die Innenstadt und die Vorstädte sind Vettters Arbeit entnommen. Die Spalte 3 (ohne Vermögen) weist für Innenstadt und Vorstädte neben den Herdschillingzahlern auch noch die Nichtshäbigen, die nicht einmal den Herdschilling zahlen konnten, aus. Für die Dörfer enthält sie nur die Herdschillingzahler; die fehlenden 4% der Spalten 3 und 4 stellen die Steuerpflichtigen ohne nähere Angaben.

einer Feudalgewalt ausübte und überdies viele Bürger Grundherren der Bauern waren.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die wirtschaftliche Lage der Mühlhäuser Untertanen zur Zeit des Bauernkrieges keineswegs als durchweg günstig bezeichnet werden darf. Die soziale Differenzierung innerhalb der Bauernschaft war schon sehr weit gediehen, hatte aber nur in den Unterdörfern zur Herausbildung einer wirtschaftlich gut gestellten bäuerlichen Oberschicht geführt. Die Masse der Landbevölkerung lebte in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen. Mindestens die Hälfte war vermögenslos, weitere 17% hatten nur Kleinstvermögen bis zu 50 Gulden. Insgesamt gesehen befanden sie sich in noch schlechteren wirtschaftlichen Verhältnissen als die Vorstädter und in wesentlich ungünstigeren als die eigentliche Bürgerschaft. In den Unterdörfern mag die Lage im allgemeinen noch erträglich gewesen sein – die Oberdörfer jedoch befanden sich fast durchweg in einer schwierigen Situation. Dabei gab es große Unterschiede in der Vermögenslage der einzelnen Dörfer und der verschiedenen Schichten der Landbevölkerung, die zusammen mit der starken Zersplitterung des feudalen Grundeigentums und den Besonderheiten der städtischen Landesherrschaft das gemeinsame Vorgehen der Bauern im Kampf mit den Feudalen sehr erschwerten. Das mag auch der Grund dafür sein, daß sich die Mühlhäuser Bauern erst verhältnismäßig spät der revolutionären Bewegung angeschlossen haben, so daß sich der Rat der Stadt noch im September 1524 auf das bäuerliche Aufgebot stützen und mit seiner Hilfe den Aufstand der plebejischen Opposition unter der Führung Müntzers und Pfeiffers niederschlagen konnte. Um so höher ist es zu bewerten, wenn es der plebejischen Opposition unter dem Einfluß Müntzers schließlich doch gelang, die Masse der Bauernschaft auf ihre Seite zu ziehen, um mit ihrer Hilfe den alten Rat zu stürzen.

Im übrigen zeigt die vorliegende Untersuchung erneut, wie schwierig es ist, hinsichtlich der Lage der Bauern zur Bauernkriegszeit zu einem einwandfreien Urteil zu gelangen. Allein die Tatsache, daß es hier auf engstem Raum derartig große Unterschiede in der Vermögenslage der Bauern und der einzelnen Dörfer gab, kann nur als Warnung davor dienen, an sich richtige Einzelergebnisse vorschnell zu verallgemeinern. Daran aber krankt zu einem wesentlichen Teil die bürgerliche Geschichtsschreibung, und deshalb finden wir bei ihr auch die Vielzahl einander direkt widersprechender Ansichten. Um so notwendiger ist es, daß sich die marxistische Geschichtswissenschaft noch mehr als bisher mit der Entwicklung der Lage der Bauern in den vom Bauernkrieg am meisten betroffenen Gebieten beschäftigt, um auf diese Weise entsprechend den Hinweisen der Klassiker die Frage nach den Ursachen des Bauernkrieges, nach dem jeweiligen Anteil der sozialökonomischen und ideologischen Faktoren, besser als bisher beantworten zu können.

JOHANNES SCHILDHAUER

Das Anwachsen der plebejischen Schicht der Stadtbevölkerung im Ostseegebiet und deren Rolle in der frühbürgerlichen Revolution

In einem Brief vom 21. Mai 1895 übermittelt Friedrich Engels Karl Kautsky unter anderem seine Stellungnahme zu dessen Buch „Vorläufer des Sozialismus“. Er schreibt darin¹: „Die Hauptfehler scheinen mir zwei:

1. sehr mangelhafte Untersuchung der Entwicklung und Rolle der ganz außerhalb der feudalen Gliederung stehenden, deklassierten, fast pariamäßig gestellten Elemente, die unvermeidlich mit jeder Stadtbildung aufkommen mußten, die unterste, rechtlose Schicht jeder Stadtbevölkerung im Mittelalter bilden, los von Markgenossenschaft, feudaler Abhängigkeit und Zunftverband. Das ist schwer, aber es ist die Hauptbasis, denn allmählich mit Auflösung der Feudalbande wird dies das Vorproletariat . . . Hier ist noch viel nachzuholen.

2. Hast Du die Weltmarktstellung – soweit davon die Rede sein kann, die internationale ökonomische Stellung Deutschlands Ende des 15. Jahrhunderts nicht voll erfaßt. Diese Stellung erklärt allein, weshalb die bürgerlich-plebejische Bewegung in religiöser Form, die in England, den Niederlanden, Böhmen erlag, im 16. Jahrhundert in Deutschland einen gewissen Erfolg haben konnte: den Erfolg ihrer religiösen Verkleidung, während der Erfolg des bürgerlichen Inhalts (dem folgenden Jahrhundert und den Ländern) der inzwischen entstandenen neuen Weltmarktsrichtung vorbehalten blieb: Holland und England . . .“

Diese Stellungnahme Engels' zu einer Arbeit Kautskys vom Jahre 1895 läßt sich weitgehend auch auf die geschichtswissenschaftliche Literatur dieser Zeit, aber auch der folgenden Jahrzehnte beziehen. Die Forschungen über die ökonomische Stellung Deutschlands am Ausgang des 15. und zu Beginn des 16. Jhs. sowie über die Lage der untersten Schichten, besonders auch der plebejischen Schicht der Stadtbevölkerung standen hinter der Darstellung des politischen Geschehens und des Verlaufs der Auseinandersetzungen weit zurück.

Inzwischen haben die Untersuchungen über die frühkapitalistische Entwicklung in Deutschland und insbesondere über die ökonomische Situation vor Beginn der Reformation und des Bauernkrieges wichtige Ergebnisse gezeitigt. Der stürmische Aufschwung im Bergbau- und Hüttenwesen, die Entwicklung kapitalistischer Elemente vor allem in der Textilindustrie sind als sicher erwiesen. Wenn es auch noch umfassender weiterer Forschungen über die Probleme der frühkapitalistischen Entwicklung in Deutschland bedarf – dies machte die seit 1956/57 in der Sowjetunion geführte Diskussion über den

¹ K. MARX und F. ENGELS, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 589.

Charakter der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland erneut deutlich² —, so ist bereits jetzt aus den Quellen eindeutig die von Friedrich Engels in seinem Konzept zum Bauernkrieg aufgestellte These erwiesen, nach der „Deutschland . . . materiell vollständig auf der Höhe der damaligen Länder“³ stand.

Demgegenüber läßt die Beschäftigung mit den untersten Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch mit der sozialen Stellung der plebejischen Schicht der Stadtbevölkerung bis heute sehr zu wünschen übrig. Die Schwierigkeit, die Quellen darüber zum Sprechen zu bringen, darf nicht davon abhalten, das Versäumte nachzuholen.

Nannte Friedrich Engels die Reformation in Deutschland die erste der „drei großen Entscheidungsschlachten“ des „europäischen Bürgertums gegen den Feudalismus“⁴, so scheint mir — trotz einer umfangreichen deutschen reformationsgeschichtlichen Literatur — die Reformation als eine vor allem anfangs weitgehend bürgerliche Bewegung noch längst nicht genügend untersucht zu sein. Dies verwundert um so mehr, als es offensichtlich ist, daß außer der ländlichen Bevölkerung auch die mittleren und unteren Schichten des Stadtbürgertums bereits vor Beginn des 16. Jhs. in eine Gärung geraten waren, mit der sich die soziale Revolution ankündigte. Als es in Südwestdeutschland zu den ersten Bauernerhebungen kam, wandten sich nicht nur in diesem Gebiet, sondern auch im mittleren und nördlichen Deutschland die Gemeinden vieler Städte gegen den patrizischen Rat. Die Spannungen wuchsen weiter an, als im 2. und 3. Jahrzehnt des 16. Jhs. zu dem sozialen noch der religiöse Zündstoff hinzukam. Während des großen Bauernkrieges unterstützte besonders die plebejische Schicht vieler Städte den Kampf der Bauern, aber auch in Städten, die nicht unmittelbar vom Bauernkrieg berührt wurden, kam es zu revolutionären Erhebungen der mittleren und unteren Schichten der Bürger- und Einwohnerschaft gegen die bestehende politische und kirchliche Ordnung. So erreichten im Norden Deutschlands, dem sich meine Untersuchungen vor allem zuwenden, von der Mitte der zwanziger Jahre bis zur Mitte der dreißiger Jahre die sozialen und religiösen Spannungen einen Höhepunkt; in Stralsund, Rostock und Wismar, in Braunschweig, Hamburg und Bremen, in Lüneburg und Lübeck sowie in zahlreichen anderen Städten kam es zu zum Teil erbitterten Auseinandersetzungen, ohne daß wir über deren Ausmaß und die Anteilnahme der unteren Schichten der Stadtbevölkerung, ohne daß wir aber auch über die soziale Stellung der plebejischen Schicht in den Städten selbst genügend unterrichtet sind. Diesen Fragen galten daher meine Untersuchungen, deren Ergebnisse über die drei erstgenannten Städte ich im vergangenen Jahr

² Vgl. die Artikel von O. G. TSCHAIKOWSKAJA, M. M. SMIRIN, A. D. EPSTEIN in „Вопросы истории“, 12 (1956); 6 (1957); 8 (1957); — deutsch: „Sowjetwissenschaft“, Gesellschaftswiss. Beiträge, 6 (1957); 2 u. 3 (1958).

³ MARX-ENGELS-LENIN-STALIN, Zur deutschen Geschichte, Bd. I, Berlin 1953, S. 280.

⁴ K. MARX und F. ENGELS, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Moskau 1950, S. 94.

in einer Monographie niedergelegt habe⁵, während die Forschungen über weitere Gebiete Norddeutschlands fortgesetzt werden. Meine sich auf umfangreiches, zumeist bisher unveröffentlichtes und unausgewertetes Quellenmaterial – auf die verschiedensten Stadt- und Hausbücher, Zeuge- und Gartenbücher, Bürger- und Gerichtsbücher sowie Steuer- und Schoßregister – stützenden Untersuchungen der Sozialstruktur der Bevölkerung der Hansestädte Stralsund, Rostock und Wismar führten zu dem Ergebnis, daß neben dem Patriziat, das nur einen kleinen Kreis der die Politik der Stadt bestimmenden Familien umfaßte, und neben der ebenfalls nicht großen Zahl der nicht zum Rate gehörenden wohlhabenden Kaufleute die große Masse der Bürger und Einwohner der mittleren und unteren Schichten, das mittlere Handelsbürgertum, die große Zahl der Handwerksmeister, die oftmals nur über ein geringes Vermögen verfügten, und die auffallend große plebejische Schicht stand.

Für die Stadt Rostock bot das Quellenmaterial nun nicht nur die Möglichkeit, die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in der Zeit der frühbürgerlichen Revolution festzustellen, sondern diese – auf Grund des Vorhandenseins zahlreicher Schoßregister – für einen Zeitraum von nahezu 200 Jahren zu verfolgen, so daß sich für diese Zeit die Veränderungen in der Sozialstruktur und damit die soziale Bewegung in ihrer Gesamtheit erkennen lassen. Da diese mir für die Charakterisierung der Situation in den Städten zur Zeit der Reformation und des Bauernkrieges nicht unwichtig zu sein scheinen, sei es mir gestattet, die Ergebnisse dieser Untersuchung – wenn auch in aller Kürze – hier vorzutragen.

Grundlage dafür waren die Schoßregister⁶ der Stadt Rostock in der Zeit von 1378 bis 1569, die nahezu vollständig erhalten geblieben sind. Um die Veränderungen in der Sozialstruktur der Bevölkerung erfassen zu können, teilte ich die in den Schoßregistern angeführten Steuerpflichtigen in sieben Gruppen ein. Waren in der 1. Gruppe die reichsten steuerzahlenden Bürger erfaßt, so in der 7. die unvermögenden, gerade noch steuerpflichtigen Personen. Dabei wurde in der 7. Steuergruppe unterschieden, ob der im Schoßregister aufgeführte Steuerpflichtige Vorscheß (1–8 β) zahlte, oder ob er überhaupt nicht in der Lage war, einen Betrag zu entrichten, das heißt, ob er zwar namentlich, aber ohne Steuersumme aufgeführt, bzw. als pauper gekennzeichnet wurde, oder ob sein Name nach Eintragung in das Register wieder gestrichen war. Um die Veränderungen in der Sozialstruktur der Bevölkerung der Stadt Rostock in dem genannten Zeitraum von nahezu 200 Jahren aus ersehen zu können, wurden in Zeitabständen von etwa 20 Jahren aus zehn Schoßregistern die absoluten Zahlen wie auch das prozentuale Verhältnis der Steuerpflichtigen in den einzelnen Gruppen ermittelt. Damit bot sich die Möglichkeit eines Vergleichs, der nicht nur Einblick in die unterschiedliche

⁵ J. SCHILDHAUER, Soziale, politische und religiöse Auseinandersetzungen in den Hansestädten Stralsund, Rostock und Wismar im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts, Weimar 1959, Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, hrsg. vom Hansischen Geschichtsverein, Bd. II.

⁶ Über Höhe und schoßpflichtige Gegenstände s. für 1416: H. R. Bd. VI, 1889, Nr. 321, § 3; für ca. 1530: Rost. Beitr. II, 3, S. 10–12.

Vermögenslage der einzelnen Schichten der städtischen Bevölkerung zu den verschiedenen Zeiten gab, sondern zugleich auch deren Entwicklung erkennen ließ. Die Untersuchungen führten zu folgenden sozialstatistischen Ergebnissen⁷:

Die Zahl der reichsten Rostocker Bürger – die Steuergruppen 1 und 2 mit einem Steuersatz von 15 bis 40 M umfassend – ist in der gesamten behandelten Zeit sehr niedrig und auch weitgehend konstant; außer im Jahre 1378, in dem noch kein Bürger einen so hohen Steuerbetrag zahlte, schwankt sie zwischen 0,3 und 0,7%.

Zur 3. und 4. Steuergruppe mit einem Steuersatz von 3 bis 14 M, die vornehmlich aus der wohlhabenden und mittleren Kaufmannschaft gebildet wurden, gehörten im Jahre 1378 12,5 und 1409 10%, 1% der Bürgerschaft. Ihre Zahl wuchs trotz einzelner Schwankungen allmählich bis auf 15,9% im Jahre 1552 an.

In der 5. und 6. Steuergruppe mit einem Steuersatz von 9 s bis 2 M sind vor allem die Handwerksmeister neben den Kleinkaufleuten erfaßt. Ihre Zahl ist am Ausgang des 14. Jhs. sehr groß, sie macht über 60% der steuerpflichtigen Stadtbewohner aus, sinkt aber bis zum Beginn des 16. Jhs. auf annähernd 20% ab, um sich bis in die 60er Jahre hinein auf diesem Tiefpunkt zu halten und erst dann wieder anzusteigen.

Entsprechend dem Absinken der Zahl der Steuerzahler der 5. und 6. Gruppe steigt die Zahl der zur untersten Schicht der Bürger- und Einwohnerschaft gehörenden Steuerpflichtigen erheblich an. Dies trifft sowohl für die nur Vorschoß, 1 bis 8 Schillinge, zahlenden Stadtbewohner zu, wie auch für die weniger als 1 Schilling steuernden oder als arm gekennzeichneten, bzw. für diejenigen, deren Name oder Steuerangabe aufgeführt oder nach Eintragung wieder gestrichen ist. Machte die unterste Gruppe im Jahre 1378 24,4% und 1409 34,4% der steuerpflichtigen Bevölkerung (8,1% bzw. 17,3% zahlten Vorschoß) aus, so wuchs diese in den ersten Jahrzehnten des 16. Jhs. auf etwa 63% (über 56% Vorschoß Zahlende) an. Erst in den 80er Jahren ist wieder eine rückläufige Bewegung zu erkennen.⁸

Daß die plebejische Schicht in Rostock noch größer war, als dies die Schoßregister erkennen lassen, darauf braucht kaum besonders hingewiesen zu werden, da in diesen weder Gesellen, Dienstboten, noch alle übrigen Unselbständigen wie auch die Stadtarmen aufgeführt sind.

Die Untersuchungen über die Sozialstruktur der Hansestadt Rostock von 1378 bis 1569 zeigen somit, daß die am Ausgang des 14. und Beginn des 15. Jhs. breiten Mittelschichten bis über die Mitte des 16. Jhs. hinaus, und zwar insbesondere am Ausgang des 15. und Beginn des 16. Jhs., stark abgesunken sind (von über 60% bis auf etwa 20%); das heißt aber, daß die in der Frühzeit relativ große soziale Ausgeglichenheit mehr und mehr verloren gegangen ist und die Gegensätze

⁷ Ausgewertet wurden die im Rostocker Stadtarchiv befindlichen Schoßregister von 1378, 1409, 1430, 1454, 1473, 1490, 1510, 1533, 1552, 1569.

⁸ Dies läßt u. a. das Steuerregister vom Jahre 1588 erkennen, das wegen seiner andersartigen Anlage nicht unmittelbar zum Vergleich herangezogen wurde.

zwischen arm und reich erheblich gewachsen sind. Demgegenüber steigt die Zahl der vermögenden Kaufleute trotz mancher Schwankungen von ca. 12⁰/₀ auf über 16% an, während die ihrer reichsten Vertreter nur geringfügig zunimmt.

Die Auflösung der breiten Mittelschicht hat aber vor allem ein starkes Anwachsen der plebejischen Schicht zur Folge; die unterste Steuergruppe stieg von einem Viertel am Ende des 14. Jhs.⁹ auf annähernd zwei Drittel der in den Schoßregistern erfaßten Bevölkerung in den ersten Jahrzehnten des 16. Jhs. an.¹⁰ Dies aber bedeutet, daß die besitzlose oder kaum etwas besitzende Schicht, rechnet man die in den Schoßregistern nicht aufgeführten unselbständigen Einwohner der Stadt — Gesellen, Dienstboten, Arme usw. — noch hinzu, noch größer ist; sie umfaßt demnach in der ersten Hälfte des 16. Jhs. $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung Rostocks.

Daß solche starken Veränderungen in der Sozialstruktur nicht ohne Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben in der Stadt und die politischen Verhältnisse überhaupt bleiben konnten, ist einleuchtend; sie sind zugleich bezeichnend für die revolutionäre Situation in den Städten während der ersten Jahrzehnte des 16. Jhs.

Die soziale Zusammensetzung der städtischen Bevölkerung macht deutlich, daß die Ursachen der Auseinandersetzungen innerhalb der Städte in der wirtschaftlich-sozialen Lage breiter Schichten des Stadtbürgertums begründet lagen, deren Pflichten ständig angewachsen waren, deren ursprüngliche Rechte aber nahezu ausschließlich vom Rat zum Nutzen der patrizischen Schicht ausgeübt wurden. Lagen doch besonders auf den mittleren und unteren Schichten die sich aus der Politik des führenden Handelsbürgertums ergebenden Lasten¹¹; sie hatten vor allem den Druck der Besteuerung zu tragen, sie waren aber auch der Günstlingswirtschaft und egoistischen Interessenpolitik des Patriziates ausgeliefert und beklagten sich bisher vergeblich über die unordentliche und unkontrollierbare Rechnungsführung des Rates sowie über die bestehende Klassenjustiz.

Seit Beginn des 16. Jhs. richteten sich die Klagen der Bürgerschaft der drei Hansestädte nun nicht mehr nur gegen die finanzielle Belastung der weltlichen Machthaber, sondern zugleich gegen die von seiten der Geistlichkeit. Immer mehr hatte der ständig neue Methoden der Geldeintreibung erfindende katholische Klerus — vom Papst bis zu den Unterkirchherren in den Städten — an Ansehen bei der breiten Masse der Bürger- und Einwohnerschaft verloren. Die große Zahl „geweihter Müßiggänger“, die in den Städten nur auf die Sicherung ihrer Privilegien bedacht waren, ohne zugleich die Bürgerpflichten übernehmen zu wollen, und die ihre geistlichen Ämter nicht selten zur persönlichen Bereicherung ausnutzten, wurde als Last empfunden; diese länger zu tragen, waren besonders die mittleren und unteren Schichten der städtischen Bevölkerung nicht mehr bereit.¹²

⁹ Stadtarchiv Rostock: Schoßregister von 1378.

¹⁰ Ebenda, Schoßregister von 1510 und 1533.

¹¹ J. SCHILDHAUER, a. a. O., S. 49 ff.

¹² Wojewodschaftsarchiv Stettin: Hipolistus Steinwehr contra Stralsund N 5, Verhör der Zeugen zu Greifswald Ao. 1529 im Juli, August, September. Sign. Rep. 23, Lit. S. nr. 357 vol. V, Fol. 47 b/20, 60 b/20, 86 a/20, 93 a/15, 94 a/20.

Damit aber bestanden zugleich beste Voraussetzungen für die Aufnahme neuer reformatorischer Lehren.

Diese waren anfangs durchaus nicht einheitlich, vielmehr setzten sich seit dem Beginn der 20er Jahre des 16. Jhs. lutherische, zwinglianische und wiedertäuferische Lehren mehr und mehr durch. Die neuen Prediger, die diese Lehren verkündeten, stammten zumeist aus dem Kleinbürgertum, sie wurden außer von der mittleren Kaufmannschaft vor allem vom Kleinbürgertum und der plebejischen Schicht unterstützt.

Der nunmehr beginnende innerstädtische Kampf richtete sich sowohl gegen die katholische Kirche als auch gegen die alte Herrschaftsform, er war zugleich ein Kampf für die Demokratisierung der Stadtverfassung und für die neue Religion. In diesem Kampf standen die bürgerliche und die plebejische Opposition anfangs in einer Front. Durch ihr gemeinsames Vorgehen erzwangen sie die Einsetzung von Bürgerausschüssen, die formal neben dem Rate standen, praktisch aber die Politik der Stadt bestimmten. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß in den Ausschüssen allein das Handelsbürgertum führend war, die außerhalb des Rates stehenden Kaufleute, die Brauer und Gewandschneider. Die von den Handwerksämtern erstrebte paritätische Zusammensetzung und die gewünschte Gleichheit des Einflusses wurde nicht einmal formal, geschweige denn in Wirklichkeit erreicht. Mit der Übernahme der politischen Macht durch die Bürgeropposition fiel aber auch die Entscheidung in religiöser Hinsicht: die dem gemäßigten Bürgertum entsprechende lutherische Reformation setzte sich durch.

Hatte die plebejische Opposition auch einen starken Anteil an der Demokratisierung der Stadtherrschaft, so nahm sie doch selbst an deren Ausübung nicht teil, sie war in den Bürgerausschüssen überhaupt nicht vertreten. Noch nicht fähig, eigene klare Ziele aufzustellen und zu verfolgen, ging sie dennoch radikaler als das mittlere Bürgertum vor und unterstützte wesentlich die religiösen Richtungen, die über Luthers bürgerlich-gemäßigte Reformation hinausgingen. So konnten die sozialpolitischen und religiösen Lehren der Wiedertäufer in den Hansestädten Boden gewinnen. Zugleich wurde die Forderung erhoben, jegliche Obrigkeit, die geistliche und die weltliche, zu verachten.¹³ Vor allem in Stralsund versuchte die plebejische Opposition, durch einen Kirchen- und Klostersturm die Macht der katholischen Hierarchie mit Gewalt zu brechen und darüber hinaus gegen das besitzende Bürgertum vorzugehen. Träger dieses revolutionären Kampfes waren in erster Linie die Handwerksgesellen, Mägde und Knechte, Bootsleute und Tagelöhner, die Armen und Bettler; sie wurden somit bei der Demokratisierung der Stadtherrschaft und der Einführung der Reformation eine ständig vorantreibende Kraft.¹⁴

Damit war aber zugleich der Bruch zwischen der plebejischen und der bürgerlichen Opposition vollzogen. Während die einen bereit waren, den Kampf weiterzuführen,

¹³ J. RUNGE, *Brevis Designatio rerum Ecclesiasticarum, sub initium Reformationis Evangelicae in Pomerania gestarum*, hrsg. von A. Uckeley, Balt. Stud. 6, 1902, S. 59.

¹⁴ J. SCHILDHAUER, a. a. O., S. 59 ff.

setzten – an die Macht gekommen – die Vertreter der Bürgeropposition den eingeschlagenen Weg nicht fort, paßten sich vielmehr der früheren Ratspolitik an und zogen zum Teil sogar in den Rat ein. Ebenso wie die lutherischen Prediger verurteilten sie das revolutionäre Vorgehen der plebejischen Schicht und verfolgten alle wiedertäuferischen Bestrebungen. Darauf entzog die plebejische Schicht den Bürgerausschüssen ihr Vertrauen. Die von der Bürgeropposition gebildeten Ausschüsse gingen, von der breiten Masse der städtischen Bevölkerung nicht mehr unterstützt, ihrer Auflösung entgegen. Das im Kampf um die Demokratisierung der Stadtherrschaft bisher Errungene war damit weitgehend wieder verloren. Nur die lutherische Reformation setzte sich durch, die – unter die Kontrolle der Fürsten gebracht – letztlich der Stärkung der landesherrlichen Gewalt diente.

Meine Ausführungen sollten zeigen, daß Friedrich Engels' Einschätzung der plebejischen Schicht als „in jeder Beziehung besitz- und rechtlos“¹⁵ voll und ganz auch für die norddeutschen Hansestädte zutrifft. Weiterhin galt es herauszustellen – was bisher unbekannt war –, daß in diesen Städten, deren Blüte auf der Anhäufung des Handelskapitals beruhte, das in einem über das gesamte Nord- und Ostseegebiet sich erstreckenden Zwischenhandel mit Waren vorwiegend auswärtiger Herkunft gewonnen wurde, die plebejische Schicht in dieser Zeit so große Ausmaße erreichte. Bemühte sich die Hanse nach außen vergeblich, ihre alte – inzwischen überlebte – Vormachtstellung gegenüber den erstarkenden Nationalstaaten mit aller Gewalt zu halten, so setzte die herrschende Schicht nach innen ihre Vorherrschaft insbesondere gegenüber den Handwerksämtern, die Reglementierung und Beschränkung jedes einzelnen Gewerbes durch. So wurde ein Einfließen des Handelskapitals in die Produktion und damit eine Veränderung der Produktion wie eine Produktion größeren Stils überhaupt verhindert; nur zu dürftigen Ansätzen zur Bildung von Verlagen ist es gekommen.

Bei der sinkenden Prosperität der Hansestädte am Ausgang des 15. und 16. Jhs. hatte dies aber ein rapides Zunehmen der plebejischen Schicht zur Folge, die durch bisher in großer Zahl benötigte Träger und Bootsleute, Handwerksgesellen und Knechte, aber auch verarmte Handwerksmeister schnell vermehrt wurde. Die Ursachen dafür im einzelnen zu erforschen, ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Hanseforschung; sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Niedergang der Hanse überhaupt.

Daß die starken oppositionellen Kräfte in den Städten bemüht waren, bei den Kämpfen in der Zeit der Reformation und des Bauernkrieges über die religiösen und politischen Ziele des gemäßigten Bürgertums hinauszukommen, dies machen

¹⁵ MARX-ENGELS-LENIN-STALIN, Zur deutschen Geschichte, Bd. I, S. 206: „Die Plebejer waren damals die einzige Klasse, die ganz außerhalb der offiziell bestehenden Gesellschaft stand. Sie befand sich außerhalb des feudalen und außerhalb des bürgerlichen Verbandes. Sie hatte weder Privilegien noch Eigentum; sie hatte nicht einmal, wie die Bauern und Kleinbürger, einen mit drückenden Lasten beschwerten Besitz. Sie war in jeder Beziehung besitz- und rechtlos ...“

auch die Auseinandersetzungen in den Städten des norddeutschen Gebietes, in denen es keine Bauernerhebungen größeren Ausmaßes gegeben hat, deutlich. War dieses revolutionäre Vorgehen der plebejischen Schicht „auf Grund der zaudernden, zweideutigen Politik der Bürgerschaft“¹⁶ auch nicht erfolgreich, so hieße es doch, der Rolle der Volksmassen in der Geschichte nicht gerecht zu werden, würden wir ihr in unseren Arbeiten – wie dies in der bürgerlichen Literatur der Fall ist – nicht die ihr gebührende Aufmerksamkeit schenken.

Aus der Tatsache aber, daß diese Oppositionsbewegung der plebejischen Schicht zur Zeit der Reformation und des Bauernkrieges in sehr vielen deutschen Städten, wie die weitere Forschung noch im einzelnen zeigen wird, festzustellen ist, kommt ihr eine nationale Bedeutung zu. Sie beansprucht zugleich bei der Darstellung der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland einen ihr angemessenen Platz.

¹⁶ Ebenda, S. 219.

*Zu den Aufgaben der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland
und der Rolle des Königtums*

Der Charakter der Reformation und des Bauernkrieges ist nach dem Beitrag O. G. Tschaikowskajas¹ zu dieser Frage zum Gegenstand einer Kontroverse unter den sowjetischen Historikern geworden. Während sich Tschaikowskaja entschieden dagegen wendet, die Reformation und den Bauernkrieg als bürgerliche Revolution zu charakterisieren, wird diese Deutung nachdrücklich von J. M. Grigorjan², M. M. Smirin³ und A. D. Epstein⁴ verfochten. Es ist das Verdienst von M. Steinmetz, daß die Diskussion nun auch von den Historikern in der DDR aufgenommen wurde. In seinem Vortrag „Probleme der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts“ und in den dazugehörigen Thesen „Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland (1476–1535)“ begreift er die Reformation und den Bauernkrieg ebenfalls als frühe bürgerliche Revolution, ohne daß die Kontroverse selbst näher behandelt wird. Steinmetz geht bei der Definition der frühbürgerlichen Revolution auch auf ihre Aufgaben und Ziele ein, ein Problemkreis, der von Grigorjan, Smirin und Epstein kaum gestreift wurde. Die frühbürgerliche Revolution hatte nach seinen Ausführungen die Hauptaufgabe, die staatliche Einheit der Nation durch die Zerstörung des Feudalismus zu schaffen. Leider arbeitet Steinmetz seinen Standpunkt nicht klar und unmißverständlich genug heraus. Er läßt zum Beispiel offen, was er unter der Befreiung der Bauern verstanden haben will: die Beseitigung der persönlichen Abhängigkeit, der Leibeigenschaft allein oder die Ablösung der Feudallasten und damit die Beseitigung des feudalen Grundeigentums überhaupt? Der Gesamteindruck des Vortrags führt mich zu dem Schluß, daß Steinmetz die Beseitigung, die Vernichtung des Feudalismus als unmittelbares Ziel der frühbürgerlichen deutschen Revolution ansieht, das hieße aber, daß das deutsche Bürgertum vor der

¹ O. G. TSCHAIKOWSKAJA, Über den Charakter der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland. In: „Sowjetwissenschaft“, Gesellschaftswissenschaftl. Beiträge 6 (1957) S. 731 ff.

² Ю. М. Григорьян, К вопросу об уровне экономики, о характере Реформации и Крестьянской войны в Германии. (Ju. M. Grigorjan, Zur Frage nach dem Entwicklungsstand der Wirtschaft, nach dem Charakter der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland.) In: „Вопросы истории“, 1 (1958) S. 123 ff.

³ M. M. SMIRIN, Wirtschaftlicher Aufschwung und revolutionäre Bewegung in Deutschland im Zeitalter der Reformation. In: „Sowjetwissenschaft“, Gesellschaftswissenschaftl. Beiträge, 2 (1958) S. 243 ff.

⁴ A. D. EPSTEIN, Reformation und Bauernkrieg in Deutschland als erste bürgerliche Revolution. In: „Sowjetwissenschaft“, Gesellschaftswissenschaftl. Beiträge, 3 (1958) S. 363 ff.

6 Frühbürgerliche Revolution

Aufgabe gestanden hätte, die politische Macht zu übernehmen und die feudalen Produktionsverhältnisse aufzuheben. Eine derartige Sicht müßte zumindest starke Bedenken hervorrufen, scheint sie doch den historischen Gegebenheiten des 16. Jhs. nicht gerecht zu werden. Da das angeschnittene Problem von großem Interesse ist, sei es gestattet, einige Ausführungen theoretischer Natur zu den Aufgaben der frühbürgerlichen Revolution und der Rolle des Königtums vorzutragen.

Nachdem Engels in seinem Werk „Der deutsche Bauernkrieg“ (1850) noch von der wirtschaftlichen Rückständigkeit Deutschlands ausgegangen war, stellt er in einem späteren handschriftlichen Konzept auf Grund neuer Forschungen fest: „Deutschland stand materiell vollständig auf der Höhe der damaligen Länder.“⁵ Zu Kautskys Artikel über die thüringischen Bergarbeiter schreibt er 1889 an diesen: „Mir ist dabei erst recht klar geworden (was ich aus Soetbeer nur undeutlich und unbestimmt erfaßt), wie sehr die Gold- und Silberproduktion Deutschlands . . . das letzte treibende Moment war, das Deutschland 1470–1530 ökonomisch an die Spitze Europas stellte . . .“⁶ Die Forschung der letzten 70 Jahre hat seine Auffassung bestätigt. Deutschland erfreute sich im 14. und 15. Jh. einer großartigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Die Fortschritte äußerten sich in erster Linie im Bergbau, in der Erzverhüttung und der Metallverarbeitung sowie in der Textilherstellung. Dazu gesellte sich eine starke Verdichtung der Handelsverbindungen. Seit dem 14. Jh. bahnte sich eine territoriale Arbeitsteilung an. Die neuen Produktivkräfte begannen, neue Produktionsverhältnisse zu schaffen. Die Anfänge der kapitalistischen Produktion zeichneten sich seit der zweiten Hälfte des 15. Jhs. deutlich ab. Die ursprüngliche Akkumulation hatte in beachtlichem Maße eingesetzt; hier häuften sich bedeutende Kapitalien, dort wuchs die Stadt- und Dorfarmut. Hand in Hand mit diesen Vorgängen im ökonomischen und sozialen Bereich vollzogen sich andere wesentliche Prozesse: die Entstehung und Ausbreitung der neuhochdeutschen Schriftsprache, die Ausbildung einer bürgerlichen Kultur und Wissenschaft, das Aufkommen eines Nationalbewußtseins; die Anfänge der deutschen Nation begannen sich unverkennbar abzuzeichnen.

Das Neue kündigte sich in glänzender und erstaunlicher Weise an. Es war aber dem Alten noch verhaftet und, gemessen an seinen künftigen Höhen, unentwickelt, keimhaft. Die kapitalistische Produktion war nach dem Forschungsstand noch weit davon entfernt, eine tonangebende oder beherrschende Stellung im Wirtschaftsleben einzunehmen. Sie befand sich noch in einem embryonalen Zustand. Es kann kein Zweifel bestehen, daß Deutschland ökonomisch und sozial nicht das Reifestadium erreicht hatte, wie es die Niederlande und England in der ersten Hälfte des 17. Jhs. aufweisen sollten, wobei die Unterschiede im Wachstum des Kapitalismus nicht nur quantitativer, sondern auch qualitativer Natur waren. Darum

⁵ F. ENGELS, Über die Reformation und den Bauernkrieg in Deutschland, Konzept. Entstehungszeit unbekannt. In: Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte, Bd. I, Berlin 1953, S. 280; Bd. II, 1 u. 2, Berlin 1954 (zitiert MELS).

⁶ F. ENGELS, Brief an Kautsky vom 15. 9. 1889. In: MELS Bd. I, S. 617.

mutet es unwahrscheinlich an, daß mit der gewerblich-industriellen Prosperität, den Anfängen der ursprünglichen Akkumulation und des Kapitalismus sowie der präformierten Nation um 1500 bereits die Bedingungen für die Ablösung des Feudalismus durch den Kapitalismus, besser ausgedrückt, für die Eroberung der Macht durch das Bürgertum zur Vernichtung aller Fesseln der alten Gesellschaft gegeben gewesen sein sollen. Wenn diese Einschätzung zutrifft, so wären die ökonomischen Voraussetzungen für den Sieg der bürgerlichen Revolution nicht vorhanden gewesen. Bei ihrem Vergleich mit der sozialistischen Revolution stellt Lenin fest: „Einer der Hauptunterschiede zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution besteht darin, daß für die bürgerliche Revolution, die aus dem Feudalismus hervorwächst, im Schoße der alten Ordnung die neuen Wirtschaftsorganisationen allmählich entstehen, die nach und nach alle Seiten der feudalen Gesellschaft ändern.“⁷ „... , daß die bürgerliche Revolution die fertigen Formen der kapitalistischen Verhältnisse vorfindet.“⁸ Skaskin, Tschistoswonow und Saprykin führen zu diesem Problem eine weitere Bemerkung der Klassiker an. „Damit sich die kapitalistische Produktionsweise überhaupt entwickeln konnte, mußte eine bestimmte historische Stufe und Form der gesellschaftlichen Produktion erreicht sein. Im Rahmen der früheren Produktionsweise müssen sich die Verkehrsmittel, die Produktionsmittel und die Bedürfnisse entwickeln, die über die Grenzen der alten Produktionsverhältnisse hinausgehen und diese zwingen, sich in kapitalistische Produktionsverhältnisse zu verwandeln.“⁹ Dieser Tatbestand war in Deutschland um 1500 nicht erfüllt. Das Neue forderte noch nicht den Sturz der alten Gesellschaft, sondern einen angemessenen Platz, um in ihr wachsen zu können.

Der Keimform des Kapitalismus entsprach die Keimform der Bourgeoisie. Die moderne Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse, muß mit Marx¹⁰ und Engels¹¹ unbedingt vom feudolgeprägten mittelalterlichen Städtebürgertum abgesetzt werden. Noch hatte sich die Bourgeoisie in Deutschland nicht als Klasse formiert. Das Bürgertum war, wie Steinmetz feststellt, „überhaupt erst auf dem Wege, sich zur kapitalistischen Klasse zu entwickeln.“¹² Diesem Stand entsprachen sein Klassenbewußtsein und seine Klassenorganisationen. Es gab im nationalen Maßstab noch keine wesentlichen integrierenden Faktoren für die Bourgeoisie als Klasse. Die bisherige Forschung läßt keine ausgebildeten Faktoren erkennen, die

⁷ W. I. LENIN, Rede über Krieg und Frieden auf dem VII. Parteitag am 7. 3. 1918. In: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in 2 Bänden, Moskau 1947 (zitiert: A. W.), Bd. II, S. 332.

⁸ Ebenda, S. 333.

⁹ Geschichte des Mittelalters, Bd. II, bearb. v. S. D. Skaskin, A. S. Samoilo u. A. N. Tschistoswonow, Berlin 1958 (übers. aus dem Russ.), S. 4. Zitiert nach: Marx-Engels-Archiv, Bd. II (VII), Moskau 1933, S. 175.

¹⁰ K. MARX, Über die absolute Monarchie. Aus: Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral, 1847. In: MELS Bd. I, S. 581.

¹¹ F. ENGELS, Der Status quo in Deutschland, 1847. In: MELS Bd. II, 1, S. 127.

¹² M. STEINMETZ, Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland (1476–1535). Thesen S. 12.

das Bürgertum um 1500 zu der politischen Reife hätten führen können, den Kampf um die Macht anzutreten, die Macht zu erobern und zu behaupten. Das Städtebürgertum war in wesentlichen Schichten einschließlich der jungen Bourgeoisie um 1500 noch der feudalen Welt verhaftet. Die Städte und ihre Bürger verfügten vielfach über ausgedehntes feudales Grundeigentum und hielten an ihm fest. Sie nahmen vielfach Partei gegen die Bauernbewegungen und stellten sich aktiv in die Reihen ihrer Unterdrücker. Das nicht nur in Deutschland, sondern zum Beispiel auch im englischen Bauernaufstand unter Führung von Robert Kett im Jahre 1549. Die Bourgeoisie bedurfte zu ihrer Entwicklung der Entfaltung der restlichen Möglichkeiten, die der Feudalismus noch in sich barg. Hieraus ergäbe sich, daß neben dem objektiven Faktor auch der unlöslich mit ihm verbundene subjektive Faktor für den Sturz des Feudalismus nicht gegeben war.¹³ Der revolutionäre Kampf der Bauern reichte – ohne klassenbewußte und organisierte revolutionäre Bourgeoisie – allein nicht aus, genauso wenig wie die bürgerliche Revolution ohne die Bauern als der „Armee zum Schlagen“ und die vorwärtstreibenden bäuerlich-plebejischen Kräfte auskommen kann.¹⁴

Auch von einer dritten Seite her gesehen kann man sich nicht zu der Feststellung entschließen, daß der Sturz des Feudalismus unmittelbar auf der Tagesordnung stand. Die Bourgeoisie fühlte sich dem Feudalismus noch verbunden. Er war ihr nützlich und gab ihr die Entwicklungsbedingungen, die sie sich selbst nicht setzen konnte. Der Feudalismus hatte sich damit nicht erschöpft, worauf auch Steinmetz hinweist. Zur Ablösung einer alten Gesellschaftsformation durch eine neue schreibt Marx in seinem berühmten Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“¹⁵ Der Konflikt zwischen den neuen Produktivkräften und der alten Gesellschaft war nicht nur nicht ausgereift, vielmehr enthielt die alte Gesellschaft notwendige Bedingungen für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte. Die feudale Gesellschaft hatte noch den Absolutismus hervorzubringen, die Epoche, in der der Feudalismus mit dem Kapitalismus schwanger geht und die Bedingungen für seinen Fall zu Ende reifen.

Bei der Charakterisierung der Reformation und des Bauernkrieges als bürgerlicher Revolution, als Revolution Nr. 1 der Bourgeoisie, dachte Engels offenbar weder an den unmittelbaren Sturz des Feudalismus durch den Kapitalismus noch an den politischen Machtantritt des Bürgertums in Deutschland. Dies ergibt sich zunächst aus einem Brief an Kautsky aus dem Jahre 1895, in dem sich Engels mit

¹³ Vgl. W. I. LENIN, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: A.W. I, S. 430.

¹⁴ Vgl. F. ENGELS, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Einleitung zur englischen Ausgabe. 1892. In: K. Marx und F. Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. 2, Berlin 1952, S. 95.

¹⁵ K. MARX, Zur Kritik der politischen Ökonomie, 1859. Berlin 1951, S. 14.

dessen Buch „Vorläufer des neueren Sozialismus“ auseinandersetzt. Engels bemerkt: „Ich habe aus dem Buch sehr viel gelernt, für meine Neubearbeitung des Bauernkriegs ist es eine unentbehrliche Vorarbeit.“ Er kritisiert, daß Kautsky die Weltmarktstellung Deutschlands nicht voll erfaßt hat. „Diese Stellung erklärt *allein*, weshalb die bürgerlich-plebejische Bewegung in religiöser Form, die in England, den Niederlanden, Böhmen erlag, im 16. Jahrhundert in Deutschland einen *gewissen* Erfolg haben konnte: den Erfolg ihrer *religiösen Verkleidung*, während der Erfolg des bürgerlichen Inhalts dem folgenden Jahrhundert und den Ländern der inzwischen entstandenen neuen Weltmarktsrichtung vorbehalten blieb: Holland und England.“¹⁶ Engels hält damit nur einen gewissen Erfolg, eben den Erfolg der religiösen Verkleidung, für möglich, nicht aber die Vernichtung des Feudalismus. In einem früheren Konzept über die Reformation und den Bauernkrieg in Deutschland schickt Engels die „Reformation Luthers und Calvins – die Revolution Nr. 1 der Bourgeoisie“ zeitlich voraus, um dann weiter festzuhalten: „Die Auflösung des Feudalismus sowie die Entwicklung der Städte – beides wirkte dezentralisierend; die absolute Monarchie wurde dadurch geradezu nötig gemacht zum Zusammenhalt der Nationalitäten.“ Etwas später spricht Engels vom „Sieg der Revolution Nr. 1 – die viel europäischer war als die englische und viel rascher europäisch wurde als die französische – festigte sich in der Schweiz, in Holland, Schottland, England und gewissermaßen auch in Schweden schon gleich bei Gustav Wasa und in Dänemark, hier erst, in orthodoxer absolutistischer Form, 1660.“¹⁷ Damit spricht Engels eindeutig vom Sieg der Revolution Nr. 1 im Rahmen feudaler Staaten. Er bezieht ihn in Schottland und England sicher darauf, daß der Calvinismus hier „starke republikanische Parteien“ gründete¹⁸, wahrscheinlich auch auf die englische Reformation unter Heinrich VIII. Hiervon setzt Engels die englische bürgerliche Revolution des 17. Jhs. ab, die „zweite große Erhebung des Bürgertums“, die im Calvinismus ihre Kampftheorie fertig vorfand.¹⁹

Marx und Engels faßten den Kampf des europäischen Bürgertums gegen den Feudalismus, der in drei großen Entscheidungsschlachten kulminierte, offenbar als eine Einheit und eine europäische Angelegenheit auf²⁰, wie es besonders Engels' Einleitung zur englischen Ausgabe seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ aus dem Jahre 1892 nahelegt.²¹ Die drei Entscheidungsschlachten unterschieden sich danach nicht allein durch den verschiedenen Zeitpunkt ihres Ablaufs, sondern sie stellen eine Stufenfolge der bürgerlichen Revolution im europäischen Maßstab dar. Die erste Entscheidungsschlacht

¹⁶ F. ENGELS, Brief an Kautsky vom 21. 5. 1895. In: MELS I, S. 625. Hervorhebungen von Engels.

¹⁷ F. ENGELS, Über die Reformation . . . , a. a. O., S. 279.

¹⁸ F. ENGELS, Die Entwicklung des Sozialismus . . . , a. a. O., S. 94.

¹⁹ Ebenda, S. 95.

²⁰ K. MARX, Die Bourgeoisie und die Konterrevolution, 1848. In: K. Marx und F. Engels, Die Revolution von 1848, Auswahl aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Berlin 1949, S. 183.

²¹ F. ENGELS, Die Entwicklung des Sozialismus . . . , a. a. O., S. 83 ff.

des europäischen Bürgertums „war das, was wir die Reformation in Deutschland nennen.“ Sie eröffnete die bürgerliche Revolution und stellte ihre erste Etappe dar, ohne daß bereits ihr die Vollendung vorbehalten blieb.²² Engels betont, daß das revolutionäre Bürgertum seinen ersten Schlag gegen das Haupt des okzidentalen Feudalismus, die römisch-katholische Kirche, richten mußte. „Sie vereinigte das ganze feudalisierte Westeuropa, trotz aller inneren Kriege, zu einem großen politischen Ganzen, das im Gegensatz stand sowohl zu der schismatisch-griechischen wie zur mohammedanischen Welt . . . Ehe der weltliche Feudalismus in jedem Land und im einzelnen angegriffen werden konnte, mußte diese seine zentrale, geheiligte Organisation zerstört werden.“²³ Die Reformation hat diese Aufgabe gelöst: das okzidentale, vom römischen Papst geführte, feudale politische Bezugssystem wurde gesprengt und zerstört. Auch die englische bürgerliche Revolution des 17. Jhs. blieb unvollendet. Engels bemerkt zu ihrem Ergebnis: „Der neue Ausgangspunkt war ein Kompromiß zwischen der aufkommenden Bourgeoisie und den ehemals feudalen Großgrundbesitzern.“²⁴ „Von dieser Zeit an war die Bourgeoisie ein bescheidner, aber anerkannter Bestandteil der herrschenden Klassen Englands.“²⁵ „In England hat die Bourgeoisie nie ungeteilte Herrschaft geübt“²⁶ „Die große französische Revolution war die dritte Erhebung der Bourgeoisie, aber die erste, die den religiösen Mantel gänzlich abgeworfen hatte und auf unverhüllt politischem Boden ausgekämpft wurde. Sie war aber auch die erste, die wirklich ausgekämpft wurde bis zur Vernichtung des einen Kombattanten, der Aristokratie, und zum vollständigen Sieg des andern, der Bourgeoisie . . . In Frankreich machte die Revolution einen vollständigen Bruch mit den Traditionen der Vergangenheit, fegte die letzten Spuren des Feudalismus weg.“²⁷

Die Bestimmung der *frühbürgerlichen* Revolution dürfte von der Feststellung auszugehen haben, daß sich der Kapitalismus innerhalb der feudalen Gesellschaft ausbildete, und er dafür bestimmter, notwendiger Wachstumsbedingungen bedurfte. Ihre Aufgabe wäre dahingehend zu beschreiben, daß sie alle Hemmnisse zu beseitigen hatte, die der Entwicklung des Kapitalismus im Schoße des Feudalismus im Wege standen. Im Wege stand alles, was der ursprünglichen Akkumulation hinderlich war, zum Beispiel die Leibeigenschaft, was die zentrale Staatsgewalt hinderte, der Bourgeoisie den nötigen Rückhalt zu geben. Die Bourgeoisie war interessiert an der Abschaffung der Leibeigenschaft, an der Unterstützung der Manufakturen und des Handels, an der Handhabung des Protektionssystems, des Staatsschuldensystems, des modernen Steuersystems, des Kolonialsystems durch die zentrale Staatsgewalt, um die Momente anzuführen, die Marx bei der Behandlung der ursprünglichen Akkumulation herausstellt.²⁸ Im Wege standen Eingriffe von außen, Behinderungen durch fremde Mächte sowie die feudalstaatliche Zersplitterung, das Kriegs- und Fehdewesen der Feudalherren.

²² Ebenda, S. 94.

²⁴ Ebenda, S. 95.

²⁶ Ebenda, S. 101.

²⁸ K. MARX, Das Kapital. Bd. I, Berlin 1951, S. 751 ff.

²³ Ebenda, S. 93.

²⁵ Ebenda, S. 96.

²⁷ Ebenda, S. 97 f.

Um die Hemmnisse zu beseitigen, bedurfte die werdende Nation der staatlichen Einheit. Von der bürgerlichen Entwicklung selbst hervorgebracht, gewann die Nation ihren antifeudalen Charakter. In seinem Buch „Dialektik der Natur“ weist Engels darauf hin, daß die modernen europäischen Nationen und die moderne bürgerliche Gesellschaft in feudalen auf Nationalitäten basierenden Monarchien zur Entwicklung kamen.²⁹ Etwa 10 Jahre später schreibt er: „Seit dem Ausgang des Mittelalters arbeitet die Geschichte auf die Konstituierung Europas aus großen Nationalstaaten hin. Solche Staaten allein sind die normale politische Verfassung des europäischen herrschenden Bürgertums.“³⁰ Der angeführte Gedanke wird von Lenin mit aller Klarheit formuliert, wenn er sagt, daß der Kapitalismus den Feudalismus nicht ohne die Bildung der alten Nationalstaaten stürzen konnte.³¹ Den Nationen und ihrer staatlichen Einheit standen die römisch-katholische Papstkirche, das Zentrum des okzidentalen Feudalsystems, und die territorialen Feudalgewalten im Wege. Beide waren nicht in der Lage, der ursprünglichen Akkumulation günstige Bedingungen zu schaffen und die Entwicklung der Bourgeoisie im erforderlichen Maße zu fördern. Beide bekämpften die nationalen Monarchien. Sie stellten sich objektiv der kapitalistischen Entwicklung in den Weg. Gegen sie mußte sich der Hauptstoß aller revolutionären Kräfte im Bündnis mit dem Königtum richten.

Bei der Schaffung des Nationalstaates und der Förderung der jungen Bourgeoisie stellten das mittelalterliche Königtum und die absolute Monarchie notwendige, progressive historische Größen dar. Es ist darum nötig, die Aufgabe und Rolle der Zentralgewalt richtiger zu erkennen.

Das Königtum, die feudale Zentralgewalt, stand durchaus noch im Dienst des Fortschritts. Seine Rolle wird von Engels in der Studie „Der Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie“ untersucht. Engels behandelt zunächst die ökonomische Situation, die Interessen der aufsteigenden bürgerlichen Kräfte im 15. Jh. und meint: „Selbst noch zu schwach, ihren Willen durchzusetzen, fanden diese Elemente einen starken Rückhalt in der Spitze der ganzen feudalen Ordnung – im Königtum.“³² Engels' Ausführungen gipfeln in der Feststellung: „Daß in diesem allgemeinen Wirrwarr (die staatliche Zersplitterung, die Kämpfe der Feudalherren, M. M.) das Königtum das progressive Element war, liegt auf der Hand. Es vertrat die Ordnung in der Unordnung, die sich bildende Nation gegenüber der Zersplitterung in rebellische Vasallenstaaten. Alle revolutionären Elemente, die sich unter der feudalen Oberfläche bildeten, waren ebenso auf das Königtum angewiesen wie das Königtum auf sie.“³³ Abschließend stellt Engels fest, daß die nationale Einheit im 15. und 16. Jh. ohne das Königtum

²⁹ F. ENGELS, Das Aufkommen der Bourgeoisie und die Entwicklung der Wissenschaft, Kunst und Literatur. Aus: Dialektik der Natur 1875/76: In: MELS Bd. I, S. 176.

³⁰ F. ENGELS, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte 1887/88. In: MELS Bd. II, 2, S. 1053.

³¹ W. I. LENIN, Sozialismus und Krieg, Berlin 1951, S. 8.

³² F. ENGELS, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie. Aus dem Nachlaß, Entstehungszeit unbekannt. In: MELS Bd. I, S. 161.

³³ Ebenda, S. 163.

tum unmöglich war.³⁴ Dieser Gedanke wird 1892 nochmals von ihm unterstrichen.³⁵ In diesem Zusammenhang gewinnen Reflektionen Engels über den Charakter der absoluten Monarchie besonderes Interesse: „Sie ist also eher als eine ständische (auch als eine feudale, vornehmlich feudalistisch-embryo-bürgerliche) Monarchie zu bezeichnen.“³⁶ Auch Marx stellt ähnliche Gedankengänge über die absolute Monarchie an.³⁷ Bei der Darstellung der ursprünglichen Akkumulation in England und auch in Frankreich läßt Marx ihre aktive Unterstützung durch die Könige deutlich sichtbar werden. Marx betont die Rolle der Staatsgewalt bei der ursprünglichen Akkumulation. „Die verschiedenen Momente der *ursprünglichen Akkumulation* verteilen sich nun, mehr oder minder in zeitlicher Reihenfolge, namentlich auf Spanien, Portugal, Holland, Frankreich und England. In England werden sie Ende des 17. Jahrhunderts systematisch zusammengefaßt in *Kolonialsystem*, *Staatsschuldensystem*, *modernem Steuersystem* und *Protektionsystem* . . . Alle aber benutzen die *Staatsmacht*, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen.“³⁸ Die Beschreibung der absolutistischen Politik durch Skaskin, Tschistoswonow und Saprykin läßt deutlich erkennen, welche Bedeutung der Absolutismus – in seiner progressiven, ersten Phase – für die Entwicklung des Kapitalismus hatte. „Innerhalb des Staates förderte die Feudalmonarchie die Manufakturen und den Handel durch die Gewährung von Anleihen, durch das Schutzzollsystem, durch die Aufhebung der hemmenden Binnenzölle und -abgaben, durch die Vereinheitlichung des Münz-, Maß- und Gewichtssystems usw. In der internationalen Arena verteidigte sie die Interessen der nationalen Bourgeoisie durch die Politik des Merkantilismus und der Handelskriege . . . Die Bourgeoisie unterstützte den königlichen Absolutismus deshalb, weil er Macht und Gewalt dazu benutzte, die Expropriation der unmittelbaren Produzenten durchzuführen, weil er blutige Gesetze gegen die Expropriierten erließ und weil er ihr die Möglichkeit gab, sich an Staatsanleihen, Steuerpachten und Schutzzöllen zu bereichern.“³⁹

Ein klassisches Beispiel sowohl für das Bündnis von Königtum und Bürgertum, wie für die Ausbildung des Nationalstaates im Kampf gegen Papstkirche und Territorialgewalten bietet Frankreich. Hier (Ludwig XI. 1461–1483) wie in Spanien (Ferdinand II. 1479–1516), England (Heinrich VIII. 1509–1547) und Rußland (Iwan IV. 1533–1581) feierte die Nationalmonarchie Triumphe.

Eine entscheidende Besonderheit der deutschen Geschichte liegt darin, daß in Deutschland die zunächst fortschrittliche regionale Zentralisation nicht in die

³⁴ Ebenda, S. 167.

³⁵ F. ENGELS, Das Aufkommen der Bourgeoisie . . . , a. a. O., S. 176.

³⁶ F. ENGELS, Über die Reformation . . . , a. a. O., S. 279.

³⁷ K. MARX, Über die absolute Monarchie, a. a. O., S. 581. Diese Gedankengänge berühren nicht den feudalen Charakter des Absolutismus.

³⁸ K. MARX, Das Kapital, Bd. I, Berlin 1951, S. 791. Hervorhebung von Marx.

³⁹ Geschichte des Mittelalters, a. a. O., S. 30f.

nationale ausmündete, daß keine Nationalmonarchie entstand, daß es zu keinem dauerhaften Bündnis zwischen Königtum und Bürgertum kam, welches für die Bildung des Nationalstaates unentbehrlich war. Ihre imperiale Politik, besonders der Staufer, erklärt im wesentlichen Maße, warum die deutschen Könige in kein festes und fruchtbares Verhältnis zu den Städten traten. Für ihre Kaiserpolitik bedurften sie der fürstlichen Hilfe. Die hieraus resultierende profürstliche Politik schloß notwendigerweise eine antistädtische Haltung ein. Beredte Beispiele hierfür liefert die Regierungszeit Friedrich Barbarossas und Friedrichs II. Unter den Habsburgern setzte sich im 15. Jh. die imperiale antinationale Politik auf einer anderen Ebene fort. Die burgundische und die spanische Heirat, der Erwerb Ungarns und Böhmens ließen ein habsburgisches Reich entstehen, in dem die Sonne nie unterging. Das deutsche Königreich war dabei bloßes Anhängsel. Es wurde zum Trittbrett degradiert. Weder Maximilian I. noch Karl V. oder Ferdinand I. traten im Sinne der progressiven Aufgabe des Königtums in Aktion. Sie verrieten die nationale Bewegung, nachdem schon früher Ludwig der Bayer darauf verzichtet hatte, sich voll hinter sie zu stellen.⁴⁰

Damit war das Königtum nicht in Funktion, als die Geschichte die Schaffung des Nationalstaates gebieterisch auf die Tagesordnung setzte. Da der Nationalstaat fehlte und mit ihm eine Grundbedingung für das Wachstum des Neuen, reifte in Deutschland eine Situation heran, die das Bürgertum und alle mit dem Fortschritt verbundenen Kräfte vor die Aufgabe stellte, selbst den Kampf gegen die Hemmnisse der kapitalistischen Entwicklung aufzunehmen. Die Frage der frühbürgerlichen Revolution wurde akut. Da die Lösung der nationalen Frage unter den Bedingungen des 16. Jhs. unlösbar mit dem Aufstieg der Nationalmonarchie verbunden war und sie kaum anders als in der Form der absoluten Monarchie denkbar ist, erscheint mir ein Erfolg der revolutionären Bewegung ohne eine Beteiligung der Zentralgewalt als integrierendem Zentrum und ohne ein Kampfbündnis mit der Krone problematisch. Für den Erfolg scheint mir geboten, daß das Königtum – in seiner Politik gewandelt oder erneuert – die Bewegung aufgegriffen und sich an ihre Spitze gestellt hätte. Es ist darum zu fragen, ob die Reformation und der Bauernkrieg Bedingungen für einen Umschwung in der königlichen Politik oder eine Erneuerung des Königtums, Bedingungen für eine progressive Aktion der Krone enthielten, und ob im positiven Fall Erfolgsaussichten bestanden bzw. warum die Möglichkeiten nicht verwirklicht wurden. Mir liegt eine positive Beantwortung der Frage nahe. Alle antipäpstlichen und antifürstlichen, alle antifeudalen und nationalen Kräfte waren auf das Königtum orientiert, das selbst für seine Bewegungsfreiheit und seinen Aufstieg der Zerschlagung der päpstlich-fürstlichen Fesseln und des Bündnisses mit dem Bürgertum bedurfte.

Die Bündnismöglichkeit bestand latent bis zur Konsolidierung der Territorialgewalten im 16. Jh. Die Niederlage der Landesfürsten lag durchaus im Bereich

⁴⁰ Dementsprechend macht Engels in seinen Notizen über Deutschland, a. a. O., S. 562f., auf die verhängnisvolle Rolle der imperialen Politik aufmerksam. Sie und das Fehlen einer Erbmonarchie verhinderten, daß sich ein deutscher Nationalstaat konstituierte.

der Möglichkeit. Welche Kraft das Bündnis zwischen Königtum und Bürgertum enthielt, beleuchten schlagartig die denkwürdigen Ereignisse der Jahre 1301/02, als der von der Absetzung bedrohte König Albrecht I. die Städte auf den Plan rief und mit ihnen die Macht der rheinischen Kurfürsten gegen ihren erbitterten Widerstand brach. Interessant ist die Tatsache, daß die Monarchie in Spanien zeitweilig mit der Bauernbewegung korrespondierte. Johann II. von Aragon nutzte den katalonischen Bauernaufstand von 1462 bis 1472, um die Königsmacht in Katalonien aufzurichten. Ferdinand II. hob 1484 bei einem neuen Aufstand die Leibeigenschaft auf. Ihre Abschaffung erleichterte die ursprüngliche Akkumulation.

Die angeschnittenen Probleme können im Rahmen eines Diskussionsbeitrages nicht gelöst werden. Dazu bedarf es eingehender Quellenstudien. Hier konnten nur Fragestellungen entwickelt werden. Sie darzulegen, erschien mir nicht unangebracht, da die Forschung neben der Quellenanalyse der theoretischen Untersuchung bedarf, um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen.

HERMANN GOEBKE

Thomas Müntzer — familiengeschichtlich und zeitgeschichtlich gesehen

Nach Engels ist der deutsche Bauernkrieg eine frühbürgerliche Revolution, und dieses Urteil ist durch die neueren Forschungen nur noch gefestigt worden. Der Führer dieser revolutionären Bewegung, die einen ihrer Schwerpunkte nördlich und südlich des Harzes hatte, Thomas Müntzer, ist selbst aus der bürgerlichen Bevölkerungsschicht dieses landschaftlichen Raumes hervorgegangen, und die Wurzeln seiner religiösen, politischen und sozialen Ziele im Anfange seiner Wirksamkeit sind in diesem Raume zu suchen. Nun ist das Bild Thomas Müntzers schon zu seiner Zeit, man denke an das Urteil Melanchthons über ihn, nicht nur verwirrt, sondern vom Haß seiner Gegner zerstört worden. Auch die späteren Jahrhunderte haben wenig Neues über den Ablauf des Lebens Thomas Müntzers beigetragen. Als nach 1945 die Persönlichkeit dieses großen Revolutionärs wieder in den Blickpunkt ausgedehnter historischer Forschung trat, war es das Bemühen des Verfassers, der in seiner frühesten Jugend durch die Lektüre von Zimmermanns „Bauernkrieg“ tiefgehend in seiner Sympathie für Thomas Müntzer beeinflusst wurde, durch Forschungen in den Archiven das geschichtliche Dunkel zu lichten, das über Jugend und Elternhaus dieser historischen Persönlichkeit lag.¹ Während wir über die letzten fünf Jahre des Lebens Thomas Müntzers genau unterrichtet sind, wissen wir über die Zeit vorher sehr wenig. Sein Geburtsjahr stand nicht fest. Einige Forscher nahmen 1480 an, andere 1491, 1492, einer sogar 1498. Der Name des Vaters und dessen Beruf war unbekannt, ebenso die Herkunft der Mutter. Nur eines stand fest, der Geburtsort, da er selber im Briefe vom 3. 1. 1520 (Nr. 8) hervorgehoben hat, daß er von Stolberg/Harz gebürtig sei. Es steht demnach fest, daß eine Familie Müntzer in der Mitte des 15. Jhs. in Stolberg/Harz gesessen hat.

Nun sind die familiengeschichtlichen Forschungen des 15. Jhs. nicht leicht, da nicht nur die Schreibweise der Namen wechselt, sondern auch die Namen selbst häufig verändert worden sind. Ganz besonders ist das aber der Fall, wenn sich wie bei der Familie Müntzer, durch den Heimatraum die Sprachgrenze zwischen Mittel- und Niederdeutsch zieht. Während also am südlichen Harzrande vor und um 1500 hochdeutsch gesprochen und geschrieben wurde, gehörte das nördliche Harzvorland dem niederdeutschen Sprachraum an, und sämtliche Urkunden und Rechnungen sind daher in dieser Zeit in niederdeutscher Sprache abgefaßt. Diesen wichtigen Umstand hat man bisher bei der Müntzer-Forschung überhaupt nicht

¹ Im folgenden werden nur einige wichtige Belege gegeben. Ich kann für die Einzelbelege verweisen auf meinen Aufsatz: „Neue Forschungen über Thomas Müntzer bis zum Jahre 1520“. In: „Harz-Zeitschrift“ 9 (1957) S. 1–30.

berücksichtigt. Es bedeutet aber, daß der Stolberger Familienname „Montzer“ in Quedlinburg, Halberstadt und Aschersleben als „Munte“ (meist mit einer Abbreviatur geschrieben) bzw. „Münter“ erscheint.

Nun taucht Thomas Müntzer tatsächlich in der Stolberger Ratsrechnung des Jahres 1484 einmal auf, wo er mit anderen jungen Burschen „Unlust“ auf dem Tanzboden verübt hat und dafür 15 Groschen Strafe zahlen muß.²

Diese Tatsache wurde bisher von allen Forschern übersehen, weil sie wohl das Quellenmaterial zu flüchtig überprüften. Da man annehmen muß, daß er hier – 1484 – mindestens 16 oder 17 Jahre alt gewesen ist, so kommt man auf das Geburtsjahr 1467 oder 1468. Auf Grund dieser wichtigen Aktennotiz muß daher Thomas Müntzer wenigstens 57 oder 58 Jahre alt gewesen sein, als sein Leben unter dem Beil des Henkers endete.

Daß die Forschung nach der Müntzerschen Sippe in Stolberg so wenig Erfolg hatte, lag darin begründet, daß der Vater Thomas Müntzers mit seinem Familiennamen überhaupt nicht erschien, sondern mit seinem erlernten Beruf, nämlich als „Seiler“, der nach der Ratsrechnung von 1466 sich dort selbständig macht und zum ersten Mal einen Schoß von $\frac{1}{2}$ Mark entrichtet. Er erscheint als „Hindersedler“ in der Stadt und wohnt zur Miete, ist aber im folgenden Jahre Besitzer eines Hauses in der „Neddergasse“. Aber nicht nur das Schoßregister von 1467 und 1468 verzeichnet ihn, sondern auch die Strafliste. In beiden Jahren zahlt er $7\frac{1}{2}$ Groschen „Messerbuße“. Unter Bezugnahme auf die Niederlassung des Vaters 1466 in Stolberg und dem errechneten Geburtsjahr, könnte Thomas Müntzer als erstgeborener Sohn der Eltern angesehen werden. Eine Schwester von ihm ist später nachzuweisen.

Das Seilerhandwerk war in dem kleinen, kaum 3000 Seelen umfassenden Bergwerksstädtchen, dessen Wohlstand dauernd sank, wohl kaum dazu angetan, seinen Mann zu ernähren, so daß der Vater Thomas Müntzers gezwungen war, sein erworbenes Haus wieder zu verkaufen und in das elterliche Haus, das ebenfalls in der „Neddergasse“ lag, zurückzukehren. – Auch der Großvater Thomas Müntzers väterlicherseits hat sich feststellen lassen. Er erscheint in den Jahren von 1450 bis 1484 nur als „Karle“. Von 1470 an ist er in der „Montze“ tätig. Er muß der Pest des Jahres 1484 zum Opfer gefallen sein, denn seine Witwe wird 1485 im Schoßregister aufgeführt. In den weiteren Rechnungsjahren ist von „der alten Montzerschen“ die Rede. Vom Vater Thomas Müntzers können noch drei Montzers als Brüder desselben angesehen werden.

Zeitfuchs verzeichnet in seiner Stolberger Chronik nach 1400 einen Ratsherrn Barthol Müntzer, der das Amt des Weinmeisters inne hatte, gibt aber nicht das Jahr an.³ Dieser hat sich nicht feststellen lassen. Der von E. Jacobs für die

² Landesarchiv Oranienbaum. Rep. H. Stolberg, Stolberg. F. II. Nr. 35. Ratsrechnung 1484, fol. 262b. Brüche und Buße: Wegen vngeberde vffm tautzhuse geübet 15 gr. Thomas montzer.

³ J. A. ZEITFUCHS, Stolbergische Kirchen- und Stadthistorie. Leipzig 1717. S. 404.

Jahre 1419 und 1422 erwähnte Berld Monzer erwies sich als Lesefehler.⁴ Vor 1450 ist keine Familie Monzer (Montzer) in Stolberg vorhanden.

- a) Matthias Montzer. — Er erscheint im Schoßregister 1484 mit dem hohen Schoß von 3 Mark für Henning von Bertigkaue, dessen Haus er gekauft hatte. Da er ihm noch 100 Goldgulden schuldig geblieben war, setzte er seinem Gläubiger am 21. 8. 1486 Haus und Hof bis zur völligen Bezahlung als Pfand ein. 1498 war er Münzmeister. Das heiße Müntzerische Temperament ist auch bei ihm zu finden. 1488 zahlt er eine Strafe von 5 Schock Groschen, weil er nachts singend durch die Gassen gezogen ist, den Anordnungen der Ratsknechte sich nicht fügt, sondern ihnen gegenüber tätlich geworden ist. Matthias Montzer ist nach 1501 verstorben. 1502 erscheint mit demselben Schoß an dieser Stelle Hans Goltschmedt. Er hat entweder das Haus gekauft oder als Schwiegersohn geerbt. 1503 ist dieser Hans Goldschmedt Ratsherr in Stolberg. Sein Familienname war dem Handwerk entnommen. Er war in der Tat Goldschmied, der für die Herrschaft reichlich zu tun hatte.

Der 1504 erwähnte Martin Montzer muß als Sohn des Matthias Montzer angesehen werden. Er stand im Dienste des gräflichen Hauses als „Herrenschmidt“. Da er in diesem Jahre eine Hochzeitsbuße von 4 Schock Groschen zahlt, hat er sich 1504 verheiratet und seine Hochzeit zu üppig gefeiert.

- b) Michel Montzer. — Er ist 1486 in der Strafliste zu finden, wo er $7\frac{1}{2}$ Groschen „Messerbuße“ zahlt, also bei einer Schlägerei das Messer gebraucht hat. 1490 flüchtet er nach Nordhausen und der Stolberger Rat schickt ihm einen Boten nach, weil er Jost Kremer „vorterbet hatte“, d. h. ihn also erstochen oder erschlagen hat. Auf ihn scheint sich die von Melanchthon ausgegangene und dann verbreitete, verleumderische Behauptung zu beziehen, Müntzers Vater sei wegen eines Verbrechens von der Stolberger Herrschaft an Leib und Leben gestraft.

- c) Markus Montzer. — Er tritt 1493 in Stolberg als „Torwächter“ auf und zählt wohl ebenfalls zu den Gebrüdern Müntzer.

Es wäre nun die Berufsfrage Thomas Müntzers zu erörtern. Sicher ist, daß er die Lateinschule in Stolberg besucht hat. 1484 war er 17 oder 18 Jahre. Hat er danach den Beruf des Vaters ergriffen und das Seilerhandwerk erlernt? Wohl kaum! — Eine Tatsache steht wieder fest, die Aufnahme des Universitätsstudiums im Jahre 1506, da war er aber schon 38 Jahre alt. Wo war er die übrige Zeit? Auch diese Frage hat sich lösen lassen.

In der Matrikel der Universität Leipzig wird für das Wintersemester 1506 Thomas Müntzer als Student der Theologie aufgeführt. Gleichzeitig wird mit ihm Andreas Appenrodt eingeschrieben. Für beide gibt die Matrikel als Heimatort Quedlinburg an. Mit den Appenrodts und Tulkes waren die Quedlinburger Müntzers befreundet oder bekannt. Da der Student beim Einschreiben einen Eid über seinen Wohnort abzuleisten hatte, so geht daraus hervor, daß

⁴ E. JACOBS, Das Stolbergische Ratsjahrbuch. In: „Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde“, 17. Jg., 1884, S. 189, Anm. 1.

Thomas Müntzer sich im Jahre 1506 in Quedlinburg aufhielt. Er studierte Theologie. Nun mußte nach den Leipziger Statuten jeder Student, wenn er zum theologischen Studium zugelassen werden wollte, erst in einer anderen Fakultät einen Grad erlangt haben. Nur an Personen geistlichen Standes stellte man geringere Anforderungen, wenn sie von einem Orden in Vorschlag gebracht wurden. Da Thomas Müntzer sofort das theologische Studium aufnahm, sich aber nirgends feststellen ließ, daß er an einer anderen Universität bereits einen akademischen Grad erlangt hatte, kann er nur Mönch in Quedlinburg gewesen und von einem Mönchsorden in Vorschlag gebracht worden sein. Nur Mitglieder der Bettelorden konnten ohne Vorbehalt in Leipzig zum 5jährigen theologischen Studium zugelassen werden. Thomas Müntzer war Mönch. Der Beweis dafür geht aus den Worten hervor, die Herzog Georg von Sachsen zu Müntzer in dessen letzten Augenblicken sagte: „Müntzer, lasse dir leyd sein, daß du deinen Orden verlassen hast und daß du dein Kappen ausgezogen und ein Weib genommen hast!“ Ein weiterer Beweis dafür ist in der Tatsache zu erblicken, daß Müntzer fast auf allen Bildern bartlos dargestellt wird.

Von den beiden Bettelmönchsklöstern in Quedlinburg, dem Franziskaner- und dem Augustinerkloster, dürfte das letztere in Frage kommen. Daß in diesem Kloster die theologische Wissenschaft gepflegt wurde, erhellt aus der Tatsache, daß Stau-pitz das Studium der Theologie zur Aufgabe der Brüder gemacht hatte und daß dieses Kloster eine sehr bedeutende Bibliothek besaß. Auch Luther kannte diese Bibliothek und rühmte ihren Wert; sogar zwei Bibeln mit hebräischem und griechischem Text waren darin enthalten. Vielleicht ist für die große Schriftkenntnis, die Thomas Müntzer besaß, hier bereits der Grund gelegt worden. Wie Luther, so war also auch Thomas Müntzer Augustinermönch.

Die Eigenschaft als Augustinermönch war Thomas Müntzer für die Durchführung seiner späteren Propagandareisen, die sich bis Prag und Basel erstreckten und deren Weg durch die Ordensniederlassungen gekennzeichnet wird, sehr nützlich. Hier fand er Unterkunft und Unterstützung und bei der Bevölkerung ein williges Ohr; denn diese Wanderungen wurden alle zu Fuß und fast ohne finanzielle Hilfe durchgeführt. Wann Thomas Müntzer in das Augustinerkloster eingetreten ist, hat sich trotz umfangreicher Forschung, die sich bis auf das Vatikanische Archiv und die Curia Generalizia Agostiniana in Rom erstreckten, nicht feststellen lassen. Es ist möglich, daß Thomas Müntzer schon in Stolberg Mönch geworden ist; denn dort besaß seit 1427 der Augustinerorden ebenfalls eine Terminei. Zeitfuchs hat dieses Haus als Geburtshaus Müntzers bezeichnet. Nach E. Pfitzner war dieses Gebäude mit einem saalartigen Gemach versehen, dessen Ecksäulen mit kunstvoll aus Holz geschnitzten Heiligenfiguren in Lebensgröße geziert waren, das Konvikthaus des Augustinerordens. Da hier die Überlieferung eine Beziehung dieses Hauses mit Thomas Müntzer lebendig erhalten hat, so besteht die Möglichkeit, daß bereits in Stolberg der Eintritt Müntzers in ein Augustinerkloster erfolgt ist. Vielleicht war das Jahr 1484 dafür entscheidend. Es war das Pestjahr, in dem 780 Menschen in der kaum 3000 Seelen zählenden Stadt der Seuche er-

lagen. Es ist schon möglich, daß auch in der Familie Müntzer das große Sterben Einkehr gehalten und die Söhne hinweggerafft hat bis auf den ältesten, der dann, dem mittelalterlichen Brauche entsprechend, dem Kloster gelobt wurde. Auffallend ist nämlich, daß sich kein Bruder Thomas Müntzers feststellen ließ, sondern nur eine Schwester, und die Familien waren damals alle kinderreich. Da in Stolberg kein Kloster vorhanden war, ist Thomas Müntzer in das Augustinerkloster in Quedlinburg überwiesen worden, zumal sich in dieser Zeit zwei Angehörige der Sippe Müntzers in priesterlichen Stellungen in Quedlinburg dort nachweisen lassen. Der eine, Werner Munthe(r), war von 1468 bis 1497 Kaplan der Quedlinburger Äbtissin und Vorsteher des St. Thomas-Altars auf der Burg; der andere, Tile Munthe, ist Priester und wird 1483 als verstorben erwähnt. Quedlinburg ist überhaupt der älteste Sitz der Familie Müntzer (Monter), dort bereits in der Mitte des 14. Jhs. nachweisbar. Ein anderes Mitglied der Sippe, Hans Munte(r), kommt von 1480 bis 1504 als Brau- und Ratsherr in den Quedlinburger Ratsrechnungen vor. Ein Hinrikus Monester, Priester zu St. Laurentius in Ilenstedt (heute Wüstung bei Quedlinburg) errichtet 1482 sein Testament. Theologische Einflüsse treten in der Sippe Müntzers also sehr früh auf. Es ist aber auch möglich, daß Thomas Müntzer erst im Jahre 1493, also im Alter von 23 oder 24 Jahren in das Kloster eingetreten ist und daß die Terminei des Quedlinburger Augustinerklosters in Aschersleben ihn dazu veranlaßt hat; denn 1494 befindet sich der Vater Thomas Müntzers, Karle Münt(r), in Aschersleben.

Die Rechnungen und Zinsregister der St. Stephanikirche zu Aschersleben in Verbindung mit den Stolberger Stadt- und Amtsrechnungen haben vollständige Klarheit über das Elternhaus Thomas Müntzers in Aschersleben geschaffen. Es ließ sich feststellen, welches Haus der Vater besaß. Es liegt in der Breiten-Straße, gegenüber dem Katharinen-Hospital und trägt heute die Nummer 25. Es ergab sich sein Beruf aus seinem Testament. Er war Seilermeister. Es ließ sich weiter feststellen, daß er vor dem 2. Februar 1505 verstorben ist. Es ging weiter aus den Quellen hervor, daß die Mutter sich 1508 mit dem „Ölschläger“ Hans Royle (Johann Rylie) wieder verheiratete und daß dieser 1514 nach Halberstadt übersiedelte. Das Verhältnis Thomas Müntzers zu seinem Stiefvater war kein gutes, wie aus Müntzers Brief Nr. 14 hervorgeht. Johann Rylie ist vor dem 25. 6. 1521 verstorben. Auf das kleine „Lehen“ vom Halberstädter Rate, für das Thomas Müntzer als Erbe in Frage kam und auf das Hans Pelts in seinem Briefe vom 25. 6. 1521 Bezug nimmt, hat Thomas Müntzer wohl aus finanziellen Gründen verzichtet. Da er in diesen Jahren heimatloser Flüchtling war, hat er die erforderliche „Lehnwahre“ nicht bezahlen können.

Auch der Name der Mutter Thomas Müntzers hat sich aus den Quellen ergeben. Sie hieß Anna Banß und war die Tochter des Seilermeisters Jakob Banß in Aschersleben, der bereits 1461 dort erwähnt wird und 1497 stirbt. Er ist nicht das einzige Mitglied dieser Sippe dort. Ein Friedrich Banß hat sich 1445, ein Claus Ban 1447, ein Thomas Banse ebenfalls in der Mitte des 15. Jhs. feststellen lassen. Ethymologisch ist der Name Ban, Banß, Banse eine Verkleinerungsform von Urban, ungarisch Orban. Am interessantesten für die Müntzerforschung ist näm-

lich die Tatsache, daß sich der Nachweis erbringen ließ, daß diese Bürgerfamilien an der Theiß seßhaft waren und aus Ungarn zurückgewandert sind, als die Türken in der Mitte des 15. Jhs. in Ungarn eindringen. Bei Thomas Banse hat Erich Kramer festgestellt, daß sein Sohn Martin noch der ungarischen Sprache mächtig und daß die Mutter eine Ungarin war, die in verwandtschaftlicher Beziehung zu „Georg Dosza“ stand. Das grausame Schicksal dieses Revolutionärs und ungarischen Bauernführers wird Thomas Müntzer nicht unbekannt geblieben sein. Auch Tile Banß (Banse), der zu den engsten Mitverschworenen Thomas Müntzers gehörte⁵, stand in verwandtschaftlicher Beziehung zur Mutter Müntzers. Er war ebenfalls Augustinermönch und hat mit Jacob Tremme, der wiederum mit den Quedlinburger „Münters“ verwandt war, 1523 die Organisation der Revolution in Quedlinburg durchgeführt.

Da in der Familie des Thomas Banse in vier Generationen hindurch der Vorname Thomas auftritt, ist es nicht verwunderlich, ihn auch bei Müntzer zu finden.

Nach 1498 verschwindet die Familie Ban (Banß, Banse) in Aschersleben und taucht mit Hans Banß, der als Bruder der Mutter anzusehen ist, in Quedlinburg auf; Thomas Banse erscheint in Meisdorf. Ein Adam Ban ist 1538 Sekretär des anhaltinischen Kanzlers Paulus v. Berge. Diese letztere Familie hatte in der Mitte des 15. Jhs. in Aschersleben das Schultheißenamt inne.

Thomas Müntzer hat sein theologisches Studium nicht in Leipzig beendet, sondern an einer neugegründeten Universität, nämlich in Frankfurt/O. zum Abschluß gebracht. Finanzielle Gründe werden dafür den Ausschlag gegeben haben, denn dort waren die Gebühren und Kosten niedriger als an einer alten Universität. Für ihn war das ein wesentlicher Grund, da er nach dem Tode des leiblichen Vaters sich selber zu unterhalten hatte. Vielleicht kann ihn auch die theologische Berühmtheit der Universität Frankfurt/O., Conradus Coci de Buchen, dictus Wimpina, angezogen haben. Das Matrikelverzeichnis dieser Universität verzeichnet im Jahre 1512 Thomas Müntzer, Stolbergiensis. Er hat also hier seinen Geburtsort angegeben, da er wohl kaum bei dem gespannten Verhältnis zu seinem Stiefvater sich bei diesem in Aschersleben aufgehalten hat. Im Laufe des Jahres 1513 hat Thomas Müntzer das theologische Studium in Frankfurt/O. mit der Erlangung der Magisterwürde abgeschlossen. Auf den Doktorhut, der mit soviel Unkosten verbunden war, wird er wohl aus finanziellen Gründen verzichtet haben. Er muß die Universität mit außerordentlichem Erfolg und vorzüglichen Empfehlungen verlassen haben, denn sonst ist nicht zu verstehen, daß ihm der Rat einer so bedeutenden Stadt wie Braunschweig am 6. 5. 1514 eine Altarpfründe an der St. Michaeliskirche angeboten hätte. Freilich waren auch hier verwandtschaftliche Verbindungen der Ascherslebener Ratsfamilie Müller Voraussetzung. Der Antrag war an Thomam Munther in Halberstadt gerichtet. Inzwischen hatte er wohl in Aschersleben festen Fuß gefaßt. Es war alter Brauch des Ascherslebener Rates, seine Stadtkinder, die studiert hatten, selber in Pfarrstellen unterzubringen oder bis dahin als Lehrer am Gymnasium zu beschäftigen. Das geschah auch bei

⁵ Vgl. Thomas Müntzers Briefwechsel. Hrsg. H. Boehmer und P. Kirn. Leipzig 1931, Brief Nr. 54.

Thomas Müntzer, der als Lehrer am „Stephaneum“ angestellt wurde. Die Ver-sippung mit der Ratsfamilie Drosihn hatte ihm wohl die Wege dazu geebnet. Gleichzeitig hatte er an der St. Stephanikirche zu predigen. Auf das Predigtamt hatte der Augustinerorden von jeher großes Gewicht gelegt. In Aschersleben beginnt nun zum erstenmal Thomas Müntzers politische Tätigkeit. Das „Proto-koll“ spricht von der Gründung eines „Schülerbundes“. In Wirklichkeit handelte es sich um einen Kreis der jungen akademisch gebildeten Bürgerschicht, die fort-schrittliche Ziele verfolgte und sich politischen Einfluß zu sichern suchte. Einige sind dem Namen nach bekannt, wie Matthäus Vollmer (Brief Nr. 1) und Bastian Langelans, der 10 Jahre später als Führer eines Bauernhaufens vor den Mauern der Stadt steht und das Marienkloster zerstört. Es gelingt ihnen, in der „öffentlich gehegten Bürgersprache“ zu erreichen, daß ein Mitglied dieses „Bundes“, der Stadtschreiber Sebastian Langelans mit 33 Jahren 1515 zum Bürgermeister der Stadt gekoren wird. Das war ein noch nie dagewesenes Ereignis und ein Bruch mit der Tradition. Dazu wurde die Wahl einiger „neuer Männer“ in den Rat durchgesetzt. Im Laufe des folgenden Jahres siegte dann die Reaktion. Thomas Müntzer, der die Seele der Vereinigung war, wurde als Lehrer am Gymnasium entlassen; Sebastian Langelans wurde nicht wieder zum Bürgermeister gewählt. Unmittelbar darauf, am 30. 8. 1516, finden wir dann Thomas Müntzer als Propst am Nonnenkloster in Frose. Der Äbtissin von Gernrode, Elisabeth v. Weida, die als erste 1521 sich der Reformation anschloß, verdankte er diese Stellung. Mit ihrem Bruder, Hermann v. Weida, führte Thomas Müntzer einen Briefwechsel. Noch am 25. 7. 1517 ist Müntzer als Propst in Frose bezeugt. Ob und wann Thomas Müntzer in Halberstadt für kurze Zeit am Gymnasium Kollobrator ge-wesen ist, läßt sich schwer nachweisen. Fest steht nur, daß er auch hier einen Kreis von Gesinnungsgenossen um sich gesammelt und auch in den Klöstern agitatorisch gewirkt hat. Die Namen dieser Gesinnungsgenossen sind aus seinem Briefwechsel bekannt. Dazu gehörten Hans Horenburgk, Priester am Liebfrauen-Stift, Hans Bötticher, Mönche am St. Johanniskloster und Hans Pelts, der Mit-glied der Knocherhauergilde war und 1493, nach der mißglückten revolutionären Bewegung in Stolberg, die Stadt verlassen und in Halberstadt Zuflucht gesucht und gefunden hatte. Es hatte sich um eine Massendemonstration mit ihren Aus-schreitungen gegen die Prozession am Tage der 11000 Jungfrauen (21. 10. 1493) und um die Zerstörung der in den Straßen aufgebauten vier Prozessions- und Opferaltäre gehandelt. Es war ein Aufbegehren der Volksmassen gegen die Aus-beutung durch kirchliche Mißbräuche und Zeremonien, deren Träger die 30 Geist-lichen waren, die in der kaum 750 Erwachsene zählenden kleinen Bergwerksstadt erhalten werden mußten.

Das furchtbare Ketzergericht vor 40 Jahren (1452), wo 30 Personen, Männer, Frauen und Kinder, welche man durch die Folter zu gewollten Geständnissen ge-zwungen und auf dem Marktplatz verbrannt hatte, war noch nicht vergessen, und daher suchten sich die Hauptteilnehmer in Sicherheit zu bringen.

Da anzunehmen ist, daß auch der Vater Thomas Müntzers an diesem Aufruhr mit teilgenommen hatte, war das der Grund, den Wohnort zu wechseln und

nach Aschersleben überzusiedeln, wo die Schwiegereltern Banß noch am Leben waren.

In seine revolutionäre Aufgabe ist Thomas Müntzer erst hineingewachsen. Die Wurzeln für seine religiösen, politischen und sozialen Ziele liegen auch in den Erfahrungen und in der Erkenntnis, die sich im Vergleich der Verschiedenheit der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Bevölkerung in den geistlichen Gebieten von Halberstadt und Quedlinburg im Gegensatz zu den kleinen feudalen Territorien am Südharzrande, z. B. der Grafschaft Stolberg und Mansfeld, ergaben.

Die soziale Frage hatte im Raum des nördlichen Harzvorlandes keine besonders große Rolle gespielt; denn hier auf dem Boden des sächsischen Volksstammes gehörte die persönliche Freiheit zum Lebenselement. Auch in der frühesten Zeit sind hier keine Spuren von Leibeigenschaft nachzuweisen. Im Bistum Halberstadt hatte sich die Gauverfassung noch lange in den Grafschaften mit ihren Landdingstätten erhalten. Die Bauern waren hier freie Leute, wenn sie auch zu Hand- und Spanndiensten als Naturalleistungen für den überwiesenen Boden verpflichtet waren. Darum richtete sich der Bauernkrieg nördlich des Harzes in der Hauptsache einmal gegen die Klöster. Das Mißverhältnis in Einnahmen und Vermögen der einzelnen Klöster untergrub in der Auffassung Müntzers die Daseinsberechtigung klösterlichen Lebens. Darum forderte er rücksichtslose Zerstörung der Klöster und Rückführung ihrer Ländereien in die Hände der Gemeinde. Aus dem Gegensatz der steuerlichen Belastung, der Beschränkung persönlicher und rechtlicher Freiheit der Bürger Stolbergs im Vergleich zu denen der Stadt Aschersleben und Quedlinburg ging das politische Ziel hervor: Vernichtung der Territorialgewalten, vor allem der ganz großen. „Die gewaltigen müssen aus dem Sattel geholt werden. Luc. 1“ – lautet in dieser Hinsicht sein Artikel. Auch hier war die Erfahrung seiner Familie und seine eigene maßgebend gewesen.

Wenn man die Frage stellt, ob Thomas Müntzer in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht seiner Aufgabe gewachsen war, so muß die Antwort darauf unbedingt positiv lauten. Er muß ein glänzender Redner gewesen sein, der die Massen mit fortgerissen hat. Es ist bekannt, daß die Leute von Aschersleben den Weg nach Allstedt nicht scheuten, um ihn predigen zu hören. Ich habe in meinem „Bauernkrieg im Fürstbistum Halberstadt 1525“ ausgeführt, wie die revolutionären Bewegungen in Halberstadt und Quedlinburg zeitlich genau aufeinander abgestimmt waren und beide am 1. 5. 1523 ausgelöst wurden.⁶ In beiden Fällen handelte es sich um eine bewaffnete Massenerhebung. In Halberstadt liegt die Führung in den Händen des Bürgermeisters Heinrich Schreiber, in Quedlinburg in den Händen des Viertelmeisters Heinrich Weschke und Jakob Tremmes. Beide Erhebungen sind nicht spontane Ereignisse, sondern jahrelang vorbereitet. In Halberstadt scheint Müntzer persönlich wirksam gewesen zu sein. In Quedlinburg, wo die Vernehmungsprotokolle erhalten geblieben sind, ist der Organisator genau bekannt. Es war Tile Banse, der Vertraute und Verwandte Thomas Müntzers, wie

⁶ H. GOEBKE, Der Bauernkrieg im Fürstbistum Halberstadt 1525. Halberstadt 1933, S. 9.

schon erwähnt, ebenfalls Augustinermönch. Bei beiden Unternehmungen erfolgt die Verteidigung der Anhänger auf dem Kirchhofe, bei den Gräbern der Ahnen. In Halberstadt sind sogar die Maßnahmen vorbereitet, falls das Unternehmen mißlingt. Für diesen Fall ist ein Rückzug der aktiven Teilnehmer auf die Schreibersche Hütte Lüdershof vorgesehen, bei der Unterkünfte vorbereitet waren und die sogar zur Verteidigung mit „Stücken“ eingerichtet war. Dieser Rückzug erfolgte tatsächlich, wurde aber hinter Derenburg, an der Grenze der Grafschaft Wernigerode, vom Stiftshauptmann in der Nacht auf dem Marsch überfallen. Ein Teil der Anhänger wurde verwundet, ein Teil getötet, der Rest gefangengenommen. Heinrich Schreiber fiel schwer verwundet in Gefangenschaft. Beide Unternehmen scheiterten 1523 durch den raschen Zugriff der Stiftshauptleute, in Halberstadt sowohl als auch in Quedlinburg. Es handelte sich hier nur um eine stadtbürgerliche Bewegung. Das Land war noch nicht mit einbezogen worden. Das ist erst 1525 geschehen, wo im Gebiete des nördlichen Harzvorlandes sämtliche Klöster zerstört wurden und auch das politische Ziel erreicht wurde. Das geht hervor aus der Kapitulation des berufenen Vertreters der landesfürstlichen Autorität, des Stiftshauptmannes Hans v. Werther. Er gibt den Bewohnern von Eilenstedt, die den dortigen Mönchshof bis zu seiner Ankunft geschützt hatten, den Rat, sie möchten auch zugreifen: „Es würde doch nichts anderes werden.“ Sämtliche Städte sind davon ergriffen worden, wie Halberstadt, Quedlinburg, Aschersleben, Osterwieck, Wegeleben, Kroppenstedt und Ermsleben. Auch fast alle Dörfer sind dabei. Dieser Revolution, die zur Massenbewegung geworden war, stand die Territorialgewalt, Cardinal Albrecht v. Brandenburg, machtlos gegenüber. Eine ganze Reihe der adeligen Familien sympathisierte mit dem Aufstande. Die waffenfähigen Männer der Städte und Dörfer aufzubieten, war unmöglich, da sie entweder daran teilnahmen oder sich abwartend verhielten. Eine „Artikel-Übergabeaktion“ scheint von einer einheitlichen Stelle gesteuert zu sein. Aber nur von wenigen Orten wird berichtet, daß sie „Bauernartikel“ übergeben haben, so von Weddersleben, Schlanstedt, Gröningen, Kroppenstedt und Wedderstedt. Erhalten sind nur Artikel der Stadt Gröningen, die am 9. 5. 1525 in der kurfürstlichen Kanzlei in Halberstadt überreicht wurden. Ich habe sie in meinem schon angeführten „Bauernkrieg im Fürstentum Halberstadt 1525“ veröffentlicht. Die Originale sind nach 1945 verlorengegangen.

Wenn man die „Artikel“ der Stadt Gröningen mit den 24 „Stollberger-Bauernartikel“ vergleicht, zu deren Annahme Graf Botho v. Stolberg am 2. 5. 1525 gezwungen wurde, so sind sie als sehr mäßig und milde zu bezeichnen. Sie fordern die Wiederherstellung der alten Marktrechte, also Freiheit der Jagd, des Fischfanges und des Holzes, Herabsetzung der Steuerlasten und Abschaffung der Spann- und Handdienste für die „Ämter“, nicht für die adeligen Güter. Bei diesen kamen ja nur Dienste Einzelner in Betracht, bei den Abgaben und Diensten der Ämter die Gesamtheit, nicht nur eines Dorfes, sondern einer Reihe von Dörfern, wie zum Beispiel beim Amte Gröningen 6 bis 11 Gemeinden, darunter 4 Städte. Durch die Verweigerung und Abschaffung der „Amtdienste“ kamen die landwirtschaftlichen Amtsbetriebe mit ihren Vorwerken zum Erliegen und damit wurde der

landesfürstlichen Macht das finanzielle Rückgrat gebrochen. Bezog doch Kardinal Albrecht v. Brandenburg allein aus dem Bistum Halberstadt eine jährliche Einnahme von — umgerechnet — 1 Million Goldmark. Die Verweigerung der Amtsdienste war also eine äußerst empfindliche und wirksame Maßnahme zur Schwächung des fürstlichen Feudalismus.

Die Katastrophe von Frankenhausen entschied dann über die revolutionäre Bewegung auch nördlich des Harzes.

Woher die Anschauungen Müntzers in religiöser Beziehung stammen, ist nicht schwer nachzuweisen. Es sind die Gedanken seines General-Priors Dr. Staupitz, die dieser in seinen Predigten den Ordensbrüdern vortrug. In der Hinneigung zur Mystik und zur Prädestination war Thomas Müntzer weiter Schüler von Dr. Staupitz. Trotz rücksichtslosen Kampfes gegen die Klöster bleibt Thomas Müntzer auf dem Boden einer einheitlichen Kirche stehen.

Verheiratet hat sich Müntzer erst im Alter von 55 Jahren. In fast allen Büchern über ihn ist auch der Name seiner Gattin entstellt. Sie hieß in Wirklichkeit Ottilie v. Geusau und entstammte einer adeligen Familie, die auf dem Rittergut Heygendorf südlich von Allstedt saß. Sie war vorher Nonne im Mansfelder Kloster Wiederstedt gewesen, das ebenfalls der Augustiner-Kongregation angehörte. Vielleicht war diese adelige Heirat für Müntzer bestimmend, ebenfalls ein Wappen zu führen. Das persönliche Verhältnis zu seinen Schwiegereltern kann auch der Grund gewesen sein, daß er noch am 13. 7. 1524 seinen Anhängern das Recht bestritt, Erbenzinsen und Frondienste zu verweigern. Das ist ein erhebliches Argument gegen die Auffassung, daß der berühmte Satz des „Protokolls“ „Omnia sunt communia“ ein politisches Programm sei, wie H. Boehmer auf Grund der Entlehnung dieser Worte aus Apostelgeschichte 2, 44–45 und 4, 32 annimmt.⁷ Wenn man die familiengeschichtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Elternhauses von Thomas Müntzer kennt, dann kann man sich nur dafür entscheiden, daß diese Worte nur eine sittliche Regel sind, die schon vor Aschersleben und Allstedt Richtschnur seines Lebens gewesen sind, nämlich im Kloster. Im ersten Kapitel der „Regula sancti Augustini“ hieß es: „sint vobis omnia communia“.

Die Familie v. Geusau, die sich zweifellos der revolutionären Bewegung des Schwiegersohnes angeschlossen hatte, hat nach dem Zusammenbruch Zuflucht in der Gandersheimischen Herrschaft Derenburg a. Harz gesucht, um der Rache ihres Lehnsherrn, Herzog Georg von Sachsen, zu entgehen.

Über das Schicksal der Gattin Thomas Müntzers und seines am 27. 3. 1524 geborenen Sohnes verlieren sich alle Spuren.

Wenn man die familiengeschichtlichen Verhältnisse Thomas Müntzers überblickt und sein politisches Wollen, dann wächst die Größe dieser historischen Persönlichkeit ins Geniale. Er war einer der bedeutendsten politischen Köpfe in der frühbürgerlichen Revolution zu Beginn des 16. Jhs.

⁷ H. BOEHMER, Gesammelte Aufsätze. Gotha 1927, S. 212f.

INGRID MITTENZWEI

*Bemerkungen zum Charakter von Reformation und Bauernkrieg in
Deutschland*

In unserer heutigen Diskussion hat die Frage nach dem Charakter von Reformation und Bauernkrieg eine bedeutende Rolle gespielt. Ich möchte mir deshalb erlauben, einige Bemerkungen zu diesem Thema zu machen, wobei ich mich besonders mit den Kriterien für die Bestimmung des Charakters einer Revolution beschäftigen möchte.

Im Jahre 1958 fand in unserer Republik eine Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution statt, die uns — ohne falsche Parallelen ziehen zu wollen — doch einige wichtige Lehren auch für unsere Erörterungen vermitteln kann. Einige Historiker unserer Republik schätzten damals den Charakter der Novemberrevolution falsch ein, weil sie nicht verstanden, die Theorie des historischen Materialismus richtig auf die Geschichte anzuwenden.¹ Die Diskussion ergab, daß man, um den Charakter eines revolutionären Ereignisses beurteilen zu können, von den objektiven und subjektiven Bedingungen, die zur Revolution führten, ausgehen muß. W. I. Lenin, der sich in seiner Arbeit „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ mit den objektiven und subjektiven Bedingungen für die bürgerlich-demokratische Revolution von 1905 beschäftigte, definierte den objektiven Faktor als „Grad der ökonomischen Entwicklung in Rußland“ und den subjektiven als „Grad des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der breiten Massen des Proletariats“.²

Eine Aufgabe unserer weiteren Diskussion müßte es daher sein, die objektiven und subjektiven Bedingungen, die zur Reformation und zum Bauernkrieg führten, zu untersuchen, um davon ausgehend den Charakter dieser revolutionären Ereignisse bestimmen zu können.

Um die objektiven Bedingungen in Deutschland Ende des 15. und Anfang des 16. Jhs. zu untersuchen, ist es nötig, sich mit dem Stand der sozialökonomischen Entwicklung und mit den aus ihm resultierenden Zusammenstößen der Klassen zu beschäftigen.

Es besteht hier wohl kaum ein Zweifel darüber, daß zu dieser Zeit im Schoße der feudalen Gesellschaft kapitalistische Produktionsverhältnisse entstanden waren. Das ist durch Forschungsergebnisse sowohl der bürgerlichen als auch der marxistischen Geschichtswissenschaft hinlänglich bewiesen worden. Genügte aber der

¹ Siehe W. ULBRICHT, Begründung der Thesen über die Novemberrevolution 1918, Referat auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED, in: „Einheit“ 10 (1958) S. 1409.

² W. I. LENIN, Werke, Bd. 9, S. 14.

erreichte Stand der kapitalistischen Entwicklung, um in einen unlösbaren Widerspruch zur feudalen Produktionsweise zu geraten? In England und Frankreich, deren ökonomische Entwicklung sich in dieser Zeit doch wohl nicht wesentlich von der in Deutschland unterschieden hat, konnten die kapitalistischen Produktionsverhältnisse noch lange im Schoße der feudalen Gesellschaft weiterexistieren. Zu einem Konflikt zwischen den neuen Produktionsverhältnissen und der alten feudalen Produktionsweise kam es hier erst im 17. und im 18. Jh. Es taucht folglich die Frage auf, welche besonderen Bedingungen in Deutschland vorhanden waren, die zu einem so frühen Zeitpunkt zu einer Kollision zwischen dem Neuen, sich Entwickelnden und der alten Ordnung führten. Es wird noch vieler Forschungsarbeiten marxistischer Historiker bedürfen, um auf diese Frage eine konkrete und allseitige Antwort geben zu können. Ich möchte hier lediglich einige Gedanken äußern, die bei der weiteren Arbeit von Interesse sein könnten.

Karl Marx beschäftigt sich im „Kapital“, in seinem Kapitel über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, auch mit der Rolle der Staatsmacht bei der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse. Er schreibt: „Alle aber benutzen die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz“.³ Marx spricht hier nicht von irgendeiner Staatsmacht, sondern von der absoluten Monarchie, deren eigentliche „zivilisierende Tätigkeit“ darin besteht zu zentralisieren.⁴ Während solche absolute Monarchien im 16. Jh. in England, Frankreich und Spanien entstanden und die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse förderten, blieb Deutschland zersplittert, der Macht von Territorialfürsten ausgeliefert, die zwar hier und da ebenfalls auf die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse Einfluß nahmen, aber den Kapitalismus und die Herausbildung einer bürgerlichen Klasse in ihrer Gesamtheit nur hemmen konnten. Damit sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Schoße der feudalen Gesellschaftsordnung eine Zeitlang entwickeln können, bedürfen sie der Hilfe einer zentralisierten Staatsmacht, brauchen sie überhaupt Zentralisation. Schon die Herstellung eines inneren Marktes, der vom Kapitalismus geschaffen wird und der gleichzeitig eine Bedingung für die weitere Entwicklung des Kapitalismus ist⁵, wird entscheidend durch die Existenz eines zentralisierten Staates beeinflußt. Da es in Deutschland einen solchen Staat nicht gab, wurden die Keime einer kapitalistischen Produktionsweise, die hier seit der Mitte des 15. Jhs. entstanden, sofort gehemmt. Sicherlich war das eine Ursache dafür, daß es in Deutschland schon zu einem so frühen Zeitpunkt zu einem Konflikt zwischen der feudalen Produktionsweise und dem reaktionären feudalen Überbau einerseits und den sich

³ K. MARX, Das Kapital, Berlin 1957, Bd. I, S. 791.

⁴ K. MARX, Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral. Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte. In: Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte. Berlin 1953, Bd. I, S. 583. (Im folgenden MELS.)

⁵ W. I. LENIN, a. a. O., Bd. 3, S. 56.

entwickelnden kapitalistischen Verhältnissen andererseits kam. Auf welche Weise die vorhandene politische Zersplitterung die weitere Entwicklung des Kapitalismus im einzelnen gestört hat, läßt sich nach dem heutigen Stand der Forschung noch nicht sagen. Mir scheint deshalb sehr wichtig zu sein, daß sich unsere Wirtschaftshistoriker bei ihren weiteren Forschungsarbeiten auch dieser Frage zuwenden, weil ihre Klärung für die Antwort nach den objektiven Bedingungen der Revolution von Bedeutung ist.

Ich habe hier nur zu dieser einen, aber meiner Meinung nach wesentlichen Frage einige Gedanken äußern wollen. Darüber hinaus gibt es noch viele Probleme, die in diesem Zusammenhang von der künftigen Forschung berücksichtigt werden müßten. So unter anderem die Frage, ob und in welcher Weise der im 15. Jh. in Deutschland erneut einsetzende feudale Druck auf die Bauern die Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse gehemmt hat.

Auf alle Fälle aber kann schon heute gesagt werden, daß es in Deutschland um die revolutionäre Beseitigung von Hemmnissen ging, die der weiteren Entwicklung^x des Kapitalismus hindernd im Wege standen. Neben der feudalen Zersplitterung gehört hierzu auch unzweifelhaft die mit der fehlenden Einheit zusammenhängende Ausplünderung Deutschlands durch Rom. Eine wesentliche, wenn nicht die Hauptaufgabe der in den revolutionären Ereignissen von Reformation und Bauernkrieg kämpfenden Volksmassen war daher, die feudale Zersplitterung Deutschlands zu überwinden. Das aber war eine ihrem Wesen nach bürgerliche Aufgabe, schuf sie doch die Bedingungen für eine breitere Entfaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Lenin definierte in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ die bürgerliche Revolution folgendermaßen: „Die bürgerliche Revolution bringt die Bedürfnisse der Entwicklung des Kapitalismus zum Ausdruck und zerstört keineswegs die Grundlagen dieser Entwicklung, sondern verbreitert und vertieft sie im Gegenteil“.⁶ Wenden wir die Definition Lenins auf die Ereignisse von Reformation und Bauernkrieg an, so können diese mit vollem Recht als bürgerliche Revolution bezeichnet werden. Die Unterschiede jedoch, die zwischen ihnen und den klassischen bürgerlichen Revolutionen zum Beispiel in England und Frankreich bestehen, auf die auch Professor Steinmetz in seinem Referat eingegangen ist, lassen es ratsam erscheinen, nicht von bürgerlicher, sondern von frühbürgerlicher Revolution zu reden.

In der Diskussion, die bisher in der Sowjetunion über den Charakter von Reformation und Bauernkrieg geführt wurde, hat auch die Frage nach dem Reifegrad der Bourgeoisie eine Rolle gespielt. Für die sowjetische Historikerin Tschaikowskaja war die Tatsache, daß es zu diesem Zeitpunkt keine für eine Revolution „reife“ Bourgeoisie gegeben hat, unter anderem Veranlassung, den bürgerlichen Charakter von Reformation und Bauernkrieg abzulehnen.⁷ A. D. Epstein, der sich

⁷⁶ Ebenda, Bd. 9, S. 36.

O. G. TSCHAIKOWSKAJA, Über den Charakter der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland. In: „Sowjetwissenschaft“, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 6 (1957) S. 735.

ebenfalls an der Diskussion beteiligte, formulierte aus diesem Grunde, daß die frühbürgerliche Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution ohne Bourgeoisie gewesen sei.⁸

Wenn in den schon erwähnten Beiträgen während der Diskussion in der Sowjetunion festgestellt wurde, daß es in Deutschland zu diesem Zeitpunkt keine Bourgeoisie als Klasse gegeben habe, so ist dies zweifellos richtig. Kann es aber eine bürgerliche Revolution geben, wenn es noch keine Bourgeoisie gibt? Um auf diese Frage antworten zu können, muß erstens festgestellt werden, daß das Fehlen einer Klasse der Bourgeoisie natürlich nicht das Aufkommen kapitalistischer Unternehmer ausschließt. In dem Maße, wie sich in Deutschland Elemente einer kapitalistischen Produktion entwickelten, entstanden auch erste Keime einer neuen Klasse. Zweitens aber hängt die Antwort auf diese Frage auch ab von der Einschätzung und Rolle des subjektiven Faktors in der bürgerlichen Revolution. Die Bourgeoisie erreicht in den bürgerlichen Revolutionen nie einen solchen Grad der Bewußtheit und Organisiertheit wie das Proletariat in der proletarischen Revolution. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß ihr die wissenschaftliche Einsicht in den gesetzmäßigen Verlauf der Geschichte versagt bleibt, daß sich die kapitalistische Ökonomik spontan, noch im Schoße der alten Gesellschaft durchsetzt, während die sozialistische durch die bewußte Arbeit des Proletariats unter Führung seiner Partei erst nach dem Sieg der Revolution geschaffen werden kann. Während infolgedessen der subjektive Faktor *entscheidend* für die Bestimmung des proletarischen Charakters der Revolution ist, so vollzieht sich die bürgerliche Umwälzung auch dann, wenn der subjektive Faktor schwach entwickelt ist. Allerdings hat das dann natürlich Auswirkungen auf den Verlauf der Revolution.

Im Zusammenhang mit dem Grad der ökonomischen und klassenmäßigen Entwicklung in Deutschland war der subjektive Faktor während der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland tatsächlich äußerst schwach entwickelt. Von einer Organisiertheit des deutschen Bürgertums kann wohl keine Rede sein. Jedoch zeigen solche Dokumente, wie die „Reformatio Sigismundi“ und das „Heilbronner Programm“, nicht zuletzt aber die Reformation selbst, daß ein kleiner Teil des deutschen Bürgertums zur Erkenntnis seiner Aufgaben vorgedrungen war.

Der Verlauf der bürgerlichen Revolution hängt jedoch nicht allein vom Kampf der Bourgeoisie ab, er wird entscheidend beeinflußt von der Kraft und von der Ausdauer, die die Volksmassen während der Revolution entwickeln. Daher muß meiner Meinung nach die Bewußtheit und Organisiertheit der Volksmassen, der Haupttriebkkräfte der Revolution, unbedingt in die Charakteristik des subjektiven Faktors einbezogen werden. Wer sind die Haupttriebkkräfte der bürgerlichen Revolution des 16., 17. und 18. Jhs.? Gestatten Sie mir bitte, hier auf einige Bemerkungen der Klassiker des Marxismus hinzuweisen, die sich mit dieser Frage

⁸ A. D. EPSTEIN, Reformation und Bauernkrieg in Deutschland als erste bürgerliche Revolution, ebenda, 3 (1958) S. 374.

beschäftigten. Friedrich Engels geht zum Beispiel in seiner Arbeit „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ auf dieses Problem ein und schreibt: „Es ist sonderbar genug: In allen drei großen bürgerlichen Revolutionen (Reformation in Deutschland, englische und französische Revolution, I. M.) liefern die Bauern die Armee zum Schlagen, und die Bauern sind gerade die Klasse, die nach erfochtenem Sieg durch die ökonomischen Folgen dieses Sieges am sichersten ruiniert wird.“⁹ An einer anderen Stelle, in einem am 21. Mai 1895 an Kautsky gerichteten Brief, beschäftigt sich Engels auch mit der Rolle der plebejischen Schichten. Er kritisiert Kautsky, weil er deren Entwicklung nicht genügend untersucht hat und schreibt: „Das ist schwer, aber es ist die *Hauptbasis*, denn allmählich, mit Auflösung der Feudalbande, wird dies das Vorproletariat, das 1789 in den Pariser Faubourgs die Revolution machte.“¹⁰ Aus den zitierten Stellen geht klar hervor, daß Engels Bauern und Plebejer, insbesondere aber das Vorproletariat, als Haupttriebkkräfte der bürgerlichen Revolution betrachtete.

Wie verhielten sich diese Klassen und Schichten während der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland? Mit welchen Forderungen traten sie auf? Trugen sie durch ihren Kampf zur Lösung der Aufgaben bei, die vor der Revolution standen? Es ist unmöglich, auf diese äußerst wichtigen Fragen in einem kurzen Diskussionsbeitrag eine erschöpfende Antwort zu geben. Ich möchte mich daher auch nur auf einige Hinweise beschränken.

Das am weitesten verbreitete Bauernprogramm während des Bauernkrieges waren zweifellos die sogenannten 12 Artikel. Eine der Hauptforderungen dieses Programms aber war die Aufhebung der Leibeigenschaft. Diese Forderung wurde folglich überall da erhoben, wo die 12 Artikel zur Grundlage der bäuerlichen Bewegung wurden. Was aber hätte die Aufhebung der Leibeigenschaft bedeutet? Sie hätte auf alle Fälle den Weg für eine breitere Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland frei gemacht, denn nur nach der Beseitigung der Leibeigenschaft ist eine massenweise Freisetzung der bäuerlichen Produzenten von Grund und Boden und deren Verwandlung in Lohnarbeiter möglich. Auf diese Tatsache wies schon Lenin in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ hin. Er warf hier in einer Auseinandersetzung mit Sozialrevolutionären die Frage auf, was ein voller Erfolg eines Bauernaufstandes unter den Bedingungen der Warenproduktion bedeuten würde und antwortete, daß ein solcher Erfolg der Entwicklung des Kapitalismus „einen Anstoß geben und die Klassenscheidung der Bauernschaft selbst beschleunigen“¹¹ würde. Der Kampf der Bauern um die Aufhebung der Leibeigenschaft trug folglich dazu bei, die Hemmnisse, die der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland im Wege standen, beiseite zu räumen. Damit aber kämpften die Bauern um die Lösung von

⁹ F. ENGELS, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Marx, Engels, Ausgewählte Schriften, Berlin 1952, Bd. II, S. 95.

¹⁰ F. ENGELS, an Kautsky am 21. 5. 95, in: MEELS Bd. I, S. 625.

¹¹ W. I. LENIN, a. a. O., Bd. 9, S. 35.

Aufgaben, die objektiv vor der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland standen. In diesem Zusammenhang soll noch auf eine andere Frage hingewiesen werden.

Der Kampf um die Herstellung eines zentralisierten Staates war eine der wesentlichsten Aufgaben der frühbürgerlichen Revolution. Zwar gab es bei den bäuerlichen Massen keine Forderungen, die direkt die Beseitigung der feudalen Zersplitterung zum Ziel gehabt hätten, ihr Kampf aber richtete sich gegen die Hauptträger dieser Zersplitterung und trug somit objektiv auch zur Lösung dieser Aufgabe bei. Im Unterschied zu früheren Bauernaufständen kam es während des deutschen Bauernkrieges auch zum ersten Mal zum Auftreten der „Anfänge des jetzigen Proletariats“. Engels schrieb hierüber: „... und während noch Bürger und Adel sich in den Haaren lagen, wies der deutsche Bauernkrieg prophetisch hin auf zukünftige Klassenkämpfe, indem er nicht nur die empörten Bauern auf die Bühne führte – das war nichts Neues mehr – sondern hinter ihnen die Anfänge des jetzigen Proletariats, die rote Fahne in der Hand und die Forderung der Gütergemeinschaft auf den Lippen“.¹² Das aber ist für die Beurteilung des subjektiven Faktors in der frühbürgerlichen Revolution von Bedeutung, weil der Repräsentant dieser proletarischen Elemente, Thomas Müntzer, versuchte – und in beschränktem Maße ist ihm das auch gelungen –, dem bäuerlichen Klassenkampf ein gewisses Maß von Organisiertheit und Bewußtheit zu geben. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Forschungsergebnisse M. M. Smirins verweisen, der nachweist, daß die Christliche Vereinigung Müntzers als Vereinigung des gesamten werktätigen Volkes gedacht war.¹³ Tatsächlich spielte diese dann auch während der revolutionären Ereignisse in Thüringen eine beachtliche Rolle. Nicht zuletzt ist es auch dem Einfluß Müntzers, seiner organisatorischen und propagandistischen Rolle zuzuschreiben, wenn der Aufstand in Thüringen Ausmaße annahm, die über eine rein bäuerliche Bewegung hinausgingen. Es bestand in Thüringen die reale Möglichkeit, die bäuerliche Lokalborniertheit zu überwinden und den Aufstand zum Ausgangspunkt für eine gesamt nationale Bewegung zu machen.¹⁴

Gestatten Sie mir, zum Schluß noch einige Bemerkungen zu der in den Thesen von Professor Steinmetz aufgeworfenen Frage: „Wer hätte siegen können?“ zu machen. Professor Steinmetz antwortet auf diese Frage: „Zwingli hätte unter Umständen siegen können; Müntzer und Gaismaier aber nicht“.¹⁵

Daß Müntzers Traum von der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft damals nicht zu verwirklichen war, ist zweifellos richtig. Dennoch war zu dieser Zeit niemand außer Müntzer und den von ihm geführten Volksmassen in der Lage, den Sieg der Revolution zu erkämpfen. Daran ändert auch die Tatsache nichts,

¹² F. ENGELS, *Dialektik der Natur*, Berlin 1952, S. 7.

¹³ M. M. SMIRIN, *Die Volksreformation des Thomas Müntzer und der große Bauernkrieg*, Berlin 1956, S. 324 ff.

¹⁴ Ebenda, Kapitel X, S. 559 ff.

¹⁵ M. STEINMETZ, *Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland (1476–1535)*, Thesen S. 16.

daß sein Programm weit über die damals zu lösenden Aufgaben hinausging. Indem Müntzer den Kampf um weitergehende Ziele aufnahm, schuf er Voraussetzungen dafür, die eigentlichen Aufgaben der Revolution zu lösen. „Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden“, schrieb Engels auf die englische Revolution eingehend, „die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde – ganz wie 1793 in Frankreich und 1848 in Deutschland. Es scheint dies in der Tat eines der *Entwicklungsgesetze* (Hervorhebung von mir, I. M.) der bürgerlichen Gesellschaft zu sein“.¹⁶ Dieses Entwicklungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft brach sich folglich schon während der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland Bahn. Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß es Müntzer und seinen Anhängern während des Bauernkrieges gelungen ist, Keime von Bewußtheit und Organisiertheit in die Bewegung der Volksmassen zu tragen. Wenn es dennoch nicht zum Siege der Revolution kam, so liegt das in erster Linie am Verrat des Bürgertums. Die bürgerliche Revolution des 16. Jhs. läßt sich nicht mit den Maßstäben messen, die an eine klassische bürgerliche Revolution gelegt werden. Geboren aus der in Deutschland zu Beginn des 16. Jhs. bestehenden konkreten historischen Situation hatte sie Aufgaben zu lösen, die ihrem Charakter nach bürgerlich waren, und deren Lösung den Weg für die kapitalistische Entwicklung freigemacht hätte.

¹⁶ F. ENGELS, Die Entwicklung des Sozialismus . . . , a. a. O., S. 95.

MANFRED STRAUBE

*Die Reformatio Sigismundi als Ausdruck der revolutionären
Bewegungen im 15. Jahrhundert*

Die sogenannte „Reformatio Sigismundi“ gehört zu den Schriften des späteren Mittelalters, die wie die „Concordantia Catholica“ des Nikolaus von Cues oder der Reformtraktat des Magdeburger Domherren Heinrich Toke häufig in zusammenfassenden Darstellungen Erwähnung finden, über deren Wesen und Inhalt aber bisher recht wenig bekannt ist. Für die Reformatio Sigismundi täuscht über diese Feststellung auch nicht die umfangreiche Anzahl von Untersuchungen hinweg, die ihr seit Ende des vergangenen Jahrhunderts gewidmet wurden.¹ Bis auf erste

¹ Vgl. die Literaturzusammenstellung von Karl Beer in der Neuausgabe der Reformatio Sigismundi, S. 7*f. (Die Reformation Kaiser Sigmunds. Eine Schrift des 15. Jahrhunderts zur Kirchen- und Reichsreform. Hrsg. von Karl Beer. Beiheft zu den Deutschen Reichstagsakten. Stuttgart 1933.)

Inzwischen sind noch erschienen:

F. M. BARTOŠ, Husitické ohlasy v „Reformaci císaře Zigmunda“ (Hussitische Anklänge in der „Reformation Kaiser Sigmunds“) „Reformační sborník“ V (1934). Ders., Záhada Reformation Kaiser Sigmunds. (Das Rätsel der Reformation Kaiser Sigmunds) „Vestník ces. akademie“ 52 (1943) S. 36–108. Ders., Basilejský revolucionář a husitické ohlasy v jeho díle. (Der Revolutionär von Basel und die Widerspiegelung der Hussitenbewegung in seinem Werk.) „Sborník hist.“ 3 (1955) S. 111–143. K. BEER, Zur Entstehungsgeschichte der Reformation Kaiser Sigmunds. „MÖIG“, 12. Ergänzungsband 1933 S. 572–675. Ders., Zur Frage nach dem Verfasser der Reformatio Sigismundi. „MÖIG“, 51 (1937) S. 161–177. Ders., Der gegenwärtige Stand der Forschung über die Reformatio Sigismundi. „MÖIG“, 59 (1951) S. 55–93. Ders., Was ein deutscher Reformator vor einem halben Jahrtausend vom Ärztestand erwartete. Gesnerus, 12. Bd. Wien 1955, S. 24–36. TH. BUYKEN, Der Verfasser der Reformatio Sigismundi. In: Aus Mittelalter und Neuzeit. Gerhard Kallen zum 70. Geburtstag dargebracht. Bonn 1957, S. 97–116. E. HÜHN, Theorie und Praxis in der Reichsreformbewegung des 15. Jhs. Nicolaus von Cues, die Reformatio Sigismundi und Berthold von Hennberg. In: „Wissenschaftl. Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe.“ 1 (1951–1952) 1, S. 17–33. H. KOLLER, Eine neue Fassung der Reformatio Sigismundi „MÖIG“, 60 (1952) S. 143–154. Ders., Untersuchungen zur Reformatio Sigismundi. I. Die Fassungen und die Handschriften der Reformatio. „DA“ 13 (1957) S. 482–524. II. Die Vorlagen der Reformatio. „DA“ 14 (1958) S. 418–468. III. Entstehungszeit, Entstehungsort und die Verfasser der RS und ihrer Redaktoren. „DA“ 15 (1959) S. 137–162. B. SCHMEIDLER, Reformatio Sigismundi. In: Die Deutsche Literatur des Mittelalters. Verfasserlexikon. Hrsg. v. Wolfgang Stammeler. 3. Bd. Berlin und Leipzig 1937, S. 1004–1013. M. M. SMIRIN, Deutschland vor der Reformation. Abriß der Geschichte des politischen Kampfes in Deutschland vor der Reformation. Berlin 1955, S. 102–157: Der revolutionäre Widerhall der Hussitenkriege in Deutschland und die sog. Reformation des Kaisers Sigmund. M. STRAUBE, Eine neue Handschrift der sogenannten Reformatio Sigismundi. In: „Wissenschaftl. Zeitschr. der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe“ 4 (1954–1955) 1/2, S. 123–138.

Versuche aus der neuesten Zeit² standen nicht der Charakter und der Inhalt der Reformatio Sigismundi im Mittelpunkt der Forschungen, sondern vielmehr die Fragen nach der Entstehungszeit und dem Entstehungsort, nach dem Verfasser und den möglichen Vorlagen. Seit Willi Boehm³ und Heinrich Werner⁴, Karl Koehne⁵ und zahlreichen anderen bürgerlichen Historikern wie zum Beispiel Erich Molitor, Jakob Caro, Karl Beer, Paul Joachimsen, Alfred Doren bis zu Thea Buyken waren die Deutungen des Charakters der Schrift nur Nebenprodukte der Forschungen über Datierung, Lokalisierung, Vorlagen und Verfasserfrage.⁶

Auch für Heinrich Koller⁷, der in den letzten Jahren umfangreiche und wertvolle Studien über die Reformatio Sigismundi veröffentlichte, waren die traditionellen Fragen Gegenstand seiner Untersuchungen.

Die bürgerliche Geschichtswissenschaft bewegte sich somit stets im Kreise, da der Autor der Reformatio Sigismundi kaum jemals mit Sicherheit zu ermitteln sein wird und Datierung und Lokalisierung allein wenig die historische Erkenntnis bereichern, wenn danach nicht die vordringliche Aufgabe in Angriff genommen wird, den Inhalt der Reformatio Sigismundi zu würdigen und die Schrift einzuordnen in die frühbürgerlichen revolutionären Bewegungen in Deutschland am Vorabend des deutschen Bauernkrieges.

Im Gegensatz zu allen bürgerlichen Historikern haben in jüngster Zeit zwei marxistische Historiker den Versuch unternommen, die Bedeutung der Reformation Sigismundi aus ihrer Zeit heraus zu erklären. Besonders wertvoll sind die Untersuchungen des sowjetischen Historikers Smirin, der als erster den Klassencharakter der Reformatio Sigismundi in den Mittelpunkt der Forschung stellte.

Smirin sieht in dieser Schrift eine Widerspiegelung der politischen Ideen, die am Ende der Hussitenkriege in Deutschland aufkamen. Nach seiner Ansicht gab aller-

² Vgl. SMIRIN, a. a. O., S. 102—157 und HÜHNS, a. a. O., S. 17—33.

³ Vgl. Literaturverzeichnis bei Beer, Neuausgabe S. 7*f.

⁴ Ebenda

⁵ Ebenda

⁶ Selbstverständlich nehmen derartige Hinweise bei den einzelnen Historikern einen unterschiedlichen Raum ein und lassen auch dadurch deren Stellung zur Reformatio Sigismundi erkennen. Der bürgerlich-liberale Historiker Boehm erkannte den revolutionären Charakter der Reformatio Sigismundi, ohne ihn jedoch wirklich erfassen zu können. Er kam deshalb zu dem Fehlschluß, daß diese Schrift hussitisches Gedankengut verbreite. Werner, Vertreter der reaktionärsten Kreise der bürgerlichen Geschichtswissenschaft, leugnete jeden revolutionären Grundzug der Reformatio Sigismundi und erklärte sie zu einer offiziellen Denkschrift reichsstädtischer Kreise. Vor allem Koehne trat gegen Werner auf und wies daraufhin, daß die Reformatio Sigismundi für untere und mittlere, von der Stadtherrschaft ausgeschlossene Bevölkerungsschichten eintrete.

Molitor hält es für richtig, die Frage zu stellen, ob die Reformatio Sigismundi tatsächlich „der Ausdruck des Empfindens weiterer Kreise“ ist oder nur die Gedanken „eines einzelnen wirren Kopfes sind“. Buyken kommt zu völlig undiskutablen Ergebnissen, nach denen Kaiser Sigmund selbst die Anregung zur Niederschrift der Reformatio Sigismundi gegeben haben soll.

⁷ Vgl. Anm. 1.

dings nicht die Verbreitung hussitischer Gedanken in Deutschland den Anlaß zur Niederschrift der Reformatio Sigismundi, sondern die Reformatio Sigismundi entstand vielmehr, weil durch die böhmischen Ereignisse der Anstoß zu einem anti-feudalen Kampf gegeben wurde. Dementsprechend stellt Smirin fest, daß der Verfasser der Reformatio Sigismundi „eine Umgestaltung der sozialen und politischen Ordnung und grundlegende Veränderung in der Lage aller Gesellschaftsschichten“⁸ angestrebt habe. Bei dieser Neuordnung handele es sich um nichts weniger, als um die „tatsächliche Aufhebung der feudalen Freiheiten und die Unterwerfung der Lokalobrigkeiten unter einen Zentralstaat“.⁹ Die Träger der Neuordnung sind nach Auffassung des sowjetischen Historikers in der mittleren Bürgerschaft zu finden. Smirin erkennt in der Reformatio Sigismundi das Bestreben der Angehörigen dieser Schicht, „das Territorialsystem und das feudale Staatswesen zu untergraben und die alten Klassen zu zwingen, dem zentralisierten Rechtsstaat zu dienen“.¹⁰ Die Bedeutung der Reformatio Sigismundi sieht Smirin also in der Widerspiegelung der revolutionären Entwicklung, „die sich in den radikalen Kreisen des Bürgertums“ um die Mitte des 15. Jhs. bemerkbar machte, „welche danach strebten, das Territorialsystem zu untergraben und den Weg zur staatlichen Einheit einzuschlagen, wobei sie sich zur Realisierung ihres Programms an die revolutionäre Kraft des Volkes wandten“.¹¹

Mit dieser Einschätzung kommt Smirin dem Wesen der Reformatio Sigismundi sehr nahe, wenn auch verschiedene Einzelheiten seiner Gesamtbeurteilung korrigiert werden müssen, weil ihm die neuere Literatur und besonders die neuen Handschriften nicht zur Verfügung standen.

Das gleiche Ziel wie Smirin verfolgte auch Erik Hühns, der ebenfalls den Charakter der Reformatio Sigismundi zu erforschen suchte. Er kam zu der Erkenntnis, daß die Reformatio Sigismundi, „vor allem die weltliche Reformation wie auch . . . die Traumerzählung Kaiser Sigmunds“ den „feurigen Geist einer aufrührerischen, ja in mancher Beziehung sogar revolutionären Flugschrift“ atmet.¹² Sie ist, so meint Hühns, „mit ihren Forderungen so durchgreifend, daß deren Erfüllung die Aufhebung der feudalistischen Grundlage des Staates und der Kirchenverfassung“ bedeutet hätte.¹³ Eine umfassende Analyse der Reformatio Sigismundi konnte und wollte Hühns in seinem Beitrag nicht geben.

Die Erforschung der Reformatio Sigismundi steht also – trotz der jahrelangen wissenschaftlichen Beschäftigung mit ihr – noch am Anfang. Auch das in Westdeutschland angekündigte Werk von Lothar Graf zu Dohna mit dem Titel: „Reformatio Sigismundi. Beiträge zum Verständnis einer Reformschrift des 15. Jahrhunderts“ wird kaum einen Fortschritt bringen. Schon heute wird nämlich von ihm betont, „daß die Reformatio Sigismundi keineswegs eine zum bewaffneten

⁸ M. M. SMIRIN, a. a. O., S. 116f.

⁹ Ebenda, S. 136.

¹⁰ Ebenda, S. 155.

¹¹ Ebenda, S. 156f.

¹² Ebenda, S. 19, 1. Sp.

¹³ Ebenda, S. 20, 1. Sp.

Aufstand der ‚niederen Schichten‘ aufrufende ‚revolutionäre Brandschrift‘¹⁴ sei.¹⁴

Eine umfassende Darstellung des Inhalts der Reformatio Sigismundi ist also bisher noch nicht geschrieben worden. Einen Beitrag dazu soll eine kurz vor dem Abschluß stehende Arbeit geben, die die Forderungen der Reformatio Sigismundi denen offizieller Kreise gegenüberstellt und so den Klassenstandpunkt der anonymen Flugschrift aus ihrer Zeit heraus erklären will. Danach wird es möglich sein, deutlicher als das bisher der Fall war, den Charakter der Reformatio Sigismundi zu ermitteln und ihre Bedeutung für die Vorbereitung der frühbürgerlichen Revolution zu erkennen. Aber heute schon kann festgestellt werden, daß die Reformatio Sigismundi als Ausdruck der revolutionären Bewegungen im 15. und 16. Jh. gelten kann und diese zugleich wesentlich beeinflusste. Dafür spricht schon ein äußeres Merkmal. Die Reformatio Sigismundi ist in fünf Fassungen mit 17 Handschriften und einem Druck überliefert. Die 17 Handschriften sind zum überwiegenden Teil in den unmittelbar folgenden Jahren der Erstschrift (1439) entstanden und kennzeichnen den aktuellen Wert der Reformatio Sigismundi.¹⁵ Von vielleicht noch größerer Bedeutung ist aber die Verbreitung der Schrift durch den Druck. Die Reformatio Sigismundi wurde zum ersten Male 1476 auf diese Weise veröffentlicht, und dann folgen in Abständen von nur wenigen Jahren ständige Neuauflagen: 1480, 1484, 1490, 1497 und in der Zeit vor dem Höhepunkt der frühbürgerlichen Revolution sogar innerhalb von zwei Jahren vier, und zwar 1520, 1521, nochmals 1521 und 1522. Bis 1716 kamen dann noch fünf neue Ausgaben heraus. Haupterscheinungsort war bis 1522 Augsburg, während ein Exemplar vermutlich 1521 in Wittenberg gedruckt wurde, also an den Brennpunkten der revolutionären Erhebungen.¹⁶

Mit voller Berechtigung können wir daher feststellen, daß die Forderungen der Reformatio Sigismundi wirklich den Anschauungen weitester Kreise der Bevölkerung in Deutschland entsprochen haben und daß sie lange Jahre hindurch Geltung hatten. Nur so lassen sich die zahlreichen Vervielfältigungen und Drucke der Reformatio Sigismundi erklären.

Was war nun das Hauptanliegen der Reformatio Sigismundi, was machte sie so populär und welche Bedeutung hatte sie bei der Vorbereitung der frühbürgerlichen Revolution?

Zunächst ist festzustellen, daß die Sprache der Reformatio Sigismundi einfach und zugleich aufrüttelnd ist, daß sie auf jede gelehrte Floskel verzichtet, im Gegensatz zu anderen Reformschriften ihrer Zeit. Die Reformatio Sigismundi wendet sich an das Volk, an die einfachen Bewohner der Reichsstädte und will sich ihnen verständlich machen. Die zahlreichen Wortspiele und Sprichworte sowie die ganze Anlage der Reformatio Sigismundi lassen sogar vermuten, daß ihre Gedanken ursprünglich durch wandernde Redner verbreitet wurden.

¹⁴ Ankündigung des Verlages Vanderhoeck & Ruprecht in Göttingen für die Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte.

¹⁵ Vgl. KOLLER, „DA“ 13 (1957) S. 482–524 u. „DA“ 15 (1959) S. 137–162.

¹⁶ Vgl. Beer, Neuausgabe S. 17* ff.

Der äußeren Form der Reformatio Sigismundi entspricht vollkommen der Inhalt. Er drückt das Sehnen der unterdrückten Bevölkerung nach Ordnung und Frieden aus, nach einem Leben frei von übermäßigen Abgaben und geistiger und körperlicher Knechtschaft. Das Verlangen nach einer Umwälzung der bestehenden Feudalverhältnisse soll gegebenenfalls gewaltsam erfüllt werden, wobei dem Verfasser der Reformatio Sigismundi bewußt ist, daß seine Gegner vor allem in der hohen weltlichen und geistlichen Feudalität zu finden sind.

Die Reformatio Sigismundi trägt daher im doppelten Sinne ihren Namen zu Unrecht. Sie geht weder auf den Kaiser Sigmund zurück, noch will sie nur reformieren: sie steht vielmehr im Gegensatz zu den Interessen des feudalen Reichsoberhauptes und will den gesamten hierarchischen Aufbau des Reiches gründlich beseitigen. Darüber darf auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Reformatio Sigismundi die Stellung des Kaisers festigen will.¹⁷ Sie mußte und konnte allein darin die Möglichkeit sehen, die Auflösung des Reichsverbandes zu vereiteln und wandte sich somit gegen „die Vertreter der Zentralisation innerhalb der Zersplitterung, der lokalen und provinziellen Zentralisation, die Fürsten.“¹⁸ Außerdem erhält die Stellung des Reichsoberhauptes durch die übrigen Veränderungen eine völlig andere Grundlage.

Da die Reformatio Sigismundi die Klassenkämpfe im 15. Jh. widerspiegelt, umkleidet sie entsprechend den Zeitverhältnissen ihre Forderungen und richtet ihre Angriffe zunächst auf die kirchlichen Institutionen. Der Verfasser sah in der katholischen Kirche den größten Gegner seiner revolutionären Pläne. Engels erklärte dazu in seinem „Bauernkrieg“, daß alle „Klassenkämpfe damals religiöse Schibboleths trugen“ und sich „die Interessen, Bedürfnisse und Forderungen der einzelnen Klassen . . . unter einer religiösen Decke verbargen“.¹⁹ Er hebt weiter hervor, daß alle „Angriffe auf den Feudalismus, vor allem auf die Kirche, alle revolutionären, gesellschaftlichen und politischen Doktrinen zugleich und vorwiegend theologische Ketzereien sein mußten. Damit die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse angetastet werden konnten, mußte ihnen der Heiligenschein abgestreift werden.“²⁰

Das Verlangen der Reformatio Sigismundi nach einer völligen Umwälzung der Kirchenverfassung bestätigt dann auch die von Engels dargelegten Grundlinien

¹⁷ Vgl. dazu die Einschätzung von ENGELS, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie. MELS, Bd. I, Berlin 1953, S. 161. „Überall . . . hatten sich — in den Städten wie auf dem Land — die Elemente der Bevölkerung gemehrt, die vor allem verlangten, daß das ewige sinnlose Kriegführen aufhöre, jene Fehden der Feudalherren, die den inneren Krieg permanent machten, selbst wenn der Feind im Lande war, jener Zustand ununterbrochener, rein zweckloser Verwüstung, der das ganze Mittelalter hindurch gewährt hatte. Selbst noch zu schwach, ihren Willen durchzusetzen, fanden diese Elemente einen starken Rückhalt in der Spitze der ganzen feudalen Ordnung — im Königtum.“

Die Reformatio Sigismundi entsprach mit ihren Forderungen also durchaus den Vorstellungen der progressiven Kräfte ihrer Zeit.

¹⁸ ENGELS, F., Der deutsche Bauernkrieg. MELS, Bd. I, Berlin 1953, S. 192.

¹⁹ Ebenda, S. 203.

²⁰ Ebenda, S. 203f.

des Charakters der spätmittelalterlichen Klassenkämpfe. In eingehender Schilderung der Mißstände innerhalb der katholischen Kirche stellt die Reformatio Sigismundi folgendes Programm auf: die Päpste und das Kardinalskollegium haben ihre Einkünfte lediglich aus dem Patrimonium St. Peters zu beziehen, das heißt, es sollen keine finanziellen Unterstützungen von den Kirchen des deutschen Reiches mehr geleistet werden.²¹ Die Erzbischöfe und Bischöfe haben auf jeden Grundbesitz, auf Festungen, Schlösser und Städte zu verzichten und erhalten dafür jährlich 10000 bzw. 6000 Gulden zum Unterhalt ihres Hofstaates.²² In der Reformatio Sigismundi selbst wird nichts gesagt, wer dieses Geld zur Verfügung stellt. Ebenso erwähnt sie nicht, was mit den Kirchenbesitzungen zu geschehen hat. Aus der Gesamtanlage des vom Verfasser der Reformatio Sigismundi erstrebten neuen Staates geht jedoch hervor, daß alle Lehen eingezogen werden sollen – also auch die geistlichen Lehen. Die Kirchenfürsten haben sich lediglich auf ihr geistliches Amt zu beschränken. Sie werden zu Beamten des Staates und von ihm auch in der genannten Höhe bezahlt. Die Anzahl der Mönche soll erheblich reduziert und ihr sämtlicher weltlicher Besitz enteignet werden. Den Klöstern darf nur soviel Geld zur Verfügung stehen, daß jeder Abt 60 und jeder Mönch 40 Gulden jährlich erhalten kann, die gemeinsam verwendet werden mußten.²³ Den Angehörigen aller Orden ist verboten, ihre Klöster zu verlassen. Jeder Widerstand gegen diese Verfügung hat die sofortige Aufhebung des Klosters zur Folge.

Allein den Pfarrern spricht der Verfasser der Reformatio Sigismundi eine Sonderstellung zu. Sie haben das Recht, eine kleine Landwirtschaft zu betreiben, sie erhalten mindestens 60 Gulden jährlich an Bargeld und die Möglichkeit, sich zu verheiraten. Sie stehen aber wie die übrige Geistlichkeit unter weltlicher Oberaufsicht.

Engels bezeichnet die Angriffe auf die Geistlichkeit, deren Reichtümer und politische Stellung als Kennzeichen der bürgerlichen Ketzerei.²⁴ Das Verlangen nach Beseitigung des exklusiven Priesterstandes, der Prälaten, des römischen Hofes, „kurz alles, was an der Kirche kostspielig war“²⁵, entspricht dem bürgerlichen Denken der damaligen Zeit. Er unterscheidet aber von der bürgerlichen Ketzerei, „die der direkte Ausdruck der bäuerischen und plebejischen Bedürfnisse war“.²⁶ Diese bäuerlich-plebejische Ketzerei umfaßte nicht nur die Forderungen der bürgerlichen Ketzerei, sondern ging „unendlich weiter. Sie verlangte die Herstellung des urchristlichen Gleichheitsverhältnisses unter den Mitgliedern der Gemeinde und seine Anerkennung als Norm auch für die bürgerliche Welt . . . Gleichstellung des Adels mit den Bauern, der Patrizier und bevorrechteten Bürger mit den Plebejern, Abschaffung der Frondienste, Grundzinsen,

²¹ P fol. 14^r. Mit P wird die vom Verf. bekannt gemachte Handschrift der Reformatio Sigismundi bezeichnet. Vgl. Anm. 1 u. KOLLER, „DA“ 13 (1957) S. 483.

²² P fol. 19^rf.

²³ P fol. 29^v. P fol. 31^r: „man sol keinem closter me lossen denn sin notturfft“.

²⁴ ENGELS, Bauernkrieg, a. a. O., S. 204.

²⁵ Ebenda

²⁶ Ebenda, S. 205.

Steuern, Privilegien und wenigstens der schreiendsten Vermögensunterschiede waren Forderungen, die mit mehr oder weniger Bestimmtheit aufgestellt ... wurden“.²⁷

Die Reformatio Sigismundi entspricht in vielem diesen letztgenannten Anforderungen. Sie verlangt in der sogenannten „weltlichen Reformation“ eine völlige Aufhebung aller feudalen Rechte durch Einziehung sämtlicher Lehen.²⁸ Von dieser Maßnahme sollten bezeichnenderweise nicht nur die Fürsten, Grafen und Ritter betroffen werden, sondern auch die Reichsstädte. Es war jedoch vorgesehen, Lehen wieder auszugeben, und zwar an diejenigen, die sich bereit erklärten, die Forderungen der Reformatio Sigismundi insgesamt zu erfüllen und zu unterstützen.²⁹ Das Wesen der Lehnsträger ändert sich also vollkommen. Sie werden zu Beauftragten des neuen Staates. Der Verfasser geht zwar nicht soweit, das Lehnswesen völlig aufzuheben, aber er beseitigt die damit bisher verbundenen feudalen Rechte. Die wichtigste Maßnahme ist zweifellos das Verbot, Leibeigene zu halten. Energisch wendet sich die Reformatio Sigismundi gegen dieses große Unrecht und verlangt, jeden Herren zu erschlagen, jedes Kloster zu zerstören, wenn diese sich der Aufhebung der Leibeigenschaft widersetzen, denn „kein adel, kein gewalt, kein gut hilft zu einem erheben vor got. alle stehen in glicher fryheit zu hymel“.³⁰

Schon Smirin hebt hervor³¹, daß ein Vergleich dieser Forderung mit dem dritten der 12 Artikel aus der Zeit des Bauernkrieges „eine verblüffende Übereinstimmung der Argumentation“ ergibt. Er vermutet nicht zu Unrecht, daß hier eine Quelle vorliegt, auf die sich das gemäßigte Bauernprogramm von 1525 stützte. Auf Grund der bisherigen Forschung läßt sich diese Annahme leider nicht beweisen.

Gleichzeitig mit der Aufhebung der Leibeigenschaft setzt sich der Autor der Reformatio Sigismundi auch für den Wegfall der drückendsten Feudalleistungen ein. Er verlangt freie Nutzung von Feld, Wald, Wasser und Weide für alle Landbewohner.³²

Das besondere Interesse des Verfassers der Reformatio Sigismundi gilt jedoch den reichsstädtischen Problemen. Auch die Herrschaftsverhältnisse innerhalb der Reichsstädte sollten grundlegend verändert werden. Deshalb besitzen die von der Reformatio Sigismundi als Hauptträger der Reform gedachten Reichsstädte einen ganz anderen Charakter als die historisch bekannten. Vor allem soll die Herrschaft der reichen Zunft Herren gebrochen werden, weil sie zu Korruption und Mißwirtschaft geführt hat. Die Zünfte sollen deshalb aufgehoben werden. An ihre

²⁷ Ebenda

²⁸ P fol. 36^r.

²⁹ P fol. 36^v: „item wer trüwelich sich git in dise ordenunge und darzu der vermannung genug dut nach siner vermügen, der soll geadelt werden billich vor got und vor der welt. den soll der keyser begoben mit lehen, wan versehenlich ist, es werden vil lehen lidig von ungehorsam wegen“.

³⁰ P fol. 45^r.

³¹ SMIRIN, a. a. O. S. 150.

³² P fol. 46^r.

Stelle setzt die Reformatio Sigismundi „geselschafften“, in denen „einer nit me gewaltes hab den der ander“. Auf diese Art „würt ein rat luter und wird die stat gut“. ³³

Außerdem werden die großen Handelsgesellschaften verboten, weil sie ungebührlich die Waren verteuern und mit dem Angebot spekulieren. Davor soll die arme Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande geschützt werden. ³⁴ Auch die Einzelkaufleute werden einer strengen Kontrolle unterworfen. ³⁵ Dafür werden die Zölle völlig beseitigt. Nur zum Unterhalt der Straßen und Brücken sind noch geringe Abgaben zu zahlen. Um Teuerungen und Hungersnöte zu vermeiden, haben die Städte Vorräte anzulegen. Das Gerichtswesen soll streng zentralisiert und nur mit gut beleumdeten Männern besetzt werden. ³⁶

Durch derartige Maßnahmen, die in der Reformatio Sigismundi im einzelnen noch genauer ausgeführt werden, sollte sich der gesamte Staatsaufbau verändern.

Mit diesem Programm greift die Reformatio Sigismundi schon rund 80 Jahre vor dem deutschen Bauernkrieg Forderungen auf, die mithalfen, die frühbürgerliche Revolution ideologisch vorzubereiten. Aber die Reformatio Sigismundi lieferte nicht nur das geistige Rüstzeug, sie rief auch selbst zum offenen Kampf auf. Dem Verfasser war klar, daß er bei der Durchsetzung seiner Ziele größte Widerstände überwinden mußte. Er wandte sich daher an das Volk, an die „klainen und das gemein böfel“ ³⁷ und nicht – wie die übrigen Reformschriften der damaligen Zeit – an eine Reichsversammlung der alten feudalen Kräfte. Die Unterdrückten sollten selbst mit Gewalt für ihr Programm eintreten: „man kan die reformatz nit usgeben den mit gewalt und mit penen zu verorden, das sy stand. . . . und wurt man das swert bruchen an den höbtern und werdent die kleinen den gewalt drucken“. ³⁸

Wir erkennen also, daß mit der Reformatio Sigismundi sich schon früh eine Stimme erhob, die durch ihre Forderungen den Weg wies zu dem großen revolutionären Ausbruch am Anfang des 16. Jhs. Sind die einzelnen Ziele der Reformatio Sigismundi auch utopisch, so haben sie doch als ein Denkmal zu gelten im Kampf gegen feudale Unterdrückung und Ausbeutung.

Wie aus den schon angeführten häufigen Drucklegungen der Schrift deutlich wird, fand die Reformatio Sigismundi gerade in den Höhepunkten der gesellschaftlichen Gärung stärkste Beachtung und hat so zweifellos entscheidenden Anteil an der Vorbereitung der frühbürgerlichen Revolution. Leider läßt sich zur Zeit noch nicht direkt nachweisen, inwiefern Forderungen der Reformatio Sigismundi ihren Niederschlag in Bauernprogrammen gefunden haben. Aber schon heute dürfen wir den Verfasser der Reformatio Sigismundi zu den Männern zählen, die bewußt für eine revolutionäre Weiterentwicklung der deutschen Geschichte eintraten und deren Wirken und Ideen deshalb in der Forschungsarbeit marxistischer Historiker stets einen hervorragenden Platz einnehmen sollten.

³³ P fol. 43^r.

³⁴ P fol. 44^v.

³⁵ P fol. 43^r.

³⁶ P fol. 48^v.

³⁷ P fol. 45^r.

³⁸ P fol. 7^r.

GÜNTER VOGLER

Zur Entstehung und Bedeutung des Heilbronner Programms

In seinen Ausführungen hat Herr Prof. Dr. Steinmetz einleitend von der nationalen Grundkonzeption der deutschen Arbeiterklasse gesprochen, deren historische Wurzeln bis in die Zeit der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland zurückreichen. Der Referent stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob nicht der Weigand-Hiplersche Plan, also das bekannte Heilbronner Programm, unter den *gegebenen* Bedingungen eine größere Chance besaß, durch die massierte Kraft der Bauern und Plebejer in die Tat umgesetzt zu werden, als die Volksreformation Thomas Müntzers, weil die entscheidende Kraft zu deren Verwirklichung — die Klasse des modernen Proletariats — fehlte. Meine Bemerkungen zu diesem Problem möchten auf einige bisher nicht zufriedenstellend gelöste Fragen aufmerksam machen.

In den der Konferenz vorgelegten Thesen heißt es: „Die Periode der heranreifenden frühbürgerlichen Revolution ist gekennzeichnet durch den beginnenden ‚Prozeß des Zusammenschlusses zur Nation‘ (Stalin), der sich ausdrückt in einem starken Nationalbewußtsein nicht nur bei Adel und Bürgertum, sondern in wachsendem Maße bei den Volksmassen.“ Das entstehende kräftige Nationalgefühl gipfelt — so heißt es weiter — „in dem Verlangen nach der Herstellung der Einheit Deutschlands“. In diesem Zusammenhang werden auch die „Bestrebungen zur Festigung der Zentralgewalt“ genannt, die schließlich zu den Forderungen des Heilbronner Programms führten.¹

Die bekannte Einschätzung von Engels weist uns die Richtung für unsere Überlegungen: „Wendel Hipler *erkannte von allen Führern der Bewegung die bestehenden Verhältnisse am richtigsten*. Er war kein weitgreifender Revolutionär wie Münzer, kein Repräsentant der Bauern wie Metzler oder Rohrbach. Seine vielseitige Erfahrung, seine praktische Kenntnis der Stellung der einzelnen Stände gegeneinander verhinderte ihn, *einen der in der Bewegung verwickelten Stände gegen die andern ausschließlich zu vertreten*. Gerade wie Münzer, als Repräsentant der ganz außer dem bisherigen offiziellen Gesellschaftsverband stehenden Klasse, der Anfänge des Proletariats, zur Vorahnung des Kommunismus getrieben wurde, *geradeso kam Wendel Hipler, der Repräsentant sozusagen des Durchschnitts aller progressiven Elemente der Nation, bei der Vorahnung der modernen bürgerlichen Gesellschaft an*.“²

¹ Vgl. M. STEINMETZ, Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland (1476–1535), These 13.

² F. ENGELS, Der deutsche Bauernkrieg, in: Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte, Bd. I, Berlin 1953, S. 254f. (Hervorhebung von mir — G. V.).

Bevor wir diese Charakteristik etwas eingehender betrachten, ist es erforderlich, einige Tatsachen festzuhalten.

A. Kluckhohn machte 1893³ darauf aufmerksam, daß nicht — wie F. Öchsle annahm⁴ — Wendel Hipler, sondern Friedrich Weigand als Verfasser des Heilbronner Programms anzusehen sei. Betrachtet man die 4. Auflage von G. Franz „Der deutsche Bauernkrieg“ von 1956⁵ als die den neuesten Stand der bürgerlichen Forschung wiedergebende Arbeit, so ist diese Auffassung seitdem zur allgemein herrschenden geworden. Bei einer erneuten Betrachtung des Tatbestandes regen sich aber starke Zweifel an der Richtigkeit dieses Standpunktes. Diese werden noch verstärkt, wenn man bedenkt, daß sowohl in der bürgerlichen Geschichtsschreibung als auch in der marxistischen Geschichtswissenschaft keine Klarheit in solchen Fragen wie der Entstehung des Heilbronner Programms besteht und auch die Analyse seines Inhalts verschiedene Interpretationen erfährt. Sucht man nach den Ursachen dieses Zustandes, so wird man zunächst auf die Unzulänglichkeit der Quellen⁶ aufmerksam, die dazu führte, daß häufig gewagte Kombinationen als exakte wissenschaftliche Beweisführung ausgegeben wurden.

Das zeigt sich schon bei dem Problem der *Herkunft* des Heilbronner Programms. F. Öchsle hatte den Entwurf des Heilbronner Programms Wendel Hipler sowie Peter Locher und Hans Schickner zugeschrieben, die wahrscheinlich Mitte Mai 1525 mit Hipler von Würzburg nach Heilbronn gekommen waren.⁷ Nachdem 1883 die „Geschichte des Bauernkrieges in Ostfranken“ von L. Fries veröffentlicht worden war, schrieb A. Kluckhohn, gestützt auf dessen Angaben: „Auch der angebliche Heilbronner Reichsverfassungsentwurf, die vermeintliche Arbeit Hiplers, ließ sich, wenn man genauer zusah, weder mit dem geplanten Parlament, noch mit dem sogenannten Bauernkanzler in unmittelbare Verbindung bringen, erwies sich vielmehr als ein noch dazu sehr unselbständiges Werk eines kurmainzischen Beamten Weygandt in Miltenberg.“⁸ Bei ihrer Beweisführung gehen jedoch die für Weigand plädierenden Autoren von einigen Voraussetzungen aus, die nicht gegeben sind. Demzufolge kann auch deren Konzeption nicht überzeugen. Worum handelt es sich im einzelnen?

1. Das einzige datierte und seiner Herkunft nach zweifelsfrei bestimmbare Dokument ist ein Brief Weigands an Hipler vom 18. Mai 1525. Weigand schreibt dort an Hipler: „ich hab euch jungst etlich artickel in schriften zugeschickt, die

³ A. KLUCKHOHN, Über das Project eines Bauernparlaments zu Heilbronn und die Verfassungsentwürfe von Friedrich Weygandt und Wendel Hipler aus dem Jahre 1525, in: „Nachrr. d. Ges. d. Wiss. zu Göttingen“, 1893, S. 276 ff.

⁴ F. ÖCHSLE, Geschichte des Bauernkrieges in den schwäbisch-fränkischen Gränzlanden, Heilbronn 1844, S. XIX, Anm. und S. 162 f.

⁵ G. FRANZ, Der deutsche Bauernkrieg, 4. Auflage, Darmstadt 1956, S. 199.

⁶ Die wesentlichsten mit dem Heilbronner Programm in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Quellen sind eine Instruktion Hiplers für die Heilbronner Zusammenkunft, ein Ausschreiben an den fränkischen Adel, eine Aufstellung von Artikeln für die in Aussicht stehende Reformation und schließlich der Brief Weigands an Hipler vom 18. Mai 1525. Die Drucke verzeichnet Franz in der 1. Auflage seines „Bauernkrieges“ (1933).

⁷ F. ÖCHSLE, a. a. O., S. 162 f.

⁸ A. KLUCKHOHN, a. a. O., S. 276 f.

dem armen gemainen volk, als burgern und bauren . . . nutz, not und dienstlich“.⁹ Im Anschluß daran heißt es: Wenn Gott seine Gnade dazu verleihe, könne alles zu einem guten Ende gelangen „nach vermog meiner vor überschickten artickel“.¹⁰ Und schließlich wiederholt er gegen Ende des Briefes, als er die Entscheidung über die durchzuführende Reformation einem bestimmten Personenkreis anheimgestellt wissen will: „vor denen must man die artickel, so ich euch jüngst zugeschickt . . . brauchen und mit vleys furtragen“.¹¹ Fries gibt an, daß er „unter anderen briefen ain ordnung gefunden, die der keller zu Miltemberg . . . begriffen und ainem, Wendel Hipler genant, . . . zugesant“ habe.¹² Er fügt folgende Erklärung hinzu: „nachdem aber dieselbig ordnung anzaigt, das der gemelt Weygand den sachen etwas ferner und tieffer nachgedacht, dan der gemain hauf, hab ich die im besten auch herzu gesetzt“.¹³ In der Darstellung von Fries folgt jedoch auf diese Worte nicht der Text der erwähnten „ordnung“, sondern mit dem Satz „und ist das des Weyganden missive an Wendel Hipler gethan“ wird eine Überleitung geschaffen und der Brief Weigands vom 18. Mai abgedruckt.¹⁴ Erst im Anschluß daran folgt die erwähnte „ordnung“.¹⁵ Daraus wurde von Kluckhohn und anderen der Schluß gezogen, daß es sich bei den in dem Brief erwähnten „artickeln“ um die „ordnung“, das heißt also das Heilbronner Programm, handeln müsse. Eine genaue Überprüfung des Sachverhalts bei Fries zeigt aber, daß dessen Worte nicht so eindeutig sind, wie sie von Kluckhohn und anderen verstanden wurden. Sie lassen auch eine andere Deutung zu, wie noch zu zeigen sein wird.

2. Kluckhohn schließt sich hinsichtlich der Entstehung des Programms voll und ganz der Darstellung von Fries an, wobei nicht einmal genau ersichtlich ist, was ihn von der Richtigkeit des Sachverhalts, wie ihn Fries schildert, überzeugt hat. Als Anhaltspunkt bietet sich nur die Tatsache an, daß er von der Annahme ausgeht, Fries habe das Heilbronner Programm in der Handschrift Weigands vorgelegen.¹⁶ Fries sagte jedoch nur, er habe „unter anderen briefen ain ordnung gefunden“, die Weigand an Hipler gesandt habe. Daß es sich um eine Handschrift Weigands gehandelt habe, deren Identität sich aus dem Vergleich mit dem Brief ergeben hätte, wird von ihm nicht ausgesprochen.¹⁷ In diesem Zusammenhang sei darauf aufmerksam gemacht, daß Öchsle allein drei Handschriften vorgelegen haben.¹⁸ Ob sich darunter das von Fries benutzte Exemplar befand oder auf die Existenz von wenigstens vier Handschriften geschlossen werden kann, ist nicht festzustellen. Weder Öchsle noch Fries haben darauf hingewiesen, die Schriftzüge

⁹ L. FRIES, Die Geschichte des Bauernkrieges in Ostfranken, Wirzburg 1883, Bd. I, S. 432.

¹⁰ Ebenda

¹¹ Ebenda, S. 433.

¹² Ebenda, S. 431f.

¹³ Ebenda, S. 432.

¹⁴ Ebenda, S. 432f.

¹⁵ Ebenda, S. 434f.

¹⁶ A. KLUCKHOHN, a. a. O., S. 293, Anm. 1.

¹⁷ Zum Vergleich sei angemerkt, daß er von der Instruktion Hiplers sagt, es sei „Wendel Hiplers handschrift gewest“ (L. FRIES, a. a. O., Bd. I, S. 443).

¹⁸ F. ÖCHSLE, a. a. O., S. 283 Anm. Zu bemerken ist dabei, daß sie nicht völlig übereinstimmen, indem in einer Handschrift ein m. E. nicht unwesentlicher Punkt fehlte, vgl. ebenda, S. 292.

Weigands erkannt zu haben. Bekanntlich gelangten sie jedoch zu gänzlich entgegengesetzten Auffassungen in der Frage des Ursprungs des Programms, der eine schrieb es Hipler zu, der andere Weigand. Der Annahme Kluckhohns kann deshalb kaum zugestimmt werden.

3. Möglicherweise gibt uns Fries selbst den Schlüssel für das richtige Verständnis des Zusammenhangs der verschiedenen Dokumente und namentlich der vermeintlichen „artickel“, die er im Brief erwähnte, in die Hand. Es entsteht der Eindruck, als ob Fries zur näheren Kennzeichnung bestimmter Dokumente jeweils einen bestimmten Begriff gebraucht habe. So stehen beispielsweise vor dem Brief Weigands die Worte: „und ist des Weyganden *missive* an Wendel Hipler gethan.“¹⁹ Vor dem Abdruck der Artikel Weigands fügt Fries den Satz ein: „So volgen hernach etlich *artickel*, die er neben obberurter missiven mitzuschicken fur gut angesehen.“²⁰ Das Heilbronner Programm kennzeichnet er durch das Wort „*ordnung*“²¹, und bezüglich des Ausschreibens an den Adel heißt es: „Neben obverlauter *ordnung* hat auch der gemelt Weygand . . . ain *schrift* begriffen, welcher gestalt er fur gut bedacht, an etliche geschlecht vom adel und reichstette zu schreyben . . .“²² Erinnern wir uns des Satzes in dem Brief Weigands „Ich hab Euch jungst etlich *artickel in schriften* zugeschickt . . .“²³ Geht man von der Identität der von Weigand und Fries gebrauchten Begriffe aus, so liegt nach den bisherigen Ausführungen die Annahme nahe, daß es sich bei den fraglichen, in dem Brief erwähnten Dokumenten um die Artikel und das Adelsausschreiben handelt. Es ergäbe sich dann, daß Weigand das Adelsausschreiben („ain *schrift*“) an Hipler übersandte und dieser „*schrift*“ noch einige Artikel („*artickel in schriften*“) zur weiteren Verwendung beilegte. Vergleicht man den Inhalt der Weigandschen Artikel (Übernahme von Forderungen der Zwölf Artikel) mit dem Inhalt des Briefes (Verweis auf die Zwölf Artikel), so wird die ausgesprochene Annahme noch unterstrichen, zumal sich Weigand bei seinen Ausführungen in dem Brief dreimal auf die „artickel“ beruft.

4. Weigands Brief bietet einen weiteren Anlaß zu Überlegungen. Er hatte geschrieben, daß die übersandten Artikel „dem armen gemainen volk, als burgern und bauren . . . nutz, not und dienstlich“ seien.²⁴ Und weiter unten hieß es dann noch: „... dann welcher furst oder herr das nit halten, sein brief und sigil vergessen und brechen, den wurt sonder zweyvel sein aigen volk totschiagen“.²⁵ Dieser Hinweis gestattet einen sehr vorsichtigen Rückschluß auf den Charakter der vermeintlichen „artickel“. Nach Fries und Kluckhohn mußten diese Worte auf das Heilbronner Programm zugeschnitten sein. Weigand spricht aber auch von den Bauern, denen die „artickel“ „dienstlich“ sein sollen. Bekanntlich enthält aber das Heilbronner Programm keinen Punkt, der den dringenden Forde-

¹⁹ L. FRIES, a. a. O., Bd. I, S. 432 (Hervorhebung hier und im Folgenden von mir — G.V.).

²⁰ Ebenda, S. 441.

²¹ Ebenda, S. 431 u. 434.

²² Ebenda, S. 441.

²⁴ Ebenda

²³ Ebenda, S. 432.

²⁵ Ebenda, S. 433.

rungen der Bauern entsprach.²⁶ Bei diesen Gegebenheiten müßte es sehr verwundern, wenn den Fürsten oder Herrn, der Brief und Siegel brechen sollte, sein „aigen volk“ mit Totschlag bedroht, wo doch den Bauern kaum etwas Verteidigungswertes unter Brief und Siegel zugestanden werden sollte. Diese Worte weisen viel eher auf Weigands bereits mehrfach erwähnte Artikel hin, die manchen Punkt der Zwölf Artikel – wenn auch zum Teil in abgewandelter Form – noch übernommen hatten. Eine eingehende Analyse dieser Quellen erweist sich also als unbedingt notwendig.

Ergibt sich hieraus schon die Schlußfolgerung, daß die seit mindestens siebenzig Jahren in der bürgerlichen Geschichtsschreibung weitgehend akzeptierten Auffassungen von der Herkunft des Heilbronner Programms starke Zweifel hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Haltbarkeit hinterlassen, so kommt noch ein weiterer Grund hinzu, der die Erarbeitung einer neuen Fragestellung ratsam erscheinen läßt. Bisher wurde von der bürgerlichen Geschichtsschreibung die Frage in den Vordergrund gerückt, ob Wendel Hipler oder Friedrich Weigand als Autor des Heilbronner Programms anzusehen ist. Damit wurden immer wieder Versuche unternommen, die *einzelne* Leistung Hiplers oder Weigands herauszuheben und die Rolle der *Volksmassen* zu negieren. Dafür lassen sich viele Beispiele anführen.²⁷ Am deutlichsten kommt das bei der Einschätzung der Persönlichkeit Hiplers und Weigands durch A. Egersdorff zum Ausdruck, indem sie deren „Überblick und ihre verhältnismäßige geistige Umsicht im Gegensatz zu der praktischen Unfähigkeit der Massen“ hervorhebt und ausdrücklich betont: „Hipler und Weigand stehen mit ihrem Streben, die chaotischen Verhältnisse einer Klärung zuzuführen, einsam über der Masse der Aufständischen.“²⁸

Die Tatsache, daß die bisherige Beweisführung nicht überzeugt, wirft an sich erneut die Frage nach dem Autor auf. Mit der Beschränkung des Problems auf diese Fragestellung wurde die Thematik aber ungerechtfertigterweise eingeeengt, denn die Klärung der Autorschaft ist nicht das vordringlichste Problem. Viel wichtiger wäre es zu untersuchen, wie das in diesen Tagen sich rasch verändernde *Kräfteverhältnis* die Ausarbeitung des Programms beeinflusste. Dabei ist es durchaus von

²⁶ Die bäuerlichen Anliegen wurden auf einen einzigen Punkt reduziert und dazu noch in einer Weise behandelt, die mehr den Interessen der Bürger als denen der Bauern entsprach: „Item das alle bodenzins allweg ain pfennig mit 20 mog abgelöst werden.“ (Ebenda, S. 435.)

²⁷ H. RÖSSLER, Europa im Zeitalter von Renaissance, Reformation und Gegenreformation 1450–1650, München 1956, urteilt z. B., nachdem er beschrieben hat, wie die Bauern „größtenteils barbarisch gehaust“ haben: „Im ganzen Land loderten die Brände, das allgemeine Chaos schien Alt-Deutschland zu verschlingen. Hier griffen die fränkischen Bauernführer ein.“ (S. 218). Bei der Erwägung der Ursachen für die Niederlage der Bauern heißt es dann weiter: „... so zeigt das wohl doch, daß der Bauer – vielleicht wesensmäßig, wie Oswald Spengler meint – keine politische Potenz darstellt; auch beim deutschen Bauernkrieg hatten ja erst Bürger und Ritter wie Weigand, Hipler und Geyer eine höhere Ordnung in das Chaos persönlicher und landschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Triebkräfte gebracht.“ (S. 220).

²⁸ A. EGERSDORFF, Die Bestrebungen der fränkischen Bauern 1525, Phil. Diss. München 1918 (Auszug 1922).

untergeordneter Bedeutung, ob der Entwurf in der Amtsstube des Rentamtmanns Friedrich Weigand in Miltenberg oder in der Umgebung des Feldschreibers Wendel Hipler in Heilbronn entstanden ist, denn die Einschätzung des Kräfteverhältnisses, das die Situation zur Zeit der Entstehung des Programms charakterisierte, und der Gruppierungen, die hinter dem Programm standen, werden von der Tatsache, welche Person als Autor in Erscheinung tritt, wenig beeinflußt.

Welche Bedeutung gewinnt nun das Heilbronner Programm, wenn man es nicht isoliert von dem Geschehen in der ersten Maihälfte des Jahres 1525 betrachtet, sondern in den Ablauf der Ereignisse einzuordnen versucht?

Das Heilbronner Programm mit seinem eindeutig *bürgerlichen* Inhalt²⁹ war nur durch das Bündnis der bürgerlichen Opposition mit den bäuerlichen und plebejischen Massen in die Tat umzusetzen. In den eingangs zitierten Worten von Engels wurde auf Hipplers vielseitige Erfahrung verwiesen, die ihn daran hinderte, einen der Stände gegen den andern ausschließlich zu vertreten. Sein Streben war vielmehr darauf gerichtet, alle verfügbaren Kräfte zu konzentrieren und sie ins Verbündnis zu bringen. Diese Notwendigkeit des Bündnisses als unabdingbarer Voraussetzung für größere Erfolge oder gar den völligen Sieg des bürgerlichen Inhalts der revolutionären Bewegung erkannt zu haben, veranlaßte wohl auch Engels zu der Feststellung, Hipler – als einer der exponiertesten Vertreter dieser Kräfte – habe „von allen Führern der Bewegung die bestehenden Verhältnisse am richtigsten“ erkannt. Gerade diese Bündnisfrage war aber offensichtlich im Odenwald-Neckartaler Haufen Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen revolutionären und gemäßigten Gruppen. Bekanntlich hatten sich solche Gruppierungen an allen Zentren der Erhebung mehr oder weniger deutlich erkennbar herausgebildet: „Im Verlauf des großen deutschen Bauernkrieges bildeten sich zwei Flügel, ein gemäßigter und ein radikaler. Charakteristisch für den gemäßigten Flügel sind die berühmten zwölf Artikel und das Heilbronner Programm des F. Weigand, markanter Vertreter ist Wendel Hipler. Der radikale Flügel steht unter dem vorherrschenden Einfluß Müntzers und Gaismaiers . . .“³⁰

In diesem Zusammenhang gewinnt die Amorbacher Zusammenkunft vom 5. Mai unser Interesse. Hier wurde der erste offene Versuch unternommen, die bäuerlichen Forderungen, wie sie in den schon sehr gemäßigten Zwölf Artikeln niedergelegt waren, in einer Deklaration noch weiter abzuschwächen, um sie auch dem niederen Adel annehmbar zu machen.³¹ Bemerkenswert erscheint hierbei, daß die maßgeblichen Initiatoren nicht *bäuerliche* Vertreter des gemäßigten Flügels, sondern Angehörige des niederen Adels und des Bürgertums waren. Aber dieser Versuch muß als gescheitert angesehen werden, denn als die Bauern von der gemäßigten Auslegung der Zwölf Artikel erfuhren, berieten sie sich wahrscheinlich ohne Hinzuziehung der Hauptleute und bedrohten die Urheber der Deklaration mit dem Tode.³² Als zwei Tage später in Miltenberg das Erzstift Mainz in das

²⁹ Am klarsten wurde das von F. ENGELS zum Ausdruck gebracht (a. a. O., S. 255).

³⁰ M. STEINMETZ, These 30.

³¹ A. KLUCKHOHN, a. a. O., S. 278; vgl. auch F. ÖCHSLE, a. a. O., S. 119.

³² F. ÖCHSLE, a. a. O., S. 121; G. FRANZ, a. a. O., S. 197.

Verbündnis aufgenommen wurde, mußten sich die Vertreter des Erzstifts auf die Zwölf Artikel verpflichten³³; von der Amorbacher Erklärung war nicht die Rede. Die revolutionären Elemente im Lager der Bauern erwiesen sich also als stark genug, einen solchen Angriff, wie er durch die Deklaration verkörpert wurde, entschieden abzuwehren.

Dem entsprechen auch eine Reihe anderer Tatsachen. In der Zeit vom 4. April³⁴, als die Odenwälder das Kloster Schönthal besetzten, bis zum 7. Mai, als sich die Taubertaler, Odenwälder und Neckartaler Bauern vor Würzburg vereinigten, war fast ganz Franken von den Bauernhaufen besetzt worden. Sie waren dabei auf wenig Widerstand gestoßen, hatten auch Heilbronn am 17. April ohne Gegenwehr besetzt und standen nun in Würzburg vor dem Frauenberg, wo sie das erste Mal in ihrem raschen Siegeszug unterbrochen wurden. Längs des Weges, den die Bauern gezogen waren, gingen Schlösser, vor allem aber Klöster, in Flammen auf. Alles deutet darauf hin, daß bis zum 7. Mai die gemäßigten Elemente keinesfalls den bestimmenden Einfluß erlangt hatten, ja, die revolutionären Kräfte, die kaum unter den Hauptleuten, sondern vielmehr in der Masse der Bauern zu suchen waren, das Geschehen maßgeblich bestimmten.

Man dürfte kaum fehlgehen in der Annahme, daß die in Amorbach gescheiterten Bemühungen fortgesetzt werden sollten³⁵, wozu möglicherweise die geplante Zusammenkunft in Heilbronn ausersehen war. Die Instruktion Hiplers, auch verschiedentlich als „Tagesordnung“ bezeichnet, scheint dem zunächst zu widersprechen, richtet sie doch das Augenmerk hauptsächlich auf die nächsten Kampfhandlungen, organisatorische Fragen und taktische Probleme. Was nach dem Sieg der Bauern geschehen soll, wird nur insofern berührt, als Zeit und Ort der weiteren Verhandlungen über das Schicksal der schon lange als notwendig erkannten „Reformation“ festgelegt werden sollten.³⁶ Das schließt aber nicht aus, daß sich Hipler mit dem Gedanken trug, auch in Heilbronn Fragen der „Reformation“ auf die Tagesordnung zu setzen und zu besprechen. Daß einige Abgeordnete davon in Kenntnis gesetzt worden sind, läßt sich aus einer Quelle rekonstruieren, die wahrscheinlich auf einen Teilnehmer der Heilbronner Tagung zurückgeht.³⁷

Dort heißt es unter anderem: „Item eine Ordnung und Reformation ist, für Jaren verruckt, auf Ordnung und Austrag Rechts gestellt und mit zwölf Hauptartikeln und derselben jeder in vier sonderlich puncten declariert, die findet man zu Frankfurt, die mitzubringen oder auf Sonntag Cantate die gen Heilprun zu antworten Wendel Hiplern, den Veldschreiber.“³⁸ Es handelt sich also um die „Reformation Friedrichs III.“, von der für Hipler ein oder mehrere Exemplare beschafft werden sollen. Hier muß erwähnt werden, daß die weitgehende Identität des Heilbronner Programms mit der „Reformation Friedrichs III.“ von ver-

³³ F. ÖCHSLE, a. a. O., S. 122.

³⁴ Vgl. hierzu und zum Folgenden F. ÖCHSLE, a. a. O., S. 93 ff.

³⁵ Vgl. z. B. G. FRANZ, a. a. O., S. 197: „Die Führer der Odenwälder gaben ihre Bestrebungen dennoch nicht auf.“

³⁶ L. FRIES a. a. O., Bd. I, S. 443 f.

³⁷ A. KLUCKHOHN, a. a. O., S. 283.

³⁸ Zitiert nach A. KLUCKHOHN, a. a. O., S. 282.

schiedenen Historikern nachgewiesen wurde.³⁹ Franz sagt vom Heilbronner Programm: „Nur eingangs macht Weigandt den Versuch, seiner Vorlage die bäuerlichen Forderungen⁴⁰ einzuarbeiten; später verzichtet er selbst hierauf und gibt nur noch einen flüchtigen Auszug.“⁴¹ Auch Kluckhohn hob hervor: „Was er dagegen an sachlichen Bestimmungen hinweggethan oder neu hinzugefügt hat, ist nicht der Art, daß der Charakter des Ganzen dadurch geändert würde und Weigandts Arbeit an Selbständigkeit gewonnen hätte.“⁴² Zu welchem Zweck Hipler die „Reformation Friedrichs III.“ zugestellt werden sollte, läßt sich vermuten, denn das Datum „Sonntag Cantate“ (14. Mai) weist auf den Zeitpunkt der geplanten Zusammenkunft hin.

Inzwischen hatte sich aber die Situation grundlegend verändert. Der Truchseß Georg von Waldburg hatte am 17. April⁴³ mit den oberschwäbischen Bauern den Vertrag von Weingarten geschlossen. Seinen ursprünglichen Plan, in den Hegau zu ziehen, ließ er fallen, als die Ereignisse von Weinsberg ihm bekannt wurden. Er wandte sich zuerst den nördlich gelegenen Aufstandsgebieten zu und zog in Richtung Württemberg. Die erfolglose Belagerung des Frauenberges in Würzburg wirkte auf die Bauern demoralisierend und führte zum Abzug größerer und kleinerer Gruppen, die entweder auf eigene Faust weiterkämpften oder in ihre Heimatorte zurückgingen. Auch hinterließ die lange Zeit des untätigen Wartens ihre Spuren unter den Bauern. Nachdem fast das ganze Land in der Hand der Bauern war, wurde dem Zerfall der Bewegung kein Riegel durch die Übertragung neuer Aufgaben vorgeschoben. Da der revolutionäre Flügel nicht fest organisiert war, konnte er keine Wendung herbeiführen; die bäuerliche Bewegung in Franken hatte ihren Höhepunkt bereits überschritten. Unter diesen Bedingungen des Niedergangs der revolutionären Bewegung liegt es nahe, daß die gemäßigten und bürgerlichen Elemente erneute Vorstöße unternahmen, die jetzt vor allem darauf ausgerichtet waren, sich von der Masse der Bauern und ihren Forderungen zu distanzieren. In den Vordergrund rückte jetzt, als der gemäßigte Flügel mehr und mehr an Boden gewann, das rein bürgerliche Programm. Man maß den bäuerlichen Interessen nur noch wenig Bedeutung bei, und es ist kein Zufall, daß die Anliegen und Forderungen der Bauern im Heilbronner Programm keinen nennenswerten Niederschlag gefunden haben.

Wenn also den Abgesandten der Bauern – möglicherweise fast ausschließlich Anhänger des gemäßigten Flügels – in Heilbronn ein Programmentwurf für die Beratungen vorgelegt werden sollte⁴⁴, so muß, ausgehend vom Charakter dieses Programms, die Initiative dazu von den *bürgerlichen* Kräften ausgegangen sein. Welches Ziel sie sich stellten, was tatsächlich beraten wurde, welches Ergebnis

³⁹ Vgl. die Angaben bei A. KLUCKHOHN, a. a. O., S. 295 und G. FRANZ, a. a. O., S. 199.

⁴⁰ Siehe hierzu Anm. 26.

⁴¹ G. FRANZ, a. a. O., S. 199.

⁴² A. KLUCKHOHN, a. a. O., S. 295.

⁴³ Vgl. hierzu und zum Folgenden G. FRANZ, a. a. O., S. 133f. u. S. 204f.

⁴⁴ In diesem Zusammenhang sei nochmals angemerkt, daß auch die Existenz verschiedener Handschriften des Heilbronner Programms auf diese Weise zu erklären wäre.

die Beratungen hätten bringen können, alle diese Fragen können wir nicht beantworten, denn am 12. Mai⁴⁵ hatte der Truchseß den württembergischen und Schwarzwälder Bauern bei Böblingen eine schwere Niederlage zugefügt, und das Heer des Schwäbischen Bundes bewegte sich jetzt in Richtung Heilbronn. Am 13. Mai war Hipler in Heilbronn von diesen Ereignissen bereits unterrichtet. Er verließ am gleichen Tage noch die Stadt, um die Verteidigung zu organisieren. Die gemäßigten Elemente und Vertreter der bürgerlichen Opposition kamen nicht mehr dazu, ihre Pläne in Szene zu setzen, denn der Vormarsch der Reaktion bereitete den Heilbronner Beratungen ein schnelles Ende. Die Ereignisse selbst hatten inzwischen alle Pläne überholt.

Damit kehren wir zu unserem Ausgangspunkt und der Frage zurück: Besaß das Heilbronner Programm eine reale Chance, in die Tat umgesetzt zu werden? Hier kann zunächst nur thesenhaft eine Antwort gegeben werden.

Wenn man das Heilbronner Programm nicht isoliert von den revolutionären Ereignissen in Franken betrachtet, sondern es in den Ablauf des an Konflikten reichen Geschehens einzuordnen versucht, so geschieht das in ausdrücklichem Gegensatz zur Konzeption von G. Franz, der das Heilbronner Programm eine „schematische Konstruktion“ Weigands nannte und betonte, daß dieser „nicht an die bestehenden Zustände“ anknüpfte, sondern „sich in einer der damals üblichen staatsphilosophischen Utopien“ verlor.⁴⁶ Die realen Verhältnisse fanden in dem Programm durchaus Berücksichtigung, wenn man das Dominieren der gemäßigten Interessen und die Ausschaltung der bäuerlichen Forderungen als Ausdruck und Widerspiegelung des veränderten Kräfteverhältnisses betrachtet. Als die revolutionäre Bewegung im Niedergang begriffen war, dominierte das Bestreben, sich von der bäuerlichen Bewegung zu distanzieren. Das bürgerliche Programm trat erst in Erscheinung, als die bäuerliche Bewegung ihren Höhepunkt überschritten hatte. Wahrscheinlich ist das Heilbronner Programm an einem der Brennpunkte des Geschehens entstanden, vielleicht sogar in der Umgebung Hiplers und unter dessen direktem Einfluß. Dem Programm ist eine große politische Bedeutung beizumessen, da hier ein Versuch der bürgerlichen Opposition vorliegt, ein allgemeines Programm zu schaffen, das die sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung ergebenden objektiven Erfordernisse, vor allem die Aufgabe der Zentralisierung, in den Mittelpunkt stellte. Dieser Tatsache trug Engels vor allem durch seine positive Bewertung des Programms Rechnung, indem er das „für ganz Deutschland gültige Resultat“, das dem Programm zugedacht war, unterstrich: Die Forderungen „waren zwar nicht das unmittelbar Mögliche, sie waren aber das, etwas idealisierte, notwendige Resultat der bestehenden Auflösung der feudalen Gesellschaft . . .“⁴⁷ Wenn also das Programm objektiv die Aufgabenstellung richtig zum Ausdruck brachte, so schuf es andererseits nicht die Bedingungen, die seine Verwirklichung als Voraussetzung erforderte. Diese Tatsache faßt Smirin

⁴⁵ F. ÖCHSLE, a. a. O., S. 178f.; G. FRANZ, a. a. O., S. 205f.

⁴⁶ G. FRANZ, a. a. O., S. 200.

⁴⁷ F. ENGELS, a. a. O., S. 255.

in den Worten zusammen: „Seine Verfasser sind nicht von den richtig verstandenen Interessen eines mit den Bauern gemeinsam geführten antifeudalen Kampfes ausgegangen.“⁴⁸ Zu diesem frühen Zeitpunkt zeigt sich bereits, daß das Bürger-tum *allein* nicht in der Lage war, die Interessen der *gesamten* sich konstituierenden Nation wahrzunehmen und zu vertreten, sondern daß dies nur möglich war im Bündnis mit den bäuerlichen und plebejischen Schichten. Den Verfechtern der Bündnispolitik in den fränkischen Aufstandsgebieten – unter ihnen Hipler – ist nicht der Vorwurf zu machen, daß sie den Versuch unternahmen, das Bündnis zwischen bürgerlicher Opposition, der Masse der Bauern und dem niederen Adel herzustellen. Ihre historische „Schuld“ ist vielmehr darin zu sehen, daß sie dieses notwendige Bündnis auf Kosten der Interessen der Masse der Bauern (der „Armee zum Schlagen“ – Engels) verwirklichen wollten. Hipler und die bürgerliche Oppo-sition erkannten zwar die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller an einer „Reformation“ interessierten Kräfte, aber der Weg, den sie gingen, war falsch. Die wichtigste Ursache für diese Fehler ist darin zu sehen, daß die Führung bei der Herstellung des Bündnisses nicht in den Händen der revolutionären Kräfte, sondern in den Händen der gemäßigten bäuerlichen Elemente und der Vertreter der bürgerlichen Opposition lag. Es sollte erwogen werden, ob nicht Engels Fest-stellungen bezüglich der späteren bürgerlichen Revolutionen auch schon in unserem Fall zutreffen: „Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürger-tum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revo-lution bedeutend über das Ziel hinaus geführt wurde – ganz wie 1793 in Frankreich und 1848 in Deutschland. Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.“⁴⁹

Wenn der Referent die Frage stellte, ob nicht der Sieg einer gemäßigten Grup-pierung bei voller Unterstützung durch die hinter dem Programm der Volks-reformation stehenden Massen eher möglich war als die Verwirklichung des Pro-gramms der Volksreformation selbst – wobei an das Heilbronner Programm gedacht war – so gilt es zu bedenken, daß das Heilbronner Programm die revo-lutionäre Bewegung *nicht*, im Sinne der Worte von Engels, bedeutend über das Ziel der Revolution hinausführte, sondern vielmehr *unter* den Gegebenheiten blieb, also „nicht das unmittelbar Mögliche“ zum Ausdruck brachte. Insofern wäre die Frage, ob das Heilbronner Programm, das Smirin erst neuerdings eines der „inkonse-quentesten und kompromißlerischsten bürgerlichen Dokumente“ nannte⁵⁰, eine reale Chance besaß, in die Tat umgesetzt zu werden, zu verneinen.

⁴⁸ M. M. SMIRIN, Wirtschaftlicher Aufschwung und revolutionäre Bewegung in Deutsch-land im Zeitalter der Reformation. In: „Sowjetwissenschaft“, Gesellschaftswiss. Reihe, 2 (1958) S. 261.

⁴⁹ F. ENGELS, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1952, S. 95.

⁵⁰ M. M. SMIRIN, a. a. O., S. 261.

GEBHARD FALK

*Strafgeldregister, unausgeschöpfte Quellen zur Geschichte
des Bauernkrieges 1525 in Thüringen*

I.

Jeder, der sich mit der Erforschung des bäuerlichen Anteils an der frühbürgerlichen Revolution in Thüringen auf Grund eigener Studien in den Archiven befaßt hat, weiß, daß er dort kaum noch Quellen begegnet, die ihm nicht bereits aus den umfangreichen Publikationen bekannt sind. Man denke nur, um die wichtigsten zu nennen, an die Bände der „Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteldeutschland“, bearbeitet von Merx, Franz und Fuchs (1923, 1934 und 1942) oder an die ebenfalls von der Sächsischen Kommission für Geschichte herausgegebenen „Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen“ in der Bearbeitung von Geß (1917). Nur eine größere Quellengruppe blieb wegen ihres Umfangs und der Sprödigkeit ihrer Aussagen von der vollständigen Veröffentlichung ausgeschlossen: die Strafrechnungen des ernestinischen Kurfürstentums aus dem Thüringischen Landeshauptarchiv in Weimar. Lediglich die auf das Vogtland und das Amt Zwickau bezüglichen Register gelangten 1941 durch Rannacher zum Abdruck.¹ Die das albertinische Nordthüringen betreffenden Listen aus dem Sächsischen Landeshauptarchiv in Dresden waren zum Teil bereits 1878 von Seidemann veröffentlicht worden.² Obwohl Günther Franz mehrfach auf die Bedeutung dieser Strafrechnungen hingewiesen hat, die er mit Recht als „vielfach die einzige Quelle über die Ausdehnung des Aufstandes und zudem eine wichtige Quelle zur Bevölkerungsgeschichte“ bezeichnet³, und obgleich auch Fuchs auf sie aufmerksam macht⁴, sind sie bisher in der allgemeinen und örtlichen Geschichtsschreibung kaum ausgewertet worden.⁵ Eine zusammenfassende Unter-

¹ E. RANNACHER, Die Strafgeldregister des Bauernkrieges im Vogtland und im Amt Zwickau, 1525–1527. In: „Mitteilungen des Vereins für vogtländische Geschichte und Altertumskunde zu Plauen i. V.“ 43 (1941) S. 7–75.

² J. K. SEIDEMANN, Das Ende des Bauernkrieges in Thüringen. In: „Neue Mitteilungen aus dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen“ 14 (1878) S. 392–543.

³ G. FRANZ, Der deutsche Bauernkrieg, 4. Auflage. Darmstadt 1956, S. 271. Ähnlich derselbe in einer Anzeige der Edition von Rannacher. In: „Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte“ 44 (1942) S. 340.

⁴ Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteldeutschland, Bd. 2, hrsg. von W. P. Fuchs, 1942, S. VIII.

⁵ Nach freundlicher Mitteilung des Instituts für allgemeine Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle sollen die Strafregister eine wesentliche Grundlage des Kartenblattes „Großer deutscher Bauernkrieg“ in dem im Erscheinen begriffenen „Atlas des Saale- und mittleren Elbegebietes“ bilden.

suchung und deren Veröffentlichung war daher seit langem eine dringende Notwendigkeit.⁶

Die Quellengruppe der ernestinischen Strafgeldrechnungen umfaßt rund 50 Teilregister aus 28 kurfürstlichen Ämtern in West- und Ostthüringen, Franken, dem Vogtland und dem westlichen Erzgebirge – schließt also in Thüringen das Mainzer Gebiet um Erfurt und die schwarzburgische und reußische Herrschaft aus. Die Register enthalten die Summe der jedem Dorf nach der Niederwerfung der bäuerlichen Erhebung vom Landesherrn auferlegten Geldbuße und Hinweise auf deren ratenweise Abtragung in den Jahren 1525 bis 1528, daneben Einzelnotizen über die Beteiligung einzelner Bauern und ganzer Gemeinden und über die gerichtsherrlichen Abhängigkeitsverhältnisse. Sie machen jedoch nur in Ausnahmefällen Angaben über die Zahl der Aufständischen und über die Größe der Gemeinden, so daß zu ihrer Interpretation andere zeitgenössische Rechnungsbücher, die Türkensteuerregister von 1531 bis 1542, herangezogen werden müssen, die mit ihren bis ins einzelne gehenden Besitz- und Vermögensangaben eine gleichfalls erst in jüngster Zeit stärker beachtete Quelle für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Thüringens bilden.

Die Auswertung der Strafregister erfolgt in drei Richtungen:

1. Welche Rückschlüsse lassen sie zu auf die Ausdehnung und die Stärke der Erhebung in den einzelnen Landesteilen?
2. Wie vollzog sich die Niederwerfung der Revolution, und was bedeutete die Eintreibung der nicht unerheblichen Geldbußen für die wirtschaftliche Lage der Landbevölkerung?
3. Welche Bedeutung hatte die Einnahme der mehr als 100 000 Gulden Strafgelder für die fürstliche Finanzwirtschaft?

Wenn man umfassend auswertet und methodisch sehr bedachtsam interpretiert, vermag man die auf den ersten Blick recht stummen Quellen zum Sprechen zu bringen und eine Reihe neuer Ergebnisse zu gewinnen, wie auch alte Erkenntnisse zu bestätigen. Sie kommen nicht nur der Geschichte des Bauernkrieges selbst zugute, sondern liefern auch einige Bausteine für die dringend erforderliche, aber sehr arbeitsaufwendige und komplizierte Untersuchung der Frage, „was aus der Dorfgemeinde nach dem Bauernkrieg wurde und wessen Interessen sie untergeordnet war.“⁷ Eine dialektische Auswertung der Strafregister bringt also mancherlei Gewinn und setzt uns nicht dem Vorwurf aus, den Smirin gegen Franz erhoben hat, für ihn sei „die blutige Unterdrückung des Bauernaufstandes wichtiger als der Aufstand selbst“.⁸ Daß die Register auch für die Ortsnamenforschung und für die Geschichte der damaligen Verwaltungsstruktur nützliches

⁶ Im folgenden werden die Ergebnisse einer bereits 1951 vom Verfasser durchgeführten Untersuchung zusammengefaßt, deren Veröffentlichung demnächst durch die Staatliche Archivverwaltung im Ministerium des Innern beabsichtigt ist.

⁷ M. M. SMIRIN, *Die Volksreformation des Thomas Münzer und der große Bauernkrieg*, 2. Auflage, Berlin 1956, S. 26.

⁸ Ebenda, S. 44.

Material bieten, sei am Rande erwähnt, spielt aber in unserem Zusammenhang keine bzw. nur eine Nebenrolle.

II.

Seit den letzten Apriltagen des Jahres 1525 hatte sich fast überall in Thüringen die bäuerliche Bevölkerung im Bündnis mit den ackerbautreibenden Kleinbürgern zahlreicher Städte gegen ihre örtlichen adligen und klösterlichen Feudalherren mit mehr oder weniger bewußter Zielsetzung erhoben. So ausgedehnt die Erhebung aber war, im ganzen blieb sie kraftlos, weil zersplittert. Zunächst hatten die Bauern überall lokale Erfolge. Die meisten Herren waren geflohen. Der sterbenskranke Kurfürst Friedrich (gest. am 4. Mai) resignierte: „Will es Gott also haben, so wird es also hinausgehen, daß der gemeine Mann regieren soll.“⁹ Allein Landgraf Philipp von Hessen bannte im Zusammenwirken mit Herzog Georg von Sachsen die Gefahr für die herrschenden Mächte und wandte sich mit einer plündernd und sengend durch Westthüringen ziehenden Söldnerschar gegen Thomas Müntzer und das um die Stadt Mühlhausen zusammengezogene Bauernheer. Die Niederlage von Frankenhausen am 15. Mai bedeutete das Ende des Bauernkrieges in Thüringen. Das übrige war ein grausames Nachspiel, die Rache an Mühlhausen und die blutige Unterwerfung der den Söldnerhaufen militärisch unterlegenen Bauern.

Am 20. Mai erst brach der neue sächsische Kurfürst Johann mit der thüringischen Ritterschaft aus dem Feldlager vor Weimar nach Mühlhausen auf, um sich an der Beute zu beteiligen und anschließend die Unterwerfung seiner eigenen Untertanen entgegenzunehmen. Die sonst beim Regierungsantritt übliche Huldigungsfahrt wurde zu einem grausamen Strafzug. Dieser führte über Eisenach nach Meiningen, wo sich die Bauern des „Bildhäuser Haufens“ im Schutz der Stadtmauern gehalten hatten, bis die Bürger sie im Stich ließen. Dann zog das kurfürstliche Heer, nach den Verpflegungs- und Quartierlisten in einer Stärke von 2000 Berittenen und 3000 Mann Fußvolk, werraaufwärts durch das Coburger Gebiet und über Ichtershausen und Arnstadt nach der Residenz Weimar zurück. Nach kurzem Aufenthalt ging es weiter durch das Saaletal über Jena und Kahla nach Neustadt/Orla und Weida. Hier blieb die thüringische Ritterschaft zurück und wurde durch die vogtländisch-meißnische abgelöst. In Plauen, Zwickau, Altenburg wurde erneut Gerichtstag gehalten. Nur in den eigentlichen Kurlanden um Wittenberg und Torgau dürfte der Kurfürst lediglich zur Entgegennahme der Huldigung erschienen sein. Am 23. Juli traf er aus Allstedt und Kölleda kommend wieder in Weimar ein.

Der Weg blieb gezeichnet vom Blut des Henkers. An allen Stationen traten die Bauern, soweit sie nicht in den Kämpfen gefallen waren oder Rettung in der Flucht gesucht hatten, gemeindeweise aus den Amtsdörfern, herrschaftsweise aus den adligen Gerichtsbezirken zum Strafgericht an. Die Anführer mußten dem Henker ausgeliefert werden, die übrige Gemeinde, schuldig oder unschuldig, mußte sich

⁹ Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteldeutschland, Bd. 2, Nr. 1183.

zu einer beträchtlichen Geldzahlung verpflichten, die teils als Buße, teils als Beitrag zur Unterhaltung des Söldnerheeres bezeichnet wurde.

Einzelstrafen waren selten – bei Begnadigung von der Todesstrafe, bei der Nachweisung von Plünderungen. Die Regel bildete die Veranlagung des gesamten Dorfes, wie sie in den Registern festgehalten ist. Für die Einbringung der Summe war die Dorfgemeinschaft als Gesamtheit haftbar. Die Umlage auf den einzelnen erfolgte durch die Heimbürgen, jährlich von der Gemeindeversammlung neu erwählten Vertrauensleuten der Dorfgenossenschaft.¹⁰ Als unterste soziale Einheit galt noch nicht die Einzelperson, sondern der hausbesessene, zur Heer- und Gerichtsfolge verpflichtete Mann. Der Vater haftete für Söhne, Knechte, Gesellen und Hausgenossen entsprechend dem patriarchalischen Geist der Zeit. Nur Witwen waren von der Zahlung befreit.

Die schematische Umlegung ohne Rücksicht auf das Vermögen, wie sie bei Steuern nicht üblich war, empörte die ärmeren Schichten des Dorfes, aber nur bei absoluter Zahlungsunfähigkeit, der die Pfändung von Haus, Hab und Gut voranging, trat die Nachbarschaft ein. Besonders in Westthüringen kam es wegen der Umlage zu Auseinandersetzungen zwischen Vollbauern und Dorfarmut. Lediglich im Vogtland scheint von vornherein eine gewisse Verteilung der Lasten stattgefunden zu haben, ohne daß die für die Umlegung maßgebenden Faktoren noch feststellbar sind. Die genaue Zahl der aus jedem Dorf aktiv an der Erhebung Beteiligten kann also aus den Registern nicht ermittelt werden.

Von der Durchschnittshöhe des auf das einzelne Haus entfallenden Betrages erhält man eine Vorstellung, wenn man die in den Türkensteuerregistern und Erbbüchern der ersten Hälfte des 16. Jhs. genannten Häuserzahlen zu den Strafsummen jedes Dorfes in Beziehung setzt. Während im albertinischen Nordthüringen und Westerzgebirge von vornherein eine Strafe von 10 Gulden je Haus festgesetzt war, gewinnt man für das ernestinische Thüringen ganz unterschiedliche Durchschnittswerte innerhalb des Gesamtgebietes, ja sogar innerhalb einzelner Ämter. Sie schwanken von einem bis zu 10 Gulden und erreichen in Einzelfällen im Thüringer Wald auch 15 Gulden und mehr.

Vergleiche mit dem Wert des in den einzelnen Gemeinden zu anderen Gelegenheiten versteuerten Grundvermögens und Viehs ergeben, daß die Belastung der Gemeinden nicht in erster Linie nach der finanziellen Leistungsfähigkeit erfolgte, sondern daß diese der Auflagehöhe lediglich eine obere Grenze setzte, die nicht überschritten werden konnte. So zahlten zum Beispiel im westthüringischen Amt Gerstungen die reichsten Orte die niedrigsten Strafgelder (2,5% Vermögensbelastung), die ärmsten Gemeinden aber die höchsten Strafen (12% Belastung). In anderen Ämtern schwankte die Belastung der einzelnen Gemeinden zwischen 1 und 10%. Die in größeren Zeitabschnitten ausgeschriebenen Landsteuern, die sogenannten Türkensteuern, belasteten vergleichsweise das Vermögen mit etwa 1,5%. Aus diesen Gründen lag der Schluß nahe, daß die Verschiedenheit der Strafhöhe in einer gewissen Beziehung zur Schwere der Straftat stehen würde,

¹⁰ Wieweit Gerichts- und Grundherrschaft im einzelnen Einfluß auf die Besetzung dieses Amtes genommen hatten, ist ungeklärt.

⁹ Frühbürgerliche Revolution

wobei allerdings das Rechtsempfinden der damaligen herrschenden Klasse und nicht etwa unsere Vorstellung von der zielbewußten Kraft der revolutionären Erhebung maßgebend war.

Betrachten wir die durchschnittliche Strafhöhe je Gemeinde in dem zwischen Ilm, Saale, Weißer Elster und Göltzsch liegenden Teilgebiet des ernestinischen Territoriums, so ergibt sich ein aufschlußreiches Bild, das zu den aus anderen Quellen bekannten Nachrichten über den Verlauf des Bauernkrieges in Beziehung gesetzt werden muß.

1. Nichtbeteiligt waren die Bauern der Umgebung von Weimar, wo das fürstliche Heerlager seinen Standort hatte.

2. Hohe Strafen weisen im albertinischen Gebiet an der Unstrutmündung und zwischen Teuchern und Zeitz auf die letzten Ausläufer der über das obere Unstruttal verhängten Einheitsstrafe von 10 Gulden. Im ernestinischen Gebiet zeigen Strafen von 5 bis 10 Gulden stets etwas Besonderes an:

- a) In einigen Dörfern östlich und südlich von Jena. Dort lag ein Bauernheer vor Lobeda, das den Sitz der Puster zu Drackendorf und schließlich die Jenaer Klöster stürmte.
- b) Bei den Städten Kahla, Pößneck, Ziegenrück und Neustadt, deren Unterschichten sich den Bauern anschlossen.
- c) In verschiedenen Dörfern südlich Weida, das selbst stillgehalten hatte. Hier standen in den im Reußischen nicht faßbaren Zentren um Hohenleuben im Süden und um Gera im Norden zwei Bauernheere.
- d) Im Vogtland hebt sich südlich Ölsnitz ein Gebiet hoher Strafen heraus, für das andere Belege keine Erklärung bieten. Die vogtländische Bauernschaft hatte ihren Sammelpunkt vor Plauen gehabt. Sollte die vogtländische Erhebung etwa vom Amt Vogtsberg, dem Ölsnitzer Gebiet, seinen Ausgang genommen haben? Hier bieten die Strafregister alleinige, wenn auch nicht eindeutige Hinweise.

3. Die übliche Belastung betrug im Saalegebiet in den Ämtern Jena, Leuchtenburg und Orlamünde drei Gulden, im Orlagau zwei Gulden. Dazwischen trugen eine mindere Belastung von einem Gulden einzelne arme Waldgemeinden, die unmöglich mehr zahlen konnten. Obwohl zum Beispiel die Männer von Trockenborn hinter der Leuchtenburg als besondere Aufrührer bezeichnet wurden, mußten ihnen die ursprünglich gleich den anderen auferlegten Strafen herabgesetzt werden. Ähnlich dürften auch die im Amt Eisenberg erhobenen geringen Straf-gelder von einem, höchstens zwei Gulden zu erklären sein; denn hier im Holzland befinden wir uns ebenfalls in dem für landwirtschaftliche Nutzung nur mäßig geeigneten Buntsandsteingebiet.

4. Unter den im Vogtland durchweg höheren und mittleren Strafen deutet eine äußerst niedrige Auflage von weniger als einem Gulden in einigen Gemeinden nicht auf deren geringere Beteiligung hin. Es handelt sich dort um Bauern mit schlechten Besitzrechten in Adelsdörfern, die von ihren Grundherren gegen die landesherrlichen Forderungen gedeckt wurden, um die Grundlage für ihre eigenen Einkünfte nicht zu schmälern.

5. Für einige Ämter und adlige Grundherrschaften fehlen die Register. So wissen wir vom Amt Saalfeld nur, daß überhaupt Strafgeld abgerechnet worden ist. Von der Herrschaft Ranis im Orlagau und von dem verpfändeten Amt Pausa bleibt ungewiß, ob die Inhaber ein etwa erhobenes Strafgeld an die kurfürstlichen Kassen abführten.

Als Ergebnis können wir festhalten, daß es nicht möglich ist, von der Strafhöhe eines einzelnen Dorfes unmittelbar auf den Grad der Beteiligung am Aufstand zu schließen. Die gleichmäßige Strafanlage etwa im Amt Leuchtenburg beweist, daß nicht die Schuld allein für die Strafhöhe maßgebend war. Verschiedene Faktoren wirkten miteinander und nebeneinander und bedingten ein Abweichen von der Durchschnittsstrafe von drei Gulden nach unten: Die Zahlungsunfähigkeit einer Gemeinde, der Widerspruch der adligen Herren gegen eine zu große Belastung ihrer Untertanen, aber natürlich auch der geringere Anteil am Aufstand. Aufschlußreich sind dagegen stets besonders hohe Strafen. Sie deuten immer auf stärkere Unruhen, auch wenn wir deren Art nicht näher kennen.

III.

Nur am Rande sei die finanzgeschichtliche Seite gestreift. Mit gutem Bedacht hatte Kurfürst Johann die Leistungsfähigkeit seiner Untertanen im allgemeinen nicht überspannt, dafür aber die Auflage fast über das ganze Territorium ausgedehnt, ganz im Gegensatz zu seinem herzoglichen Vetter, der nur einen Teil seines Landes im näheren Umkreis von Mühlhausen, dafür aber fast unerträglich, belastete. Trotz aller Verzögerungen wurden aus den verschiedenen Teilen des kurfürstlichen Landes mindestens 104600 Gulden an Strafgeldern eingetrieben, davon 102500 bis November 1527. Sie gelangten durch die Hofrentmeister zu Weimar und Torgau in die Kasse des Kurfürsten. Einzelne Rückstände wurden unnachsichtig noch von seinem Sohn Johann Friedrich bis 1540 eingefordert. Die Rechnungsführung am Hof war wie stets auch in diesem Falle mangelhaft. Erst 1527 war dem Rentmeister eine nachträgliche Aufstellung der Sollbeträge befohlen worden. Sie blieb um 10000 Gulden hinter den in den jährlichen Einnahmebüchern bereits gebuchten Strafgeldern zurück.

Natürlich war die schlechte Rechnungsführung nicht der Grund für die Überschuldung des seit Jahrzehnten geschwächten ernestinischen Finanzwesens. Noch war die Lokalverwaltung nicht so ausgebaut, um die Erträge des Domanialbesitzes bis zur Neige abzuschöpfen. Noch waren die umfangreichen Kirchengüter nicht vereinnahmt. Dagegen hatten die Erträgnisse des Bergbaus, einst Haupteinnahmequelle, nachgelassen. Die Ausgaben für die zahlreichen Reichstagsbesuche der zwanziger Jahre, die Hochzeit des Kurprinzen, die Spielleidenschaft des Vaters hatten die Kassen erschöpft. So wurden durch die Strafgelderhebung nicht nur die Kosten für die Niederwerfung der Bauern auf den Besiegten abgewälzt, sondern auch die günstige Gelegenheit zu einer erheblichen Sondereinnahme benutzt. Hinzu kam noch der besondere Vorteil, daß im Gegensatz zu gewöhnlichen Steuererhebungen das Bewilligungsrecht der Landstände übergangen werden konnte. Der Ertrag brachte mehr als das Doppelte einer normalen Jahreseinnahme, aber

er deckte den kurfürstlichen Geldbedarf nicht. Noch ehe die letzten Bauern-groschen eingetrieben waren, zerrann die Summe für die Rüstungsausgaben während der Packschen Händel 1528.

IV.

Abschließend sei der Auswirkung der Strafgeldzahlung auf die davon betroffene Bauernschaft gedacht. Es ist das interessanteste, aber auch das schwierigste Problem. Die wirtschaftliche Lage der Bauern ist uns im einzelnen kaum bekannt, denn der Bodenertrag, die Höhe der einzelnen Abgaben, die Größe des Existenz-minimums und der auf Grund der Marktlage erzielbare Bargeldüberschuß waren in jedem Ort verschieden und lassen sich kaum noch zuverlässig feststellen. Eine aufkommende Agrarkonjunktur kam den Bauern nicht zugute, da die Grundherren im allgemeinen eine Erhöhung der Geldabgaben erzwangen und der Landes-herr die Steuerschraube anzog. Neben den üblichen Zahlungen bedeutete die Strafbuße eine erhebliche Bürde. Dazu kamen die Ersatzforderungen der durch Plünderungen geschädigten Herren, die allerdings im Interesse der staatlichen Einnahmen von den kurfürstlichen Amtleuten und vom Hofgericht eingeschränkt wurden. Besonders benachteiligt waren die Gebiete, etwa an der Werra, die unter dem Durchzug der Söldnerheere gelitten hatten; denn der Landsknecht hatte nicht nur Verpflegung, sondern nach Kriegerrecht auch Beute genommen.

In Gebieten, die der Krieg nicht berührt hatte, waren solche Dörfer, in denen überwiegend Viehzucht betrieben wurde, eher in der Lage, plötzlichen Zahlungs-forderungen nachzukommen, da Vieh bei dem hohen Fleischbedarf der mittel-alterlichen Bevölkerung leicht in Münze umsetzbar war. Nach gleichzeitigen Rechnungen zahlte man beispielsweise für eine Kuh 2 bis 3, einen Ochsen 5 bis 6, ein Wagenpferd 15 Gulden. Der Getreidebauer konnte seine Verpflichtungen erst nach der Ernte erfüllen und mußte, wurde ihm bis dahin nicht Frist gewährt, wie die Bauern im Amt Leuchtenburg zum Ostertermin 1526 seine Früchte auf dem Halm um das halbe Geld verpfänden. Der im Saaletal weit verbreitete und in Kleinwirtschaft betriebene Weinbau brachte gute Gewinne. Da in den Jahren der Strafgeldzahlung keine Witterungsschäden auftraten, sind von dieser Seite keine Klagen aktenkundlich geworden. Die steigenden Lebensmittelpreise der Agrar-konjunktur drückten das Realeinkommen der Tagelöhner und Handarbeiter, der Häusler und Hausgenossen ohne Eigenwirtschaft, die schon in normalen Jahren kaum mehr als das tägliche Brot verdienten. Ganze Gemeinden im Thüringer Wald, im Holzland und Hummelshainer Forst lebten vom Verdienst der Wald-arbeit, von Tagelohn und Zehntschnitt. Von ihnen rühren die meisten Klagen. Sie verkauften Kleider und die letzte Kuh und mußten schließlich mit ihrer Familie die Hütte räumen, ohne daß sich dafür Käufer fanden. Heimatlos irrten sie zusammen mit den als Aufrührer Vertriebenen im Lande umher, bis sie im Proletariat der Städte unterkamen.

Einige Gemeinden in Westthüringen, die besonders hoch veranlagt waren, boten dem Kurfürsten die Allmende an Wald, Wiesen oder Fischwasser zu Pfand und Nutzung, doch dürfte dies erst der letzte Ausweg gewesen sein. In den meisten

Fällen mußte sich der einzelne einen privaten Gläubiger suchen. Unbekannt bleibt jedoch, ob Bürger oder Grundherren die Geldgeber waren. Woher sollten die meisten Adligen frei verfügbare Gelder besitzen, da alle Zinsen spärlich flossen? Wenn aber der Grundherr die Summen vorschob, dann forderte er vermutlich dafür neue Dienste, wie es aus dem benachbarten albertinischen und reußischen Gebiet belegt ist. Aus dem ernestinischen Thüringen fehlen noch Zeugnisse für eine Erhöhung der Dienste und Abgaben sofort nach dem Bauernkrieg. Hier hatte der Adel zunächst wenig unmittelbaren ökonomischen Gewinn aus der Niederlage der Bauern gezogen. Sieger war der Landesherr, der alle Stände zu Untertanen des neuen fürstlichen Zentralstaates herabdrückte, zuweilen sogar dem Bauern als leistungsfähigsten Steuerzahler einen beschränkten wirtschaftlichen und rechtlichen Schutz angedeihen ließ. Trotzdem konnte sich auch im kurfürstlichen Thüringen der Bauer nach der Niederlage erst recht einen „armen Mann“ nennen, denn sie besiegelte seine gesellschaftliche Entmündigung für die nächsten Jahrhunderte.

ERICH NEUSS

*Über städtische Polizeipersonale in Mitteldeutschland während des
Reformationsjahrhunderts*

Im Rahmen eines Diskussionsbeitrages können die folgenden Ausführungen nur eine Aufforderung bedeuten, einem wie mir scheint, bisher wenig behandelten Problem Aufmerksamkeit zu schenken. Es handelt sich um die Rolle der Polizeipersonale in den deutschen Städten, insbesondere im 16. Jh. Seine Mitglieder erscheinen in den Quellen unter vielfältigen Bezeichnungen, die mitunter freilich ihre Bedeutung im Laufe der Zeit verändert haben: das 15. Jh. kennt sie meist als Stadtknechte, Hofleute, Gewappnete, Wapentuere, Wapener, Häscher, Scharwächter, Schildwächter, Herrendiener, Trabanten, Konstabler (diese mit besonders stark verändertem Begriffsinhalt, da sie anfangs die berittenen Abteilungen patrizischen Standes bei der Stadtwehr darstellten); bemerkenswert ist der Ausdruck Hallunken, der im 16. Jh. durchaus keine Verbalinjurie zu sein scheint, in Halle tatsächlich einen Teil der polizeilichen Exekutive bezeichnet, aber, wie wir sehen werden, auch anderwärts vorkommt. Die Entsprechung auf dem flachen Lande im 15. Jh. sind die Landknechts, gelegentlich als Landmiliz organisiert, und zwar dauernd oder zeitweilig. Solche Landmilizen, um das nebenbei zu erwähnen, haben sich, ihrer einstigen Bestimmung längst entfremdet, an einzelnen Orten jedoch bis ins 18. Jh. erhalten; so die bekannten Kroppenstedter Reiter, die wehrhaften Männer von Mackenrode (Eichsfeld) und andere.

Noch im 15. Jh. ist die städtische Polizeiexekutive wenig zahlreich, da auch bei innerstädtischen Anlässen, die das Eingreifen einer quasi bewaffneten Macht notwendig erscheinen lassen, die besitzende Bürgerschaft aufgerufen wurde und unter Anführung meist der Stadtviertelsmeister zusammentrat. Jene Stadtdiener oder Stadtknechte stellen das Kontingent der Wächter auf den Türmen und Toren, falls in Kriegszeiten dazu nicht auch Bürger befohlen werden; sie verrichten Nachtwächter-, Feldhüter- und die geringen anfallenden Ordnungspolizeidienste bei Tage; sie sind nicht identisch, jedenfalls nicht immer, mit den Gewappneten, die die Räte der Städte in Sold nehmen, entweder um die Kriegsmacht der Stadt zu verstärken, öfter aber zu Sonderzwecken, wie zum Geleite von Ratspersonen oder Ratsgesandtschaften an andere Orte.

Die städtische Polizeiexekutive steht im 15./16. Jh. meist unter dem Befehl des Marktmeisters, dieser selbstverständlich unter dem Befehl des Rates; der Marktmeister stellt also eine Art Polizeiinspektor dar. Sie ist einheitlich gekleidet, wenngleich man kaum von Uniform sprechen kann, wenn wir hören, daß sie zum Beispiel in Quedlinburg graue Gewandung mit rotem Ausputz trägt, übrigens ähnlich der des Henkers, der rote Gewandung mit weißem Ausputz anlegt. Über

die Funktionen der Stadtdiener oder Stadtknechte im 15. Jh. sind wir durch Maurer, Varges und andere unterrichtet. Ihre wichtigste ist schon damals, jedes Auftreten gegen die städtische Obrigkeit, jede politische Sonderversammlung, jede Zusammenrottung, überhaupt jedes Rasonnieren gegen die städtischen Gewalten zu unterbinden – darüber sprechen sich alle Stadtrechte eindeutig aus. In unruhigen Zeiten lassen sich die Ratspersonen durch Stadtknechte auf den notwendigen Wegen geleiten oder lassen bei ihren Zusammenkünften auf dem Rathaus letzteres bewachen. Infolgedessen genießen diese Polizeikräfte auch den besonderen Schutz, der aber nur ein anderer Ausdruck des geringen Ansehens ist, das sie in den Augen jener Bevölkerungsschichten genießen, die nicht die Ratsmitglieder stellen. Allerdings geht mitten durch den Personenkreis der Polizeiexecutive eine Standesgrenze. Es gehört nämlich an vielen Orten ein Teil davon zu den sogenannten unehrlichen Leuten, so die Türmer, die Zollsoldaten in den Toren, die Feldpolizisten. Allein nicht nur aus diesem Grunde sind die Stadtknechte zu der untersten Schicht der plebejischen Massen zu rechnen. Sie selber entstammen ihnen. Wir werden freilich sehen, daß sie, was die Berufsbezeichnung anbetrifft, vornehmere Ahnen haben.

Die bis zum Ausgang des Mittelalters im Verhältnis zur Bevölkerung der Städte erstaunlich geringe Zahl der polizeilichen Exekutivbeamten erklärt sich daraus, daß auch die Ratspersonen selbst befugt waren, bei Störungen der öffentlichen Ordnung einzugreifen, zu verhaften, Bürger zur Hilfe aufzurufen, ferner daraus, daß für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Stadtwaldungen, an den Gewässern, in den Befestigungsanlagen, an den Stätten des Gewerbes, des Handels, des Verkehrs, der öffentlichen Vergnügungen besondere Polizeifunktionäre tätig waren.

In diesen Verhältnissen tritt im 16. Jh. ein bemerkenswerter Wandel ein. Ich glaube, man wird das Beispiel, das die Stadt Halle, insbesondere in den Jahren nach dem Bauernkriege, bietet, verallgemeinern dürfen oder es zum Anlaß nehmen, Parallelerscheinungen in anderen Städten zu ermitteln. In vielen süddeutschen Städten gab es im 15. Jh. bereits neben den Stadtknechten eine für den täglichen Sicherheitsdienst angeworbene und besoldete Mannschaft, und zwar wie Maurer belegt hat, in den Städten, in denen damals Zusammenrottungen gegen den Rat oder die ratsfähigen Geschlechter an der Tagesordnung waren. Jedenfalls hat man in Halle nach 1525 die Anzahl der Stadtknechte so bedeutend vermehrt, daß sie bei einem noch zu berührenden Ereignis als geschlossene und auch außerhalb des polizeilichen Einsatzes organisierte Körperschaft in Erscheinung und – was wichtiger ist – in einen heftigen Gegensatz zum Rate treten.

An sich ist die Vermehrung der Polizeitruppen in der typischen Reaktionsepoche nach den Bauernkriegen im allgemeinen und in einer erzbischöflichen Residenzstadt, deren Rat mit dem katholischen Landesherrn sympathisiert, im besonderen verständlich. Offensichtlich ist sie in diesem Falle sogar im Einverständnis mit dem Erzbischof geschehen. Es handelt sich dabei anscheinend um eine Polizeitruppe, die zunächst nicht als Dauereinrichtung gedacht war, mindestens jedoch

nicht zum rathäuslichen Personal gehörte wie die Ratsdiener, Ausreuter, Stadtknechte nebst Oberknecht, Nachtwächter nebst Rottmeister, deren Gesamtzahl in Halle 26 betrug, wobei die sechs Stadtknechte die Funktion von Oberpolizisten hatten. Sie wird daher auch nicht in den Eidebüchern aufgeführt; sie stellt vielmehr ein Mittelding zwischen Söldnertruppe und Sicherheitspolizei dar, die in den Quellen – und zwar für die Jahre 1543 und 1575 – als Holunken oder Halunken bezeichnet wird. Söldnertruppe sind sie deshalb nicht, weil von einem kriegerischen Einsatz auf Befehl des Landesherrn gemeinsam mit dem Bürgeraufgebot nicht die Rede ist, und Sicherheitspolizei im alten Sinne nicht, weil diese neben ihr bestehen bleibt. Auch stehen sie nicht unter dem Befehl eines Stadthauptmanns, der in Halle seit dem Ende des 15. Jhs. nicht mehr bestellt wird. Sie sind also tatsächlich unter den besonderen Verhältnissen der revolutionär bewegten Zeit um 1525 entstanden und haben ihre Rolle gegen Ende des 16. Jhs. ausgespielt, ohne daß wir den genauen Zeitpunkt angeben können; die Ursache aber wird die Konsolidierung der landesherrlichen Macht sowohl im Erzstift als auch in den benachbarten albertinischen Ländern gewesen sein. Ihre Einsatzfähigkeit scheint nie besonders hoch gewertet worden zu sein. In der hallischen Bürger-Wehrordnung von 1513 (für das Nikolaiviertel) werden sie nicht genannt, auch in einer sehr ausführlichen Denkschrift über die Stadtverteidigung vom Jahre 1539 geschieht ihrer keine Erwähnung. Dennoch hat dieses Halunkenkorps damals bereits bestanden, da es 1543 zusammen mit den Helfersknechten im Salzwerk in den Streik tritt. Der Anlaß waren Lohnstreitigkeiten. Um die vorhin genannten Ratsdiener oder Ratsknechte, Türmer und Wächter kann es sich dabei nicht handeln; ihre Zahl war zu gering, um korporativ und bei jener Arbeitsniederlegung mit fliegenden Bannern auf benachbartes Hochstift-Merseburgisches Gebiet auszuweichen. Es ist bemerkenswert, daß das Halunkenkorps 1543 erstmals ausdrücklich erwähnt ist. Denn seit 1541 war die Reformation in der Stadt endgültig eingeführt, die ausschlaggebenden Stellen im Rat mit evangelisch Gesinnten besetzt – es ist denkbar, daß in dieser Zeit die Anwerbung des Halunkenkorps fällt, das vielleicht schon bei der gewaltsamen Inbesitznahme der Moritzkirche mitgewirkt hat.

Das Auffälligste an dieser Schar, die nach friedlicher Beilegung des Lohnstreiks in Stadtdiensten verblieb, ist ihre Bezeichnung; das Wort Halunke ist heute durch Bedeutungswandel abgewertet und zwar weit über seine ursprüngliche Bedeutung hinaus. Es ist tschechischen Ursprungs und bedeutet ursprünglich abgerissener Bettler, aber auch Häscher. Grimms Wörterbuch weist das älteste Vorkommen des Wortes auf deutschem Boden für 1542 nach. Eine eingehendere Wortanalyse muß den Sprachwissenschaftlern überlassen bleiben. Man darf sich indes nicht vorstellen, daß das Halunkenkorps der Stadt Halle diesen Namen wegen des Zustandes seiner Bekleidung erhielt oder daß das Wort bereits in seiner abgewerteten Bedeutung gebraucht wurde. Es ist nämlich nicht auf Halle beschränkt, wo es im 18. Jh. in die Umgangs- und Studentensprache übergeht, einmal infolge der Assonanz mit Halle, sodann aber möglicherweise infolge älterer Überlieferung, da im 18. Jh. das Häscherkorps, lächerlich genug mit

Stangen bewaffnet und dürftig equipiert, sowohl eine ziemliche Personalstärke aufwies als auch häufig gegen die Studenten eingesetzt wurde.

Es wurde bisher das Vorkommen des Wortes Halunke in seiner polizeilich-militärischen Bedeutung noch dreimal festgestellt, und es wäre erwünscht, die Aufmerksamkeit auf weitere Vorkommen zu richten. Im Amte Schlieben heißen nämlich die in Kriegszeiten zur Schloßwache verpflichteten Inhaber von sechs Sattelhöfen „Holungken“ – so 1516 –, aber im Gegensatz zu dem sonstigen Umfang der Dienstverpflichtung von Sattelhöfnern sind sie nicht zur Selbstausrüstung mit Pferden, zur Gestellung von Fußknechten und Heerwagen verpflichtet. Sie sind nicht identisch mit den „Drabanth“ dieses Amtes; das sind vielmehr die Angehörigen des ordentlichen Landesaufgebots. Sodann findet sich unter den Flurnamen des Saalkreises in der Gemarkung des Dorfes Sieglitz eine Hallunkenbreite, ein Flurname, dessen Entstehung wohl nicht in neuerer Zeit liegen dürfte und sich etwa auf die abgewertete Bedeutung des Wortes bezieht, vielmehr ein zu einem Halunkenhof – in der Schliebener Bedeutung – gehöriges Flurstück bezeichnet. Ein drittes Vorkommen finden wir bei dem Geschichtsschreiber Cyriakus Spangenberg, der in der Schilderung der Repressalien des Administrators Joachim Friedrich gegen die Substantianer im Mansfeldischen Erbsündenstreit berichtet: „1575 als die Hällischen nach ihrem feindlichen Einfall wiederum von Mansfeld abzogen, haben ihrer etlich den Weg auf Siersleben genommen . . . Darauf dieselben Halunken dem Pfarrherrn, was an essender Speise oder sonst bei der Hand war, genommen.“ Diese „Halunken“ waren nicht Truppen des Administrators, sondern wie Dreyhaupt berichtet, eine Partei Bürger aus Halle, Neumarkt und Glaucha. Hertzberg spricht von „Milizen“. Daß Spangenberg das Wort als Verbalinjurie verwendet, halte ich für ausgeschlossen, bin vielmehr der Ansicht, daß es seiner Verfassung nach noch das gleiche Korps ist, das wir 1543 in Lohnaktion gegen den Rat sehen und sich bei dieser Gelegenheit mit derjenigen Berufsgruppe im Salzwerk verbindet, die die wirtschaftlich gedrückteste war und ihnen, den Halunken, selbst hätte gefährlich werden können, wie frühere Erhebungen der Salzwerks-Hilfsarbeiter bewiesen. Mit Dreyhaupt von einer „Partei Bürger“ zu reden, erscheint mir nicht statthaft. Es wäre nun wünschenswert zu wissen: haben sich auch andere Städte, vornehmlich in den wettinischen Erblanden, zur Zeit der Annahme des evangelischen Bekenntnisses, also in Zeiten erhöhter Bedrohung der bestehenden bzw. eben errungenen Verhältnisse solche Polizeikörper zugelegt, und: wo kommt die Bezeichnung „Holunken“ oder „Halunken“ noch vor? Daß er ursprünglich den Rechtsstand einer bestimmten Gruppe Dienstverpflichteter bezeichnet, dürfte aus der Schliebener Notiz deutlich genug hervorgehen, und auch die „Halunkenbreite“ erinnert an die „Reithufen“ in Kroppenstedt, an die Dienstländereien der Kroppenstedter Reiter, also an die Männer der berittenen Landfolge des ausgehenden Mittelalters. Daß die hallischen Halunken sich aus Landmilizen oder deren Nachkommen rekrutierten, erscheint mir ausgeschlossen, nicht aber, daß sie sich, wenig geachtet dort, wo sie existierten, zu Unrecht eine Bezeichnung zulegt, die damals offenbar noch nicht die ehrenrührige Bedeutung hatte, wie später, und die damals noch ein gewisses Standesbewußtsein verrät.

HELMUT MÜLLER

Die Forderungen der thüringischen Städte im Bauernkrieg

Die von Professor Steinmetz in seinen Thesen zu dieser Tagung festgestellte Tatsache, daß sich die Historiker der Deutschen Demokratischen Republik in den letzten Jahren nur selten mit Beiträgen zu dem Problemenkreis des Charakters der Reformation und des Bauernkrieges an die Öffentlichkeit gewagt haben, ist Anlaß, hier darauf hinzuweisen, daß keinesfalls die Quellenlage daran schuld sein kann. Die überwiegende Zahl der aussagefähigen Akten sind veröffentlicht und allein schon diese bekannten Aktenveröffentlichungen (von Merx, G. Franz, Fuchs, Böhmer und Kirn u. a.) enthalten genügend Material, um zu fundierten Feststellungen auch im Hinblick auf die Merkmale einer frühbürgerlichen Revolution der gesamten Bewegung kommen zu können. Die in lokalen Untersuchungen veröffentlichten Quellen bestätigen das gewonnene Bild und vervollständigen es in mancher Hinsicht. Unveröffentlichte Quellen können noch zur wesentlichen Bereicherung, zu Korrekturen beitragen, jedoch sind wohl kaum Arbeiten zur Erschließung unveröffentlichter Quellen notwendig, um für die Gesamteinschätzung grundlegende neue Erkenntnisse zu gewinnen. Tatsache jedoch ist, daß die bisher veröffentlichten Quellen keinesfalls in der Vielzahl ihrer Aussage erschlossen sind und daß allein die Auswertung dieses Materials in verschiedenen Themenkreisen zu wichtigen Erkenntnissen über den Charakter und die Erscheinungen der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland führen kann.

Der hier vorliegenden Darstellung zum Thema der städtischen Forderungen in Thüringen im Bauernkrieg liegt die Untersuchung von fast 30 städtischen Artikelzusammenstellungen und der notwendige Vergleich mit einer Vielzahl von bäuerlichen Forderungen des behandelten Gebietes zugrunde. Die meisten dieser ausgewerteten Forderungen sind in der Aktenveröffentlichung von Merx, Fuchs und Franz enthalten.¹ Die territoriale Begrenzung des untersuchten Gebietes ist im Norden gleichzusetzen mit dem Harzrand, wobei allerdings die wenigen Forderungen dieser verfließenden nördlichen Randzone mit berücksichtigt wurden. Im Osten grenzt das Saalegebiet den thüringischen vom sächsischen Raum ab und im Süden und Westen wurden wegen ursächlicher Verbindungen ökonomischer und

¹ Merx, Otto: Akten zur Geschichte des Bauernkriegs in Mitteldeutschland. Bd. I. Erste Abteilung, hrsg. v. Otto Merx. Leipzig-Berlin 1923. Bd. I. Zweite Abteilung. Herausgegeben auf Grund des Nachlasses von Otto Merx von Günther Franz. Verlag B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1934.

Akten zur Geschichte des Bauernkriegs in Mitteldeutschland. Bd. II. Unter Mitarbeit von Günther Franz, hrsg. von Walther Peter Fuchs, 1943.

politischer Natur die entsprechenden Gebiete von Nordfranken und Nordhessen mit in Betracht gezogen. Die zur Darstellung gebrachten Ergebnisse sind naturgemäß nur summarisch und können aus den Gründen der notwendigen Begrenzung auch nur in entsprechender Form in dieser Darstellung untermauert werden.

Die Bestrebungen der thüringischen Städte im Bauernkrieg sind gekennzeichnet von der ökonomischen und politischen Situation dieser Gemeinwesen. Im Gegensatz zu den Gebieten Süd- und Westdeutschlands mit ihren zahlreichen Reichs- und Handelsstädten und den mannigfachen, für den mittelalterlichen Fernhandel produzierenden Handwerken, sowie dem politisch und wirtschaftlich majorisierendem Patriziat hat der thüringische Raum nur zwei Städte, die annähernd ähnliche Gefüge wie die charakterisierten Reichs- und Handelsstädte Süd- und Westdeutschlands darstellen. Es sind dies die Städte Mühlhausen und Erfurt, die sich in der Masse der übrigen Städte wie Ausnahmen ansehen. Sie sind dies zwar nicht in jeder Hinsicht, haben jedoch auf Grund ihrer ökonomischen Funktion und politischen Struktur ganz bestimmte Besonderheiten, die einen Vergleich mit den übrigen Städten Thüringens oft ausschließen. Typisch für die Forderungen der Städte Thüringens sind also nicht Mühlhausen und Erfurt, sondern die Forderungen der Masse der übrigen kleinen landesherrlichen Städte. Diesen soll deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit gewidmet sein.

Insgesamt können die Zielsetzungen der politischen Bewegungen in den Städten Thüringens und der Inhalt ihrer Forderungen in drei große Themenkreise zusammengefaßt werden, die vorläufig wie folgt charakterisiert werden könnten:

1. Ziele des Patriziats zur Festigung und Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Alleinherrschaft.
2. Forderungen der städtischen Mittelschichten nach ökonomischer Sicherung und politischer Mitbestimmung in der Stadt.
3. Forderungen der städtischen Mittelschichten nach Einfluß in den Dörfern der Umgebung.

Ein weiterer Themenkreis, der gemäß seiner Bedeutung die erste Stelle einnehmen müßte, fehlt in Thüringen bei den Städten völlig. Es ist die Forderung nach der wirtschaftlichen bzw. politischen Einheit Deutschlands, die zumindest aus wirtschaftlichen Erwägungen in Andeutungen erwartet werden könnte und die im süddeutschen Raum von Heilbronn eine dem Entwicklungsgrad der Bewegung entsprechende Formulierung findet. In dem von uns betrachteten Raum ist das Verlangen nach Wegfall der Zölle an den Handelswegen in der näheren Umgebung der jeweiligen Stadt die einzige Andeutung, die allerdings nur einen begrenzten Blick über die Stadtmauern hinweg vermuten läßt.²

Der Gedanke an einen größeren Zusammenhang der Bewegung, an die Notwendigkeit der Verbindung der einzelnen Zentren untereinander wird in Thüringen

² Diese Forderung nach Wegfall der Zölle ist fast in allen städtischen Artikel vorhanden. Die Zölle werden als „ein neuerung und unchristlich beschwerd“ (Münnerstadt, bei Merx. Akten a. a. O. Nr. 204, S. 150) bezeichnet.

lediglich mit einer gewissen Konsequenz von dem Führer der revolutionären Gruppierung, Thomas Müntzer, verbreitet, der sich auch bemüht, den Blick auf ganz Deutschland zu lenken.³

Wenden wir uns also den drei Themenkreisen der Ziele und Forderungen zu. Die erste Gruppe, die Ziele des Patriziats nach Festigung und Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Alleinherrschaft, ist in den geschriebenen Artikeln der Städte nicht fixiert, sondern vorwiegend aus der Handlungsweise der städtischen Oberschicht zu rekonstruieren. Möge an dieser Stelle nur der Hinweis auf das Vorgehen dieser Schichten in Mühlhausen und Erfurt genügen, wobei es ohne Zweifel notwendig ist, die Betrachtungen in gewisser Hinsicht zu diesem Themenkreis auch auf die Stadt Halle zu erweitern. Während in Mühlhausen die einer Feudalherrschaft gleichkommende Stellung der von einer bestimmten Patrizierschicht beherrschten freien Reichsstadt zu ihren Dörfern mitbestimmend für die Haltung ist, klingen bei den gleichen Bevölkerungskreisen in den Städten Erfurt und Halle, wahrscheinlich neben der jeweiligen ökonomischen und damit zugleich politischen Machtposition einzelner Patrizierfamilien, auch die früheren Ambitionen dieser städtischen Oberschicht auf die Reichsfreiheit der von ihnen beherrschten Stadt nach. Seine Situation zwingt das Patriziat zur zweideutigen Vorsicht und führt es im Zuge der Entwicklung der Bewegung faktisch zum Verrat an den städtischen Mittelschichten – eine Haltung, die dann 1848 und 1918 in ausgereifteren Stadien zutage tritt und bereits in der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland die Angst der Bourgeoisie vor der Konsequenz einer bürgerlichen Revolution mit republikanischer Zielsetzung schlagartig erkennen läßt.

Den weitaus größten Raum in den Forderungen der thüringischen Städte nehmen, neben eindeutig auf ihre Ackerbürgerstruktur hinweisenden Artikel, die Forderungen nach Mitbestimmung innerhalb des Stadtreghments, durch bisher davon ausgeschlossene Bewohner, das heißt vorwiegend der Handwerker ein. Eine Einschätzung der betrachteten Städte kann in erster Linie nur immer wieder zu der Feststellung gelangen, daß diese Städte für einen verhältnismäßig eng begrenzten lokalen Markt vorwiegend Erzeugnisse des täglichen Bedarfs produzierten und daß die Bürger zum großen Teil selbst noch Landwirtschaft betrieben oder von deren Einnahmen lebten.

Deshalb sind Forderungen nach freiem Fischfang, gemeindeeigener Weide, freiem Holzeinschlag usw. so zahlreich vertreten und aus diesem Grund auch begehren sie oft ausdrücklich, „das die 12 artickel, so itzund von den bauern des swarzen haufen zugangen sein, auch bie iren creften bleiben“.⁴

Artikel gegen die Steuerfreiheit der Adelshöfe, gegen die Schäfereien weltlicher und geistlicher Herren sind im Mühlhäuser Rezeß vom 3. Juli 1523⁵ genauso

³ „Das ganze deutsch, französisch und welschland ist wag, der meyster will spiel machen, die boßwichter müssen dran . . .“ Thomas Müntzer im April 1525 an die Allstedter. In: „Thomas Müntzers Briefwechsel.“ Nr. 75, S. 109. Hrsg. H. Boehmer und P. Kirn. Leipzig 1931.

⁴ Merx, Akten . . . a. a. O., Nr. 170, S. 122.

⁵ Fuchs, Akten . . . , a. a. O., Nr. 1093, S. 11.

vertreten, wie in den Artikeln der Landstädte und Dörfer im Jahre 1525. Trotz dieser engen Bindung zur landwirtschaftlichen Arbeit und all der damit verbundenen Probleme sind sie aber Bürger ihrer Stadt, das heißt, am städtischen Markt interessierte Menschen und die ökonomische und politische Entwicklung ihres städtischen Gemeinwesens ist für ihre persönliche Lage von Bedeutung. Deshalb schrieben die Bürger von Neustadt/Orla: „Vor langen jahren hat die lantstraße vor und durch Nauenstat gegangen und in etlichen neuelichen jaren von uns die genannt. Bitten E.F.G., uns armen leute hirmite gnediglich widder begnaden, das die selbige lantstraeße hinfure durch und vor die Nauestat gerneglich gehen mochte.“⁶

Aus diesem Grunde heißt es auch immer wieder: „wollen wir zollfrei sampt den, so bei uns etwas auf oder abladen“⁷ oder: „Auch wollen wir das hinfurder die beschwerung des zols die armen leut uberhoben werden und sonderlich wir des zolschillings wollen uberhoben sein.“⁸

Die Teilnahme am Stadtreghment durch einen erweiterten oder neugebildeten Rat, die Vertretung der einzelnen Viertel im Rat, Verwahrung gegen übermäßige Steuern, alles das sind Forderungen, die immer wieder vorkommen und innerstädtische Probleme in der Verwaltung und im Handel von Stadt zu Stadt betreffen. Mit der Erfüllung dieser Punkte geben sich die städtischen Mittelschichten fast durchweg zufrieden und betrachten faktisch damit die Bewegung als abgeschlossen. Welche Engstirnigkeit im Bürgertum vorhanden war, beweisen die Ablehnungen von Bündnisangeboten, die aus den Bauernlagern an die Städte ergehen. Typisch für diese Lokalborniertheit ist die Absage der Viertelmeister von Königshofen (Franken) an den auch für den südthüringer Raum wichtigen Bauernhaufen von Bildhausen. Sie schreiben, nachdem sie am 14. April 1525 ihre Artikel⁹ formuliert haben, bereits am 16. April 1525: „... das wir nit zweiveln, der hochwirdig furst unser gnediger herr von Wirtzburg, deme wir mit pflichten unterthan, als ein liebhaber ewangelischer warhait werde uns bei gottliche warhait und gerechtigkait pleiben ... Derhalben nit von nothen, uns in harnisch oder were zu ergeben ...“¹⁰

In diesem Zusammenhang müssen wir die Frage berühren, ob bei einer solchen Einstellung der meisten Städte überhaupt eine spürbare Aktivität für die gesamte Bewegung in Thüringen von den Städten ausging? Im begrenzten Sinne ist diese Frage zu bejahen, denn trotz aller Einschränkungen sind die Städte die progressiven Elemente, ihr Beispiel verbreitet sich, und aus ihren Mauern kommen viele Agitatoren. Gerade ihre besondere ökonomische Funktion innerhalb dieser feudalen Agrargebiete scheint Anlaß genug gewesen zu sein, ihnen trotz ihrer inkonsequenten Haltung seitens der Bauern ein gewisses Vertrauen entgegenzubringen. Der schon genannte Bauernhaufen von Bildhausen antwortet im

⁶ Ebenda, Nr. 1228, S. 140.

⁷ Merx, Akten ..., a. a. O., Nr. 454, S. 342 (Ilmenau).

⁸ Fuchs, Akten ..., a. a. O., Nr. 1207, S. 109 (Stadttilm).

⁹ Merx, Akten ..., a. a. O., Nr. 57, S. 37.

¹⁰ Ebenda, Nr. 96, S. 67.

April 1525 auf den Versuch des Bischofs von Würzburg, sich das Vertrauen der Bauern zu gewinnen und damit ihre kampfbereite Haltung zu beseitigen, nach Aufzählung ihrer Beschwerden, sie hätten noch „andere notdurftige Artickel, damit gemaine landschaft beschwerd ist, die werden uf den lanttag ungezweivelt von den stetten gnugsam furpracht.“¹¹

Neben den um ökonomische Festigung und politische Machtstellung innerhalb der Stadt kämpfenden und sich damit zugleich begnügenden Schichten des Bürgertums deuten verschiedene Artikel der thüringischen Städte auch auf die Ansprüche der plebejischen Schichten sowie der vorstädtischen, nicht gleichberechtigten Bevölkerung hin. Dafür legt zum Beispiel ein in den Artikeln von Schleusingen enthaltener Punkt Zeugnis ab: „Die vorstetter begeren, dieweil sie tun müssen, wie ein ander burger, das si zu preuhen und zu schenken haben in der vorstat . . .“¹²

Diese sehr selten vorkommenden schriftlichen Forderungen werden allerdings mündlich häufiger ausgesprochen sein und ihre Seltenheit innerhalb der schriftlich niedergelegten Artikel weist genauso auf die politische Unreife ihrer Träger hin, wie aber auch auf eine Vorrangstellung der fundierten Handwerker. Alles in allem zeigt diese Gruppe der Forderungen hauptsächlich einen Kampf städtischer Schichten um Teilnahme an der Macht innerhalb der Stadt, wobei die Artikel der Handwerker tonangebend sind im Kampf gegen die Erschwerungen des Handels und anderer finanzieller Belastungen.

Die dritte Gruppe der Forderungen enthält Versuche der städtischen Mittelschichten nach Einfluß in den Dörfern der Umgebung. Dabei ist eine bestimmte Eingenommenheit der Bürger gegen die Bauern nicht zu übersehen. Dies zeigen verschiedene Gebiete der Kulturgeschichte – Literatur und Graphik¹³ – aber selten wird dieser gutmütige oder herablassende Spott so scharf von einem Zeitgenossen auf seine Ursachen zurückgeführt, wie dies Sebastian Brant in seinem „Narrenschiff“ ausdrückt:

„. . . Kein Einfalt ist mehr in der Welt,
die Bauern stecken ganz voll Geld,
behalten für sich Korn und Wein
und andres mehr, um reich zu sein,
und machen selber alles teuer,
bis dann mit Donner, Blitz und Feur
verbrannt wird ihnen Korn und Scheuer.“¹⁴

Es sind wirtschaftliche Ursachen, genauer gesagt Bestrebungen nach ökonomischer Festigung der bürgerlichen Positionen, die in dem von uns behandelten Gebiet

¹¹ Ebenda, Nr. 283, S. 217.

¹² Ebenda, Nr. 625, S. 429.

¹³ Interessante Aufschlüsse gibt z. B. die Betrachtung der Bauerndarstellungen von Albrecht Dürer oder geben auch die diesbezüglichen Spiele von Hans Sachs.

¹⁴ SEBASTIAN BRANT, Das Narrenschiff, zitiert nach der Ausgabe von 1944, Zinnen-Verlag, München, S. 117.

Thüringen vorwiegend von den Handwerkern ausgehen. Viele Feudallasten der Bauern wurden bereits im 15. Jh. in Geldabgaben verwandelt und sie führten die Bauern also zwangsläufig häufiger auf den Markt. Allein diese nicht nur Naturalprodukte, sondern auch gegebenenfalls einfache Konsumgüter anbietenden Bauern wurden von den durch Zunftschranken in ihrer Entwicklung behinderten Handwerkern als entsprechende Objekte zur Festigung ihrer ökonomischen Position angesehen.¹⁵ Sie sollten gezwungen werden, unbedingt auf dem Markt zu verkaufen und zu kaufen.

„Item die hasen und vogel, so in der mark gefangen, sollen in der stadt und kainem auswertigen verkaufft werden.“¹⁶

„Item die burger und vischer, so sie visch vahn, sollen sie die zum gewonlichen markt pringen, und sunst kaine zu verkauffen macht heben ader weckzutragen.“¹⁷ Diese Forderungen von Meiningen können noch ergänzt werden durch den Mühlhäuser Rezeß von 1523 und andere städtische Artikel von 1525.

„Daß die menner der dorfschaften in der von Mol.gpit des wegeldes mochten vorhaben bleibe, dan si zu ider zeit wege und stege zu bessern behulfig sin müssen, besonders was si in der stad keufen und ennusfuren, sollen si verzollen und rechten.“¹⁸ (Mühlhausen). „Es seint etliche verkoufere uf deme lande, beides in steten und dorfern umbe uns. Dieselbigen bezihen das lant, koufen alles auf von wolle, garne, waite, ledern und anderm und laessen keins in die stete auf die wochenmarkte kommen, darvon dieselbigen alleine nutz haben und das gemeine volk darmit merklich beleidiget . . .“¹⁹ (Neustadt/Orla.) „Witer sal auch nimant kein getreed – ader spisekauf, er si wer er woll, vor der stat kaufen ader kaufen lossen, sundern uf friem mart nach stateinung als vel in sein haus notdurftig kaufen.“²⁰ (Stolberg/Harz.) Die Artikel der Stadt Gröningen liegen in zwei Eingaben vor. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in der zweiten Eingabe der typisch ländliche Artikel nach Freiheit für Holz und Wasser ersetzt wurde durch eine Beschwerde über die Verletzung der städtischen Schäfereigerechtigkeit.²¹

Diese Verletzungen der städtischen Schäfereirechte werden oft genannt und dazu kommt, daß die sogenannte einheimische Wolle in der Qualität und im Preis nicht konkurrenzfähig war gegenüber der besonders aus den Niederlanden eingeführten.

„Item die beschwerung der frembden und niderlendischen tuch halben, das die gewantschneider 1 elen unter $\frac{1}{2}$ gulden nit haben dorfen geben, soll furter ab-

¹⁵ Auch die in dieser Diskussion von Herrn Dr. Heitz, Rostock, gemachten Ausführungen enthalten solche Gedankengänge.

¹⁶ LORENZ FRIES, Die Geschichte des Bauern-Krieges in Ostfranken. Hrsg. von A. Schäffler und Th. Henner, 1. Bd. Würzburg 1883, S. 199 bis 202.

¹⁷ Ebenda

¹⁸ Merx, Akten . . ., a. a. O., Nr. 1093, S. 12.

¹⁹ Fuchs, Akten . . ., a. a. O., Nr. 1228, S. 141.

²⁰ Ebenda, Nr. 1311, S. 195.

St. Arch. Magdeburg, Rep. A 13, Nr. 513, fol 4, erwähnt auch bei H. GOEBKE, Der

²¹ Bauernkrieg im Fürstbistum Halberstadt, Halberstadt 1933, S. 6.

gethaen werden, domit der gemayn man das selbig gewant umb ein zimlich pfennig kaufen möge.“²² (Meiningen.)

Die Bauern und Plebejer wehren sich gegen Preiszwang, die Bauern verlangen in ihren Forderungen, daß ihnen diese ständig wachsenden Zwangsmaßnahmen genommen werden, wofür hier ein Beispiel aus der Herrschaft Schwarzburg genügen soll. Die Bauern von Wimbach forderten: „Auch wollen wir frei zu keufen und zu verkeufen macht haben in allen stetten, under der herschaft legende seint, welche wir auch einem idern gonnen.“²³

Abschließend sei nur noch angedeutet, daß die Bewegung in manchen Gebieten Thüringens wenig ausgereift war und eine klare Trennung der Interessen von Bürgern und Bauern zwar nachträglich durch eine wie oben durchgeführte Aufgliederung der einzelnen Forderungen herausgearbeitet werden kann, jedoch enthält mancher Artikelbrief die widerspruchsvollsten Forderungen, wie das zum Beispiel bei Meiningen²⁴ der Fall ist, wo bürgerliche, plebejische und bäuerliche Forderungen, die sich teils entgegenstehen, zusammengeschrieben sind.

Dieser Versuch einer Gliederung der städtischen Forderungen in Thüringen soll zugleich ein Beitrag zu den Merkmalen der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland sein. Die Artikel spiegeln durchaus den Stand der Entwicklung des Bürgertums in diesem Gebiet wider und lassen entsprechende Schlüsse über Reife und Unreife der Bewegung, ihre Differenzierung, die Klarheit oder Unklarheit ihrer Zielsetzung und anderer wichtiger Momente zu.

²² FRIES, Die Geschichte . . . , a. a. O., S. 199—202.

²³ FUCHS, Akten . . . , a. a. O., Nr. 1208, S. 114.

²⁴ FRIES, Die Geschichte . . . , a. a. O., S. 199—202.

ERICH DONNERT

*Bemerkungen zur Frage der Reformation und der Volksbewegungen
in Livland*

Anregend erscheint die Fragestellung der Volksbewegungen und der frühbürgerlichen Revolution auch für den osteuropäischen Bereich. Auch in Osteuropa, im weiten ost- und westslawisch-baltischen und südslawisch-madjarisch-romanischen Raum, rollten im 16. Jh. Ereignisse ab, die mit der gesellschaftlichen Entwicklung in West-, Mittel- und Nordeuropa zahlreiche Gemeinsamkeiten aufweisen.¹ Die Auffassung, wonach Humanismus, Renaissance und Reformation an Osteuropa, worunter in der Hauptsache Rußland und der ostslawische Bereich verstanden wurde, spurlos vorübergegangen seien, ist unrichtig und nicht mehr zu halten. Namentlich die sowjetischen Historiker haben in den letzten Jahren durch eingehende Forschungen den Nachweis vom gesamteuropäischen Zusammenhang der geschichtlichen Entwicklung im Westen und Osten unseres Kontinents erbracht.² Was die Reformation anlangt, so darf an die enge Verbindung ihrer beiden Hauptzentren, Wittenberg und Genf, zum Osten erinnert werden. Man denke etwa an den Briefwechsel Luthers³ mit den Livländern oder an die zahlreichen Schreiben Calvins, die dieser mit polnischen und litauischen Persönlichkeiten austauschte.⁴

¹ Eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte der Reformation in Osteuropa ist bis zum heutigen Tag ein Desiderat. Zur osteuropäischen Reformationsforschung vgl. von bürgerlicher Seite G. STÖKL, Die Reformation in Osteuropa. In: Handbuch der Weltgeschichte, Bd. 2, hrsg. von A. Randa, Freiburg i. Br., Sp. 1437–1440; G. RHODE, Die Reformation in Osteuropa. Ihre Stellung in der Weltgeschichte und ihre Darstellung in den Weltgeschichten. In: „Zeitschrift für Ostforschung“ 7 (1958) 1, S. 481 bis 500. Der neue Aufsatz von G. STÖKL kann hier nur bibliographisch nachgetragen werden: G. STÖKL, Das Echo von Renaissance und Reformation im Moskauer Rußland. In: „Jbb. f. Gesch. Osteuropas“ 7 (1959; 4) S. 413–430.

² Gegen W. KIRCHNER, Russia and Europe in the Age of the Reformation, in: „Archiv für Reformationsgeschichte“ 43 (1952) 1, S. 172–186, besonders aber S. 181, wo jeder Anteil Rußlands an den umfassenden Bewegungen von Humanismus und Renaissance im Grunde geleugnet wird (s. auch seine Zusammenfassung, ebenda, S. 184–186). Von sowjetischer Seite vgl. vor allem die beiden Standardwerke: N. KAZAKOVA/JA. LUŘE, Антифеодальные еретические движения на Руси, XVI – начала XVI века, Moskau-Leningrad 1955, und A. ZIMIN, И. С. Пересветов и его современники. Очерки по истории русской общественно-политической мысли середины XVI века, Moskau 1958.

³ Vgl. darüber neuerdings R. RUHTENBERG, Die Beziehungen Luthers und der anderen Wittenberger Reformatoren zu Livland, in: Baltische Kirchengeschichte, hrsg. von R. Wittram, Göttingen 1956, S. 56–76.

⁴ Die Belege bei E. W. ZEEDEEN, Calvins Einwirken auf die Reformation in Polen-Litauen, in: Syntagma Friburgense. Historische Studien. Hermann Aubin dargebracht zum 70. Geburtstag. Lindau und Konstanz 1955, S. 325/26, Anm. 6. Vgl. auch G. RHODE, a. a. O., S. 482.

Es ist dabei sehr interessant festzustellen, daß die Reformation in den Osten Europas nicht allein in der Form des Luthertums oder des Calvinismus gekommen ist, sondern daß, wie das übrige Europa, der Westen, die Mitte und der Norden, auch der Osten sämtliche Formen der reformatorischen Bewegung kennt, so neben Luthertum und Calvinismus die Brüdergemeinde, die Antitrinitarier und die Täufer. Wenn wir von den Täufern als dem schwächsten reformatorischen Glied absehen, so verbleiben im europäischen Osten immer noch die vier Hauptformen der Reformation, wovon die Antitrinitarier oder Sozinianer überhaupt erst in Osteuropa zu einer eigenen Kirchenbildung gelangen konnten. Diese außerordentliche Vielfalt der Reformation in Osteuropa gilt für seine meisten Teilbereiche. Weitgehend einheitliche Züge trägt die Reformation lediglich in Preußen, Livland und Kurland, in Landesteilen, die rein lutherisch geworden sind. Hier soll nur die Rede von Livland sein.

Livland, der feudale livländische Bischofs- und Ordensstaat, stellte zu Beginn des 16. Jhs. ein Gebilde dar, in dem eine zahlenmäßig geringe Minderheit, bestehend aus deutschen Grundbesitzern, den Ordensgebietigern, den Bischöfen und Klerikern, Adligen, Rittern und den deutschen Oberschichten in den Städten die Herrschaft über die große Mehrzahl der arbeitenden Volksmassen der Letten, Liven und Esten auf dem Lande und in der Stadt ausübte. So ergaben sich im Vergleich zu Deutschland für die Ausbreitung der Reformation und der Volksbewegungen in Livland von vornherein völlig andersgeartete Voraussetzungen. Eine Besonderheit der reformatorischen Entwicklung und der Volksbewegungen im Ostbaltikum bestand auch darin, daß hier das revolutionäre Element innerhalb der Volksmassen bedeutend schwächer vertreten war. Die übergroße Masse der sogenannten undeutschen Landbevölkerung, die lettischen und estnischen leibeigenen Bauern, erhob sich in diesen Jahren nicht wie ihre Leidensgenossen in Deutschland zu einem großen Krieg, um dem deutschen Eroberer und Herrn, der den ostbaltischen Ackerbauer und städtischen Plebejer in sozialer und nationaler Knechtschaft hielt, den Kampf auf Leben und Tod anzusagen. Wohl kam es bereits im Frühjahr 1524 in Estland, um Narwa und Reval, zu Aufruhraktionen unter den Bauern, die auch während des folgenden Jahres anhielten. Die kärgliche Überlieferung und bisherige unzulängliche Erforschung lassen es bedauerlicherweise noch nicht zu, ein genaueres Bild von den revolutionären Stimmungen der Bauern zu gewinnen.⁵ Es ist jedoch anzunehmen, daß den baltischen Bauern noch 1525 die zwölf Artikel der deutschen Bauern bekanntgeworden sind⁶, wie eine in Reval erhaltene niederdeutsche Fassung nahelegt. Das hinter der Reformationsbewegung in den livländischen Städten auf dem Lande drohend empor-

⁵ Die Literatur ist verzeichnet bei R. WITTRAM, Die Reformation in Livland, in: Baltische Kirchengeschichte, S. 309–312 und bei R. RUHTENBERG, a. a. O., S. 312–314. Eine Jenaer Dissertation über die Frage der Reformation und der Volksbewegungen in Livland befindet sich in Vorbereitung.

⁶ Was den Bauernaufstand von 1525 in Preußen anlangt, der neuerdings von polnischer Seite eingehender untersucht worden ist, so gilt die gleiche Annahme. Vgl. H. ZINS, Powstanie chłopskie w Prusach Książęcych w 1525 roku. Walki społeczne w Prusach w początkach reformacji i ich geneza. Warschau 1953, S. 22.

gewachsene Gespenst eines großen baltischen Bauernkrieges erwies sich in letzter Minute für die deutschen Grundbesitzer als abwendbar. Wohl aber machten die Ereignisse der Jahre 1524 bis 1526 die Klassengegensätze grell sichtbar, und es wurde deutlich, daß die nichtdeutschen Städter, die mit den Bauern Handel trieben, im Zusammenhang mit der Reformation die Bevölkerung auf dem Lande lehrten, daß sie den deutschen Herren nicht mehr gehorsam zu sein brauchte, daß sie selbst ebenso gut sei wie die deutsche Bevölkerung und daß, falls Bauern entliefen, diese in den Städten als Brüder aufgenommen würden. Im Jahre 1532 vertrat der Rat von Reval gegenüber dem Ordensmeister die Auffassung, daß die Bauern keineswegs von Natur aus Knechte seien, demgemäß auch nicht als solche behandelt werden könnten.⁷

Indessen kam es in den Reformationsjahren in Livland zu keinem Bauernkrieg und zu keiner größeren Erhebung auf dem Lande. Trotz der sichtlichen Anteilnahme der niederen Städter am schweren Los der leibeigenen Landbevölkerung verboten die Obrigkeiten der Städte nach und nach gänzlich jedwede umstürzlerische Agitation auf dem Lande durch radikale lutherische Prediger. Über die Art der Aufnahme der neuen Lehre bei den Bauern ist bisher wenig bekannt. Etwas besser unterrichtet sind wir über die Verhältnisse in den Städten. Bedeutsam war, daß Riga, die Metropole Livlands, die neue Lehre früher annahm als beispielsweise Lübeck, Danzig und Königsberg. Die ersten Prediger des Luthertums suchten auch die Unterstützung der unteren nichtdeutschen Stadtschichten zu gewinnen, vor allem in Riga. So wurden verschiedene Prediger Mitglieder nichtdeutscher Bruderschaften. Mit dem Auftreten Silvester Tegetmeyers nahmen die reformatorischen Ereignisse in Livland einen stürmischen Charakter an. Der Rat von Riga verhielt sich anfangs den Forderungen der Prädikanten gegenüber recht zurückhaltend, da er zu Recht soziale Unruhen befürchtete. Nachdem er jedoch, vor allem nach 1525, den konservativen Charakter des Luthertums erkannt hatte, begünstigte er die Verbreitung der neuen Lehre, da sie im Kampf der Städte gegen den Erzbischof von Nutzen war. Die Stadtobrigkeit von Riga bestellte Silvester Tegetmeyer und Andreas Knopken, einen anderen aus Deutschland nach Livland gekommenen lutherischen Agitator, offiziell zu Predigern an den Kirchen St. Peter und St. Jakob.

Die Begleiterscheinungen der Annahme der Reformation durch die städtischen Volksmassen waren, wie auch anderorts, die sogenannten Bilderstürme. O. POHRT hat in seiner Reformationsgeschichte Livlands⁸ diese Ereignisse chronologisch zusammengestellt. Die Nachrichten hierüber stammen fast ausnahmslos von Gegnern der Bilderstürmer, die diese Vorgänge in den dunkelsten Farben darstellen. Danach handelte es sich fast ausschließlich um wilde Ausschreitungen des deutschen und nichtdeutschen Pöbels, um Raub und Plünderung der Kirchenausstattungen. Von dieser Warte aus sieht neuerdings auch die bürgerliche deutsch-

⁷ Vgl. WITTRAM, a. a. O., S. 52f.

⁸ O. POHRT, Reformationsgeschichte Livlands. Ein Überblick (= Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 145), Leipzig 1928, S. 68.

baltische Kirchengeschichtsschreibung in diesen Bewegungen lediglich den Ausdruck der Zerstörungswut der Masse der deutschen und nichtdeutschen Bürgerschaft in den Städten.⁹ Demgegenüber ist in Betracht zu ziehen, daß es, wie die gesamte Überlieferung der damaligen Zeit bezeugt, in diesem stürmischen Zeitalter bei den Schriftstellern und Geschichtsschreibern der herrschenden Klasse gang und gäbe war, dem Gegner und Klassenfeind in seinen Handlungen unlautere Motive zu unterschieben. Stünden uns ausreichende Berichte aus der Feder von Beteiligten zur Verfügung, so würden die Bilderstürme zweifelsohne in einem ganz anderen Lichte erscheinen.¹⁰

Im weiteren Verlauf der städtischen Reformationsbewegung in Livland trat der nationale Gegensatz zwischen den deutschen Oberschichten und den niederen sogenannten Undeutschen deutlich hervor. Das Zusammengehen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen im Kampf gegen die alten katholischen Gewalten in den Städten ist bisher nur ungenügend erforscht und harret noch der genauen Untersuchung. Von Belang war der Umstand, daß die radikalen Volksprediger meist in deutscher Sprache agitierten und so wenig auf die lettischen und estnischen Städter einzuwirken vermochten. So waren die Wirkungen der Reformation in Livland begrenzt. Nach dem Verrat Luthers an der revolutionären Sache der Bauern in Deutschland trat der Vasallenadel Livlands fast geschlossen zur neuen Lehre über. Wie in den anderen Ländern, in denen das Luthertum Fuß faßte, erhofften auch die Grundbesitzer Livlands eine Vergrößerung ihrer Ländereien durch die Säkularisation des katholischen Kirchenguts sowie gleichzeitig eine Tilgung ihrer recht umfangreichen Schulden. So war der livländische Adel um die Mitte des Jahrhunderts in seiner Masse bereits protestantisch. Im Jahre 1554 erhielten die Lutheraner in Livland volle Glaubensfreiheit. Katholisch waren in der Hauptsache nur noch die Bischöfe und die Ordensgebietiger.

Die Reformation in Livland hatte so keine gesamtrevolutionäre Situation hervorgerufen und zu keinen umfassenden Volksbewegungen geführt. Es fehlte der reformatorischen Bewegung im Ostbaltikum jene Sprengwirkung, die sie in Deutschland zeitigte. Die Masse der Letten und Esten auf dem Lande stand nicht auf; sie verharrte weitgehend in Untätigkeit. So blieb die livländische Reformation zuvörderst eine Angelegenheit der herrschenden Deutschoberschichten in Stadt und Land, wenn ihre Durchsetzung auch in der Folge gerade für die Entwicklung der Kultur und Sprache der baltischen Völker von entscheidender Bedeutung geworden ist.

Zu größeren Volksbewegungen und zu einem richtigen Bauernkrieg kam es in Livland erst einige Jahre später, 1560, unabhängig von reformatorischer Beeinflussung, im Zusammenhang mit der Verschlechterung der materiellen und sozialen Lage der Bauern durch den Livländischen Krieg und die Auflösung des Ordens-

⁹ Vgl. R. WITTRAM, a. a. O., S. 40.

¹⁰ Diese Auffassung vertritt bereits O. POHET, a. a. O., S. 70. Selbst L. ARBUSOW, Die Einführung der Reformation in Liv-, Est- und Kurland (= Forschungen zur Reformationsgeschichte 3), Leipzig-Riga 1919/21, S. 298f., ist in seinem Urteil weit zurückhaltender als neuerdings R. WITTRAM, a. a. O., S. 40.

staates. Die ostbaltischen Bauern nutzten die durch den Krieg für die herrschende Klasse in Livland entstandene prekäre Lage aus und erhoben sich in Massen gegen das deutsche Leibeigenschaftsjoch. In Harrien, Wirland und Jerwen vertrieben sie ihre deutschen Herren von ihren Landgütern. Der Aufstand drohte auch auf Ösel überzugreifen. Zudem stand eine allgemeine Meuterei der Ordenssöldner bevor. Zu ihrem Anführer erwählten die Bauern einen, wie es in den Quellen heißt, „undeutschen Schmied“, der, um die Erhebung zum Siege zu führen, auch die Stadt Reval in den Aufstand einzubeziehen suchte. Die aufständischen Bauern entsandten deshalb Boten an den städtischen Rat von Reval, die der Bevölkerung ein Kampfbündnis gegen die Feudalgewalten vorschlugen. Die niederen Schichten der Städter von Riga, denen ein Sieg der Bauern über ihre Herren gleichzeitig auch eine Verbesserung ihrer eigenen ökonomischen und sozialen Lage erhoffen ließ, vermochten sich jedoch nicht durchzusetzen, und der Magistrat der Stadt lehnte das Bündnis und Freundschaftsangebot der aufständischen Bauern ab. Er ermahnte dabei die Aufständischen, wie der Ordenschronist Johannes Renner berichtet, auf ihre Höfe zurückzukehren und ihren Herren wieder den Gehorsam zu leisten.¹¹ Ungeachtet der Absage der Stadt Reval griff der Bauernaufstand weiter um sich, so daß sich der Ordensmeister genötigt sah, die Unterstützung dänischer Truppen zu erbitten.

Ein besonderes Charakteristikum der Bauernbewegung von 1560 war das Zusammenwirken der Aufständischen mit russischen Okkupationstruppen; dies wird aus den Quellen ganz deutlich. So bezichtigt Herzog Magnus von Holstein in einem Schreiben vom 13. Oktober 1560 die Russen der Aufwiegelung der Bauern gegen ihre Herren.¹² Auch in anderen Berichten ist von der Unterstützung des Aufstands durch die Russen die Rede. Ganz besonders aber aus den Hinweisen von Herzog Magnus wird der panische Schrecken deutlich, den die Erhebung der Bauern unter den livländischen Feudalherren ausgelöst hatte.¹³ Nur unter Anspannung aller Kräfte und mittels auswärtiger Hilfe gelang es der immer schwächer werdenden Ordensmacht, die Bewegung einzudämmen und zu unterdrücken. Mit den Aufständischen wurde, wie überall, grausam ins Gericht gegangen.

Wie groß die Furcht der adligen Grundbesitzer vor erneuten Bauernerhebungen war, bezeugt der Text der Privilegien, die dem livländischen Adel ein Jahr darauf, 1561, zugestanden wurden. In Artikel 26 des sogenannten Privilegiums Sigismundi heißt es, daß die nichtdeutschen Bauern häufig ihre adligen Herren

¹¹ JOHANNES REMER, *Livländische Historien 1556–1561*. Hrsg. von P. Karstedt (= Veröffentlichungen der Stadtbibliothek Lübeck, Neue Reihe, Bd. 2), Lübeck 1953, bes. S. 105f.

¹² C. SCHIRREN (Hrsg.), *Neue Quellen zur Geschichte des Untergangs livländischer Selbständigkeit*. Bd. 3, Reval 1885, Nr. 225, S. 59. Vgl. auch den Brief des neuen Ordensmeisters Gotthard Kettler an den Rat von Reval vom 14. Oktober 1560, in dem er die Stadt auffordert, den Bauernaufbruch einzudämmen. (Vgl. F. Bienemann [Hrsg.], *Briefe und Urkunden zur Geschichte Livlands in den Jahren 1558–1562*, Bd. 4, Riga 1873, Nr. 656, S. 95ff.)

¹³ Vgl. dazu JA. ZUTIS, К вопросу о Ливонской политике Ивана IV., in: *Известия АН СССР, серия ист. и фил.* IX, Nr. 2 (1952), S. 140f.

erschlugen, weshalb es recht und billig sei, den livländischen Grundbesitzern die Gerichtsbarkeit über ihre Bauern zuzuerkennen.¹⁴ Dadurch wurden diese in die Lage versetzt, mit Todesurteilen gegen aufständische und ungehorsame Bauern vorzugehen.

Indessen wie die weiteren Ereignisse in der Geschichte Livlands zeigten, sollten sich die feudalen Machthaber nur kurze Zeit der Ruhe vor Bauernerhebungen erfreuen. Bereits 1577 flammte in Lettgallen ein machtvoller Bauernaufstand auf, der breite Ausmaße annahm. Auch diese Erhebung stand in Zusammenhang mit den Ereignissen des Livländischen Krieges, der die Bauern mehr und mehr verelenden ließ. Auch diesmal versuchten die russischen Wojewoden die Bewegung der lettischen Bauern gegen deren deutsche Herren geschickt auszunutzen, indem sie die Aufständischen in jeder Weise unterstützten. Von dieser Aufstandsbewegung wurde auch die litauisch-polnische Position in Livland erheblich bedroht, zudem Stefan Báthory zur gleichen Zeit mit starken Kräften Danzig belagerte und so in Livland nur schwache Söldnertruppen unterhielt. Im August 1577 berichtete ein polnischer Magnat von der katastrophalen Lage der litauisch-polnischen Truppen in dem von ihnen besetzten Teil Livlands, die, verschanzt in Burgen, von aufständischen Bauern belagert wurden. Die rebellierenden lettischen Bauern eroberten eine Feste nach der anderen, so daß für die herrschenden Klassen schleunigst Hilfe geboten war.¹⁵

Auch in diesem Falle veranlaßte die Furcht der Grundbesitzer vor weiteren Erhebungen der Bauern die feudalen Machthaber Livlands, in das Verfassungsgesetz von 1582, in die *Constitutiones Livoniae*, den Passus aufzunehmen, der den Bauern das Tragen von Waffen ausdrücklich untersagte. Sogar die nichtdeutschen Ältesten, die von den Grundherren als eine Art Aufseher über die leibeigenen Bauern gesetzt wurden, durften nur, wie es im Gesetz hieß, bei Ausübung ihrer Amtspflicht bewaffnet sein.¹⁶

Am Ende des 16. Jhs. steht in Livland der große Stadtaufstand von Riga. Es handelte sich hier um eine soziale Erhebung der unteren deutschen und nicht-deutschen Stadtschichten gegen die mit Polen paktierende patrizische Obrigkeit, vergleichbar etwa dem Aufstand unter Jürgen Wullenweber in Lübeck.¹⁷ Diese dramatische Volksbewegung der Jahre 1584 bis 1589, die von der bürgerlichen Geschichtsschreibung als sogenannte Kalenderunruhen abgetan wird, war eine Bewegung, die in Riga zur Errichtung einer demokratischen Ordnung durch die

¹⁴ E. E. AIDNIK, Zur Geschichte des „Privilegiums Sigismundi Augusti“ für die livländische Ritterschaft vom 28. November 1561, in: „Historische Zeitschrift“ 157 (1937) S. 69–74. Vgl. auch E. KUNTZE, Organizacja Inflant w czach Polskich, in: Polska i Inflanty. Hrsg. von St. Kutrzeby, Gdynia 1939, S. 8f.

¹⁵ *Acta historica res gestas Poloniae illustrantia*, Bd. 11: Continet Acta Stephani regis 1576–1586, Kraków 1887, p. 88–90.

¹⁶ *Volumina legum*, Bd. 2, St. Petersburg 1859, p. 220. Vgl. auch B. BREŽGO, Очерки по истории крестьянских движений в Латгалии 1577–1907, Riga 1956, S. 14 und E. KUNTZE, a. a. O., S. 16.

¹⁷ Von sowjetlettischer Seite vgl. JA. ZUTIS, Vidzeme kā Poļu un Zviedru cīņas objekts, Riga 1949, S. 20–35.

niederen Volksschichten führte; sie scheiterte nicht zuletzt an den nationalen Gegensätzen der sich schließlich gegenseitig bekämpfenden Aufständischen. Noch während der Erhebung forderten die deutschen Zunftmeister und die Kleine Gilde, die lettischen Handwerker in ihrer Tätigkeit zu beschränken. Die Aufständischen vermochten es zudem nicht, eine dauernde Stütze bei den nicht-deutschen Bauern der Umgebung von Riga zu erlangen. Jedoch ohne die Unterstützung der lettischen Bevölkerung in und um Riga war der Stadtaufstand zum Scheitern verurteilt. Es gelang so der alten Obrigkeit, mit Hilfe polnischer Truppen in Riga das alte Stadtre Regiment wieder aufzurichten.¹⁸

Wenn die Reformation und die Volksbewegungen in Livland im 16. Jh. sich auch in keinem Falle zu einer frühbürgerlichen Revolution auswuchsen, so waren die skizzierten Ereignisse doch von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der baltischen Völker. Die bürgerliche Geschichtsschreibung hat gerade die Volksbewegungen in Livland bislang nicht nur ungenügend erforscht und weitgehend unrichtig dargestellt, sondern deren Existenz vielfach gänzlich geleugnet. Der künftigen Livlandforschung obliegt es daher, diese für die nationale Geschichte Lettlands und Estlands von entscheidender Bedeutung gewordenen Volksbewegungen historisch wahrheitsgetreu und im großen Rahmen des revolutionären 16. Jhs. darzustellen.

¹⁸ Über die Rigaer Volksbewegung in den Jahren 1584–1589 bereitet W. KÜTTLER, Jena, eine spezielle Arbeit vor.

GERHARD ZSCHÄBITZ

*Die Stellung der Täuferbewegung im Spannungsbogen der deutschen
frühbürgerlichen Revolution*

Die marxistische Geschichtswissenschaft hat die Klassenkämpfe der sogenannten Reformationszeit als in sich zusammenhängende Abfolge erkannt und nach sorgsamer Analyse als frühbürgerliche Revolution definiert. Keine Revolution hat sich je in einzelnen isolierten Akten oder Ereignissen erschöpft. Die fortschrittlichen gesellschaftlichen Umwälzungen stellen im Rahmen des objektiven Geschichtsablaufs wiederum Prozesse dar und fordern die Historiker auf, sie zu begrenzen und zu periodisieren. Zeitlich abzustecken ist die revolutionäre Situation, die aus einer gesamtnationalen, Ausgebeutete und Ausbeuter umfassenden Krise erwächst, ohne die eine Revolution unmöglich ist.

Die vorgelegten Thesen weisen der deutschen frühbürgerlichen Revolution einen weitgespannten Bogen zu. Er verläuft von 1476 über eine aufsteigende Phase der Klassenkämpfe zum Höhepunkt zwischen den Jahren 1517 und 1525. Eine absteigende Periode endet 1535. Bei solch umfassender Betrachtung treten vergleichbare Ansätze der Gesetzmäßigkeiten und Phasenabläufe der bürgerlichen Revolution deutlich hervor, die bereits diesem Klassenkampfkomplex eigen waren.

Der Auftakt wird in das Jahr 1476 verlegt. Zu diesem Zeitpunkt kam es zur ersten Bauernverschwörung mit Massencharakter, deren Programm sich in den Bußpredigten Hans Böheims von Niklashausen als ein äußerst radikales widerspiegelte.¹ Im gleichen Jahre erschien die Reformatio Sigismundi im Druck, nachdem diesem von 1438 an 17 Handschriften vorangegangen waren. Damit wurde ein Reformplan breiten Massen zugänglich, der zum revolutionären Denken anregte und zahlreiche spontane Vorstellungen in eine bestimmte Richtung zwang. Die Bundschuhverschwörungen bis zum Jahre 1517 aber nahmen in Ansätzen bereits die Bündnissituation des Großen Bauernkriegs voraus, in dem sich Bauern und städtische Plebejer – wenn auch im ganzen unzureichend – zum revolutionären Kampfe zusammenfanden. Ihre Programmforderungen gingen nicht nur auf bäuerliche Interessen ein², sie berücksichtigten zum Teil auch die Lage der Stadtarmut und städtischer kleinbürgerlicher Schichten, überwand also bis zu einem gewissen Grade mittelalterliches ständisches und lokalgebundenes Denken.

Mit der Zerschlagung der ober- und mitteldeutschen Bauernheere im Sommer 1525 kann die frühbürgerliche Revolution nicht als beendet angesehen werden. Die

¹ Vgl. Dokumente des Großen Deutschen Bauernkriegs. Auswahl besorgt von H. Kamnitzer. Vgl. A. MEUSEL, Thomas Müntzer und seine Zeit. 1952, S. 185–189.

² Vgl. ebenda, S. 189–191.

revolutionäre Situation war damit nicht beseitigt. Die dem Bauernkrieg folgende Phase ist hinsichtlich der Untersuchung ihrer Klassenkämpfe freilich recht stiefmütterlich behandelt worden. Natürlich weist sie nicht solche dramatischen Höhepunkte auf wie der Bauernkrieg, wenn man von der Verteidigung des Münsterer Wiedertäuferreichs gegen Fürsten und Reich absieht. Die Frage nach dem Verhalten der Volksmassen angesichts des nahezu vollständigen Sieges der Fürsten aber sollte von allgemeinem geschichtlichen Interesse sein.

Die revolutionären Impulse wirkten nach dem Bauernkrieg unter den Volksmassen weiter, allerdings in veränderter Gestalt und angepaßt an die neue, durch die furchtbare Niederlage gekennzeichnete Situation. Ihre Erbitterung scheint genährt worden zu sein von den nachträglichen Brandschatzungs- und Strafgeldern, von den anhaltenden Verfolgungen, von den Schadenersatzforderungen, die die Klöster bis über die Mitte der dreißiger Jahre hinaus erhoben, und wohl auch von der unbedingten Verurteilung der Erhebung seitens der Vertreter des Luthertums, von denen man vielerorts noch bei Beginn des offenen Kampfes, in völliger Verkennung ihrer anders gelagerten Klassenbindung, zumindest moralische Unterstützung erwartet hatte. Gerade Letzteres sollte bei der religiös-theologischen Umgarnung der Volksmassen im ausgehenden Mittelalter nicht außer acht gelassen werden. Indem sie die objektive Gegnerschaft der bürgerlichen Reformation mehr oder weniger deutlich erfassen lernten, versagten sie ihr die Unterstützung. Bei vielen Menschen aber bogen sich die Bewußtseinsinhalte in die Formen einer neuen Ketzerei ab.

Gewisse vage Hoffnungen auf eine nachträgliche Revidierung des Ausgangs der Erhebung wurden noch über das Jahr 1525 hinaus aufrechterhalten durch den Alpenländischen Bauernkrieg und durch das Wirken Michael Gaismaiers im Venezianischen und in der Schweiz. Verschiedene Verschwörungen und Handstreichpläne in Ober- und auch Mitteldeutschland bis ins Jahr 1528 müssen als Nachzuckungen der revolutionären Kämpfe angesehen werden. Sie blieben jedoch vereinzelt und ohne praktische Bedeutung. Die militärische Übermacht der Sieger war zu groß, die Erschöpfung der Volksmassen zu allgemein, als daß der aktive Kampfwille der Bauernkriegszeit im großen hätte fortwirken können, wenngleich es an anziehungskräftigen radikalen Aktionen nicht ganz fehlte.

Ausdruck der Massenstimmung nach dem Höhepunkt der frühbürgerlichen Revolution ist die Täuferideologie, die trotz ihrer außerordentlichen Zersplitterung und Variationsbreite in der Argumentation, wie auch in der Konsequenz praktischen Verhaltens durchaus übereinstimmende Merkmale aufweist. Bürgerliche Historiker geben sich viel Mühe, die Entstehung des Täufertums aus rein religiösen Beweggründen her abzuleiten, um es von seiner gesellschaftlichen Verwurzelung zu lösen.³ Sie wollen nicht wahrhaben, daß religiöses Denken dem Menschen nicht

³ So z. B. W. P. Fuchs, nach dem es zu den bestürzendsten Erfahrungen der Reformation gehörte, „daß sich aus dem Kreise der für das Evangelium Gewonnenen immer wieder Gruppen mit einem anderen Schriftverständnis aussonderten, . . .“ Vgl. B. GEBHARDT, Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 2. Hrsg. von H. Grundmann. 8. Aufl.

als Attribut anhaftet, sondern letztlich Produkt gesellschaftlicher Erziehung im weitesten Sinne ist. Niemand wird die außerordentliche Geschichtsmächtigkeit der religiösen Ideologie besonders in der Reformationszeit in Abrede stellen. Die Aufnahmebereitschaft ganz bestimmter Bevölkerungsteile für besonders akzentuierte Lehren, deren Wandlungen und Weiterbildungen und auch deren Rückwirkungen auf die gesellschaftliche Basis aber lassen sich nur aus der Klassenkampfsituation der Zeit bei voller Beachtung der Bewußtseinsstradition erklären. Indem bürgerliche Geschichtswissenschaftler von subjektiven Positionen aus die historische Bedingtheit alles religiösen Denkens leugnen, machen sie sich bewußt oder unbewußt zu Apologeten eines gefährlichen politischen Konservativismus.

Die Täuferbewegung ist von konfessionsgebundenen Historikern bis in die neueste Zeit hinein feindselig behandelt worden.⁴ Im Zuge der jetzt allen christlichen Richtungen anhaftenden Tendenz, ihre dogmatischen Unterschiedlichkeiten zurücktreten zu lassen, um eine Einheitsfront gegen den Marxismus-Leninismus formieren zu können, tritt man auch dem frühen Täuferum wohlwollender gegenüber, auf das sich die heutigen Mennoniten als auf ihre Vorfahren mit Nachdruck berufen. Um gewisse äußerliche Übereinstimmungen zu retten, wurde alles Revolutionäre aus einer Bewegung eliminiert, die zunächst spontaner, unausgereifter Ausdruck einer breiten Volksopposition war. Gewaltsam beschneidet man die radikalen Flügel, um den „Nachweis“ zu führen, daß sich die Täuferbewegung schon in ihren Anfängen beständig loyal und friedlich zum bestehenden Herrschaftssystem verhalten habe. Radikale oder revolutionäre Erscheinungen wurden und werden kurzerhand als nicht zum Täuferum gehörend verworfen. Eine dogmatische Sonde wühlt in den von einer umfangreichen Volksbewegung getragenen gärenden, tastenden und ineinanderfließenden Verhaltensweisen. Sie rubriziert⁵, verwirft und wählt „Brauchbares“ nach äußerlichen, vielfach zufälligen Riten und Erscheinungsformen in unwissenschaftlicher – man möchte fast sagen zweckbedingter – Weise aus.⁶

1955, S. 75; F. BLANKE spricht das Täuferum in gleicher Weise als Seitentrieb der Reformation an. Es sei apolitisch gewesen und habe mit Klassenkämpfen nichts zu tun. „Täuferum und Reformation“ (= Reformatio, 1957), S. 212–223.

⁴ Zum Problem vgl. G. ZSCHÄBITZ, Zur mitteldeutschen Wiedertäuferbewegung nach dem Großen Bauernkrieg. „Leipziger Übersetzungen und Abhandlungen zum Mittelalter“. Reihe B, Bd. 1 (1958) S. 9ff.

⁵ Über die übliche Unterscheidung zwischen friedlichen und radikalen Täufern ging F. Heyer hinaus. Er klassifizierte bei Einbeziehung der „unparteiischen Spiritualisten“ Franck und Schwenckfeld die Bewegung hinsichtlich ihrer Stellung zum Staate. Vgl. F. HEYER, „Der Kirchenbegriff der Schwärmer“. In: „Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte“, 166 (1939), S. 89ff.; auf ähnlicher Position J. L. GARRETT, The nature of the church according to the radical continental Reformation. In: „Mennonite Quarterly Review“ 32 (1958) S. 111–127.

⁶ Es überwuchert methodisch in der Geschichtsschreibung über die Täufer einseitig die theologische Interpretation der uns überlieferten täuferischen Schriften. Die Prediger und Wanderlehrer, die meist über größere Bildungsbreite verfügten als die Masse der mit ihnen Sympathisierenden, und bei denen das religiöse Motiv im allgemeinen unvermischer hervortrat als bei den Anhängern, sind nicht die Täuferbewegung. Die zahlreichen Ver-

Dabei spielt die Frage nach dem Entstehungsgebiet des Täuferturns eine nicht unwichtige Rolle. Die profilierte mennonitische Geschichtsschreibung bestimmte hierfür die vom Radikalismus weniger betroffene Schweiz und Oberdeutschland, von wo aus sich die Bewegung als rein religiöse nach dem Norden und Osten hin ausgebreitet haben soll.⁷

Diese vereinfachende ideengeschichtliche Betrachtungsweise verzerrt die historischen Tatbestände. In den Täuferlehren konzentrierte sich der objektive Protest aller derjenigen, die vom praktischen Ergebnis der bürgerlichen Reformationen und vom Ausgang des Bauernkrieges enttäuscht worden waren. Sie blieben nicht die einzige Antwort. Viele resignierten und flüchteten in den Schoß der alten Kirche zurück. Das Luthertum konnte sich nach dem Bauernkriege nicht mehr auf die Stoßkraft der Massen stützen. Andere fanden sich grollend mit den neuen Verhältnissen ab. Nicht wenige aber rangen um neue Formen gemeinschaftlichen Denkens und Lebens und gaben einen aufnahmewilligen Resonanzboden ab für Lehren, die objektiv in vollem Widerspruch zu den offiziellen kirchlichen Ideologien standen. Die allmählich entstehende locker organisierte Täuferbewegung stellte Kristallisationszellen dar, vorerst in den Städten, später auf das Land übergreifend. Sie orientierte mit ihren Lehren und Verhaltensvorschriften, ihren Urteilen und Bewertungsmaßstäben die geschlagene antifeudale Opposition. Sie bildete gewissermaßen ihren Vortrupp.

Beim Studium der Verhörsakten läßt sich erkennen, daß Sympathien für täuferische Lehren sehr weit verbreitet waren, daß dies aber durchaus noch nicht feste Zugehörigkeit zu einer Gemeinde bedeutete. Diese blieben in der Frühzeit fließende Gebilde ohne fest umrissene und erstarrte Lehrmeinungen. Sehr häufig standen und fielen sie mit der persönlichen Bindung zu Lehrern oder Predigern, die sich um Festigung, Ausbreitung und Vereinheitlichung der wogenden Ideen bemühten. Der sozialen Herkunft nach treten uns städtische Plebejer und Vertreter des Vorproletariats, Gesellen, kleine Handwerker bestimmter Berufsgruppen, Bauern, aber auch hin und wieder Vertreter aus den Bildungsschichten entgegen, die um eine neue, organisierende Ideologie rangen.⁸

hörsakten spiegeln die konkrete Wirkung der Predigt bei den Hörern meist besser wider. Diese hörten aus den Lehren nicht nur das ihnen Zusagende heraus, sie legten nicht selten auch eigene Gedanken und Strebungen hinein. Das Verhältnis zwischen Prediger und Anhänger müssen wir uns als ein echtes dialektisches denken, d. h., wir müssen die wechselseitige Abhängigkeit und beständige Befruchtung berücksichtigen.

⁷ Besonders akzentuiert bei H. S. BENDER, Die Zwickauer Propheten, Thomas Müntzer und die Täufer. In: „Theologische Zeitschrift“ 8 (1952) S. 263ff. Kritiken an solch einseitiger Auffassung blieben in ideengeschichtlichen Vergleichen stecken. Vgl. G. MECENSEFFY, Die Herkunft des oberdeutschen Täuferturns. In: „Archiv für Reformationgeschichte“ 47 (1956) S. 252ff. Sie wies auf Hutsche und Müntzersche Einflüsse im oberdeutschen Gebiet hin. Nach J. F. KIWIET, The theology of Hans Denck In: „Mennonite Quarterly Review“ 32 (1958) S. 3ff. läßt sich das Täuferturn in seiner Gesamtheit nicht aus der Züricher Wurzel ableiten. Eine Richtung sei von der deutschen Mystik bestimmt gewesen.

⁸ Vgl. P. PEACHEY, Die soziale Herkunft der Schweizer Täufer in der Reformationszeit (Diss. 1954).

Bausteine stellte das Ideenrepertoire vorreformatorischer Ketzereien zur Verfügung, die als Unterströmung auch in der bewegten großen Zeit der lutherischen Reformation 1520 und 1521 nicht verschwanden.⁹ Die Lehren der Volksreformation boten dem Täuferum Anregungen. Zwinglianische und Karlstadtsche Einflüsse¹⁰ sind bei verschiedenen Gruppen nachweisbar. Bauernkriegsargumente und selbst weitverbreitete Losungen treten uns entgegen.¹¹ Auch Thomas Müntzers Lehren flossen, meist verzerrt und ihres politischen Grundgehalts beraubt, hier und da in täuferisches Denken ein.¹² Direkt und unmittelbar läßt sich aber das Täuferum mit dem Wirken Thomas Müntzers nicht in Beziehung setzen.

- ⁹ Die These Ludwig Kellers, nach der die Täufergemeinden unmittelbare Fortsetzungen „Altevangelerischer Brüdergemeinden“ sein sollten, die sich bis zur Zeit Kaiser Konstantins zurückverfolgen ließen, hat in der mennonitischen Geschichtsschreibung bis in die 30er Jahre dieses Jahrhunderts eine Rolle gespielt. Sie hat sich als unhaltbar erwiesen. Vgl. R. FRIEDMANN, A Hutterite Book of Medieval Origin. In: „Mennonite Quarterly Review“ 30 (1956) S. 65ff. Zahlreiche Vorstellungen älterer Ketzerrichtungen aber tauchen im Täuferum wieder auf. Manche Verhaltensweise findet sich bei Waldensern, Begharden, Flagellanten und besonders im Hussitismus vorgebildet. Vom taboritischen Chiliasmus lassen sich die ersten unmittelbaren Einflüsse auf das Täuferum nachweisen. Hier spielten die bekannten fünf Städte eine Rolle, in die sich die Gläubigen vor dem Strafgericht Gottes retten sollten. Vgl. den 8. Artikel des Magisters Laurentius von Brezina in „Geschichtsschreiber der Husitischen Bewegung in Böhmen.“ Hrsg. von K. Höfler in den *Fontes rerum Austriacarum*, I. Abt., Bd. II, 1856, S. 435. Fünf Städte sind z. B. in der Vorstellungswelt des chiliastischen Täuferführers Hans Hut vorhanden. Vgl. *Quellen und Forschungen zur Reformationgeschichte*. Bd. XVI *Quellen zur Geschichte der Wiedertäufer*. Bd. 2: Markgraftum Brandenburg (Bayern I. Abt.). Hrsg. von K. Schornbaum (1934), Nr. 234, S. 211f.; Nr. 292, S. 279. In den Lehren der Zwickauer Propheten lassen sich Ausläufer waldensisch-taboritischer Gedanken erkennen, die ebenfalls ins Ideenkonglomerat des Täuferums eindringen. Libertinistische Gruppen der sogenannten „Blutsfreunde“, die um die Mitte des 16. Jhs. in Mitteldeutschland aufgespürt wurden, hielten sich für sündlos, weil sie „nach dem Geist aus Gott geboren“ seien, griffen also auf Vorstellungen der „Brüder und Schwestern des freien Geistes“ zurück. Vgl. P. WAPPLER, Die Täuferbewegung in Thüringen von 1526–1584. *Beiträge zur neuen Geschichte Thüringens*. Bd. II (1913) Nr. 62a, S. 481.
- ¹⁰ Um den sakramentalen Charakter des Abendmahles auszuschalten, bedienten sich bestimmte Richtungen der Karlstadtschen Argumentation, nach der Christus bei den Einsetzungsworten auf den eigenen Körper gedeutet haben sollte. Vgl. WAPPLER, a. a. O., Nr. 34, S. 309 und E. JACOBS, Die Wiedertäufer am Harz. In: „Zeitschrift des Harz-Vereins für Geschichte und Altertumskunde“ 32 (1899) 3, S. 503.
- ¹¹ Noch 1536 rief ein Wiedertäufer vor seiner Hinrichtung dem Hauptmann von Weimar die alte Bauernlosung zu: „Do Adam rewte und Eva span, wer was diezeit ein idelman?“ WAPPLER, a. a. O., Nr. 53 v, S. 417.
- ¹² Vgl. z. B. J. K. SEIDEMANN, Das Ende des Bauernkrieges in Thüringen. In: „Neue Mitteilungen aus dem Gebiet hist.-antiqu. Forschungen“ 14 (1878) S. 459 und 423; WAPPLER, a. a. O., Nr. 10c, S. 253; Nr. 12b, S. 257; Nr. 46a, S. 360; Nr. 54b, S. 429f.; Nr. 54d, S. 432; Nr. 54o, S. 451f.; Nr. 56a, S. 462f. Ein Geschichtsbuch der Hutterer hebt Müntzer lobend aus der Reihe der Reformatoren heraus. Vgl. J. BECK, Die Geschichtsbücher der Wiedertäufer in Österreich-Ungarn. *Fontes rerum Austriacarum*, II. Abt., Bd. 43, 1883, S. 12f., Anm. 2. L. Müller wies auf die sprachliche Abhängigkeit verschiedener Schriften der Hutterer von der Ausdrucksweise Thomas Müntzers hin. Vgl. L. MÜLLER, Der Kommunismus der mährischen Wiedertäufer. (1927). G. Mecenseffy machte in Polemik gegen H. S. Bender auf die Abhängigkeit der Schriften Huts von

Die sozialpolitische Grundhaltung der Täuferlehren stimmte mit der der Bauernkriegszeit im ganzen nicht mehr überein. Thomas Müntzer aktivierte die Massen zum persönlichen Kampfe um neue, mit dem Willen Gottes im Einklang befindliche gesellschaftliche Verhältnisse. Die Täufer trachteten in ihrer Mehrzahl danach, die „Welt“ zu ignorieren, die man nach der großen Niederlage nicht mehr offen bekämpfen zu können glaubte. Der Staat als Produkt des Bösen sollte durch Bekehrung aller Menschen zum wahren christlichen Lebenswandel überflüssig gemacht werden.¹³ Andere warteten auf das unmittelbare Eingreifen Gottes, an das sich sehr irdische Hoffnungen knüpften.¹⁴ Innerhalb möglichst abgeschlossener Gemeinschaften bereiteten sie sich als „Auserwählte“ auf den Tag des Herrn vor. Nicht selten suchten sie aus biblischen und apokalyptischen Prophezeiungen den Zeitpunkt der göttlichen Veränderung zu erkunden¹⁵ und deuteten aktuelle Ereignisse als Vorboten für die Wiederkunft Christi.

Zweifellos blieb dieser chiliastische Typus zahlenmäßig in der Minderheit. Seine gesellschaftliche Wirksamkeit aber war ungleich größer, als die der Verfechter einer passiven Selbstheiligung. Er bot den hoffenden Menschen ein Nahziel und aktivierte ihre revolutionären Potenzen. Für den weiter verbreiteten sogenannten friedlichen Zweig aber ist gleichfalls die Ablehnung aller von den verschiedenen Obrigkeiten geformten und beherrschten sozialpolitischen und damit kirchlichen Verhältnisse kennzeichnend. Das ist das verbindende, gemeinsame Grundanliegen aller Täufergruppen.

Die Spättaufe, das Symbol der Bewegung, wird trotz subjektiver biblizistischer Begründung zum objektiven Ausdruck der Verneinung der Rechte der obrigkeitsgebundenen Kirchenorganisationen auf die Erziehung der Menschen. Diese soll sich innerhalb der auf freiwilliger Grundlage entstandenen Gemeinde vollziehen,

denen Thomas Müntzers aufmerksam. Vgl. H. S. BENDER, Die Herkunft des oberdeutschen Täuferturns. In: „Archiv für Reformationsgeschichte“ 47 (1956) S. 252–259. Zum gleichen Thema G. ZSCHÄBITZ, a. a. O., S. 32 ff. H. Fast anerkannte die Einflüsse Hutschen und damit Müntzerschen Gedankenguts auf die österreichische Täuferbewegung und auf die von ihr abhängigen mährischen Gemeinden. Vgl. H. FAST, Pilgram Marbeck und das oberdeutsche Täuferturn, ebenda, S. 218. L. MÜLLER stellte inhaltliche Abhängigkeit einer Hutschen Schrift von einer solchen Hans Dencks fest. Vgl. Glaubenszeugnisse oberdeutscher Taufgesinnter. Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte. Bd. 20, 1938, S. 11, Anm. 3. R. FRIEDMANN untersuchte theologische Nachwirkungen Thomas Müntzers bei verschiedenen Täuferführern. Thomas Müntzers relation to Anabaptism. In: „Mennonite Quarterly Review“, 31 (1957) S. 75 ff.

¹³ Diese Haltung besonders ausgeprägt bei Ambrosius Spittelmayr. Vgl. seine Bekenntnisse in: Quellen zur Geschichte der Wiedertäufer, Bd. 2, a. a. O., Nr. 56, S. 52.

¹⁴ Georg Nespitzer bekannte 1530 auf der Folter, daß Christus den Täufern das Schwert geben soll, „alle obrigkeit auszureuten, desgleichen alle gueter gemain zu machen“. Quellen zur Geschichte der Wiedertäufer, Bd. 2, a. a. O., Nr. 206, S. 188.

¹⁵ Hans Hut und seine Anhänger glaubten, den Zeitpunkt der Wiederkunft Christi bestimmen zu können und verlegten ihn in das Jahr 1528. Vgl. WAPPLER, a. a. O., Nr. 2, S. 242 Nr. 12, S. 258. Aber auch Melchior Hofmann sagte das Ende der Welt voraus und baute auf diese Prophezeiung sein Lehrsystem auf. Eschatologische Gedanken blieben den bürgerlichen Reformatoren nicht fremd. Sie verbanden damit aber keinen Chiliasmus, wie es in den unteren Volksschichten so häufig der Fall war.

in die der Gläubige mit vollem Bewußtsein im verständigen Alter eintritt, und deren Strafgewalt er anerkennt. Die Eucharistie verliert ihren magischen Charakter und wird zum Erinnerungsmahl oder zum Symbol der Verbundenheit mit Christus und untereinander. Die staatlicherseits gebilligten priesterlichen Vermittlungsinstanzen werden ausgeschaltet. Mit der mitunter buchstäblichen Befolgung des Bibelwortes trifft man nicht nur eine fremde geistliche Interpretation. Es liegt hierin die Feindschaft gegen alle Vertreter der offiziellen Wissenschaft eingeschlossen, die als Schriftgelehrte und Feinde Gottes angesprochen werden. Einer überheblichen Buchgelehrsamkeit tritt, wie schon im hussitischen Chiliasmus und früher, die unmittelbare Erleuchtung des einfachen Menschen durch Gott entgegen, der in Träumen und Wunderzeichen seinen Willen bekundet. Bei den zahlreichen Versuchen, durch weitgehende Hilfsbereitschaft der Brüder und Schwestern untereinander dem Vorbild der apostolischen Gütergemeinschaft nahezukommen, spielt die Tendenz eine wichtige Rolle, sich möglichst unabhängig von der außerhalb der Gemeinschaft existierenden Gesellschaft zu halten. Den neuen keimenden kapitalistischen Verhältnissen stand das frühe Täuferium verständnislos und abwehrend gegenüber, weil sie den einfachen Menschen nichts Gutes brachten. So suchten seine Lehren zu konservieren und orientierten die Gläubigen auf Verhältnisse der einfachen Warenproduktion mit konsumtionskommunistischen Einschlügen. Die Verweigerung des Eides und des Kriegsdienstes, die Ablehnung der Übernahme öffentlicher Ämter, Ausdrucksformen, die später als leere Schalen ohne Inhalt weitergegeben wurden, entsprangen ursprünglich der objektiven Gegnerschaft zu den herrschenden Obrigkeiten. Der Bewußtseinsnötigung durch die herrschende Klasse und ihre Ideologen setzten die Täufer eigene Verhaltensweisen entgegen und suchten sie zu rechtfertigen durch Berufung auf das Bibelwort bei Ausschaltung aller menschlichen Zutat.

Die im Verlaufe der offenen Kämpfe gewonnene Höhe des Denkens mit seiner relativen Konkretheit ließ sich freilich nicht behaupten. Manche Richtungen setzten ihre Hoffnungen auf die Türken, die als Werkzeuge Gottes angesprochen wurden, deren Zerstörungswerk man auf Gottes Befehl vollenden wollte, um in einem neuen Reiche mit Christus vereint leben zu können.¹⁶ Chiliastische Hoffnungen, die auch in der Stadt Münster breiten Raum eingenommen haben werden, führten mitunter zur Veränderung der Eheform; denn 144000 Gläubige galten nach apokalyptischer Verkündung als Voraussetzung für das Anbrechen des göttlichen Gerichts.¹⁷

An zahllosen Einzelbeispielen kann die latente Feindschaft des frühen Täuferiums zu den herrschenden Mächten nachgewiesen werden, die sich allerdings sehr

¹⁶ Auch diese Gedanken sind besonders der Hutschen Richtung eigen. Bereits bei den Zwickauer Propheten spielten die Türken für die bevorstehende Veränderung der Welt eine Rolle, deren Einfall von ihnen für die letzten Jahre des dritten Jahrzehnts vorausgesagt wurde. Vgl. P. WAPPLER, Thomas Müntzer in Zwickau und die Zwickauer Propheten. Wissenschaftliche Beilage zu den Jahresberichten des Realgymnasiums mit Realschule zu Zwickau. Ostern 1908, S. 19.

¹⁷ Zur Problematik vgl. G. ZSCHÄBITZ, a. a. O., S. 106 ff.

///

unterschiedlich äußerte. Wie rasch die weit verbreitete pazifistische Haltung, meist unter dem Einfluß chiliastischer Einschlüge, ins Kämpferische umschlagen konnte, das zeigt die Entwicklung in den Niederlanden, wo die friedliche Richtung eines Melchior Hofmann in kürzester Zeit durch das Gottesstreitertum eines Jan Mathys abgelöst wurde. Die Niederländer stellten in der Stadt Münster auch die agilste Gruppe dar, welche die anderen mit sich fortriß. Sie trug wesentlich mit dazu bei, daß sich das Gemeinwesen eineinhalb Jahre lang unter schwierigsten Bedingungen behaupten konnte. Täuferische Entsatzheere versuchten, der belagerten Stadt Hilfe zu bringen.

Auch in den Hansestädten organisierte und mobilisierte die Täuferideologie trotz des pazifistischen Tenors die Unterschichten und ermöglichte ihr Auftreten als politische Partei in verschiedenen städtischen Kämpfen. Der werbende Einfluß der Stadt Münster aber blieb durchaus nicht nur auf täuferische Elemente beschränkt. Er berührte breite Volksmassen nicht nur in den Niederlanden, in Friesland und den Küstenstädten. Er läßt sich auch in Franken und rheinaufwärts bis zur schweizer Grenze hin nachweisen.

Diese sozialreligiösen Ideologien, die wir sehr summarisch als täuferische zusammenfassen¹⁸, entstanden etwa zur gleichen Zeit im Wirkungsbereich der lutherischen und der zwinglianischen Reformation. Sie stellten eine „ähnliche Antwort“ in annähernd gleichartiger sozialpolitischer Situation dar, wenngleich – das muß immer wieder betont werden – in außerordentlich unterschiedlicher Gestalt, die weitgehend von der Zufälligkeit vorhandener Bewußtseins-traditionen abhängig war. Sie verbreiteten sich besonders intensiv in den ökonomisch entwickeltesten Gebieten des damaligen Europa, in denen der Prozeß der sozialen Differenzierung ein zahlenmäßig starkes Plebejertum und Vorproletariat hatte entstehen lassen.¹⁹

¹⁸ V. Husa schrieb: „Es war dies keine Bewegung mit ideeller oder organisatorischer Einheitlichkeit. In die Bezeichnung Wiedertäufer wurden viele zerstreute und gedanklich oft sehr verschiedene Sekten einbezogen. . .“. V. HUSA, O původu novokřtěnství. In: „Karlova universita. Filosoficko-historická fakulta. Zápisky katedry československých dějin a archivního studia.“ 1, 1956 S. 26.

¹⁹ Konkretes Zahlenmaterial läßt sich beim fluktuierenden Charakter der Bewegung sehr schwer gewinnen. Um eine belanglose Winkelsekte handelte es sich keinesfalls, das zeigen bereits die Aufwendungen der Fürsten zur Unterdrückung der Täufer und die zahlreichen Flugschriften der Reformatoren. Vgl. Zusammenstellung aller Täufermandate bei Hege, Art. „Mandate“, In: Mennonitisches Lexikon. Bd. 3. In Lieferungen 1938 ff., S. 4 ff. Reichsgesetzgebung gegen die Täufer in Quellen zur Geschichte der Wiedertäufer. Bd. 1: Herzogtum Württemberg. Hrsg. von G. Bossert. In: Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte. Bd. XIII, 1930, S. 1⁺–10⁺. Wohl überspitzt urteilte H. Ritschl nach Studium der Münsterer Verhältnisse: „Es schien so, als solle die lutherische Reformation von dem radikalen Taufertum abgelöst werden, . . .“. In Münster wußte man nur nicht, „daß es nur eines kühnen militärischen Zupackens bedurft hätte, um den Sieg des Anabaptismus in Niederdeutschland zu entscheiden.“ Vgl. H. RITSCHL, Die Kommune der Wiedertäufer in Münster. 1923, S. 23. W. P. FUCHS stellte fest, daß die lutherische Bewegung unter Bürgern, Bauern und Bergknappen in Tirol fast ganz verdrängt wurde. A. a. O., S. 76. Aufschlußreich sind die Zahlen der Opfer. Die Geschichtsbücher der Wiedertäufer in Österreich-Ungarn berichten von 2169 getöteten, wobei sicher nur die aus der

Daß täuferische Vorstellungskomplexe durchaus nicht nur von engen „Sektenkreisen“ getragen wurden, sondern in ihren Grundzügen den Überlegungen breiter Volksmassen entsprachen, das zeigt eine sozialpolitische Utopie, die den Nürnberger Buchdrucker und Buchführer Hans Hergot zum Verfasser hat: „Von der neuen wandlung eynes Christlichen Lebens“, die im Jahre 1526 entstanden sein wird.²⁰ Es lassen sich Verbindungen Hergots zu Hans Hut, dem Schüler Thomas Müntzers, vermuten. Hergots Gesellen druckten im Auftrage Huts eine der wichtigsten politischen Schriften Thomas Müntzers, die „Ausgedrückte Entblößung des falschen Glaubens . . .“.²¹ Hergots Schrift hat mit Müntzers Grundgedanken nichts gemein, wenn auch gewisse Äußerlichkeiten an sie erinnern. Es fehlt ihr aber auch das markante Pathos der Täuferliteratur, so daß wir die Utopie nicht in diese Schriftengattung einzuordnen vermögen. Hergot zog nach 1524 hausierend besonders in Franken und Westsachsen umher, in Gebieten, in denen vor der Reformation waldensisch-hussitische Ideen weite Verbreitung gefunden hatten und nach dem Bauernkrieg das aufkommende Täuferium mitformen halfen. Hergot war offensichtlich mit den sozialpolitischen Stimmungen seines Abnehmerkreises aus mittleren und unteren sozialen Schichten vertraut, und der Inhalt seiner Schrift entsprach dessen Auffassungen. Die kleinen Buchführer zählten nicht selten zu den Verbreitern radikaler Gedanken, weil sich ihr Bewußtsein am Denken der Massen schulte, mit denen sie immer wieder in Berührung kamen. So entstand eine Schrift, deren Inhalt sich überraschend mit späteren täuferischen sozialpolitischen Standpunkten deckte.

Hergot sieht eine neue Zeitperiode heraufziehen, die vom Heiligen Geist bestimmt sein wird. In ihr zerfallen alle Vorrechte der Geburt und des Standes. Das Volk wird die Adelshäuser besitzen, die Gemeinde Holz, Wasser und Weide im gemeinsamen Gebrauch benutzen. Hergot steht ein Staatswesen vor Augen, in dem geistliche und weltliche Sphäre miteinander verschmolzen sind. Seine Grundzelle ist die Flur mit ihrem Zentrum, dem Gotteshaus. Innerhalb dieses Bereichs

Schweiz stammende Richtung berücksichtigt ist, keinesfalls z. B. die Münsterer. Vgl. J. BECK, a. a. O., S. 277. R. Jones schätzte die Anzahl der allein in den Niederlanden zum Tode gebrachten Täufer auf 30000, eine Zahl die in ihrer Dimension mit den Angaben über die Opfer des Bauernkrieges vergleichbar ist. Vgl. R. JONES *The Anabaptists and minor Sects in the Reformation*. In: „Harvard Theological Review“ 3 (1918) S. 234, Anm. 6.

²⁰ Neu herausgegeben von A. Kirchhoff, Johann Herrgott, Buchführer von Nürnberg, und sein tragisches Ende 1527. In: „Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels“ Bd. 1 (1878) S. 37 ff.; desgl. v. A. Götze und L. E. Schmitt, *Aus dem sozialen und politischen Kampf*. In: *Neudrucke deutscher Literaturwerke des 16. und 17. Jahrhunderts*. Flugschriften aus der Reformationszeit, 20, 1953, S. 45 ff. Geschichte, Beschreibung und Drucke ebenda, S. 48.

²¹ Vgl. THOMAS MÜNTZER, *Politische Schriften*. Mit Kommentar hrsg. v. C. Hinrichs. „Halbische Monographien“ 17 (1950) S. 30; C. HINRICHS, *Luther und Müntzer. Ihre Auseinandersetzungen über Obrigkeit und Widerstandsrecht*. In: „Arbeiten zur Kirchengeschichte“ 29 (1952) S. 135; H. BOEHMER, *Studien zu Thomas Müntzer*. Leipziger Universitätsprogramm 1922, S. 29.

streben die Menschen nach größtmöglicher wirtschaftlicher Autarkie. Die Handwerker betreiben ihren Beruf nicht länger um des Gewinns willen, sondern sie dienen den Bedürfnissen der Gemeinschaft, die auf agrarischer Grundlage fußt. Hieran läßt sich die allgemeine Tendenz der Volksmassen ablesen, den Erscheinungen des Frühkapitalismus auszuweichen. Es ist bezeichnend, daß in Hergots Utopie Städte und Handel nur am Rande vermerkt werden.

Die Leiter der Fluren, die Gotteshausernährer, werden gewählt, ebenso diejenigen, die den Gottesdienst verrichten. Die Gotteshausernährer ernennen einen Landesherrn, der umherzieht und seine Mahlzeiten vom Überschuß der Fluren mit den einfachen Menschen gemeinsam einnimmt. Über den Landesherrn steht ein Viertelsherr der lateinischen Zunge. Zwölf Viertelsherren aber, je vier aus dem lateinischen, griechischen und hebräischen Sprachgebiet, küren einen Oberherrn, in dessen Person sich die Einheit von Geistlichem und Weltlichem verkörpert. Nur dieser Zustand bürgt dem Verfasser für wahre Gerechtigkeit, ohne die sich die kleinen Dörfer der großen Städte und Herren nicht erwehren können.

Wie manche Täuferideologen gibt der Verfasser die Hauptschuld an den Verwirrungen in der Welt den Schriftgelehrten, den Vertretern der geistlichen und weltlichen Wissenschaften. Die Regierenden der neuen Ordnung und ihre Ratgeber sollen aus den Reihen alter, erfahrener und ungelehrter Männer genommen werden, denen Gott mehr Weisheit gibt als den jungen Gelehrten.

Der Verfasser weist auf Wunderzeichen hin, mit denen Gott die Menschen beständig warnt. Nur verblendete Schriftgelehrte wollen sie nicht als solche erkennen. In den Bauern erblickt der Verfasser Werkzeuge Gottes. Er hat sie zur Erhebung gerufen, damit Adel und Schriftgelehrte sich ihrer Sünden bewußt werden sollten. Doch diese Mahnung ist nutzlos geblieben. Deshalb treten jetzt die weit gefährlicheren Türken im Auftrage Gottes zum Kampfe an.

Hergots Utopie wird einer verbreiteten Bewußtseinshaltung in der Nachbauernkriegszeit gerecht. Er ruft nicht zum Kampfe um die von ihm gezeigte neue Ordnung auf. Sie zu errichten, bleibt Gott überlassen. Er weist keinen konkreten Weg wie viele Ideologen des Bauernkrieges. Er gibt keine Anleitung zum Handeln wie Thomas Müntzer. Und dennoch dringt hinter diesen ins Mystische hinabgeglittenen Bewußtseinsinhalten die Ablehnung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse deutlich hervor. Dem Inhalt nach weitgehend rückwärts gerichtet, wirkten solche Ideen, die sich in der Zeit des offenen Kampfes als reaktionär und hemmend erwiesen hätten, in der Periode der Niederlage mobilisierend und organisierend. Sie stärkten die Abwehrkräfte der Volksmassen gegen feudale Unterdrückung und gaben ihnen Selbstbewußtsein und inneren Halt. Sie hielten die revolutionäre Spannung wach, aus der leicht echte revolutionäre Erscheinungen hervorbrechen konnten, wie dies in der Stadt Münster geschah. Wir dürfen eben den Terminus „Täufertum“ nicht in sektenhafter Verengung gebrauchen. In ihm gewinnt die Spitze der antifeudalen Opposition nach dem Bauernkrieg reale Gestalt. Seine Ideologie ist den Auffassungen breiter Volksschichten adäquat, in ihrer Uneinheitlichkeit und Widersprüchlichkeit. Während bei verschiedenen Richtungen der Tenor der Weltflucht, die Ablehnung des aktiven Kampfes vor-

herrschte, erhielten andere Impulse aus alten chiliastischen und extremen spiritualistischen Überlieferungen. So formierte sich die Täuferbewegung als religiös-soziale Strömung bei unterschiedlicher Betonung des Religiösen und des Sozialen. Das frühe Täuferium wurde zum Sammelbecken der vielgestaltigen oppositionellen, radikalen und revolutionären Antworten auf die gescheiterte Revolution, die ineinanderflossen und um endgültige Gestaltung rangen. Es brachte eine Ideologie der Armen empor, in der die Traditionen des Bauernkrieges deutlich nachwirkten, und barg die Möglichkeiten einer abermaligen Erhebung in sich.

Die Klassenkämpfe unter der Flagge des Täuferiums müssen dem Spannungsbogen der frühbürgerlichen Revolution als fester Bestandteil zugeordnet werden, für deren abklingende Phase es in vorangegangenen Volksbewegungen wie auch in den nachfolgenden bürgerlichen Revolutionen Parallelen gibt.

Nach Münster verlor das Täuferium seinen revolutionären Charakter, wenngleich der Fall der Stadt keine messerscharfe Zäsur darstellte. Einmal verstärkte sich der Druck der Obrigkeit ganz außerordentlich. Wichtiger noch wurde ein gesellschaftlicher Strukturwandel innerhalb der Bewegung, der sich allmählich anbahnte, durch den die radikalen Tendenzen zurückgedrängt wurden. Die ideologische Führung ging auf kleinbürgerliche Schichten über. Von diesen scheinen die kompromittierenden plebejischen Elemente verdrängt worden zu sein. Die gepredigte Askese, die Ablehnung öffentlicher Ämter usw. mag dem wirtschaftlichen Aufstieg gewisser Gruppen Hilfestellung geleistet haben²², die damit den Charakter der Bewegung zu prägen begannen. Unter dem Einfluß Menno Simons und anderer Prediger wandelte sich das Täuferium zur echten Sekte, wurde reaktionär, verlor seine gesellschaftliche Sprengkraft und ordnete sich in der Folgezeit Zug um Zug dem staatlichen Kommando unter. Es blieben rituelle Traditionen erhalten, deren ursprüngliche situationsbedingte Bedeutung als Ausfluß revolutionären Strebens von den Anhängern nicht mehr verstanden wurde. Aus der Periode der abklingenden Klassenkämpfe der frühbürgerlichen Revolution aber erkennen wir, daß sich bereits in zurückliegenden Zeitabschnitten die Volksmassen als die eigentlichen Gestalter der Geschichte nicht kampflos in eine Niederlage ergaben, daß sie im Bereich ihrer Denkmöglichkeiten stets nach neuen Auswegen suchten, daß sie, abgestoßen von den Ideologien der herrschenden Klasse, durchaus imstande waren, eigene Vorstellungen zu gestalten, unter deren Flagge sie den Kampf weiterzuführen trachteten.

²² M. WEBER, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus 1934, S. 158; E. CORRELL, Das schweizer Täufermennonitentum. 1925, S. 139.

HENRIK BECKER

Ausgaben frührevolutionärer Quellen

Vergessen wir über der Forschung nicht unsere Verpflichtung, wichtige geschichtliche Zeiten weiteren Kreisen in hoher Anschaulichkeit darzubieten. Die Forschungsergebnisse müssen in richtiger Form dargeboten werden und größere Darstellungen müssen reifen. Noch wichtiger ist es, weiteren Leserkreisen *Quellen* zugänglich zu machen. Die bürgerliche Forschung hat hier vieles unterlassen oder in falsche Bahnen gelenkt. Auch von unseren Forschern sehen viele nicht, daß eine Mitteilung in Fachzeitschriften oder sonst an entlegener Stelle oder in ungenießbarer Form so wenig zählt wie Abhandlungen in unanschaulichem und belegarmen Fachrotwelsch. Wir brauchen gut erschlossene Quellenschriften, die auch ein Arbeiter oder – namentlich zum Bauernkrieg – ein Bauer mit Erfolg ansehen kann.

Von diesem Plan und überhaupt von der Literatur her möchte ich den Zeitraum für die damit geforderte Reihe möglichst weit nehmen, nämlich von bald nach 1300 bis gar nicht weit von 1600. Unten werde ich diese Grenze in einem Fall sogar überschreiten. Wenn man nämlich in diesen fast 300 Jahren irgendeine scharfe Grenze zieht, zerreißt man nicht nur allzu viele wichtige Fäden, man schafft etwas noch Schlimmeres, nämlich leere Zeiträume, lange Jahrzehnte, die man nicht benennen und nicht bezeichnen kann, weil sie eigentlich als Randzeiten der Vorbereitung und des Ausklingens zu diesem großen Zeitraum gehören. Für ihn habe ich nach Vorgang anderer den Namen *Ständezeit*¹ vorgeschlagen. Er soll als eine große Einheit, ein Zeitfach, die ganze Entwicklung zwischen den zwei Höhepunkten umfassen, seine Darstellung schildert in einem Zuge das merkwürdige Hin und Her zwischen der höfischen und der absolutistischen Zeit.

Darum sind zwei an sich wohlbegründete Grenzen gefährlich. Mögen auch erst um 1470 die erregten Bestrebungen ihre große Form erhalten, so wachsen sie alle schon lange heran. Ja, dieses Reifen ist Kennzeichen der keineswegs geringen und langweiligen fast anderthalb Jahrhunderte vom Zusammenbruch der Höflichkeit bis zur Zuspitzung von Humanismus, Ritterbündnis, Städtebündnis, Bauernbewegung. Das sieht man in Wörtern wie etwa *reformatio*, das im 14. Jh. seinen Sinn erhält, man sieht es in ganzen Entwicklungen wie etwa der außerkirchlichen

¹ Vgl. meinen Aufsatz: Grundsätzliches vom 14.–16. Jahrhundert, in: „Wissenschaftl. Zeitschr. der Friedrich-Schiller-Universität Jena“. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 2 (1952/53) 2, S. 63 und Bausteine zur Deutschen Literaturgeschichte, ältere deutsche Dichtung, Halle 1957, S. 210 und S. 203 (nicht wie dort irrtümlich angegeben S. 93).

Theologie mit den drei Stufen Mystik (14. Jh.), Theosophie (15. Jh.) und Reformation (16. Jh.). Man kann diese Einzigartigkeit auf die Klassenlage zurückführen, auf das, besonders in Deutschland, hemmende Klassengleichgewicht, das schließlich nur im Absolutismus aufgelöst werden konnte. Darum bildet auch die Publizistik dieser ganzen Zeit eine Einheit. Diese hört aber auch nicht mit der Frankenhäuser Schlacht oder dem Fall von Münster auf. Erst viel später schwingen die Erregungen aus, etwa sehe ich im adiaphoristischen Streit, der gewiß unterschätzt wird, einen noch wesentlichen Schlußstrich unter diese Spannungen, mit dem sie freilich in wesenloses Theoretisieren versinkt, das nachher nur Unterströmung ohne Bedeutung für das Volk ist.

Ich fordere darum eine *starke Herausgebertätigkeit* wichtiger Schriften von den frühen Reformschriften des 14. Jhs. bis zu den letzten Liquidationen der Reformationserregung um 1580. Die beste Form sind Einzelausgaben in Broschüren oder Ausstattung etwa der Neudrucke aus Halle. Daher ersetzt etwa eine große Müntzerausgabe diese Einzelausgaben nicht, sogar eine immer noch zu leistende Ausgabe mehrerer politischer Schriften Müntzers oder des bis zur Hertzschen Ausgabe fast unzugänglichen Karlstadt genügt nicht der Leselust und Leistungsfähigkeit der Nichtfachleute; es möchte in einem für Studenten und Schulungen erschwingbaren und bewältigbaren Heftchen etwa lediglich die Fürstenpredigt mit allen Hilfen dargeboten werden. *Ganzschriften* sollen überwiegen, aber dort, wo nur einige bedeutsame „Kraftstellen“ unter dem üblichen moralischen oder theologischen Streit- oder Lehrgespräch auftauchen, sollte man – sogar für den Fachmann – eine *Lese* veranstalten. Etwa sind nur einzelne Äußerungen aufrechter Männer bedeutsam, die wie Boemus den Bauernkrieg vorbereiten halfen oder wie Speratus dem Besiegten warme Worte widmeten. Wenn man die entscheidenden Äußerungen nicht zu stark vereinzelt (wie das beim Zitieren in Forschungsarbeiten nötig ist), erfüllen in solchen Fällen auch Auszüge den Sinn einer Quellenveröffentlichung. In diesem Sinne hoffen wir den oberrheinischen Revolutionär nun recht bald lesen zu können, um den die Mühen allzulange laufen. Aber auch ich bemühe mich seit Jahren vergeblich um einen späten literarischen Nachhall des Bauernkrieges, Martin Rinckharts *Monetarius seditiosus*, das Müntzerschauspiel für 1625, ein sehr merkwürdiges Denkmal von Haß und Furcht.

Die Ausgaben müssen *streng* sein. Ich habe viel gegen die halben oder ganzen Erneuerungen, mit denen vor etwa zwanzig Jahren der vorher ja fast ganz verpönte Müntzer allein bekannt gemacht wurde. Immerhin muß man dem Geschichtsfreund entgegenkommen, dem Laien, dem meist von Wirtschaftsgeschichte und Ideologie her zur Geschichte kommenden Funktionär, dem Studenten. Die letztgenannten sind sogar besonders schlechte Leser, teils weil sie das Quellenlesen unterschätzen, teils weil sie kaum Zeit zum mühsamen Entziffern haben, zu dem ihnen die übliche Ausbildung sogar der Germanisten kein Rüstzeug bietet. Allen muß das Lesen und damit das wirklichkeitsnahe Erleben so leicht gemacht werden, als es mit Ehren geht. Zu allererst müssen also die Ausgaben *lesbar* sein. Die Schreibung darf man ohne Bedenken weitgehend normen und maßvoll erneuern.

Der möglichst klare Text und die zahlreichen nötigen Lesehilfen müssen so geschickt verbunden werden, daß in jedem Fall die einfachste Brücke vom Wortlaut zur Erklärung führt. Beispiele wirklich glücklicher Druckgestaltung haben wir bisher kaum, weil frühere Ausgaben in heute unvertretbarer Form entweder nur für Gelehrte waren oder nur für blutige Laien. Dazu möchte ich einige Gesichtspunkte bieten:

Zur guten Druckgestaltung gehört eine übersichtliche *Gliederung*. Eine auf bezifferte Absätze verweisende Inhaltsangabe oder noch besser Zwischentitel (oft in ganzen Sätzen) müssen den Gedankengang aufhellen. Es ist ein kleinerer Schade, wenn ein Geschichtsfreund oder Geschichtsstudent dank dieser etwas weitgehenden Lesehilfe nur den großen Gedankengang zur Kenntnis nimmt, aber über weite Teile der Quelle hinwegspringt und nur die Hauptstellen liest, als wenn er an einem pausenlosen Satzspiegel scheitert. Er legt dann das Werk gleich oder nach den meist nichtssagenden Redensarten entmutigt aus der Hand, ehe er den Kern erreicht hat. Das ist um so schwieriger, weil damals die entscheidenden Stellen an ganz anderen Punkten der Rede angebracht wurden als heute üblich. Die *Übersetzung* muß gleichfalls helfen, durch das Gestrüpp durchzukommen. Nicht nur alles Latein muß man durch Nebenstellen einer Übersetzung lesbar machen; schon die zu Unrecht so vielgerühmten Gymnasiasten um die Jahrhundertwende konnten kaum fließend (kursorisch) lesen! Wir wollen aber auch Gedankengänge von Hus oder anderen bedeutenden Anregern oder Berichtern in unseren Nachbarsprachen erleben. Das vermittelt meist eine zweisprachige Ausgabe am besten, zumal der Russischunterricht alles Slawische für unsere Leser erreichbar macht. Man sollte sogar schwere deutsche Texte zweisprachig herausgeben. Der heutige Leser kann dann den ganzen Zusammenhang ohne unnötige Mühe mitnehmen. An allen wichtigen Stellen, sowohl den rednerischen Höhepunkten wie den Kraftstellen, wie vor allem den Sätzen, die ihm Fragen aufgeben und die er genauer deuten will und soll, zieht er nach seinen Kräften den Urtext heran und kommt so (schon rein körperlich und erlebnismäßig) der Quelle noch näher.

Das alles macht aber die *Erläuterung* nicht überflüssig, ja leichtere Texte sollte man nur mit solchen, nicht mit Übersetzungen begleiten. Viele Formen gibt es: Vorwort, Nachwort, Kommentar, Wörterbuch, Klammereinschub, Fußnote, angehängten Apparat. Es gilt, sorgsam die typographisch zweckmäßigste Form zu suchen. Es gibt für jeden Text einen Bestweg zwischen dem Wunsch nach einem glatten Text und dem ebenso berechtigten Wunsch nach einem kürzesten Weg von der Textstelle zur Erläuterung. Den kürzesten Weg für die Augen bieten die Klammereinschübe. Gerade für ältere deutsche Texte sind sie sehr zu empfehlen; wenn ein Wort mißverstanden werden kann, setzt man gleich in Klammern dahinter den heutigen Gegenwert, etwa: Gewehr (alle Waffen). Mag damit auch der Textfluß unterbrochen sein, es ist ein kleineres Übel. Fußnoten und erst recht ein eigener Anmerkungsteil täuschen die Glätte nur vor. Vom Leser verlangen sie ein häufiges Hinundhersehen, das viel mehr hemmt und ermüdet als Klammer-einschübe.

Eine bisher viel zu wenig geübte Kunst ist das, was ich *Ergänzungen* nennen möchte. In älteren Schriften finden sich Anspielungen, Sinnbilder, Verweise, Allegorien, kurz all das, was die Humanisten *commutata ratio dicendi* nennen, uneigentliche oder indirekte Aussagen. Deren Auflösung geht über die übliche Erläuterung hinaus. Man muß zufügen, was für die Menschen damals in solchen Komplexen mitschwang. Der Koloß auf tönernen Füßen war nicht nur eine Anspielung auf Daniels Geschichte, nicht nur ein Bild einer mangelnden Grundlegung für eine große Sache; er war ein politisches Schlagwort, bezog sich auf Reiche und besonders König- und Kaiserreiche. Der Verlorene Sohn ist seit Stiefels Ausdeutung 1523 zugleich ein gesellschaftliches und ein theologisches Sinnbild. Hätte man nur, ehe einige wohlunwiederbringlich verloren sind, diese Schriften alle neu gedruckt; auch bedaure ich, daß die neue Ausgabe von Schmeltzls katholischem Kampfstück mit ihrer bedeutenden ideologischen Aussage kaum Widerhall gefunden hat. Wie wichtig solche Hinweise in damaligen Schriften sind, sei abschließend an Müntzer angedeutet. Bekanntlich wimmeln seine Schriften von Nachweisen zugehöriger Bibelstellen. Daß dies nur zum Teil bloße Belege sind, hat Hinrichs (so verdienstvoll seine Ausgabe und seine genauen Nachweise sind) nicht ausreichend erkannt. Natürlich will Müntzer sichern, daß das, was ihm eingebungsmäßig richtig erschienen ist, auch seinen Beleg in der Schrift hat. So braucht man nicht alle Belege, daß die Revolution mit blutiger Ausrottung des Feindes enden muß, genau anzuführen. Aber, soviel ich sehe, aber zunächst nicht belegen kann, hat Müntzer sich Gedanken gemacht, ob man das nötige Vernichtungswerk sofort nach dem Sieg durchführen soll. Er kam zu einer anderen Ansicht, was ich in der gesamten Müntzerliteratur nicht finde: Obwohl ausreichend Stellen vor allem in den Büchern Mosis dafür sprechen, verweist er an entscheidenden Stellen auf solche, die eine allmähliche Liquidation der Herrenklasse befürworten könnten². Ich kann heute noch nicht überblicken, wie viele solche Erkenntnisse die hier geforderte Ergänzung der Schriften aus den von ihnen zitierten Quellen bringen wird. Aber es wird schon etliches sein!

Darum sollen wir nicht so sehr in Großarbeit als in Kleinarbeit und brauchbarlesbaren Heften die derzeitige Quellenferne überwinden. Das wird nicht nur der Lehre, für die ich (mit einem Blick aufs Volksganze!) in erster Linie spreche, es wird auch der Forschung nützen. Geschichtsforscher und Sprachkundige, Historiker und Philologen, sollen hier zusammen arbeiten. Aber organisieren müssen diese Arbeit, aus vielen Gründen, die Geschichtler. Bitte, tun Sie es!

² Man vergleiche zunächst Fürstenpredigt (Thomas Müntzer, Politische Schriften. Hrsg. C. Hinrichs Berlin 1950, S. 27; S. 565) mit 2 Mos. 23, 29: Ich will sie nicht auf Ein Jahr ausstoßen von dir, auf daß nicht das Land wüste werde und sich wilde Tiere wider dich mehren. Einzeln nach einander will ich sie vor dir ausstoßen, bis daß du wachsest und das Land besitzest.

GERHARD GÜNTHER

Der Mühlhäuser Rezeß vom 3. Juli 1523

Die juristische Problematik der frühbürgerlichen deutschen Revolution ist in den bürgerlichen Darstellungen der Deutschen Rechtsgeschichte nur am Rande erwähnt oder völlig mit Stillschweigen übergangen worden.¹ Erst in unserem Staat der Arbeiter und Bauern hat die Geschichte des Bauernkrieges im Programm der Vorlesung „Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte“ für die Rechtswissenschaftlichen Fakultäten den ihr gebührenden Platz gefunden², wobei die langjährigen Erfahrungen der sowjetischen Staats- und Rechtshistoriker mit Vorteil verwendet wurden. Es ist sehr zu begrüßen, daß auf dem Gebiet der staats- und rechtsgeschichtlichen Lehre ein solcher Umschwung erzielt werden konnte; zu einer Forschungstätigkeit ist es aber in unserer Republik bisher noch nicht gekommen.

Das ist zu bedauern, da die Untersuchung der Quellen nach spezifisch juristischen Methoden meines Erachtens wichtige Gesichtspunkte für die Einschätzung der politischen und rechtlichen Anschauungen der aufständischen Bauern und Plebejer und ihrer hervorragenden Führer erbringen kann. In erster Linie wären die programmatischen Forderungen der Bauern und Städter — soweit sie das Gebiet des Staates und des Rechts betreffen — eingehend zu untersuchen und durch einen Vergleich mit den staatlichen und rechtlichen Zuständen zu ihrer Entstehungszeit und ihrem Entstehungsgebiet das Neue, Vorwärtsstrebende herauszuarbeiten. Von besonderem Interesse ist ferner, inwieweit diese politischen und juristischen Anschauungen zu effektiven Veränderungen auf dem Gebiete des Staates und des Rechts führten, ob diese Veränderungen innerhalb des Komplexes der Rechtsnormen nach der Niederlage der aufständischen Bauern und Plebejer beibehalten oder von der Reaktion wieder beseitigt wurden und ob die politischen und rechtlichen Anschauungen der Revolutionäre noch in der Reaktionsperiode einen Einfluß auf die staatliche und rechtliche Entwicklung ausübten.

¹ Vgl. — um nur einige Beispiele anzuführen — H. FEHR, Deutsche Rechtsgeschichte, 4. Aufl., Berlin 1948; A. ZYCHA, Deutsche Rechtsgeschichte der Neuzeit, 2. Aufl., Marburg 1949; CL. FRH. VON SCHWERIN, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte, 4. Aufl., besorgt von H. Thieme, Berlin und München 1950; H. CONRAD, Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. I, Karlsruhe 1954.

² Vgl. z. B. Programm für die Vorlesung Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“, Institut für Geschichte des Staates und des Rechts, Potsdam-Babelsberg 1956, S. 14 ff. (maschinenschriftlich vervielfältigt).

In der Freien Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen hatte sich Anfang der zwanziger Jahre des 16. Jhs. genügend Zündstoff angesammelt, der zur Entladung drängte.³ Die schroffen Gegensätze in den Eigentums- und Besitzverhältnissen erscheinen auf verfassungsrechtlichem Gebiet als Widersprüche zwischen dem Rat und der Bürgerschaft insgesamt, zwischen den vollberechtigten Bürgern der Innenstadt und den Mitwohnern der Vorstädte sowie zwischen diesen Gruppen und den Untertanen in den zum Landgebiet der Stadt gehörenden Dörfern.

„Der erste Auflauf in der Stadt Mühlhausen“⁴ fand am 9. Februar 1523 statt, nachdem tags zuvor Heinrich Pfeiffer in aller Öffentlichkeit gepredigt und mit seinen Angriffen gegen den Klerus und den Adel die Zustimmung der Zuhörer gefunden hatte. Der Rat zitierte Pfeiffer auf das Rathaus, ließ ihn dann aber mit seinen Anhängern, die sich drohend vor dem Rathaus zusammenrotteten, wieder ziehen. Zum ersten Mal seit vielen Jahren war es innerhalb der an strengen Gehorsam gewöhnten Bürgerschaft zu einem Massenungehorsam gegen den Rat gekommen, und der Rat wagte es nicht, diesen zu bestrafen.

Als Pfeiffer am 1. April 1523 erneut vor den Rat gerufen wurde, schlossen sich seine Anhänger fester zusammen und organisierten sich. Sie wählten als ihre Vertreter acht Männer, aus jedem Stadtviertel zwei, die für ihn freies Geleit vom Rat verlangten. Als dieses Ansinnen abgelehnt wurde, erschien er nicht im Rathaus und wieder blieb der Ungehorsam Pfeiffers und seiner Anhänger ohne Strafe.

Die einmal geschaffene Organisation aber blieb erhalten und betätigte sich weit mehr auf politischem als etwa auf religiösem Gebiet. Sie war das Sammelbecken aller Bürger, die mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden waren und dem Rat gegenüber in Opposition standen. In der Hauptmasse waren dies die kleinbürgerlichen Schichten, doch fanden sich in ihr – mit Ausnahme der dem Rat angehörenden Patrizier- und Zunftmeistergeschlechter – wohl Angehörige aller Schichten der Bürgerschaft zusammen. Die Führer dieser Opposition, die Achtmänner, aber waren, wie die Untersuchungen von D. Lösche⁵ eindeutig zeigen, durchweg vermögende Kleinbürger, die ihren Vermögensverhältnissen nach mehr zum reichen Bürgertum als zu den plebejischen Schichten hin tendierten. Das Durchschnittsvermögen der Achtmänner lag um rund 24 Prozent über dem Durchschnittsvermögen der innerstädtischen Bevölkerung und um rund 67 Prozent über dem der Zunfthandwerker. Die Forderungen dieser ihrem Führungsgremium und der Hauptmasse ihrer Anhängerschaft nach durchaus klein-

³ Vgl. dazu B. KLETT, Die bürgerlichen Unruhen zu Mühlhausen i. Th. und der Bauernkrieg in Nordwest-Thüringen, in „Pflüger“ 2 (Mühlhausen 1925) S. 193 ff., und neuerdings zusammenfassend unter Verwendung der früheren Literatur D. LÖSCHE, Achtmänner, Ewiger Bund Gottes und Ewiger Rat, in „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ 1 Berlin 1960, S. 136 ff.

⁴ R. JORDAN, Chronik der Stadt Mühlhausen in Thüringen, Bd. I, Mühlhausen 1900, S. 166.

⁵ Achtmänner, Ewiger Bund Gottes und Ewiger Rat, Zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Mühlhausen i. Th. 1523–25, in „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ 1 (1960) S. 149 f.

bürgerlichen Opposition fanden ihren Niederschlag im Mühlhäuser Rezeß vom 3. Juli 1523.⁶

Über den Rezeß liegen zwei spezielle Abhandlungen von R. Jordan⁷ vor. Er ist auch in den Darstellungen der Geschichte der Bauernkriegszeit in Mühlhausen⁸ stets mehr oder weniger ausführlich behandelt worden. Alle Bearbeiter sind der Ansicht, daß die Forderungen, die dem Rezeß vorausgingen, sehr gemäßigt und „vernünftig“ waren und daß ihre Verwirklichung für die innerstädtische Entwicklung vorteilhaft gewesen wäre. Erst das Eingreifen Thomas Müntzers in die Klassenkämpfe in Mühlhausen habe diesen progressiven Beginn abgebrochen. Müntzer habe sich „aufgedrängt“, sein Wirken habe den bestehenden Verhältnissen nicht entsprochen. Durch ihn hätte die Bewegung einen radikalen, „pöbelhaften“ Charakter erhalten und deshalb ein unglückliches Ende gefunden. Diese Einschätzung des Rezesses und der Volksbewegung überhaupt vom Klassenstandpunkt der bürgerlichen Historiker aus gipfelt bei R. Jordan⁹ in dem Bedauern, daß in Mühlhausen „die lenkende Hand und der klare Kopf eines überlegenen Mannes“ — wie Luther — fehlte, der die Bewegung „auch in der Bahn geregelter Ordnung zu erhalten wußte“.

⁶ Die Originalausfertigung des Rezesses mit dem großen Siegel der Stadt Mühlhausen ist verschollen, vgl. R. JORDAN, Michael Koch, in: Beilage zum Jahresbericht des Gymnasiums in Mühlhausen i. Thür. 1910 (= „Zur Geschichte der Stadt Mühlhausen“, H. 8), S. 7 ff., 12, 15 und 23 ff. Im Stadtarchiv Mühlhausen, K 3 Nr. 1 b fol. 2–7, ist eine für Kurfürst Johann von Sachsen bestimmte Abschrift erhalten; gedruckt bei W. P. Fuchs, Akten zur Geschichte des Bauernkriegs in Mitteldeutschland, Bd. II, Jena 1942, Nr. 1093, S. 10–15; vorher fehlerhaft bei R. JORDAN, Der Rezeß zwischen Rat und Bürgerschaft 1523, in „Mühlhäuser Geschichtsblätter“ 10 (Mühlhausen 1909) S. 1–6. Die Mühlhäuser Chroniken bringen nur summarische Inhaltsangaben der einzelnen Punkte des Rezesses, R. JORDAN, Chronik . . ., a. a. O., S. 169, wo das ausdrücklich gesagt wird.

⁷ R. JORDAN, Der Rezeß . . . a. a. O., S. 1–13, und Weiteres zur Geschichte der Unruhen 1523/25, 1. Zum Rezeß von 1523, in „Mühlhäuser Geschichtsblätter“ 11 (1910) S. 101–102.

⁸ F. STEPHAN, Zum Vierzehnten September, Anzeige betreffend die Reformationgeschichte der Reichsstadt Mühlhausen von der mit dem Bauernkriege zusammenhängenden Mühlhäusischen Empörung bis zum endlichen, gänzlichen Untergange des Papstthums in unserer Stadt, in K. F. Ameis, Das dritte Reformations-Jubelfest der Stadt Mühlhausen in Thüringen am 14. September 1842, Mühlhausen 1843, S. 199 ff.; derselbe, Die Empörung in Mühlhausen im Zusammenhange mit dem Bauernkriege, herausgegeben von R. Jordan, in „Zur Geschichte der Stadt Mühlhausen i. Thür.“ 1. Heft 3 (1925) S. 5 ff.; O. MERX, Thomas Müntzer und Heinrich Pfeiffer 1523–1525, Teil I, Göttingen 1889; R. JORDAN, Zur Verfassungsgeschichte der Stadt Mühlhausen in Thüringen, in „Zur Geschichte der Stadt Mühlhausen i. Thür.“ 3 (1903) S. 14 ff.; H. NEBELSIECK, Die Reformationgeschichte der Stadt Mühlhausen i. Th., Magdeburg 1905 (Sonderdruck aus der Zeitschrift des Vereins für Kirchengeschichte in der Provinz Sachsen); B. KLETT, Die bürgerlichen Unruhen zu Mühlhausen i. Th. und der Bauernkrieg in Nordwest-Thüringen, in „Pflüger“ 2 (1925) S. 193 ff.; G. FRANZ, Der deutsche Bauernkrieg, 4. Aufl., Darmstadt 1956. Weitere, auch speziellere Literatur bei H. WETTERLING, Bibliographie des heimatkundlichen Schrifttums über Mühlhausen i. Thür. und seine nähere Umgebung, Mühlhausen (1936).

⁹ R. JORDAN, Zur Verfassungsgeschichte . . ., a. a. O., S. 40.

Im folgenden soll versucht werden, den gesellschaftlichen Inhalt des Rezesses mit der in der Einleitung dargestellten Methode zu ergründen und darauf fußend, den Rezeß in die gegebene Phase des Klassenkampfes in Mühlhausen richtig einzuordnen.

Die Entstehungsgeschichte des Rezesses ist von Jordan¹⁰ an Hand späterer Verhörsprotokolle einzelner Teilnehmer rekonstruiert worden. Am „krummen Mittwoch“ (1. Mai 1523) wurden aus jedem Stadtviertel je zehn Männer gewählt, die in ihrer Gesamtheit als „Ausschuß“ bezeichnet werden. Die zehn Männer jedes Viertels stellten die Forderungen der Bürgerschaft ihres Viertels zusammen. Danach wurden diese Forderungen öffentlich bekanntgemacht und fanden allgemeinen Beifall. Der Ausschuß der 40 Männer hat dann die Forderungen der vier Viertel aufeinander abgestimmt und die Forderungen der gesamten Bürgerschaft formuliert. Hinweise dafür, daß dabei die evangelischen Prediger oder andere Personen mit akademischer, insbesondere juristischer Bildung mitgewirkt haben, fehlen völlig. Aus dieser Tatsache und dem Verfahren bei der Aufstellung der Forderungen dürfte sich die mangelnde Systematik und der schlechte Stil des Rezesses erklären.

Von den Vorarbeiten für den Rezeß sind nur „Vorschläge der Achtmänner für den Rezeß“¹¹ überliefert, die zehn Forderungen enthalten. Diese Vorschläge stammen nicht aus dem ersten Stadium der Entstehung des Rezesses. Sie sind nicht die von einem Stadtviertel aufgestellten Artikel. Offensichtlich handelt es sich um den Teil des aus den Artikeln der vier Stadtviertel gebildeten Rezeßvorschlages, der besonders umstritten war. Das Schriftstück dürfte erst im Stadium der Verhandlungen über den Rezeß zwischen dem Ausschuß bzw. den Achtmännern und dem Rat entstanden sein, die sich über zwei Monate hingezogen haben, wobei eine Reihe von Artikeln fallengelassen, zugefügt oder neu formuliert worden ist. Weitere Unterlagen sind jedoch nicht erhalten geblieben.

In den „Vorschlägen“ geht es darum, daß das Organ der Volksbewegung, die Achtmänner, das sich im Widerspruch zur bestehenden Stadtverfassung bereits konstituiert hatte, verfassungsmäßig anerkannt, auf die Gemeinde vereidigt und an der städtischen Verwaltung beteiligt werden sollte. Die Forderung auf Mitwirkung in der städtischen Verwaltung ging so weit, daß neben der Überwachung der Finanzverwaltung durch die Achtmänner auch das Mitbesiegelungsrecht für das große Stadtsiegel beansprucht wurde. Außerdem sollte ein Mitbestimmungsrecht der ganzen Stadtgemeinde – zumindest aber der Achtmänner als Vertreter der Gemeinde – in wichtigen politischen Fragen, besonders hinsichtlich der Anwendung kaiserlicher Privilegien zugunsten der Stadt, zugestanden werden. Der *Senatus seniorum*, der einflußreichste Ausschuß des Gesamtrates, sollte abgeschafft, die Zahl der Ratspersonen unter Mitwirkung der Gemeinde oder der Achtmänner vermindert werden.

¹⁰ R. JORDAN, *Der Rezeß . . .*, a. a. O., S. 8 ff.

¹¹ Stadtarchiv Mühlhausen K 3 Nr. 1 b fol. 8, gedruckt bei W. P. Fuchs, a. a. O., Nr. 192, S. 9–10.

Die weiteren Vorschläge der Achtmänner beziehen sich auf das in der Stadt geltende Zivilrecht und verlangen die Herabsetzung des Zinsfußes, eine gesetzliche Regelung der Umwandlung alter in neue Geldsorten, die Ablösbarkeit von Zinsen und Abgaben, die Besiegelung von Rentenbriefen mit dem Stadtsiegel (was wohl zugleich mit einer Registrierung der Renten verbunden sein sollte); außerdem wurde gefordert, Rentenkäufe nur auf der Basis 25 : 1 zuzulassen und dieselben im Verhältnis 1 : 25 für den Rentenschuldner ablösbar zu machen. Den wegen dieser zivilrechtlichen Änderungen etwa erwachsenden Klagen der Gläubiger sollte vom Rat und der Gemeinde entgegengetreten und eventuelle Schäden getragen werden.

Eine Kanzleinotiz besagt, daß die Artikel vom Rate bewilligt worden seien und ein besiegelter Brief darüber aufgestellt werden solle. Über die Hälfte der Forderungen sind jedoch durchgestrichen, das heißt zunächst abgelehnt worden. Den Achtmännern wurde ein Kontroll- und Mitwirkungsrecht nur in der Kämmererei und in der Zinsmeisterei, nicht aber hinsichtlich des Weinmeisters¹² zugestanden. Auch die Forderungen auf Abschaffung des *Senatus seniorum* und auf Verminderung der Zahl der Ratspersonen wurden abgelehnt. Von den zivilrechtlichen Forderungen wurde nur die eine zugestanden, daß Grundzinse und grundherrschaftliche Abgaben in Zukunft ablösbar sein sollten; alle anderen wurden abgelehnt, darunter auch die Forderung auf Neuregelung des Rentenkaufs. Diese Frage sollte zunächst vertagt werden bis auf den nächsten Reichstag¹³; der Artikel ist aber – später – ebenfalls gestrichen worden.

Die Reaktion des Rates läßt darauf schließen, daß er sich zu schwach fühlte, die Volksbewegung insgesamt zu unterdrücken. So machte er hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Anerkennung der Institution der Achtmänner und der Mitwirkung der Gemeinde und der Achtmänner in der städtischen Verwaltung Zugeständnisse, wohl in der Annahme, diese später in bloße Formalitäten umwandeln zu können, da die Achtmänner in diesen Fällen stets nur zusammen mit Ratsmitgliedern handeln konnten und diese sich jenen überlegen fühlten. Anscheinend wollte der Rat auch Einfluß auf die Wahl der Achtmänner gewinnen¹⁴ und sie

¹² R. JORDAN, Michael Koch, a. a. O., S. 20, Anm. 6, zweifelte, ob es sich hier um den Weinmeister oder den Wagemeister handelte. Die Schreibweise läßt eine Umdeutung in Wagemeister nicht zu. Außerdem ergibt sich aus den Kämmererechnungen der Jahre 1524/25, daß das Schenkamt in der Finanzwirtschaft der Stadt eine wesentlich größere Rolle spielte als der Wagemeister, dessen Einnahmen relativ gering waren.

¹³ Das ergibt sich aus einer Randbemerkung von Kanzleihand „Sal stehen bis uf den richstag“, W. P. Fuchs, a. a. O., S. 9, Fußnote b). Vgl. dazu die Bemerkung in der Chronik, R. JORDAN, Chronik . . . , a. a. O., S. 168.

¹⁴ G. FRANZ, a. a. O., S. 251, meint, daß die Achtmänner vom Rat, nicht von der Gemeinde gewählt wurden, offenbar gestützt auf O. MERX, a. a. O., S. 60, und R. JORDAN, Zur Verfassungsgeschichte . . . , a. a. O., S. 22. – M. E. ist die Aussage Heinrich Rulants, der selbst dem Achtmännerkollegium angehört hat (vgl. D. LÖSCHE, a. a. O., Anlage 2), falsch interpretiert worden. Mir ist keine Quelle bekannt, welche die Wahl der Achtmänner durch den Rat bezeugt. Am 1. April 1523 sind die Achtmänner zweifellos ohne Zutun des Rates von der Gemeinde gewählt worden, so wird es auch bei späteren Neu- oder Ergänzungswahlen gewesen sein. Im anderen Falle wäre die Institution der Acht-

auf seine Seite ziehen. Dagegen lehnte der Rat Eingriffe in seinen Bestand und sein inneres Gefüge strikt ab, so die Forderungen auf Verminderung der Zahl der Ratspersonen und auf Abschaffung des *Senatus seniorum*. Dieser Rat der Ältesten setzte sich aus den Ratsmeistern der vier Ratsjahrgänge, also acht Ratsmeistern, und älteren, einflußreichen Ratsherren zusammen; er umfaßte etwa ein Viertel der Mitglieder des Gesamtrates. In seinen Beschlüssen und Anordnungen war der *Senatus seniorum* völlig unabhängig, auch vom regierenden Rat. Die Ältesten berieten in geheimer Sitzung alle wichtigen Ratsangelegenheiten vor, so daß die übrigen Ratsmitglieder erst nach der Entscheidung der Ältesten überhaupt zur Beratung hinzugezogen wurden und in den meisten Fällen wohl nur noch ihre Zustimmung zum Beschluß der Ältesten gegeben haben. Da der Rat der Ältesten nicht wie der regierende Rat von Jahr zu Jahr wechselte und seine personelle Zusammensetzung im wesentlichen unverändert blieb, ist in ihm das eigentlich entscheidende Gremium zu erblicken, welches dazu noch kontinuierlich im Amte war. Im Grunde genommen war er, wenn auch in verdeckter Form, ein immerwährender Rat. In den Vorschlägen wurde gefordert, „daß die Ältesten hinfort keinen besonderen Rat haben sollen, sondern sie mögen ihre guten Ratsschläge und Meinungen usw. im sitzenden Rate (oder aber in den Räten, so sie doch darunter sind) darlegen“.

Die Verwirklichung dieser Forderung hätte eine „Demokratisierung“ der inneren Verfassung und der Verfahrensordnung des Rates bedeutet. Die Machtverhältnisse im Rat wären insofern verändert worden, als die einflußreiche, vorentscheidende Tätigkeit des *Senatus seniorum* beseitigt und der Einfluß des Gesamtrates und des regierenden Rates verstärkt worden wäre.

Die Verwirklichung der zivilrechtlichen Forderungen bedeutete für die Grundherren eine beträchtliche Schmälerung ihrer Einkünfte aus dem Grundeigentum. Da der Rat der größte Grundherr im Gebiet der Reichsstadt war und neben ihm noch viele Bürger der Stadt, vor allem auch Ratsherren, Grundeigentümer waren, stießen diese Forderungen auf Ablehnung wegen der zu erwartenden finanziellen Einbußen für den Haushalt der Stadt und die privaten Einkünfte der parasitären Kapitalrentner.

Die Verhandlungstaktik des Rates wurde bestimmt durch seine schwierige Lage zwischen zwei Feuern. Auf der einen Seite forderte die kleinbürgerliche Opposition von ihm politische Zugeständnisse und die Einführung der Reformation. Auf der anderen Seite verlangten sowohl der Kaiser als auch der katholische Schutzherr, Herzog Georg von Sachsen, die Beibehaltung des Katholizismus. Auch wegen der zivilrechtlichen Änderungen mußte heftiger Widerstand von den Grundherren außerhalb des Gebietes der Stadt, insbesondere den geistlichen und adligen, erwartet werden. Mit Rücksicht darauf war in den Vorschlägen schon festgelegt worden, daß entstehende Schadenersatzforderungen von Rat und Ge-

männer nichts anderes als eine Erweiterung des Rates durch Kooptation gewesen und damit völlig illusorisch geworden. Heinrich Rulant hat sich offensichtlich im März 1525 gegen Bestrebungen des alten Rates gewandt, der sicher gern die Wahl der Achtmänner vorgenommen hätte.

meinde gemeinsam getragen werden sollten. Der Rat versuchte zunächst alles, um den Status quo zu erhalten. Er zog die Verhandlungen in die Länge mit der Begründung, daß solche Forderungen gut bedacht sein müßten, daß man wegen verschiedener Punkte zunächst mit anderen Städten und Herrschaften verhandeln wolle und schließlich, daß man zunächst die Verhandlungen bis zu dem bevorstehenden Reichstag in Nürnberg aufschieben solle.¹⁵ Die Mandate und Schreiben des Kaisers und der Schutzfürsten wurden ebenso unverbindlich und hinhaltend beantwortet.¹⁶

Ein Vergleich der Vorschläge für den Rezeß mit dem später angenommenen endgültigen Rezeß zeigt, daß die kleinbürgerliche Opposition ihre Forderungen durchweg durchsetzen konnte. Fast alle in den Vorschlägen enthaltenen Forderungen finden sich, zum Teil in etwas veränderter und erweiterter Form, im Rezeß wieder.¹⁷ Eine der wichtigsten Forderungen aber, die Forderung auf Beseitigung des *Senatus seniorum*, hatte man fallengelassen. Damit war das Kernstück der alten Ratsverfassung unangetastet geblieben. Weniger wichtig ist dagegen, daß die Forderung, einen der Achtmänner dem Weinmeister des Rates zur Kontrolle beizuordnen, in den Rezeß nicht aufgenommen wurde. Obwohl diese ergänzende Bestimmung im Rezeß fehlt, ist einer der Achtmänner, Michael Koch, später als Weinmeister aufgetreten.¹⁸ Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der Rat durch geschickte Verhandlungsführung eine Verzögerung von etwa zwei Monaten und das Fallenlassen wichtiger Forderungen erreichen konnte. Zum anderen zeigt sich aber auch, daß die Führer der kleinbürgerlichen Opposition zu Verhandlungen und Kompromissen bereit waren.

Während die Führer der kleinbürgerlichen Opposition noch mit dem Rat verhandelten, war es in der Stadt erneut zu Zwischenfällen gekommen.¹⁹ Offenbar unter dem Druck der Volksmassen stehend, stellten die Achtmänner dem Rat ein Ultimatum. Der Rat nahm 39 von 54 Artikeln an, wegen der restlichen verlangte er noch Bedenkzeit.²⁰ Da kam es am 3. Juli 1523 zum bewaffneten Aufstand, und der Rat nahm notgedrungen den Rezeß in vollem Umfange an.²¹

Den größten Anteil an dem Rezeß haben die Punkte, die sich mit der Stadtverfassung beschäftigen (4, 5, 6, 7, 28, 36, 37, 38, 39, 40, 48, 51, 52, 53, [55]). In jedem Stadtviertel sollen zwei Mann gewählt werden, die bei „schweren tapferen Sachen“

¹⁵ Vgl. oben S. 171, Anm. 13.

¹⁶ Vgl. dazu W. P. Fuchs, a. a. O., Nr. 1089, S. 7, und Nr. 1090, S. 8.

¹⁷ Und zwar in Punkt 4 (erweitert), 6 (erweitert), 7, 30, 31 (geändert), 32, 51 (gekürzt), 52, 53 und die kaiserliche Mandate und Privilegien betreffenden Ausführungen in Punkt 54, die auch in Punkt 7 berührt werden. Ich habe diese Ausführungen, da offensichtlich in der Abschrift im Hinblick auf den Text der „Vorschläge“ nach Punkt 54 etwas ausgefallen ist, im folgenden mit Punkt (55.) bezeichnet.

¹⁸ R. JORDAN, Michael Koch, a. a. O., S. 20 (Stadtarchiv Mühlhausen, K 3 Nr. 2 fol. 27).

¹⁹ O. MERX, a. a. O., S. 60f., und R. JORDAN, Chronik . . . , a. a. O., S. 167f.

²⁰ R. JORDAN, Weiteres zur Geschichte der Unruhen . . . , a. a. O., S. 102. Die von Jordan benutzte Quelle muß noch einmal kritisch untersucht werden. Es ist jetzt noch ungewiß, welche Punkte des Rezesses der Rat angenommen und welche er abgelehnt hat.

²¹ Bei der folgenden Betrachtung des Rezesses habe ich versucht, eine Systematik herzustellen. Daher ist die Reihenfolge der Punkte im Rezeß nicht immer eingehalten.

zusammen mit dem Rat beraten sollen; wenn nötig, sollen die Achtmänner und die ganze Gemeinde zusammen mit dem Rat beratschlagen (6.). Die Achtmänner sollen auf die Gemeinde vereidigt werden (53.). Von den Achtmännern sollen zwei in der Kämmerei und einer in der Zinsstube sitzen (51.). Der regierende Rat und die Achtmänner sollen je einen Schlüssel zum großen Siegel haben und nur gemeinsam mit diesem siegeln (52.). Der Rat und die ganze Gemeinde oder die Achtmänner sollen nach gemeinsamer Beratung kaiserliche Mandate und Privilegien zum Nutzen der Stadt anwenden (55.). Ähnlich: Kaiserliche und königliche Privilegien für die Stadt Mühlhausen sollen der Bürgerschaft bekanntgemacht und zum Vorteil der Stadt ausgenutzt werden (7.). Eingegangene Fehdebriefe sind unverzüglich der Gemeinde bekanntzugeben (28.). – Am 11. November 1523 sollen die Achtmänner nach Beratung mit dem Rate die Zahl der Ratspersonen vermindern (4.). In den Rat soll stets je ein Ratsmitglied von der Gemeinde (den patrizischen Geschlechtern) und eines aus den Zünften gewählt werden (5.). Jedes Ratsmitglied soll sein Amt selbst ausüben und sich nicht durch andere vertreten lassen, aber niemand soll über seine Möglichkeiten hinaus, etwas zu tun gezwungen werden (38.). Die Aufnahme als Bürger oder Mitwohner soll erst nach Vorlage eines Scheidebriefes der früheren Obrigkeit des Zuziehenden erfolgen. Über den Zuzug sollen die Viertelsmänner und Vormünder vierteljährlich auf dem Rathause berichten (48.). Nicht der Stadtschreiber, sondern einer der regierenden Bürgermeister soll das Sekretsiegel der Stadt verwahren (40.). In Zukunft soll ein Weltlicher Stadtschreiber sein, nicht wie bisher ein Geistlicher (39.). Kämmerer und Förster sollen bei der Verteilung der Holzgerechtigkeiten nicht bevorzugt werden (36. und 37.). Die Privilegien der Zünfte sollen geschützt werden (19.).

Die grundlegende Neuerung im Verfassungsrecht der Stadt ist die Legalisierung der Achtmänner, des Organs der kleinbürgerlichen Opposition. Im Grunde genommen wird damit eine Erweiterung des Rates erreicht, indem nun die vermögenden Kleinbürger unmittelbar, wenn auch nicht in vollem Umfange, an der Tätigkeit des Rates teilnehmen. Ohne die Achtmänner konnte künftig kein *wichtiger* Beschluß gefaßt werden. Außerdem kontrollierten sie die Schlüsselpositionen der städtischen Finanzverwaltung. Die Notwendigkeit der Einrichtung der Achtmänner wird im Rezeß selbst damit motiviert, daß üble Nachrede und Schaden verhütet werden sollten. Der Rat hatte bisher seine Entscheidungen in nicht-öffentlichen Sitzungen getroffen, ohne die Bürgerschaft vorher über die Beratungsgegenstände zu informieren. Die Bürgerschaft hatte dann lediglich die Beschlüsse des Rates durchzuführen und die meist damit verbundenen Lasten zu tragen. In Zukunft sollten kaiserliche und königliche Mandate und Privilegien, Fehdebriefe und andere wichtige Angelegenheiten der Bürgerschaft oder zumindest den Achtmännern bekanntgemacht werden, wobei den Achtmännern ein Mitspracherecht eingeräumt wurde. – Die Änderungen des bisherigen Verfassungsrechts halten sich in engen Grenzen, nachdem die kleinbürgerliche Opposition die Forderung auf Beseitigung des Senatus seniorum fallengelassen hatte.²² Die Verminderung der

²² Vgl. dazu oben S. 172f.

Zahl der Ratspersonen änderte nichts an der Zusammensetzung und den Befugnissen des Rates; außerdem mangelte es, wie der Rezeß selbst motiviert, sowohl in den patrizischen Geschlechtern als auch unter den Zunft Handwerkern zuweilen an ratsfähigen Personen. Die übrigen Punkte verlangen lediglich die Einhaltung bereits bestehender Rechtsnormen (Parität zwischen patrizischen Geschlechtern und Zünften, Einhaltung der Zunftprivilegien) oder die Abstellung von Mißständen, die ein Bild von der Amtsführung des Rates geben, welche durch Unverantwortlichkeit und Bereicherung der Amtsträger gekennzeichnet ist. Obwohl die Stadt auf Zuzug von außerhalb Wert legen mußte, wurde die Erlangung des Bürgerrechts erschwert, um sich vor mißliebigen Personen und Streitigkeiten mit anderen Herrschaftsgewalten zu schützen. Die Forderung, keinen Geistlichen als Stadtschreiber anzunehmen, ist wohl durch die kirchenreformatorischen Ideen bedingt. Im ganzen gesehen, zeigt sich eine „Demokratisierung“ der Verfassung zugunsten der reichen Kleinbürger, ohne daß die herrschende Klasse gestürzt und die Machtverhältnisse entscheidend verändert wurden.

Sechs Punkte des Rezesses beziehen sich auf die Rückführung entfremdeter Grundstücke und Rechte in die gemeinsame Nutzung der Bürgerschaft (16, 17, 33, 34, 35 und 46). Niemand soll eigene Weidetriften, Schäfereien oder Hutungen im Gebiet der Stadt besitzen, es sei denn, er könne ein besonderes Privileg vorlegen (16.). Weide, Fischwasser und Wildbann in Wald, Wasser und Feld sollen nur den Bürgern der Stadt Mühlhausen zustehen; dasjenige, das sich im privaten Eigentum befindet, soll gegen Bezahlung wieder in das Eigentum der Gemeinde gebracht werden (17.). Die Einkünfte der wüsten Kirchen im Gebiete der Stadt Mühlhausen, der Lindenbühl, alle Stadtgräben und der Anger und das Ried zu Eichen sollen zum gemeinen Nutzen verwandt werden (33, 34, 35, 46).

Diese Bestimmungen bezwecken die Wiederherstellung des früheren Zustandes. Dabei werden aber Ausnahmen zugelassen, wenn die besonderen privaten Rechte bewiesen werden können. An einen gewaltsamen Bruch der bestehenden Eigentumsverhältnisse ist nicht gedacht worden, sondern die Rückführung in Gemeineigentum sollte auf vertraglichem Wege durch Kauf geschehen.

Die bürgerlichen Pflichten und Lasten betreffen die Punkte 18, 22, 25, 26, 27, 29, 42 und 47. Die Bewohner der Freihöfe sollen die städtischen Lasten mit tragen (18.). Die Bewohner der Dörfer des Stadtgebietes sollen kein Wegegeld zu zahlen brauchen; was sie aber aus der Stadt ausführen, sollen sie verzollen (25.). Verfallene oder verwüstete Häuser und Güter sollen wieder aufgebaut werden; geschieht das nicht, so soll der Rat diese Häuser oder Güter übernehmen und zum Besten der Stadt verwenden (22.). Diejenigen, welche Höfe in den Vorstädten haben, sollen das Wachgeld geben; abgebrochene und verwüstete Häuser sollen wieder aufgebaut werden und an den Lasten der Vorstädte sich beteiligen (27.). Beim Jagdaufgebot sollen die Bürger der Reihe nach dazu gefordert werden (29.). Falls jemand eine Landwirtschaft betreibt und doch kein Bauer ist, so muß er trotzdem die für Bauern verbindlichen Dienste für die Stadt leisten (42.). Jeder Untertan der Stadt, auch die Geistlichen, soll sein Mahlzeichen dem Müller geben (26.). Abzugskanäle und Miststätten sollen sauber gehalten werden (47.).

Ein Teil dieser Forderungen ist dem Rat entgegengekommen, da sie auf eine Verbesserung der städtischen Einnahmen hinzielen. Der Rat hatte schon 1508, 1512 und 1522 versucht, die Bewohner der Freihöfe zur Tragung der städtischen Lasten heranzuziehen.²³ Die Norm des Rezesses beruht, wie in ihm ausdrücklich erwähnt wird, auf dem Rechtsgrundsatz, daß, wer die Vorteile einer Sache (hier: der städtischen Siedlung) genießt, auch ihre Lasten mit zu tragen hat. Genau umgekehrt wird bei dem Wegegeld der Dorfbewohner entschieden. Da sie die Wegebaulasten allein tragen, sollen sie vom Wegegeld befreit sein. Die Punkte 22 und 27 weisen auf die rückläufige Tendenz der städtischen Bevölkerung hin, die sich auf den Mannschaftsbestand und auf das Steueraufkommen nachteilig auswirkte. Die folgenden Punkte regeln Einzelfragen, durch die ungerechte Belastung oder Bevorzugung vermieden werden sollten. Die letzte Bestimmung ist wasserpolizeilicher Natur; durch sie sollte erreicht werden, daß Abwässer und Unrat nicht das für Haushalts- und gewerbliche Zwecke benötigte Wasser der Straßenbäche verunreinigen. Mit der Besteuerung und der Steuerverwaltung beschäftigen sich die Punkte 1, 2, 21 und 23 des Rezesses. Der Steuersatz wird auf vier Pfennige je Geschoßmark festgelegt, das Braurecht und die fahrende Habe sollen mit verschößt werden; durch Eidesleistung kann eine unrichtige Veranlagung korrigiert werden (23.). Noch nicht verschößte Ländereien sollen bis 2. Februar angemeldet werden; bei Säumnis wird die Stadt sich an diese Ländereien als Entschädigung halten (21.). Rückstände an Geschoß, Zinsen und anderen Aktivposten der Stadt sollen eingemahnt werden und den Kämmerern erst dann Entlastung erteilt werden, wenn die Mahnungen erfolgt sind (1.). Falls jemand seinen Steuerverpflichtungen innerhalb vier Wochen nach den Steuerterminen am 2. Februar und 24. Juni nicht nachkommt, soll er in Gehorsam gelegt und erst entlassen werden, wenn er bezahlt hat (2.).

Diese Vorschriften des Rezesses legen Maßnahmen fest, um die Steuerverwaltung zu verbessern.

Ein weiterer Punkt des Rezesses dient der Verbesserung der Vermögensverwaltung der Stadt: Wer der Stadt in Zukunft Schaden zufügt, soll der Sache und dem Recht gemäß Wiedergutmachung leisten und bestraft werden (3.).

Fast ein Viertel der Punkte des Rezesses beschäftigt sich mit dem Verfahrensrecht (Punkt 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 20, 43, 44 und 50). Im einzelnen wird festgelegt, daß die Strafvollstreckung gegen einen Bürger, und zwar sowohl die Vollstreckung von Leibes- als auch Vermögensstrafen, nur dann zu erfolgen hat, wenn er vorher am Gericht des Reiches in der Stadt an drei verschiedenen Gerichtsterminen verklagt worden ist (8.). Einen Bürger, der durch Wort oder Tat eine Buße verwirkt hat, soll man nicht in das Gefängnis werfen, sondern solange er die Buße noch nicht entrichtet hat, auf ein Tor in Gehorsam legen (9.). Das Gericht des Reiches in der Stadt Mühlhausen soll in guter Ordnung gehalten und mit guten Rednern besetzt werden, damit jeder, ohne Schaden durch Prozeßfehler zu erleiden, seine Rechte verfolgen kann (10.). Falls ein Bürger versehentlich die 2. und 3. Klage

²³ R. JORDAN, Chronik . . . , a. a. O., S. 159 und 162, und W. P. FUCHS, a. a. O., S. 41.

unterläßt und ihm deshalb durch Fristversäumnis oder andere Prozeßfehler ein Nachteil erwächst, soll er sein Versehen durch seinen Eid ungeschehen machen können (11.). Hinsichtlich der Gerichtskosten wird bestimmt, daß man das Helfegeld nur insoweit fordern und nehmen soll, wie man dem Bürger zu seinem Recht im streitigen oder Vergleichsverfahren verholfen hat (12.). In Zukunft soll niemand wegen angeblicher Erbzinsen ohne Gerichtsverfahren und -urteil pfänden dürfen (13.). Im Strafverfahren soll, wenn der Kläger den Beklagten in Haft zu nehmen beantragt, der Kläger ebenfalls in Haft genommen werden (14.). Künftig soll wegen der deswegen entstandenen Ärgernisse nicht mehr leichthin die Acht verhängt werden. Jedoch soll der Missetäter dem Verwundeten und Geschädigten nach Erkenntnis des Gerichts seinen Schaden ersetzen. Verordnete des Rates sollen zusammen mit dem Stadtarzt die Wunden besichtigen, ob sie echtig oder überrechtig sind, und außerdem soll der Täter sich gegen den Vorwurf verteidigen können (15.). Bei Aufruhr sollen die Bürger zur Selbsthilfe greifen und die Aufrührer, wenn sie nicht von ihrer Tat abstehen, festnehmen dürfen (20.). Wenn Bürger sich untereinander entzweien und sich vom Rat und den Räten nicht zur Ruhe weisen lassen wollen, sollen sie in Gehorsam gelegt werden und nicht eher daraus herauskommen, bis ihr Streit in Güte oder durch Urteil beigelegt worden ist (43.). Der Ehebruch soll nicht zugelassen werden, wie das von den Räten angefangen worden ist (44.). Schließlich sollen, wenn sich jemand böswillig darüber beklagt, daß ihm das Recht verweigert worden sei und sich [wohl zum Beweis dafür, d. Vf.] auf die Viertelsmänner beruft, diese zusammen mit Verordneten des Rats die Sache untersuchen und beilegen (50.).

Das Verfahrensrecht ist einer der schwächsten Teile der städtischen Rechtsordnung gewesen. Hier lagen die Mißstände offen zutage. Die Justizwillkür des Rates zeigte sich besonders darin, daß Vollstreckungen in Zivil- und Strafsachen ohne gerichtliches Erkenntnis durchgeführt wurden. Die Strafen waren selbst bei geringen Vergehen sehr hart. Ebenso nachteilig wirkte sich das starre Verfahren aus, indem Formfehler ohne weiteres zum Verlust des Prozesses führten. Dabei war das Gericht schlecht besetzt; oft traten die Gerichtsknechte als Anwälte der Parteien vor Gericht auf. Vom Rat war das Selbsthilferecht der Bürger stark eingeengt worden, ohne daß der Rat die zur Vermeidung und Schlichtung von Rechtsbrüchen erforderlichen Maßnahmen ergriff. Klagen über Rechtsverweigerung scheinen nicht unbegründet gewesen zu sein. Aus diesen Gründen war eine Reform des Verfahrensrechts dringend notwendig. Hinsichtlich einiger Punkte hat das auch der Rat eingesehen.

Das in der Stadt geltende Zivilrecht wird durch vier Punkte des Rezesses (30., 31., 32. und 41.) geändert. Der Münzfuß wird auf acht Löwenpfennige für einen Schilling festgesetzt (30.). Das Rechtsinstitut des Rentenkaufs wird auf der Basis 25:1 neu geregelt; der Rat soll die aus dieser Neuregelung entstehenden Schäden tragen (31.). Von den grundherrschaftlichen Abgaben sollen ein Schilling, eine Gans oder zwei Hühner mit je einem halben Gulden abgelöst werden können (32.). Falls jemand Getreide auf Wiederkauf kauft und ein anderer Bürger dessen bedarf, soll er ihm dieses auf den anderen Tag für den gleichen Preis überlassen (41.).

Die neuen zivilrechtlichen Normen führen Erleichterungen für die zinspflichtigen Untertanen der Stadt herbei, andererseits werden die Einkünfte der Grundherren wesentlich geschmälert.²⁴ Der Schilling war bisher auf 18 Pfennige festgesetzt und beim Rentenkauf war eine Kapitalverzinsung von $8\frac{1}{3}$ Prozent üblich.²⁵ Die Rentenzinsen zu vier Prozent, wie sie im Rezeß festgelegt werden, waren um diese Zeit auch in Erfurt eingeführt worden.²⁶ Sie scheinen damals allgemein gefordert worden zu sein, denn in der Reichspolizeiordnung von 1530 wird der Zinsfuß von vier Prozent reichsgesetzlich eingeführt.²⁷ Dem letzten Punkt liegen wirtschaftspolitische Erwägungen zugrunde. Ein Bürger, der Getreide benötigt, erhält ein gesetzliches Vorkaufsrecht gegenüber demjenigen, der es in gewinnbringender Absicht weiterverkaufen will.

Das Armenwesen der Stadt betreffen zwei Punkte. Die Pfründen im Hospital sollen für die Einheimischen bestimmt sein; an Arbeitsfähige, die nicht aus dem Gebiet der Stadt stammen, sollen sie nicht verkauft werden (24.). Für arme Bedürftige und die Erhaltung des Wort Gottes soll ein gemeiner Kasten in die Kirchen gesetzt werden (54.).

Der Rat hat selbst aus den Armenpfründen des Hospitals Kapital geschlagen. Dieser Mißstand wird beseitigt. Die Kirche sollte auch nach der beabsichtigten Reformation weiterhin im Armenwesen mit tätig werden durch die in den Kirchen aufgestellten Opferkästen.

Nur zwei Punkte des Rezesses haben ausschließlich Religionsangelegenheiten zum Gegenstand. Durch Unterhandlungen mit dem Deutschen Orden soll erreicht werden, daß die Pfarrkirchen und Kapellen mit evangelischen Predigern versorgt werden; geschieht das nicht, soll die Gemeinde zusammen mit dem Rat die Prediger bestellen. Auch sonst soll es jedermann freistehen, das Evangelium zu predigen (45.). Mönche und Nonnen, die ihre Klöster verlassen wollen, sollen herausgelassen werden; die von ihnen eingebrachten Güter sollen ihnen gemäß dem Urteil des Rats zurückgegeben werden (49.).

Die beiden Bestimmungen ermöglichten die Durchführung der Reformation, da sämtliche Pfarrkirchen und Kapellen in der Stadt dem Deutschen Orden oder dem Rat zustanden. Die Aufhebung der Klöster war zwar nicht ausdrücklich bestimmt, aber doch vorbereitet. Obwohl beide Punkte recht vorsichtig abgefaßt worden sind und der erstrebte Erfolg anscheinend durch Verhandlungen oder auf der Basis der Freiwilligkeit erzielt werden sollte, sind sie für den Fortgang der Volksbewegung von ausschlaggebender Bedeutung gewesen.

Das Bild, das Friedrich Engels in seinem Werk „Der deutsche Bauernkrieg“²⁸ von der städtischen Oberschicht und der von ihr verursachten Mißwirtschaft sowie von der sich aus der Masse der Kleinbürger rekrutierenden bürgerlichen Opposition

²⁴ Aus diesem Grunde wurden Schadenersatzansprüche der Grundherren befürchtet, vgl. oben S. 172.

²⁵ W. P. Fuchs, a. a. O., S. 41f., auch S. 25.

²⁶ Ebenda, S. 42, I. Absatz [5].

²⁷ R. HÜBNER, Grundzüge des deutschen Privatrechts, 5. Aufl. Leipzig 1930, S. 393.

²⁸ MARX-ENGELS-LENIN-STALIN, Zur deutschen Geschichte, Band I, Berlin 1953, S. 193ff.

entwirft, deckt sich im wesentlichen mit dem, was aus einer Gesamtbetrachtung des Rezesses für die Mühlhäuser Verhältnisse gewonnen wird.²⁹ Die abgeschlossene Kaste der Mitglieder des Rates übte die Alleinherrschaft über die Stadt und ihre Untertanen aus. Obwohl die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Stadt bereits in starkem Maße geschwunden war, hatte sich der Rat in seinem personellen Umfange nicht den veränderten Verhältnissen angepaßt. Die verfassungsmäßig festgelegte Parität zwischen patrizischen Geschlechtern und Zunftmeistern wurde von den Patriziern oft durchbrochen. Die schlechte Verwaltungsführung mit zahlreichen ungerechten Bedrückungen und Bevorzugungen, die Justizwillkür, die Bereicherungssucht und Verantwortungslosigkeit der Amtsträger und des Rates in seiner Gesamtheit spiegeln sich in dem Rezeß wider. Die Ausbeutung durch Zins- und Rentenwucher war relativ hoch.

Die kleinbürgerliche Opposition wollte keineswegs eine grundlegende Änderung der politischen Machtverhältnisse herbeiführen. „Ihre Forderungen hielten sich rein auf verfassungsmäßigem Boden.“³⁰ Sie erlangten zwar durch die verfassungsrechtliche Anerkennung der Achtmäner Anteil am Ratsregiment und die Kontrolle über die Finanzverwaltung, aber weiter reichten ihre Forderungen nicht. Selbst die von der kleinbürgerlichen Opposition während der Verhandlungen mit dem Rat fallengelassene Forderung auf Beseitigung des *Senatus seniorum* hätte nicht die herrschende Schicht beseitigt, sondern nur den Rat in seinem Aufbau reformiert.

Das in der städtischen Willkür gesetzte Recht wird im Rezeß grundsätzlich anerkannt. Die Bestrebungen der kleinbürgerlichen Opposition waren darauf gerichtet, dieses Recht gegenüber den Rechtsbrüchen des Rates zu stärken und einzelne Teile zu reformieren. So wird beispielsweise in Punkt 4 des Rezesses die Forderung nach Verminderung des Rates auch damit begründet, „daß nicht wider die Willkür gehandelt werde“. Auch in den Punkten 5, 8, 15 und 19 wird auf die Willkür Bezug genommen und deren Einhaltung verlangt.

An eine grundlegende Änderung der Eigentumsverhältnisse ist erst recht nicht gedacht worden. Wenn in Punkt 17 gefordert wird, daß die vormals freien Weiden, Fischwasser und Jagden wieder in gemeinsame Nutzung zurückgeführt werden sollen, wird dabei zugleich bestimmt, daß diese Maßnahme „einem jeden in seinem Eigentum ohne Schaden“ sein solle. Die weiteren Forderungen des Rezesses zeigen ebenfalls, daß sie in erster Linie durch die ökonomische Lage und das Interesse der Kleinbürgerschaft bestimmt wurden. Einige der Punkte des Rezesses, wie zum Beispiel Punkt 18, lagen darüber hinaus sogar im Interesse des Rates, der schon früher versucht hatte, die Bewohner der Freihöfe zur Tragung der bürgerlichen

²⁹ In Mühlhausen war die Ausbeutung durch die geistlichen Grundherren wesentlich höher als durch den Rat der Stadt, vgl. O. MICHAEL, Grundbesitz und Erbzins der Bauern im Gebiet der Freien Reichsstadt Mühlhausen i. Thür. zur Bauernkriegszeit (= Veröffentlichung des Mühlhäuser Stadtarchivs, N. F. 2.), S. 27. Das hat die Situation noch komplizierter gemacht.

³⁰ MARX-ENGELS-LENIN-STALIN, a. a. O., S. 197.

Lasten mit heranzuziehen. Das zeigt sich auch darin, daß der Rat sofort bereit war, den größten Teil des Rezesses anzunehmen.

Dagegen sind die besonderen Interessen der Mitwohner in den Vorstädten und der Bauern in den der Stadt gehörigen Dörfern nur in verschwindend geringem Umfange berücksichtigt worden. Die Bauern werden ausdrücklich nur in einem Punkt (25.) erwähnt, wo ihnen die Zahlung des Wegegeldes erlassen wird; die Mitwohner nur in Punkt 27, bei dem aber die Interessen der Stadt in ihrer Gesamtheit die Interessen der Mitwohner überwiegen. Von größter Wichtigkeit für alle ökonomisch ausgebeuteten und politisch unterdrückten Untertanen der Stadt waren jedoch die zivilrechtlichen Änderungen der Punkte 30, 31 und 32. Durch die Senkung des Münz- und Zinsfußes und die Gewährung der Ablösbarkeit grundherrschaftlicher Abgaben wurden die Ausbeutungsrate in diesen Fällen auf weniger als die Hälfte herabgedrückt.

Obwohl die Punkte des Rezesses, die sich auf die Kirche und ihre Reformation beziehen, recht vorsichtig und verhalten formuliert sind, ist ihre Bedeutung doch außerordentlich groß. Die Kirche war an der ökonomischen Ausbeutung im großen Umfange beteiligt. Rund 55 Prozent der Erbzinse aus 17 Dörfern des Mühlhäuser Gebietes, die von 52 Prozent der zinspflichtigen Dorfbewohner erbracht werden mußten, flossen in die Kassen des Deutschen Ritterordens, der Klöster, Stifte, Kirchen und Pfarrer.³¹ Dabei war die Durchschnittsbelastung pro Hufe mit 447,8 Pfennigen bei den geistlichen Grundherren um rund 57 Prozent höher als bei den bürgerlichen Grundeigentümern.³¹ Mußten die ausgebeuteten Schichten in der Stadt und deren Territorium im Zuge der Durchführung der Reformation nicht auch eine weitere Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erwarten, wenn sie die Predigten Heinrich Pfeiffers und anderer evangelischer Prediger mit den scharfen Angriffen auf den Klerus und den Adel hörten? Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Sie hat in der Folgezeit beim Kampf um die Durchsetzung des Rezesses die Entwicklung des Klassenkampfes stark beeinflußt.

Zusammenfassend kann der Mühlhäuser Rezeß als ein Kompromiß zwischen dem Rat und den reicheren Schichten der Kleinbürger bezeichnet werden. Die Kleinbürger konnten, ohne überhaupt grundlegende Veränderungen der politischen Macht- und Eigentumsverhältnisse zu erstreben, einige Reformen durchsetzen, wobei sie – zur Genugtuung der bürgerlichen Historiker – „nicht den Boden des Rechts verließen und Maß hielten“. Die Forderungen der Plebejer und der verarmten Kleinbürger, die an einer grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse interessiert waren, sind in dem Rezeß nicht berücksichtigt worden.

Schon bald nach der Annahme des Rezesses begann der Kampf um seine Durchsetzung. Die politischen Neuerungen wurden eingeführt. Die von der Gemeinde gewählten Achtmänner oder Viertelsherren nahmen an den Ratssitzungen teil und haben „in der Ratsstube beim Rate ihren eigenen Sitz gegenüber dem Ratmeister auf einer besonderen Bank gehabt“.³² Schon am 28. Juli 1523 tritt eine

³¹ O. MICHAEL, a. a. O., Tabelle V.

³² R. JORDAN, Chronik . . . , a. a. O., S. 173.

gemischte Kommission aus Mitgliedern des Rates und der Achtmänner auf, um Streitigkeiten zwischen Bürgern zu schlichten.³³ Auch in die Kämmeri und die Zinsstube wurden entsprechend Punkt 51 des Rezesses Mitglieder der Achtmänner gesetzt.³⁴ Am 10. November 1523 ist beim Ratswechsel die Zahl der Ratsmitglieder entsprechend Punkt 4 des Rezesses auf 24 vermindert worden.

Als am 9. Mai 1524 anläßlich der Regelung von Erbschaftsstreitigkeiten festgestellt wird, daß die Erben die umstrittenen Ländereien nicht verschossen, wird von ihnen entsprechend Punkt 21 des Rezesses verlangt, daß sie diese Ländereien in ihr Geschoß bringen und genau spezifizieren.³⁵

Die Bevölkerung der Stadt hat sich sehr bald und sehr energisch auf die für sie günstigen Bestimmungen des Rezesses berufen. Als die Amtleute des Abtes von Volkenroda im Herbst 1523 die fälligen Zinse einforderten, weigerten sich die dem Kloster Volkenroda zinspflichtigen Untertanen der Stadt Mühlhausen und wollten nur dann zahlen, wenn ihnen Brief und Siegel vorgelegt würden.³⁶ Der Abt hat daraufhin fast 200 Mühlhäuser Untertanen vor Gericht gefordert. In den Verhandlungen hat er aber viele unwillige Worte hören müssen, und etliche haben gesagt, „der Rat hätte ihnen einen Rezeß gegeben, daran wollten sie sich halten“. Dem Kloster wurden nur noch die nach den Punkten 30 und 31 des Rezesses festgelegten Leistungen angeboten. Einige Mühlhäuser Untertanen scheinen sogar zu aktiver Selbsthilfe gegriffen zu haben, denn der Abt von Volkenroda klagt noch, daß ihm an seinen Mühlen, Hutweiden und Fischereien Schaden zugefügt worden sei. Außerdem beklagt er sich über den Rat, der die Freihöfe des Klosters mit den bürgerlichen Lasten belegt hatte. Der Abt beschwerte sich beim Kaiser, und nach vielen Verzögerungen kam es im August 1524 zu Verhandlungen vor dem vom Kaiser verordneten Schiedsrichter, dem Herzog Johann von Sachsen. Es wurde ein Vergleichsvorschlag³⁷ ausgearbeitet, den der Mühlhäuser Rat später nicht annahm.³⁸

Der Rat versuchte schon bald nach der Annahme des Rezesses diejenigen Bestimmungen zu umgehen, die die Durchführung der Kirchenreformation festlegten. Er wollte damit den Warnungen und Drohungen des Kaisers, des Erzbischofs von Mainz und Herzogs Georg von Sachsen³⁹ entsprechen. Zunächst unternahm er nichts, um die Reformation durchzuführen. Aber in der Stadt blieb

³³ Stadtarchiv Mühlhausen, X 1 Nr. 8 fol. 204 (Notulbuch). In diesem städtischen Amtsbuch sind die vom Rat herbeigeführten oder von ihm beurkundeten gütlichen Beilegungen von Streitigkeiten sowie Geburts- und Scheidebriefe Mühlhäuser Untertanen verzeichnet. Die Achtmänner haben bei allen *wichtigen* Streitigkeiten mitgewirkt, und zwar in der Zeit vom 3. Juli 1523 bis 31. Dezember 1523 in einem von 13 Fällen, im Jahre 1524 in sieben von 27 Fällen und in der Zeit vom 1. Januar 1525 bis 27. Mai 1525 in acht von 14 Fällen. In der Zeit des Ewigen Rates haben die Achtmänner in sechs von acht Fällen mitgewirkt.

³⁴ R. JORDAN, Chronik . . ., a. a. O., S. 173.

³⁵ Stadtarchiv Mühlhausen, X 1 Nr. 8 fol. 219.

³⁶ Vgl. dazu und zu dem folgenden W. P. Fuchs, a. a. O., Nr. 1146a, S. 40ff.

³⁷ Ebenda, Nr. 1126b, S. 44ff.

³⁸ Ebenda, S. 46, Anm. 1.

³⁹ Vgl. dazu H. NEBELSIECK, a. a. O., S. 22–31f.

es nicht ruhig. Am 27. Juli schon wird einer der katholischen Pfarrer durch öffentlichen Anschlag von Briefen verhöhnt und bedroht.⁴⁰ Einen Monat später, am 26. August 1523, gab der Rat dem Druck von außen noch mehr nach. Es gelang ihm, die Führer der kleinbürgerlichen Opposition zu überzeugen, daß der Stadt wegen des Treibens der evangelischen Prediger Gefahr drohe. Sie gaben dann auch, da ihre hauptsächlich politischen Forderungen erfüllt worden waren, ihre Zustimmung zu der Ausweisung der Prediger, die ohne vorhergehendes gerichtliches Verfahren dekretiert wurde.⁴¹ Damit war der Rezeß und die städtische Rechtsordnung in mehrfacher Hinsicht verletzt worden, insbesondere aber Punkt 45 des Rezesses, wo es hieß, es „soll auch sonst das Evangelium niemandem zu predigen geweigert werden“, und das Verfahrensrecht, das eine Bestrafung ohne gerichtliche Verurteilung untersagte.⁴²

Der Rat benutzte diesen Bruch des Rezesses, um sich bei den Gegnern der Reformation reinzuwaschen.⁴³ Zur Durchführung der die Kirchenreformation betreffenden Punkte des Rezesses unternahm der Rat auch fernerhin wenig, obwohl insbesondere die Bewohner der Vorstädte stark nach einer Änderung verlangten. Um Weihnachten 1523 kam es erneut zu Ausschreitungen gegen den Pfarrer an der Hauptkirche der Altstadt, von dem die Besetzung der Pfarrstelle in der Kilianikirche mit einem evangelischen Prediger vergeblich gefordert worden war.⁴⁴ Die Bevölkerung der Vorstadt St. Nicolai griff um dieselbe Zeit zur Selbsthilfe.⁴⁵ Wahrscheinlich kurz vor oder während dieser Ereignisse kehrte Heinrich Pfeiffer in die Stadt zurück.⁴⁶ Auch sonst kam es sowohl in der Stadt wie auch in den Dörfern zu Ausschreitungen gegen katholische Geistliche.⁴⁷ Der Rat stellte sich nicht konsequent hinter die nach Punkt 45 des Rezesses durchaus berechtigten Forderungen der Bevölkerung. Er versuchte, die Klagen, die von außen an ihn herangetragen wurden, zu beschwichtigen. Andererseits ergriff er auch keine energischen Maßnahmen gegen diejenigen Untertanen in der Stadt und in den Dörfern, die mit Wort oder Tat gegen katholische Geistliche oder Kirchen vorgegangen waren. Durch diese Haltung des Rates wurde eine neue revolutionäre Situation geschaffen.

Am 19. September 1524 ereignete sich ein Vorfall,⁴⁸ der zeigt, daß es der Rat auch sonst mit der Einhaltung des Rezesses durchaus nicht so genau genommen hat.

⁴⁰ Ebenda, S. 32; R. JORDAN, *Chronik . . .*, a. a. O., S. 175. Vgl. auch F. STEPHAN, *Die Empörung . . .*, a. a. O., S. 17, der auch auf die Forderungen der Bewohner der Nicolai-Vorstadt eingeht und richtig erkennt, daß der Rat selbst die neuen Zwischenfälle verursacht hat.

⁴¹ Die Ausgewiesenen baten wiederholt vergeblich um Untersuchung, vgl. H. NEBELSIECK, a. a. O., S. 33.

⁴² Da die beiden Prediger wahrscheinlich kein Bürgerrecht in Mühlhausen besaßen, ist allerdings denkbar, daß der Rat befugt war, sie ohne formelles Verfahren auszuweisen.

⁴³ H. NEBELSIECK, a. a. O., S. 33.

⁴⁴ Ebenda, S. 36.

⁴⁵ Ebenda, S. 37.

⁴⁶ Ebenda, S. 37. Wahrscheinlich war Heinrich Pfeiffer derjenige Prediger, den die Nicolai-gemeinde am 26. Dezember 1523 berief (W. P. Fuchs, a. a. O., Nr. 1107, S. 25).

⁴⁷ H. NEBELSIECK, a. a. O., S. 38f. — Es ist mir unerklärlich, wieso H. NEBELSIECK verschiedentlich betont, daß in der Stadt Ruhe geherrscht habe.

⁴⁸ Vgl. dazu R. JORDAN, *Chronik . . .*, a. a. O., S. 179f.

Der Bürgermeister Rodemann wurde auf einer Hochzeitsfeier von einem Bürger beleidigt und ließ ihn daraufhin ins Gefängnis werfen. Die Achtmänner holten ihn wieder aus dem Gefängnis heraus und verlangten, daß sich Rodemann am nächsten Tage vor dem Rat wegen Verletzung des Punktes 9 des Rezesses verantworten. Die Bürgermeister Rodemann und Wettich flohen jedoch unter Mitnahme des Stadtsekrets, eines Torschlüssels, der Stadtfahne und eines Pferdes noch in der Nacht nach Langensalza.

Dieses Ereignis gab das Signal für neue revolutionäre Aktionen. Die schon über das bisherige Verhalten des Rates und der Achtmänner⁴⁹ hinsichtlich der Durchführung des Rezesses sehr unzufriedenen plebejischen und kleinbürgerlichen Schichten erzwangen die Weiterführung der revolutionären Volksbewegung, die nun unter dem Einfluß Thomas Müntzers steht, der Mitte August nach Mühlhausen gekommen war. Die Plebejer fanden in Müntzers „Ewigem Bund Gottes“ ihre Organisation und ihr unter unmittelbarer Mitwirkung Müntzers Ende September 1524 aufgestelltes Programm ist wesentlich entschiedener und konsequenter als der Rezeß von 1523. Damit beginnt in Mühlhausen eine neue Phase des Klassenkampfes, die am 17. März 1525 zum Sturz des Rates und zur Wahl des Ewigen Rates führte.

⁴⁹ Vgl. dann D. LÖSCHE, a. a. O., S. 150f.

HANNA KÖDITZ

Zur Ideologie der Täuferbewegung in Mühlhausen in Thüringen

Auf dem politischen Hintergrund einer Stadt, die in den Jahren nach 1525 zum Spielball der Interessen verschiedener Fürsten wurde und deren eigene herrschende Schicht in diesem Spiel einmal auf der einen, dann auf der anderen Seite mitzuspielen versuchte, entstand aus den Trümmern der Volksreformation die Täuferbewegung.

In den ersten drei Jahren nach der Niederlage der Bauern von 1525 hatte sich ein gewisser Umschwung in den Auffassungen der Angehörigen der revolutionären Volksbewegung der Jahre 1523 bis 1525 vollzogen. Nach der Niederlage von Frankenhäusen und dem Einzug der Fürsten in Mühlhausen war die revolutionäre Bewegung zunächst in alle Winde zerstreut worden und hatte jeden Zusammenhalt verloren. Sie hatte große Verluste erlitten. Viele hatten ihr Leben in der Schlacht von Frankenhäusen gelassen, andere waren unmittelbar nach der Einnahme Frankenhäusens und Mühlhausens durch die Fürsten ermordet worden. Eine große Anzahl der aktivsten Revolutionäre war geflüchtet und hatte nach dem Zusammenbruch der Federwisch-Verschwörung die Heimat verlassen müssen.

In diesen drei Jahren bemühten sich einige unermüdliche und beherzte Männer, deren Überzeugung nicht einmal unter dem Eindruck der furchtbaren Niederlage ins Wanken geraten war, die Fäden der alten Bewegung wieder dort anzuknüpfen, wo sie durch den Sieg der Fürsten abgerissen waren.

Der erste Täuferführer, der dies im Mühlhäuser Gebiet versuchte, war Hans Römer, ein Kürschner aus Erfurt, der eine Zeitlang in Eisenach ansässig gewesen war. Ein Hans Römer wurde auch in den Listen des Ewigen Bundes Gottes geführt, und es ist sehr wahrscheinlich, daß beide miteinander identisch sind. Der Täuferführer war ein glühender Verehrer Thomas Müntzers, mit dem er im September 1524 in Nürnberg zusammengewesen war² und den er auch nach Mühlhausen zurückbegleitet hatte.³ Er hatte im Bauernkrieg mitgekämpft und auch an der Schlacht von Frankenhäusen teilgenommen. Nach dem Bauernkrieg führte er ein unstetes Wanderleben, das ihn durch ganz Nordthüringen führte. Er nahm

¹ P. WAPPLER, Die Täuferbewegung in Thüringen von 1526 bis 1584, Beiträge zur neueren Geschichte Thüringens, Bd. 2, Jena 1913, S. 16 und 363.

² Ebenda, S. 38: In Nürnberg überwachte Römer den Druck der Hochverursachten Schutzrede.

³ G. L. SCHMIDT, Justus Menius, der Reformator Thüringens, 2 Bde., Gotha 1867, I, S. 140, 298.

Verbindung zu ehemaligen Bauernkriegsteilnehmern auf und versuchte, sie für seine Auffassungen zu gewinnen.

Der andere Täuferapostel, der für die Mühlhäuser Bewegung von Bedeutung ist, obwohl er auf diese nur einen indirekten Einfluß ausübte, war der Hersfelder Melchior Rinck, genannt der Greck. In den Jahren 1524/1525 wurde er ein Anhänger Thomas Müntzers.⁴ Er nahm am Bauernkrieg und an der Schlacht von Frankenhäusen teil. Wie Hut⁵ und Römer nahm er nach dem Ende des Bauernkrieges ein unstetes Wanderleben auf. Sein Tätigkeitsfeld war die Eisenacher Gegend und das Gebiet um Vacha und Hersfeld. Pfingsten 1527 war er in Worms, wo er mit den bekannten Täuferführern Hans Denk und Ludwig Hetzer in Verbindung stand.⁶ 1528 gründete er in dem Dorf Sorge bei Hersfeld eine Täufergemeinde⁷, die nicht nur auf die hessische, sondern auch auf die thüringische und besonders die Mühlhäuser Täuferbewegung einen sehr großen Einfluß ausüben sollte. 40 bis 50 Personen fanden sich in diesem Dorf regelmäßig zusammen. Im August 1528 wurde Rinck in Marburg einem Glaubensverhör unterzogen. Er wurde ausgewiesen, blieb aber weiterhin im kursächsischen Amt Eisenach und auch im Gebiet von Hersfeld tätig. Er wurde erneut verhaftet und bis 1531 in einer Zisterzienserabtei bei Haina festgehalten.⁸ Nach seiner Freilassung nahm Rinck trotz Landesverweisung und angedrohter Todesstrafe⁹ seine Predigten wieder im hessisch-sächsischen Grenzgebiet auf. Er starb etwa 1545 in der Haft, im Alter von 51 oder 52 Jahren, von denen er 17 Jahre in Gefängnissen zugebracht hatte.

Wappler¹⁰ rechnet Rinck und seine Tätigkeit im hessisch-thüringischen Grenzgebiet zur gemäßigteren Richtung der Täuferbewegung und stellt Römers apokalyptisch-eschatologische Verkündigungen Rincks mystisch-spiritualistischer Grundeinstellung gegenüber.

Der auffallendste Unterschied zwischen beiden besteht darin, daß Römer und seine Gefährten in Erfurt einen Aufstand vorbereiteten, während Melchior Rinck Täufergemeinden gründete, denen keine offenen Aufstandsversuche nachgewiesen werden können. Dieser Unterschied zeigt sich auch in den apokalyptisch-chilistischen Prophezeiungen, die in den Aussagen Rincks fast völlig fehlen und deren praktische Konsequenz bei Römer eben dieser Aufstandsversuch war.¹¹ Es scheint

⁴ Bereits 1521 soll er mit Storch und Stübner nach Wittenberg gezogen sein, was allerdings von Melanchthon und Georg Witzel, dem Pfarrer von Wenigenlupnitz b. Eisenach und Freund Rincks, bestritten wird (P. WAPPLER, a. a. O., S. 51).

⁵ Hans Hut, Kirchner in Bibra wurde bereits 1524 von täuferischen Ideen beeinflusst. (Vgl. W. WISWEDEL, Bilder und Führergestalten aus dem Täufertum, 1. Bd., Kassel 1928, und P. WAPPLER, a. a. O.)

⁶ P. WAPPLER, a. a. O., S. 51.

⁷ Ebenda, S. 50f.

⁸ Ebenda, S. 56.

⁹ Nach der 1531 von Ph. v. Hessen erlassenen Wiedertäuferordnung (Quellen zur hessischen Reformationsgeschichte, 4. Bd., Wiedertäuferakten 1527–1626, hrsg. G. Franz, Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck, Bd. 11, Marburg 1951, S. 37) konnten ausgewiesene Täuferprediger, die das Land ohne Erlaubnis betraten, mit dem Tode bestraft werden.

¹⁰ P. WAPPLER, a. a. O., S. 47f.

¹¹ Ebenda, Wappler sieht keinen Zusammenhang zwischen den Prophezeiungen und den revolutionären Aufstandsversuchen. So rechnet er z. B. die Wanderprediger, die im Amt

auf den ersten Blick, als handle es sich tatsächlich um zwei Richtungen, die ihrem Ziel und ihrem Weg nach völlig verschieden waren. Jede Untersuchung dieser auffallenden Unterschiede muß jedoch die Art der Quellen, die Auskunft über die Auffassungen der beiden Taufprediger geben können, beachten. Einblick in Römers Anschauungen gewinnt man aus Verhörsprotokollen¹², aus dem gegen die Führer des Erfurter Aufstandsversuchs geführten Prozeß, aus Verhören anderer Personen, die von Römer oder anderen getauft worden waren oder in solchem Verdacht standen, und schließlich aus den Aussagen Römers und des Täuferpredigers Fischer, die allerdings erst aus dem Jahre 1534 stammen, als die beiden in Gefangenschaft gerieten.

Die Quellen, die zur Ermittlung der von Rinck vertretenen Lehre zur Verfügung stehen¹³, sind im wesentlichen anderer Art. Es sind vor allem Protokolle eines Glaubensverhörs, dem sich Rinck auf Wunsch des Landgrafen von Hessen von Balthasar Raidt im August 1528 unterzog und in dem Rinck in allen für ihn nicht entscheidenden Fragen zweifellos eine gewisse Verständigungsbereitschaft an den Tag legte. Ganz anders und viel weniger versöhnlich ist der Ton und Inhalt der Briefe, die Rinck aus dem Gefängnis schrieb. Sie verraten viel eindeutiger jene Vorstellungen Rincks, die in dem Glaubensverhör in den Hintergrund gedrängt worden waren und die den Amtmann der Wartburg, Eberhard von der Tann, bewogen, den Landgrafen eindringlich vor dem Aufrührer Rinck zu warnen.¹⁴ Zu der gleichen Auffassung über Rinck war auch Justus Menius gelangt, der ihn seit 1525 als einen Schüler und Verehrer Thomas Müntzers kannte.¹⁵ Da alle Schriften Rincks verlorengegangen sind, kann seine Lehre nur aus den obenerwähnten Quellen¹⁶ und aus den Aussagen seiner gefangenen Gemeindemitglieder rekonstruiert werden.

Trotz aller Verschiedenheit der Herkunft und Bildung gehörten Römer und auch Rinck zu Müntzers Partei der Volksreformation. Beide weigerten sich nach der Niederlage von Frankenhausen, ihre Auffassungen im Sinne des Luthertums oder des Katholizismus zu revidieren. Ihre Opposition zu den anerkannten Bekenntnissen steht außer Zweifel.

Hausbreitenbach apokalyptisch-chiliastische Prophezeiungen verbreiteten (vgl. auch P. WAPPLER, Die Stellung Kursachsens und des Landgrafen Philipps von Hessen zur Täuferbewegung. In: „Reformationsgeschichte, Studien und Texte,“ 13/14, [Münster 1910] 7) zu der gemäßigten Richtung, da es in diesem Gebiet zu keinen Aufstandsversuchen gekommen ist.

¹² P. WAPPLER, Täuferbewegung a. a. O., Nr. 47, 10, 12, 13, 15, 24 und 25.

¹³ Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 5, 13a, 14a, 17, 18b; P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 30 und 40; P. WAPPLER Stellung Kursachsens, a. a. O., Nr. 7, 12, 14, 15, 16, 17, 19, 20, 21; J. MENIUS, Der Wiedertäufer Lehre und Geheimnis, Wittenberg 1533.

¹⁴ Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 18b.

¹⁵ J. MENIUS, a. a. O., llll: „Welchs mir fur funff jaren vom Melchior Rincken, da er nur seinen hauptman Thomas Muntzer fur den besten vnd fruchtbarsten prediger jin der gantzen welt lobte vnter anderm auch fur gehalten würd, denn also saget er / Wir lereten nicht mehr, den einen eiteln faulen vnd todten glauben / des werde nicht mehr weren / denn nur allein sein eigen namen ausrufen / Thomas Muntzer aber, der were ein rechter Held mit predigen . . . der solt jn einem jare mehr ausrichten / denn tausent Luther jhr gantzes leben lang.“

¹⁶ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 40.

Diese Opposition führte den Eisenacher Kürschner Hans Römer ebenso wie den radikalen Theologen Melchior Rinck in einigen Fragen zu ganz ähnlichen Konzeptionen. Es scheint angebracht, zunächst diese gemeinsamen Vorstellungen zu behandeln und erst dann auf die Unterschiede in ihren Ansichten einzugehen.

Am eindeutigsten ist ihre Übereinstimmung in der Frage der Kindertaufe und damit verbunden der Erbsünde, des Predigtamtes und der Rechtfertigungslehre. Römer und seine Anhänger hielten die Kindertaufe aus den gleichen Gründen für gotteslästerlich wie Rinck, wenn dieser ihre Notwendigkeit auch wesentlich gründlicher widerlegt hat. Beide vertreten folgende Auffassung: Die unvernünftigen Kinder können noch nicht belehrt werden, daher auch nicht glauben; aber nur wer glaubt und getauft wird, kann selig werden.¹⁷ Die Kinder sind auch dann nicht verdammt, wenn sie ungetauft sterben, da sie weder gut noch böse sind, sondern den Keim zu beiden in sich tragen.¹⁸ Die Erbsünde wurde von Christus am Kreuz getilgt und verdammt ist also nur derjenige, der selbst sündigt, nachdem er zur Vernunft gekommen ist.¹⁹ Die Taufe bedeutet ein Bündnis mit Christus und den Menschen.²⁰ Wer die Taufe empfängt, muß bereit sein, das Kreuz, das heißt Leiden,

¹⁷ *Römer*

Die taufe der Kinder wäre falsch, denn Christus spreche am ewangelio: Wer glaubte und wurde getauft, wurde selig. (Ebenda, Nr. 10c, Beilage).

Rinck

Begründet Ablehnung der Kindertaufe vor allem mit: Gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes (Math. 28, 19).

Gehet hin in alle Welt, und prediget das Evangelium aller Kreatur. Wer da glaubet und getauft wird, der wird selig werden; wer aber nicht glaubet, der wird verdammt werden (Mark. 16, 15, 16).

(Quellen Hessen, a. a. O., 52).

¹⁸ *Römer*

Das di jungen Kinder, szo ungetawft storben, nit selig, were falsch, dan Christus spreche: Ihr werdet dann szo rein als die kleinen jungen kindelein, szo gehet ir nit ins reich der himmel (Mt. 18, 3). (P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 10c, Beilage).

Rinck

Doch seien die kinder vor der vernunft und ehir sie in die sunde verwilligen weder recht noch ungerecht, weder selig noch unselig, sonder bringen von der gepurt an mit sich guten und bosen samen. (Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 52, A. 4. Artikel Rincks.).

¹⁹ *Römer*

vgl. Anm. 18.

Rinck

Die erbsunde von Adam verdammen niemand, bissolange der mensch zu vernunft komme und verwillig in die sunde. (Ebenda, Artikel 2.). (P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., 40b).

²⁰ *Römer*

... habe ime also von einer taufe gelesen und gesagt, die were aus dem buch Jeremie gezogen... (Jerem. 31) (Ebenda, Nr. 10c, Beilage).

Rinck

... sei die taufe ein bundtnuß mit Christo und den menschen, die ein gude leben anfangen und von sunde abstehen wollen... (Ebenda, Nr. 40b.).

Not, Verfolgung und Tod, auf sich zu nehmen.²¹ Durch den Empfang der Taufe erklärt sich der Mensch bereit, die Nachfolge Christi und der Apostel anzutreten; in diesem Sinne wird er ein Auserwählter, ein Vollkommener, ein Bündnispartner Gottes.²² Aus diesem Bund erwachsen ihm eine Reihe hoher ethischer Verpflichtungen; weil er Gott und Christus mehr lieben soll als sein Eigentum oder seine Familie, muß er bereit sein, alles um der Verbreitung der wahren Lehre willen zu verlassen.²³ Allen Vergnügungen und Lastern der Welt muß er entsagen,²⁴ seinen

²¹ *Römer*

... so wir Gott ... wollen beholuen (behalten) werde, musten wir aller wolust dieser werlen (welt) vorsagen und einander zwichen des cruses annehmen zu unser volkommenheit. (Ebenda, Nr. 24a).

²² *Römer*

Allgemeine Darstellung der „Christusbruderschaft“; Ebenda, a. a. O., Nr. 12; ferner: ... sie wolden nichts eigens haben, sondern ein zeitlang im land hin und widder ziehen, als die lieben aposteln gethan ... (Ebenda, Nr. 11c)

²³ *Römer*

Vgl. Anm. 22

Rinck

Dan der rechten tauf volg das creuz nach, wie man dan sehen, das dieser tauf tue und derhalben wil bruder getodt und ver-
volget werden und von solcher tauf mit irem blut zeuche(n).
(Ebenda, Nr. 40b).

Rinck

... und verner gesagt, das sie auch dem exempel Christi gevolget ... (Ebenda, Nr. 40b).

Rinck

Und habe sie erstlich gelart von der gelassenheit, das sei, das einer vor Got ganz gelassen sein muß, auch seines eigens lebens und sein herz nit ans zeitlich henken, und were etwas mehre lieb dan Christentum, der sei sein nit wert ... (Ebenda, Nr. 40b).

Ferner ist die von Justus Menius, a. a. O., fol. E iib und Eiii, berichtete Aufnahmezeremonie der Sorger Gemeinde aufschlußreich. „Aufs erste, das sie einen fragen: Bistu ein Christ? Antwort er: Ja, so fragen sie weiter, was glaubestu denn? Antwort: Ich gleub an Gott, meinen Herrn Jesum Christ etc. Fragen sie aber: Wie wiltu mir den werk geben? Antwort: Ich gebe sie einem alzumal umb einen groschen. Denn fragen sie weiter: Wie wiltu mit deine güter geben, auch um einen groschen? Antwort: Nein. so fragen sie abermals: Wie wiltu mir denn dein leben geben, auch umb einen groschen? Antwort: Nein. So sagen sie denn: Ei sihestu, so bistu auch noch kein Christen nicht, denn du hast noch keinen rechten glauben und stehest nicht gelassen, sondern nimmst dich doch der creaturen und dein selbst an, Darumb bistu auch nicht recht in Christus taufe mit dem heiligen geist, sondern nur allein in Johannes tauf mit dem wasser getaufet. Wiltu aber selig werden, so mustu warlich entsagen und dich zuvor verzeihen aller deiner wer, aller creaturen und zuletzt auch dein selbst und must allein in Gott glauben. Nu frag ich dich aber Verzeihestu dich deiner werk? Antwort: Ja. Ich frage dich weiter: Verzeihestu dich der creaturen? Antwort Ja. Ich frage dich noch weiter: Verzeihestu dich auch endlich dein selbst? Antwort: Ja. So taufe ich dich ...

²⁴ *Römer*

Dornach gesagt, sie sollten ... nicht wucherei ader andere laster treiben, sonder dieselbigen abstellen und sich der enthalten.

(P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 12c).

Rinck

... und von der sunde abstehten muß und dem teufel und dem bosen widerstehen müssen etc. (Ebenda, Nr. 40b).

Brüdern muß er helfen, mit ihnen alles teilen.²⁵ In dieser ethischen Verpflichtung liegt die Rechtfertigung des Menschen vor Gott. Die lutherischen und katholischen Prediger werden verworfen, weil sie sich vor dem Kreuz, das heißt vor der harten Verpflichtung einer Lebensführung im Sinne dieser Nachfolge Christi fürchten²⁶ und weil sie sich durch die Verfolgung der wahren Christen selbst als der Antichrist erweisen.²⁷

Auch in der Frage der Bedeutung des Abendmahls zeigt sich eine gewisse Übereinstimmung. Rinck und Römer sind sich einig darüber, daß der Leib des Herrn nicht im Brot enthalten ist. In seinem Brief aus dem Gefängnis an Eberhard von der Tann aus dem Jahre 1531 äußert Rinck sich abfällig über den „broteren Abgot“ der Pfaffen, mit dem (und mit der Taufe) sie sich über Gott und Christus setzen.²⁸ Er muß jedoch bereits früher die leibliche Gegenwart Christi im Abendmahl geleugnet haben, wie aus den Aussagen seiner Mitgefangenen hervorgeht, die bezeugen, daß er auch in seinen Büchern festgestellt hat,²⁹ Gott habe nicht befohlen, aus Brot sein Ebenbild zu machen.³⁰ Das Abendmahl ist für Rinck nach Aussage seiner Anhänger ein großes Geheimnis Gottes, für das ein reicher Mann schwerlich würdig genug sei; selbst die einfachen Täufer erklärten im Verhör, sie fühlten sich noch nicht würdig, das Abendmahl zu empfangen.³¹ Sie erklärten, es sei kein Sakrament und kein Mittel der Sündenvergebung,³² sondern ein „Brotbrechen und essen, wie es die Apostel getan hätten“, es bedeute die Verpflichtung, Gottes Wort

²⁵ Römer

... sie solten bestendig sein und sich bruderlich und freuntlich untereinander halten ...

(Ebenda, Nr. 12c).

Rinck

Daß sie ihren Nächsten helfen mit „geben vnd leihen vnd der zeitlichen guter jnn gemein also genieße ...“

J. MENIUS, a. a. O., Fol. Di – ii.

²⁶ Römer: Item hat bekant, das widder die alten noch newen prediger nicht recht predigen auß der ursach, sie furchten sich vor dem krutze. (Ebenda, Nr. 13a).

²⁷ Rinck: Nachdem ich nun so vill und lange zeit beide, von babstlern und lutheranern, das ist vom ganzen wust und grewel des widderchristis ... verfolgt ... werde (Quellen Hessen, Nr. 14a) Ihr eigenes Werk gibt Zeugnis, daß ... sie eigentlich der widderchrist ... (sind) weil: sie aber mich und alle, so gleiches glaubens seint, mit morden, berauben, gefencknus, feur, wasser, schwert und dergleichen argumenten der lügen erweisen wollen ... (Ebenda, Nr. 13a).

²⁸ Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 14a.

²⁹ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 40b.

³⁰ Ebenda, „Woe Got bevolen, das man Got ein ebenbildnus machen soll mit dem brot, das eben so kunt, geschickt und weis sein mu? Und Got sei in einem brot als wol als in in dem andere, und wie er sonsten in andern creatures sei; und man könne Got nit also ins brot banden und darin entpfahe ...“

³¹ Ebenda, Die Rinck'sche Abendmahlsvorstellung weist große Ähnlichkeit mit der Hans Denks auf. (Vgl. L. KELLER, Hans Denk. Ein Apostel der Wiedertäufer, Leipzig 1882.) Aber hier macht sich der Einfluß der Müntzerschen Lehre in der Modifikation des Spiritualismus Denks bemerkbar: die „Reichen“ werden als besonders unwürdig für den Empfang des Abendmahls empfunden. Vgl. Müntzer, Ausgedrückte Entblößung des falschen Glaubens, Mühlhausen 1524; Thomas Müntzer, Pol. Schriften, hrsg. C. Hinrichs, Hallische Monographien, Nr. 17, Halle 1950, S. 60: „Ja, er meinet, er wolt ... seinen pracht und reichthum behalten, vnd gleichwol einen bewerten glauben haben ...“.

³² P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 40b.

zu verbreiten, denn das allein sei Leben und Geist.³³ Auch Römer vertritt die Auffassung, daß der Leib Christi nicht im Brot enthalten ist und begründet sie mit dem Hinweis auf das Bibelwort „Gott will nicht in Tempeln wohnen, die mit Händen gemacht sind“ (Apg. 7, 48).³⁴ Zum Abendmahl (der Lutheraner) sollen die Täufer nicht gehen, denn sie gehörten bereits zur Zahl der Auserwählten.³⁵ Eine eigene Auffassung über das Abendmahl haben Römer und seine Mitprediger nicht entwickelt. Dies deutet nicht nur darauf hin, daß dieses Sakrament bis 1528 kein besonders hervorragender Gegenstand der Kontroverse war, sondern zeigt auch, daß bei den Täuferzusammenkünften selbst der Feier des Herrenmahls keine große Bedeutung beigelegt wurde.

Die Gemeinsamkeiten lassen eindeutig erkennen, daß alle entscheidenden Elemente der täuferischen Ideologie sich bereits voll oder zumindest im Ansatz ausgebildet bei den beiden Predigern nachweisen lassen. Es bleibt noch zu untersuchen, welche Verschiedenheiten in ihren Auffassungen zutage traten und aus welchen Ursachen diese entstanden sind.

Der entscheidende Unterschied in ihrer Konzeption liegt nicht so sehr in der Stellung zur Obrigkeit als in der Begründung und den Schlußfolgerungen, die sie aus ihrer negativen Haltung ziehen. Römer sah in seiner Gegenwart die Endzeit. Er erwartet das Ende der Welt in elf Monaten. Dann würde Gott dieser Welt (d. h. dieser Gesellschaftsordnung) ein Ende bereiten.³⁶ Er verwies auf die Offenbarungen des Propheten Daniel (Kap. 9 u. 12) und erzählte seinen Zuhörern, daß sich bereits ein Edelmann habe wiedertaufen lassen, auch seine Untertanen dazu bewogen und einen großen Haufen bewaffnet habe.³⁷ Auch in Bayern gäbe es be-

³³ Ebenda, Nr. 40b.

³⁴ Ebenda, Nr. 10c, Beilage.

³⁵ Ebenda, Nr. 12c. Äußerung stammt jedoch nicht von Römer selbst, sondern von einem Anhänger, dem Schuster Mansfelt. Im Gesamtzusammenhang kann sie nur bedeuten, daß die Getauften als Auserwählte Gottes das lutherische bzw. katholische Abendmahl meiden sollten. Die eigene Abendmahlsfeier der Täufer sollte erst später eine größere Bedeutung erlangen, als die Bestrebungen zur Festigung des lutherischen Landeskirkentums eine möglichst einheitliche Teilnahme aller an allen kirchlichen Veranstaltungen zu erzwingen suchten.

³⁶ (Peisker) hat furder gesagt, das die letzte zeit und ire erloßung wurde nach dieser zeit in 11 monat kommen und ein ende haben. (Ebenda, Nr. 12c).

³⁷ ... So weher auch ein lendlein, darinne ein herre, den er, auch das lendlichen mit dem namen nicht anzuzeigen weiß, der solt sich mit sambt seinen undirthanen allenthalb anderweit hab täufen lassen ... (Bericht d. Amtmanns zu Sachsenburg an Herzog Georg, Ebenda, Nr. 25e).

Ferner: ... Sagt auch, der graf von Niclasburg habe sich mit 700 personen mit der new teufe tewfen lassen ...

(Ebenda, Nr. 12b). Ferner: ... Bericht er, das Romer zu im gesagt, es si ein herr, aber doch mit dem namen nicht angezeigt, der sich auch teufen lassen, wellicher mit geschutz und anderm geschickt wollten sie daselbst einen haufen machen ... (Ebenda, Nr. 25b).

Diese Bemerkungen beziehen sich auf den Grafen Leonhard von Lichtenstein, der von Hubmaier getauft wurde und auf der Nikolsburger Täuferzusammenkunft 1528 als Wortführer der Hubmaierschen Richtung (Schwertler) auftrat. Gegen diese Richtung wandten sich die von Denks Pazifismus beeinflussten Stäbler, die sich weigerten, Kriegs-

reits eine Neuordnung, die auch bald nach Thüringen kommen werde.³⁸ Oekolampad und Zwingli wären von Gott gesandt, um das zerstörte Jerusalem wieder aufzubauen; sie ließen die alten prophetischen Bücher verdeutschen, damit man daraus lernen könnte, wie man mit der Obrigkeit verfahren müsse.³⁹

Diese verschiedenen, den realen Tatsachen widersprechenden Berichte von einer neuen Erhebung, die sich vorbereite, wurden vorausgeschickt, um den Zuhörer zu veranlassen, sich einem so mächtigen Bund anzuschließen. Ganz im Geiste des Müntzerschen Artikelbriefs sollten auch bei Römer die Gottlosen ausgerottet werden, nachdem Gott die Welt gestürzt hatte. Welchen Anteil daran die Bundesmitglieder haben sollten, wurde den Novizen zunächst nicht mitgeteilt.⁴⁰ Wer dem Bund noch nicht angehörte und sich weigern sollte, sich der wahren Taufe zu unterziehen, der würde erschlagen werden.⁴¹ Dem Bund gehörten, so erklärten Römer und seine Mitprediger den Zuhörern, 16000 an. Dann forderte er sie auf, sich taufen zu lassen.⁴²

Die Anlehnung an Müntzer und seine letzte Predigt vor der Schlacht bei Frankenhäusen⁴³ ist bei Römer viel eindeutiger als bei Melchior Rinck. Römer begründet seinen Versuch, in Erfurt einen Aufstand zu entfesseln, damit er Rache für den zu

dienste zu leisten oder auch nur Kriegssteuern zu zahlen. Die Hubmaiersche Richtung setzte sich in Nikolsburg durch und die Täufer zahlten fortan Kriegssteuern, während die Stäbler auswanderten (vgl. St. HIRZEL, *Heimliche Kirche*, Hamburg 1952).

³⁸ P. WAPPLER, *Täuferbewegung*, a. a. O., Nr. 10. Worauf sich diese Äußerung stützt, kann nur vermutet werden. Vielleicht ist es die völlig entstellte Wiedergabe der Augsburger Täufersynode von 1527, bei der Hans Hut apokalyptisch-chilastische Prophezeiungen machte und jegliche Obrigkeit ablehnte (vgl. W. WISWEDEL, *Bilder u. Führergestalten aus dem Täufertum*, 2 Bände, Kassel 1928; St. HIRZEL, a. a. O.).

³⁹ P. WAPPLER, *Täuferbewegung*, a. a. O., Nr. 10; Tatsächlich erschien die deutsche Prophetenübersetzung von Zwingli und Leo Jud in Zürich, 1529 (W. KÖHLER, *Huldrych Zwingli*, 1943, S. 137), die zum Teil aus der von Denk und Hetzer veröffentlichten Übersetzung (erschienen in Worms 1527) abgeschrieben ist. (L. KELLER, *Hans Denk, ein Apostel der Wiedertäufer*, Leipzig 1882.)

⁴⁰ Es wurde ihnen lediglich gesagt, daß es Heuschrecken regnen werde (in Anlehnung an Off. Joh. 15,1 die letzten sieben Plagen) und daß die Mitglieder des Bundes der Täufer in die Berge gehen sollten, da sie dort verschont bleiben würden. (P. WAPPLER, *Täuferbewegung*, a. a. O., Nr. 47.)

⁴¹ ... und welcher nit getauft ader das zeichen der tauf hett wollen annemen, den hetten sie wollen totschiagen und welcher meher hett, dan der ander, der solle mit dem andern teilen. Welcher sich solchs zuthun gewegert, den solt man auch totschiagen ... (Ebenda, Nr. 16; ähnlich die Aussage Fischer, Nr. 47h.)

⁴² Ebenda, Nr. 12c.

⁴³ *Akten zur Geschichte des Bauernkriegs in Mitteldeutschland*, hrsg. von W. P. Fuchs, Jena 1942, Schr. der Sächsischen Kommission für Geschichte, Nr. 42, Nr. 2102, S. 897, Anm. 1, 2 und S. 898, Anm. 1. Müntzer soll in dieser Predigt erklärt haben, Gott wolle in diesem Krieg die Welt von den Gottlosen befreien. Er hätte der Obrigkeit die Gewalt genommen und den Untertanen gegeben. Der Regenbogen am Himmel, der vor der Schlacht von Frankenhäusen sichtbar gewesen ist, sei das Zeichen, daß Gott mit den Bauern einen Bund geschlossen habe. Gott habe diesen Krieg entfesselt, damit alle, die gegen die Wahrheit handelten, umkämen.

Unrecht hingerichteten Thomas Müntzer⁴⁴ nehmen und dem Wort Gottes zum Durchbruch verhelfen wolle. Wenn die Täufer sich Erfurts bemächtigten, dann sei auch der christliche Bund erfüllt, das heißt die Gottlosen, vor allem die Obrigkeit, würden vernichtet und Gottes Reich auf Erden, das neue Jerusalem, errichtet werden.⁴⁵

Das Auftreten apokalyptisch-chiliastischer Prophezeiungen im Anschluß an den Bauernkrieg ist der letzte unmittelbare Nachhall der revolutionären Erhebungen der Reformationszeit. Sie entstanden, weil Teile der revolutionären Volksbewegung sich nicht damit abfinden konnten, daß die Niederlage endgültig war und sie noch immer hofften, ihr altes Ziel durch einen erfolgreichen Aufstand verwirklichen zu können.

Auch bei Römer verbinden sich die apokalyptisch-chiliastischen Ideen mit Vorstellungen, die der neuen, evolutionären Phase der Volksbewegung angepaßt waren und den neuen Bedingungen des zähen Kleinkrieges gegen die feudalen Obrigkeiten und ihre Geistlichkeit entsprachen. Diese Vorstellungen bildeten einerseits die ideologische Grundlage der neuen Organisationsform der Bewegung, den Täufergemeinden; andererseits sind sie die Antithese zur katholischen und lutherischen Lehre, die bereits zur Obrigkeitskirche erstarrt war. Seit der Entstehung christlicher Kirchen – nicht Gemeinden – haben sich kirchenoppositionelle Bewegungen immer wieder durch eine bestimmte Interpretation des biblischen Weltgerichts und des darauf folgenden Reichs Gottes auf Erden legitimiert. Sie meinten, das Weltgericht stehe unmittelbar bevor und fordere gebieterisch bestimmte Vorbereitungen, eine Reform der Kirchenorganisation, eine neue Ethik oder die Wiederbesinnung auf die alte. Müntzer war der erste, der darüber hinausging. Für ihn bedeutete das Weltgericht den Sturz der Feudalordnung.⁴⁶ Die bereits von den Taboriten vertretene Unterstützung des Gottesgerichts durch eine begrenzte Zahl von Auserwählten wird bei Müntzer – darin spiegelt sich der Massencharakter der Volksbewegung der Reformationszeit wider – erweitert und umfaßt die Unterdrückten und Ausgebeuteten in ihrer Gesamtheit. Als Nachwirkungen dieser spezifisch müntzerischen Apokalyptik in der (vor allem fränkischen, thüringischen und später münsterischen) Täuferbewegung sind das Festhalten an der Vorstellung des Weltgerichts, dem die Auserwählten (d. h. die Täufer) zum Durchbruch ver-

⁴⁴ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 47a: ... das er mit seinen gesellen aus sunderlichem hasse, also zu der stadt Erffurt, dorumn das sie seinen vater Thomaßen Munzern erwurget, getragen und auch, das das wort Gottes bei inen solte aufgan, an siben enden der Stadt fewer wollen angelegt haben.

⁴⁵ Ebenda, ferner Nr. 16c: „Haben im auch gesagt in der tauf, es werden sich hin und wider in stetten der getauften bruder vorsamlen und wirdet uber fursten und heren gehen, dieselbigen zuvertilgen, gleich wie sie den armen leuten etwan hin und her gethan ... es werd sich im hornung von den getauften brudern in Erffurt ein entporung entspinen, aldo wurden sie zusammen komen und bei einander stehen als die bruder.“ Und ebenda 11c und 12e.

⁴⁶ Vgl. z. B. bereits in: Auslegung des 2. Kapitels Danielis, Müntzer, Pol. Schriften, a. a. O., S. 21, Z. 388–393. Ferner in Ausgedruckte emploßung, ebenda, S. 38f., Z. 259–264, S. 46f. Z. 528–543; Hochverursachte Schutzrede, ebenda, S. 101, Z. 550–558.

helfen wollen, und die unsektenmäßige Auffassung des Begriffs der Auserwählten charakteristisch. Gelegentlich sind allerdings, das entspricht dem Abklingen dieser apokalyptisch-chiliastischen Ideen, auch ausgesprochen sektiererische Äußerungen anzutreffen.⁴⁷ Spezifisch müntzerisches Erbe ist auch die offen antifeudale Tendenz dieser Apokalypik.⁴⁸

Bei Rinck läßt sich kein Versuch, eine Erhebung zu organisieren, nachweisen, wenn er sich auch gerühmt haben soll, er wolle Müntzers Werk zu Ende führen.⁴⁹ Auch die apokalyptisch-chiliastischen Züge fehlen bei ihm fast völlig.⁵⁰ Aber auch seine Stellung zur Obrigkeit ist negativ. Er bestreitet ihr das Recht, sich in Glaubensfragen einzumischen. Zwar ist dies eine Auffassung, die auch Luther noch 1523 vertrat⁵¹ jedoch steht sie in schärfstem Gegensatz zur lutherischen Lehre und zur kursächsischen Praxis nach 1525. Eberhard von der Tann stellte in seinem Bericht an Philipp von Hessen die Gesichtspunkte zusammen, die ihn veranlaßt hatten, Rinck nicht nur für einen Gotteslästerer, sondern auch für einen Aufrührer zu halten. Rinck vermeidet zwar, direkt zu erklären, man dürfe keine Obrigkeit haben, weil er den eben besiegten Bauern nicht so eindeutig aufrührerisch predigen wollte, dafür ist er aber der Meinung, daß kein wahrer Christ Obrigkeit sein könne und daß der Gemeinde das Recht zustände, die Obrigkeit ein- und abzusetzen. Was sei das anderes, fragt Eberhard von der Tann, als an die Stelle der Obrigkeit einen „müntzerischen haufen one obrigkeit erwecken wollen“?⁵² Rinck wolle, so

⁴⁷ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., 12e, Äußerung des Schusters Mansfeld: „Es soltin aus den zwelf geschlechten aus jedem geschlecht zwelf tausen selig werden, doch wurde dieß ein geringe heuflein sein: . . .“ Die 12000 aus jedem der zwölf Geschlechter bezieht sich natürlich auf Off. Joh. 7, V. 1–8; es ist jedoch bezeichnend, daß Mansfeld erklärt, es würde eine geringe Zahl sein und nicht wie V. 9 des 7. Kapitels „Darnach sah ich, und siehe eine große Schar, welche niemand zählen konnte . . . etc.“.

⁴⁸ Ebenda, Nr. 13a, „Item hat bekant, er wolt alle herren erstoochen haben auß eigenem mutwillen.“

⁴⁹ P. WAPPLER, Stellung Kursachsens, a. a. O., Nr. 12: Er hat sich auch nach gestillte Empörung, das jhnen solcher seiner jrthumb bereuhet vielweniger, das er davon abzutretten gedehte, niehe, sunder offtmals jn reden, als soldt jhm Gott fur Franckenhawsen darvmb davon geholfen haben, das er des Muntzers vnchristliche furgenhummen handlung volnfhuren vnd zum ende bringen soll, horen lassen . . .

⁵⁰ Wenn auch eine Stelle in seinem, offenbar in großer Erregung geschriebenen Brief an Eberhard von der Tann (. . . aber dank hab das reich des widdererists, welchs sich selbst nicht allein zu wissentlichen lügen zwinget, sundern luget auch im selbst on alle scham, damit es ja nicht die lunge bestand, sundern nach seiner manchfaltigen zurteilung in haufen falle, wie dan allen tyranneien, so von anfang gewesen sein, gescheen ist. Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 14a) verrät, daß ihm der Gedanke das Weltende als Strafgericht über die Unterdrücker zu sehen, nicht fernlag. Die mit ihm gemeinsam von 1526 an in Westthüringen (vor allem im Amt Hausbreitenbach) predigenden Täufer, unter ihnen auch Hans Bot und Volkmar von Hildburghausen, der Alexander taufte (vgl. P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., S. 50f.), vertraten ganz ähnliche apokalyptisch-chiliastische Auffassungen wie Römer und seine Mitprediger.

⁵¹ M. LUTHER, Von weltlicher Obrigkeit wie weit man ihr Gehorsam schuldig ist, W.A. Bd. 11, S. 230–280.

⁵² Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 18b.

erklärte Eberhard von der Tann weiter, an die Stelle der weltlichen Ordnung, der Stände, des geistlichen und weltlichen Regiments die Gleichheit aller Menschen und Güter auf Erden einführen. Bei seinen Behauptungen stützte er sich auf die verlorenen Schriften Rincks.⁵³ Für ihn entsprach Rincks Lehre in allen Punkten der Lehre Müntzers, wenn man davon absieht, daß der Bund der Getauften an die Stelle der christlichen Bruderschaft, wie sie Müntzer vertrat, getreten war. Ohne Kenntnis der Rinck'schen Schriften läßt sich natürlich nicht feststellen, ob und inwieweit die Beschuldigung Eberhard von der Tanns den Tatsachen entsprechen. Für die Glaubwürdigkeit seiner Darstellung – zumindest in ihren hauptsächlichen Punkten – sprechen jedoch gewisse Anhaltspunkte: erstens hielt der Landgraf, dem die Schriften vorgelegt worden waren, Rinck bis zu seinem Tode in Gefangenschaft⁵⁴; zweitens werden einige der von Eberhard von der Tann erhobenen Anklagepunkte durch Briefe Rincks aus dem Gefängnis bestätigt, in denen er seine Haltung zur Obrigkeit darlegt.⁵⁵ Den Taufpredigern kann also die direkte Verbindung zu Müntzer und ihr ideologischer Niederschlag vor allem

⁵³ K. W. H. HOCHHUT, Mitteilungen aus der protestantischen Sektengeschichte in der hessischen Kirche, I. Abt., Landgraf Philipp und die Wiedertäufer. In: „Zeitschrift für historische Theologie“ 22 (1858) S. 543, Anm. 13, stützt sich auf Joh. Wigands Bemerkung in *de anabaptismo*, 1582, p. 456 „Melchior Rink libellos contra baptismus puerorum scripsit et sparsit“ und sagt, Rinck hätte sich lediglich mit der Tauffrage beschäftigt. Nach den Aussagen seiner Anhänger hat er sich jedoch in seinen Schriften zumindestens noch mit der Frage der Bedeutung des Abendmahls auseinandergesetzt.

⁵⁴ P. WAPPLER, Stellung Kursachsens, a. a. O., Nr. 19: (Brief Philipps von Hessen an Kurfürsten Johann von Sachsen, 3. Januar 1532) ... souil Melchior Rincken belanget, wollen wir E.L. nit bergen, das wir denselben haben an bequeme ort, weit gnugk von E.L. vnd vnsern Landen fhuren lassen: daselbst soll er die Zeit seines Lebens jn gefangnus verwerlich vnd also gehalten werden, das er keinen meher verfhuren ader jme anhengig machen magk.

⁵⁵ Aus dem Brief M. Rincks an E. v. d. Tann aus d. J. 1530 (Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 13a): ... Tuts nicht die blutdurstige rotte euerer falschen propheten, welches alles fur schwurmerei vertammen, das nicht irrem got, dem bauch, nutztraget? Ja, tut irs nicht, die der ordening gotes oder obrickeit also mit schrecklichem mutwillen und frevel Christo zur hogsten schmach mißbraucht? gleich ob got widder sich selbst were und die ordnung des schwertes seine kinder zu vortilligen, aufgerichtet hette ... Das sie aber mich und alle, so gleiches glaubens seint, mit morden, berauben, gefencknus, feur, wasser, schwert und dergleichen argumenten der lügen erweisen wollen, gibt ir eignen werk zeugnis, das ir tauf ein widderteuf und sie eigentlich der widderschrist, von welchem alle propheten, Christus und aposteln zuvor gesagt haben, seien ... Aus einem Brief an denselben vom November 1531 (ebenda, Nr. 14a).

... Und wer hette auch immer dorfen gedenken, das die hochgelarten und weitberumbten evangelisten zu Wittemberg sambt irem anhang so weit vom waren evangelium und oberkeit weren gewesen, so sie sich nicht selber mit so schentlicher verliegung, verfolgung, tyrannei, vermer dan ehelich gehalten sein ... warumb zwingen den meine widdersacher so vill menner um der warheit von iren weibern und kindern, ja machen so vill armer witwen und waisen. Ob sie vielleicht iren gewel und finsternus vor Christon und das licht mochten erhalten? Got wolle solchen jannes und jambres sambt irem pharao (Buben und König im Kartenspiel; ebenda, Anm. 3) nach iren werken vergelten ...; vgl. auch die Aussagen, der Sorger Täufer, ebenda, Nr. 28.

in der Ablehnung der Obrigkeit nicht abgesprochen werden.⁵⁶ Beide knüpfen ferner an die Müntzerische Auffassung von einem Bund der Auserwählten Gottes an.⁵⁷ Der neue Bund hatte den Bedingungen der Illegalität entsprechend in der Spätaufbau sein Bundeszeichen und in dem unauffälligen und zugleich einfachen Gruß der Täufer „Gott grüße Dich, christlicher Bruder“ seine Losung. Während jedoch bei Römer der bewaffnete Aufstand selbst noch das erklärte Ziel ist, zielen Rincks Bestrebungen bereits auf die Gründung von obrigkeitsfeindlichen, aber nicht mehr offen aufrührerischen Gemeinden hin. Ihre Obrigkeitsfeindlichkeit äußert sich nicht zuletzt in ihrer Weigerung, der Obrigkeit zu gehorchen, sofern diese Dinge befiehlt, die die Täufer als „gegen Gott gerichtet“ ansehen⁵⁸, das heißt in ihrer offenen Erklärung, sie würden ihre eigene, als staatsfeindlich erklärte Tätigkeit auch gegen den Willen der Obrigkeit fortsetzen. Ihre Verweigerung des Kriegsdienstes und ihr Meiden der Gerichte⁵⁹ sind weitere Manifestationen dieser Obrigkeitsfeindlichkeit, die zeigen, wie eindeutig sich die Täufer gegen die Hauptorgane des Staates wandten.

⁵⁶ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., S. 74, sieht die Verbindung Rincks zu Müntzer vor allem in dem Begriff der Gelassenheit, den beide gebrauchen. Wappler versteht darunter den Verzicht auf weltliche Freuden und Ablassen von der Sünde, als ein Mittel, um zu Gott zu gelangen. Er setzt also diese Gelassenheit der contemplatio der Mystik gleich. Die Gelassenheit bei Müntzer wie bei Rinck ist jedoch, wie M. M. SMIRIN, Die Volksreformation Thomas Müntzers und der große Bauernkrieg, 2. Aufl., Berlin 1956 S. 242, feststellt, „der äußere Ausdruck seiner (Müntzers – H. Kö.) revolutionären sozialen Lehre“; der kontemplativ-passive Charakter der Taulerschen Gelassenheit als Mittel der individuellen Versenkung der Seele in Gott ist dem aktiven Verzicht auf die Freuden der Erde, der revolutionären Askese Müntzers und Rincks diametral entgegengesetzt. Auch ist die Beziehung Rincks zu Müntzer weitaus vielseitiger. Gelegentlich kommt es sogar zu fast wörtlichen Übereinstimmungen, z. B. in ihrer Einschätzung welche Ursachen die Erhebung der Unterdrückten hat:

Rinck

Bin ich aber in der beurischen aufrur gewesen, so mag doch niemand beweisen, das ich sie erreget hab, als die so jetzund allenthalben ruffen: Aufrur, aufrur! und vleissigen sich nichts weniger, die kindere gots an got und Christo treulo sund aufrurisch zu machen.

(Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 13a).

Müntzer

Die herren machen das selber, daß jn der arme man feyndt wirdt, dye vrsach des Aufrurß wollen sye nit weg thun, wie kann es die lenge gut werden? So ich das sage, muß ich auffrurisch sein, wolhyn.

(Hochverursachte Schutzrede, Müntzer, Pol. Schriften, a. a. O., S. 81/82).

⁵⁷ F. O. ZUR LINDEN, Melchior Hofmann, Ein Prophet der Wiedertäufer. In: „Verhandlungen rakendeden Natuurlijken an Geopenbaarden Godsdienst“, hrsg. von Teylers Godgeleerd Genootschap, N. Serie, II. T., 2. Stück, Haarlem 1885, S. 292, der die Konzeption Rincks von einem christlichen Bund auf Denk zurückführt, übersieht den entscheidenden Unterschied zwischen Denks Betonung des Bündnisses des einzelnen mit Gott (H. Denk, Vom Gesetz Gottes vgl. L. KELLER, a. a. O.) und der von Müntzer stammenden Konzeption Rincks vom christlichen Bund als einer sozialen Funktion. (Müntzer, Ausgedrückte Entblößung des falschen Glaubens, 1524. In: Pol. Schriften, a. a. O., S. 41f.)

⁵⁸ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 40b, Aussage Heinz Otts.

⁵⁹ Ebenda.

Sie waren keine weltabgeschlossenen Sekten, die eine unveränderliche Zahl von Auserwählten umfaßten, sie waren Gemeinden, in denen, gestützt auf das biblische „Gehet hin und predigt das Evangelium aller Kreatur“ (Mk. 16.15), eine Missionstätigkeit, das heißt, die Gewinnung neuer Auserwählter, betrieben wurde.

Neben den Aussagen der 1533/1534 vernommenen Mühlhäuser Täufer⁶⁰ vermitteln die Aussagen der Sorger Täufer⁶¹ und die Vernehmungsakten über die Taufprediger Hans Bot⁶² und Alexander⁶³ ein Bild der Lehre der Mühlhäuser Täufer aus den Jahren 1530 bis 1533, das heißt bis zur Auswanderung der Sorger Täufer und der Hinrichtung Alexanders.

Völlig übereinstimmend äußern sich die verhörten Mühlhäuser Täufer über Taufe und Abendmahl, ihre Aussagen ergänzen sich lediglich hinsichtlich der Begründung ihrer Einstellung. Die Kindertaufe wird von allen abgelehnt, einer neuen Taufe hätten sie sich jedoch nicht unterzogen, weil sie sich nicht würdig genug gefühlt hätten.⁶⁴ Das lutherische (oder katholische) Abendmahlssakrament lehnten sie mit der Begründung ab, das wahre Abendmahl wie es von Christus eingesetzt worden sei, bestünde im natürlichen Brotessen;⁶⁵ im Brot und Wein wären nicht Fleisch und Blut enthalten; sie könnten nur das Wort (nicht das Wunder der Transsubstantiation) glauben⁶⁶: So oft sie Brot äßen, danken sie Gott und meinen, sie hätten das Sakrament des Altars empfangen.⁶⁷ Das wahre Abendmahl sei kein Sakrament, sondern ein Testament,⁶⁸ das heißt die Nachfolge Christi.⁶⁹ Die Täufer kannten also ganz offensichtlich auch nach 1530 noch keine eigene Abendmahls-

⁶⁰ Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 24, P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 48a, P. WAPPLER, Stellung Kursachsens, a. a. O., Nr. 42.

⁶¹ Quellen Hessen, Nr. 28A, B und E.

⁶² P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., S. 86f.; Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 64.

⁶³ P. WAPPLER, Stellung Kursachsens, a. a. O., Nr. 6; Aussagen der Anhänger der Taufprediger Volkmar von Hildburghausen und Georg von Staffelstein aus Zella St. Blasii beim Kloster Reinhardsbrunn; Wappler, Nr. 35b Aussagen der Esperstedter Täufer, die mit Alexander zusammen von Georg von Staffelstein und Volkmar von Hildburghausen getauft worden waren (1529); ebenda Nr. 37 Aussagen Esperstedter Täufer (1530), unter denen Alexander bereits eine führende Rolle gespielt hatte; ebenda Nr. 42–44 Aussagen verschiedener von Alexander getaufter, bzw. zur Täuferbewegung gebrachter Personen, und Nr. 43b Alexanders Bekenntnis.

⁶⁴ Ludwig Spon (Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 24) und Klaus Scharf (P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 48a).

⁶⁵ Spon, ebenda, Nr. 24.

⁶⁶ Aussage Martin Lepperants, ebenda.

⁶⁷ Spon, ebenda.

⁶⁸ Scharf, ebenda, Nr. 48a.

⁶⁹ Spon, ebenda. Auch die Aussagen Alexanders und seiner Esperstedter Glaubensgenossen aus dieser Zeit (1529–1533) stimmen mit den Aussagen der Mühlhäuser sowohl hinsichtlich der Ablehnung der Kindertaufe als auch des Abendmahls überein. Christi Ubiquität wird ausdrücklich geleugnet (ebenda, Nr. 35b, Aussage der Kunne Genselerin und Nr. 37 der Katarina Valebs, deren Aussagen überhaupt einen bemerkenswert agnostischen Zug aufweisen. Auf die Bemerkung des Verhörenden, es sei doch nicht möglich, Christus in allen Stücken nachzueifern, so habe er doch nach seiner eigenen Taufe 40 Tage und 40 Nächte gefastet, antwortet sie: „were das gesehen hette“).

feier. Sie begnügten sich damit, das lutherische oder katholische Abendmahl zu boykottieren.⁷⁰

Auch in der Ablehnung der lutherischen und katholischen Geistlichkeit stimmen ihre Aussagen überein. Deren Untauglichkeit zum Amt erkenne man an ihren Werken;⁷¹ sie unterwiesen die Menschen in menschlichen und nicht in göttlichen Gesetzen,⁷² ja selbst ihre eigenen Gebote hielten sie nicht, sie lögen und verschwiegen die Wahrheit.⁷³ Die Täufer indessen wollten nur Christus als den obersten Priester anerkennen und lehnten daher jede kirchliche Hierarchie ab.⁷⁴

Besonders aufschlußreich sind natürlich die Aussagen der Täufer über die Obrigkeit. Natürlich bekannte sich keiner von ihnen zum offenen Aufstand; doch sie verurteilten den Bauernkrieg keineswegs einmütig, wie der Kanzler Feige an Philipp von Hessen über die Sorger Täufer schrieb.⁷⁵ So erklärt Ludwig Spon, da Gott das Blutvergießen verboten habe, werde er daher an keinem Aufstand teilnehmen; auf die Frage, weshalb er dann an Zusammenkünften, die von der Obrigkeit verboten worden wären, teilnähme, antwortete er, „das die überkeit so gotlose sei und begere irer narunge und guts wi die wölfe.“⁷⁶

Rinkelep begründete seine ablehnende Stellung zum bewaffneten Aufstand, indem er sich auf Gott berief, der die Welt nicht mehr mit der Sündflut, sondern mit dem Höllenfeuer strafen will.⁷⁷ Claus Scharf hielt nichts von einer Obrigkeit, die nicht von Gott eingesetzt ist.

Von den 25 verhörten Sorger Täufern, unter ihnen 11 Frauen, gaben fünf zu, am Bauernkrieg teilgenommen zu haben. Verständlicherweise äußerten sich die meisten ausweichend über ihre Einschätzung dieser Erhebung. Nur vier von ihnen erklärten sie direkt für ungöttlich, elf verweigerten die Aussage, vier weitere überließen es Gott, darüber zu urteilen (unter diesen der Schneider und Gemeindevorsteher Ilgen und seine Frau); ein Täufer erklärte, die Prediger hätten ihn damals belehrt, daß man keine Obrigkeit haben solle; er könne nicht sagen, ob dies recht oder unrecht gewesen sei. Ein Ehepaar erklärte schließlich, der Bauernkrieg wäre recht gewesen, wenn er um das Evangeliums willen und nicht wegen zeitlicher (irdischer) Güter geführt worden wäre. Das heißt, 18 Personen weigerten sich,

⁷⁰ P. WAPPLER, Stellung Kursachsens, a.a. O., Nr. 42: Rinkelep erklärt, Alexander habe ihm und seiner Familie den Kirchenbesuch verboten, da man nicht zwei Herren dienen könne.

⁷¹ Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 24 (Spon).

⁷² P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 37 (Polrus); Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 28c. Hans Koch und seine Frau Else.

⁷³ Rinkelep, ebenda, Nr. 24.

⁷⁴ Alexanders Bekenntnis, P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 43b.

⁷⁵ Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 28E: „Die beurisch urfrur lobt ir keiner öffentlich, aber etliche sagen, sie wissen nicht, ob sie recht oder unrecht gewesen sei; etlich sagen, sie sei unrecht gewesen, so vil das zeitlich sachen antroffen habe; wanes aber umb des evangeliums willen gescheen were, wusten sie es nicht, etlich sagen, sie sei unrecht gewesen und das volk sei verfurt durch die prediger . . .“

⁷⁶ Ebenda, Nr. 24.

⁷⁷ Mit der Sündflut dürfte der Aufstand, mit dem Höllenfeuer vermutlich der Verlust der Seligkeit nach dem Tode gemeint sein.

selbst unter den Bedingungen eines Verhörs, sich von den revolutionären Ereignissen des Jahres 1525 eindeutig zu distanzieren.

Mit einer einzigen Ausnahme verweigerten sämtliche Sorger Täufer Kriegsdienstleistungen. Einige von ihnen erklärten zwar, daß sie bereit seien, Kriegssteuern zu zahlen, sprachen aber der Obrigkeit das Recht ab, diese überhaupt erst zu fordern. Soweit sie sich zustimmend zur Existenz einer Obrigkeit äußerten, wollten sie eine christliche Obrigkeit, eine Dienerin Gottes. Eine derartige Obrigkeit dürfe nur Verbrecher bestrafen, aber sie dürfe „nicht über das plut“ richten, das heißt niemanden töten.⁷⁸ Eine Frau Gele Hutter aus Sorge meinte sogar, die Obrigkeit müsse das Unkraut ausreißen, eine an Math. 13, 38–39 angelehnte Formulierung, die Müntzer in seiner Fürstenpredigt⁷⁹ benutzte und damit zum Ausdruck bringen wollte, daß die Auserwählten im Namen Gottes die Kinder der Bosheit, die Gottlosen beseitigen müßten, ehe das Reich Gottes auf Erden errichtet werden könne.

Die Auffassungen dieser Täufer zeigen, daß sie in ihrer überwiegenden Mehrzahl nicht mehr daran glaubten, daß das Weltgericht unmittelbar bevorstehe. Damit hatten sie jedoch den Glauben an ein Weltgericht überhaupt – und zwar, im Gegensatz zu den Staatsreligionen, an ein zeitlich und geschichtlich gesehenes, sehr reales

⁷⁸ Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 28: Hans und Katarina Lutz und Hans und Else Zisen erklären, daß man Diebe und dergleichen hängen dürfe; Plathans und seine Frau Grete wollen nicht wider die Obrigkeit sein, wenn diese nicht töte oder Krieg führe, denn Christen richten nicht „über das plut“. Der Gemeindevorsteher Ilgen forderte eine Obrigkeit, die Dienerin Gottes ist, womit er nach dem Brief des Kanzlers Feige an Philipp von Hessen (ebenda, Nr. 28 E) noch am „gelimplicht“ gegen die Obrigkeit verfährt.

Auch bei Müntzer heißt es 1523/24 (Schreiben an den Kurfürsten Friedrich von Sachsen und später an den Rat und die Gemeinde von Allstedt, Thomas Müntzers, Briefwechsel, hrsg. von H. Böhmer und P. Kirn, Leipzig und Berlin 1931, S. 48 und 58), die Obrigkeit sei eine Dienerin Gottes. Erfüllt sie diese Aufgabe, die Frommen gegenüber den Gottlosen zu schützen nicht, dann sind ihre Untertanen ihrer Gehorsamkeitspflicht ledig. Zwar hat Müntzer die Hoffnung, die sächsischen Fürsten könnten eine solche christliche Obrigkeit sein, aufgeben müssen, der theoretische Grundsatz, nur eine wahrhaft christliche, das heißt volksfreundliche Obrigkeit könne akzeptiert werden, konnte den Täufnern später wieder als Rechtfertigung für ihre Ablehnung der Obrigkeit dienen. Vgl. auch C. Hinrichs, Luther und Müntzer, Ihre Auseinandersetzung über Obrigkeit und Widerstandsrecht. In: Arbeiten zur Kirchengeschichte, Bd. 29, Berlin 1957, S. 33f., der dem Müntzerischen Standpunkt die Obrigkeitsauffassung Luthers gegenüberstellt; Luther steht (Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig ist) auf dem Standpunkt, daß das Reich der Welt nur durch Gewalt und das Schwert regiert werden kann und daß daher jede obrigkeitliche Gewalt von Gott sei. Zwar bedarf es auch für Luther des obrigkeitlichen Schwerts nur gegen die Bösen, diese stellen aber für Luther nicht nur die Mehrzahl der Menschen dar, sondern sind auch im Diesseits unausrottbar. Gottes Reich ist für Luther nicht von dieser Welt, so daß notwendigerweise für ihn alle Bestrebungen, es in dieser Welt aufzurichten, Manifestationen des Teufels sind.

⁷⁹ Auslegung des zweiten Kapitels Danielis, 1524, Müntzer, Pol. Schriften, a. a. O., S. 26, Z. 534–538: „Man muß das vnkraut außreuffen auß dem weingarten gottis in der zceyt der erndten / dann wirt der schöne rothe Weytz beständige wortzeln gewinnen vnnd recht auff gehn. Matth. 13. die engel aber wilche yre Sicheln dar zu scherffen / seint die ernsten knechte gottis die den eyfer götlichen volführen Malachie. 3.“

Gericht über die Gottlosen – keineswegs aufgegeben. Die Niederlage hatte sie lediglich davon überzeugt, daß dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen war. Die Obrigkeit war für sie, wie für Müntzer, der Inbegriff der Gottlosen; an ihr irgendeinen aktiven Anteil zu nehmen, an deren Kriegen, Ämtern oder falschem Glauben teilzuhaben, bedeutete für die Täufer, ihren Platz unter den Auserwählten, unter den „ernsten Knechten Gottes“, wie Müntzer gesagt hatte, aufzugeben.

Nur aus dieser Vorstellung Müntzers von den Auserwählten, die „Gott ohne Menschenfurcht in Heiligkeit und Gerechtigkeit dienen, in einem unbetrüglischen, erfahrenen Glauben“⁸⁰, die sich von der Habsucht, dem Reichtum und dem Wohlleben der Gottlosen⁸¹ abkehren, sind die täuferischen Lehren von der gottlosen Obrigkeit, die gierig wie die Wölfe ihres Nächsten Gut begehrt und die Gott bestrafen wird, zu verstehen. Die Täufer erklärten, der Bauernkrieg wäre göttlich gewesen, wenn er um des Evangeliums willen und nicht um geistliche Güter geführt worden wäre; sie stützten sich damit auf Müntzers Forderung nach „Gelassenheit, Gleichförmigkeit mit Christus und reiner Furcht Gottes“.

Diese Forderung muß hier näher untersucht werden, weil sie der Schlüssel zum Verständnis der Haltung der Täufer nicht nur zur Obrigkeit und zur Geistlichkeit, sondern auch zu allen übrigen ihrer Glaubensartikel ist.

Für Müntzer ist die Gelassenheit zwar auch, wie bei den Mystikern, die Entsagung der weltlichen Güter und Freuden, aber das Ziel seiner Askese ist nicht die passiv-kontemplative Vereinigung der Seele eines Individuums mit Gott, sondern die Gleichförmigkeit mit Christus“⁸², das Nacheifern des Lebens und Leidens Christi⁸³,

⁸⁰ Ausgedrückte Entblößung, 1524, ebenda, S. 43, Z. 408–411. „Diß hat Zacharias im gegenwertigen lobgesang selber erklet / daß wir Gott on forcht der menschen mugen dienen / in heyligkeit vnd in gerechtigkeit / Das ist / in eynem vnbetrieglichen erfarnen glauben / der jm wol gefellet.“

⁸¹ Ebenda, S. 50, Z. 670f.: „Wiltu meynen lieben gecreutzigten sun der welt vmb deynes bauchs willen predigen? vnd weyst nit wie man jm muß gleychförmig werden / Rom. 8. Du hast die kunst nit gerlernet / vnd du wilt ander leut schulmeyster sein? Derhalben muß der aller gelassenste mensch von Gott erwecket werden auß der wüstney seyns hertzens / herfür brechen / vnd eyfern vnter den wollustigen zartlingen / die vil herter sind / denn Adamantensteyn / die warheyte anzunemen. Durch ein bewertes leben muß er das creutz voniugent auff erkant / andern eröffnen vnd schreyen in den elenden wüsten yrrenden hertzen der gottforchtigen / die da yetzt anfahen zu wachen nach der warheyte / ...“

„Vorrede in das Evangelion Luce ... (Ebenda, Z. 158f.). Ja er (Luther-HKö) meint er wolt gerne seine vorgenommene luste alle ins wergk furen, seinen pracht und reichthumber behalten, vnd gleichwol einen bewerten glauben haben ... Ir konnt nicht got vnd den reichthumben dienen ...“

⁸² Ausgedrückte Entblößung, a. a. O., S. 55, Z. 835f.: „Die summa dieses ersten Capitels ist von der sterckung des geysts im glauben / ist nichts anderst / denn das der aller höchste gott ... wil vns den aller höchsten Christenglauben durch das mittel der menschwerdung Christi geben / so wir jm gleychförmig in seynem leyden vnd leben werden durch vmbschetigung des heyligen geysts ...“

⁸³ Brief an die Mühlhäuser vom 17. Mai 1525, Müntzer, Briefwechsel, a. a. O., Nr. 94: „Heyl vnd seligkeyt durch angst, todt und helle zu vorn ...“

das heißt die revolutionäre Opferbereitschaft für eine über den kreatürlichen Interessen des einzelnen (nicht aber der Gesamtheit der Armen und Unterdrückten) stehenden Sache, die für Müntzer mit der Sache Gottes identisch ist. Die „reine Furcht Gottes“, diese von ihm so oft benutzte Formel, bedeutet die Absage an die Menschenfurcht, an die Unterwerfung unter die Herren der Welt, sowie unter die eigenen Charakterschwächen.⁸⁴ Den Menschen, die diese Glaubensvoraussetzungen in sich schaffen, offenbart sich Gott, während den Schriftgelehrten, die allein den Menschen dienen, der „ungedichtete“, das heißt der wahre Glaube, ewig versperrt bleibt. Die politischen Schlußfolgerungen, die Müntzer aus diesen Grundsätzen seiner Glaubenslehre zog, sind bekannt: den Auserwählten, die durch die Aufnahme des Kreuzes Christi „entgröbert“ worden sind, offenbart sich Gottes Wille; sie werden der Endzeit und der Notwendigkeit der Beseitigung der Gottlosen und der Errichtung des Reiches Gottes gewahr; Gott hilft ihnen, dieses Werk zu vollenden. Da die Täufer diese Glaubensprinzipien Müntzers vertraten, so darf daraus geschlossen werden, daß sie sich auch der sich daraus ergebenden Schlußfolgerung mehr oder weniger bewußt waren: auch sie mußten sich auf die Zeit vorbereiten, da sich ihr durch die Spättaufe besiegelter Bund mit Gott auf Erden verwirklichen würde. Ihre Aufgabe bestand daher in der Sammlung von Auserwählten Gottes, um die wahren Voraussetzungen für das Gottesreich auf Erden zu schaffen, die Müntzer gefordert und die 1525 nicht in ausreichendem Maße vorhanden gewesen waren.

Ihre Stellung zur Kindertaufe und zum Abendmahl folgt daraus mit logischer Konsequenz. Das Abendmahl lehnten sie als Sakrament ab, weil sie für Sakramente als Gnadenmittel keinen Platz in ihrer Lehre hatten. Gottes Gnade ist nicht passiv zu erreichen, sondern kann nur durch aktive Beteiligung des Menschen erworben werden. Die Täufer lehnten daher die Prediger ab, die sie wie Müntzer als „Schriftgelehrte“ ansahen⁸⁵, die wider Gottes Gebot handeln.

In den Jahren 1534 bis 1536 traten an die Stelle der hingerichteten oder außer Landes getriebenen neue Täuferprediger, die deren Schüler waren und ihre Lehre weiter verbreiteten. Die Mühlhäuser Täufergemeinde wuchs und ihre Angehörigen trafen sich nicht nur in den Häusern einiger Täufer, sondern kamen auch zu größeren Versammlungen an versteckten Orten zusammen.

⁸⁴ Ausgedrückte Entblößung, a. a. O., S. 61, Z. 195: „Darumb, das der mensch zu den creaturen gefallen, ists vber die masse pillig gewesen, das er die creatur auch mer dan got muss furchten, darumb sagt Pau: Ro: 14, das die fursten nit seint vmb der forcht des guten wergks, sondern vmb der forcht des bosen wergks ... S. 62, Z. 221: (Der Christenglauben ist ein so bekanntes Ding geworden) „das macht das man die gnadenlosen, die keine forcht Gottes haben, zur Christenheit aufgenommen hat, vnd man mus dieselben offentlich anbeten, wie niemand leugnen mag ... Eya, man mag wol das euangelion predigen, got allein forchten, vnd auch die vnuernunftigen regenten in eren halten vnd in allen sachen gehorsam sein. Ach, wie fein, fein solte das stehen, das man also loblich zweien hern auff ein mall dienen kuntte ... (S. 63, Z. 283) do wirt der geist der forcht gottes also hoch eroffent, das das hertze gar mörbe wirt. Da kan vot das reuige vnd verdemutigte hertze nit verachten, er mus es erhoren.“

⁸⁵ Aussage Hans Kochs, Quellen Hessen, a. a. O., Nr. 28 B.

Untersucht man ihre Aussagen⁸⁶, so fällt eine gewisse Radikalisierung in den Auffassungen auf. Zwar lassen die Aussagen nichts von einem etwa vorbereiteten Aufstand erkennen, aber der Ton gegenüber der Obrigkeit oder dem falschen Glauben der schriftgelehrten Pfaffen wird schärfer.

Die Kindertaufe ist für die Verhörten ein Hunde- und Saubad, sie ist gegen Gottes Ordnung. Das Abendmahlssakrament, der „Sackmantel“, wie sie höhnen, wird verworfen, „weil Gott sich nicht ins Brot bringen und nicht beißen läßt“⁸⁷, weil Gott kein Sakrament, sondern ein Testament eingesetzt hat.⁸⁸ Die sündhafte Priesterhand könne eben kein Brot in den Leib Christi verwandeln. Aber auch bisher bei den Täufern im Gebiet von Mühlhausen nicht geäußerte Auffassungen über das Abendmahl tauchten jetzt auf. Barbara Meißrot sagte, sie sei seit dem Bauernkrieg nicht zum Abendmahl gegangen; Gott sei Geist und Leben, man könne ihn nicht materiell, sondern nur geistlich durch die Erleuchtung empfangen. Über diese Erleuchtung sagte Ottilia Franke, sie habe 1533 den Hinrichtungen der Täufer bei Frankenhausen beigewohnt, da habe Gott sie erleuchtet: mit anderen Worten, das Beispiel der Märtyrer zu Frankenhausen habe ihr gezeigt, daß der wahre Empfang des Abendmahls in der Nachfolge Christi Leben und Leiden bestände. Weil Christus noch leiden konnte, das heißt, weil ihm das Kreuz um der Menschheit Erlösung bevorstand, sagte Barbara Meißrot, konnte er sich seinen Jüngern geben.⁸⁹ Christus habe das Abendmahl eingesetzt zum Gedächtnis an seinen Opfertod.⁹⁰ Diese beiden neu hinzugekommenen Vorstellungen zeigen, daß erst von 1533 an eine ausgebildete Abendmahlslehre unter den Mühlhäuser Täufern bestanden hat. Sie enthielt zunächst die Vorstellung von einem geistlichen Empfang des Abendmahls durch die göttliche Erleuchtung. Diese Aussage der Barbara Meißrot stammte von ihrem Taufprediger Heinz Kraut, dem Schneider aus dem Dorfe Esperstedt. Von Alexander getauft, wurde dieser Bauernkriegsteilnehmer einer der hervorragendsten Taufprediger einer thüringischen Gemeinschaft von Wanderpredigern, die sich die „Geliebten Gottes“ nannten.⁹¹ Für Kraut war Gott der ewige, heilige Geist, über den kein Mensch Gewalt hat, dessen Fleisch und Blut niemals durch die Hände der Pfaffen, die Gott nicht gefällig sind und die Kraut als „Hurer und Säufer“ bezeichnete⁹², im Brot entstehen könne. Er sieht in der Funktion des Brots im Abendmahl ein Symbol. Wie das Weizenkorn viel leiden muß, so müsse ein Jünger Christi viel leiden, ehe er ein rechter Christ wird. Die Abendmahlsfeiern bedeutete für ihn die Bereitschaft, Christus bis in den Tod Gehorsam zu leisten und um seinetwillen alles, Haus, Hof, Ehre, Gut, Weib und Kind und auch das

⁸⁶ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 46 c, 48 und 54 und Urkunden bei E. JACOBS Die Wiedertäufer am Harz, In: „Z. d. Harzvereins“, 32 (1899) S. 494–536 über die „Geliebten Gottes“.

⁸⁷ Aussage Jacob Storgers, P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 54 a.

⁸⁸ Aussage des von Mathes getauften Hans Hentrock, ebenda Nr. 54 b.

⁸⁹ Ebenda, Nr. 54 h, Aussage der Barbara Meißrot: „Sagt, es sei kein sacrament. Item sagt auch, Christus sollt nach leide, derhalben konde er sich den jungern gebe.“

⁹⁰ Katarina Rüdiger; ebenda, S. 540.

⁹¹ Jacobs, a. a. O., S. 465 f.

⁹² Ebenda, S. 475 u. 502.

eigene Leben zu opfern. Nur das sei das rechte Gedächtnis Christi.⁹³ Über die Abendmahlslehre dieses bemerkenswerten Schneiders, der sich Kenntnisse im Lesen und Schreiben erworben hatte, womit er unter seinen Brüdern einzigartig dastand⁹⁴, sagt Wiswedel⁹⁵, sie sei von der Mystik beeinflusst, und Wappler glaubt⁹⁶, den Einfluß Karlstadts feststellen zu können.

Beides ist richtig und falsch. Es stimmt, daß der geistige Empfang des Abendmahls auf Vorstellungen basiert, die auch bei den Mystikern anzutreffen sind⁹⁷. Es trifft auch zu, daß Karlstadts Abendmahlslehre⁹⁸ die Realpräsenz Christi ausschließt und jede sakramentale, heilsvermittelnde Funktion des Abendmahls leugnet⁹⁹; Karlstadt geht in seiner Lehre auch von der Unvereinbarkeit der Vorstellung vom Abendmahl als einem Sakrament mit dem Kreuzestod Christi zur Vergebung der Sünden der Menschheit aus.¹⁰⁰ Auch für ihn ist der Kreuzestod Christi ein Testament.¹⁰¹ Darunter verstand er, daß man das Abendmahl als Ge-

⁹³ Deshalb gingen die Täufer auch nicht zum lutherischen oder katholischen Abendmahl. Ebenda, S. 78, P. Wappler, Nr. 52a. Eine Beschreibung ihrer eigenen Abendmahlsfeier geht aus den Verhørsprotokollen der Geliebten Gottes, ebenda, S. 474f. hervor: Der Vorsteher der Gemeinde wusch jedem der Anwesenden die Füße und gab ihnen einen Kuß. Er schnitt Brot in Wein, wovon sich jeder ein Stück nahm und es auf den Tod Christi aß. Damit brachten sie zum Ausdruck, daß auch sie zum Leiden und Sterben bereit wären.

⁹⁴ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 53c: „... dieser Krawt kann lesen under in allen und sunst keiner ...“

⁹⁵ W. WISWEDEL, Zum Problem d. inneren und äußeren Wortes bei den Täufern d. 16. Jh. in: „ARG“ 40/41 (1939/40) S. 1–46.

⁹⁶ P. WAPPLER, a. a. O., S. 124.

⁹⁷ Die Deutsche Theologie enthält in der Tat viele Elemente dieser Auffassung. Aber nicht nur die Mystiker, sondern auch fast alle sogenannten Vorreformatoren, z. B. Johann Wessel aus Groningen (Wessel Gansfort), entwickelten unter dem Einfluß Thomas von Kempen die Vorstellung, daß man zu Gott durch Erhebung des Geistes gelangen könne (vgl. C. Ullmann, Reformatoren vor der Reformation, Deutschland und Niederlande, 2. Bd., Gotha 1866).

⁹⁸ Von der ein Müntzer so wenig freundlich gesinnter Historiker wie H. Böhmer sagt, seine (Karlstadts) „Mystik stammt direkt von Müntzer und auch seine eigentümliche Deutung der Einsetzungsworte, die den Anstoß zum Ausbruch des Abendmahlsstreites gegeben hat, hat er von Müntzer übernommen“ (H. BÖHMER, Thomas Müntzer und d. jüngste Deutschland. In: Ges. Aufs., Gotha 1927, S. 221).

⁹⁹ H. BARGE, Andreas Bodenstein von Karlstadt, Leipzig 1905, Bd. 2, S. 161: „Der Leib Christi sacramentaliter ist gar nichts nütz. Denn man kann weder den Tod, weder die Auferstehung Christi drinnen sehn.“

¹⁰⁰ Ebenda, „Soweit Karlstadt gegen die superstitiöse Vorstellung eines wiederholten Opfern Christi im Sakrament eiferte, schien die lutherische Abendmahlslehre dadurch nicht widerlegt zu werden, denn mit gleicher Entschiedenheit wie er, hatte Luther die Annahme des Meßopfers verworfen. Indessen unterläßt Karlstadt nicht, auch auf die Widersprüche hinzuweisen, in die sich Luther verwickelt, indem er die Opferung Christi im Abendmahl preisgibt und die leibliche Präsenz gleichwohl festhält.“

¹⁰¹ Ebenda, S. 158: „Nu ist je nichts Höheres gewest an Christo, dadurch er seine Lieb und Gehorsam höher hätt erweisen und anzeigen können, denn sein Tod und vergossen Blut. Der Ordnung halben kanns nit bestehen, daß der Kelch in sich ein neu Testament sei. Derhalben kanns auch nit bestehn, daß Christus Blut ein neu Testament in einem Kelch

dächtnis und Verkündigung des Erlösung bringenden Opfertodes empfangen soll, daß „wir uns leibförmig und blutförmig finden und Christo gänzlich anhängig sein (müssen), äußerlich und innerlich, im Geist und in unserem Leib und Blut und alles verlassen, das wider Christum ist“.¹⁰² Mit dieser formalen Übereinstimmung endet aber die Gemeinsamkeit zwischen Karlstadts und Heinz Krauts Abendmahlslehre. (In diesem Zusammenhang kann auf die von H. Böhmer angedeutete Abhängigkeit Karlstadts von Müntzer nicht eingegangen werden.) Im Gegensatz zu Kraut leugnet Karlstadt die Möglichkeit, auf Erden zur Vollkommenheit – im Sinne der Müntzerischen Gleichförmigkeit mit Gott – zu gelangen.¹⁰³ Die Hauptvorstellung der Mühlhäuser Täufer stützte sich auf die Lehre Müntzers von den Auserwählten Gottes, die durch ihr Streben nach Nachfolge Christi Gott gleichförmig, also Vollkommene werden. Gerade diese Vorstellung fehlt bei Karlstadt vollständig. Auch die Idee von der direkten Erleuchtung durch Gott, unabhängig von der Predigt des Bibelworts, stammt viel wahrscheinlicher von Müntzer als von Karlstadt. Bei Karlstadt ist sie seinem strengen Biblizismus untergeordnet, während Müntzer in allen seinen Schriften und zahlreichen Briefen die lebendige Offenbarung Gottes dem toten Buchstabenglauben gegenüberstellte.¹⁰⁴

Was die Lehre Heinz Krauts und der übrigen Taufprediger, die dem Kreis der „Geliebten Gottes“ angehörten, auszeichnete, das ist gerade ihre Betonung der Möglichkeit des Menschen, durch seine eigenen Bemühungen, Vollkommene, Auserwählte, Geliebte Gottes zu werden. Wenn Heinz Kraut erklärte, seine Lehre stehe in seinem Herzen geschrieben, wie es ihn Gott gelehrt habe, auch der Teufel könne schreiben, Magister Philipp (Melanchthon) habe mit seiner toten Schrift mehr Leute getötet als alle Henker¹⁰⁵, er (Kraut) hingegen sei von Gott durch Erkenntnis seines Worts zum Predigtamt berufen und bedürfe keiner obrigkeitlichen Erlaubnis, sondern nur der Zustimmung seiner Brüder, so glaubt man Müntzer zu hören, auch wenn sich Kraut selbst auf Karlstadt als seinen Lehrer beruft.¹⁰⁶

Die geistige Verwandtschaft wird noch deutlicher, wenn man die Aussagen dieser Täufer über die Obrigkeit untersucht.

Geht Luther bei der Begründung der Notwendigkeit und Göttlichkeit jeder Obrigkeit von der immanenten Sündhaftigkeit der Menschen aus, so beriefen sich Heinz

sei, dieweil er in dem Kelch weder ertötet noch ihm sein Blut ausgegossen ward.“ Barge weist (S. 170) darauf hin, daß die Deutung der Einsetzungsworte: Hoc est corpus meus bereits vor Karlstadt von den Katarern und Waldensern als Hinweis Christi auf seinen eigenen Leib und nicht auf das Brot gedeutet wurden.

¹⁰² Ebenda, S. 171.

¹⁰³ Karlstadt an Müntzer, 21. Dezember 1511, Seidemann, Thomas Müntzer, Dresden-Leipzig 1842, S. 127f.: „... wir weilen auf der Erde des Todes, daher triumphiert die Gerechtigkeit Christi nicht in uns, solange das Leben des Fleisches währt.“

¹⁰⁴ H. BARGE, a. a. O., S. 162: „Darum soll sie (die Bibel, HKö) für die Schwachen im Geist, welche einer klaren inneren Erleuchtung entbehren, die oberste Autorität sein.“

¹⁰⁵ CR II, Halle 1835, S. 1000.

¹⁰⁶ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 53d.

Kraut und die übrigen Taufprediger, die zwischen 1533 bis 1536/37 im Gebiet von Mühlhausen tätig waren, darauf, daß alle Geschöpfe Gottes ursprünglich gut sind¹⁰⁷, weil sie Kinder eines guten Gottes sind¹⁰⁸; alle Menschen können selig werden, ob Christen, Heiden oder Türken.¹⁰⁹ Die einzige Obrigkeit, die es demnach für diejenigen Menschen, die Gottes Willen richtig erkannt haben, geben kann, ist Gott selbst.¹¹⁰ Daher wollten sie der irdischen Obrigkeit lediglich das Recht einräumen, die Frommen vor den Gottlosen zu schützen.¹¹¹ Die Gottlosen sind vor allem die Schriftgelehrten, die der wahren Obrigkeit (Gott) ungehorsam sind und sich der guten Werke (im täuferischen, nicht im katholischen Sinne) enthalten.¹¹²

Übereinstimmend geht aus den Aussagen der Mühlhäuser Täufer und ihrer Lehrer, vor allem der Taufprediger, die zu den Geliebten Gottes (Kraut, Berner, Reuße, Köhler und Storger) gehörten, hervor, daß die Bewegung auf ihrem Höhepunkt eindeutig obrigkeitsfeindlich war. Ihre Gehorsamsverweigerung der irdischen Obrigkeit gegenüber äußerte sich nicht nur in Religionsfragen, sondern zwangsläufig auch in weltlichen Belangen, wie in der Verweigerung des Kriegsdienstes, der Eidesleistung und der Annahme auch nur der geringsten obrigkeitlichen Ämter. Ihre ablehnende Haltung zur Obrigkeitskirche und ihre Bereitschaft zum Märtyrertum machte sie der Obrigkeit ebenso verhaßt und gefürchtet, wie sie von den einfachen Leuten bewundert wurden. Sie wollten keine Sekte sein¹¹³, sondern alle Menschen von der wahren Lehre Christi überzeugen.¹¹⁴ Die Ethik der brüderlichen Nächstenliebe spiegelte sich auch in ihrer Haltung zum persönlichen Eigentum wider. Hierzu erklärte Heinz Kraut, „ein Christ müsse aller Güter frei und

¹⁰⁷ CR II, a. a. O., S. 999.

¹⁰⁸ Daraus entwickelt Kraut seine Tauflehre: Gott sei kein solcher Gott, der ein Kind um ein wenig Wasser verdamme. (Ebenda.)

¹⁰⁹ Ausgedrückte Entblößung, a. a. O., S. 36, Z. 186f.: „Darauff solte man die schrift nutzen / das man uber solliche treffliche werck / vnd solcher leut gezeugnuß mit freuntlichem vrteyl eynem yeden / er wer Jud oder Türck / vntrichtung thet vnd bewerte da die geyster / welche gott oder dem teufel zustendig seyn.“

¹¹⁰ Gott als einzige Obrigkeit wird übereinstimmend vertreten von Hans Hentrock (der diese Auffassung entweder von Mathes oder Storger übernommen haben muß), Barbara Meißrot (sie bedürfe keiner Obrigkeit, man könne nicht zwei Herren dienen. Christus habe auch ohne Erlaubnis der Obrigkeit gewirkt), Storger (Die Kinder Gottes haben auf Erden keine Obrigkeit), Ottilia Franke, Christina Strobel und Katarina Schäfer; P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 54.

¹¹¹ Der Obrigkeit dürfe man in Glaubenssachen nicht gehorchen: Christina Strobel; Ottilia Franke und Ampel Kaiser: man muß eine Obrigkeit haben, die sich nach Gottes Befehl richtet; Ottilia und Katarina Rüdiger: die Obrigkeit sollte die wirklichen Wiedertäufer, d. h. die wider Gottes Gebot die unwissenden Kinder taufte, bestrafen. Ebenda.

¹¹² CR II, a. a. O., S. 1004.

¹¹³ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 54e.

¹¹⁴ Vgl. den Ausspruch Ottilia Rüdigers vor ihrer Hinrichtung (zum Scharfrichter): „Solstu sie alle erseufe und richte, so wirstu nach vil geldes an inen verdiene, dan du wirst auch nach unser bruder werden.“ Ebenda, Nr. 54p).

gelassen stehen, seinem Bruder, wo ers bedarf, mitteilen und so einer die Stuben voll Geldes oder Gülden hätte, so könnt er nicht sagen, daß einer sein wäre. Darum sei die Gütergemeinschaft von nöten, wie sie auch die Apostel getan hätten.“¹¹⁵ Die unmittelbare Bindung zu Müntzer, die aus ihrer Lehre hervorgeht, wird von einigen auch ausdrücklich bestätigt. So hielt Storger Müntzer für einen der Propheten, die in der Offenbarung Johannis geweissagt werden.¹¹⁶ Er bekannte sich als sein Anhänger „so vil das innerliche Wort ergreift, und bewerets damit, das er das eußerlich schwert mit dem innerlichen wort gefurt habe.“¹¹⁷ „Auch Hans Hentrock hielt viel von Müntzer, wenn er sich auch vom bewaffneten Aufstand distanziert“¹¹⁸ hat.

Nach 1537 setzte der Niedergang in der Mühlhäuser Täuferbewegung ein. Er spiegelte die Unterdrückung und den Verfall der Bewegung im ganzen Heiligen Römischen Reich wider.

Bei einem Versuch, aus der Lehre der Mühlhäuser Täufer allgemeine Schlußfolgerungen über ihren objektiven Klassencharakter zu ziehen, können die einzelnen Elemente dieser Lehre nicht aus ihrer formalen Übereinstimmung mit früheren Ketzereien erklärt werden. Die Auffassungen dieser Täufer zum Beispiel über Kindertaufe und Abendmahl, Gesetz und Gnade lassen sich nicht verstehen, wenn man davon ausgeht, daß bereits in den Lehren der verschiedensten Ketterschulen während des Mittelalters ähnliche Auffassungen vertreten wurden. Übereinstimmungen dieser Art beweisen lediglich die Perseveranz der traditionellen Formen, die jedoch immer wieder mit einem neuen Inhalt erfüllt werden. Der spezielle Inhalt dieser religiösen Formen wird erst gegen den gesellschaftlichen Hintergrund, auf dem sie entstanden sind und auf dem sie jahrelang fortbestanden, verständlich. Nach 1525 erweist sich im Gebiet von Mühlhausen die Täuferbewegung als die einzig mögliche Form der antifeudalen politischen Opposition; aus dieser Tatsache läßt sich auch der spezifische Inhalt ihrer religiös-sozialen Auffassungen erklären.

Ihr antifeudaler kleinbürgerlich-bäuerlich-plebejischer Charakter äußerte sich im Negativen vor allem in ihrer Ablehnung gerade derjenigen obrigkeitlichen Funktion, die nicht durch eine langjährige Tradition geheiligt war und die daher durch eine oppositionelle Bewegung am stärksten gefährdet werden konnte, nämlich des Landeskirchentums.

Im positiven äußerte sich der antifeudale Charakter der Bewegung in der langjährigen Bewahrung der Konzeption Thomas Müntzers von einer wahrhaft christlichen Obrigkeit, eine Vorstellung, die die Gleichsetzung der ganzen Gesellschaft mit der wahren christlichen Kirche, einer *communio sanctorum*, eines Bundes Auserwählter oder Vollkommener, zur Voraussetzung hat. In dieser Kirche oder

¹¹⁵ CR II, a. a. O., S. 998f.

¹¹⁶ Gemeint ist vermutlich Off. Joh. 16,6: Denn sie haben das Blut der Heiligen und der Propheten vergossen, und Blut hast du ihnen zu trinken gegeben, denn sie sind's wert.

¹¹⁷ P. WAPPLER, Täuferbewegung, a. a. O., Nr. 54b.

¹¹⁸ Ebenda.

Gesellschaft sind die vom Geiste Gottes erfüllten, das heißt die nicht an das Bibelwort gebundenen, vom Volke gewählten Führer, die einzige, wahrhaft christliche Obrigkeit. Die tatsächlich bestehende feudale oder städtische Obrigkeit kann anerkannt werden – auch diese Auffassung Müntzers aus der Zeit der Fürstenpredigt und vor seiner endgültigen Abkehr von jeder feudalen Obrigkeit – kehrt bei den Täufern wieder. Allerdings knüpfen sie daran die Bedingung, daß sie sich wie ein würdiges Mitglied dieser Gemeinschaft der Auserwählten verhalten müsse.

Der antifeudale Charakter der Täuferbewegung spiegelte sich aber auch in ihrer Ablehnung sowohl der neugläubigen als auch der katholischen Kirche und ihrer Geistlichkeit wider. Die Täufer verweigerten den Predigern ihre Anerkennung, weil sie diese für unwürdig hielten. Diese Unwürdigkeit bedeutete für die Täufer in erster Linie etwas durchaus Diesseitiges, nämlich die Tatsache, daß diese Prediger Beamte der Fürsten waren. Sie hielten sie aber auch deshalb für ihr Amt ungeeignet, weil sie eine falsche Lehre, die man an ihren Früchten erkennen konnte, predigten. Für die lutherischen Prediger war das Gesetz Gottes, das heißt die zehn Gebote und die Bergpredigt, nicht für das irdische Leben und für die ewige Seligkeit verbindlich. Der Klassencharakter der Bewegung zeigte sich in dem Gegensatz zu dieser Auslegung der lutherischen Prediger. Die Täufer verurteilten den Mord; aber sie beschränkten dies nicht etwa auf „private“ Morde, sondern meinten auch das Kriegführen und die von der Obrigkeit veranlaßten Hinrichtungen. Sie verurteilten Habsucht, Geiz, das Hängen am Besitz und meinten damit die für die herrschende Klasse charakteristischen Eigenschaften. Wenn die Täufer also die Auffassung vertraten, es wäre den Menschen möglich, Gottes Gesetz einzuhalten, so bedeutete dies, daß die herrschenden Schichten ihre Unterdrückerfunktion und die Besitzenden ihr Bestreben aufgeben sollten, ihren Besitz zu vermehren. Damit stellten sie auch die biblische Legitimität der lutherischen Auffassung in Frage, nach der der Mensch stets sündig ist, diese Sündhaftigkeit auch nicht durch eigenes Streben zu überwinden vermag und die Obrigkeit daher notwendig ist, um die Menschheit durch das Schwert zu regieren. In der Täuferbewegung – und daher rührte der besondere Haß der Lutheraner gegen sie – überdauerten Luthers eigene revolutionäre Ansätze, die er fallen ließ, als es ihm aus politischen und nicht etwa aus theologischen Gründen opportun erschien. Das sind Luthers Ideen vom allgemeinen Priestertum, seine Vorstellung eines Gemeindechristentums und seine Forderung, die Obrigkeit habe sich in Glaubensfragen nicht einzumischen. Durch sein Prinzip des allgemeinen Priestertums und durch seine Rechtfertigungslehre, nach der der Mensch nur durch den Glauben selig werde, hatte er den mystisch-heilsvermittelnden Charakter der Sakramente diskreditiert. Die täuferische Tauf- und Abendmahlslehre war daher dem frühen Luther wesentlich näher als Luthers eigene aus Opportunitätsgründen gefundenen Kompromißlösungen.

Die täuferischen Vorstellungen gingen also von den revolutionären früh-lutherischen Gedanken aus, die durch Müntzer vermittelt, erweitert und ebenso konsequent im Interesse der unterdrückten Klasse zu Ende gedacht worden waren, wie

Luther selbst seine eigenen frühen Vorstellungen im Interesse der Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung, deren Fortbestand ihm die Garantie der Sicherung seiner Lehre schien, über Bord geworfen.

Die Täuferbewegung ist ein Kind der ersten frühbürgerlichen Revolution in Deutschland. Die Reformation machte die armen Leute mit der Terminologie der geistigen Auseinandersetzung ihrer Zeit vertraut, und Thomas Müntzer und der Bauernkrieg lehrten sie, diese Terminologie in ihrem Klasseninteresse zu gebrauchen.

JOSEF MACEK

Resumé des noch unveröffentlichten Buches über Michael Gaismaier*

Mit dem Tode Michael Gaismaiers im Jahre 1532 endete der Tiroler Bauernkrieg, der die Schlußetappe des deutschen Bauernkriegs bildete. Ich habe mich geflissentlich gerade auf diese Beziehungen und Zusammenhänge konzentriert, um zu beweisen, daß man die Periode des deutschen Bauernkrieges nicht bloß mit dem Jahre 1525 abschließen kann. Meines Erachtens haben die vorstehenden Seiten des Buches erwiesen, daß die Perioden des Kampfes, die der Tiroler Bauernkrieg, der Pinzgauer Bauernkrieg (1526), der Einfall in Tirol (1526) und der Kampf der Bauernheere unter der Führung Michael Gaismaiers ausfüllte, einen untrennbaren Bestandteil des deutschen Bauernkrieges bilden und seine Schlußetappe darstellen. Der deutsche Bauernkrieg war demnach kein kurzatmiges Aufflammen der revolutionären Energie der Untertanen, sondern eine mächtige revolutionäre Bewegung, die erst nach einigen Jahren zu Ende ging und immer von neuem gegen die Kirche und die ganze feudale Gesellschaftsordnung vorstieß. Der Tiroler Bauernkrieg war kein bloß lokal beschränkter Aufstand und keine bedeutungslose Episode, sondern er hat seinen Ehrenplatz in der frühbürgerlichen Revolution, die der deutsche Bauernkrieg und die Reformation repräsentiert.¹ Der Tiroler Bauernkrieg bildet auch eine Brücke zu den weiteren revolutionären Kämpfen des 16. Jhs., zur Wiedertäuferbewegung, die mit ihrem revolutionären Flügel im Aufstand der Münsterschen Kommune (1535) gipfelte. Ich will damit deutlich machen, daß man in Zukunft die revolutionäre Bewegung nicht bloß auf das Jahr 1525 beschränken kann, sondern daß man die frühbürgerliche Revolution in Deutschland auch in den Jahren von 1526 bis 1535 verfolgen muß. Zwischen beiden Daten besteht nicht bloß ein zufälliger Zusammenhang, sondern eine geradezu wesenhafte Verknüpfung. Die Revolutionäre, die im Jahre 1525 geschlagen wurden, erhoben sich im Jahre 1526 und auch in den folgenden Jahren zu einem neuen Kampf, Michael Gaismaier führte sie bis zum Jahre 1532 zum Angriff, und die letzten offenen Kämpfe mit den Feudalherren fochten sie in Münster aus. Ich glaube, daß die Analyse und Bewertung des Tiroler Bauernkrieges dringend zu solchen Anregungen auffordert.

Naturgemäß war das eigentliche Thema der Arbeit der Tiroler Bauernkrieg in den Jahren 1525 bis 1532. Ich konzentrierte mich auf die Aufhellung der Entstehungsursachen des Tiroler Bauernkrieges, auf seinen Verlauf und dann hauptsächlich

* Aus dem Tschechischen übersetzt von Dr. Othmar Feyl, Universitätsbibliothek Jena.

¹ Vgl. meinen Beitrag zur sowjetischen Diskussion über den Charakter der frühbürgerlichen Revolution in der Zeitschrift „Вопросы истории“, 3 (1958) S. 114–121.

auf die Persönlichkeit Michael Gaismaiers. Dazu führten mich vor allem die bisherigen Ergebnisse der bürgerlichen Historiographie. Es ist beinahe unglaublich, wie vernachlässigt dieser Abschnitt in der Geschichte des deutschen Bauernkrieges ist. Wir haben keine einzige zuverlässige Studie über den ganzen Verlauf des Bauernkrieges und bisher ebensowenig eine ernsthafte wissenschaftliche Monographie über Michael Gaismaier. In der Vergangenheit entstanden lediglich über Teilfragen einige Studien, auf die man sich stützen konnte, soweit es zumindest um ihre faktographische Grundlage geht. In diesem Sinne kann man vor allem die Studien und Editionen von H. Wopfner, die Aufsätze von A. Holländer und O. Vassela günstig bewerten. Doch sind auch diese Arbeiten nicht ohne Mängel, nicht nur in der Konzeption (sie alle sind einem unfruchtbaren Idealismus und oft auch dem Nationalismus verpflichtet), sondern sie weisen auch Mängel im bloßen Verzeichnen kritisch überprüfter Tatsachen auf. Zur Veranschaulichung der Vernachlässigung des Themas kann man vielleicht anführen, daß zum Beispiel hinsichtlich des Todesdatums Michael Gaismaiers bis heute ein unvorstellbarer Wirrwarr herrscht. So führt die neueste Geschichte Tirols (von O. Stolz) aus dem Jahre 1955 das Jahr 1530 als Todesjahr Gaismaiers an, ähnlich wie die *Enciclopedia Italiana* (1949) oder das Standardwerk der bürgerlichen Geschichtsschreibung über den deutschen Bauernkrieg von Günther Franz (*Der deutsche Bauernkrieg*). Auch die marxistische Geschichtsschreibung hat diese Grundirrtümer nicht vermieden, wie die irrige Datierung von Gaismaiers Tod in das Jahr 1528 im Buche Eva Priesters zeigt.

Es ist daher natürlich, daß vor allem — erstmals bei diesem Thema — eine umfangreiche Heuristik in den Archiven Österreichs (Innsbruck, Wien), Italiens (Venedig, Trient, Bozen, Bressanone) und der Tschechoslowakei (Děčín = Tetschen a. d. Elbe) durchzuführen und kritisch überprüfte Daten zum Verlauf des Bauernkrieges und zum Leben und den Kämpfen Michael Gaismaiers zu sammeln waren. Wahrscheinlich hätten auch noch die Münchener Archive wertvolle Quellen bieten können, doch hat mir die Mißgunst der westdeutschen Regierungskreise ein Studium in München unmöglich gemacht. Ich mußte mich lediglich auf das veraltete, durch seine reichen Quellen jedoch wertvolle Buch von J. E. Jörg verlassen. Durch kontrollierende Vergleiche mit F. L. Baumann konnte ich mir die grundsätzliche Zuverlässigkeit der Jörgschen Angaben beglaubigen. So gelang es, durch eine umfangreiche archivalische Forschung erstmals die grundlegenden Quellen zur Geschichte des Tiroler Bauernkrieges zu sammeln.

Wie konnte es geschehen, daß bis jetzt kein Versuch einer wissenschaftlichen Erklärung dieses bedeutenden Abschnitts des deutschen Bauernkrieges unternommen worden ist? Die Ursache muß man vor allem im Charakter des Themas suchen. Der Tiroler Bauernkrieg richtete sich in kämpferischer Weise gegen die Kirche und die Habsburger, deren Herrschaft abgelehnt wurde. Solange jedoch — bis zum Jahre 1918 — in Österreich die Habsburger von Gottes Gnaden regierten, wagte kein Historiker, die revolutionäre Tradition des Tiroler Bauernkrieges hervorzuheben. Außerdem flammte der Tiroler Bauernkrieg gerade an der Grenze zwischen der deutschen bzw. österreichischen und der italienischen Welt auf. In

ihm kämpften treu und Seite an Seite deutsche, österreichische und italienische Bauern. Dieses Merkmal internationaler Solidarität übte keinen Reiz auf die nationalistischen Geschichtsschreiber aus, die mit Märchen von einer „ewigen Feindschaft“ beider Völker operierten. Besonders seit dem Jahre 1918, in dem das Land Tirol aufgeteilt wurde und auch die Archivbestände auseinandergerissen wurden, gab es unter den bürgerlichen Historikern Österreichs und Italiens keine Lust zum Studium der revolutionären Bewegung des österreichischen und italienischen Volkes.

Im ersten Kapitel der Monographie stellte ich die Wurzeln des Tiroler Bauernkrieges fest. Die allgemeine Entwicklung, die zu einer Ausbreitung der Geldform der Feudalrente und zu einer steigenden Bedeutung des Geldes und des Handelskapitals in der Gesellschaft tendierte, erfaßte auch das Land Tirol. In Tirol gewann die Jagd nach dem Geld einen besonderen Charakter, da es im Lande reiche Silber- und Kupfergruben gab und das Land auf dem wichtigen Handelsweg lag, der von Italien nach Mitteleuropa führte. Eine weitere Besonderheit Tirols bestand darin, daß hier der Landesfürst nicht nur eine relativ beträchtliche wirtschaftliche Macht (Güter, Gruben), sondern auch bedeutende politische Rechte besaß, die ihm einen direkten Einfluß auf die Untertanen in den Gerichtsvogteien ermöglichte, besonders seit der Zeit Maximilians, in der die Zentralisierungstendenzen der staatlichen Verwaltung erstarkten. Die Innsbrucker Regierung war der zentrale Regierungsmittelpunkt für den ganzen Teil der sogenannten oberösterreichischen Länder. Gegen die absolutistischen Bestrebungen der Fürsten, die besonders während der Regierung des jungen Enkels Maximilians, Erzherzog Ferdinands, mächtig wurden, erhob sich Widerstand in den Ständen. Ferdinand zähmte jedoch mit Hilfe des spanischen Ratgebers und sich bereichernden Emporkömmlings G. Salamanca nach der Niederwerfung des ständischen Widerstandes in Niederösterreich auch den Widerstand der Tiroler Stände.

Schärfer und heftiger wuchsen jedoch die Klassengegensätze zwischen den Feudalherren und den Untertanen an. In Tirol entwickelte sich zwar der Großgrundbesitz in keinem beträchtlicherem Maße und die Reste der Leibeigenschaft waren gering. Dennoch wuchs der Druck der Feudalherren auf die Untertanen in Gestalt außerordentlicher Abgaben, Gebühren und neuer Fronarbeiten. Eine schwere Last für die Untertänigen bildeten auch die Landessteuern, zu denen die verschuldeten Fürsten seit Ende des 15. Jhs. systematisch Zuflucht nahmen. In ähnlicher Weise belasteten auch die Zölle, Gerichtsgebühren und die Zehente die Untertanen und weckten ihren Widerstand gegen die feudale Bedrückung.

Die wachsende Zahl der Lohnarbeiter, die aus der Fremde in die Tiroler Gruben kamen, wurde durch magere Löhne und das Streben der Bergbauunternehmer nach ständig höherer Förderung gepeinigt. Zwischen den Bauern und den Bergknappen gab es jedoch Zwistigkeiten über wirtschaftliche und politische Rechte, so daß sich keine vereinigenden Bande zwischen diesen am schwersten betroffenen Klassen der Tiroler Gesellschaft entwickelten. In der gedrückten wirtschaftlichen Stellung der Bauernschaft und der Bergknappen muß man jedoch die eigentliche Ursache für die Entstehung des Tiroler Bauernkrieges sehen.

Die Landbevölkerung Tirols war freilich keine einheitliche Gesellschaftsklasse. Es schieden sich deutlich zwei Gruppen voneinander: Auf der einen Seite die vermögenden Untertänigen, Freibauern und reiche Bauern, auf der anderen Seite die Häusler, Lohnarbeiter und die Armut. Während in den Getreidebau- und Weidegebieten Nordtirols die vermögenden Bauern vorherrschten, lebten dagegen in den weinerzeugenden Gebieten südlich des Brenners mehr Hüttler, Häusler, Gesinde und Lohnarbeiter. Diese unterschiedliche ökonomisch-soziale Struktur Südtirols läßt erst verstehen, weshalb das Gebiet von Brixen und Trient das Zentrum der revolutionären Bewegung wurde.

Diese beiden Gebiete standen unter der unmittelbaren Herrschaft der Bischöfe und hatten damit auch den meisten Grund zur Unzufriedenheit mit der beutegierigen Politik der Prälaten und der ganzen katholischen Kirche. Die Kirche besaß in Tirol, außer im Brixener und Trienter Gebiet, nicht so viele wirtschaftliche und politische Positionen wie in den umliegenden deutschen Gebieten. Nichtsdestoweniger drang jedoch die Zersetzung der Kirche und die päpstliche Finanzpolitik auch nach Tirol und weckten hier um so mehr tiefe Unzufriedenheit und Widerstand gegen die Kirche als Feudalherren, je mehr das untertänige Volk unter der Last der feudalen Bedrückung versank.

Allgemeine Unzufriedenheit ergriff auch die Tiroler Städte, die mit Bangen das Vordringen der großen und mächtigen Gesellschaften (der Fugger) in das Land beobachteten. Die Tiroler Städte waren freilich bis auf kleine Ausnahmen (Trient, Bozen) in ökonomischer und politischer Hinsicht relativ rückständig und verstanden es bislang auch nicht, eine entsprechende Rechtsgewalt der Zunftorganisation und die Teilnahme an der Selbstverwaltung zu erkämpfen. Das allgemein untertänige Volk, Bergknappen und Stadtbürger, sah mit Hoffnung auf den jungen Landesfürsten Ferdinand, im traditionellen Glauben, daß er ihnen eine Erleichterung und Befreiung von ihren Plagen bringen werde.

Eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung der revolutionären Bewegung in Tirol spielte die Reformation, die den Widerstand und die Opposition gegen den bisherigen Zustand der Kirche zum Ausdruck brachte. Die reformatorische Ideologie drang nach Tirol sowohl aus Süddeutschland als auch aus der Schweiz ein, von wo sich der Einfluß Zwinglis ausbreitete. Die reformatorischen Prediger hatten aber keinen grundsätzlichen Einfluß auf die Entwicklung des Tiroler Bauernkrieges. Gerade dort, wo die lutherischen Prediger am mächtigsten wirkten (im Inntal) entstand kein offener Aufstand und umgekehrt entfalteten sich die revolutionären Zentren in Südtirol ohne direkten Einfluß der reformatorischen Prediger. Freilich waren die Prediger nicht die einzigen Verbreiter der reformatorischen Ideen. Eine weit größere Bedeutung fiel in diesem Zusammenhang den reformatorischen Flugblättern, kleinen Schriften, Pamphleten und anderen Drucken zu, die die deutschen und schweizerischen Anhänger der Reformation auf den Tiroler Märkten (hauptsächlich in Bozen) verkauften. Unter ihrem Einfluß und durch das Wirken älterer ketzerischer Sekten entwickelte sich in Tirol eine Volksreformation, die sich auf einen konsequenten Biblizismus stützte, der die kirch-

lichen Mißstände radikal verurteilte und die breiten Volksschichten zum Widerstand gegen die feudale Bedrückung anregte.

Der Boden für den Bauernkrieg wurde auch durch die vorausgehenden Kämpfe der Bauern (im Val di Non) und die lange Periode der Unruhen seit dem Tode Maximilians (1519) vorbereitet. Im Jahre 1520 vollends brach im Brixener Gebiet ein Aufstand aus, der nur mit Mühe beigelegt werden konnte. Die Unruhen hielten jedoch das Land ständig in Bewegung und äußerten sich im Widerstand gegen die Abgaben und Steuern, in Aufrührerei und in der Verletzung des Verbotes der Wildtierjagd und des Fischfangs. Eine langanhaltende Unruhe unter den Bergknappen (in Primiero und Schwaz) brach im Februar 1525 aus. Durch eine geschickte Taktik der Zugeständnisse besänftigte Ferdinand die Schwazer aufständischen Bergknappen. So kam es, daß in der Zeit, in der der deutsche Bauernkrieg in Tirol Widerhall fand, die Bergleute bereits beruhigt waren und mit den Bauern keine einheitliche Front bildeten.

Bereits seit dem Jahre 1524 kamen Sendboten der Bauernheere aus Süddeutschland, hauptsächlich aus dem Allgäuer Gebiet, nach Tirol. Die Besonderheiten der ökonomisch-sozialen Situation Tirols bewirkten jedoch, daß der Tiroler Bauernkrieg erst im Mai 1525 ausbrach. Unmittelbarer Anlaß des offenen Aufstandes wurde die Befreiung des Aufrührers Peter Pässler aus dem Brixener Gefängnis am 9. Mai 1525. In Brixen und Umgebung (Rodengo) war bereits längere Zeit eine revolutionäre Körperschaft tätig, die sich nach der Befreiung Pässlers an die Spitze der revolutionären Bewegung stellte. Auf der Wiese bei Millan (in der Nähe von Brixen) wurde der revolutionäre Ausschuß durch Vertreter der übrigen Gerichte des Brixener Gebietes erweitert. Mit der Besetzung Brixens und der Eroberung des Klosters Novacella (Neustift) gewann der revolutionäre Ausschuß einen festen Sitz und gab den anderen Tiroler Gebieten ein Beispiel. Als Führer des Heeres wurde Michael Gaismaier gewählt, ein Bergunternehmer, der ehemals Schreiber des Tiroler Landeshauptmannes und Sekretär des Brixener Bischofs Sebastian war. Unter dem Einfluß des Brixener revolutionären Ausschusses breitete sich die revolutionäre Bewegung auch nach Bozen aus, wo Burgen, Klöster und Kirchengüter erobert wurden. Bozen und Meran schufen revolutionäre Vertretungen der Bauern und Stadtbürger nach Brixener Muster. Auch in Val di Non, Val di Sole und Val Sugana besetzten im Mai 1525 die aufständischen Untertanen zahlreiche Kirchen und Adelsburgen. Schließlich bildete sich auch in Trient unter dem Einfluß Bozens und Merans ein revolutionärer Ausschuß, vor dem der Bischof Bernard floh und sich in der Burg Riva in Sicherheit brachte. Bis zum 20. Mai befand sich der größere Teil Südtirols in der Macht der revolutionären Ausschüsse.

In den revolutionären Ausschüssen begannen jedoch frühzeitig zwei Flügel sich scharf gegeneinander abzuheben: Die Konservativen (vermögende Bauern und Stadtbürger) und die Radikalen (die Dorf- und Stadtarmut). Während die Radikalen danach trachteten, die Macht der Prälaten und Adligen vollständig zu vernichten und das freie Land in die Hand ihrer Hoffnung, des jungen Erzherzogs Ferdinand, zu übergeben, verlangten die Konservativen den Schutz des Eigentums

und Zugeständnisse seitens des Adels und der Prälaten in friedlicher Verhandlung. Eine mächtige Förderung für die Tätigkeit der Konservativen bildete die politische Taktik Ferdinands. Die vorausgehenden Erfahrungen mit dem Bauernkrieg in Deutschland und dem Aufstand der Tiroler Bergknappen und die trostlose finanzielle und militärische Lage führten Ferdinand zu einer Taktik kleiner Zugeständnisse und Kompromisse. Frühzeitig (bereits Mitte Mai) gelang es dem Erzherzog, die Untertanen in Nordtirol völlig zu besänftigen. Ferdinand zögerte nicht, persönlich einem Haufen von Untertanen, die von Hall nach Innsbruck zogen, entgegenzugehen und versprach ihnen zahlreiche Zugeständnisse, sogar eine Einschränkung der weltlichen Macht der Kirche. Eine ähnliche Taktik brachte er auch in der Verhandlung mit Gaismaier und den revolutionären Ausschüssen in Südtirol zur Geltung. Seinen Kommissaren gelang es, die konservativen Mitglieder der revolutionären Ausschüsse zu stärken, besonders als allgemein auch die Armut und ihre Führer (Gaismaier) an die Gerechtigkeit und den guten Willen des Fürsten glaubten. Die Konservativen wurden auf diese Weise zu einer Bremse der revolutionären Bewegung. Unter den eifrigsten Vertretern der Kirche und des Adels ragten die Trienter Bürger hervor, die für ihre konservative Politik allmählich auch die Bürger Bozens und Merans gewannen.

Die neue Situation der revolutionären Bewegung trat auch auf dem Landtag der Gerichte und Städte in Neustift in Erscheinung. Es war allein der revolutionäre Ausschuß Brixens, der den Gedanken eines bewaffneten Widerstandes vertrat und durchsetzte, daß das Bauernheer nicht aufgelöst wurde. Ansonsten sprach jedoch auch der Landtag von Neustift den Gehorsam gegenüber Ferdinand aus und hob die Notwendigkeit einer friedlichen Verhandlung mit den Feudalherren hervor. In Tirol begann auf diese Weise eine Periode des Waffenstillstandes. Die Untertanen behielten ihre bisherigen Errungenschaften und bereiteten ein Programm vor, mit dem sie vor den Fürsten treten sollten.

Erzherzog Ferdinand mußte unter dem Druck des Allgäuer Bauernkrieges weitere Zugeständnisse machen und sogar dem Abgang G. Salamancas aus Tirol zustimmen. Auf dem Teillandtag in Innsbruck versprach er den Untertanen aus Nordtirol weitreichende Gnadenbeweise, mobilisierte sie jedoch gleichzeitig für den Kampf gegen die revolutionäre Bewegung. Aus diesem Grunde lud er — erstmals in der Tiroler Geschichte — vor den Teillandtag auch eine Delegation von Bergknappen und gewann sie völlig für seine Politik.

Inzwischen beriefen jedoch die Gerichte und Städte Südtirols ohne Zustimmung des Landesherren und gegen den Willen der Bischöfe einen Landtag nach Meran. Das Ergebnis der Landtagsverhandlung waren die Meraner Artikel, die dem Landesherrn auf dem nächsten Tiroler Gesamtlandtag vorgelegt werden sollten. Die Meraner Artikel waren ein Programm der Reform der feudalen Gesellschaftsordnung, sie gingen von Gedanken der Religionsreform aus und griffen am schärfsten die weltliche Macht der Kirche an. Die Durchführung aller Reformen und die Milderung der feudalen Bedrückung forderten die Meraner Artikel vom Landesfürsten, dessen Macht sie stärkten.

Erzherzog Ferdinand, der die eigenwilligen Taten des Meraner Landtages paralisieren wollte, sorgte für eine beschleunigte Einberufung des Tiroler Landtages. Am 12. Juni 1525 wurde in Innsbruck der Landtag eröffnet, zu dem auch die Gerichte des Brixener und Meraner Gebietes erstmals ihre Vertreter delegierten. Dadurch stieg die Zahl der Bauernvertreter an, und die Landtagsverhandlung wurde in radikalere Bahnen gelenkt. Vor dem machtlosen Fürsten Ferdinand und den ausländischen Delegierten schloß der Bauernlandtag die Vertreter der Prälaten aus dem Landtagssaal aus und setzte den Grundsatz der Abstimmung nach den einzelnen anwesenden Delegierten und keineswegs mehr nach den Ständen durch. Vergeblich bemühte sich Ferdinand, die Landtagsverhandlung in ein Programm des Kampfes gegen die Aufständischen umzukehren. Die Bauern und Bürger schlossen eine Zeitlang sogar auch die Adeligen aus dem Landtag aus und arbeiteten die Meraner Artikel zu einem Programm um, das sie in Gestalt der 96 Innsbrucker Artikel dem Landesfürsten vorlegten.

Ferdinand bemühte sich erfolglos, die Teilnahme der Prälaten am Landtag durchzusetzen. Es gelang ihm jedoch, die Adeligen mit den Bürgern zu versöhnen. Er wählte dabei die Taktik der Verzögerung und des Aufschubs, indem er sich in listiger Weise lediglich als Stadthalter ausgab, der ohne Zustimmung des Kaisers nichts unternehmen könne. Die blutigen Niederlagen der Bauernheere in Deutschland und die Nachrichten von den grausamen Strafen erschütterten das Selbstbewußtsein der Tiroler Untertanen. Die Radikalen wurden auf dem Landtag in die Defensive gedrängt und verließen ihn vorzeitig. Der fähigste Führer des revolutionären Ausschusses, Michael Gaismaier, nahm anfangs nicht am Landtag teil und konnte sich noch immer nicht vom blinden Glauben an den Fürsten befreien. Ferdinand hätte am liebsten dem Bauern-Landtag ein Ende bereitet, er war jedoch weiterhin ohne Geld und Heer und fürchtete mehr noch den revolutionären Widerhall des Salzburger Bauernkrieges. Doch die Tiroler revolutionären Ausschüsse, die von engen Lokalinteressen beherrscht wurden, weigerten sich, den Kampf der Allgäuer Bauern zu unterstützen und standen auch dem Salzburger Bauernkrieg nicht wesentlich bei. Im Salzburger Gebiet verteidigten die Delegierten der Tiroler Ständegemeinde lieber die Machtinteressen des Erzherzogs Ferdinand.

Der Bauernlandtag verlor durch diese Geschehnisse allmählich an Schärfe und neigte zum Kompromiß. Ferdinand versprach eine Behandlung der Innsbrucker Artikel und eine neue Landesverfassung, eine Landesordnung, die die schreiendsten Mißstände beseitigen sollte. In den Landtagsbeschluß wurden jedoch nicht die Artikel aufgenommen, die sich gegen die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Kirche richteten, ebensowenig alle Artikel, die die Religionsfragen berührten. Ferdinand verwies hierbei auf das kommende Kirchenkonzil. Um jedoch wenigstens teilweise den antikirchlichen Haß zu besänftigen, übernahm Ferdinand das Brixener Bistum in seine Macht. Er tat dies jedoch auch deshalb, um die Tätigkeit des Brixener revolutionären Ausschusses, von dem ständig Stimmen des Widerstandes gegen den Landtag und den Landesfürsten laut wurden, endgültig zu vernichten. In einer geheimen Verhandlung deutete Ferdinand bereits damals

an, daß er das Brixener Bistum nicht säkularisieren, sondern für den Bischof Sebastian bewahren wolle, der nach der Flucht aus Innsbruck auf der Burg Brunico weilte.

Michael Gaismaier und die Führer der Armut, die die Gefahr einer Niederlage der revolutionären Bewegung ahnten, lehnten es anfangs ab, Brixen den Beamten und Hauptleuten des Landesfürsten auszuliefern. Unter dem Druck des Brixener Bürgertums und ständig befangen von der Fürstenlegende übergaben sie am Ende Ferdinand die Brixener Burg. Ferdinand und seine Gattin beendeten inzwischen am 21. Juli den Landtag und fuhren außer Land. Der Erzherzog und seine Statthalter sahen als Hauptergebnis des Landtages die Verordnung gegen die Aufständischen an, der alle Delegierten am Schluß beipflichteten. Die Kommissare des Landesherren und der Stände fuhren in die Gerichtsvogteien und begannen mit der Verkündung der Verordnung, die die Notwendigkeit einer Erneuerung aller Abgaben und Gebühren meldete und das Versprechen des Gehorsams und der Untertänigkeit eintrieb.

Wiederum nahmen jedoch die Untertanen Nord- und Südtirols den Landtagsbeschluß ganz verschieden auf. Im Inntal fand er bei den Gerichten gehorsam Aufnahme, sie unterdrückten selber Verschwörungen und Aufständische und erfüllten gewissenhaft die Untertanenpflichten. In Südtirol stieß jedoch der Landtagsbeschluß auf allgemeine Ablehnung. Das Zentrum des Widerstandes wurde hier das Brixener und Trienter Gebiet. Die Untertanen erkannten, daß sie der Landesfürst betrogen hatte. Auch Michael Gaismaier durchschaute endlich die listige Politik Ferdinands. Bevor er jedoch eine revolutionäre Tätigkeit zu entfalten vermochte, wurde er verhaftet und ins Innsbrucker Gefängnis geworfen. Der Widerstand gegen den Landtagsbeschluß ließ sich jedoch nicht unterdrücken. Unmittelbar an der südlichen Landesgrenze brach ein neuer Aufstand aus (Nomi) und breitete sich nach Val Sugana (Ivano, Levico), Val di Sole und Val di Non aus. Die Untertanen schufen neue Heere und verbanden sich zum gemeinsamen Kampf. Die Versuche, eine Verbindung der revolutionären Kräfte Trients und Brixens, zu schaffen, scheiterten jedoch. Die Mängel in der Organisation der revolutionären Kräfte führten auch zu einer Niederlage des Bauernheeres bei Trient. Die Belagerung Trients durch die Bauern scheiterte.

Eilig riefen die Feudalherren fremde Söldner nach Tirol, schrieben aber auch ein Landesaufgebot aus, das besonders von Nordtirol ausgiebig unterstützt wurde. Die Untertanen flohen vor den Söldnerheeren und erwarteten blutige Bestrafungen. Die Hinrichtungen in Trient und Umgebung untergruben, zusammen mit den ungeheuren Strafgeldern, den offenen revolutionären Widerstand. Bezwungen wurden auch die Untertanen in Val di Non und Val di Sole. Auch das Brixener Gebiet ergab sich dem Söldnerheer. Die Hinrichtungen der Führer des revolutionären Ausschusses und die Strafgelder vermochten jedoch noch nicht, die revolutionären Kräfte völlig zu brechen. Die Mehrzahl der Mitglieder der revolutionären Ausschüsse floh in die Wälder, in die Berge und ins Ausland. Das Gebiet von Salzburg und Graubünden und besonders der Republik Venedig wurden Zufluchtsstätten der Tiroler Revolutionäre und Flüchtlinge.

Die Reaktion feierte in Tirol Siege. Die Untertanenpflichten wurden überall erneuert, die Feudalherren und die Kirche übernahmen wieder die Burgen, die während der Erhebung von den Aufständischen besetzt worden waren. Auf dem Bozener Landtag (30. Oktober 1525) nahmen die Prälaten wieder als einer der vier Stände des Landes ihren Platz ein. Ferdinand übergab die Güter dem Deutschen Ritterorden, den er eine Zeitlang unter seinen Schutz stellte. Nach dem Tode des Bischofs Sebastian setzte er auf den Brixener Bischofsstuhl den unehelichen Sohn Kaiser Maximilians, Georg von Österreich. Die feudale Ordnung, die vom Bauernkrieg erschüttert worden war, festigte sich gegen Ende des Jahres 1525.

Doch auch jetzt war die revolutionäre Bewegung noch nicht völlig erstickt. Kristallisationspunkt eines neuen Aufstandes wurde Michael Gaismaier, dem es gelang, aus dem Innsbrucker Gefängnis zu entfliehen und in die Schweiz zu kommen. Nach kurzem Aufenthalt in Prättigau ging Gaismaier nach Zürich zu Zwingli. Unter dem Eindruck der Pläne Gaismaiers konzipierte damals Zwingli einen Feldzugsplan, der auch einen revolutionären Ausbruch in Tirol voraussetzte. Die ideellen Einflüsse der Lehre Zwinglis halfen anschließend Gaismaier bei der Formulierung der Tiroler Landesordnung.

Gaismaiers Landesordnung entstand im Februar-März 1526 in Klosters (Prättigau). Sie war ein Programm des revolutionären Umbaus der Gesellschaft. Sie erstrebte die Vernichtung der feudalen Ordnung, rechnete mit der Beseitigung des Adels und der Prälaten und übergab die gesamte Macht in die Hände des untertänigen Volkes und der Bergleute. Der landwirtschaftlich genutzte Boden sollte den Feudalherren weggenommen und verstaatlicht werden. In ähnlicher Weise sollten die gewerbliche Produktion, der Handel und die Gruben verstaatlicht werden. Über den gesamten Reichtum des Landes sollten die Untertanen und Bergleute, gewählte Mitglieder einer Landesregierung, die von Gelehrten beraten werden, herrschen. Das revolutionäre Programm der Landesordnung Gaismaiers ist eine geniale Vorahnung der sozialistischen Gesellschaft. Die Vergesellschaftung der Produktionskräfte war freilich ein Ausdruck von Wünschen und Hoffnungen, keineswegs jedoch das Ergebnis wissenschaftlicher Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung. Doch auch in dieser Gestalt ist Gaismaiers Landesordnung das bedeutendste, kompletteste und vollkommenste revolutionäre Programm des deutschen Bauernkrieges und eines der großartigsten revolutionären Programme der ganzen feudalen Epoche.

Gaismaiers Landesordnung war jedoch nicht bloß eine unfruchtbare, erträumte Konzeption eines idealen Staates. Es war wirklich das Programm des entstehenden revolutionären Kampfes der flüchtigen Bauern und aufständischen Führer, die sich um Gaismaier zu sammeln begannen. Gaismaiers Häuschen in Klosters wurde das Stabsquartier der neuen revolutionären Armee, in der Gruppen ehemaliger Angehöriger der Bauernheere aus ganz Deutschland zusammenströmten. Wir können zuverlässig beweisen, daß diese Angehörigen des neuen Gaismaier-Heeres wirklich die Landesordnung kannten und ihr die Endziele des Kampfes entnahmen.

Das erste Angriffsziel der revolutionären Armee, die sich in Graubünden sammelte, sollte Tirol bilden. Der weitreichende Plan wurde jedoch im April 1526 durch die unerwartete Verhaftung Hans Gaismaiers vereitelt. Der Bruder des Oberbefehlshabers der Flüchtlingsheere war nämlich das Haupt der geheimen Tiroler revolutionären Organisation, die gleichzeitig mit dem Einfall der Heere den Aufstand im Lande vorbereiten sollte. Es scheiterten auch die Versuche Michael Gaismaiers, für den Kampf mit den Habsburgern ein Züricher Heer und Abteilungen Ulrichs von Württemberg, der von den Habsburgern aus seinem angestammten Herzogtum vertrieben worden war, zu gewinnen.

Dafür traten jedoch neue Verbündete im Pinzgauer Bergtal auf, wo seit dem Vorjahr der Widerstand gegen den Salzburger Erzbischof anhielt. Der Widerstand verwandelte sich im Jahre 1526 in den Pinzgauer Bauernkrieg. Gaismaiers Heere durchzogen Tirol und verbanden sich im Mai 1526 mit den Pinzgauer revolutionären Abteilungen. Oberbefehlshaber des Pinzgauer Bauernheeres war Peter Pässler, mit dem Michael Gaismaier bereits früher in Verkehr stand. Nach der Ankunft der Gaismaierschen Abteilungen teilten die beiden Tiroler Hauptleute ihre Aufgaben. Pässler kommandierte die Bauernarmee bei Zell am See, Gaismaier ging nach Radstadt, wo er sich an die Spitze der Heere stellte, die den Grafen Christoph und seine Söldner belagerten. Der Pinzgauer Bauernkrieg vereinigte auf diese Weise Flüchtlinge des deutschen Bauernkrieges, aus der Schweiz und Italien und wurde ein bedeutender Bestandteil der frühbürgerlichen Revolution.

Gaismaiers Heere belagerten vergeblich das wütend verteidigte Radstadt. Es gelang ihnen zwar, über militärische Verstärkungen der Radstadter Besatzung im Gebirgspañ bei Mandling einen Sieg davonzutragen. Unter dem Eindruck der Nachrichten von Peter Pässler entschloß sich jedoch Gaismaier, von Radstadt abzuziehen und alle Bauernheere zu vereinigen. Peter Pässler wurde jedoch inzwischen besiegt und die Bauernheere zersprengt. Das zahlenmäßige Übergewicht der Heere des Schwäbischen Bundes siegte über die unvereinigten Aufständischen. Die Reste der Pässlerschen Heere vereinigten sich mit Gaismaiers Abteilungen und bildeten eine Armee von 1500 Mann, in der Mehrzahl ehemalige Angehörige der Bauernheere aus ganz Deutschland. Michael Gaismaier faßte den Plan, diese Volksarmee in die antihabsburgische Koalition einzugliedern, die sich nach den Vereinbarungen der Liga von Cognac bildete. Die erste Tat des Gaismaierschen Heeres war der revolutionäre Einfall in Tirol über die Hohen Tauern, Lienz und das Pustertal. Gaismaier glaubte, daß sich die Tiroler Bauern erheben und sich ihm anschließen würden. Diese Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht, die Tiroler Untertanen weigerten sich zwar, gegen Gaismaier zu kämpfen, fürchteten aber auch die Verbindung mit ihm. Gaismaier stellten sich die feudalen Söldnerheere entgegen, die die revolutionäre Armee aus Tirol verdrängten.

Zufluchtsstätte der Heere Gaismaiers wurde das Gebiet der Republik Venedig. An der Spitze einer Bauerndeputation wurde Gaismaier vom Dogen empfangen, erhielt das Asylrecht und verpflichtete sich, im venezianischen Sold gegen die Habsburger zu kämpfen. Die Heere Gaismaiers konnten sich jedoch niemals mit der Vorstellung abfinden, daß sie eine reguläre Söldnerarmee werden sollten. Die Führer,

mit Gaismaier an der Spitze, baten unaufhörlich die Venezianer um Hilfe. Wenn die Signorie Gaismaier Geld und Heereshilfe gewähre, werde er in Tirol einfallen und mit Hilfe des Tiroler Volkes die Habsburger hinter die Alpen vertreiben. Der Gedanke an einen revolutionären Einfall in Tirol erfüllte Gaismaiers Bestrebungen bis zu seinem Tode. Die Venezianer sahen freilich in Gaismaier lediglich einen befähigten Befehlshaber, der ihnen einen systematischen Zuschub deutscher und schweizerischer Söldner sicherte. Im Jahre 1527 waren die Venezianer schon bereit, Gaismaiers Pläne zu unterstützen, sie wurden jedoch von ihren Absichten durch den französischen König und den Papst abgehalten. Gaismaiers Bestrebungen, die durch militärische Erfolge bei Cremona gekrönt wurden, fanden bei den Venezianern kein Gehör. Gaismaiers Heer verringerte sich allmählich. Ein Teil der Flüchtlinge wollte nicht weiter für die Interessen Venedigs kämpfen und zog in die Grenzberge, wo sie sich den aufständischen Abteilungen anschlossen, die seit dem Jahre 1526 Peter Pässler auf der Südgrenze Tirols führte. Ein anderer Teil des Gaismaier-Heeres kehrte nach Tirol zurück, die Mehrzahl blieb jedoch bei Gaismaier. Der Tod Peter Pässlers im Jahre 1527 zeigte die Ausweglosigkeit des Kampfes kleiner Verbände von Aufständischen. Ausweglos war aber auch die Stellung des Gaismaier-Heeres im venezianischen Sold. Michael Gaismaier verließ aus diesem Grunde und auch infolge einer schweren Krankheit die venezianische Armee und begann festere Verbindungen mit Zwingli anzuknüpfen. Die Venezianer schätzten die treuen Dienste des Bauernhauptmanns und gewährten ihm eine lebenslängliche Pension.

Michael Gaismaier, der seit dem Jahre 1527 in Padua ansässig war, hielt die ganze Zeit über Verbindungen mit dem Tiroler Volke aufrecht. Er fuhr selbst in die Grenzberge und verfügte über ein Netz eigener Informatoren und Sendboten in Tirol. Ein wichtiges Verbindungsmitglied zwischen ihm und den Tiroler Untertanen wurden die Tiroler Wiedertäufer. Dieses Volksketzertum, das sich in Gestalt radikaler Gegner der Kirche und der feudalen Ordnung bereits vor dem Jahre 1525 äußerte, entfaltete seine Tätigkeit in Tirol besonders nach der Niederlage des Bauernkrieges. Die Abkehr von der sündigen Welt, der passive, auf einen konsequenten Biblizismus gestützte Widerstand gegen die Eidesleistungen und die feudalen Ämter waren ein Ausdruck des unverloschenen antifeudalen Widerstandes der Untertanen und konnten ein Instrument der revolutionären Bewegung werden. Daher sahen auch Ferdinand und die herrschende Klasse in den Wiedertäufern gefährliche Rebellen und konzentrierten seit dem Jahre 1527 alle Kräfte auf den Kampf gegen die Wiedertäufer. In den Jahren 1527 bis 1532 bezahlten Hunderte von Untertanen, der Stadt- und Landarmut, die Treue zu den wiedertäuferischen Grundsätzen mit ihrem Leben. Weitere Hunderte von Untertanen flohen in die benachbarten Länder, der Hauptstrom der Tiroler strebte jedoch nach Südmähren, wo in Slavkov, Hustopeč und Umgebung Wiedertäufer-Gemeinden entstanden. Michael Gaismaier war selbst den wiedertäuferischen Gedanken zugeneigt, wenn sich auch nicht beweisen läßt, daß er direkt ein Mitglied der Wiedertäufergemeinde war. Unter den Tiroler Wiedertäufern finden wir jedoch alle Glieder seines verzweigten Geschlechts. Die Tiroler Wiedertäufer

standen in ständigem Verkehr mit den Mitgliedern des Gaismaier-Heeres und setzten Hoffnungen auf sein Eintreffen im Lande.

Es schien, daß sich der revolutionäre Einfall in Tirol mit Hilfe Ulrich Zwinglis und des schweizerisch-deutschen evangelischen Bundes verwirklichen werde. Im Jahre 1529 lebten erneut die älteren Pläne für einen gemeinsamen Kampf der Tiroler und deutschen Bauern gegen die Habsburger auf. Ulrich Zwingli rechnete mit der Hilfe der evangelischen Städte und Fürsten, besonders des hessischen Landgrafen Philipp. Verbündeter des evangelischen Bundes sollte auch der französische König und Venedig werden. Michael Gaismaier, der seinen Einfluß in Venedig ausnutzte, wo er gegen seine Gegner seine Verdienste um die Republik verteidigte, vermittelte den Verkehr Zwinglis mit der Signorie. Im Dezember 1529 führte er den Züricher Sondergesandten Collin vor den Dogen. Die Bemühungen um die Gewinnung Venedigs für die antihabsburgische Koalition scheiterten, weil damals bereits die Liga von Cognac völlig zerfiel und auch die Venezianer sich mit Kaiser Karl V. aussöhnten. Der Angriff des evangelischen Bundes wurde ferner durch die Zwistigkeiten unter den Evangelischen in Deutschland, besonders aber durch das reaktionäre Verhalten Luthers vereitelt.

Die letzten Hoffnungen Gaismaiers brachen zusammen. Im Jahre 1531 fiel bei Kappel Ulrich Zwingli, Gaismaiers Freund und Verbündeter. Auf den unermüdlichen Revolutionär wartete die Hand des Mörders. Bereits seit dem Jahre 1525 warb der Erzherzog — seit 1526 böhmischer und ungarischer König — Ferdinand Mörder für Gaismaier. Den Bauernhauptmann umgaben zahlreiche Spione und Mörder. Doch erst am 14. April 1532 gelang das schändliche Werk, und Michael Gaismaier, der geniale Politiker, Denker, Heerführer und Revolutionär, fiel durch den Verrat und den Meuchelmord italienischer Söldner. In Tirol ging sein Werk jedoch nicht unter. Trotz aller Anstrengungen der Kirche, des Adels und der Habsburger schwand nicht die Erinnerung an den tapferen Kampf dieses Mannes für eine gerechte Gesellschaftsordnung, für das Wohl und Glück des arbeitenden Volkes. In diesem Sinne ist das Studium des Tiroler Bauernkrieges und des Wirkens Gaismaiers ein lebendiger Auftrieb der internationalen Traditionen des Kampfes gegen die Ausbeuter, und für den Sieg der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft.

KARL STEINMÜLLER

Zur Lage der Zwickauer Tuchmacherei zwischen 1470 und 1530

Ich möchte einiges zur These 6 vorbringen. — Es ist unbedingt richtig, daß in der zweiten Hälfte des 15. Jhs. ein bedeutender Aufschwung der gewerblichen Produktion zu verzeichnen ist. Wieweit man ihn in Bausch und Bogen auf „zahlreiche technische Erfindungen“ zurückführen darf, soll hier nicht erörtert werden, aber der ursächliche Zusammenhang mit der Erschließung neuer Bodenschätze ist nicht zu bezweifeln. Es bleibt nur Auffassungsache, wie intensiv man sich das Eindringen des Kapitals in die Sphäre der Produktion vorstellt. Im Zwickauer Textilgewerbe, dessen Geschichte ich übersehe, kann man um 1500 nicht mehr nur von „ersten Ansätzen einer kapitalistischen Produktionsweise“ sprechen. Ich will versuchen, dies in einer kurzen Übersicht zu belegen.

Die Tuchmacherei in Zwickau blickt um 1500 auf eine mehr als zwei Jahrhunderte alte Entwicklung zurück. Das Stadtrechtsbuch von 1348 läßt überzeugend erkennen, daß dieses Gewerbe das Gesicht der städtischen Wirtschaft bestimmt. Es wird schon damals von den Tuchmachern nicht nur für den inneren Markt produziert worden sein. Die Verkehrslage der Stadt zwingt geradezu zur Annahme eines frühen Fernhandels. Erst im 15. Jh. können wir ihn belegen: 1419 ist er in Breslau existent; 1441 erscheint in der Erfurter Geleitstafel „Zwickisch tuch“; 1449 hat der Zwickauer Bürger Nickel Kalbskopf einen Tuchverkaufsstand auf der Nördlinger Messe inne. Einen Rückschluß auf die Leistungsfähigkeit des Zwickauer Gewerbes ermöglicht uns das Leipziger Tuchzollregister von 1436. Danach stammen etwa ein Neuntel der auf dem Leipziger Ostermarkt zum Verkauf gelangenden Tuche aus Zwickau. 1483 kommen bereits ein Siebentel aller angelieferten Tuche aus der Muldestadt. Diese Tatsache erlaubt freilich nur einen allgemeinen Schluß auf das Ansteigen der Produktion in der Zwischenzeit. Das gleiche gilt von einer Nachricht aus den Leipziger Stadtkassenrechnungen von 1521 bis 1522 Bl. 66. Nach dieser erhalten im Ostermarkt vier, im Michaelismarkt gar fünf Arbeiter je einen Groschen Tagelohn, daß sie „das gewandt am Zwickischen Zcoge haben helfen aufziehen“. Am Leipziger Gewandhaus hieß also einer der Aufzüge „der Zwickische Zcogk“!

Diese Tatsachen dürfen freilich nicht dazu führen, anzunehmen, die Zwickauer Produktion wäre im wesentlichen nach Leipzig bzw. nach Naumburg (Peter-Pauls-Markt!) gegangen. Mindestens wertmäßig stand wohl der für den Fernhandel Jahr für Jahr benötigte Bedarf obenan. Zwickauer Tuch ging um 1520 nach Breslau, Krakau, Posen, Lemberg, Danzig, Stettin, aber auch nach Regensburg, Linz, Krems, Wien, Graz. Daß Zwickau bei der Lieferung von Tuch nach Polen mit an

erster Stelle steht, bezeugt das Buch von Roman Rybarski, *Handel i polityka handlowa Polski w XVI stuleciu*, Tom. I, II, Warszawa 1958.

Bei einer so bedeutenden Ausweitung der textilen Produktion darf man doch wohl fragen: ist sie unter Festhalten an der mittelalterlichen Produktionsweise möglich gewesen? Nach Lage der Dinge — nein. Allerdings läßt sich der Umstellungsprozeß nicht einfach am Schreibtisch rekonstruieren und darstellen, wie es mir in dem zweifellos eindrucksvollen Bild der Fall zu sein scheint, das Alfred Meusel¹ von der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Zwickau zur Zeit Müntzers gegeben hat. „In der Nähe der Stadt befanden sich Silberbergwerke, die einen reichen Ertrag abwarfen. Die Bergwerksbesitzer spielten gleichzeitig die führende Rolle in der Zwickauer Wollindustrie. Auf Grund ihres Reichtums an Edelmetallen waren sie in der Lage, Wolle von weit her zu importieren und Tuche nach weithin zu exportieren; außerdem waren sie in verschiedene Stadien des Produktionsprozesses eingedrungen und hatten Verlagsbetriebe und Manufakturen organisiert. Man nannte diese Leute, die Bergwerksbesitzer und gleichzeitig Manufakturisten und Verleger in der Tuchindustrie waren, die „Fundgrübner“. Sie bildeten das Zwickauer Patriziat, und in ihren Händen lag das Stadtreghment.“ Auf den ersten Blick mag diese Darstellung vielleicht bestechen. Wenn man sie aber, in der Forschung über diese Dinge begriffen, aufmerksam liest, hält keine Zeile der Prüfung stand. Sehen wir ruhig von dem Anachronismus Manufaktur (Manufakturist) ab. So vorgeschritten oder fortgeschritten waren die Verhältnisse damals nun doch nicht. Unbekümmert arbeitet Meusel mit dem Begriff „Fundgrübner“ und versperrt sich damit den Weg zu einer Erkenntnis der Wirklichkeit der bergbaulichen Wirtschaft zwischen 1470 und 1520. Selbstverständlich ist die Gleichsetzung von Bergwerksbesitzer und Fundgrübner richtig. Aber es ist mir nicht möglich, nach 1483, dem Todesjahr Martin Römers „des Reichen“, einen einzigen Fundgrübner als Bürger Zwickaus nachzuweisen. Gewiß hat es in der ersten Periode des Schneeberger Bergbaus, die mit der 1479 einsetzenden Krise zu Ende ging, einige wenige Fundgrübner auch in Zwickau gegeben, doch die Grubenlisten von 1485 ff. geben fast ausschließlich verkuxte Unternehmungen, Einzelpersonen als Bergwerksbesitzer erscheinen nicht mehr. Die Bürger Zwickaus besaßen *Bergteile* (Kuxe), und es kann keine Rede davon sein, daß ihr Besitz auf eine Gesellschaftsschicht hätte beschränkt werden können. Das Moment der Spekulation, das in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit arm zu reich, und reich zu arm machen konnte, ist der Urheber einer bis zum Jahre 1460 noch unbekannten starken Differenzierung der bürgerlichen Vermögen. Die ursprünglichen Akkumulationen ermöglichen nun auch die Entstehung des Verlags in der Tuchmacherei. Die Voraussetzung dieser Entwicklung ist allerdings die oben geschilderte Zunahme der Produktion. Die Wollproduzenten, das heißt in der Hauptsache die Rittergüter in der näheren Umgebung Zwickaus, waren von einem bestimmten Zeitpunkt ab nicht mehr in der Lage, den Rohstoffbedarf zu stillen. Neue Lieferanten waren in größerer Entfernung von Zwickau aufzusuchen, die Wollpreise stiegen. Zunächst half man sich

¹ A. MEUSEL, *Thomas Müntzer und seine Zeit*, Berlin 1952, S. 136.

noch mit einer vielleicht schon um 1400 bekannten Kredittechnik, dem „Samtkauf“, also dem kollektiven Einkauf. Es wurde in der Regel von drei bis vier oder auch mehr Meistern ein großer Posten, meist die gesamte Ernte (Sommer- bzw. Winterwolle) eines Feudalherrn auf einmal übernommen. Der Zahlungskräftigste der Käufer erlegte seinen Anteil als Anzahlung, während für die anderen Termine gestellt wurden, gewöhnlich auf die Leipziger oder Naumburger Märkte. Geriet ein Teilkäufer mit der Zahlung in Verzug, dann wurden ins Stadtbuch Einträge verzeichnet wie der folgende: „Thomas Neumann, Hans Ackermann, Asman Lasan, Peter Storch, Georg Storch, Endres Jungwirt bekennen und bewilligen etzlich Schuld, so viel sich in der Verschreibung finden wird, auf kommenden Ostermarkt Hans Scheidling, dem Anwalt des Er Heinrich vom Ende bei der Hülfe mit barem Gelde zu bezahlen. 13. 3. 1495“. Dem gemeinsamen Einkauf entspricht also die Solidarhaft. Der wirtschaftlich Schwache erhält – noch – die uneigennützige Hilfe von Genossen.

Es wird auffallen, daß in dem genannten Eintrag unter den Schuldnern zwei Störche sich befinden, von denen einer wohl der Vater unseres Niclas Storch sein dürfte. Von ihnen soll uns Peter noch etwas beschäftigen.

Am 11. 2. 1495 bewilligt er, dem Leipziger Bürger Martin Leubel 4 fl 15 gr im künftigen Ostermarkt bei der Hülfe zu bezahlen. Das ist ihm nicht möglich, denn am 20. 6. 1495 sichert er vor Gericht zu, die genannte Summe Michaelis schirsten zu erlegen“ bei seinem gehorsam aigner kost, doraus nicht zu kommen, Leubel sey dan solcher Summa bezalt und vergnügt“. Am 11. 2. 1495 gesteht er dem Zwickauer Händler Kunz Knobloch eine Schuld über 2 fl 12 gr, die er auf Mitfasten bei der Hülfe bezahlen will. 7 alte Schock Groschen verpflichtet er sich am 14. 2. 1495 an Peter Bernwalder zu zahlen. Weitere Zahlungsangelöbnisse des Peter Storch: 14. 10. 1495 10 fl an Hermann Grau in Leipzig, 27. 1. 1496 6½ fl an Hans von der Milsen (= Hans Creuziger in Leipzig), 23. 7. 1496 14 fl an Urban Mese zu Weida. Am 1. 2. 1497 wird er schließlich gerichtlich veranlaßt 70 fl Restkaufgeld, die er noch auf seinem an den Stiefsohn abgetretenen Hause in der Badergasse stehen hatte, seinem Schwager Asman Lasan zu cedieren. Vielleicht handelt es sich bei dieser Summe um den Storch'schen Anteil an dem angeführten Samtkauf, und er mag der Anlaß des Eintrages vom 13. 3. 1495 gewesen sein. Asman Lasan, der Schwager, hätte dann die Zahlung übernommen und die Einweisung auf das Restkaufgeld beantragt. Der Hergang erscheint glaubwürdig, weil wir im Stadtbuch keinerlei Verpflichtung Storch – Lasan finden. Außerdem ist Lasan selbst Genosse beim Samtkauf. Wenn es in der Steuerliste von 1496 von Peter Storch heißt „plus tenetur quam habet“, so hat das sicher den Tatsachen entsprochen.

Man wird fragen, was haben alle diese auf Peter Storch bezüglichen Einträge² mit „Verlag“ zu tun, zumal der Samtkauf von 1495 von mir selbst als Kreditgeschäft alten Stils deklariert wird. Dazu ist zu sagen, daß unter den rd. 9000 auf den Zwickauer Tuchmacherkredit (1475/1530) bezüglichen Einträgen in den Zwickauer Stadtbüchern ein Zehntel Käufe zwischen Tuchmachern und Wollprodu-

² Stadtarchiv Zwickau, Stadtbuch 1492/94 Bl. 283, 263 b. 164 b, 269, 340; Stadtbuch 1495/98, Bl. 21, 43, 67.

zenten sich befinden, bei denen also der Zwischenhändler nicht eingeschaltet ist. Bei der Hauptmasse der Einträge handelt es sich um Material, wie es in den im Zusammenhang mit der Verschuldung Storchs gegebenen Auszügen zur Kenntnis gekommen ist. Nirgends erscheint der Ausdruck Verleger, Verlegter, Verlag. Die Fälle, in denen mit aller Deutlichkeit gesagt wird: der Tuchmacher N. N. schuldet dem Händler N. N. 12 fl für Wolle und verpflichtet sich, die als Zahlung ausgemachten zwei Tuche bis zu Beginn der Messe zu liefern, sind, im Verhältnis zum Gesamtmaterial, selten zu nennen. Den Sachverhalt des Verlags zu erkennen, dazu bedarf es einer Bearbeitung des gesamten Materials. Man kann zum Beispiel schon aus der Höhe der Summen ablesen, daß es sich um Tuchverlag handeln muß. Die kleinen Schuldbeträge bei Peter Storch ($2\frac{1}{2}$ fl, $6\frac{1}{2}$ fl, $6\frac{1}{2}$ fl, 10 fl, 14 fl) entsprechen Preisen von Tuchen hoher Qualität – bei 10 fl und 14 fl ist an die Lieferung von 2 Tuchen zu denken, bei $2\frac{1}{2}$ fl möglicherweise an einen Zweiunddreißiger, ein sog. Landtuch.

Die Verlagsbeziehungen sind in Wirklichkeit viel häufiger gewesen, als es die verhältnismäßig große Fülle der Einträge dartut. Einen schriftlichen Niederschlag in diesen Gerichtsprotokollen erfahren nämlich nur die Kreditakte, die nicht normal verliefen, die durch Nichterfüllung eines Termins gestört wurden oder bei denen von vornherein mit der Möglichkeit von auftretenden Schwierigkeiten gerechnet werden mußte.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß, um die gesamte für die Produktion eines Jahres notwendige Wolle auf einmal einkaufen, das heißt bar bezahlen zu können, Kapital gebraucht wurde, das gewöhnlich den Wert des vom Käufer besessenen Hauses weit überstieg. Daher erscheint bei Verpfändungen oft ein zusätzlicher Bürge. Die Schwierigkeiten der Kreditgewährung wuchsen mit der Zunahme der Kreditbedürftigen, das heißt mit der wachsenden Produktion bzw. mit der zunehmenden Verknappung des Rohstoffs Wolle und wurden dann akut, wenn das Grundstück des Kreditnehmers schon hypothekarisch belastet, wenn zum Beispiel das Kaufgeld noch nicht völlig bezahlt war. Aus solchen kreditlosen oder kredit-schwachen Elementen im Handwerk rekrutierte sich die vom Tuchverlag erfaßte Gruppe. Die mit Einträgen in den Stadtbüchern faßbaren Verlagsbeziehungen sind lediglich die Spuren der nicht normal verlaufenden Kreditvereinbarungen, der wirkliche Umfang des gesamten Tuchverlags ist nicht erkennbar.

Zu Verlegern schwangen sich Meister auf, die auf Grund spekulativer Gewinne im Bergbau in der Lage waren, mehr Rohstoff einzukaufen, das heißt bar zu bezahlen, als für die eigene jährliche Produktion notwendig war. Aber auch auswärtige Händler, zum Beispiel die bekannten Leipziger Kaufleute Martin Leubel und Merten Richten zogen einen Teil des Verlagsgeschäftes an sich. Sehr schnell setzten die wichtigsten Verleger es durch, daß der Verlegte ihre Forderungen nicht in Bargeld, sondern mit Ware bezahlte. Nur so wird das starke Anwachsen des Fernhandels, den die in Zwickau selbst ansässigen Verleger – Händler, später auch die Faktoren auswärtiger Gesellschaften trieben, verständlich. Der Verlag entwickelte sich zu einem neuen Element rascher Akkumulation von Kapital, das weniger Risiko enthielt als die Spekulation mit Bergteilen. Ein Zwickauer Tuch-

macher, Hans Bernwalder, hinterläßt kurz nach 1476 zwei Söhne: Andreas und Peter. Beide werden sich zum Zeitpunkt des Todes des Vaters wirtschaftlich kaum unterschieden haben. In der Steuerliste von 1496 stellen wir Andreas fest mit einem Vermögen von 115 fl, das sich aus Grundbesitz (Haus) und etwas fahrender Habe zusammensetzen mag. Peter Bernwalder, mit einer Ratsherrntochter verheiratet und damit seit 1489 im Rate, ist 1496 mit einem Vermögen von 4800 fl ausgewiesen! Peter ist einer der tätigsten Verleger – Händler, und gerade bei ihm läßt sich feststellen, daß das Anfangskapital nicht aus dem Bergbau stammt. Es ist abwegig, sich vorzustellen, Kuxgewinne wären in der Regel im Woll- oder Tuchgeschäft angelegt worden. Hermann Mühlport, der Vater des zu Müntzers Zeit amtierenden Stadtrichters und späteren Bürgermeisters Hermann M., hat 1471 beim Leipziger Rat 1000 fl auf Zins stehen; er tritt in den Stadtbüchern nur höchst selten als Verleger auf.

Meine Darlegungen richteten sich gegen die Unterbewertung, die der Umstellungsprozeß der mittelalterlichen Wirtschaftsweise erfährt. Es ist freilich im Rahmen eines Diskussionsbeitrages sehr schwierig, die starke Dynamik, die der Entwicklung innewohnt, sichtbar werden zu lassen. Bei der grundlegenden Bedeutung, die der Herausarbeitung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Rahmen der Geschichte der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland zukommt, schien mir dieses Streiflicht über die Lage der Tuchmacherei in Zwickau geboten. Um so mehr als in der von R. Kötzschke veranlaßten Dissertation von Max Müller, *Das Tuchmacherhandwerk und der Tuchhandel in Zwickau in Sachsen, ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Sachsens*, Leipzig 1929, der Sachverhalt des Tuchverlags überhaupt nicht gesehen wird, das Wort „Verlag“ in der über 119 Seiten laufenden Darstellung nicht einmal vorkommt! Wenden mußte ich mich freilich auch gegen eine Simplifizierung des Sachverhaltes, die sich ebenfalls aus dem ungenügenden Stand der Forschung erklärt.

WALTER ZÖLLNER

Philipp Melanchthon und der Bauernkrieg

Wenn auf dieser Konferenz die Fragen der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden, dann erscheint es wohl ganz angebracht, einiges über die Stellungnahme derjenigen Männer zu sagen, die damals im Brennpunkt des Geschehens gestanden haben, einige Ausführungen darüber zu machen, wie sie die Dinge betrachteten, denen in diesen Tagen unsere Aufmerksamkeit gilt. Die reformationsgeschichtliche Forschung hat sich mit diesem Problem seit langem beschäftigt; allerdings muß man hinzusetzen, daß diese Beschäftigung unvollkommen gewesen ist. Das lag an der allgemeinen Blickrichtung der Forschung, einer Richtung, die durch das Schlagwort „Lutherrenaissance“ gekennzeichnet wird und die sich in einer starken Überschätzung der Person Luthers äußert. Die Männer, die an der Seite Luthers wirkten, wurden vernachlässigt und, wenn man sie berücksichtigte, meist nur in ihrer Abhängigkeit von Luther gesehen. Neben Luther hat die Forschung das Werk seines großen Gegenspielers, des Führers und Ideologen des volksreformatorischen Lagers, Thomas Müntzers, gefesselt. Namentlich konnte die marxistische Geschichtswissenschaft, ausgehend von den Hinweisen von Marx und Engels, Bahnbrechendes auf diesem Gebiete leisten, wenngleich auch noch viel zu tun übrig bleibt, da wir ja noch nicht einmal eine vollständige Publikation des Müntzerschen Schrifttums besitzen. Über das Verhalten der Führer der beiden reformatorischen Lager ist also bereits vieles gesagt worden; ich brauche an dieser Stelle nicht weiter darauf einzugehen. Stattdessen möchte ich mich kurz mit der Stellungnahme eines Mannes beschäftigen, den man bisher zugunsten Luthers meist in die „zweite Reihe“ der gemäßigten Reformation geschoben hat, dessen 400. Todestag wir in diesem Jahr feiern, mit Philipp Melanchthon, dem Praeceptor Germaniae. Welchen Standpunkt hat der berühmte Gelehrte zu den Ereignissen der Jahre 1524/25, zum Großen deutschen Bauernkrieg, eingenommen?

Melanchthon wurde in die Auseinandersetzungen relativ spät hineingezogen. Mitte Mai 1525 forderte sein früherer Landesherr Ludwig von der Pfalz ihn und den württembergischen Reformator Brenz zur Teilnahme an Beratungen mit den Bauern oder wenigstens – wenn das unmöglich sein sollte – zu einem Gutachten über die 12 Artikel der Bauernschaft auf. Aus diesem Gutachten – Melanchthon konnte nicht selbst nach Heidelberg kommen – ist seine Schrift „... widder die artickel der Bawrschafft“ entstanden, die seinen Standpunkt hinsichtlich des Aufstandes in aller Öffentlichkeit darlegte. Dieser Standpunkt war der gleiche, den er schon geraume Zeit in verschiedenen Briefen an seine Freunde, namentlich an

Camerarius, geäußert hatte. Er lehnte den Aufstand kompromißlos ab und postulierte die so gut wie uneingeschränkte Gehorsamspflicht gegenüber der Obrigkeit. Gott habe die Obrigkeit als sein Werkzeug und seine Dienerin eingesetzt; daher sei es ein Frevel, dieser widerstehen zu wollen. Allein die Gewaltanwendung seitens der Bauern setze sie bereits in Unrecht und mache ihre Wünsche und Forderungen gottlos. Im übrigen zeigte Melanchthon für die bäuerlichen Beschwerden nicht viel Interesse. Ohne nennenswerte Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse wies er das meiste zurück, wobei wesentliche Punkte übergangen oder mißverstanden wurden. Mit äußerster Schärfe betonte er immer wieder das Recht der auf Gott zurückgehenden Obrigkeit und bewies das Unrecht der sich empörenden Untertanen. Bei einigen nebensächlichen Dingen sollten die Fürsten um des Friedens willen nachgeben; wenn das aber nichts helfen würde, dann müßten sie rücksichtslos das Schwert gebrauchen, in dem Bewußtsein, „das sie Gott daran dienen, dann Gott hatt sie yngesetzt mort zu weren.“ Wie soll man nun diese Haltung interpretieren?

Im grundsätzlichen ist sie die offizielle Wittenberger Meinung, wie sie durch Luthers verschiedene Bauernkriegsschriften geprägt wurde und sich auch in anderen Stellungnahmen widerspiegelt. Melanchthon zeigte sich als eindeutiger Vertreter der herrschenden Feudalordnung, als Ideologe des um seine Festigung ringenden Territorialfürstentums. Darüber braucht weiter nichts gesagt zu werden. Aber das ist nur die eine Seite. Die andere ist der Hintergrund, auf dem diese Haltung entstanden ist, auf dem sie sich allmählich geformt hat. Dieser Hintergrund, der besondere Ansatz im Denken, trennt Melanchthon von Luther und den meisten seiner Mitarbeiter und macht ihn zu einer durchaus eigenständigen Größe. Luther war Theologe, blieb Theologe und klärte alles von der Theologie her; Melanchthon dagegen konnte weiter ausholen: Er war Theologe und Humanist. Als Neffe Reuchlins, als einer der glänzendsten Vertreter des zeitgenössischen Humanismus war er unter dem Banne Luthers erst allmählich zur Theologie gestoßen. Aber trotz dieser Hinwendung zur Theologie blieb er zeit seines Lebens Humanist und wußte das humanistische Gut immer da einzuschalten, wo die reformatorische Theologie versagte und in eine Sackgasse zu geraten drohte. Als Humanist gab er dem Luthertum ein System und sicherte damit seinen Bestand, etwas, was der Mönch Luther nicht vermocht hätte. Diese Verbindung von Humanismus und Theologie spiegelt sich auch klar in Melanchthons Bauernkriegsschrift wider und hebt sie damit von Luthers Stellungnahme ab; die Zugrundelegung dieses Paares eröffnet uns erst das richtige Verständnis. Das läßt sich am besten an der Behandlung der Kardinalfrage der Schrift, dem Verhältnis von Obrigkeit und Untertan, ablesen. In den ersten Jahren seiner Wittenberger Tätigkeit hatte sich Melanchthon um Staat und Gesetz nur wenig gekümmert; mit Eifer und Hingabe widmete er sich dem reformatorischen Werk Luthers. Die zunehmende Differenzierung der reformatorischen Bewegung setzte ihn aber bald in arge Bedrängnis. Vor allem wurde ihm klar, daß alle Versuche, die Schrift für die praktische Gestaltung des äußeren Lebens auf der Erde auszunutzen, gefährliche Konsequenzen hatten, die er und Luther bei allem Affront gegen die alte Kirche nicht wollten. Hier hieß es

also rechtzeitig Schranken zu errichten und das theologische System, das bis dahin nach der staatlichen Seite hin sehr labil gewesen war, zu vervollständigen. Diese Vervollständigung führte Melanchthon unter Rückgriff auf den Humanismus durch. Er betonte in zunehmendem Maße die Trennung der weltlichen und geistlichen Dinge, lehnte die profane Ausnutzung der Schrift ab und erklärte die Ordnung der Welt zu einem nur lose mit Gott und seinen Geboten verbundenen eigenständigen Bereich. Gott habe den Staat in seiner abstrakten Form geschaffen; die Frage nach der konkreten Gestaltung sei relativ unbedeutend. Melanchthon stellte den Menschen in die unbedingte Bindung an den gottgewollten Staat und die von diesem erlassenen Gesetze. Die Mittel zur Entwicklung dieser neuen Auffassung gaben ihm die antiken Denker an die Hand; ihr Gedankengut verband sich mit dem lutherischen zur Festigung der bestehenden Ordnung. Melanchthon pries in beredter Sprache römisches Recht, staatliche Institutionen und Bürgertugenden; als höchste Aufgabe des Staates erschien ihm die Bewahrung des Friedens. Innerhalb eines solchen Systems hatte freilich der Aufstand der Bauern keinen Platz. Aber der Humanismus – in Verbindung mit der Theologie – führte Melanchthon nicht nur zur Ablehnung der revolutionären Bewegung und zur ideologischen Zementierung der gegenwärtigen Verhältnisse, er führte darüber hinaus und dokumentierte damit die Widersprüchlichkeit im Denken und Schaffen dieses Mannes. Das Grundanliegen des Humanismus war ein lebendiges Interesse am Menschen und seinen Belangen. Melanchthon hat immer etwas von diesem Ideal bewahrt, dem Luther ohne Verständnis gegenüberstand. Er sah die Notwendigkeit einer Veränderung der Welt. Belehrung, Erziehung, Wissen – das waren seine Methoden dafür. Durch sie dachte er das Zusammenleben der Menschen und ihre Sitten zu verbessern und zu festigen; die Gewalt konnte diesen Prozeß nur stören, zumal ihm die Deutschen der Zeit sowieso als Barbaren erschienen. Die besten Mittel für diese Veränderungen sah er in den Schriften der Alten; daher machte er ihr Studium zu einem Grundpfeiler seines Erziehungssystems. Er forderte die richtige Erziehung der Jugend und den Ausbau des Bildungswesens. Mit derartigen Ermahnungen an die Fürsten schloß er auch seine Bauernkriegsschrift.

In alledem steckt natürlich viel Utopie, so sehr sich Melanchthon auch für eine Realisierung seines Erziehungssystems eingesetzt hat. Aber wichtiger als das und wichtiger als die Verteidigung des lutherischen Obrigkeitsstaates, die aus der gleichen Wurzel entspringt, und deren Bedeutung und verhängnisvolle Wirkung, um das abschließend noch einmal zu betonen, nicht unterschätzt werden darf, scheint mir das in allem verborgene Positivum zu sein, der Wille nämlich, den Menschen weiterzubringen. Wenn man das und die ganze Widersprüchlichkeit des Denkens und Wirkens dieses Mannes in Betracht zieht, wird man Melanchthons Verhalten im Bauernkrieg und andere Fragen besser würdigen können.¹

¹ Die Belege zu diesen Ausführungen enthält mein Beitrag in der vom Melanchthon-Komitee der DDR herausgegebenen Festschrift zum 400. Todestage des großen Humanisten und Reformators.

GERHARD BRENDLER

*Eine Exkursion zu den Wirkungsstätten Thomas Müntzers
in Thüringen*

Ein recht umfangreiches und infolge der Jahreszeit auch etwas strapaziöses Programm erwartete die Teilnehmer der Wernigeroder Konferenz am 24. Januar 1960: Stolberg, Allstedt, Heldrungen, Frankenhausen und Mühlhausen standen als Etappenziele einer vom Historischen Institut in Jena vorbereiteten Exkursion zu den Müntzerstätten Thüringens bevor. Mit dem Besuch dieser wichtigen Brennpunkte des revolutionären Geschehens im thüringisch-sächsischen Zentrum des großen deutschen Bauernkrieges 1524/25 fand die Konferenz ihren Abschluß. Die Reihenfolge der einzelnen Stationen entsprach allerdings nicht dem zeitlichen Nacheinander dieser Orte in der Lebensgeschichte Thomas Müntzers, sondern wurde natürlich von verkehrstechnischen Zweckmäßigkeiten bestimmt. Dennoch begann die Exkursion mit dem Geburtsort und endete mit dem Ort der Hinrichtung.

Die genannten Orte, ausgenommen der Geburtsort Stolberg, bezeichnen die Stätten, in denen sich Müntzers Tätigkeit in den Jahren 1523 bis 1525 entfaltete. Nicht inbegriffen sind freilich die zahlreichen Orte der Wanderschaft durch Süddeutschland im Spätherbst 1524 und um die Jahreswende zu 1525.

Bei einer Tagesexkursion durch einen Großteil Thüringens mußte man sich verständlicherweise darauf beschränken, in den berührten Orten nur die unmittelbar mit Müntzer zusammenhängenden Stätten zu besichtigen; auf andere, gewiß nicht weniger interessante Sehenswürdigkeiten mußte in den meisten Fällen verzichtet werden. So kann sich auch der vorliegende Bericht nicht etwa die Aufgabe stellen, in auch nur annähernder Ausführlichkeit die Merk- und Sehenswürdigkeiten der besuchten Städte zu beschreiben und zu würdigen, sondern muß sich damit begnügen, dem an Müntzers Lebensgeschichte Interessierten einige Hinweise auf die in diesem Gebiet vorhandenen Erinnerungsstätten an den großen Bauernführer zu geben.

Stolberg, die erste Station der Exkursion, liegt am Südrande des Harz. Hier wurde Thomas Müntzer um 1490 geboren. Sein Geburtshaus ist allerdings nicht mehr erhalten, es wurde im 19. Jahrhundert abgerissen. Eine Gedenktafel bezeichnet etwas irreführend das an der Stelle des abgerissenen Hauses errichtete Gebäude als Geburtshaus Thomas Müntzers. Viele farbenprächtige Fachwerkbauten aus dem 15., 16., und 17. Jh. sind heute noch erhalten und erleichtern es dem Besucher, das äußere Bild Stolbergs zu Müntzers Zeiten gedanklich zu rekonstruieren. Die Stadt Stolberg ist nach der Burg benannt, an deren Fuße sie sich am Anfang des 13. Jhs. zu entwickeln begann. Um 1300 bereits wurden dem Ort die

Stadtrechte verliehen. Im Unterschied zu anderen mittelalterlichen Städten fehlen in Stolberg die üblichen Befestigungsanlagen, lediglich die Ausgänge der Straßen waren durch Tore geschützt, wie auch der Marktplatz durch Tore abgeschlossen war. Von diesen Toren ist nur das sogenannte „Rittertor“ erhalten geblieben. Sehr eindrucksvoll ist auch das 1455 erbaute und 1482 erweiterte Rathaus am Markt. Das Heimatmuseum Stolberg zeigt Dokumente und Exponate zum Leben Thomas Müntzers und hebt dabei besonders die ihn mit Stolberg verbindenden Momente hervor. Bekanntester als durch die Müntzerausstellung, die den kleineren Teil einnimmt, ist das Heimatmuseum durch die „Münze“, die einen Überblick über die Entwicklung der Münzherstellung vom Hochmittelalter bis in die Neuzeit gewährt.

Von Stolberg aus nahm die Exkursion über Sangerhausen ihren Weg durch die Goldene Aue nach Allstedt, der nebst Mühlhausen bedeutendsten Wirkungsstätte Thomas Müntzers, der hier von Ostern 1523 bis August 1524 eine rege revolutionäre Tätigkeit entfaltete.

Allstedt wird 935 erstmalig in einer Urkunde Heinrichs I. genannt und war seit Ende des 10. Jhs. als königliche Pfalz Aufenthaltsort deutscher Könige. Nach 1300 befand sich Allstedt in wechselndem Besitz mehrerer Ministerialen, 1316 gelangte es an die Grafen von Mansfeld, die 1324 damit vom Reich belehnt wurden. Seit 1423 waren die Wettiner Oberlehnsherren. Im Laufe des 16. Jhs. hat die Amtsherrschaft mehrmals gewechselt (Grafen von Stolberg und Mansfeld), bis sie 1575 endgültig an die Ernestiner zurückkam. Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen erhob Allstedt um 1500 zur Stadt. Allstedt war im 16. Jh. eine typische Ackerbürgerstadt mit städtischem Kleingewerbe. Müntzer wurde hier Ostern 1523 als Pfarrer an der Johanniskirche angestellt. In den ersten Monaten des Aufenthaltes in Allstedt soll er bis zu seiner Verheiratung im St. Wigberti-Turm gewohnt haben. In dem um 1200 erbauten St. Wigberti-Turm befindet sich jetzt eine Müntzergedenkstätte, die im Jahre 1953 unter maßgeblicher Beteiligung des jetzigen Direktors des Museums Schloß Elisabethenburg in Meiningen, Herrn Müller, ausgestaltet wurde. In sechs Holzschnitten von A. Gulitz werden die Hauptmomente von Müntzers Tätigkeit in Allstedt künstlerisch wirksam illustriert: der Druck revolutionärer Flugschriften, das Bündnis, der Sturm auf die Mallerbacher Kapelle, die Volkspredigt, die Fürstenpredigt und Müntzers Weggang aus Allstedt.

Müntzers Aufenthalt in Allstedt kennzeichnet eine wichtige Etappe in der Entwicklung der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland. In dieser Zeit lösen sich die entschieden revolutionären Kräfte von der Reformation Luthers und formieren sich unter der Führung Müntzers zum Lager der Volksreformation. Der Bruch mit Luther wird endgültig und vollkommen. Müntzer beginnt seine Anhänger im „Ewigen Bund Gottes“ zusammenzufassen, entwirft eine deutsche Liturgie und schafft die Kindertaufe ab. Hier verfaßte er seine wichtigsten Schriften: die „Fürstenpredigt“ und die „Ausgedrückte Entblößung des falschen Glaubens“. Müntzers Kampf gegen den Marienkult und die Heiligenverehrung führte am 24. März 1524 zur Zerstörung der Mallerbacher Kapelle, deren Marienbild angeblich Heilkraft gegen allerlei Gebrechen besaß. Mallerbach wurde später zu einer

Wüstung. Das Heimatmuseum Allstedt zeigt heute als letzte Überbleibsel der Mallerbacher Kapelle einige Bruchstücke von Dachziegeln, die vor einigen Jahren an der Stelle, wo einst die Kapelle stand, beim Ackern zutage gefördert wurden. An die Auseinandersetzungen mit der Obrigkeit, die der Sturm auf die Mallerbacher Kapelle im Gefolge hatte, erinnert im Heimatmuseum Allstedt die Abschrift eines Briefes des Rates von Allstedt an Kurfürst Friedrich, in dem der Rat die Schuld für die Zerstörung der Mallerbacher Kapelle auf die Fahrlässigkeit der Äbtissin des Klosters Naundorf abzuwälzen sucht.

Am 13. Juli 1524 hielt Thomas Müntzer auf dem Schloß zu Allstedt vor Herzog Johann und dessen Sohn Johann Friedrich die berühmte Fürstenpredigt. Die Inneneinrichtung der Schloßkapelle, in der Müntzer vor den Fürsten predigte, wurde in den Wirrnissen des Jahres 1945 zerstört und harret der Restaurierung.

In Allstedt saß der Schösser (Amtmann) Johannes Zeys, dessen Berichte eine wichtige Quelle für den Allstedter Aufenthalt Müntzers bilden. Zeys stand wahrscheinlich selbst unter dem Einfluß Müntzers und rückte erst dann von ihm ab, als die Obrigkeiten entschieden gegen Müntzer auftraten.

Sind Allstedt, Frankenhausen und Mühlhausen im allgemeinen recht bekannte Orte, so ist die Stadt Heldrungen den meisten Historikern unbekannt – völlig zu unrecht, wie unser Besuch erwies, denn die Wasserburg Heldrungen, die wir besichtigten, gehört mit ihren gut erhaltenen Befestigungsanlagen zu den interessantesten Sehenswürdigkeiten in Thüringen, ganz abgesehen zunächst von ihrer Bedeutung im Bauernkrieg 1525.

Heldrungen gehörte von 1484 bis 1570 den Grafen von Mansfeld. Ernst von Mansfeld ließ die Burg kurz vor dem Bauernkrieg 1512 bis 1519 zu einer starken Festung mit Wall und breitem doppeltem Graben ausbauen. Diese neue und mit mehrerem Geschütz bestückte Festung wurde 1525 zum Stützpunkt eines der erbittertsten Bauernfeinde, Ernsts von Mansfeld, ja zum Hauptquartier der Reaktion überhaupt. Hinter den starken Mauern von Schloß Heldrungen suchten und fanden die zu Tode erschrockenen Feudalherren der ganzen Umgebung Zuflucht vor den aufständischen Bauern. Müntzer hatte die Bedeutung dieser Festung klar erkannt und Ende April 1525 die bei Homburg und Volkenrode kämpfenden Bauern zum Marsch auf Heldrungen bewegen wollen, was ihm jedoch mißlang. Ein erfolgreicher Sturm auf die Feste Heldrungen hätte nicht nur dieses feudale Hauptquartier ausgeräuchert, sondern auch die Verbindung zu den Mansfelder Bergknappen freigegeben. Hierher brachte Ernst von Mansfeld den gefangenen Müntzer nach der Niederlage bei Frankenhausen und ließ ihn foltern. Vom 17. bis 23. Mai wurde Müntzer auf Schloß Heldrungen gefangen gehalten. Danach brachte man ihn nach Görmar bei Mühlhausen, wo er am 27. Mai 1525 in einem Hohlweg – der genaue Ort konnte bis heute noch nicht festgestellt werden – hingerichtet wurde.

In den Räumen des Schlosses befindet sich jetzt das Heimatmuseum, um das sich Herr Dr. Ziller besondere Verdienste erworben hat. Auf beschränktem Raum wurde hier von Heimatfreunden eine Aufmerksamkeit verdienende Sammlung von Überresten aus den verschiedensten Epochen zusammengetragen. Ein neolithisches Grab aus der Nähe Heldrungen im Fundzustand, Tongeschirr und verschiedene

Werkzeuge aus vorgeschichtlicher Zeit bilden eine Abteilung. Ein weiterer Raum ist mit einer Regenbogen- und Bundschuhfahne, Dokumenten, Stichen und Bildern zu einer kleinen Müntzer-Gedenkstätte ausgestaltet. Ein Modell der Wasserburg Heldringen bildet den Mittelpunkt eines dritten Raumes mit einer Ausstellung zur Geschichte der Stadt Heldringen.

Ein Spaziergang auf dem Wall vermittelt nicht nur einen Eindruck von Umfang und Stärke der Befestigungsanlagen, er zeigt auch die technisch interessante Anlage der Wasserregulierung in den jetzt trocken liegenden Burggräben.

Von Heldringen führte uns der Weg vorbei an den Ruinen der Sachsenburgen nach Frankenhausen. Auf dem Hausberg bei Frankenhausen, seit jener Zeit Schlachtberg genannt, wurden am 15. Mai 1525 die Bauern vernichtend geschlagen. Die früher herrschenden Klassen hatten kein Interesse daran, die Erinnerung an ihren blutigen Sieg über den gemeinen Mann aufrechtzuerhalten, und kein Denkstein kennzeichnet das Schlachtfeld. Nur ein Wegweiser in der Stadt, der ein falsches Datum der Schlacht trägt, weist auf die Stätte hin, an der die Tragödie sich abspielte. Seit einigen Jahren bemüht sich die Nationale Front, den Hausmannsturm zu einer Gedenkstätte auszubauen. Der derzeitige Zustand des Hausmannsturms entspricht aber noch keineswegs den Anforderungen, die mit Recht an eine solche Erinnerungsstätte gestellt werden müssen. Ein Gedenkschild bezeichnet das Haus am Angertor, in dem Thomas Müntzer nach der Schlacht gefangengenommen wurde. Im Heimatmuseum Frankenhausen wurde unter der Leitung von Frl. Pflaumenbaum eine kleine Vorhalle dem Andenken der revolutionären Bauern und ihres großen Führers gewidmet. Hauptanziehungspunkt des Heimatmuseums sind aber nicht die geschichtlichen Räume, sondern ist die naturkundliche Abteilung, die sowohl inhaltlich als auch in der Ausgestaltung zu den schönsten Naturkundemuseen Thüringens gehört.

Höhepunkt und zugleich Abschluß der Exkursion war der Besuch der Stadt Mühlhausen¹, die Ende 1524, Anfang 1525 zum Zentrum der revolutionären Bewegung in Thüringen wurde und deren Geschichte seit jener Zeit für immer mit dem Namen Thomas Müntzers verbunden ist. Von den erstrangigen historischen Sehenswürdigkeiten dieser Stadt konnten infolge Zeitmangels nur die wichtigsten besichtigt werden: die Stadtmauer, die Obermarktskirche Beatae Mariae Virginis, die Untermarktskirche Divi Blasii, Rathaus mit Stadtarchiv und das Heimatmuseum.

Die gut erhaltene Stadtmauer zeugt heute noch von der mittelalterlichen Wehrhaftigkeit der einstigen Freien Reichsstadt. Zwei reichlich mit Toren und Türmen versehene Mauerringe schützten die Stadt zur Bauernkriegszeit: eine aus dem 13. Jh. stammende Befestigungsanlage umschloß die Innenstadt und grenzte sie

¹ Zu Mühlhausen vgl. „Mühlhausen in Thüringen. Die Stadt Thomas Müntzers. Ein Bildband aus Vergangenheit und Gegenwart einer alten Stadt.“ Hrsg. vom Rat der Stadt Mühlhausen in Thüringen. Mühlhausen 1958.

Für die anderen besuchten Orte fehlen leider noch ähnliche Bildbände. Das Historische Institut in Jena bereitet die Herausgabe eines Bildbandes über die Müntzerstätten in Thüringen vor.

gleichzeitig gegen die Vorstädte ab, während ein zweiter, äußerer Mauerring auch den Vorstädten Schutz gewährte. Nur das im 15. Jh. erbaute äußere Frauentor ist von der Vorstadtbefestigung übrig geblieben, während die innere Mauer fast vollständig erhalten ist und mit sieben Türmen und dem 1654 erbauten Frauentor die Zeit überdauerte. Einen besonderen Genuß bereitet es, die zur Besichtigung freigegebenen 240 Meter des Wehrgangs vom Frauentor bis zum Sackgassenturm zu begehen und auf knarrenden Bohlen zu den Zinnen des Rabenturms hinaufzuklettern. Gern hätte man sich noch länger bei der Stadtbefestigung aufgehalten, aber die Zeit drängte, der Tag ging schon zur Neige und Mühlhausen hatte noch manches andere zu bieten, in erster Linie die beiden Hauptkirchen der Altstadt und der Neustadt.

So ging es zunächst zur Obermarktskirche Beatae Mariae Virginis, der Hauptkirche der Neustadt Mühlhausen, an der Thomas Müntzer als Prediger wirkte. Diese 1220 erstmals urkundlich erwähnte fünfschiffige Hallenkirche ist eine der schönsten Deutschlands. Zwischen 1190 und 1200 wurde der Nordturm erbaut, das älteste erhaltene Bauwerk der Stadt. Die Galerie über dem Südportal zieren vier sich leicht über die Brüstung neigende Figuren, die Kaiser Karl IV. mit seiner Gemahlin, einem Hofherrn und einer Hofdame darstellen sollen. Vor dem Südportal der Marienkirche leistete bei Ratswechsel der neue Rat seinen Huldigungseid.

Die Untermarktskirche Divi Blasii, die Hauptkirche der Altstadt Mühlhausen, ist vor allem dadurch historisch bemerkenswert, daß hier in den Jahren 1707 bis 1708 Johann Sebastian Bach als Organist wirkte. Die stilgerechte Restaurierung des Inneren dieser Kirche in den Jahren 1956 bis 1959 ist ein Musterbeispiel für die Denkmalspflege in der Deutschen Demokratischen Republik. Nach den Plänen Bachs vom Jahre 1708 wurde die Schuke-Orgel neu gebaut; der weltbekannte Humanist und Friedenskämpfer Albert Schweitzer, der auch als Orgelbauer Bedeutendes geleistet hat, half dabei mit seinem Rat. Im Mittelalter war die Untermarktskirche, wie alle Pfarrkirchen der Stadt, Besitz des deutschen Ordens. 1240 wurde der Bau des Nordturms, 1260 der des Südturms beendet.

Zu den historisch interessanten Bauwerken von Mühlhausen gehört nicht zuletzt das Rathaus, das in seiner aus Gotik- und Renaissancestil zusammengesetzten Architektur das Wachstum der Stadt widerspiegelt. Im 13. Jh. wurde der älteste Teil im Stil der Gotik errichtet, später kamen dann Erweiterungsbauten im Renaissancestil dazu. Aus dem Jahre 1747 stammt ein venezianischer Brunnen im Hof.

Das Innere des Rathauses wurde keinen wesentlichen Umbauten unterzogen, so daß es heute noch in seinem Gesamtaufbau der Zeit des „Ewigen Rates“ entspricht. Über die Treppe gelangt man zunächst in die 1956 renovierte Rathauhalle, den Versammlungsort der Räte und der Bürgerschaft, der auch zu Gerichtssitzungen und Festlichkeiten diente. Unmittelbar an die Rathauhalle lehnt sich die Große Ratsstube an. Hier tagte der „Ewige Rat“, und hier hält auch heute noch der Rat der Stadt seine Sitzungen ab. Die Wandbemalung an der Westwand zeigt uns Kaiser Maximilian II. mit sieben Kurfürsten und verschiedenen Wappen. Die Ost-

wand zieren sechs Burg- und Landgrafen des 15. Jh. 1571 wurde die wertvolle Wandtäfelung aus einheimischen Hölzern angebracht.

Von der Rathaushalle aus gelangt man auch in das Archiv, das jetzt von Herrn Dr. Günther geleitet wird. In zwei mit Mobiliar und Bemalungen aus der ersten Hälfte des 17. Jh. ausgestatteten Räumen ist eine ständige Ausstellung des Stadtarchivs mit wertvollen Originaldokumenten untergebracht.

Anlässlich unserer Exkursion hatte das Stadtarchiv eine Sonderausstellung „Mühlhäuser Dokumente der frühbürgerlichen deutschen Revolution“ im Heimatmuseum aufgebaut, die Dokumente aus den Jahren 1523 bis 1548 zeigte. Die geschickt ausgewählten Stücke behandelten die wichtigsten Ereignisse der angegebenen Jahre, die Belastung der Stadt nach der Schlacht bei Frankenhausen, die Versuche zur Einführung der Reformation nach 1525 und die Bestrebungen zur Wiedererlangung der Reichsfreiheit. Große Aufmerksamkeit erregten wertvolle, bislang noch unveröffentlichte Quellen, insbesondere die Amtsbücher des „Ewigen Rates“ und die Kämmereirechnung 1524/25. Wie Stadtarchivar Dr. Günther mitteilte, sind Vorarbeiten zur Herausgabe dieser Quellen in den „Veröffentlichungen des Mühlhäuser Stadtarchivs“ bereits in Angriff genommen.

Das Heimatmuseum Mühlhausen hat unter der Leitung von Alexander Barth eine vorbildliche „Thomas-Müntzer-Abteilung“ eingerichtet, die mit sorgfältig ausgewählten und anschaulich gestalteten Exponaten den Bauernkrieg in Thüringen lebendig werden läßt. Gewerbetätigkeit, Kleidung und Gebräuche, Wehr und Waffen zeigen uns die Menschen jener Zeit in ihrem Alltag. Ein Einblick in die soziale und politisch-rechtliche Stellung der Stadt- und Landbevölkerung, in ihre Nöte, Überzeugungen und Wünsche lassen uns die Triebfedern ihres Handelns und die Notwendigkeit der revolutionären Tat begreifen. Wir sehen die Bauern und Plebejer in Aktion, sehen sie Burgen brechen und Klöster stürmen, aber auch zaudern und unschlüssig mit den Herren verhandeln. Und mittendrin Thomas Müntzer, der sie mitreißt, anfeuert, organisiert, und dann die Niederlage und die Rache der fürstlichen Sieger. Hier wurde eine Gedenkstätte geschaffen, die nicht nur historische Anschauung und Bildungselemente vermittelt, sondern auch eine erzieherische Aufgabe erfüllt.

Wie vielseitig und liebevoll man sich in Mühlhausen mit Thomas Müntzer beschäftigt, zeigte zum Abschluß der Exkursion noch eine Tonbandvorführung im Heimatmuseum mit Ausschnitten aus Müntzers Pfingst-Laudes, die von Mitgliedern des Mühlhäuser Bachchores gesungen wurde und eine gemeinhin weniger beachtete Seite von Müntzers Tätigkeit würdigte.

GÜNTER MÜHLPFORDT

Deutsche Täufer in östlichen Ländern

Es ist eine in der Geschichte häufig zu beobachtende Erscheinung, daß neue Ideen und Bewegungen radikal-oppositioneller Prägung in Gegenden oder Orten aufkommen, wo gewerbliche Produktion und Handel konzentriert sind. Vom 15. bis 18. Jh. z. B. traten in dieser Hinsicht Bergbaureviere, städtische Produktions- und Handelszentren sowie Gebiete mit Textilgewerbe immer wieder hervor. Das gilt auch für die Geschichte des Täufer-tums. Die Textilindustriestädte und -zentren Zwickau, Mühlhausen, Augsburg, Krefeld, Aachen, St. Gallen, die Handwerksmittelpunkte und Handelsstädte Nürnberg, Straßburg, Amsterdam, Emden, Köln, Mannheim, Hamburg und andere sowie die Bergbauggebiete Mitteldeutschlands, Tirols und der Zips sind aus ihr nicht wegzudenken. Handwerker und Hüttenleute, Bergknappen und Bergbeamte, Tuchmacher und Leineweber, Buchdrucker und Buchhändler waren es weitgehend, die den Weg der Täufer bestimmten.

Für die *Genesis* des Täufer-tums, wie auch anderer neuer Ideen und Bewegungen, ist noch ein zweiter Umstand zu beachten: die Rolle der *Kontaktstellen*. Es zeigt sich, daß innerhalb jener Gruppe wirtschaftlich spezialisierter und klassenmäßig differenzierter historischer Ausgangspunkte, bei sonst ähnlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlich-politischen und ideell-kulturellen Bedingungen, solche besonders befähigt waren, eine geschichtlich-genetische Funktion zu erfüllen, die in lebhaftem wirtschaftlichen und kulturellen Austausch und Verkehr über politische und nationale Schranken hinweg standen — Orte und Gegenden, die sich durch weiträumigen Handel und weltoffene Wissenschaft auszeichneten und sich dadurch von der hemmenden Wirkung lokaler Isolierung freigemacht hatten. An solchen Berührungspunkten, vornehmlich Handels- und Universitätsstädten, ist so mancher Funke der Anregung überggesprungen. Hier ergaben sich aus der Bekanntschaft mit fremden Gedanken und Verhaltensweisen Impulse zu neuartigem eigenen Denken und Handeln.

Die beiden Entstehungsherde der Täuferbewegung, *Zwickau* und *Zürich*, waren solche Kontaktstellen. Zwickau brachte die radikale Weiterführung der Lutherschen Reformation und Zürich die der Zwinglischen. Das waren die inneren Entwicklungsprozesse, auf welche Fremdberührungen und Bildungserlebnisse wie historische Katalysatoren einwirkten.

Analog dem Prioritätsstreit zwischen Lutheranern und Zwinglianern ist bis heute die besonders durch die Kontroverse zwischen Troeltsch und Holl bekannte Frage umstritten, ob das Täufer-tum von Zwickau oder Zürich seinen Ausgang nahm. Zwickau ging zwar zeitlich voraus (seit 1521), brachte aber nur eine Grundlegung, nicht die eigentliche Begründung des Täufer-tums; die Spätaufnahme wurde gefordert, aber noch nicht praktiziert. Die Mennoniten fußen auf der Zürcher Tradition. Ihr führender Historiker, H. S. Bender, legt, anders als W. Köhler, der Tatsache, daß die Zürcher vor dem Übergang zur Erwachsenentaufe Schriften Müntzers und Karlstadts studierten, kein Gewicht bei.

Am Schweizer Dreivölkereck strömte Italienisches und Französisches auf Deutsches ein. Der akonfessionelle Humanismus italienischer Provenienz fand einen Stützpunkt in Basel, das unter Führung des Erasmus zu einer Hochburg des deutschen Humanismus wurde. Verfolgte italienische Häretiker flüchteten in die Alpentäler. Latent wirkte hier ferner das ketzerische Erbe waldensischer Alpenhirten fort. Von den vier Gründern der Zollikon-Zürcher Urgemeinde waren zwei, Grebel und Manz, die führenden Köpfe, im Geist des Basler Humanismus gebildet, der dem jungen Täufer-tum viel gegeben hat (P. Peachey).

Die beiden anderen aber, die zur Tat drängten, der ungestüme Blaurock, genannt *Hus*, und Brötli, jene Männer, die entscheidenden Anteil an den Zolliker Ereignissen im Januar 1525 und damit an der Bildung der Täufergemeinschaft hatten (F. Blanke), stammten aus Graubünden – wie wir denn in der Zürcher Urgemeinde noch weitere Bündner und einen Savoyarden antreffen, alles Menschen, die aus Gebieten deutsch-romanischer ökonomischer und kultureller Berührung oder Symbiose kamen.

Wie für die Zürcher südliche, italienische Kontakte, so wurden nun für die Zwickauer *östliche, tschechische* von Bedeutung. In beiden Fällen handelte es sich um eine Bewegung deutschsprachiger Menschen in deutschen Gebieten, beide aber lassen sich nicht voll verstehen ohne ihre übernationalen Verflechtungen. Gemeinsam war ihnen die quellenmäßig freilich schwer faßbare und darum oft bestrittene Kontinuität waldensischer Reminiszenzen – die Waldenser hatten bekanntlich auch in Mittel- und Norddeutschland, *Böhmen* und *Polen* zahlreiche Anhänger gehabt, u. a. im Umkreis von Zwickau.¹ Der humanistischen Komponente in Zürich aber entsprach die *hussitische* in Zwickau. Viele Deutsche waren verkappte oder offene Hussiten gewesen, wie die Forschungen von H. Köpstein und J. Macek erneut gezeigt haben. Ebenso ist die Einwirkung der *Böhmischen Brüder* auf Deutschland unverkennbar, z. B. auch bei dem süddeutschen Täuferführer Hans Denk.

Die von Klassenkämpfen erfüllte Hauptstadt des erzgebirgischen Bergbaus und der kursächsischen Tuchproduktion, Zwickau, mußte schon auf Grund ihrer regen Handelsverbindungen mit Böhmen und auf Grund ihrer Lage in der Nähe der böhmischen Grenze von den hussitischen Ideen besonders intensiv erfaßt werden. Vor allem aber bot diese Stadt des Bergbaus und des Textilgroßgewerbes durch die Zusammensetzung ihrer Bevölkerung einen vorzüglichen Resonanzboden für die sozialrevolutionären und Gleichheitsideen der Taboriten und Böhmischen Brüder. Die Tuchknappen von Zwickau, die gegen Hungerlöhne prächtige Kleidung für die Reichen produzierten, während sie selbst oft in Lumpen gehen mußten, und die Bergleute seiner Umgebung, die in gefährvoller, mühsamer Häuerarbeit dem Schneeberger Revier seine Silberschätze abrangen, von denen sie dann selbst nichts zu sehen bekamen – diese vielgeplagten Arbeitsleute mußten für jene Ideen besonders empfänglich sein. Und weil dieses vorproletarische Element, das zusammen mit anderen plebejischen Schichten der Träger der radikalen Reformation in den Städten war, im Zwickauer Bereich stärkeren Anteil an der Bevölkerung hatte und auf engerem Raum zusammengedrängt war als anderswo, bildete die Muldestadt damals einen Knotenpunkt ökonomischer, sozialer und religiöser Widersprüche.² Auf Grund dieser Sachlage konnte Zwickau zum Ausstrah-

¹ H. Boehmer, Die Waldenser von Zwickau und Umgebung, in: Neues Archiv f. sächs. Gesch. 36 (1915) S. 1–38. Der Vf. behandelt die Geschichte des Altenburger Waldenserprozesses von 1462 gegen mitteldeutsche Ketzer. Von den 27 Angeklagten erwies sich ein Zwickauer als der standhafteste (S. 23). Boehmer untersucht die deutlich erkennbaren Einwirkungen der Taboriten auf die Altenburg-Zwickauer Waldenser (S. 25–27) und gelangt zu dem Ergebnis, daß die Lehre dieser mitteldeutschen Ketzer eine „eigentümliche Kombination waldensischer und hussitischer Anschauungen“ darstellte (S. 32). Wenn eine unmittelbare Kontinuität auch nicht nachgewiesen ist, so bestehen doch weitgehende Übereinstimmungen mit den Zwickauer Radikalen um 1521 (S. 24 u. 34). Wie weit übrigens die Wellen dieses Ketzerprozesses nach Osten schlugen, wird daraus ersichtlich, daß der Erzbischof von Riga einen Beobachter entsandte (ebd. S. 23 u. 3).

² G. Mühlpfordt, Aus Reformation und Bauernkrieg, in: Gesch. i. d. Schule 7 (1954; H. 4) 15, 11 u. 8.

lungszentrum der radikalen Reformation und zum zweiten Brennpunkt der Reformation in Kursachsen, zu einer Art Gegenpol von Wittenberg werden.

Auch Müntzer und Luther, die beide ebenfalls in mitteldeutschen Bergbaugegenden aufgewachsen waren, haben diese Schlüsselstellung Zwickaus erkannt. Sie haben sich daher 1521/22, jeder auf seine Art, mit allem Nachdruck bemüht, den Sieg ihrer Richtung in der Berg- und Tuchstadt herbeizuführen. Luther hat im April/Mai 1522 hier mit aller Leidenschaft gegen die Radikalen gepredigt. Sowohl der Führer der gemäßigten wie vor allem der Führer der radikalen Reformation hat seine Blicke auch auf das hussitische Böhmen gerichtet. Die Analogie und Korrelation zwischen dem Reformationszentrum Mitteldeutschland und dem Hussitenzentrum Böhmen, zwischen Wittenberg und Prag, Zwickau und Tabor lag ja auf der Hand. Während aber die Zeitgenossen der Reformation diese Affinität und Beziehung meist nur im Religiösen sahen, ist sie in Wirklichkeit zugleich und primär in wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Hinsicht zu suchen, insbesondere auf Grund des beiderseits vorausgegangenen industriellen Aufschwungs (im Berg- und Hüttenwesen und in der Textilproduktion): Wie im 15. Jahrhundert Böhmen vom führenden Bergbauland zum revolutionären Zentrum Europas wurde, so im 16. Jahrhundert Mitteldeutschland.³

Besonders bedeutsam aber wurde die Wechselbeziehung mit Böhmen für die Ketzermetropole Zwickau. Das Gebiet der Bergwerksstadt Schneeberg, aus dessen Silberadern Zwickaus Reichtum floß, liegt oberhalb der Muldestadt im Gebirge, auf dem Wege nach Böhmen. Das Erzgebirge, das im Hochmittelalter noch als schroffe Scheidewand wirkte, hatte in dieser Blütezeit des obersächsischen und nordwestböhmisches Bergbaus, als man zu beiden Seiten der Grenze immer höher ins Gebirge hinaufgedrungen war, seine absperrende Funktion weitgehend eingebüßt. Ein lebhafter Verkehr von Handelsgütern und Menschen – Kaufleuten, Bergleuten, Handwerkern und anderen Fachleuten – flutete herüber und hinüber. Er war gerade in der Entstehungszeit der Zwickauer Bewegung besonders rege. Der Bergbaufachmann und Mineraloge Georg Bauer, genannt Agricola, beispielsweise war 1518–1522 als Rektor im sächsischen Zwickau tätig und danach als Arzt im böhmischen Joachimsthal.

Und mit den Menschen gelangten auch Ideen über das Gebirge. Von dem tätigsten und einflußreichsten der „Zwickauer Propheten“, dem Tuchmacher Nikolaus Storch, wissen wir leider sehr wenig. Auf welchem Wege die bei ihm bezeugten tschechischen Anregungen den Führer der Zwickauer Radikalen erreicht haben und ob dies in Böhmen selbst geschah, wird daher nicht recht klar. Von seinem Mitstreiter Markus Stübner aber ist bekannt, daß er ebenso wie Thomas Müntzer – der ja 1520/21 gleichfalls in Zwickau wirkte – 1521 nach Böhmen gereist ist und sich in Prag aufgehalten hat.⁴ Es steht außer Zweifel, daß Müntzer und Stübner

³ Ebenda. 15.

⁴ V. Husa, Müntzer a Čechy [Müntzer u. Böhmen] (Praha 1957), betont, „daß die ersten Berichte über wiedertäuferische Ansichten bei den ‚Zwickauer Propheten‘ erst im Dezember 1521, nach der Rückkehr von . . . Stübner aus Böhmen auftauchen“ (S. 111). Er berührt sich darin mit Boehmer a. a. O., nach dessen Ansicht viel für die alte, in

in Böhmen mit Gedanken der Taboriten und Böhmischen Brüder bekannt geworden sind. Hier, in Böhmen, erhielten beide Antwort auf Fragen, die sie bewegten, hier fanden sie Einrichtungen und Formen vorgeprägt, die ihnen selbst vorschwebten. So war beispielsweise bei den Böhmischen Brüdern die Wiedertaufe von Konvertiten eingeführt.

Seit der Rückkehr aus Böhmen datiert denn auch Müntzers verstärkte revolutionäre Tätigkeit; von da an zeigt er noch deutlicher den Habitus des nicht nur religiösen, sondern sozialen Revolutionärs. Von diesem Zeitpunkt an nahm aber auch die Zwickauer Ketzerbewegung um Storch und Stübner klarere Konturen an, traten ihre Ziele, mit der Forderung nach der Erwachsenentaufe, deutlicher hervor. Stübner, und nicht Storch, war es vor allem, der bei den Religionsgesprächen der „Zwickauer Propheten“ mit Melanchthon in Wittenberg an der Jahreswende 1521/22 die Einführung der Spättaufe verlangte. So überzeugend führte der Zwickauer unter dem frischen Eindruck seiner böhmischen Begegnungen die Argumente gegen die Kindertaufe ins Treffen, daß Melanchthon unsicher wurde und Stübner ihn vielleicht sogar für seinen Standpunkt gewonnen hätte, wenn nicht das Eingreifen Luthers dem einen Riegel vorgeschoben hätte.

Zwei Jahre nach Stübner suchte einer der später hervorragendsten deutschen Täuferführer, der Kürschner Melchior Hofmann aus der Freien Reichsstadt Hall in Schwaben, östliche Länder auf. Melchior Hofmann hat in der ersten Hälfte und der Mitte der zwanziger Jahre des 16. Jahrhunderts die radikale Reformation in den Ostseeraum, nach Livland, Estland und Schweden getragen. Allerdings stellt der Aufenthalt des mitreißenden sozial-religiösen Agitators im livländischen Deutschordensstaat in den Jahren 1523–1525 insofern nur ein Vorspiel zum Auftreten deutscher Täufer im Osten dar, als Hofmann damals nach außen hin noch Lutheraner war. Andererseits trat er in den baltischen Städten doch schon als Verfechter eines reformatorischen Radikalismus auf. Hofmann legte hier die ersten Proben jener volkstümlichen Beredsamkeit ab, mit der er später in Stockholm und Straßburg, in Ostfriesland und den Niederlanden die Volksmassen begeisterte und zum faszinierendsten Prediger des Täufertums wurde. Von Riga bis Reval entzündete er die plebejischen Volksschichten für seine radikal-reformatoren Ideale, die denen der Täufer in mehreren Punkten bereits sehr nahe kamen.

Zum Höhepunkt von Hofmanns Wirksamkeit im Baltikum wurden seine aufrüttelnden Predigten in Dorpat 1524/25. Die revolutionierende Wirkung seiner Agitation gegen den Bilderkult war hier so stark, daß es Anfang 1525, kurz vor dem Ausbruch des Bauernkrieges in Deutschland, zum Dorpater Bildersturm kam. Der Vogt des Bischofs wollte den gefährlichen Unruhestifter verhaften lassen, aber das Volk hinderte ihn mit Erfolg daran. Das beweist, wie leidenschaftlich die Dor-

Zwickau schon 1521 ausgesprochene „Annahme einer Abhängigkeit der Zwickauer Propheten von ketzerischen Böhmen“ spricht (Boehmer, S. 37). Boehmer ging sogar so weit, die radikale Bewegung der Zwickauer Tuchknappen um Nikolaus Storch schlechthin „ein Erzeugnis böhmischer ketzerischer Einflüsse“ zu nennen (S. 38). – Den oft erörterten „Prager Anschlag des Thomas Müntzer“ behandelt erneut E. Wolfgramm in: *Wiss. Zeitschrift der Univ. Leipzig*, Jg. 6 (1956/57), gesellsch.-u. sprachwiss. Reihe.

pater Plebejer dem schwäbischen Kürschner anhängen. Die radikale Reformation hatte damit unter seiner Führung im hohen Nordosten einen denkwürdigen Sieg errungen. Dieser Sieg ist, in einem großen historischen Zusammenhang gesehen, auch deshalb bemerkenswert, weil er in der Nähe der russischen Grenze errungen wurde, gegenüber dem russischen Handels- und Ketzerzentrum Pskov (Pleskau), wo erst kurz zuvor, zu Beginn des 16. Jahrhunderts, die sozial-religiöse Sekte der „Judaisierenden“ gewaltsam niedergeworfen worden war.

Die stürmischen Erfolge Hofmanns mit ihren tumultuarischen Begleiterscheinungen und unabsehbaren sozialen Konsequenzen brachten nicht nur die adligen Ordensgewaltigen, die bischöflichen Stellen und die anderen Anhänger des alten Glaubens in Harnisch, sondern versetzten auch die gemäßigten Lutheraner in den patrizischen Räten der Städte in Unruhe. Die ordinierten Geistlichen in den von ihm aufgesuchten baltischen Städten, die in dem volkstümlichen Prediger einen gefährlichen Rivalen erblickten, bereiteten ihm Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Man verweigerte dem Handwerker die Anerkennung seines Predigtamtes. Diese Abneigung des Klerus und der Interessenvertreter des deutschbaltischen Patriziats gegen den einfachen Handwerksmann beruhte sowohl auf Standesdünkel und Furcht vor sozialrevolutionären Weiterungen wie auf Konkurrenzneid und Lokalborniertheit: Wie konnte dieser hergelaufene Kürschner sich das Amt des Prädikanten anmaßen! Der Zulauf, den er hatte, nahm anderen Predigern die Zuhörer. Alles drängte zur Kanzel des Kürschners. Und daß Hofmann für seine geistliche Tätigkeit kein Geld nahm, sondern sich nach wie vor von seiner Hände Arbeit nährte, war in den Augen mißgünstiger Pfarrer, die nicht willens waren, es ihm gleich zu tun, ebenfalls keine Empfehlung. Dem allgemeinen Priestertum aller Gläubigen stimmten sie zwar in Worten zu, standen ihm aber in Wirklichkeit, sobald es ihre Einkünfte und Pfründen zu schmälern drohte, ablehnend gegenüber.

Durch die Machenschaften seiner livländischen Widersacher wurde Hofmann bewogen, im Frühjahr 1525 die weite Reise nach Wittenberg anzutreten, um sich von Luther eine Legitimation seines Predigtamtes zu verschaffen. Luther, hocherfreut über die Ausbreitung seiner Lehre in so fernen Landen, stellte sie ihm im Juni 1525 aus. Gleichzeitig richtete Hofmann selbst von Wittenberg aus ein Sendschreiben an die „Gemeinde zu Dorpat in Livland“ – seine erste bekannte Schrift. Er wandte sich darin zwar, der offiziellen lutherischen Linie äußerlich folgend, noch gegen die „Schwarmgeister“, wich aber durch seinen Chiliasmus und durch seine Wertschätzung der guten Werke bereits von Luthers Lehre ab. So tendierte der schwäbische Kürschner schon in dieser Zeit seiner baltischen Wirksamkeit zum täuferischen Moralismus.

Durch seine Reise nach Wittenberg war Hofmann mit dem aufwühlenden Erlebnis des in diesen Monaten tobenden Bauernkrieges erfüllt worden, der gerade in Hofmanns schwäbischer Heimat besonders große Ausmaße angenommen hatte. Auch im Ordensstaat warf der Kampf der Bauern seine Schatten. In Ostpreußen kam es zu Bauernaufständen. All das konnte seinen Eindruck auf Hofmann nicht verfehlen.

Kein Wunder daher, daß der Besuch bei Luther den schwäbischen Kürschner keineswegs zu einem gemäßigten, in sozialer Hinsicht arevolutionären Lutheraner gemacht hat. Seine lutherischen Gegner im Baltikum merkten das bald. Infolgedessen hat die Berufung auf die Autorität Luthers, dessen Empfehlungsschreiben er vorwies, die Opposition gegen ihn nicht zum Schweigen gebracht. Der Segen Luthers bewahrte ihn nicht vor neuen Angriffen. Seine Antagonisten holten sogar zu einem Gegenschlag aus, indem sie den unbequemen Mann des Volkes in Wittenberg denunzierten und dort Einspruch dagegen erhoben, daß dieser Handwerker als Prediger empfohlen worden war.

Im Kampf gegen die Machinationen seiner Gegner steigerte sich Hofmann immer mehr in einen eschatologischen Radikalismus hinein und erklärte sich zum Propheten. Durch diesen Anspruch stachelte er aber den Haß seiner Widersacher nur noch weiter auf.

Als die Lage für ihn in Dorpat unhaltbar geworden war, verlegte Hofmann im Herbst 1525 sein Tätigkeitsfeld nach dem äußersten Norden des Ordensstaates, nach Reval. Dort hatte die Reformation ebenfalls Fuß gefaßt, wie das Luthertum ja überhaupt überraschend schnell in die Ordenslande eingedrungen ist, deren weltoffene, wirtschaftlich und kulturell entwickelte städtische Bevölkerung ebenso wie ein Teil des weltlichen Landadels mit dem Ordens- und Bischofsregiment unzufrieden war. Auch in Reval war Hofmann den fest angestellten lutherischen Geistlichen als lästiger Konkurrent im Wege. Auch hier war für den plebejischen Fremdling kein Platz. Der Kampf spitzte sich zu. Hofmann wurde als Ketzer angeklagt, weil er sich nicht an die Rechtfertigungs- und Abendmahlslehre Luthers hielt. Alle seine Gegner, von den Ordensherren bis zu den Räten der Städte, waren sich jetzt darin einig, daß man es mit einem gefährlichen Mann zu tun habe; denn überall, wo er auftrat in dem weiten Raum zwischen Düna, Peipussee und Finnischem Meerbusen, entflammte Hofmann die städtischen Volksmassen und brachte sie auf seine Seite. Kein Mittel der Verfolgung und Intrige wurde daher gescheut, um den sprachgewaltigen Prediger zum Verstummen zu bringen. Man warf ihn ins Gefängnis. Schließlich wies ihn der Ordensmeister aus dem Lande. Der Verbannte floh nach Stockholm.

Damit hatte die dreijährige Gastrolle des revolutionären Kürschners im Baltikum ihr Ende gefunden. Hofmann erscheint in dieser seiner baltischen Zeit, als er formell noch zu Luther hielt, bereits als Sachwalter der radikalen Reformation gegen die gemäßigte, patrizische Reformation der Ratskreise. Die ersten „Melchioriten“, wie man später die zahlreichen Anhänger Melchior Hofmanns nannte, hat es jedenfalls, das bleibt festzuhalten, nicht am Rhein oder an der Nordseeküste, sondern unter den Plebejern der baltischen Städte gegeben.

Auch aus der Ferne suchte Hofmann noch auf seine Anhänger im Baltikum einzuwirken. Von Stockholm aus richtete er 1556 seine „Vermahnung“ an die Gläubigen „in Livland“, worin er zugleich seinen livländischen Widersachern eine neuerliche Abfuhr erteilte. Dieser Schrift folgte noch im gleichen Jahr vom gleichen Ort aus eine weitere „Unterweisung an die in Livland“. Dann wurde Hofmanns Wirken, der 1530 auch in aller Form zum Täufern übertrat, in andere Bahnen

gelenkt. Aber obwohl er sich fortan zumeist in großer Entfernung vom östlichen Europa, am Westrand Mitteleuropas, in Straßburg, Ostfriesland und den Niederlanden aufhielt, hat er indirekt doch noch erhebliche Bedeutung für den Osten gewonnen.

Hofmanns historische Leistung besteht vor allem in der Begründung des Täuferiums in den Niederlanden und in Ostfriesland. Er ist dadurch zum gemeinsamen ideologischen Stammvater sowohl des revolutionären Münsterschen wie des pazifistischen mennonitischen Täuferiums geworden, die beide weitgehend von seinen westfälischen, niederländischen, friesischen und niedersächsischen Schülern und Schülerschülern getragen waren.⁵

Die Kommune von Münster hat auf die Geschehnisse der deutschen Täufer im Osten insofern eine negative Auswirkung gehabt, als sie das Signal zu verstärkten Verfolgungen im gesamten habsburgischen Herrschaftsbereich gab. Das hat die Täuferexulanten in dem Exilzentrum Südmähren-Westslowakei zu verschärfter Distanzierung von allen revolutionären Bestrebungen genötigt und dort den Sieg der pazifistischen über die revolutionäre Richtung des Täuferiums gefestigt.

Sehr positive Fernwirkungen auf den Osten – nicht nur auf Osteuropa, sondern am Ende selbst auf Nord- und Mittelasien – hat dagegen die norddeutsche und niederländische Wirksamkeit des großen Täuferführers mittelbar später dadurch gezeigt, daß das in der Heimat verfolgte norddeutsch-niederländische Mennonitentum im polnischen und dann vor allem im russischen Staat Zuflucht, Schutz und Förderung fand und in seinen weitverstreuten östlichen Siedlungskolonien viel für die Melioration von Grund und Boden getan hat. Mennonitische Musterdörfer erstreckten sich in langer Kette von der Weichselmündung über Wolhynien, die Süd- und Ostukraine bis an die Wolga und auf die Krim, ja sogar nach Kaukasien, Mittelasien und Sibirien. Allein im westsibirischen Gouvernement Omsk wurden 73 Mennonitendörfer gezählt. Den zweiten Schwerpunkt der mennonitischen Taufgesinnten in Sibirien bildete das Gouvernement Tomsk. Blühende Täufersiedlungen von Mennoniten entstanden auch am Kubań und am Terek in Nordkaukasien.⁶ Am dichtesten aber war das Netz der Mennonitenkolonien in der Ukraine, wo auch andere deutsche Täufer siedelten.

⁵ Seit W. I. Leendertz und O. zur Linden über Melchior Hofmann geschrieben hatten (Haarlem 1885), ist das Bild dieses Täuferführers von den Verzerrungen konfessionellen Hasses weitgehend befreit worden. Noch keine befriedigende Darstellung hat dagegen seine sozialrevolutionäre Stellung und Wirkung gefunden. Es besteht bei ihm eine starke Spannung zwischen theoretischer Bejahung der Obrigkeit und revolutionärem Auftreten. – Über Hofmanns Wirken in Livland und den Dorpater Bildersturm vgl. jetzt R. Ruhtenberg, Beziehungen Luthers und anderer Wittenberger Reformatoren zu Livland, und R. Wittram, Die Reformation in Livland, beides in: Balt. Kirchengesch., hrsg. von R. Wittram (Göttingen 1956) 67 f., 70 f., 40 f. – Der Anteil Hofmanns an der Entstehung des niederländischen Täuferiums ist z. T. bestritten worden (von W. I. Kühler), jedoch nicht überzeugend, so daß Hofmann weiterhin als „Vater des Wiedertäuferiums in den Niederlanden“ bezeichnet wird (R. H. Bainton, David Joris, Leipzig 1937, 17).

⁶ Vgl. B. H. Unruh, Mennonit. Ostwanderungen im 16., 18. und 19. Jh. (Karlsruhe 1955) 183 ff.; P. M. Friesen, Die Mennonit. Bruderschaft in Rußland 1789–1910 (Halberstadt, Taurien, 1911); H. Penner, Weltweite Bruderschaft (Karlsruhe 1955) 119 ff. Schrift-

Drei Hauptetappen mennonitischer Ostwanderung lassen sich unterscheiden, zwischen denen jeweils ein längeres Intervall liegt: der Polen-, Preußen- oder Weichselzug im 16. Jahrhundert (Mitte und zweite Hälfte des Jahrhunderts) nach dem Danziger Werder, der Rußland- oder Wolgazug im 18. Jahrhundert (letztes Viertel des Jahrhunderts) an die mittlere Wolga und in die von Rußland den Türken und Tataren entrissene Südukraine und schließlich der Asienzug im ausgehenden 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nach Westsibirien und Mittelasien. In all diesen Gebieten haben die Mennoniten und übrigen Täufer – dank den günstigeren Lebensbedingungen, dank den Privilegien, die ihnen von polnischer und russischer Seite gewährt wurden – durch Urbarmachung von Ödland (Trockenlegung von Sümpfen, Roden von Wald, Bebauung von Steppenboden) sowie durch ihr bedeutendes handwerkliches, landwirtschaftliches und gärtnerisches Können eine höchst segensreiche Tätigkeit entfaltet, die der wirtschaftlichen Erschließung des Landes zugute gekommen ist.

Wie das östliche Siedlungswerk der niederdeutschen Exiltäufer, der Mennoniten, in der Gegend von Danzig seinen Ausgang nahm, um von da über das europäische und schließlich auch über das asiatische Rußland auszustrahlen, so fand das ebenfalls über weite östliche Räume ausgedehnte Siedlungswerk der oberdeutschen Exiltäufer, die im Osten „Huttersche Brüder“ genannt wurden, seine Plattform in Mähren, um von da auf die Slowakei und später auf Siebenbürgen und die Ukraine überzugreifen. Wie dabei für die Wanderrichtung der niederdeutschen Täufer der Weichselweg und der Lauf der russischen und ukrainischen Ströme charakteristisch wurde, so war es für die oberdeutschen der Donau- und Karpatenweg. Im 18. Jahrhundert, unter Katharina II., sind sich dann der südostwärts gerichtete niederdeutsche Täuferzug und der von der Walachei aus nach Nordosten abgebogene oberdeutsche, dem Ruf russischer Adliger und Regierungsstellen folgend, in der Ukraine begegnet.

Die Ostbewegung der oberdeutschen Täufer setzte noch früher ein als die der niederdeutschen. Sie begann nach dem Scheitern des Großen Deutschen Bauernkrieges und nahm zeitweilig den Charakter einer Massenflucht an.

Um diese Massenflucht nach Osten zu verstehen, muß man sich die Lage vergegenwärtigen, in die das Täuferum durch die Niederwerfung der Bauern geriet. Die Täufer galten katholischen wie protestantischen Obrigkeiten als Urheber des Bauernkrieges. Sie bekamen nun den ganzen Haß der Sieger zu fühlen. Eine zügellose Willkürjustiz hielt grausame Abrechnung, wobei zwischen Teilnehmern des Bauernkrieges und Unbeteiligten oft kein Unterschied gemacht wurde. Es genügte, Täufer zu sein, um in den Geruch eines Aufrührers zu kommen.

Allen Gewalten zum Trotz blieb aber die Kraft des Täuferums in der zweiten Hälfte der 20er Jahre in verschiedenen Gegenden ungebrochen. Ja, die Täufergemeinschaften wurden jetzt sogar zum letzten organisatorischen Halt, zum Réduit der geschlagenen revolutionären Elemente in Stadt und Land. Die Resignation,

tum zur Geschichte der Mennonitensiedlungen in der Ukraine, auf der Krim, in Kaukasien, Mittelasien und Sibirien bei G. Hein, Art. Rußland, in: *Mennonit. Lex.* 3 (Karlsruhe 1958) 581.

die sich nach der Niederlage von 1525 im Volk verbreitete, wurde bei den Täufern vielfach dadurch überwunden, daß man die chiliastischen Endzeiterwartungen abwandelte: Es blieb zwar bei der Prophezeiung, daß alle bestehenden Obrigkeiten in allernächster Zukunft vernichtet werden würden. Aber es war nicht mehr nur davon die Rede, daß die Fürsten und Herren von der Hand der Berufenen und Begnadeten, d. h. der Täufer, fallen würden, sondern 1526/27 tauchten Versionen auf, daß dies durch ein bevorstehendes unmittelbares Strafgericht Gottes oder durch den Türken als Werkzeug Gottes geschehen werde. Gerade durch den Hinweis auf die den Zeitgenossen so unbegreifliche, rätselhafte Türkengefahr, durch die scheinbar paradoxe These, daß Gott die Heiden zur Bestrafung der bösen Christen erwählt habe, bekam der täuferische Chiliasmus wieder eine reale Grundlage. An die Stelle der alleinigen Hoffnung auf die Revolution von innen, d. h. aus eigener Kraft, trat der Glaube an die Revolution von außen, die dann von den Täufern vollendet werden würde.

Weder die Landsknechte des Truchseß von Waldburg und die Ritter und Söldner der einzelnen Fürsten und Bischöfe noch die 1525/26 wütenden Schnellgerichte hatten also den revolutionären Täuferideen ihre Werbekraft zu nehmen vermocht. Daher wurden, um das Täufern endgültig zu vernichten, 1528/29 die drakonischen Gewaltmaßregeln gegen die Täufer reichsgesetzlich verankert und auf das gesamte Reichsgebiet ausgedehnt: Die später noch oftmals erneuerten berichtigten Wiedertäufermandate des Kaisers Karl V. und der Territorialgewalten wie auch zahlreicher städtischer Räte bedrohten die Anabaptisten mit dem Tode. Weder fürstliche noch geistliche, weder ritterliche noch patrizische Obrigkeiten haben daraufhin gezögert, mit dem Schein des formalen Rechts in ihren Territorien blutige Exempel zu statuieren. Teilweise wurde schon die bloße Zugehörigkeit zu der Sekte, teilweise die Verweigerung des Widerrufs mit dem Tode bestraft. Diese Todesmandate wurden besonders streng in den oberdeutschen Gebieten gehandhabt. Es hing das mit einer Schwerpunktverschiebung innerhalb des Täufern zusammen, die sich inzwischen vollzogen hatte. Wie der Hauptherd der revolutionären Bauernbewegung sich von den mitteldeutschen Landschaften in südwestlicher Richtung verlagert hatte, so auch der Schwerpunkt der Täuferbewegung. Im Heimatland der Reformation war nach der Schlacht bei Frankenhäusen (Mai 1525) das mit der revolutionären Bewegung liierte Schwärmer- und Täufern besonders rigoros unterdrückt und weitgehend ausgerottet worden. Dagegen waren im Bauernkriegsjahr 1525 und im folgenden Jahr 1526 in Oberdeutschland die Täufergemeinden wie Pilze aus dem Boden geschossen.⁷

Als ein Beispiel für die Verlagerung nach Süden sei das Wirken des Müntzerschülers Hans Hut genannt, der später ein Führer der deutschen Täufer in Mähren wurde. Hut stammte vom Südrand des Thüringer Waldes, eines der vier mittel-

⁷ Über die Einstellung der oberdeutschen und z. T. auch der niederdeutschen Täufer zur Obrigkeit vgl. zuletzt: H. J. Hillerbrand, Die politische Ethik des oberdeutschen Täufern (Diss. Erlangen 1959) 16 ff., 34 ff., 70 ff., 83 f., 170 ff.; ferner: B. H. Unruh, Die Revolution 1525 und das Täufern, in: Gedenkschrift der Mennoniten (Ludwigshafen 1925) 42–47.

deutschen Bergbaureviere, und war seines Zeichens ein „Buchführer“, d. h. Wanderbuchhändler. Durch seinen Beruf kam er viel umher und mit Menschen aus dem Volk und neuen Ideen in Berührung. 1524 ist Hut in Weißenfels von drei Handwerksgesellen, einem Schneider, einem Müller und einem Tuchmacher – drei Berufen, die auch für das spätere deutsche Täufertum im Osten typisch sind – mit mitteldeutschen Täuferlehren bekanntgemacht worden. Im Bauernkriegsjahr 1525 war er mit Müntzer zusammen, nahm an der Schlacht bei Frankenhausen am Kyffhäuser teil und rief selbst nach dieser schweren Niederlage noch die Bauern zur Fortsetzung des Kampfes auf. Bald aber wurde seine Lage, wie die vieler anderer Radikaler, in Mitteldeutschland unhaltbar. Daher finden wir ihn unter denen, die südwärts flohen und dabei die radikalen Ideen aus Mitteldeutschland nach Oberdeutschland trugen, wie das zuvor schon Müntzer selbst getan hatte. Als wandernder Volksprediger durchzog Hans Hut nun Franken, Schwaben und Bayern. Tausende von Anhängern, vor allem aus Handwerkerkreisen, strömten ihm zu.⁸

Als auch an seinen neuen Wirkungsstätten die Täuferverfolgungen überhand nahmen, wurde Hans Hut einer der Initiatoren der Ostwendung des oberdeutschen Täufertums: Im Frühjahr und Sommer 1527 wirkte er bereits in dem neuen Täuferzentrum Nikolsburg/Mikulov in Südmähren als Führer der radikalen Richtung der Täufer. Wegen seines Radikalismus auch von dort, wo die Herren von Liechtenstein die gemäßigten Täufer duldeten, vertrieben, wick er nach Oberösterreich und ins Erzbistum Salzburg aus und wurde zum „Täuferapostel“ des Landes ob der Enns. Ende 1527 hat Hut dann in Augsburg den Märtyrertod erlitten. Sein Leben ist das typische Schicksal eines deutschen Täuferführers, charakteristisch auch in der Aufeinanderfolge der drei Stationen Mitteldeutschland, Oberdeutschland und Mähren.

Die agitatorische Tätigkeit von Mitteldeutschen wie Hut und Müntzer im Süden ist überdies einer der Gründe, weshalb das jüngere oberdeutsche Täufertum weitgehend ähnliche Züge zeigt wie das ältere mitteldeutsche. Durch Duplizität allein lassen sich diese Übereinstimmungen nicht erklären. Dabei ist die vermittelnde Funktion Frankens zwischen Mittel- und Oberdeutschland zu beachten: Geographisch zum süddeutschen, stammesmäßig zum mitteldeutschen Bereich gehörig und zugleich mit dem Osten, mit Böhmen in enger Wechselbeziehung stehend, gab Franken manches Obersächsische und Böhmische nach Oberdeutschland weiter. Umgekehrt hat Franken seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre aber auch dem geschwächten Täufertum nördlich des Franken- und Thüringer Waldes neue Impulse vermittelt.

Es ergab sich also auch eine Rückwirkung täuferischer Ideen von dem süddeutschen Sekundärgebiet aus auf die obersächsische Altheimat. Auf diese Weise

⁸ Über Hans Hut als Schüler Müntzers und über seinen Übergang von revolutionärer zu pazifistischer Einstellung vgl. neben C. Hinrichs, Müntzer. Polit. Schriften, in: Hall. Monographien 17 (Halle 1950) 30 auch G. Mecenseffy, Die Herkunft des oberösterreichischen Täufertums, in: Archiv f. Reformationsgesch. 47 (1956) 253 u. 157f. sowie G. Zschäbitz, Zur mitteldeutschen Wiedertäuferbewegung (Berlin 1958) 23–49. Die Biographie Huts von W. Neuser (Berlin 1913) ist dadurch teilweise überholt.

ist der primären Angleichung des oberdeutschen Täufertums an das mitteldeutsche nachträglich eine Akkomodation des vielerorts von vorn beginnenden mitteldeutschen Täufertums an das erstarkte und führend gewordene oberdeutsche gefolgt. Das Ergebnis aber war unbeschadet aller Verschiedenheiten im einzelnen eine gewisse Einheitlichkeit von Zwickau bis Zürich in der ersten und von Südtirol bis Halberstadt in der zweiten Phase.

Die entscheidende Voraussetzung dafür, daß diese Uniformität stammesmäßig und politisch so heterogener Bestandteile ohne einheitliche Führung und Organisation möglich wurde, war die gemeinsame soziale Grundlage der Täufer; denn sowohl das oberdeutsche Täufertum als auch das mitteldeutsche und das etwas später entstehende niederdeutsche trug seiner klassenmäßigen Zusammensetzung nach im wesentlichen *plebejischen* Charakter. Der „gemeine Mann“ war es hier wie dort, der sich wiedertaufen ließ: Handwerksgesellen und Kleinhandwerker, Arbeitsleute und Kleinbauern. In den meisten Täufergemeinden überwog das handwerkliche Element, in anderen das bäuerliche.

Charakteristischerweise fand auch im oberdeutschen Stammesbereich die Täuferbewegung ein Zentrum gerade in einem Bergbaugebiet, in Tirol. Dort schlossen sich Handwerker, Bergleute, Bauern und Bergbeamte der Bewegung an.

Insgesamt war aber – das ist ein Unterschied, der nicht übersehen werden darf – der vorproletarische Einschlag in Oberdeutschland schwächer als in Mitteldeutschland. Daher und unter dem Eindruck der Niederlage des Bauernkrieges waren die oberdeutschen Taufgesinnten der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre im ganzen doch weniger revolutionär als die mitteldeutschen „Schwarmgeister“ in der ersten Hälfte.

Das hinderte aber die Obrigkeiten nicht, ihren Ausrottungsfeldzug gegen das Täufertum in Oberdeutschland mit der gleichen erbarmungslosen Brutalität zu führen wie in Mitteldeutschland. Die Habsburger hatten dabei die Führung. Aber nicht nur kleinere Fürsten, Bischöfe und Geistliche beider Konfessionen haben ihnen kräftig sekundiert, sondern auch patrizische Räte von Schweizer Städten und oberdeutschen Reichsstädten wollten ihnen darin nicht nachstehen.

Infolge dieses Kesseltreibens von allen Seiten haben ungezählte oberdeutsche Täufer seit 1526 ihr Heil in der Flucht nach Osten gesucht, wie schon das Beispiel von Hans Hut zeigte. Daher haben die Oberdeutschen in dem Jahrzehnt von 1526 bis 1535 das Hauptkontingent der täuferischen Ostwanderer gestellt.

Andere wichen statt nach Osten zunächst nach Norddeutschland aus, weil die Wiedertäufermandate in Teilen Niederdeutschlands, die vom Bauernkrieg weniger erfaßt worden waren, noch nicht mit der gleichen Strenge gehandhabt wurden. Dadurch verlagerte sich der Schwerpunkt der Täuferbewegung innerhalb Deutschlands erneut – wie vorher von Mittel- nach Oberdeutschland, so nunmehr von Ober- nach Niederdeutschland. Symptomatisch dafür ist, daß Melchior Hofmann im Frühjahr 1530 sein Wirkungsfeld von Straßburg, wo der Rat gegen ihn Haftbefehl erlassen hatte, nach Ostfriesland verlegte.

Mit frappierender Schnelligkeit hat sich daraufhin seit 1530 das Täufertum im Nordwesten des Reiches ausgebreitet – nicht minder schnell, als es von 1521 ab

in Mitteldeutschland und 1525–1527 im Süden um sich gegriffen hatte: Es ist auch in dem weiten niedersächsisch-westfälisch-friesisch-niederfränkischen Stammesbereich binnen kürzester Frist zur Massenbewegung geworden, ein Beweis, wie sehr seine sozial-religiösen Gleichheitstendenzen den Wünschen der breiten Volksschichten entgegenkamen.

Dieser stürmische Aufschwung der nordwestdeutsch-niederländischen Täuferbewegung gipfelte 1534/35 in der Kommune von Münster. Der Täuferstaat von Münster wurde zum Magneten, der Gleichgesinnte aus den umliegenden Gebieten an Nordsee und Rhein herbeizog. An diesem Sammelpunkt zeigten sich die revolutionären Energien des Täufertums, allerdings auch seine chiliastisch-spiritualistischen Auswüchse, in ihrer konzentriertesten Form.

Die Errichtung und noch mehr der Untergang der Münsterschen Kommune war das Signal für ein neues Anschwellen der Verfolgungswelle, nicht nur in Nieder-, sondern auch in Mittel- und Oberdeutschland und selbst im mährischen Exil. Die Sieger machten die Täufer in ihrer Gesamtheit für die Taten der radikalen Richtung, die in Münster das Heft an sich gerissen hatte, verantwortlich. Die Abrechnung, die sie hielten, übertraf an Grausamkeit noch die von 1525. Was menschliche Phantasie nur immer auszusinnen vermochte an Marterqualen und Drangsalierungen, wurde gegen die Täufer angewandt. Aufs neue wüteten die Blutgerichte in unvorstellbarem Ausmaß, und nach entsetzlichen Torturen wurde ein Täufer nach dem anderen auf den Scheiterhaufen geführt.

Noch deutlicher als bislang trat dabei die Zusammenarbeit weltlicher und geistlicher, katholischer und protestantischer, nord- und süddeutscher, adliger und patrizischer Obrigkeiten gegen die im Zeichen des Täufertums sich sammelnden Volksmassen in Erscheinung. Der Vernichtungsfeldzug gegen die sozial-religiösen Gleichmacher wurde zur feudal-patrizischen Kooperation von der Nordsee bis zu den Alpen.⁹ Seine Zielscheibe war das Befreiungsstreben des in den Täufergemeinschaften organisierten Plebejertums.

Ein bezeichnendes Beispiel dieser Kooperation war es, daß zu Beginn des Jahres 1536, jenes Jahres, in dem die Periode der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland zu Ende ging, fast gleichzeitig sowohl Jan Bokelson, der „Täuferkönig“ von Münster, wie der mitteldeutsche Täuferführer Heinz Kraut und der oberdeutsche Täuferführer Jakob Huter hingerichtet wurden. Münster, Jena und Innsbruck waren die Stätten der Todesgerichte, die wie aufeinander abgestimmt wirken. Diese drei Orte bezeugen den weitgespannten Rahmen der gegen das Täufertum eingeleiteten Vernichtungskampagne mit aller Deutlichkeit. Die Berufe der Hingerichteten – Bokelson war Bäcker, Kraut Schneider und Huter Hutmacher – weisen übrigens zugleich darauf hin, daß zum Unterschied von anderen Ketzerbewegungen bei den Täufern nicht nur die Anhängerschaft, sondern *auch die Führung plebejisch war*.

⁹ Eine gewisse Ausnahme bildete Hessen unter Landgraf Philipp, der es ablehnte, Täufer hinrichten zu lassen. Da er sie statt dessen auswies, waren die Hessen unter den Täuferexulanten Mährens zahlreich vertreten.

Von den drei hingerichteten Täuferführern hat Jakob Huter für das deutsche Täufertum des Ostens größte Bedeutung gewonnen. Er war der Organisator der deutschen Täuferkommunen in Mähren und der Slowakei, der „Moses“ der oberdeutschen Täufer, der sie aus der „ägyptischen Sklaverei“ in das „gelobte Land“ Mähren führte und ihnen dort Gesetze gab.

Die Jahre von 1526 bis etwa 1540 waren die Zeit des großen Exodus der Täufer nach Osten. Doch haben auch später, z. B. nach dem Schmalkaldischen Krieg, zahlreiche kleinere Gruppen, einzelne Familien und Einzelgänger den Weg nach Osten eingeschlagen. Daß der eigentliche Massenzug im zweiten Viertel des 16. Jahrhunderts, und zwar in dessen erster Hälfte erfolgte, erklärt sich aus der zweimaligen entscheidenden Niederlage, die das revolutionäre Plebejertum in diesem Zeitraum im Abstand eines Jahrzehnts erlitt (1525 und 1535).

Die Auswanderung war nicht der einzige Ausweg aus der dadurch für das Täufer-tum entstandenen verzweifelten Lage. Die Entscheidung, vor die sich der einzelne Täufer gestellt sah, ließ ihm die Wahl zwischen *vier Wegen*. Jeder dieser Wege war dornenreich, und keiner von ihnen bot einen echten Ausweg, eine Lösung des Dilemmas in der Weise, daß eine Sicherung der Existenz im Lande bei gleichzeitiger offener religiöser Selbstbehauptung hätte erreicht werden können. Jeder der vier Wege ist von einem Teil der Täufer beschritten worden.

Der erste Weg war derjenige der *Märtyrer*, der todesmutigen Bekenner, die, den Blick starr geradeaus gerichtet, ihre Straße weiter gingen bis zum bitteren Ende. Keine noch so geharnischten Drohungen, keine noch so geschickten Überredungskünste und selbst nicht die grausamste Folter vermochten ihre Überzeugungstreue zu brechen. Keine Macht der Welt konnte sie von ihrem Glauben abbringen und zum Widerruf bewegen. Unbeirrt starben sie den Märtyrertod. Die meisten wurden nach bestialischen Quälereien bei lebendigem Leibe verbrannt. Andere hat man enthauptet oder ertränkt. Über 4000 Täufer sind auf die oder andere Weise hingerichtet worden. Eine unkontrollierbare Zahl von Opfern örtlicher Willkürjustiz ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Die Martyrologien der Täufer reden eine erschütternde Sprache. Gerade bei den nach Osten geflüchteten deutschen Täufnern haben sich lange Blutzeugenlisten erhalten. Viele der Exulanten hatten ihre Brüder und Schwestern, Eltern oder Kinder in der alten Heimat durch das Martyrium verloren.

Den entgegengesetzten Weg der Kapitulation, der *Konversion*, beschritten die Schwachen, Kleinmütigen und Verzagten, die dem Druck der Gewalthaber nachgaben und es vorzogen, ihrem Glauben abzuschwören, um sich Gut und Leben zu erhalten. Sie haben sich zumindest zum Schein zu einer der herrschenden Konfessionskirchen „bekehren“ lassen, die meisten von ihnen mit einer Mentalreservation, die wenigsten wohl aus wirklicher Überzeugung. Diesen Weg des geringsten Widerstands ist naturgemäß die Menge der Mitläufer gegangen. Zwingende menschliche, insbesondere familiäre Beweggründe dürfen dabei in vielen Fällen nicht übersehen werden. Mütter widerriefen, um ihre Säuglinge und kleinen Kinder nicht zu Waisen zu machen, Väter, um ihrer Familie nicht den Ernährer zu nehmen.

Doch gab es auch eine Konversion, die nicht gleichbedeutend war mit Kapitulation. Für diesen Unterschied war nicht entscheidend, ob der Übertritt zur Konfessionskirche mit oder ohne Mentalreservation erfolgte, sondern ob der Konvertit an seinen inneren Vorbehalten beharrlich festhielt und sie auch seinen Nachkommen und Verwandten übermittelte. War das nicht der Fall, dann wurde aus der fingierten Bekehrung durch die Macht der Umstände und der Gewohnheit noch in der gleichen oder der folgenden Generation eine wirkliche, wurde der Pseudokonvertit zum Renegaten. Das ist unter dem Druck der andersgläubigen Umwelt und ihrer Machthaber mit der Zeit bei der Mehrzahl der im Lande Verbliebenen der Fall gewesen. Wo dagegen allen Unterdrückungsmaßnahmen zum Trotz die täuferischen Ideen zäh festgehalten und an Kinder und Kindeskindern weitergegeben wurden, da führte die Scheinkonversion zum dritten Weg der Täufer, dem illegalen Fortbestehen in Gestalt des *Kryptoanabaptismus*. Kryptoanabaptismus oder Geheimtäuferum, das bedeutete innere Selbstbehauptung bei äußerer Unterwerfung. Wo er mehr war als die Überzeugungstreue eines einzelnen oder seiner Familie, setzte er die Wahrung eines organisatorischen Zusammenhalts voraus. Diesen Zusammenhalt gab das Konventikelwesen. In den täuferischen Konventikeln sammelte sich jene *Ecclesia subterranea*, als die das Täuferum in verschiedenen Gegenden Deutschlands bis ins 18. Jahrhundert fortbestanden hat. Der Kryptoanabaptismus dieser Konventikel wurde die rudimentäre Lebensform des Anabaptismus in Deutschland, während das Bekenntnistäuferum sich in östliche Länder zurückzog.

Beim Kryptoanabaptismus lassen sich, wie beim Täuferum überhaupt, zwei Hauptrichtungen unterscheiden: die konspirative, nach außen zielende, revolutionäre und die quietistische, nach innen gerichtete, beschauliche — je nachdem, ob man den Vorsatz hatte, die Täuferideen zur gegebenen Stunde wieder an die Außenwelt zu tragen und in der Welt durchzusetzen, oder ob man sich damit beschied, ein Eigenleben im engen Kreis zu führen. Die aktivistischen Konventikel stellen eine Vorform der verweltlichten radikalen Geheimbünde des 18. Jahrhunderts dar. Die von ihnen betriebene revolutionäre Konspiration war der Weg, der zu einem neuen Münster führen sollte.

Der konspirative Weg, das gefährvolle Leben in der Illegalität mit dem Ziel des gesellschaftlichen Umsturzes, auf das die Todesstrafe stand, war unter den Bedingungen der Fürstentyrannie und der Inquisition zweifellos der schwierigste. Das Überwachungssystem der Obrigkeiten mit seinen Spitzeln und Zwischenträgern machte die Zugehörigkeit zu einer Untergrundbewegung, die mit den Mitteln der Verschwörung arbeitete, zu einem Wagnis auf Leben und Tod. Dieser Weg erforderte nicht nur Charakterstärke und Beharrlichkeit, wie sie die Märtyrer aufbrachten, sondern zugleich ein hohes Maß von konspirativer Geschicklichkeit, d. h. eine Verbindung von innerer Festigkeit und äußerer Schmiegsamkeit. An Standhaftigkeit hat es vielen Täufern nicht gemangelt, wohl aber an Geschmeidigkeit. Diplomatische Fähigkeiten konnten bei ihnen nicht vorausgesetzt werden. Diese einfachen, schlichten Menschen aus dem Volk hatten das entgegengesetzte Ideal aufrechten Bekenntertums. Sie waren unerfahren in den

Künsten der Verstellung. Daher zeigten sie sich, bis auf wenige talentierte Führer mit großer Weltkenntnis, ihren geistlichen, adligen und patrizischen Gegenspielern auf diesem Gebiet in keiner Weise gewachsen.

So nimmt es nicht wunder, daß je länger je mehr die beschaulichen gegenüber den revolutionären Konventikeln, die sog. stillen gegenüber den sog. aufrührerischen Täufern die Oberhand gewannen. In der Zeit zwischen den beiden großen Erhebungen, zwischen 1525 und 1535, zeigte sich zunächst ein Nebeneinander, teilweise sogar ein Ineinandergreifen beider Richtungen. Es läßt sich auch in den östlichen Ausweichgebieten, am deutlichsten wiederum in Mähren, beobachten. Nach der neuerlichen Katastrophe von Münster aber, als in Städten und Dörfern Jagd auf versteckte Täufer gemacht wurde, traten die konspirativen Gruppen fast ganz hinter rein beschaulichen Andachtsgemeinschaften zurück, und selbst diese nahmen an Zahl ab. Das täuferische Konventikelwesen erstarrte in der Folge zu einem historisch unfruchtbaren Quietismus, der sich hermetisch von der Außenwelt abschloß. Die Kryptoanabaptisten lebten in einer „inneren Emigration“, an der die Geschichte ihres Landes und Volkes vorbeiging.

Aber auch das Dasein dieser verborgenen Täufer war entbehrungsreich und gefährdet zugleich. Bei Halberstadt haben sie zeitweilig unter freiem Himmel gelebt, weil sie sich weder in die Stadt noch in die umliegenden Dörfer wagen durften. Selbst gegen die Teilnehmer quietistischer Konventikel wurde die Todesstrafe ohne Nachsicht angewandt — ein Beweis, wie leicht der dritte Weg, das Sichverbergen, in den ersten, das Martyrium, ausmünden konnte. Ein erschütterndes Beispiel dafür bietet die Tragödie von der Leuchtenburg: Eine Gruppe mitteldeutscher Täufer unter Führung des schon genannten Schneiders Heinz Kraut und der bei Zwickau gebürtigen Gebrüder Möller war 1535 in einem Dorf südlich Jena bei einer Andacht überrascht und auf die Leuchtenburg in Gewahrsam gebracht worden. Selbst unter der Folter kam keinerlei Verbindung mit den Münsterern zum Vorschein. Dennoch wurden die verhafteten Männer, weil sie allen Drohungen, Überredungskünsten und Marterqualen zum Trotz fest zu ihrem religiösen Glauben standen und sich auch keine Erklärung gegen die Täufer von Münster abpressen ließen, 1536 in Jena und Neustadt an der Orla enthauptet. Während so zwei der drei Brüder Möller aus dem Zwickauischen auf Befehl des protestantischen Kurfürsten Johann Friedrich „des Großmütigen“ unter dem Richtschwert fielen, wurde der dritte, bei Sangerhausen ergriffene auf Anweisung des katholischen Herzogs Georg und auf Anraten des Kardinals Albrecht von Magdeburg und Mainz 1535 in Sangerhausen hingerichtet. Auf Anordnung Albrechts, der von den Albertinern Informationen über die Täufer in seinen Diözesen erhalten hatte, wurden ferner 1535 die in Halberstadt verhafteten stillen Täufer, soweit sie bei ihrem Glauben beharrten, ertränkt. Das Zusammenwirken protestantischer und katholischer, weltlicher und geistlicher Fürsten bei der Liquidierung des Täufertums wird an dieser Koinzidenz besonders deutlich.

Außer durch Untertauchen im heimatlichen Bereich ist Kryptoanabaptismus auch durch Ausweichen in andere Gegenden, durch *Ortswechsel* entstanden. Die politische Zersplitterung Deutschlands hatte bei all ihrer Schädlichkeit das Gute,

daß sie es Verfolgten erleichterte, aus einem Ländchen in ein anderes überzuwechseln. Besonders starke Ausmaße nahm die Fluktuation der Täufer in der Südwestecke des Reiches an, im schwäbisch-alemannischen Raum. In diesem buntscheckigsten Teil des alten Reiches, wo die politische Zersplitterung damals am größten war, konnte man leichter als anderwärts von einem Ländchen ins andere flüchten, um am neuen Aufenthaltsort unerkannt zu bleiben. Aber auch zwischen dem Herzen Deutschlands und den Randgebieten sowie zwischen Nord und Süd „rochierten“ die Täufer. So wichen mitteldeutsche Täufer, die durch ihre Teilnahme am Bauernkrieg belastet waren, wie schon am Beispiel des „Buchführers“ Hans Hut gezeigt, seit 1525 nach Süden aus und umgekehrt oberdeutsche Täufer, wie etwas später Melchior Hofmann, nach Norden. Das unruhige Wanderleben dieser und anderer Täuferführer erklärt sich mindestens ebenso sehr wie aus ihrer missionarischen Zielsetzung aus ihrer häufigen Zwangssituation des Aufder-Flucht-Seins. Hofmann, Hut, Hubmaier, Marbeck u. a., denen wieder und wieder Häsher auf den Fersen waren und Haftbefehle nachgejagt wurden, mußten sich an Orte in Sicherheit bringen, wo sie unbekannt waren und ihnen nicht die Schatten ihrer Vergangenheit anhafteten. Hofmann, der auch im Osten, im Baltikum, schon mit Nachstellungen und Kerker unliebsame Bekanntschaft gemacht hatte, wurde auf diese Weise schließlich nach Westen, in die Niederlande verschlagen. Hut dagegen und Hubmaier, der aus der Gegend von Augsburg stammte und im Breisgau gewirkt hatte, wo er ein Initiator der Erhebung der Bauern und Plebejer gegen die habsburgische Herrschaft gewesen war, wandten sich nach Osten, nach Mähren, wo sie sich in Nikolsburg begegneten.

Daß wir Hans Hut danach wieder in Salzburg und Augsburg und Melchior Hofmann erneut in Straßburg antreffen, zeigt, wie lebhaft die *Fluktuation* täuferischer Wanderprediger innerhalb des Reiches war. Sie erstreckte sich bis zu dessen äußersten Grenzen im Osten (Mähren, Ordensstaat), Westen (Holland, Westfriesland), Norden (Wasserkante) und Süden (Tirol und Kärnten). Besonders rege war sie zwischen dem Mutterland und Mähren, vor allem zwischen Tirol und Schwaben einerseits und Mähren andererseits, aber auch zwischen Mähren und der Schweiz, den ober- und mittelrheinischen Gebieten, Hessen, Westfalen, Thüringen, Obersachsen, Schlesien, Franken, Bayern. Jakob Huter und andere Tiroler Täufer reisten von 1529–1535 noch mehrmals zwischen Mähren und Tirol hin und her. Auf einer dieser Reisen fand Huter in seinem Heimatland den Märtyrertod. Wie er sind nicht wenige Exulanten, die sich nach der alten Heimat zurücksehnten oder in ihr Mission treiben wollten, auf die Nachricht, daß die Verfolgung nachgelassen habe, dorthin zurückgekehrt, um dann, wenn neue Verfolgungen einsetzten, entweder verhaftet und in vielen Fällen hingerichtet zu werden oder erneut und schließlich endgültig zu fliehen.

Auf diese Weise wurde aus dem vorübergehend gedachten Ortswechsel die endgültige *Auswanderung*. So leitet der dritte Weg, das Untertauchen und Sichverschließen, über zum vierten, der Verlegung von Wohnsitz und Wirkungsstätte ins Ausland. Dies, die Emigration, war der bei weitem am häufigsten beschrittene der vier Wege. In den allermeisten Fällen führte sie nach Osten. Diese Wendung

nach Osten sollte für die weiteren Schicksale und für den Fortbestand des deutschen Täufertums entscheidend werden.

Im Vergleich zu den drei anderen Wegen wies die Auswanderung nach Osten Vor- und Nachteile auf. Gegenüber den beiden extremen Lösungen – Märtyrertod oder völlige Bekehrung zur herrschenden Kirche – handelte es sich bei der Emigration um eine Art mittleren Weg. Freilich war dies keine goldene Mittelstraße, sondern, wie die „innere Emigration“ (das Untertauchen oder Fluktuieren), ein notgedrungenes Weichen vor der Gewalt. Die Emigranten bewahrten ihren Glauben, ohne die Risiken der Illegalität einzugehen, und sie ersparten sich auch die Demütigungen und Gewissensskrupel der Zwangsbekehrten. So gingen sie manchen äußeren und inneren Konflikten aus dem Wege. Insofern bedeutete ihr Weg eine klare Entscheidung. Der Entschluß, das angestammte Land zu verlassen, hatte aber auch seine Schattenseiten. In ihm lag zugleich ein Verzicht: Das Festhalten am einmal für richtig erkannten Glauben wurde mit der Preisgabe der Heimat, mit dem Verlust von Hab und Gut sehr teuer erkaufte. Schwer genug war es für Ketzer, die sich mutig als solche bekannten, sich im fremden Land eine neue Existenz aufzubauen. Schwerer noch als die persönlichen Nachteile und Schwierigkeiten aber wog in historischer Sicht der Verzicht auf die Selbstbehauptung und Durchsetzung im eigenen Lande.

Die Ostwanderung deutscher Täufer setzte, wie erwähnt, 1526, ein Jahr nach dem Bauernkrieg, in großem Maßstab ein und war zunächst vor allem nach Südmähren (Nikolsburg/Mikulov) gerichtet. Seitdem riß sie nicht mehr ab. Sie war ein ständig fließender, aber nicht gleichmäßig starker Strom. Jedesmal, wenn es in Deutschland oder Teilen Deutschlands zu einer Klimax der Gewaltmaßregeln gegen die Täufer kam, schwoll dieser Strom an: An den Höhepunkten der Einwanderung in Mähren kann man die Höhepunkte der Verfolgung in Deutschland ablesen.

Vier große Wellen der täuferischen Ostwanderung lassen sich auf diese Weise unterscheiden. Sie fallen mit vier Kulminationen der täuferfeindlichen Repressivpolitik in Deutschland zusammen. Die erste setzte 1525/26 nach dem Scheitern des Bauernkrieges ein. Als dennoch und allen Daumenschrauben zum Trotz das Täufertum in Deutschland seit 1526 weiter um sich griff, ergingen die Wiedertäufermandate von 1528/29. Diese Todesgesetze ließen für jeden aufrechten Bekenner nur noch die Wahl zwischen Martyrium und Exil. Sie lösten die zweite Auswanderungswelle in Richtung Mähren aus. Die dritte Welle folgte in den 30er Jahren, nach dem Fehlschlag der Kommune von Münster. Die vierte endlich schloß sich seit 1547 an, nach der Niederlage der Protestanten im Schmalkaldischen Krieg (Schlacht bei Mühlberg an der Elbe), die das Signal zur verstärkten Verfolgung aller Nichtkatholiken in den Gebieten katholischer Fürsten gab – ähnlich wie später, im Dreißigjährigen Krieg, der Niederlage der Protestanten in der Schlacht am Weißen Berg vor Prag (1620) die Austreibung der Täufer aus ihrem mährischen Asyl noch weiter nach Osten auf dem Fuße folgte.

Die Täuferexulanten in Mähren, der Slowakei und anderen östlichen Ländern kamen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands. Sie setzten sich demgemäß aus Angehörigen fast aller deutschen Stämme zusammen. Wie die Verfolgung der

Täufer, so hat also auch ihre Auswanderung nach Osten gesamtdeutsches Ausmaß angenommen.

In den Jahren seit 1525 hatten, wie bereits betont, zunächst die Oberdeutschen den Hauptanteil an der täuferischen Ostwanderung. Vertreter der alemannisch-bairischen Stammesgruppe bildeten demgemäß den Grundstock der Exulanten. Diese oberdeutsche Grundlage hat sprachlich ihren Niederschlag darin gefunden, daß in die frühneuhochdeutsche Ausgleichssprache der Täuferexulanten in Mähren, der Slowakei, Siebenbürgen und der Ukraine, wie sie uns in den „Geschichtsbüchern“ der Hutterischen Brüder entgegentritt, ungeachtet des späteren mittel- und niederdeutschen Zuzugs vorwiegend Eigentümlichkeiten alemannischer und besonders bairischer Mundarten (Schwäbisch, Tirolisch u. a.) eingegangen sind.

Die zur ersten Welle (1525–1527) gehörenden Täuferemigranten kamen vornehmlich aus Hauptaufstandsgebieten des Bauernkrieges. Die meisten Zuwanderer entsandten anfangs die Gebiete nördlich der Alpen nach Mähren: Vom Oberrhein, von der schwäbischen und der bairischen Donau, wo überall die Herren nach ihrem Sieg blutige Abrechnung mit beteiligten und unbeteiligten Ketzern hielten, strömten die Flüchtlinge in hellen Scharen ostwärts.

Längere Zeit als im Flachland benötigten die Verfolger im „Oberland“, um das Täufertum zu vernichten. In den unzugänglichen Alpentälern waren die Ketzer nicht so leicht aufzuspüren. Unter den freiheitsliebenden Bergbauern, die sich nur schwer in Gutsherrschaften zwingen ließen, schwelte auch, begünstigt durch die Natur des Landes, die revolutionäre Bauernbewegung (Gaismaier) noch eine Zeitlang weiter. Als dann aber nach dem Erlaß der Wiedertäufermandate sowohl die habsburgischen Behörden in Tirol und Innerösterreich wie die erzbischöflichen im Salzburgerischen und die patrizischen Obrigkeiten in den Schweizer Kantonen immer schärfer gegen die Täufer vorgingen und eine systematische Ausrottungspolitik durchführten, haben sie auch hier die Verfolgten aus dem Lande getrieben. Daher stammten von den Täuferexulanten der zweiten Welle, die gegen Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre des 16. Jahrhunderts im Osten, vor allem in Mähren, einlangten, besonders viele aus Tirol, daneben aus der Schweiz, dem Erzbistum Salzburg und Kärnten.

Seit dem Ende der 20er Jahre verstärkte sich auch der Zuzug von Angehörigen mitteldeutscher Stämme nach Mähren. Unter diesen befanden sich sowohl Ostmitteldeutsche – besonders Schlesier, die durch die geographische Nähe und politische Zusammengehörigkeit leichteren Zugang zu Mähren hatten, ferner Obersachsen und Thüringer – als auch Westmitteldeutsche (Franken, Hessen, Pfälzer und Rheinländer). Am zahlreichsten waren von ihnen Schlesier, Hessen und Pfälzer vertreten. Die Ost- und Westmitteldeutschen gelangten auf sehr verschiedenen Wegen nach Mähren: Schlesier kamen von Norden, Obersachsen und Thüringer sowie ein Teil der Franken von Westen (durch Böhmen), die übrigen, wie die meisten Oberdeutschen, von Süden (auf dem Donauweg).

Mit der dritten Einwanderungswelle, seit Mitte der 30er Jahre, trifft man dann in Mähren auch Niederdeutsche in größerer Zahl, insbesondere Täufer aus West-

falen und vom Niederrhein. Doch blieben in den südöstlichen Exilgebieten der deutschen Täufer (Mähren, Slowakei, Siebenbürgen, Walachei, Ungarn, süd-slawisches Gebiet) die Niederdeutschen gegenüber den Ober- und Mitteldeutschen weit in der Minderheit, so wie sie umgekehrt in den nordöstlichen Exilgebieten (Weichselmündung, Ostpreußen, Wolhynien, Wolgagebiet, Sibirien) stark überwogen. Ein annäherndes Gleichgewicht zwischen Ober- und Niederdeutschen ergab sich später, im 18. und 19. Jahrhundert, unter den Täuferexulanten in der Nord-, Süd- und Ostukraine.

So hat sich im östlichen Exil ein Konglomerat von Deutschen der verschiedensten Stämme zusammengefunden, ein typischer Kolonistenschlag. Es muß daher auf den ersten Blick in Erstaunen setzen, daß diese buntgemischten Stammessplitter aus aller deutschen Herren Länder in überraschend kurzer Zeit zu einer fest geschlossenen, straffen, brüderlichen Gemeinschaft zusammenwuchsen, vor allem in Mähren.

Aber so uneinheitlich die Exulanten ihrer territorialen Herkunft nach waren, so einheitlich waren sie, wie bereits bemerkt, in ihrem sozialen Gepräge. Handwerks- gesellen und Handwerksmeister überwogen unter den Ankömmlingen aus allen Stämmen. Selbst unter den Zuwanderern aus ausgesprochen agrarischen Gebieten waren die städtischen und die Dorfhandwerker den Bauern gegenüber oft in der Überzahl. Nächste den Handwerkern waren Arbeitsleute, Bergleute und auch Bauern in größerer Zahl vertreten. Aus dem gehobenen Bürgertum oder gar dem Adel stammten dagegen fast nur Einzelgänger. Die Täuferexulanten in Mähren und der Slowakei waren also, bei aller Heterogenität nach Stämmen und Staaten, geeint durch ihren gemeinsamen plebejischen bzw. plebejisch-bäuerlichen Charakter.

Das zweite einigende Band war der gemeinsame religiöse Glaube, gefestigt durch gemeinsames Leid. Alle diese Exulanten kamen, vertrieben von der Wut der Verfolger und erfüllt von der Hoffnung, in dem vermeintlichen Täuferparadies Mähren frei und unbehindert ihrem Glauben leben zu können.

Der gemeinsame Aufbau einer Existenz unter gemeinsamen Schwierigkeiten in der neuen Heimat, d. h. die gemeinsame Arbeit, schmiedete sie noch fester zusammen. So ist vor allem die deutsche Täufergemeinschaft des 16. und 17. Jahrhunderts in Mähren und der Slowakei ein Beweis mehr für die Tatsache, daß wirtschaftliche, klassenmäßige und ideelle Gemeinsamkeiten fester verbinden können als genealogische, landschaftlich-stammesmäßige und staatliche Bindungen, daß Ökonomie und Ideologie im Werden einer neuen Gesellschaft stärker sind als Stammesverwandtschaft und frühere politische Zugehörigkeit. Dabei wird man die gemeinschaftsbildende Kraft der gemeinsamen gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion in gemeinsamer Werkstatt und auf gemeinsamem Boden, wie dies unter den Täuferexulanten des Ostens organisiert war, noch höher einzuschätzen haben als die gleiche soziale Abkunft.

Mannigfaltig wie die Herkunftsländer waren auch die Zielländer der Täuferexulanten. Gemeinsam aber war der weit überwiegenden Mehrzahl der Emigranten, wie betont, die Fluchtrichtung nach Osten. Die deutsche täuferische

Diaspora des Ostens umspannte einen riesigen, am Ende sogar eurasischen Bereich, der vom Weichseldelta bis zur Wolga, ja schließlich, wie erwähnt, bis nach Sibirien reichte und von Moldau und March bis in die Ostukraine sowie später darüber hinaus nach Kaukasien und Mittelasien. Von den Sümpfen des Weichselwerders bis in die sibirische Taiga und von den Weinbergen Südmährens bis in die turkestanische Steppe haben deutsche Täuferexulanten Ödland kultiviert oder bereits bestehendes Kulturland intensiver bebaut.

Die Grundlagen für dieses erstaunlich extensive Siedlungs- und Meliorationswerk des deutschen Exiltäufertums im Osten wurden bereits während des 16. Jahrhunderts, unmittelbar nach dem Scheitern des Großen Deutschen Bauernkrieges, geschaffen. Voraussetzung war die Aufnahmebereitschaft östlicher Asylländer für emigrierende Häretiker: Im 16. Jahrhundert und zu Beginn des 17. Jahrhunderts bestand längere Zeit eine Art *ostmitteleuropäische Toleranzzone*, in der verfolgte Ketzer aus vielen Ländern Unterschlupf fanden.¹⁰ Diese Toleranzzone reichte von der Ostsee bis zu den Südkarpaten. Sie umfaßte das „Königliche“, d. h. polnische Preußen, Litauen, Groß- und Klempolen, die polnische Westukraine, Mähren und Siebenbürgen sowie Teile Schlesiens, Nordungarns (der Slowakei) und des engeren Ungarn, zeitweise auch das „Herzogliche Preußen“ (Ostpreußen) und Böhmen. In allen diesen Ländern, in denen freilich nur eine eingeschränkte, öfter von Verfolgungen unterbrochene Toleranz herrschte, haben Täufer- und Arianerexulanten im 16. und 17. Jahrhundert Zuflucht gesucht.

Die Toleranzländer par excellence aber – in denen allerdings ebenfalls nur eine relative Toleranz geübt wurde – waren Mähren, Siebenbürgen und das Gebiet des polnischen Staates. In diesen Ländern vor allem haben daher deutsche Täufer und taufgesinnte deutsche Arianer (Antitrinitarier) ein Asyl gefunden. Zum Sammelbecken des Exiltäufertums wurde zunächst seit 1526 das schon öfter genannte Mähren.

Aus geographischen und historischen Gründen hätte man eher Böhmen als Rückzugsgebiet der Täufer erwarten sollen. Besonders für die Täuferexulanten aus Niederschlesien, Obersachsen, Thüringen, Franken, Niederbayern und Oberösterreich war das alte Ketzerland sowohl das nächstgelegene als auch im übertragenen Sinne naheliegendste Fluchtziel. Dorthin wiesen außerdem die Gemeinsamkeiten mit den Böhmisches Brüdern. Viele flüchtige Täufer haben deshalb ihre Hoffnungen zunächst auf Böhmen gerichtet.

Die meisten Exulanten haben jedoch vergeblich bei den böhmischen Herren angeklopft. Die Verhältnisse gestalteten sich hier unter der habsburgischen Herrschaft ungünstig für die Täufer. Der böhmische Landtag nahm eine feindselige Haltung gegen sie ein. Nicht nur Katholiken und Lutheraner waren den Täufeln in Böhmen feind, auch die Utraquisten und selbst die Böhmisches Brüder sperrten sich gegen sie. Mancher böhmische Adlige akatholischer Konfession besorgte,

¹⁰ Vgl. G. Mühlfordt, Deutsche und polnische Arianer, in: Deutsch-slawische Wechselseitigkeit (Berlin 1956) 80ff.; ders., Arian. Exulanten als Vorboten der Aufklärung, in: Renaissance und Humanismus in Mittel- und Osteuropa, hg. v. J. Irmischer, Bd. 2, Berlin (noch nicht erschienen).

— Die ostmitteleuropäischen Toleranzländer —
 Das Zufluchtsgebiet deutscher Täufer und Arianer im 16. und 17. Jahrhundert

durch die Aufnahme von Ketzern, die als wilde Rebellen verschrien waren, selbst in den Verdacht aufrührerischer Gesinnung zu kommen. Die Brüderunität distanzierte sich ängstlich von den Täufern, aus Furcht, mit ihnen vermengt zu werden – was tatsächlich oft geschehen ist, zumal die Anhänger beider religiösen Gemeinschaften sich als Brüder und Schwestern anredeten. Daher hat die Unität 1534, während der Kommune von Münster, ihren Brauch, Konvertiten wiederzutaufen, in aller Form abgeschafft. So blieb das Land des Hus entgegen, ja z. T. gerade wegen seiner ketzerischen Tradition den Taufgesinnten verschlossen.

Infolge dieser Sachlage haben die Täufer lediglich an einer Stelle in Südböhmen, in Krumau/Český Krumlov, an der oberen Moldau, festen Fuß gefaßt. Hier bildete sich eine Täufergemeinde, die zwar 1529 durch Abzüge nach Mähren geschwächt wurde, aber auch später noch erwähnt wird.

Nur ganz vorübergehend sind 1534, als infolge der Ereignisse von Münster auch über die Täuferexulanten in Mähren verstärkte Verfolgungen hereinbrachen, größere Scharen von Täufern aus Mähren Zuflucht suchend in Ostböhmen aufgetaucht. Sie wurden alsbald ausgewiesen.

Dauernde Bedeutung aber erlangte Böhmen für die Täuferexulanten als Durchgangsstation auf ihrer Flucht weiter nach Osten.

Auch für den Pendelverkehr von Sendboten und Verwandtenbesuchen zwischen den östlichen Domizilen der Täufer und der alten Heimat blieb es als Transitland von Wichtigkeit. Die Durchzüge von Täufern durch Böhmen rissen während des ganzen 16. Jahrhunderts nicht ab.

Da Böhmen für die feste Niederlassung ausfiel, richteten sich die Blicke der Täufer um so mehr auf dessen Nebenland Mähren. Dorthin zog sowohl die Masse derjenigen Exulanten, die sich zuerst nach Böhmen gewandt hatten, wie die große Zahl derer, die aus den Gebieten der Donau von Süden und der Oder von Norden kamen.

Die Täufer fanden hier seit dem Stichjahr 1526 Schutz bei einem Teil des einheimischen tschechischen, deutschen oder madjarischen Adels, der in ständisch-regionalistischer, darunter konfessionell-kirchenpolitischer Opposition gegen die Habsburger stand, einer Opposition, die bei den Tschechen zugleich einen nationalen Akzent trug.

Die den Herren von Liechtenstein gehörende Stadt Nikolsburg/Mikulov wurde das „Emmaus“, der östliche Treffpunkt der Täuferexulanten. In dieser Stadt und ihrer Umgebung und dann auch im weiteren Süd- und Mittelmähren sowie in der benachbarten westlichen Slowakei sind die Täufer schnell seßhaft geworden und haben bald zahlreiche Siedlungskolonien in Gestalt von Bruderkommunen gegründet.

Bei den Daheimgebliebenen in Deutschland verbreitete sich daher der Ruf von Mähren als dem „Kanaan“ der Täufer, und immer neue Scharen strömten herbei. So wurde die Markgrafschaft zum „klassischen“ Asylland für die täuferische Märtyrerkirche Deutschlands. Zu ihrem Einzugsgebiet gehörte fast der gesamte ober- und mitteldeutsche Stammesbereich, von Kärnten bis zum Oberrhein und von der Pfalz bis Schlesien.

Von der Plattform Mähren aus ist dann die weitere Ausbreitung und Ausstrahlung des Exiltäuferturns über den ostmitteleuropäisch-osteuropäischen Raum erfolgt: Wie zunächst von mährischen Adligen, so wurde deutschen Täufern oder taufgesinnten deutschen Arianern später auch auf den Besitzungen ungarischer, siebenbürgischer, polnischer, litauischer und russischer Adliger Asyl und religiöse Duldung gewährt.

Die weiteren Etappenstationen der täuferischen Ostwanderung von Mähren aus – auf der Hauptlinie des Ostzuges der ober- und mitteldeutschen Täufer – waren die Slowakei, Siebenbürgen, die Walachei und die Ukraine: Auf die Schlacht am Weißen Berg folgte 1622 die Ausweisung aus Mähren und die Flucht in die Slowakei, wo schon vorher kleinere Teile ansässig waren. Neue Verfolgungen bewirkten den Abzug des glaubenstreuen Kerns nach Siebenbürgen. Da die Flüchtlinge auch dort verfolgt wurden, flohen sie 1767 in die Walachei, um dann endlich 1770 durch den russischen General Rumjancev Aufnahme und Sicherheit in der Ukraine zu finden.

Im Rückblick auf die Ansiedlung der Täufer im Osten erheben sich nun drei Fragen: 1. Warum sind die emigrierenden Täufer in ihrer erdrückenden Mehrheit nicht nach Westen, Nordwesten, Norden oder Süden, sondern gerade nach Osten gezogen? 2. Warum bestand zum Unterschied vom größten Teil Europas in Ostmitteleuropa und im angrenzenden Streifen von Osteuropa eine weitgehende Toleranz? 3. Was bewog ostmitteleuropäische und osteuropäische adlige Großgrundbesitzer, die als gefährliche Unruhestifter verleumdeten Täufer und die nicht minder angefeindeten Arianer auf ihren Besitzungen aufzunehmen?

Zunächst zur ersten Frage. Daß die Exulanten sich nach Osten und nicht in andere Richtung wandten, mag erstaunlich scheinen, da im Westen, Nordwesten und Süden entwickeltere und z. T. auch angenehmere Verhältnisse lockten. Die Antwort auf diese Frage wurde aber eigentlich schon gegeben: Der entscheidende Grund lag in der Existenz der *ostmitteleuropäischen Toleranzzone*, d. h. die Täuferemigranten schlugen den Weg nach Osten deshalb ein, weil sie – was sich schnell herumgesprochen hatte – dort auf Duldung rechnen konnten, im katholischen West- und Südeuropa und im protestantischen Nordwest- und Nordeuropa dagegen nicht. Einzelne Versuche, in England oder Dänemark Zuflucht zu finden, hatten mit Fehlschlägen geendet. Lediglich in den Niederlanden sind seit 1577 – als der Unabhängigkeitskampf gegen die spanische Herrschaft die Zusammenfassung aller Kräfte erheischte – die am Privateigentum festhaltenden Mennoniten auf Veranlassung Wilhelms I. von Nassau-Oranien offiziell geduldet worden, blieben aber trotzdem auch am Ende des 16. Jahrhunderts und im 17. Jahrhundert Verfolgungen durch Provinzialstaaten oder städtische Obrigkeiten sowie vor allem von seiten der kalvinistischen Geistlichkeit ausgesetzt. Für die in Gütergemeinschaft lebenden Hutterischen Brüder wäre auch hier kaum ein Platz gewesen.

Ein zweiter Grund, weshalb es die Exulanten gerade nach Osten zog, ist darin zu suchen, daß sie dort beruflich weniger mit Konkurrenz zu kämpfen hatten. In Ostmitteleuropa waren sie in den von ihnen betriebenen Handwerken, als Messer-

schmiede, Töpfer, Müller usw., gesuchte Fachleute, während in anderen Ländern besonders in den Niederlanden, diese Erwerbszweige z. T. überbesetzt waren. Schwäbische und bairische Täufer folgten teilweise auch ihrer natürlichen Verkehrsader, der Donau, und den auf dieser bedeutsamen Handelsroute bestehenden wirtschaftlichen Verbindungen.

Dieses Moment leitet bereits zur zweiten und dritten Frage über; denn es waren zum erheblichen Teil wirtschaftliche Erwägungen, die zur ostmitteleuropäischen Toleranz im allgemeinen und zur Duldung der Täufer im besonderen führten. Wie später, am Ende des 18. Jahrhunderts, für die josefinische Toleranz der Gedanke mit maßgebend war, nichtkatholische Fabrikanten und Fachleute ins Land zu ziehen – nach den böhmischen, ungarischen, galizischen und den im engeren Sinne österreichischen Ländern –, so bestand auch im 16. Jahrhundert in Ostmitteleuropa ein Mangel an Spezialisten mit fortgeschrittenen Arbeitsmethoden, wie sie in Westeuropa und Westmitteleuropa aufgekommen waren. Die Täufer aber empfahlen sich in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen als solche Fachleute. Sie waren kunstfertige Handwerker, geschickte Landwirte, Gärtner und Winzer, die durch ihre gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse den Reichtum ihrer adligen Herren mehren und deren Bedarf an wichtigen Fertigwaren decken konnten – an Waren, die sonst für teures Geld eingeführt werden mußten.

Bezeichnend ist die Antwort, die 1540 der mährische Landtag erteilte, als die habsburgische Regierung von ihm forderte, die Täufer nicht mehr im Lande zu dulden: Ohne die Wiedertäufer würden ganze Landstriche veröden, und ohne sie könne man die geforderten Steuern, insbesondere die Türkenhilfe, nicht aufbringen. Der letzte Punkt weist zugleich auf das finanzielle Duldungsmotiv hin: Die mährischen und nordungarischen Gutsherren versprachen sich von den tüchtigen Exulanten ein höheres Steueraufkommen, einträgliche Abgaben in Geld und in natura.

So suchten und fanden die Gutsbesitzer in Mähren und der Slowakei, in Siebenbürgen und der Ukraine handfeste wirtschaftliche und andere Vorteile, als sie die deutschen Täuferexulanten aufnahmen. Es war also vor allem die Tüchtigkeit, d. h. die werteschaffende Arbeit, die hohe Arbeitsproduktivität der Ketzer, die ihnen schließlich doch ein Fleckchen Erde verschaffte, auf dem sie, wenngleich keineswegs ungestört, in Frieden ihrem religiösen Glauben leben konnten.

Dazu kamen innenpolitische Beweggründe des landsässigen Adels, die für die Duldung der Ketzer sprachen. In Ostmitteleuropa stand im 16. Jahrhundert der Kampf zwischen Bürgertum und Adel um die Macht historisch noch nicht auf der Tagesordnung, d. h. das Bürgertum war zu schwach, um das Adelsregime zu stürzen oder auch nur den Versuch dazu zu unternehmen. Im Vordergrund der innenpolitischen Auseinandersetzungen zeigte sich hier, vom Ringen der Bauern gegen die Gutsherren abgesehen, der Widerstand des Landadels gegen absolutistisch-zentralisierende Groß- und Hausmachtbestrebungen überregionaler Dynastien (Habsburger, Jagellonen, Osmanen) und gegen die großenteils, insbesondere im habsburgischen Herrschaftsbereich, mit diesen im Bunde stehende ka-

tholische Kirche: Regionale Adelsfronden, die je nach dem Grad ihrer Opposition regionalistischen, autonomistischen oder separatistischen Charakter mit mehr oder weniger ausgeprägt nationaler Färbung trugen, stellten sich gegen den Bund von Krone und Klerus. Antiabsolutistisch und antizentralistisch bedeutete daher in Mähren und Böhmen, in Ungarn und Siebenbürgen, in Polen und Litauen im 16. Jahrhundert vielfach zugleich antikatholisch.

Die freie Wahl der Konfession durch die Adligen für sich persönlich und für ihre Familie und die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über das religiöse Bekenntnis ihrer Gutsuntertanen aber bildete ein wichtiges Stück der vom Landadel verteidigten oder geforderten persönlichen Freiheit und ständisch-regionalen Autonomie. Diese ständischen und regionalen Privilegien wurden von den Gutsbesitzern wie ihr Augapfel gehütet. Durch die Aufnahme der von den Habsburgern und anderen Landesfürsten verfolgten Protestanten, Täufer und Arianer bekundete der Grundadel daher seine Opposition gegen die z. T. auf die katholische Geistlichkeit gestützte Zentralisierungspolitik.

Natürlich gab es bei einigen adligen Schutzherren der Täufer auch persönliche religiöse und ethische Empfindungen und Überzeugungen, die ins Gewicht fielen. Den mährischen Gutsherren zumal war der Gedanke der Erwachsenentaufe von den Mährischen und Böhmisches Brüdern her vertraut. Humanitäre Regungen, Mitleid mit den Verfolgten, als christliche Nächstenliebe motiviert, kamen wohl meist erst in zweiter Linie oder gar nicht zur Geltung.

Zusammenfassend ist über die Gründe für die Wendung der Täufer nach Osten und für ihre Duldung in Ostmitteleuropa und Osteuropa zu sagen: Es war die Anziehungskraft der ostmitteleuropäischen Toleranz, was die emigrierenden Täufer in die östliche Richtung zog. Bei der Rezeption der Exulanten durch östliche Gutsherren wirkten wirtschaftliche, innenpolitische und religiös-gefühlsmäßige Motive mit. Ausschlaggebend für die Tolerierung war in den meisten Fällen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das Spezialistentum der Zuwanderer. Außer der hohen Arbeitsproduktivität der Exulanten trug auch die innenpolitische Situation in den Ländern Ostmitteleuropas, der Gegensatz zwischen dem frondierenden Grundadel und der Koalition von Krone, Kirche und Hofadel, dazu bei, daß den Täufern die Pforten zu jenen Gebieten geöffnet wurden. Jedenfalls bestimmten nicht etwa ausschließlich oder auch nur vorwiegend religiöse und altruistische Motive das Wohlwollen adliger Schirmherren für die Exiltäufer, sondern in der Hauptsache sehr irdische, lukrative.

Schon wegen der Gewinnsucht und Habgier ihrer Patrone lebten die Exulanten in dem angeblichen Täuferparadies Mähren denn auch alles andere als paradiesisch. Sie waren vielen Bedrückungen ausgesetzt. Manche Gutsherren suchten aus ihren Schützlingen soviel wie nur irgend möglich herauszupressen. Der Abgaben- und Steuerdruck war bisweilen unerträglich. Immer aufs neue wurden die Ketzer geschröpft, wurde der bescheidene Wohlstand abgeschöpft, den die fleißigen Täufer sich durch ihrer Hände Arbeit mühsam erworben hatten. Versprechungen, die bei der Ansiedlung gemacht worden waren, sind oft nicht gehalten worden – darin glichen sich adlige Schutz-

herren der verschiedenen Nationalitäten. Mitunter trieb das Willkürregiment oder auch nur die Laune eines Gutstyranen die Täufer wegen irgendeines kleinen Zwischenfalls erneut aus ihren Sitzen und beraubte sie der Früchte jahrzehntelangen Schaffens.

Noch mehr in Frage gestellt wurde die ostmitteleuropäische Toleranz durch die häufigen Anordnungen der Landesregierung gegen die Täufer. Immer wieder drängten insbesondere die Habsburger, vor allem Ferdinand I. und später Ferdinand II., den mährischen Landtag, gegen die Exulanten schärfere Seiten aufzuziehen. Während bis zum März 1528 Mähren für die gemäßigten Täufer eine Insel des Friedens war, forderte Ferdinand I. seitdem die Anwendung der Wiedertäufermandate auf Mähren. Auch zur Zeit der Kommune von Münster und zur Zeit des Schmalkaldischen Krieges schlugen die Wellen der Verfolgung bis ins mährische Exil.

Außerdem wurde die fragwürdige Toleranz auch durch Einmischung der Grundobrigkeit in innere Auseinandersetzungen der Täufer getrübt (Begünstigung gemäßigter Elemente, Maßregelung oder Verhaftung radikaler Führer). Die Täufer hatten in ihre ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Exilländer jene inneren Spannungen mitgenommen, von denen sie bereits in Deutschland erfüllt gewesen waren. In der deutschen Heimat waren diese Gegensätze zwischen einzelnen Richtungen und Gruppierungen unter dem Druck der Glaubensstyannei nicht zum vollen Austrag gekommen. Unter den relativ günstigeren Lebensbedingungen des östlichen Exils dagegen, in Mähren sowie später in der Slowakei, in Siebenbürgen und in der Ukraine, kamen sie zum offenen Ausbruch. Verschiedentlich sind sie bis zur letzten Konsequenz ausgefochten worden (Ausschluß und Abzug abweichender Gruppen). Bei den Täuferexulanten bestand also in den freilich sehr begrenzten Zeitabschnitten, in denen sie freier Atem schöpfen konnten, ein spannungsgeladenes Neben- und Gegeneinander verschiedener Strömungen und Tendenzen, um die der gemeinsame Gedanke der Spättaufe nur ein loses einigendes Band schlug.

Welcher Art waren die Widersprüche, die das Täufertum durchzogen? Man kann sie in wirtschaftliche, rechtliche, politische und ideelle einteilen, oder, anders ausgedrückt, in Gegensätze auf den Gebieten der Produktion und Konsumtion, des Eigentums, der Obrigkeit, des Militärdienstes sowie auf dem im engeren Sinne religiösen Gebiet (in Fragen der Dogmen und Sakramente, der Inspiration und des Chiliasmus u. a.).

Der ökonomische und rechtliche Antagonismus bestand in einer entgegengesetzten Einstellung zu den Produktionsmethoden, zur Organisation der Arbeit, zum Besitz von Produktionsmitteln, zum Eigentum überhaupt sowie zur Verteilung der Produkte und zur Form ihrer Konsumtion. Es gab eine Richtung, die für Gemeinschaftsarbeit, für genossenschaftliche Produktion und Konsumtion, für handwerkliche Großwerkstätten, für das Gemeineigentum (Gütergemeinschaft) und für die Wohngemeinschaft in großen „Bruderhöfen“ oder „Haushaben“ eintrat, und es gab eine andere, wirtschaftlich konservativere, die an der kleinen Warenproduktion, am Privateigentum und an individueller Lebensgestaltung festhielt.

Es war, um die Dinge vereinfachend auf eine kurze Formel zu bringen, ein Widerstreit von Kollektivismus und Individualismus.

Die Vertreter der kollektivistischen Richtung im Osten, die Hutterischen Brüder, haben seit den 30er Jahren des 16. Jahrhunderts vor allem in Mähren, daneben in der Slowakei, später in Siebenbürgen und noch später in der Ukraine, vereinzelt und vorübergehend auch in Polen, bei Elbing und im eigentlichen Ungarn, ihre „Bruderhöfe“ oder „Haushaben“ errichtet. Südmähren und den Westrand der Slowakei haben sie mit einem dichten Netz solcher Gemeinschaftssiedlungen überzogen.¹¹ Die Hutterer haben diese auf Gemeinbesitz aufgebauten „Haushaben“ durch alle Fährnisse und Widrigkeiten hindurch jahrhundertlang bewahrt. Sie haben ihre Einrichtung der Bruderkommunen von Mähren nach der Slowakei, von dort nach Siebenbürgen und von Siebenbürgen weiter nach der Ukraine getragen, um sie schließlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit nach Amerika hinüberzunehmen.

Die Erbauer dieser kommunischen Bruderhöfe, die Anhänger der Gütergemeinschaft und der Genossenschaftsordnung unter den ersten Täuferexulanten in Mähren, nannten sich *Gemeinschaftler* (Gemeinschaftler). Die ihnen abgeneigten Verfechter des Privateigentums bei den Arianern in Polen übersetzten diese Bezeichnung ins Lateinische als *Communistae*. Die bis heute herrschende Meinung, daß der Begriff „Kommunist“ erst 1840 oder 1827 geprägt worden sei, setzt die Entstehung dieses Wortes daher drei Jahrhunderte zu spät an.

In politisch-sozialen Fragen waren die Gegensätze unter den Täufern schon in den Ausgangsländern hart aufeinandergeprallt. Hierbei ist eine innenpolitische und eine außenpolitische Seite zu unterscheiden.

In den Entstehungsgebieten der Täufer hatte zunächst der innenpolitische Aspekt im Vordergrund der Auseinandersetzungen gestanden. Anerkennung oder Sturz der bestehenden Obrigkeit, Sonderung von der Welt oder Umwälzung der Welt lautete dabei die Alternative. In dieser Frontstellung standen sich von der Nordsee bis zu den Alpen „stille“ und „aufrührerische“ Täufer gegenüber, d. h. quietistische und aktivistische Elemente, Pazifisten und Revolutionäre.

Nach der Niederlage des Bauernkrieges und erst recht nach der Niederlage der Kommune von Münster war allerdings auch im östlichen Exil kein Platz mehr für ein offen revolutionäres Programm, nicht einmal in chiliastischer Verhüllung. Nur die sog. friedlichen, d. h. arevolutionären Täufer konnten auf Duldung rechnen. So ist es bezeichnend, daß der Chiliast Hans Hut in Mähren als Pazifist auftrat.

Die Meinungskämpfe auf politisch-sozialem Gebiet verschoben sich in Mähren von der innenpolitischen nach der außenpolitischen Seite. Diese Wendung wurde dadurch veranlaßt, daß die Täuferexulanten in Südmähren sogleich nach ihrer Ankunft in eine gefährliche außenpolitische Krisis hineingerieten, die ihren Streitgesprächen höchste Aktualität gab: Im Jahr der Einwanderung der ersten starken Täufergruppen in Mähren, 1526, verlor der Jagellonenkönig Ludwig II.

¹¹ Eine Karte der Hutterischen Haushaben in Süd- und Mittelmähren sowie in der Westslowakei befindet sich bei W. Kuhn, *Gesch. d. dt. Ostsiedlung in der Neuzeit*, Kartenband zu Bd. 2 (Köln/Graz 1957) Karte Nr. 18.

von Ungarn und Böhmen in der Schlacht bei Mohács in Ungarn gegen die Türken unter Sultan Suleiman II. Thron und Leben. Der größte Teil Ungarns fiel den Osmanen anheim. Die Türkengefahr rückte näher und näher, und 1529 standen die Türken zum ersten Mal vor Wien.

In dieser Situation stritten die Exulanten im südmährischen Täuferzentrum Nikolsburg/Mikulov und Umgebung um die Grundsatzfrage: Soll der Gläubige im Falle eines Notstandes zur Verteidigung seines Landes gegen den Angriff eines äußeren Feindes zu den Waffen greifen und Kriegssteuer entrichten oder soll er auch dann Waffendienst und Kriegssteuer verweigern und die feindliche Invasion als Gottesgericht betrachten. Über dieser brennenden Frage erhitzen sich bei den Nikolsburger Religionsgesprächen von 1526/27 die Gemüter derart, daß sich innerhalb des mährischen Exiltäufertums eine tiefe Kluft auftat.

In späteren außenpolitischen Notlagen sind die militärfeindlichen Täufer Kompromisse eingegangen, die den Forderungen des Gaststaates entgegenkamen: Sie blieben zwar konsequent bei der Verweigerung des Dienstes mit der Waffe, fanden sich aber zur Leistung erheblicher materieller Beiträge, in neuerer Zeit auch zum Sanitätsdienst bereit. Damals in und bei Nikolsburg aber standen sich die Standpunkte noch starr gegenüber. Die beiden Parteien in Südmähren wurden als *Schwertler* und *Stäbler* bezeichnet. Wer die Wehrhaftigkeit im Verteidigungskrieg bejahte, wurde zu den „Schwertlern“ gerechnet, wer die absolute Wehrlosigkeit, das Nichtwiderstehen gegenüber dem äußeren Feind verfocht, war ein „Stäbler“ – „Stäbler“ deshalb, weil die Pazifisten, die den Dienst und Kampf mit der Waffe ablehnten, an Stelle des Schwertes nur einen Stab tragen wollten.

Wortführer der Stäbler 1527 in Nikolsburg war Hans Hut, während an der Spitze der schwerttragenden Täufer sein Gegenspieler Balthasar Hubmaier stand. Die Grundobrigkeit, die Herren von Liechtenstein, stellte sich angesichts der drohenden Türkengefahr auf die Seite der Schwertler. Hut wurde verhaftet. Aber ein ihm Wohlgesinnter ließ ihn nachts die Mauer hinab, und er entrann.

Eine dritte Scheidewand, die durch das Täufertum ging, war die zwischen rationalen und irrationalen Tendenzen. Die rationalen führten zu einer positiven Bewertung fruchtbringender Wirksamkeit auf Erden, zur Forderung des Werkchristentums. Damit fügte sich der Täufer in die Welt ein, wie sie war, und suchte sie zu bessern. Die entgegengesetzten, irrationalen Züge waren spiritualistischer, mystischer, chiliastischer und allgemein eschatologischer Natur.

Die Hutterschen Brüder, die in Mähren die Oberhand behielten, warfen in ihrer Lehre und noch mehr in ihrem Leben viel spiritualistisch-mystisches Beiwerk der mittelalterlichen Ketzerei ab und unterschieden sich dadurch vorteilhaft von Schwärmern, Schwenckfeldern, Melchioriten und „Inspirierten“ aller Art. So gewannen sie bei aller Glaubensinbrunst ein real-rationales Verhältnis zu ihrer Umwelt. Ähnliches gilt für die Mennoniten. Die den beiden Täuferverbänden gemeinsame diesseitsverbundene Lebensführung, insbesondere ihre Bejahung der irdischen, materiellen Werte schaffenden Arbeit, war ein wesentlicher Grund dafür, daß sie so manche andere Sekte überdauerten.

Nach der Flucht Huts aus Nikolsburg übernahmen Jakob Wiedemann und Philipp Jäger die Führung der Stäbler. Da die Auseinandersetzungen mit den Schwertlern unter Hans Spittelmaier, dem Nachfolger Hubmaiers, und die Parteinahme der Grundobrigkeit, der Liechtenstein, für diese kein Ende nahmen, verließen die Stäbler Nikolsburg und zogen nach Austerlitz/Slavkov bei Brünn. Damit endete die erste, Nikolsburger Phase der mährischen Exilgeschichte des deutschen Täufertums (1526–1527). Es folgte die zweite, Austerlitzer Phase (1528–1530). Der Schwerpunkt der Täufer in Mähren verlagerte sich nach Norden, von Süd- nach Mittelmähren. Das Nikolsburger Zentrum zerfiel.

Die in Nikolsburg und Umgebung zurückbleibenden Schwertler erhielten in der Folge den Namen Schweizer Brüder – obwohl sie zum größten Teil gar nicht aus der Schweiz stammten –, weil sie, wie die meisten Schweizer Täufer, am persönlichen Eigentum festhielten und die Gütergemeinschaft ablehnten. Die weitere Entwicklung der Nikolsburger Brüder geriet jedoch immer mehr in den Schatten der aufblühenden Hutterschen Gemeinschaft, in der sie nach und nach aufgingen. Die nach Austerlitz ausziehenden Stäbler führten auf dem Wege dorthin die Gütergemeinschaft ein. Austerlitz, wo die Herren von Kaunitz die Exulanten in ihren Schutz nahmen, wurde nun für einige Jahre der wichtigste Sammelpunkt des Exiltäufertums, Auffangstation für Täuferflüchtlinge aus dem gesamten oberdeutschen Bereich sowie aus Schlesien und der Pfalz. Der Ort mit seiner Umgebung war zeitweilig ein „Dorado“ der Ketzer, wo tschechische, deutsche und italienische Anhänger von zwölf Sekten nebeneinander lebten.¹²

Aber auch in Austerlitz kamen die Exulanten nicht zur Ruhe. Neuerliche Zwistigkeiten führten zu einer zweiten Sezession: zum Auszug einer größtenteils aus Tirolern bestehenden Gruppe nach Auspitz/Hustopec in Südostmähren, die sich zum neuen aktiven Kern des Täufertums in Mähren entwickelte. So folgte auf die zweite, Austerlitzer Phase der täuferischen Exilgeschichte die dritte, Auspitzer Phase (seit 1531). Der Schwerpunkt des deutschen Exiltäufertums in Mähren verschob sich damit wieder zurück nach Südmähren.

Die verbliebene Austerlitzer Restgemeinde wurde 1535 ein Opfer der Verfolgung, die infolge der Münsterer Kommune auch über die Täufer in Mähren hereinbrach. Als in diesem Jahr die mährischen Stände angesichts der westfälischen Ereignisse dem Drängen Ferdinands I. auf Ausweisung der Täufer nachgaben, wurden die Austerlitzer Brüder in drei Teile gespalten. Eine Gruppe floh in die Slowakei, das damalige Nordungarn, und wurde zum Vortrupp des später blühenden deutschen Exiltäufertums in der Slowakei; es waren, historisch gesehen, die „Quartiermacher“ für die in der Folgezeit aus Mähren über die Weißen Karpaten flüchtenden Täufer.

Eine zweite, unter Führung des Tiroler Bergbeamten Ulrich Stadler stehende Gruppe rettete sich auf polnisches Gebiet, der größere Teil in die Gegend von Lublin, der kleinere in die polnische Westukraine, nach Podolien. Dies waren die ersten Täufer, die ukrainischen Boden betraten, geschichtlich eine Art Voraus-

¹² H. A. DeWind, *Sects in Austerlitz*, in: *The Mennonite Quarterly Review* 29 (1955) 45, 49f.

abteilung des späteren deutschen Exiltäufertums in der Ukraine, das sein Zentrum allerdings in der Ostukraine fand. Nach der ansprechenden Vermutung von Ewa Maleczyńska erfolgte der Zug des, wie die Täufer sich ausdrückten, „Volks“ von Stadler nach Polen und Podolien nicht nur wegen der Verfolgungen, sondern mehr noch infolge von Differenzen mit dem unter den Austerlitzer und Auspitzer Brüdern in den Vordergrund getretenen Tiroler Hutmacher Jakob Huter.¹³ Doch möchte ich den Grund für diese Meinungsverschiedenheiten nicht nur in Lehrstreitigkeiten suchen (von Huter abgelehnte chiliastische Tendenz Stadlers, strengere Auffassung der Gütergemeinschaft bei Huter), sondern bei dem Beamten Stadler auch ein soziales Ressentiment annehmen, das sich gegen die Unterordnung unter den einfachen Hutmacher sträubte, der in der gemeinsamen Heimat eine viel bescheidenere soziale Stellung eingenommen hatte als er. Da das „Volk“ Stadlers auf polnischem und ukrainischem Boden jedoch nicht die erhoffte bessere Behandlung von seiten der Obrigkeit erfuhr, während sich in Mähren die Lage allmählich beruhigte, hat es der Rzeczpospolita bald wieder den Rücken gewandt und ist ins Marchland zurückgekehrt.

Die Rückkehrer verstärkten die dritte Gruppe der Austerlitzer Brüder – die wenigen, denen es von vornherein gelungen war, sich in Mähren zu halten bzw. dort unterzutauchen. Beide vereint schlossen sich dann 1537 den Hutterschen Brüdern an und besaßen seit 1538, als die Verfolgung nachgelassen hatte, einen großen „Bruderhof“ in Austerlitz.

Wechselvoll waren auch die Schicksale der Auspitzer Brüder, die nunmehr die Hauptlinie der Entwicklung verkörperten. Sie wurden zur Stammgemeinde jener Hutterschen Brüdergemeinschaft, in der nach und nach fast die gesamte täuferische und mit dem Täufertum sympathisierende Diaspora in Mähren und der Slowakei sowie später in Siebenbürgen aufging. Der Auszug nach Auspitz bildete somit den Ansatzpunkt für die organisatorische Einigung des ober- und mitteldeutschen Täuferexulantentums im südlichen Ostmitteleuropa und Osteuropa. Aus Verstoßenen wurden, wie so oft in der Geschichte, Siegende.

Eine der stärksten unter den anfänglich gesonderten anderen Exilgemeinschaften deutscher Täufer in Mähren, die in der Folge von den Hutterschen Brüdern aufgesogen wurden, bildeten 1527–1545 die Gabrieler. Sie waren benannt nach dem Niederbayern Gabriel Ascherham, der wie Melchior Hofmann und der thüringische Müntzeranhänger und Täuferführer Hans Römer von Beruf Kürschner war, wie dieses Handwerk überhaupt eine Reihe bedeutender Täuferführer gestellt hat. Ascherham hatte sich nach Schlesien gewandt und war zum Begründer des schlesischen Täufertums geworden. Seine Anhängerschaft bestand überwiegend aus Niederschlesiern, die, aus ihrer Heimat vertrieben, sich nach Mähren geflüchtet hatten. Die Gabrieler brachten also einen stärkeren ostmitteldeutschen Stammeseinschlag in das mährische Täufertum. Sozial gesehen handelte es sich bei ihnen um eine plebejisch-bäuerliche Gemeinschaft mit einem Grundstock von Handwerkern. Ihr Sitz war das Städtchen Rossitz/Rosice in Mittelmähren (westlich

¹³ E. Maleczyńska, *Ulyk Stadler na tle losów anabaptystów w pierwszej połowie XVI wieku*, in: *Przegląd historyczny* 50 (Warszawa 1959) 473 ff.

Brünn). In gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht nahm Ascherham einen etwas konservativeren Standpunkt ein als die Auspitzer und Austerlitzer Brüder. Doch beruhte die Abweichung des ehrgeizigen Kürschners wohl mehr auf persönlicher Rivalität zu deren Führern.

Als 1535 die erwähnte Täuferverfolgung über Mähren hereinbrach, wurden die Gabrieler ähnlich den Austerlitzern in drei Gruppen zerrissen: Die einen suchten in Großpolen (Posener Land) und in Preußen eine dritte Heimat. Dies war die erste deutsche Täuferexulanten-Gruppe, die den nordwestlichen Teil des polnischen Staates aufsuchte. Die zweite Gruppe flutete nach Schlesien zurück. Die Beharrlichen aber blieben in Mähren sitzen und verschmolzen 1545 größtenteils mit den Hutterischen Brüdern. Ein letzter getrennt gebliebener Rest schloß sich dann 1565 ebenfalls den Hutterern an.

Eine weitere Gruppierung von Exiltäufern in Mähren bildeten die Philipper, an deren Spitze der Weber Philipp Plener, genannt Blauärmel, stand. Philipp Blauärmel war aus dem Land zwischen Rhein und Neckar gekommen, wo er in der Gegend von Heidelberg eine Taufergemeinde gegründet hatte. Seine Anhängerschaft setzte sich aus Pfälzern, Hessen und Schwaben zusammen, trug also stammesmäßig vorwiegend westmitteldeutschen Charakter. Auf Grund der Verfolgungen von 1535 haben die Philipper Mähren größtenteils verlassen müssen. Die Verbliebenen und die Rückkehrer sind dann gleichfalls in der Hutterischen Brüdergemeinschaft aufgegangen.

Seit 1530 wurde das Wirken aller anderen Täuferführer in Mähren mehr und mehr überschattet von dem Auftreten Jakob Huters. Vor den Verfolgungen, denen er und seine Brüdergemeinschaft in Tirol ausgesetzt waren, flüchtete er 1529 nach Mähren. Er kehrte dann, wie bereits ausgeführt, noch mehrmals für kürzere Zeit nach Tirol zurück und leitete den truppweisen Abzug von Tiroler Täufern nach Mähren.

Welche Autorität sich Huter alsbald in Mähren erwarb, erhellt daraus, daß er in dem Streit zwischen den Austerlitzer und den späteren Auspitzer Brüdern von beiden Seiten als Schiedsrichter angerufen wurde. Er entschied sich für die Auspitzer mit ihrer strengeren Auffassung des Ideals der persönlichen Selbstlosigkeit und hielt diese Gemeinde zu einer noch rigoroseren Handhabung des Gemeinschaftsprinzips in der Lebensführung und in den Besitzverhältnissen an. Durch seine Tatkraft und Zielstrebigkeit verschaffte er sich immer größeres Ansehen. 1533 verdrängte er seine Nebenbuhler aus der Führung der Gemeinde. So wurden aus den Auspitzer Brüdern die Hutterischen Brüder.

Nur zu bald aber setzten die Verfolger dem Wirken Huters ein Ziel. Als 1535 der mährische Landtag auf Verlangen Ferdinands I. die Täufer auswies, ging Huter nach Tirol zurück und fand hier nach unmenschlicher Folterung, wie schon berichtet, im Februar 1536 den Märtyrertod. Sein Name aber lebte fort in der von ihm organisierten Gemeinschaft der „Hutterischen Brüder“, als Bezeichnung der pazifistischen Täuferexulanten kommunischer Prägung in Mähren, und wurde von diesen auf ihren weiteren Wanderungen nach der Slowakei und dem übrigen Ungarn, nach Polen und Preußen, nach Siebenbürgen, der Walachei und in die

Ukraine sowie schließlich bis an die pazifische Seite des nordamerikanischen Kontinents getragen.

Jakob Huter kann allerdings ebensowenig als Begründer der nach ihm benannten christlich-kommunistischen Täufergemeinschaft in den Habsburger Ländern angesprochen werden wie Menno Simons als Begründer der Mennoniten in den Nord- und Ostseegebieten oder Fausto Sozzini als Begründer der Sozinianer im polnischen Staat. Allen drei gemeinsam ist, daß sie bereits eine halbfertige neue religiöse Gruppierung vorfanden. Jeder von ihnen aber hat sich um seine Sekte oder Kirche das Verdienst erworben, daß er sie in einem Krisenstadium, als sie auseinanderzufallen drohte, im Glauben an ihre Idee stärkte und mit Erfolg neu organisierte. So wurden die Namen der drei sekundär aufgetretenen religiösen Führergestalten zum Symbol der Einheit ihrer religiösen Gemeinschaften. Die drei großen Glaubensverbände der radikalen Reformation in Ostmitteleuropa und Osteuropa, Hutterer, Mennoniten und Sozinianer — Bünde, die ganz oder teilweise aus Taufgesinnten bestanden —, sind also sämtlich nicht nach eigentlichen Stiftern, sondern nach späteren Reorganisatoren benannt.

Mit der Übernahme der Führung durch Huter beginnt 1533 die vierte, die Hauptetappe in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Exiltäufertums auf mährischem Boden, der gegenüber die vorangegangenen Etappen von Nikolsburg, Austerlitz und Auspitz als bloße Vorphasen erscheinen. Infolge von Huters frühem Tod hat sich die nach ihm benannte Gruppierung erst in den Jahrzehnten nach seinem Ende zur Gesamtgemeinschaft der mährischen Täuferexulanten ausgeweitet. Die kurzen Jahre seiner Wirksamkeit an führender Stelle in Mähren — es sind nicht einmal volle drei Jahre gewesen — haben aber genügt, dem ober- und mitteldeutschen Exiltäufertum für vier Jahrhunderte und bis in die Gegenwart den Stempel seiner starken Persönlichkeit aufzuprägen.

Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts waren fast alle deutschen Täuferexulanten Mährens und der Slowakei in der großen hutterschen Brüdergemeinschaft vereint. Diese organisatorische Konsolidierung, die sich während der 30er und besonders in den 40er Jahren des 16. Jahrhunderts vollzog, zeugt von der gemeinschaftsbildenden Kraft der täuferischen Idee und von dem starken Selbstbehauptungswillen der sie tragenden plebejisch-bäuerlichen Schicht. Sie hat ihrerseits die Widerstandsfähigkeit des Täufertums inmitten andersgläubiger und anderssprachiger fremder Umgebung ungemein erhöht. Diese straffe Zusammenfassung der Gleichgesinnten war die Voraussetzung für die Erhaltung des Kerns der religiösen Gemeinschaft, ihrer sozialen Ordnung und nationalen Eigenart über 400 Jahre hindurch bis zur Gegenwart. Nur so war es möglich, dem immer erneuten Andrängen der geistlichen und fürstlichen, adligen und bürgerlichen Verfolger aller Konfessionen und Nationalitäten die Stirn zu bieten. Ein in schwache Kleinverbände zersplittertes Täufertum hätte das Schicksal so vieler kleiner Sekten geteilt: Es wäre erbarmungslos zerrieben worden. Darum hat die Einigung der ober- und mitteldeutschen Täufer unter dem Namen des Tiroler Hutmakers Jakob Huter ebensolche geschichtliche Bedeutung wie die der niederdeutschen Täufer unter dem Namen des westfriesischen Kleinbauernsohnes Menno Simons.

Indem sich hier wie dort die Täufer um ein organisierendes Zentrum scharten, wurden sie zu einem festen Faktor in der Geschichte Ostmitteleuropas und Osteuropas.

Da das Huttertum zur Gesamtorganisation der mährischen Täufer geworden war und da seine Sendboten von Mähren aus fast alle Länder Ost- und Westmitteleuropas aufsuchten, sind die Hutterschen Brüder in der älteren Literatur – im französisch- und englischsprachigen Schrifttum teilweise bis auf die Gegenwart – oft als „mährische Brüder“ bezeichnet worden. Das ist irreführend, weil die nahezu ausschließlich deutschen Hutterschen Brüder von den überwiegend tschechischen Mährischen Brüdern – zu denen Komenský (Comenius) gehörte –, der mährischen Entsprechung der Böhmisches Brüder, klar geschieden waren. Die beiden das gleiche Land bewohnenden Brüdergemeinschaften sind infolge dieser Namensverwirrung oft verwechselt worden.

Auch falsche Ableitungen des Namens der Hutterer trifft man in der Literatur vielfach an. So ist ihr Name verschiedentlich statt von Jakob Huter von Hans Hut, ja sogar von Jan Hus, besonders häufig aber von der Herrnhuter Brüdergemeine hergeleitet worden. Utopische Sozialisten und utopische Kommunisten des 16., 17., 18. und 19. Jahrhunderts in Frankreich, England und Amerika haben sich oft auf die „mährischen Brüder“ oder die Herrnhuter als Vorbild berufen, meinten aber damit in Wirklichkeit zumeist weder die ursprüngliche Mährische Brüderunität noch die Zinzendorfsche Brüdergemeine, sondern die Hutterschen Brüder.

Ein weiterer verbreiteter Irrtum ist die Auffassung, die Hutterschen Brüder hätten ausschließlich oder überwiegend aus Tirolern bestanden. Die ersten Täuferexulanten in Nikolsburg waren vielmehr Schwaben u. a. Die dann in den Vordergrund tretenden Tiroler um Huter sind größtenteils erst nachträglich hinzugekommen. Sie ergänzten sich durch Zuzüge von außerhalb und durch Aufnahme von Nachbargemeinden, und zwar hauptsächlich aus Nichttirolern, die bald in der Überzahl waren. Bei diesen handelte es sich nicht nur um oberdeutsche, sondern wie erinnerlich, zum erheblichen Teil – durch den Anschluß von Gabrielern, Philippern u. a. – um ostmitteldeutsche und westmitteldeutsche Stammeselemente (Schlesier, Hessen, Pfälzer, Franken, Obersachsen, Thüringer).

Einheitlich aber waren alle diese heterogenen Stammeselemente – das kann nicht oft genug betont werden – in ihrer Sozialstruktur, in ihrem plebejisch-bäuerlichen Grundcharakter. Tonangebend traten dabei die Handwerker auf. Handwerker waren auch die meisten Vorsteher und Ältesten, Prediger („Diener des Worts“) und Verwalter („Diener der Notdurft“) der Hutterschen Brüder. Die Hutterer boten also in gesellschaftlicher Hinsicht ein getreues Spiegelbild der allgemein bei den Täufern herrschenden Verhältnisse.

Was bedeutete nun der Sieg Huters über seine Rivalen vom Standpunkt der Anschauungsgegensätze, die sich unter den Täufern herausgebildet hatten? Huter setzte in vielem die Richtung Huts fort. Die beiden hervorragenden Täuferführer, die am Anfang und Ende der Werdezeit des mährisch-slowakischen Exiltäufertums stehen, der mitteldeutsche Buchführer und der oberdeutsche Hutmacher, waren

sich recht ähnlich. Der Weg von Hut zu Huter bedeutete den Sieg des Weltprinzips der Stäbler, des Nichtwiderstehens gegen die herrschenden Gewalten. Während die chiliastischen Tendenzen Huts zurücktraten und verschwanden, weil sie von der Grundobrigkeit nicht geduldet wurden, triumphierte sein Pazifismus unter Huter – wie auch unter Menno Simons – endgültig. Der Pazifismus drückte einerseits eine Konzession an die bestehende Ordnung, ja eine Kapitulation vor ihr aus. Andererseits aber bedeutete er durch die Verweigerung des Militärdienstes ein Verharren im Widerstand gegen die Fürsten und ihre Regierungen.

Noch in einem zweiten wichtigen Punkt stimmten Hutterer und Mennoniten überein: Bei beiden setzte sich, wie wir schon sahen, eine real-rationale Einstellung zum Diesseits gegenüber dem Spiritualismus durch. Das beruhte sowohl auf einer Erfahrungseinsicht – die Untergangs- und Heilprophezeiungen der Chiliasten und Inspirierten über den Sturz der Tyrannen und das Tausendjährige Reich waren immer wieder Lügen gestraft worden – als auch und vor allem auf Anpassung an die gesellschaftlichen Gegebenheiten, insbesondere an das Faktum der Abhängigkeit von adligen oder fürstlichen Schutzherren. Die Bejahung des Irdischen führte zur Forderung nach Bewährung in der Welt, zum Ideal der Werkheiligkeit. Der sprichwörtliche Fleiß der Täufer, der primär den Notwendigkeiten wirtschaftlicher Selbsterhaltung unter den erschwerten Bedingungen des Ketzerdaseins entsprang, empfing dadurch starke Antriebe im Sinne eines hohen Arbeitsethos.

Durch diese günstige Kombination von wirtschaftlichem Zwang der Umstände und religiöser Weihe der schaffenden Arbeit konnten die beiden Großverbände des nachmünsterschen pazifistischen Täufertums zu Pionieren der Ödlandkultivierung, zu Verbreitern besserer Arbeitsmethoden in Gewerbe und Landbau, zu Trägern des handwerklich-technischen und landwirtschaftlichen, ja teilweise sogar des pädagogischen und medizinischen Fortschritts werden. Das ist insonderheit das Charakteristikum ihrer geschichtlichen Rolle in den östlichen Ländern Europas. So entsprach dem Sieg der Mennoniten über Melchioriten und Münstersche im nördlichen Bereich der Sieg der Hutterer über Schwertler, Spiritualisten und Chiliasten im südlichen. Hier wie dort behielt eine quietistisch-pazifistische und rational-realistische Haltung die Oberhand. Nach dem 25. Juli 1535, an dem das revolutionäre Münster in die Hände der Truppen des Bischofs und seiner Verbündeten fiel, hatte der irrational-revolutionäre Chiasmus bis auf geringe Reste (Batenburg) unter den Täufern ausgespielt. Wie im Norden das Andenken an den Chiliasten Melchior Hofmann und an die Revolutionäre Knipperdolling, Bokelson und Rothmann durch das Ansehen des „stillen“ Menno Simons verdrängt wurde, so in Mähren das Gedächtnis des Schwertlers Hubmaier und der Chiasmus von Hut durch den rational-pazifistischen Biblizismus Huters.

So sehr sich nun Mennoniten und Hutterer in der Verurteilung des Geistes von Münster einig waren, so gingen ihre Meinungen doch in einem entscheidenden Punkt auseinander: Die Mennoniten behielten das Privateigentum bei. Die Verdrängung der nichthutterschen Strömungen in Mähren und der Slowakei dagegen bedeutete auch den endgültigen Sieg der Kollektivisten über die Individualisten,

der genossenschaftlichen über die privatwirtschaftliche Ordnung, der Gütergemeinschaft über das persönliche Eigentum.

Warum, so fragt man sich, haben nieder- und oberdeutsche Täufer auf diesem Gebiet entgegengesetzte Folgerungen aus dem Mißlingen der sozialrevolutionären Lösungsversuche gezogen? Warum standen sich die beiden siegenden rational-pazifistischen Richtungen in den Fragen der Arbeitsorganisation und der Besitzverhältnisse diametral gegenüber?

Für die Entscheidung der Mennoniten, am Privateigentum festzuhalten, ist nicht zuletzt die Diskriminierung der Kommune von Münster, zu deren Programm die Gütergemeinschaft gehört hatte, durch die herrschenden Gewalten maßgebend gewesen. Daneben hat auch die bürgerlich-privatrechtliche Ordnung der Niederlande starken Einfluß auf ihr Wirtschaftsdenken ausgeübt; die Täufer gerieten hier in den Bann der aufkommenden kapitalistischen Eigentumsideologie.

Die Hutterer beriefen sich demgegenüber bei ihrem Eintreten für die Gütergemeinschaft auf das Vorbild der christlichen Urgemeinde in Jerusalem und auf verschiedene Bibelworte. Auch Zeugnisse von Kirchenvätern konnten von ihnen ins Treffen geführt werden. Entscheidend für die Erhaltung der kommunischen Ordnung in Mähren und der Slowakei nach 1535 aber war es, daß die Idee der „Gemeinschaft“, d. h. die Gütergemeinschaft mit Produktions- und Konsumtionsgenossenschaften, sich dort bereits *vor* den Ereignissen von Münster durchgesetzt hatte, und zwar auf arevolutionär-pazifistischer Basis. Als die revolutionäre Kommune von Münster vernichtet wurde, war die arevolutionäre kommunische Ordnung auf den Bruderhöfen der Hutterer bereits so weit gefestigt und hatte den Gutsherren ihre ökonomische Nützlichkeit bereits so einleuchtend demonstriert, daß sie von innen her nicht mehr erschüttert und von außen nicht ernstlich angetastet wurde.

Während also die Katastrophe von Münster in der Nähe die Option der niederdeutschen Täufer für die private Einzelwirtschaft mitbestimmte, war ihre Fernwirkung auf Mähren nicht stark genug, um den dort auf der Basis der Freiwilligkeit und im Gehorsam gegen die Obrigkeit vollzogenen Übergang zur kommunischen Ordnung, der sich in den engen Grenzen einer abgeschlossenen Kleinwelt gehalten hatte, rückgängig zu machen.

Die Niederlage der niederdeutschen Täufer in Münster wog mithin noch schwerer als die der hochdeutschen (mittel- und oberdeutschen) Täufer im und nach dem Bauernkrieg. Die norddeutschen und niederländischen Täufer, die in den Augen ihrer Widersacher das Brandmal von Münster auf der Stirn trugen, waren seit 1535 zum Verzicht auf jede grundlegende Reform von Wirtschaft und Gesellschaft genötigt. Dieser Sachlage trug die quietistische Lehre von Menno Simons Rechnung.

Anders die Hutterer, die in ihrem mährischen Exil buchstäblich „weiter ab vom Schuß“ saßen. Auch sie sahen sich zwar unter dem Druck der Ereignisse gezwungen, sich mit allem Nachdruck von den Münsterschen zu distanzieren und jeden Gedanken an gewaltsame soziale Veränderungen von sich zu weisen. Die Einschränkung des Ziels der gesellschaftlichen Umgestaltung, die sich aus der Niederlage der frühbürgerlichen Revolution ergab, ging bei ihnen jedoch nicht so weit wie

bei den Mennoniten. Sie steckten die Pflöcke nur soweit zurück, daß sie dieses Ziel aus dem Makrokosmos in den Mikrokosmos verlegten: Ihr Sozialprinzip aber blieb die Totalreform der Gesellschaft – beschränkt auf die kleine Welt ihrer Bruderkommunen, unter Verzicht auf die Revolutionierung der Umwelt.

In diesen ihren Bruderkommunen, den *Bruderhöfen* oder *Haushaben*, führten sie bis zur letzten Konsequenz Gütergemeinschaft, genossenschaftliche Produktion und Konsumtion sowie überhaupt eine kollektive Lebensgestaltung ein, weitgehend auch die demokratische Gleichheit. Durch die Errichtung dieser kommunischen Ordnung und durch das zähe Festhalten an ihr gegen alle äußeren und inneren Widerstände wurden die *Hutterschen Brüder* zur *Mustergemeinschaft des pazifistisch-kommunistischen Täuferums*. Nur hier, im östlichen Exil, fanden diese Täuferideale im 16. bis 18. Jahrhundert ihre volle und dauernde Verwirklichung.

Daher waren in Gebieten, wo Mennoniten und Hutterer nebeneinander saßen – wie im 17. Jahrhundert zeitweilig an der Ostseeküste zwischen Danzig und Elbing und dann vor allem im 18. und 19. Jahrhundert in der Ukraine –, beide Gruppen trotz aller Gemeinsamkeiten deutlich unterschieden. Das kam besonders in den Siedlungsformen zum Ausdruck: Die Mennoniten bauten Einzelhöfe, die Hutterer dagegen Gemeinschaftshäuser und Großwerkstätten. Schon aus der Ferne konnte man daher erkennen, ob man sich einem mennonitischen oder einem hutterschen Dorf näherte. Nicht im Stammescharakter lag also der entscheidende Unterschied zwischen niederdeutschen Mennoniten und hochdeutschen Hutterern, sondern in der Gesellschaftsordnung, darin, daß die Mennoniten das Privateigentum bewahrten, die Hutterer dagegen in Gütergemeinschaft lebten, daß die Mennoniten privatwirtschaftlich arbeiteten, die Hutterer dagegen genossenschaftlich.

Die Hutterer haben ihre kommunistische Ordnung nur unter steten Kämpfen zu behaupten vermocht. Sie nahm in den zahlreichen Streitschriften und Streitgesprächen, die zwischen den Schriftstellern und Wortführern der Hutterer auf der einen Seite und ihren zahllosen Gegnern aus allen Lagern – Katholiken und Protestanten, Arianern und individualistisch eingestellten Täufern – auf der anderen gewechselt wurden, einen zentralen Platz ein. Soweit dabei über wirtschaftliche und soziale Fragen disputiert wurde, ging es nicht so sehr um die Frage der individuellen oder genossenschaftlichen Produktion, sondern um die des Eigentums: Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu einem Kampf für und wider die Gütergemeinschaft zu.

Die Gütergemeinschaft gehörte zu den wichtigsten „Artikeln“, d. h. zu den Hauptlehren der *Hutterschen Brüder*. Man nannte sie bei ihnen oft einfach „die Gemeinschaft“. Die Gütergemeinschaft war z. B. gemeint in dem *Hutterschen* Wort „Die Gemeinschaft wär nit schwer, wenn der Eigennutz nit wär“. Entsprechend hatten sich, wie erwähnt, die Anhänger der Gütergemeinschaft unter den Täuferexulanten in Mähren schon in der zweiten Hälfte der 20er Jahre des 16. Jahrhunderts als „Gemeinschafter“, „Gemeinschaftler“ oder „Gemeinschaftler“ bezeichnet.

Zu den Gruppen und Personen, denen die Hutterer ihr Ideal der „Gemeinschaft“ nahezubringen suchten, zählten insbesondere die glaubensverwandten Arianer im polnisch-litauischen Staat.

Die Neuarianer, auch Antitrinitarier oder Unitarier, von ihren ausländischen Gegnern seit dem 17. Jahrhundert meist Sozinianer genannt, zählten gleich den eigentlichen Täufern zum radikalen Flügel der Reformation, der in der Dogmenkritik und vor allem in seinen sozialen Zielsetzungen über die protestantischen Großkirchen hinausging. Die Arianer hatten im 16. Jahrhundert mit den Täufern das Kriterium der Spättaufe gemeinsam. Da sie andererseits geistig noch stärker als die Täufer aus humanistischer Wurzel erwachsen, so hat man in ihrem Wesen eine Verbindung von Anabaptismus und Humanismus gesehen (St. Kot). Schon oberdeutsche Wegbereiter des Antitrinitarismus in der Periode des Großen Bauernkrieges, wie Ludwig Hätzer, sind Antitrinitarier und Täufer zugleich gewesen. Später haben Täufer in Deutschland noch öfter arianische Gedankengänge verfochten, die Gottessohnschaft Jesu bestritten u. a. m.¹⁴

Sowohl Antitrinitarier wie Täufer aus Italien, Deutschland und anderen Ländern haben sich den Verfolgungen in ihrer Heimat durch die Flucht nach Polen entzogen. Daher heißt es in einem Werk der Aufklärungszeit: „Initia Socinianae sectae ii demonstrant, qui dicunt, tam Anabaptistarum, quam . . . trinunius Dei adversariorum plurimos ad Polonos, libertatis amantissimam gentem, securitatis causa confugisse“.¹⁵ Dies trifft allerdings im vollen Verstand nur auf die Antitrinitarier und die niederdeutschen Täufer zu; denn die meisten ober- und mitteldeutschen Täufer wandten sich, wie wir bereits wissen, zunächst nach Mähren. Denen aber, die in die Rzeczpospolita flohen, wurde von „dem äußerst freiheitsliebenden Volk der Polen“ gastliches Asyl gewährt. Sie verschmolzen mit der radikalen Strömung der polnischen Reformation zur Ecclesia minor, zur „Kleineren Kirche“, wie die arianische Kirche in Polen-Litauen zum Unterschied von der kalvinistischen Ecclesia major genannt wurde.

So ausgeprägt war der täuferische Zug im Wesen der Arianer des 16. Jahrhunderts, daß es mitunter schwerhält, Täufer und Arianer auf dem Boden der polnischen Adelsrepublik auseinanderzuhalten. Ehe sich in Polen die Bezeichnung Arianer durchsetzte und im Ausland der Name Sozinianer aufkam, sind die wiedertauenden Antitrinitarier der Rzeczpospolita darum oft als gewöhnliche Wiedertäufer angesehen worden. Demgemäß schrieb man rückblickend über die Benennung der Antitrinitarier Polens im 16. Jahrhundert: „Socinianorum vocabulum nondum erat natum, sed Anabaptistae vulgo appellabantur hi Unitarii.“¹⁶

So wissen wir, um nur ein Beispiel anzuführen, von dem Schlesier Georg Schomann, der in die Rzeczpospolita übersiedelte und dort in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zu den führenden Arianern zählte, aus seinen Selbstzeugnissen, daß er und seine Familie wiedergetauft wurden.

Wie das südliche österreichische Ostmitteleuropa zum Hauptsitz des täuferischen Huttertums, so war das nördliche, polnische zum Hauptsitz des taufgesinnten

¹⁴ Vgl. für Thüringen P. Wappler, Die Täuferbewegung in Thüringen (Jena 1913) 295 ff. und R. Herrmann, Thüringische Kirchengesch. 2 (Weimar 1947) 85 f. u. 88.

¹⁵ J. L. Mosheim/J. P. Miller, Institutiones historiae christianae (²Helmstedt 1761) 387.

¹⁶ Ebd. 388. Auch DeWind, a. a. O. S. 52, betont, daß man die Arianer im 16. Jh. zu den Täufern zählte.

Neuarianertums geworden. Polen gewann für die Neuarianer ähnliche Bedeutung wie Mähren für die Täufer: Wie verfolgte Täufer schutzsuchend zur March eilten, so suchten verfolgte Arianer aus zahlreichen Ländern ihr Heil in der Flucht an die Ufer der Weichsel, nach Klein- oder Großpolen, nach dem Königlichen Preußen oder dem Großfürstentum Litauen oder schließlich nach den westukrainischen Territorien.

Und wie die deutschen Täuferexulanten im südmährischen Becken und in den Karpatenländern aus den verschiedensten deutschen Landschaften kamen, so sind auch unter den deutschen Arianerexulanten im Weichselland und seinen Nachbargebieten Vertreter vieler Stämme anzutreffen: Ober- und Niederschlesier, West- und Ostpreußen, Brandenburger und Pommern, Thüringer und Franken, Ober- und Niedersachsen, West- und Ostfalen, Alemannen und Rheinländer, Holsteiner und Baiern. Diese deutschen Exilarianer fanden in der polnischen Adelsrepublik und den ihr angegliederten Ländern – man begegnet ihnen selbst in Wolhynien und im Kiever Gebiet – Schutz vor religiöser Verfolgung. Aus ihren Reihen sind, besonders im 17. Jahrhundert, führende Lehrer und Schriftsteller der Arianer hervorgegangen.

So kann man unter den deutschen Arianern der Adelsrepublik Einheimische (in Danzig und Umgebung, aus dem Krakauer oder Posener deutschen Bürgertum sowie an der brandenburgischen Grenze) und Exulanten (aus fast allen Teilen Deutschlands und in fast allen Teilen der Rzeczpospolita) unterscheiden. Allerdings waren die deutschen Arianerexulanten in Polen und Litauen, unter denen sich eine Anzahl bedeutender Denker befand, im ganzen weit weniger zahlreich als die deutschen Täuferexulanten an der Weichselmündung, in Mähren und der Slowakei. Während unter den Täufern des Ostens die Exulanten und deren Nachkommen erheblich in der Überzahl waren, überwogen bei den Arianern die bodenständigen Polen, Deutschen und Litauer durchaus gegenüber den deutschen, italienischen und anderen Emigranten.

Im ganzen trug das Arianertum vorherrschend polnisches Gepräge, was auch in der allerdings mehr staatlich als national zu verstehenden Bezeichnung „Polnische Brüder“ zum Ausdruck kommt.

Ein Nebeneinander von Täufer- und Arianerexulanten zeigte sich später auch in Siebenbürgen, dem zweiten Zufluchtsland des internationalen Arianertums. Dort waren im 16. Jahrhundert vier Konfessionen amtlich geduldet – neben der kalvinistischen, lutherischen und katholischen auch die unitarische, d. h. anti-trinitarische. Unter den deutschen bzw. deutschstämmigen Arianern lassen sich in Siebenbürgen vier Elemente unterscheiden: Bei den Altansässigen deutschgebliebene und madjarisierte Sachsen und bei den Zugewanderten Exulanten aus dem Deutschen Reich (z. B. aus Sachsen) und solche aus dem Polnischen Reich (besonders aus Danzig).

Die Arianer in Polen-Litauen und Siebenbürgen sahen sich nun vor ähnliche Entscheidungen gestellt wie die Täufer in Mähren und der Slowakei. Aus verwandter sozialökonomischer Lage und analoger ideeller Orientierung erwachsen bei ihnen die entsprechenden Alternativen: Die gleichen oder verwandte Fragen religiöser, sozialer, politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Natur, die unter den Täufern

umstritten waren, bewegten auch die Arianer. Die Arianer sind dabei teilweise zu ganz entsprechenden, teilweise aber zu abweichenden Antworten gelangt.

Betrachten wir zunächst die Übereinstimmungen zwischen Arianern und Täufern. Auf ideologischem Gebiet lehnten die Arianer gleich den Hutterern und Mennoniten irrationale Auswüchse ab. Sie verwarfen wie jene Mystizismus, Spiritualismus und Chiliasmus. Entschiedener noch als die Täufer erstrebten sie statt dessen ein vernunftgemäßes Bibelverständnis. Frührationalistische Züge finden sich daher bei den Arianern ausgeprägter als bei den rationalen Richtungen der Täufer, zu denen Hutterer wie Mennoniten gehörten.

Beide religiösen Gemeinschaften führten in ihrem organisatorischen Aufbau demokratische Grundsätze ein. Arianer wie Täufer redeten sich als Brüder und Schwestern an. Die Arianer nannten sich selbst gern Polnische Brüder.

Auch in einer so entscheidenden Frage, wie es das Verhältnis zur bestehenden Obrigkeit war, kamen Arianer und nachmünstersche Täufer zu ähnlichen Schlüssen: Unter dem Zwang der Umstände sahen die Arianer ebenfalls davon ab, offen den revolutionären Sturz der Obrigkeit zu betreiben.

Die taufgesinnten Antitrinitarier der Adelsrepublik wußten sich also mit den trinitarischen Täufern des Habsburgerreiches außer in bezug auf das Sakrament der Taufe auch eins in der Zurückweisung unkontrollierbarer Inspirations- und Erwählungsansprüche zugunsten eines rational-religiösen Denkens sowie in der nach innen demokratischen und nach außen arevolutionären politischen Ausrichtung. Insgesamt gab es mithin zwischen Arianern und Täufern bedeutsame Berührungspunkte.

Mehr noch als diese und andere Gemeinsamkeiten trugen die vielen gemeinsamen Gegner, von denen beide Teile bedrängt wurden, und die beiderseits ausgestandenen Leiden dazu bei, Hutterer und Arianer einander näher zu bringen. Katholiken und Protestanten, Lutheraner und Calvinisten, Utraquisten und Böhmische Brüder, Westkirche und Ostkirche – sie alle, so sehr sie sich sonst befehdeten, waren sich einig in der Bekämpfung und Verfemung sowohl der Täufer wie der Antitrinitarier. Die Isolierung, in der sich somit jede der beiden Ketzerkirchen gegenüber der breiten Front der trinitarischen, kindertaufenden Kirchen befand, ließ sie nach Bundesgenossen Ausschau halten. Es lag deshalb nahe, daß Arianer und Hutterer über die Beskiden hinweg sich die Hand zu reichen suchten.

Schon der Begründer des Antitrinitarismus im Großfürstentum Litauen, Piotr z Goniądza (Gonesius), einer der ersten polnischen Arianer, weilte in den 50er Jahren des 16. Jahrhunderts bei den Hutterschen Brüdern in Mähren und nahm von hier den Gedanken der Gütergemeinschaft mit nach Wilna¹⁷. Goniądz hatte zuvor in Padua den Antitrinitarismus Servetos in sich aufgenommen und verband nun mit diesem die Täuferlehren pazifistisch-kommunistischer Richtung, die er bei den Hutterern kennenlernte. Auf der reformierten Synode von Brest 1558 propagierte Goniądz offen seine „Libri contra Paedobaptismum“. Er wurde der Inaugurator jener Verbindung von Antitrinitarismus und Täufertum auf humanistischer

¹⁷ Dies und das Folgende nach St. Kot, Ausbruch und Niedergang des Täufertums in Wilna (1563–66), in: Archiv f. Reformationsgesch. 49 (1958) 212 ff.

Grundlage, die für die Arianer in Litauen und Polen während der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts so bezeichnend ist.

Der zweite Apostel der Hutterischen Täuferideen unter den Arianern der polnischen Adelsrepublik war Marcin Czechowic. Auch Czechowic hatte sich durch Autopsie mit den hutterischen Einrichtungen in Mähren vertraut gemacht und von ihren Vorzügen überzeugt. Er trat als begeisterter Propagandist der Erwachsenentaufe in Litauen und Polen auf. Seine bei den Hutterern gewonnenen Auffassungen legte er in einem Büchlein gegen die Säuglingstaufe nieder, das bis weit ins 18. Jahrhundert auch in Deutschland nachgewirkt hat.

Der dritte Gast aus Litauen bei den Hutterischen Brüdern in Mähren war Lukas Mund, ein einflußreicher Führer des Wilnaer Bürgertums. Bei Mund handelt es sich wohl um einen Deutschen oder Deutschstämmigen, der die sprachlichen Voraussetzungen für eine nähere Kontaktaufnahme mit den Hutterern mitbrachte.

Da die hutterischen Handwerker kein Latein verstanden, darf dieses sprachliche Moment nicht unterschätzt werden. Die Sprachschranke war ein Haupthindernis, das die Ausstrahlung der Ideen der Hutterer auf die Völker des Ostens und Nordens erschwerte. Daß z. B. Ulrich Stadler weder über polnische noch über umfassende Lateinkenntnisse verfügte, war einer der Gründe, weshalb seine Gruppe sich im polnischen Staat nicht halten konnte. Ebenso wurde Anfang des 17. Jahrhunderts der Versuch einer hutterischen Mission in Dänemark aus sprachlichen Gründen wieder aufgegeben.

Das Beispiel von Goniądz, Czechowic, Mund und anderen machte bald Schule. Binnen kurzem entwickelte sich die litauische Hauptstadt Wilna zu einem Mittelpunkt des Täuferiums. Dabei lassen sich zwei Strömungen erkennen: Eine nur religiöse oder gemäßigte, die lediglich die Spätaufnahme und andere religiöse Lehren von den Hutterern übernahm, und eine zugleich soziale oder radikale, die auch den gesellschaftlichen Zielsetzungen der Hutterer im Sinne einer Totalreform der Gesellschaft auf der Grundlage des Gemeineigentums folgte.

1563 setzte sich die täuferische Richtung unter den Pastoren des Großfürstentums Litauen, zu dem bis zur Lubliner Union von 1569 auch das polnischsprachige Podlachien¹⁸, die Heimat von Goniądz, gehörte, erfolgreich durch. In die folgenden Jahre, 1564/65, fällt nach Stanisław Kot die kurze Blütezeit des Täuferiums in Wilna. Auch in Brest und anderen Orten des litauischen Reichsteils regte sich damals der Anabaptismus. Ende 1565 beschloß die Synode von Węgrów mit großer Mehrheit, zur Spätaufnahme überzugehen. Der täuferische Antitrinitarismus, der seinem Akzent nach in diesem Stadium sogar mehr ein antitrinitarisches Täuferium darstellte, schien sich auf einem Siegeszug durch das Großfürstentum zu befinden. Da aber erstand dem Täuferium Litauens ein tödlicher Feind in der Person des Philippisten Georg Weigel aus Nürnberg. Weigel, der als Prediger nach Wilna kam, verbündete sich dort mit den strengen Calvinisten gegen die Täufer. Der Nürnberger Melanchthonanhänger wurde zum Wortführer der täuferfeindlichen Kreise, der den Anabaptismus leidenschaftlich in Wort und Schrift bekämpfte. Er per-

¹⁸ Gebiet um Białystok, südöstlich von Ostpreußen, zwischen Narew und Bug.

¹⁸ Frühbürgerliche Revolution

horreszierte die sozialradikalen Gleichheitsideen der Täufer, wobei als übliche Verleumdung die Vielweiberei, die den Hutterern völlig fremd war, nicht fehlen durfte. Den litauischen Magnaten suggerierte Georg Weigel, daß die Täufer die Obrigkeit mißachteten und eine allgemeine Gütergemeinschaft sowie die Beseitigung aller Standesunterschiede forderten. Dadurch brachte er die Anhänger des Huttertums in der Rzeczpospolita bei ihren adligen Schutzherren, insbesondere der Radziwiłł-Gruppe, in Verruf. Die Unterdrückung der immer weiter um sich greifenden Sekte folgte auf dem Fuße: Das Edikt von Lublin verfügte 1566 die Ausweisung aller ausländischen Täufer aus Polen-Litauen. Auch die einheimischen Täufer mußten aus Wilna weichen. Damit schloß die erste, „litauische“ Etappe der arianisch-hutterschen Begegnung. Diese Etappe hatte die Täuferexulanten Mährens gerade mit dem ihnen geographisch abgewandten Teil der Rzeczpospolita in Verbindung gebracht.

Es folgte eine zweite, „kleinpolnische“ Etappe hutterscher Einwirkungen auf den polnisch-litauischen Staat, in der das Schwergewicht der arianisch-hutterschen Kontakte polnischerseits im Gebiet von Krakau lag.

Die Krakauer Muttergemeinde der polnischen Ecclesia minor, die größte Arianergemeinde überhaupt, ließ sich durch die Regierungsmaßnahmen gegen die Hutterer nicht abschrecken, mit diesen in nähere Verbindung zu treten. Maßgeblichen Anteil an diesen Fühlungnahmen hatte in den 60er und 70er Jahren des 16. Jahrhunderts eines der Häupter der Krakauer Gemeinde, der deutsche Apotheker Simon Ronenberg. Arianische Abordnungen unter Ronenbergs und anderer Leitung reisten nach Mähren und studierten eingehend die Einrichtungen der Hutterschen Brüder. Über die Besuche und Besichtigungen hinaus kam es dabei zu förmlichen Religionsgesprächen und Unionsverhandlungen zwischen Vorstehern und Abgesandten beider religiöser Gemeinschaften.

Als dann die Arianer Kleinpolens und der gesamten Adelsrepublik in Raków, nordöstlich Krakau, ein neues Zentrum gewannen, führten diese Begegnungen auch zu praktischen Auswirkungen: Unter dem starken Eindruck der kommunischen Ordnung bei den Hutterern experimentierten die Arianer in Raków mit ähnlichen Gedanken und suchten vorübergehend die huttersche Gütergemeinschaft nachzuahmen. Doch wurden diese Bestrebungen bald wieder fallengelassen.

Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts verlagerte sich der Schwerpunkt der Beziehungen mit den Hutterschen Brüdern auf arianischer Seite zu den deutschen Arianern im Posener und Danziger Gebiet: Es folgte eine dritte, „großpolnische“ Etappe der arianisch-hutterschen Berührungen. In Danzig und Umgebung beschäftigten sich der Goslarer Arianerexulant Christoph Ostorodt (falls die Überlieferung nicht trügt) und später der arianische Arzt Daniel Zwicker mit Lehren und Einrichtungen der Hutterer.

In Großpolen, im Posener Land, bildete sich an der Wende des 16. Jahrhunderts unter deutschen Arianerexulanten und einheimischen deutschen bürgerlichen Arianern eine Art Gegenpol zur hutterschen Gesellschaftslehre heraus. Literarischer Exponent dieser täuferfeindlichen Strömung unter den Arianern wurde der

Gothaer Arianerexulant Valentin Schmalz, einer der bedeutendsten arianischen Lehrer und Schriftsteller nach Fausto Sozzini. Im Auftrag eines deutschen Besitzbürgers Hoffmann in Großpolen verfaßte Schmalz zu Beginn des 17. Jahrhunderts eine besondere Schrift „Wider die mährischen Communisten“, womit die Hutterer gemeint waren.

Die Schrift von Schmalz zeigt, daß die arianisch-hutterschen Vereinigungsverhandlungen in eine Krisis getreten waren. Diese Verhandlungen haben sich über ein halbes Jahrhundert, von der Mitte des 16. bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts, hingezogen. Sie wurden sowohl in mündlicher Form (Austausch von Gesandtschaften) wie schriftlicher (Briefwechsel und Streitschriften) geführt. Beide Teile waren von der Zweckmäßigkeit einer Union überzeugt und eifrig um sie bemüht. Aber, wie es bei Verhandlungen zu geschehen pflegt, jede Seite wollte ihren Standpunkt durchsetzen. An echter Kompromißbereitschaft ließ man es fehlen. So sind die Unionsverhandlungen trotz aller Bemühungen im Sande verlaufen. Am Ende ist man in Unfrieden auseinandergegangen. Statt des erhofften Brückenschlages war eine tiefe Kluft zwischen den taufgesinnten Antitrinitariern in der polnisch-litauischen Adelsrepublik und den in Gütergemeinschaft lebenden Täufern im habsburgischen Machtbereich aufgerissen worden. Die Sammlung der „links“ von Luther und Calvin, Hus und Chelčický stehenden Kräfte Ostmitteleuropas blieb ein Wunschtraum.

Die Fusion zwischen den Hutterschen Anabaptisten im südlichen Ostmitteleuropa und den anabaptistisch eingestellten Arianern im nördlichen wäre geeignet gewesen, den Verhältnissen im Raum zwischen Ostsee und Donau eine neue Wendung zu geben – nicht nur in religiöser Hinsicht, sondern auch in sozialer und politischer. Die Gründung einer internationalen, eventuell antitrinitarischen Täuferkirche für ganz Ostmitteleuropa hätte der radikalen Reformation in diesem wichtigen Teil Europas mehr Geltung und Gewicht verschafft; Rückwirkungen auf Deutschland und andere Länder wären nicht ausgeblieben.

Bei aller Verwandtschaft und Schicksalsgemeinschaft bestanden aber eben doch erhebliche Unterschiede zwischen Hutterern und Arianern, die im Laufe der jahrzehntelangen Verhandlungen immer stärker zutage getreten waren. Die Gegensätze zwischen ihnen hatten sich als zu groß erwiesen. Trotz mehr als fünfzigjähriger Anstrengungen von beiden Seiten war es nicht gelungen, diese Differenzen aus der Welt zu schaffen. Die Arianer waren radikaler in der Theorie, in der Lehre, die Hutterer in der Praxis, im Leben.

Die im engeren Sinne religiösen Meinungsverschiedenheiten waren dabei nicht einmal ausschlaggebend. Sie bestanden zunächst in einer unterschiedlichen Akzentuierung: Für die Arianer war die Hauptzielscheibe ihrer Dogmenkritik die Dreifaltigkeit, für die Täufer dagegen die Kindertaufe. Die Hutterer blieben, zum Unterschied von dogmatisch radikaleren Sektierern, darunter auch einzelnen Täufern, im wesentlichen Trinitarier. Die Arianer ihrerseits sympathisierten zwar mit der Erwachsenentaufe, wandten sie auch vielfach an und traten teilweise in Wort und Schrift für sie ein; aber der Streit um die Taufe war in ihren Augen nur von untergeordneter Bedeutung. Seit der Wende des 16. Jahrhunderts rechneten

sie den Zeitpunkt der Taufe mehr und mehr zu den Adiaphora. Die Haltung von Fausto Sozzini insbesondere war durch einen ausgeprägten Indifferentismus in dieser Frage gekennzeichnet. Indem die Arianer sich damit den Kirchen des Konvents von Sandomir/Sandomierz (Einigung zwischen Calvinisten, Lutheranern und Böhmisches Brüdern in Polen 1570) zu nähern suchten, entfernten sie sich von den Täufern.

Entscheidend für den Bruch zwischen Arianern und Hutterern aber wurden die Unterschiede des gesellschaftlichen Denkens. In den Auseinandersetzungen um die großen sozialökonomischen Fragen, die in beiden religiösen Gemeinschaften geführt wurden, hatten sich abweichende Mehrheitsverhältnisse herausgebildet: Die Anschauungen, die bei den Exiltäufern in Mähren gesiegt hatten, unterlagen bei den Arianern in Polen. Nur eine Minderheit der arianischen Wortführer vertrat gleiche gesellschaftliche Auffassungen wie die Masse der Hutterer. Während bei den Täufern in Mähren eine Majorität von Pazifisten, Anhängern des Gemeineigentums und der genossenschaftlichen Produktion und Konsumtion, der kollektiven Erziehung und Lebensgestaltung über eine Minorität von Verfechtern entgegengesetzter Auffassungen triumphiert hatte, siegten bei den Arianern in Polen umgekehrt die Befürworter des Militärdienstes zur Verteidigung des Vaterlandes, die Apologeten des Privateigentums, der Privatwirtschaft und einer individuellen Lebensführung über die gegenteiligen Meinungen.

Infolge der Übereinstimmung einer kleineren arianischen Gruppe, die in Wahrheit die plebejisch-bäuerliche Majorität der Anhängerschaft repräsentierte, mit den Hutterern wurden aber die tonangebenden antikommunistischen Arianer, die die Interessen eines Teils der Schlachta und des deutschen Patriziats verfochten, nur um so mehr gegen die mährischen Täufer aufgebracht: Indem sie sich mit aller Schärfe „wider die mährischen Communisten“ wandten, suchten sie zugleich die eigene plebejische Opposition zu treffen; sie sagten „mährische Communisten“, meinten aber auch und im Grunde sogar hauptsächlich die „Communisten“ in Polen, d. h. die Anhänger der Gütergemeinschaft unter ihren arianischen Glaubensbrüdern.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Arianern und Hutterern stand also, wie bei anderen Kämpfen und Polemiken, die von den Täuferexulanten Mährens und der Slowakei ausgefochten wurden, die Frage der Gütergemeinschaft. Unter den Arianern ist diese Frage wiederholt erörtert worden, in Groß- wie in Klempolen, in Danzig wie in Wilna. In der Praxis ist es jedoch nur zu dem erwähnten kurzlebigen Versuch einer Einführung der Gütergemeinschaft im klempolnischen Arianerzentrum Raków gekommen, wozu die Fühlungnahme mit den Hutterern angeregt hatte. (Die Authentizität der darüber vorliegenden Nachrichten wird überdies z. T. angezweifelt.) Danach erfolgte eine eindeutige Abwendung der Arianer von der Idee des Gemeineigentums. Die arianisch-hutterischen Unionsverhandlungen führten daher zu einer Konfrontation von Individualismus und Kollektivismus, von privater und genossenschaftlicher Produktionsweise, Wirtschaftsorganisation, Rechts- und Lebensordnung.

Auch in der Frage des Militärdienstes und der Kriegssteuer ergab sich ein Gegensatz. Wie bei den Täufern traten sich bei den Arianern Bejaher und Verweigerer des Kriegsdienstes gegenüber. Aber während in Mähren die „Stäbler“ über die „Schwertler“ gesiegt hatten, verhielt es sich in Polen umgekehrt: Hier wurden die Pazifisten zurückgedrängt. Das wird daraus verständlich, daß nicht wenige adlige Führer oder Schutzherren der arianischen Kirche im politischen Leben standen und z. T. hohe Staatsstellungen bekleideten. Da der polnische Nationalitätenstaat dem osmanischen Imperium, dem schwedischen Ostseereich und dem aufstrebenden Moskauer Staat gegenüberstand und überdies zeitweilig in die außenpolitische Defensive geriet, verschlossen sich diese Politiker aus den Reihen der Schlachta nicht der Notwendigkeit, das Waffenhandwerk und den Kriegsdienst gegen Feinde des Vaterlandes, z. B. gegen die auch Polen bedrohende Türkengefahr zu bejahen.

So sind die Reibungen und der schließliche Bruch zwischen Arianern und Hutterern vor allem aus der unterschiedlichen Sozialstruktur beider Gemeinschaften zu erklären. Die Arianer waren in ihrer gesellschaftlichen Zusammensetzung weniger einheitlich als die plebejischen Hutterer. Polnische Schlachtschitzen nahmen bei ihnen führende Positionen ein, und auch Angehörige des gehobenen und akademisch gebildeten Bürgertums waren unter ihnen zahlreicher vertreten als bei den Hutterern. Die Prediger und Lehrer plebejischer Herkunft aber sowie die aus den Reihen der bürgerlichen Intelligenz waren materiell weitgehend von Adligen und Besitzbürgern abhängig. Aus der mangelnden sozialen Homogenität der Arianer ergab sich z. T. ihre Zersplitterung in einander befehdende Gruppen. Vor allem aber resultierte aus der beherrschenden Stellung von Vertretern der Schlachta und des Besitzbürgertums unter den Arianern die Abneigung ihrer meisten Wortführer gegen die Hutterische Gütergemeinschaft. Die Klasseninteressen der breiten plebejischen, zum kleineren Teil auch bäuerlichen Anhängerschaft, als deren Anwälte der polnische Arianer Grzegorz Paweł in Krakau und teilweise der deutsche Arianerexulant Christoph Ostorodt, der an der Spitze einer arianischen Bauerngemeinde bei Danzig stand, auftraten, drangen demgegenüber nicht durch. Wie in der Frage des Militärdienstes der Standpunkt der adligen Politiker triumphierte, so setzten sich in der Eigentumsfrage die reichen Magnaten und Schlachtschitzen sowie das besitzende Bürgertum gegen die an der Vergesellschaftung des Eigentums interessierten plebejischen und kleinbäuerlichen Elemente durch.

Es war daher im Grunde vergebliche Liebesmühe, daß die Vorsteher und andere Repräsentanten der Hutterischen Brüder in langen Briefen und besonderen Schriften ihre arianischen Gesprächspartner von der Vortrefflichkeit ihrer Lehren und Einrichtungen und insbesondere davon zu überzeugen suchten, wie christlich und gut es sei, „alles in gemein zu geben“.

Gegen diese Hutterische These erhob sich vielmehr bei den Arianern schon in den 60er Jahren des 16. Jahrhunderts und erneut zu Beginn des 17. Jahrhunderts ein scharf polemisches Schrifttum. Theoretiker und Schriftsteller unter den polnischen Arianern und deutschen Arianerexulanten in Polen richteten, z. T. auf Geheiß

arianischer Schlachtschützen und von Vertretern des deutschen arianischen Besitzbürgertums in Polen, wie im Falle Schmalz, heftige Streitschriften und Repliken gegen die Hutterischen Brüder und ihre Gemeinschaftsidee.

Darin wurden die Hutterer wegen ihrer Gütergemeinschaft als „Kommunisten“ angegriffen. Da diese Schriften deutsch, polnisch oder lateinisch geschrieben waren und z. T. auch ins Niederländische übersetzt wurden, hat der Begriff „Kommunist“, zunächst als lateinischer Ausdruck, alsbald aber auch mit nationalsprachlichen Endungen, im 16. und 17. Jahrhundert bereits in vier Sprachen Eingang gefunden. Im deutschen Schrifttum zur Geschichte der Arianer kommt er bis ins ausgehende 18. Jahrhundert als Benennung der Hutterischen Brüder vor.

Als Sprecher der antikommunistischen Arianer in ihrem Kampf gegen die Hutterische Gütergemeinschaft traten, wie bereits am Beispiel von Schmalz belegt, neben polnischen Arianern auch deutsche arianische Exulanten hervor. So setzten sich außer Valentin Schmalz aus Gotha auch Johann Völkel aus Grimma und, angeblich, Christoph Ostorodt aus Goslar in ihrem polnischen Exil mit den „mährischen Communisten“ in besonderen Traktaten oder im Rahmen größerer Werke auseinander. Der Ton der von den Interessen eines Teils der Schlachta und des deutschen Besitzbürgertums diktierten Schriften von Schmalz und Völkel zu Beginn des 17. Jahrhunderts war, ebenso wie schon zuvor der einer anonymen polnischen arianischen Schrift um 1569, sehr feindselig gegen die „mährischen Communisten“. Daß der Verhandlungspartner der Arianer auf Seiten der Täufer zunächst die Hutterischen Brüder waren, ist mit ein Grund für das Scheitern der Unionsversuche gewesen. Vielleicht wären frühe Verhandlungen zwischen Arianern und Mennoniten eher von Erfolg gekrönt gewesen; denn als Zankapfel zwischen Arianern und Hutterern erwies sich die Frage der Gütergemeinschaft. Darin aber waren die Mennoniten mit der dominierenden Partei der Arianer einer Meinung.

Als die arianisch-hutterischen Unionsverhandlungen kurz nach der Mitte des 16. Jahrhunderts einsetzten, hatte sich jedoch erst eine kleinere Anzahl Mennoniten im Weichseldelta niedergelassen, und diese waren noch kaum ins Blickfeld der Arianer getreten. Die Hutterer dagegen saßen seit Jahrzehnten als festgefügte Gemeinschaft von imponierender Geschlossenheit, die sich auch durch wirtschaftliche Erfolge empfahl, auf mährischem und slowakischem Boden und hatten sich bereits über die Grenzen Mährens und der Slowakei hinaus Ansehen erworben. Die Arianer hatten zu dieser Zeit ihren Hauptsitz in Krakau, am Danzig entgegengesetzten Ende der Adelsrepublik. Über Krakau führte eine Magistrale der altberühmten Handelsstraße aus Asien und Kiev durch Nord- und Südmähren nach Wien und weiter nach Süddeutschland, Italien und Ungarn. Für die Krakauer, wie für die Kleinpolen überhaupt, war Mähren auch, ebenso wie für die Masowier und Litauer, Durchgangsland auf ihren Reisen nach Österreich, Italien und der Schweiz. So fiel ihr Blick immer wieder auf die Hutterischen Bruderhöfe.¹⁹

Ferner gilt es bei der Frage nach den Ursachen für das Scheitern der Verhandlungen folgendes zu beachten: Als die Besprechungen geführt wurden, war der Sieg der „Gemeinschafter“ bei den Täufern in Mähren längst entschieden. Die Hutterischen

¹⁹ DeWind, a. a. O. 52.

Brüder, die sich nicht einmal durch das Fiasko der Münsterer Kommune von der Gütergemeinschaft hatten abbringen lassen, waren natürlich noch viel weniger gewillt, sich durch theoretische Argumente der Arianer überzeugen zu lassen, daß ihre Einrichtungen, die schon so manche Belastungsprobe bestanden hatten, verfehlt seien. Um der Vereinigung mit den Polnischen Brüdern willen ihr Teuerstes aufzugeben, waren sie nicht gesonnen.

Gerade weil aber der Kampf zwischen „Gemeinschaftern“ und Anhängern des Privateigentums unter den Arianern selbst tobte und in der Zeit, als die Verhandlungen mit den Hutterern geführt wurden, noch nicht endgültig entschieden war; weil demzufolge die adlig-patrizische Führung die Stimme der plebejisch-bäuerlichen Opposition zu übertönen und zu ersticken hatte, die mit der Hutterschen Gütergemeinschaft sympathisierte – gerade deshalb nahmen die arianischen Polemiken „adversus Communistas Moravienses“ eine solche Schärfe an.

Um so bemerkenswerter erscheinen demgegenüber jene Fälle, wo arianische Prediger aus der bürgerlichen Intelligenz der Stimmung und den Wünschen ihrer plebejischen oder bäuerlichen Gläubigen Rechnung trugen und die Huttersche Gütergemeinschaft bzw. den Hutterschen Rigorismus gegen die Angriffe der herrschenden antikommunistischen bzw. latitudinarischen Richtung ihrer arianischen Glaubensbrüder verteidigten. Daß dies im Bereich von Krakau und Danzig geschah, wo die Arianer über eine zahlreiche plebejische oder bäuerliche Anhängerschaft verfügten, ist dabei ebenso bezeichnend wie umgekehrt die Tatsache, daß die Stimmen des Hasses gegen die Hutterer vornehmlich aus den wirtschaftlich und sozial weniger entwickelten Teilen Groß- und Kleinpolens kamen, wo das Plebejertum zahlenmäßig schwach war und der Arianismus nicht zu den Bauernmassen vorgedrungen war. Neben dem Harzer Arianerexulanten Ostorodt, dessen Haltung zur Gütergemeinschaft aus den Quellen nicht völlig klar wird, ist als bemerkenswertester von jenen Plebejer- oder Bauernfreunden unter der arianischen Intelligenz der schon erwähnte deutsche Arzt und Schriftsteller Daniel Zwicker in Danzig zu nennen, der um die Mitte des 17. Jahrhunderts die Hutterer in ihrem zweiten, slowakischen Exil aufsuchte. Zwicker war von der Hutterschen Lebensordnung so beeindruckt, daß er selbst in die Brüdergemeinschaft eintrat und die „Communistae Moravienses“ gegen die Invektiven ihrer arianischen Gegner, insbesondere von Valentin Schmalz, in Schutz nahm.

Nach dem Scheitern der arianisch-hutterschen Unionsverhandlungen haben beide Teile versucht, mit dem anderen großen Täuferverband, den Mennoniten, ins Gespräch zu kommen, um womöglich eine Vereinigung mit diesen oder noch besser ihren Anschluß zu erreichen. Im Laufe der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts hatte die Zahl der mennonitischen Exulanten in der Weichselniederung erheblich zugenommen. Wem es, seien es Hutterer oder Arianer, gelang, die Weichselmennoniten auf seine Seite zu ziehen, der gewann dem anderen Teil gegenüber ein gewisses Übergewicht. Er erlangte eine Art Führerstellung unter den Gemeinschaften der radikalen Reformation in Ostmitteleuropa. Verständlich daher, daß Hutterer wie Arianer sich eifrig bemühten, die Mennoniten für ihren Standpunkt zu gewinnen.

Die günstigeren Voraussetzungen brachten dabei scheinbar die Hutterer mit, da sie als Täufer zu Täufern reden konnten. Sie hatten schon nach der Mitte des 16. Jahrhunderts einen Versuch in dieser Richtung unternommen, der von ihrem 1578 verstorbenen Vorsteher Walpot ausging. Die Chronik der Hutterischen Brüder, ihr „Geschichtsbuch“, berichtet darüber: „Es hat wohl der lieb Bruder Peter Walpot vor guter Zeit auch einen Zog zu ihnen [den Mennoniten] hineingetan gen Dänzig, aber bald erkennt, daß es ein Volk sei, die in die Gemein des Herren nicht taugen“.²⁰ Dieser erste Versuch war also mißlungen.

Erneut haben die Hutterer dann 1603 eine Abordnung unter Führung von Joseph Hauser zu den Mennoniten der Weichselniederung entsandt. Ein Teil der Sendboten mit Hauser an der Spitze machte dabei auch einen Abstecher nach Dänemark, aber „weil sie des Lands Sprach nicht gekönnnt, seind sie wiederum gen Dänzig gefahren“.²¹ Die Mennoniten schickten ihrerseits 1604 zwei Abgesandte zu den hutterischen Bruderhöfen nach Mähren. Eine Gruppe von Hutterern ging im gleichen Jahr an die Gründung eines Muster-Haushabens im Gebiet von Elbing (das zu Polnisch-Preußen gehörte), um die Mennoniten für das hutterische Ideal des Lebens in der Gemeinschaft zu gewinnen. Aber der Elbinger Rat verweigerte seine Zustimmung, und auch die Mennoniten zogen sich bald zurück.

Das Unternehmen endete – darin den arianisch-hutterischen Kontaktaufnahmen gleichend – mit einem Zerwürfnis zwischen Hutterern und Mennoniten. Die Hutterer äußerten sich empört über „der Mennisten Hoffahrt, Wucher, Betrügen“, d. h. über deren privatrechtlich-kapitalistische Gesinnung.²² Der diametrale sozial-ökonomische Gegensatz zwischen den privatwirtschaftlich organisierten Mennoniten und den genossenschaftlich lebenden Hutterern erwies sich mithin stärker als die religiöse Gemeinsamkeit im Zeichen der Spättaufe.

Nach dem Fehlschlag der Hutterischen Anknüpfungsversuche hofften die Arianer, bei denen sich inzwischen die privatwirtschaftlich orientierte Richtung so gut wie völlig durchgesetzt hatte, nun um so leichter mit den Mennoniten einig zu werden: „Unio cum Mennonitis a Socinianis in Polonia fuit tentata“.²³ Schon in den 80er

²⁰ Geschicht-Buch der Hutterischen Brüder, hg. v. R. Wolkan (Wien 1923) 473.

²¹ Ebd. 470.

²² Vgl. W. Kuhn, *Gesch. d. dt. Ostsiedlung in der Neuzeit* 2 (Köln 1957) 314f. Über Täufer in West- und Ostpreußen ferner: H. Penner, *Mennonit. Niederländer im Weichselmündungsgebiet*, in: *Schriften des mennonit. Geschichtsvereins* 3 (1950); ders., *The Anabaptists of East Prussia*, in: *The Mennonite Quarterly Review* 22 (1948) 212ff.; W. Wiswedel, *Bilder u. Führergestalten aus d. Täufertum* 3 (Kassel 1953) 227; G. J. Neumann, *Nach und von Mähren. Aus der Täufergesch. d. 16. u. 17. Jahrhunderts*, in: *Archiv f. Reformationsgesch.* 48 (1957) 84.

Das Auftreten der ersten Täuferexulanten aus Mähren in Ost- und Westpreußen wird in der Literatur zu spät angesetzt. Außer jenem Teil der Gabrieler, der infolge der 1528 einsetzenden Verfolgungen aus Mähren nach Preußen entwich, ist dabei auch Oswald Glait zu nennen, der in Nikolsburg zu Hans Hut gehalten hatte und 1532 mit seinen Gesinnungsgenossen aus Ostpreußen, wo er eine neue Wirkungsstätte gesucht hatte, ausgewiesen wurde (J. Loserth in: *Mennonit. Lex.* 2, Frankfurt/M. 1937, 118).

²³ G. G. Zeltner, *Historia Crypto-Socinismi* [sic] (Leipzig 1729) 1193.

Jahren des 16. Jahrhunderts waren beide Seiten miteinander in Verbindung getreten. Die Mennoniten im Danziger Werder hatten 1582 eine arianische Synode beschickt, und die Arianer hatten ihrerseits eine Delegation mit Czechowic an die Weichselmündung entsandt, die aber unverrichteterdinge heimkehrte: Die Werdermennoniten lehnten den nahezu kalvinistisch-deterministischen Standpunkt in der Frage der Prädestination ab, den die arianischen Abgesandten einnahmen.

Ein zweiter arianisch-mennonitischer Unionsversuch wurde 1610–1613 unternommen. Die Initiative ging von den Arianern aus. Valentin Schmalz, der große Gegner der hutterschen Gütergemeinschaft, und Hieronim Moskorzowski schrieben an die Mennoniten und unterbreiteten ihnen ihre Vorschläge für einen Zusammenschluß. Die Antwort der Mennoniten fiel für die Arianer jedoch unbefriedigend aus. Ein Religionsgespräch führte ebenfalls zu keiner Einigung. „Colloquium cum Mennonitis non successit“, notierte Schmalz resigniert in sein Tagebuch.²⁴ Die arianische Synode von Raków 1613 erklärte die Union für gescheitert.

In den gleichen Jahren trieb ein Chemiker namens Küntler, der 1611 nach Königsberg kam, in Ostpreußen Propaganda für die Täuferlehren. Gegen ihn richtete der Königsberger Theologe Johann Behm 1613 eine „Wiederlegung etzlicher Wider-teufferischen Irthumbe, mit welchen neulicher Zeit ein verlauffener Widerteuffer . . . theils schriftlich, theils mündlich aufgezogen kommen und viel guthertziger Christen zu verführen sich bearbeitet.“ Behm brachte sehr deutlich den plebejischen Charakter des Täufertums zum Ausdruck, wenn er es eine Religion der „Schuster, Schneider“ und – im Hinblick auf Küntler – „Goldmacher“ nannte.²⁵

Kurz danach brach der Dreißigjährige Krieg aus. Er und seine Nachwehen brachten das Ende sowohl der hutterschen Haushaben in Mähren wie der arianischen Stützpunkte in Polen-Litauen. In der Vereinzelung sind so Hutterer und Arianer dem Ansturm der Gegenreformation erlegen. Beide wurden aus ihren bisherigen Domizilen ausgewiesen. Ihr Schicksal wies dabei insofern erneut eine gewisse Parallelität auf, als in beiden Fällen eine angebliche Zusammenarbeit der Ketzer mit dem protestantischen Feind, dem diese tatsächlich Sympathien entgegengebracht hatten, weil sie sich von ihm eine Besserung ihrer bedrückten Lage erhofften, als Vorwand für die Verbannung diente. Ein Unterschied bestand darin, daß die Arianer sich nach Westen, nach Deutschland und später nach den Niederlanden, wandten, während die Hutterer nach Osten, nach der Slowakei und später nach Siebenbürgen, zogen.

Als erste fielen 1622 die hutterschen Bruderhöfe der Gegenreformation zum Opfer, nachdem der habsburgisch-ligistische Sieg am Weißen Berg bei Prag im November 1620 die Bahn für die Rekatholisierung der böhmischen Länder freigemacht hatte. Die Hutterer ließen sich aber durch die riesigen Verluste, die sie bei ihrer Verbannung aus Mähren 1622 erlitten, nicht entmutigen, suchten sich in Nordungarn

²⁴ Ebd. 1200.

²⁵ F. S. Bock, *Historia Socinianismi Prussici* (Königsberg 1754) 112ff. Die alliterierende Redewendung von der „Schuster- und Schneiderreligion“ ist eine alte Phrase ketzerfeindlicher Polemik. Sie wurde besonders gegen Jakob Böhme und seine Anhänger angewendet, aber auch gegen die Böhmisches Brüder und die „Storchiten“ (die Zwickauer Radikalen).

(der Slowakei) ein neues Exil und bauten hier ihre Haushaben wieder auf. Gegen die den Dekreten zum Trotz in Mähren verbliebenen Reste der Hutterer erging 1650 ein erneuter Ausweisungsbeschluß des mährischen Landtags.

Den Arianern andererseits half es wenig, daß sie sich nach dem endgültigen Abbruch der Unionsverhandlungen mit Hutterern und Mennoniten stärker von den Täufern distanziert hatten, ähnlich wie hundert Jahre zuvor die Böhmisches Brüder. Die Erwachsenentaufe hatten sie größtenteils abgeschafft.

Wenn die Arianer allerdings gehofft hatten, dadurch bei ihren Gegnern einen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen und diese zu einer duldsameren Haltung zu veranlassen, so sahen sie sich bitter enttäuscht. Als sie sich während des schwedisch-polnischen Krieges von 1655–1660 durch Kollaboration oder Sympathien mit den schwedischen Okkupanten kompromittiert hatten, reichte dies hin, um dem gegenreformatorischen Regime in Polen einen Grund zu ihrer Ausweisung zu bieten: 1658, acht Jahre nach der Verbannung der letzten Hutterer aus Mähren, wurden die Arianer aus dem Lande getrieben.

Während die Arianer nunmehr aus dem Kreis unserer Betrachtung verschwinden, bauten sich die Hutterer in der zu Ungarn gehörenden Slowakei eine neue Heimat auf, der sie wieder den Stempel ihrer kommunischen Ordnung aufprägten. Sie fanden dabei den Boden bereitet durch die älteren hutterschen Haushaben in der Westslowakei, die, wie wir gehört haben, bereits aus der Zeit nach der Kommune von Münster und nach dem Schmalkaldischen Krieg stammten.

Noch älter sind, wie wir jetzt aus einer Arbeit des slowakischen Historikers Petr Ratkoš wissen, die Anfänge des Täufern in der mittleren bzw. Ostslowakei, in der Zips.²⁶ Es war bezeichnenderweise hier ebenfalls ein Bergbaugebiet – gleich dem Zwickauer Revier und Tirol –, wo das Täufern zuerst Fuß faßte.

Aus der Zipser Bergstadt Kremnitz/Kremnica stammte allem Anschein nach jener Andreas Fischer, auf dessen Spuren als Täuferprediger in Schlesien bereits Johann Loserth gestoßen war.²⁷ Andreas Fischer kann nunmehr eindeutig als Begründer oder genauer gesagt als erster Führer des Täufern in der Slowakei, unter den deutsch-slowakisch-tschechisch-ungarischen Bergleuten und Handwerkern der Ostslowakei, insonderheit unter den „Zipser Sachsen“ gelten. Die Täuferideen hatte Fischer bei einem Aufenthalt in Deutschland aufgenommen. Ratkoš vermutet auch Einwirkungen der Böhmisches Brüder auf ihn. 1529

²⁶ Deutsche Fassung: P. Ratkoš, Die Anfänge des Wiedertäufern in der Slowakei, in: Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte, hg. v. K. Obermann u. J. Polišenský (Berlin 1958) 41 ff. Ein Verdienst der Arbeit von Ratkoš liegt in dem Nachweis, daß die ersten Täufer in der Slowakei nicht, wie bisher angenommen, aus Mähren kommende Exiltäufer waren, sondern einheimische Zipser Deutsche. Der aus dem thüringisch-fränkischen Grenzgebiet gebürtige Hans Hut ist auf S. 44 irrtümlich als Tiroler bezeichnet. Der Übertritt von Täuferexulanten aus Mähren nach der Slowakei setzte nicht erst 1546 ein, wie Ratkoš meint (S. 41), d. h. während der 4. Verfolgungswelle, in der Periode des Schmalkaldischen Krieges, sondern bereits während der 3. Verfolgungswelle, in der Periode der Kommune von Münster (1535).

²⁷ Vgl. J. Loserth, Art. Gkait, in: Menn. Lex. 2 (Frankfurt/M. 1937) 118.

tauchte Fischer im Zipser Hauptort Leutschau/Levoča auf, wo er besonders unter den deutschen Handwerkern Anhänger fand und bei dem Müller Hans Müller und anderwärts täuferische Konventikel abhielt. Aus Leutschau ausgewiesen, verlegte er seine Wirkungsstätte nach dem Bergstädtchen Schwedler/Svedlár, das er zum Zentrum der Täuferbewegung in der Ostslowakei machte. Die Bergarbeiter von Schwedler und Umgebung hingen ihm begeistert an.

Andreas Fischer nahm auch Verbindung mit den Täuferexulanten in Mähren auf. Vor seinen Verfolgern floh er auf dem Weg über Polen dorthin und hielt sich zeitweilig auf der Herrschaft Nikolsburg/Mikulov auf. Im ganzen zeigt die um 1530 noch verhältnismäßig unfertige, undifferenzierte Täuferbewegung unter den Zipser Sachsen weitgehende Verwandtschaft mit den Hutterern. Sie stimmte mit ihnen in der arevolutionär-kommunistischen Grundrichtung überein: Die Zipser Täufer waren zu schwach, um eine offene Erhebung oder bewaffneten Widerstand gegen die Obrigkeit zu wagen. Andererseits machten sie sich das Ideal des Gemeineigentums zu eigen.

Die Forderung nach der Gütergemeinschaft war aber — das verdient immer wieder hervorgehoben zu werden — *unter den damaligen Bedingungen dem historischen Fortschritt nachteilig*, weil sie das besitzende Bürgertum abstieß und damit die für den Sieg der bürgerlichen Revolution so dringend notwendige Einheitsfront aller antifeudalen Kräfte verhinderte. So war auch in der Zips die Furcht der Besitzbürger vor dem Verlust ihres persönlichen Eigentums ein Hauptgrund, weshalb sich das die Räte der Zipser Städte beherrschende deutsche Patriziat nach einigen Schwankungen — einzelne Ratsherren wie Peter Müntzer in Leutschau waren zu den Täufern übergegangen — für die gemäßigte, lutherische Reformation entschied. Damit besiegelte es den Untergang des von der katholischen Landesobrigkeit verfolgten deutschen Täufertums der Zips. Beigetragen hat zu diesem Ausgang auch der Umstand, daß nach dem gewaltsamen Ende, das Andreas Fischer durch seine Verfolger fand — er wurde von den Mauern einer Burg gestürzt —, die Verbindung zu den Hutterern in Mähren und der Westslowakei abbrach.

Zu der sozialen Trennung vom Patriziat und der räumlichen von den anderen Täufern trat als dritter Isolierungsfaktor die nationale Abschließung, die Sprachschranke gegenüber den nichtdeutschen Umwohnern; denn die Zipser Täuferbewegung blieb im wesentlichen eine Angelegenheit der deutschen Handwerker und Bergleute. In dieser dreifachen Isolierung vermochte sie sich der feindlichen habsburgischen Landesobrigkeit und dem feindlichen katholischen und lutherischen Klerus gegenüber nicht zu behaupten.

Während also dem organisatorisch ungefestigten Täufertum der Ostslowakei keine Dauer beschieden war, überlebte das straff organisierte Huttertum der Westslowakei alle Stürme des 16. und auch des 17. Jahrhunderts. Der mährische Exodus von 1622/23 vervielfachte seine Zahl. Die Neuankömmlinge gingen mit aller Kraft an den Aufbau einer neuen Existenz, und bald blühten die Hutterschen Bruderhöfe ähnlich auf wie vordem in Mähren.

Hier in Nordungarn besuchte Daniel Zwicker die Bruderhöfe und war von ihnen sehr eingenommen. Hier spielt auch das Wiedertäuferkapitel in Grimmelshausens

„Simplizissimus“. Von neuem kamen so Besucher aus nah und fern, selbst aus West- und Südeuropa, und bestaunten die Bruderhöfe der Hutterer, die nunmehr zum Vorbild utopisch-kommunistischer Bestrebungen in Frankreich, Amerika und anderen Ländern wurden.

Trotzdem litten auch die Hutterer in ihrer slowakischen Periode unter der Isolierung. Die Vereinigung mit den Mennoniten und Arianern war nicht zustande gekommen. Von den umwohnenden slowakischen, tschechischen, polnischen, ungarischen, rumänischen Bauern und Stadtbewohnern aber blieben die deutschen Täufer sozialökonomisch, konfessionell und sprachlich geschieden.

Das hatte eine positive und eine negative Seite für die Hutterer: Dadurch wurde einerseits das Aufgehen in der zahlenmäßig weit stärkeren, anders wirtschaftenden, andersgläubigen und anderssprachigen Bevölkerung der Umgegend, d. h. der Verlust der eigenen Wirtschaftsverfassung, Konfession und Nationalität verhütet und damit die spätere Katholisierung und Slowakisierung um viele Jahrzehnte hinausgeschoben. Andererseits wurde durch die gewollte Abschließung aber auch das Übergreifen der Täuferideen auf die slowakischen Bauern, die Entwicklung des Huttertums zu einer Massenbewegung, die in der Lage gewesen wäre, die bestehenden Verhältnisse zu verändern, außerordentlich erschwert.

Dessenungeachtet kam es naturgemäß zu regen wirtschaftlichen Austauschbeziehungen mit den tschechischen Bauern in Mähren und den slowakischen in Nordungarn, zu Bestellungen und Lieferungen, zur Vermittlung von Arbeitsmethoden usf. Deutsche und nichtdeutsche Handwerksmeister katholischer oder protestantischer Konfession zeigten allerdings oft Mißgunst und Handelsneid gegen ihre überlegenen hutterschen Konkurrenten.

Auch Ehen zwischen deutschen Täufern und Tschechen oder Slowaken wurden vereinzelt geschlossen. So war der deutsche Täufer Michael Säfensieder, der im Märtyrerjahr 1536 verbrannt wurde, mit einer Tschechin verheiratet, und seine Kinder waren Tschechen.²⁸

In der slowakischen Periode wurden auch verschiedene Slowaken für das Huttertum gewonnen. Auf diese slowakischen Konvertiten, von denen einer sogar in das Führungsgremium der Hutterer aufstieg, war man in Kreisen der Brüder besonders stolz.

Als jedoch die habsburgische Gegenreformation unter Führung der Jesuiten mit Macht auch über die ungarischen Länder hereinbrach, wurden die Täufer dort ebenfalls vor die Wahl zwischen Konversion und Emigration gestellt. Der feste Kern der Unbeugsamen wählte auch diesmal das bittere Los der Auswanderung unter Verlust von Hab und Gut. Diese Glaubensstreuen zogen weiter ostwärts, nach Siebenbürgen. Sie fanden dort ihren Acker bestellt vor; denn bereits 1621 und 1622 hatten kleinere huttersche Gruppen in diesem Ketzerasyl Zuflucht gesucht.

Viele aber blieben, des ewigen Wanderns müde, in der Slowakei zurück – wie es immer wieder geschah in der Geschichte und so auch wiederholt in der Wande-

²⁸ J. Loserth, Art. Böhmen, in: Menn. Lex. 1 (Frankfurt/M. 1913 ff.) 243.

rungsgeschichte der Täufer, daß bei der Abwanderung einer geschlossenen Gemeinschaft aus ihrem bisherigen Aufenthaltsgebiet größere oder kleinere Gruppen zurückblieben. Zahlenmäßig geschwächt und ihrer aktivsten, widerstandsfähigsten Elemente beraubt, wie diese Resttäufer waren, sind sie jedoch im Laufe der Zeit von ihrer andersartigen Umgebung konfessionell, sozial und national aufgesogen worden.

In der Slowakei haben die verbliebenen Teile der Hutterischen Brüder von den umwohnenden Slowaken und Tschechen den Namen *Habaner* erhalten.²⁹ Ursprünglich wurden als Habaner diejenigen Hutterischen Brüder bezeichnet, die schon im 16. Jahrhundert, als der Hauptteil in Mähren saß, sich nach der Slowakei gewandt hatten. 1760–1764 erfolgte die Zwangskatholisierung der Habaner auf Geheiß der Kaiserin Maria Theresia. Die Habaner sind aber noch lange, im ausgehenden 18., im 19. und bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts, in der Slowakei und in Südmähren, wohin ein Teil von ihnen zurückkehrte, als geschickte Handwerker durch ihre schöne Keramik und ihre Messerschmiedekunst bekannt gewesen.

Noch zu einer Zeit, als sie längst Katholiken und Slowaken oder Tschechen geworden waren, erinnerten ihre Bauten, Trachten und Namen an die einstige blühende deutsche Täufergemeinschaft. Bis in unser Jahrhundert lassen sich so die Spuren der Hutterischen Brüder in der Slowakei und in Südmähren verfolgen.

In Siebenbürgen wurden die gelichteten Reihen der Hutterer um die Mitte des 18. Jahrhunderts durch lutherische Transmigranten aus Kärnten verstärkt. Diese Kärntner Bauern, die ihre Heimat wegen ihres lutherischen Glaubens hatten verlassen müssen, waren von der hutterischen Gemeinschaft so angetan, daß sie ihre bisherige Überzeugung, um derentwillen sie Haus und Hof hatten räumen müssen, aufgaben und sich den Brüdern anschlossen.

Aber auch in Siebenbürgen fanden die Hutterer auf die Dauer keine Ruhe vor ihren Verfolgern. Als die habsburgisch-jesuitische Katholisierungspolitik ihren Arm auch nach dem Großfürstentum ausstreckte, schnürten sie erneut ihr Bündel und stiegen 1767 über die Pässe der Südkarpaten in die walachische Tiefebene hinab. In der Nähe von Bukarest ließen sie sich nieder.

Hier wurden die Leidgeprüften bald von einem neuen Unglück betroffen. Der russisch-türkische Krieg der Jahre 1768–1774, der erste Türkenkrieg Katharinas II., brach aus, und wieder, wie schon so oft während des Dreißigjährigen Krieges und in anderen Kriegen, wurden die Brüder ausgeplündert.

In dieser trostlosen Lage faßten die Hutterer den Entschluß, die Walachei zu verlassen und nach Rußland zu ziehen. Das aufsteigende große Land und Reich im Osten lockte. Die Kunde von den weiten, ungenutzten fruchtbaren Ländereien der Ukraine verhieß ein besseres Leben auf dem Boden des russischen Staates.

²⁹ Aus dem reichen Schrifttum über die Habaner sei hervorgehoben: R. Friedmann, Die Habaner in der Slowakei, in: Wiener Zeitschrift für Volkskunde 32 (1927); ferner: Lydia Müller, Der Kommunismus der mährischen Wiedertäufer (Leipzig 1927).

Dort hofften die Brüder, mit der geringen Habe, die ihnen verblieben war, eine neue Heimat zu finden.

Auf dem Wege dahin begegneten sie am Dnestr dem russischen General Pëtr Rumjancev, dem späteren Türkenbesieger, der sich gerade anschickte, mit den russischen Soldaten den Vormarsch zur Donau anzutreten. Rumjancev, der älteste in der Reihe der drei großen russischen Feldherren im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert – Rumjancev, Suworov, Kutuzov –, war nicht nur ein hervorragender Militär, sondern auch ein weitblickender Ökonom. Der Gutsbesitzer in ihm witterte offensichtlich sofort die Möglichkeit, aus diesen Flüchtlingen wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen. Er lud sie ein, sich auf seinen Besitzungen in der Nordukraine niederzulassen. 1770 schloß Rumjancev mit den Hutterern einen Vertrag, der ihnen viele Freiheiten, insbesondere volle Religionsfreiheit und Befreiung vom Kriegsdienst zusicherte, ihnen Vorschüsse gewährte und die Beibehaltung ihrer genossenschaftlichen Ordnung verhiess. („3. In ihrer Gemeinschaft sollen sie von niemandem beeinträchtigt werden, und es ist ihnen unverwehret, gemeinschaftlich zu arbeiten.“³⁰) So befreite der russische Feldmarschall die Hutterschen Brüder aus ihrer bedrängten Lage.

Mit einem Begleitschutz von Kosaken zogen die Brüder nun nach einer Besetzung Rumjancevs, dem ihnen zugewiesenen Ort Višenka (Višenki, Wischink) an der Desna, einem Nebenfluß des Dnepr, im Gouvernement Černigov, nordöstlich Kiev. Hier erbauten sich die Hutterer von neuem einen Bruderhof und lebten sich bald in die russischen Verhältnisse ein. Pëtr Rumjancev unterstützte sie auch in der Folge auf vielfältige Weise.

Schwieriger wurde das Verhältnis der Hutterer zu seinem Sohn Sergej, dem Erben von Višenka und Bruder des russischen Reichskanzlers Nikolaj Rumjancev. Sergej Rumjancev stellte an die Brüder übertriebene Forderungen. Deshalb verließen sie 1802, nachdem ihnen die Petersburger Regierung Staatsländereien zugesprochen hatte, Višenka und ließen sich weiter flußabwärts in Radičev, ebenfalls im Gouvernement Černigov, nieder. Hier wurden ihnen die gleichen Privilegien wie ihren mennonitischen Glaubensverwandten zuteil.³¹

Später wandten sich die Hutterer nach der Südukraine und ließen sich im Mennonitenbezirk am „Milchfluß“, an der Moločna, nieder, unweit der Küste des Azovschen Meeres. So begegneten sich im 19. Jahrhundert am Ostrand der Ukraine die beiden deutschen Täuferverbände. Beider Siedlungen blühten rasch auf, und es kam zu zahlreichen Tochtergründungen im großen Umkreis der Ukraine, der Krim und Nordkaukasiens. Bald spannte sich ein weites Netz deutscher Täufer-siedlungen über diese fruchtbaren Gebiete im Südosten des europäischen Rußlands. Bis zum Terek und Kubań erstreckte sich nun der riesige Bereich der täuferischen Diaspora des Ostens. Daß die Mennoniten sogar nach Sibirien und Mittelasien zogen, ist uns bereits bekannt.

Doch auch in den fernen russischen Landstrichen hat die Odyssee der deutschen Täufer – sowohl der Hutterer als auch der Mennoniten – noch nicht ihren end-

³⁰ E. Crous, Art. Rumjancev, in: Menn. Lex. 3 (Karlsruhe 1958) 565.

³¹ Ders., Art. Radičev, ebenda 3 (1953) 425.

gültigen Abschluß gefunden. Als nach hundert Jahren täuferischer Exilgeschichte im Russischen Reich 1874 Zar Alexander II. die allgemeine Militärpflicht dekretierte und die Täufer entgegen früheren Zusagen davon nicht ausgenommen wurden, verließen die den Militärdienst verweigernden Hutterer ein weiteres Mal ihre Anwesen und zogen 1874–79 über das Meer nach dem amerikanischen Kontinent, wo sie bis heute in Gütergemeinschaft auf ihren Bruderhöfen leben.³²

Viele Mennoniten sind ebenfalls nach Amerika emigriert. Auch in der Neuen Welt haben sich, von Kanada bis Paraguay, von der subpolaren Region bis zum Gran Chaco, die deutschen Täufer als Kultivierer von Ödland bewährt und große Verdienste um die agrarische Landeskultur erworben. Dort leben die Nachkommen jener Täuferexulanten, die einst in den Ländern Ostmitteleuropas und Osteuropas Schutz gefunden haben, Mennoniten und Hutterer, noch heute.

In der Ukraine sind die Hutterschen Brüder, wie vordem schon einmal vorübergehend in Siebenbürgen, für kurze Zeit von der Gütergemeinschaft abgegangen und haben das Privateigentum eingeführt. Beidemal aber hat sich diese Umstellung nicht bewährt, und sie sind alsbald zur Gütergemeinschaft zurückgekehrt.

So blieb ihre kommunistisch-genossenschaftliche Ordnung, die in der nichtmarxistischen Geschichtsschreibung oft irrtümlich als „Kommunismus“ oder „christlicher Kommunismus“ bezeichnet worden ist³³, das Kennzeichen dieser Brüdergemeinschaft auf allen Stationen ihrer weltweiten Wanderung. Sie stellt zugleich innerhalb des Gesamttäufertums ihr unterscheidendes Merkmal gegenüber Mennoniten und „Schweizer Brüdern“ dar, die am Privateigentum festhielten. Die sozial-ökonomische Eigenart der Hutterer liegt somit darin, daß sie zum Unterschied von anderen Täufern das Gemeineigentum sowie die Produktions- und Konsumtionsgenossenschaft nicht nur anstrebten, teilweise oder vorübergehend einführten, sondern (mit zwei kurzen Unterbrechungen) bisher über vier Jahrhunderte lang beibehielten und behaupteten. Sie haben damit die Durchführbarkeit dieses Prinzips – wenn auch nur auf engem Raum und in einer zahlenmäßig begrenzten Gemeinschaft – erwiesen.

Die historische Leistung dieser deutschen Täufer besteht, abgesehen von ihrer wirtschaftlichen Aufbauarbeit, in der Errichtung einer bis zur letzten Konsequenz durchorganisierten kommunistischen Ordnung, die sie von Mähren nach der Slowakei, von der Slowakei nach Siebenbürgen, von Siebenbürgen über die Walachei nach der Nord- und von da nach der Südukraine sowie schließlich über den Atlantik hinüber nach dem amerikanischen Kontinent trugen.

Fassen wir am Ende unserer Betrachtung über die Hutterschen Brüder, wo wir sie auf ihren ukrainischen Wanderstationen vorfinden, noch einmal das Wesen ihrer kommunistischen Ordnung zusammen.

³² Kleinere Gruppen haben neuerdings Bruderhöfe in Paraguay, England und Deutschland errichtet.

³³ Vgl. R. Friedmann, *The Christian Communism of the Hutterite Brethren*, in: *Archiv f. Reformationsgesch.* 46 (1955) 196ff. und die dort S. 197, Anm. 3, verzeichnete Literatur.

Die arevolutionären Hutterer kompensierten ihren notgedrungenen Verzicht auf die Revolutionierung der Umwelt, des Makrokosmos, durch kompromißlose, totale Umgestaltung ihrer abgeschlossenen Kleinwelt, ihres Mikrokosmos.

Ausdruck und Form dieser Totalreform waren die „Bruderhöfe“ oder „Haus-haben“. In diesen verschiedenen großen Gemeinschaftshöfen wohnten oft Hunderte von Brüdern und Schwestern in Gütergemeinschaft, nach dem genossenschaftlichen Prinzip von Produktion und Konsumtion. Alles spielte sich hier in der Gemeinschaft ab, auch das Essen in Refektorien oder Speisesälen. Dabei lebten die Hutterer aber entgegen allen Verleumdungen ihrer Gegner über die „Vielweiberei der Wiedertäufer“ in strenger Monogamie.

Der Produktionsprozeß wickelte sich in Großwerkstätten ab. Alle arbeitsfähigen Glieder der Gemeinschaft ohne Unterschied des Geschlechts waren in den Arbeitsprozeß der Bruderkommune eingegliedert. Sie arbeiteten entweder in den Produktions- oder in den Versorgungseinrichtungen der Bruderschaft.

Die kollektive Erziehung der Kinder begann schon in vorschulischen Kinderhäusern und sog. kleinen Schulen, ehe noch die eigentliche Schulausbildung einsetzte.

Wie in der Jugenderziehung, so waren die Hutterer auch in der Gesundheitspflege vorbildlich für ihre Umgebung und ihre Zeit. Sie wurden als Heilkundige von Adligen und Fürsten geschätzt. Der huttersche Arzt Jörg Zobel aus Nikolsburg/Mikulov ist wiederholt ans Krankenlager Rudolfs II. nach Prag gerufen worden und hat den Kaiser geheilt.

Die Wahl der Vorsteher und Ältesten, der Prediger („Diener des Worts“) und Verwalter („Diener der Notdurft“) vollzog sich bei den Hutterern nach demokratischen Grundsätzen. Daß dabei bisweilen Übergriffe und Mißstände vorkamen, daß Ehrgeiz, Eigennutz und Nepotismus mitunter selbst diesen sittenstrengen, charakterfesten Täufern einen Streich spielten, wird man verständlich finden.

Erstaunlich und bewundernswert zugleich ist es, wie die Hutterschen Brüder trotz der Niederlage von Münster, die ja auch eine Niederlage des Gedankens der Güter-, Produktions- und Konsumtionsgenossenschaft bedeutete, und trotz allen späteren Bedrückungen und Gegenmaßnahmen der Obrigkeit zäh an ihren kommunischen Einrichtungen festhielten und diese vom 16. Jahrhundert bis zum heutigen Tag behauptet haben.

Huttertum und Mennonitentum haben, jedes auf seine Art, vor allem in der Melioration Hervorragendes geleistet. Ob an Weichsel oder Wolga, an March oder Terek, in sibirischer Taiga oder nordamerikanischer Prärie, in der Wüstensteppe Mittelasiens oder der „grünen Hölle“ Südamerikas – überall schritten Täuferexulanten hinter der Pflugschar, wo vordem Brachland war. Den zahlreicheren und auf die Ödlandkultivierung spezialisierten fleißigen Mennoniten gebührt dabei das größere Verdienst.

Insgesamt aber ist das segensreiche Wirken deutscher Täufer in drei Erdteilen und fünf Jahrhunderten der beste Gegenbeweis gegen die Verleumdung, die radikale Reformation sei nur „Deformation“ gewesen, sie habe nur zerstört (Bildersturm, Bauernkrieg, Münster) und nicht aufgebaut oder neu geschaffen. Jene Täufer-

exulanten, die in mühevoller Arbeit Sümpfe, Einöden und Urwälder in blühende Felder verwandelten, waren kein Ferment der Dekomposition, sondern eine Kraft des Aufbaus, kein destruktives, sondern ein konstruktives Element.

*

Zieht man das Fazit dieser erdumspannenden Täuferhistorie für die Geschichte des Stammvolkes, des deutschen Volkes, so fällt das Ergebnis allerdings sehr viel weniger positiv aus: So Bedeutendes die Täuferexulanten in ihren Gastländern geleistet haben – der Geschichte ihrer alten Heimat, der historischen Vorwärtsbewegung des deutschen Volkes sind sie verlorengegangen. All die Kraft und Tüchtigkeit, die den Exilländern in Ost und West zugute kam, fehlte in Deutschland.

In wirtschaftlicher Hinsicht bedeutete die Flucht der Täufer nach Osten den Verlust vieler hochqualifizierter Fachkräfte in wichtigen Handwerkszweigen und in der Landwirtschaft. Dadurch fielen nicht nur zahlreiche Spezialisten für die unmittelbare Hebung der Produktion aus, sondern auch Lehrmeister, die ihr Wissen künftigen Generationen hätten weitergeben können. Auf die eine wie auf die andere Weise hätten diese Meister ihres Faches die Entwicklung Deutschlands zum Kapitalismus vorantreiben können.

Noch fühlbarer aber äußerten sich die negativen Wirkungen, die der Abzug der Täufer für Deutschland nach sich zog, auf innenpolitischem Gebiet. Er riß empfindliche Lücken in die Phalanx jener Menschen, die sich vor den festgefahrenen Wagen der deutschen Geschichte spannten, um ihn aus dem Schmutz und Schlamm von Leibeigenschaft, feudaler Zerrissenheit und Inquisition herauszuziehen. Schmerzlich hat man die Exulanten da später vermißt, insbesondere als Vorhut der bürgerlichen Revolution, zu deren Vorkämpfern sie im 16. Jahrhundert teilweise gehört hatten. So trägt der Auszug der Täufer nach Osten mit Schuld daran, daß es nicht gelang, der Freiheit in Deutschland eine Gasse zu öffnen.

Für das deutsche Volk haben die großen wirtschaftlichen Leistungen deutscher Täufer im Ausland dadurch einen bitteren Beigeschmack bekommen: All die Menschen, die sich über Tausende von Kilometern verstreuten, um auf dem Boden einer neuen Heimat ihr Bestes zu geben, hätten sowohl beim wirtschaftlichen Fortschreiten als auch beim Kampf gegen das Feudalregime in Deutschland wertvolle Dienste leisten können.

Diese Tatsache lenkt den Blick auf eine Erscheinung, die für die deutsche Geschichte gerade in jenen Zeitläuften sehr charakteristisch ist: die Massenauswanderung. Während die deutsche Auswanderung des Mittelalters überwiegend Ausdehnung war, bei der die Ausgewanderten ein Bestandteil des deutschen Geschichtsprozesses blieben, war die Emigration der Neuzeit, der Epoche der bürgerlichen Revolution (seit dem 16. und 17. Jahrhundert) – wie die germanische der Völkerwanderungszeit – in der Hauptsache Ausgriff, d. h. Abwanderung in entferntere Länder. Sie bewirkte, auch darin der germanischen Völkerwanderung gleichend, zumeist das Ausscheiden der Emigrierten aus dem deutschen Geschichtsprozeß.

Durch den Massencharakter, den die Flucht aus dem Elend der Leibeigenschaft, aus der Kirchturmswelt der Duodezfürstentümer, vor religiöser oder politischer Verfolgung und vor der Knute des Militarismus in Deutschland annahm, ist das deutsche Volk Jahrhunderte hindurch wertvollster, freiheitsliebender, vorwärtsdrängender, revolutionärer Kräfte beraubt worden. Indem es Generation um Generation die Blüte seiner tatendurstigen Jugend an andere Länder abgab, verlor es immer aufs neue die Barrikadenstürmer für den Sieg der bürgerlichen Revolution. Die auf den Barrikaden von Berlin und Wien, von Hamburg und Köln, von München und Stuttgart, von Leipzig und Dresden hätten stehen sollen, waren statt dessen in ferne Länder gezogen, nach Amerika, Rußland und in viele andere Gebiete.

Dieser ständige furchtbare Aderlaß war also mehr als nur ein gewaltiger quantitativer Substanzverlust. Er bedeutete vielmehr zugleich eine erhebliche qualitative Einbuße: *Die Massenauswanderung war das Ventil, durch das der revolutionäre Überdruck nach außen abgeleitet und einer Entladung im Innern entgegen gewirkt wurde.* Sie war eine Vorbedingung für die innenpolitische Stagnation auf der Stufe des antinationalen Partikularabsolutismus, der sich so lähmend auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands ausgewirkt hat.

Der Mangel an revolutionären Kadern in Deutschland seit 1536 kommt daher nicht zuletzt auf das Konto dieser immer erneuten Massenauswanderung. Kein anderes Großvolk der Erde hat seit dem 16. Jahrhundert einen derartigen absoluten und relativen Menschenverlust durch Auswanderung und Krieg zu beklagen gehabt.

Zwei andere Völker, die im 16. Jahrhundert eine ähnlich große Amputation durch Abwanderungen erlitten, das spanische und das portugiesische, sind seitdem in ihrer inneren Entwicklung verhältnismäßig wenig vorangekommen. Spanien, wo es bereits 1520/21, also gleichzeitig mit der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland, zum Städteaufstand der Comuneros gekommen war, hat nach der überseeischen Massenauswanderung der späteren Kreolen und nach der Austreibung der gewerbefleißigen Moriskos und Spaniolen eine Art Kehrtwendung zur unbeschränkten Feudalherrschaft vollzogen – ähnlich wie Deutschland nach der Verjagung oder Vernichtung der Täufer und revolutionären Bauern und nach der erneuten Dezimierung seiner aktiven Elemente im Dreißigjährigen Krieg.

Man könnte auf England als Gegenbeispiel verweisen, das ebenfalls große Auswandererziffern zu verzeichnen hatte. Doch besteht hier ein entscheidender Unterschied zu Deutschland, Spanien und Portugal: In diesen drei Ländern erfolgte die Massenauswanderung *vor*, in England aber *nach* dem Sieg der bürgerlichen Revolution. Das politische Leben Englands wies seit der Zeit, da für die unzufriedene Jugend auch hier das Ventil der Auswanderung geschaffen war, einen ausgeprägt konservativen Grundzug auf, bis in die Reihen der Arbeiterbewegung hinein (was, besonders im letzten Falle, noch gewichtige andere Ursachen hatte). Die Beibehaltung der Monarchie, des Oberhauses, mancher Traditionen und altertümlichen Einrichtungen sind Beispiele dieses englischen nachrevolutionären Konservatismus. Natürlich muß man bei der historischen Bewertung der deutschen Massenauswanderung differenzieren. Das Reislaufen von Abenteurern und Glücksjägern oder

der Soldatenhandel (Verkauf von Untertanen durch korrupte Fürsten ins Ausland) oder gar das Verschwinden krimineller Existenzen, die sich dem strafenden Arm der Gerechtigkeit entzogen, können der Flucht oder Ausweisung aktiv anti-feudaler Kräfte selbstverständlich nicht an die Seite gestellt werden. Es hat auch eine Einwanderung nach Deutschland gegeben (Hugenotten, Wallonen u. a.), die allerdings hinter der Auswanderung weit zurückblieb. Diese Einwanderer haben wirtschaftlich vielfach positiv gewirkt, innenpolitisch aber haben sie sich als Schützlinge des fürstlichen Territorialabsolutismus, als Hätschelkinder merkantilistischer Peuplierungspolitik großenteils der feudal-konservativen Klassenfront eingegliedert. Nicht der durch die Massenauswanderung bzw. durch die negative Bilanz aus Auswanderung und Einwanderung eingetretene nationale Substanzverlust als solcher war also, das muß nochmals betont werden, entscheidend für die negative Auswirkung auf die innenpolitische Entwicklung Deutschlands, sondern der Umstand, daß dadurch das Kräfteverhältnis zwischen feudalen und feudal-hörigen Klassenkräften auf der einen Seite und bürgerlich-plebejisch-bäuerlich-demokratischen auf der anderen in verhängnisvoller Weise zuungunsten der bürgerlichen Klassenfront verschoben wurde – daß ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz von Menschen mit demokratischer Gesinnung verloren ging. Und zu diesen gehörten die Täufer, auch die „stillen“, in ihrer großen Mehrheit. So stellt das östliche Exil der Täufer ein Musterbeispiel für die hemmende Wirkung der Massenemigration auf die deutsche Geschichte im 16. Jh. dar. Zwar unterhielten die Exulanten teilweise noch längere Zeit Verbindungen mit dem Mutterland durch Sendboten und Sendschreiben, aber diese Konnexen wirkten auf die Dauer weniger im Sinne einer Revolutionierung von außen als in der Richtung auf den Abzug weiterer wertvoller Kräfte ins Ausland – anfangs zumeist nach Mähren, später nach Polen, noch später nach der Slowakei, Siebenbürgen oder der Ukraine. Die hutterschen Abgesandten aus Mähren in Süd- und Westdeutschland etwa warben, als sie das Aussichtslose ihrer Bemühungen, das Land allen Wiedertäufermandaten zum Trotz täuferisch zu machen, erkennen mußten, für die Übersiedlung nach Mähren. Schließlich rissen infolge der brutalen Gegenmaßnahmen der Behörden und der Feindseligkeit des Klerus der herrschenden Konfessionen auch diese Fäden ab. Damit wurde das Exiltäufertum fast gänzlich aus dem deutschen Geschichtsprozeß eliminiert.

Flucht, Verbannung, erzwungene oder äußerlich freiwillige Auswanderung ins Ausland bedeutete somit den Verzicht auf die Durchsetzung der für richtig erkannten Überzeugung im eigenen Lande. Die Tatsache, daß die Täufer anfangs noch an dem Ziel festhielten, ihre Lehren von außen wieder nach Deutschland hineinzutragen, hat diese Konsequenz zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Der Exodus der Täufer nach Osten bewirkte mithin, um das noch einmal klar herauszustellen, den Ausfall einer starken, aktiven Komponente unter den antifeudalen Kräften Deutschlands. Das Lager der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland ist durch das Ausscheiden dieses Faktors nicht unwesentlich geschwächt worden. Nur einen sehr schwachen Ersatz dafür bot der verkrüppelte Kryptoanabaptismus, der unter der Decke des gegenreformatorischen oder orthodox-lutherischen Feudal-

absolutismus in Deutschland verblieben war und ein kümmerliches, höchst gefährdetes Dasein fristete. Dieses Resttäuferum war entscheidend geschwächt und ohne tatkräftige Häupter. Es erstarrte zu einem quietistischen, sich in sich selbst zurückziehenden, historisch unfruchtbaren Konventikelwesen („innere Emigration“) und verlor in dieser Isolierung die Fähigkeit, aktiv handelnd in den Lauf der deutschen Geschichte einzugreifen. Von ihrer Umgebung ignoriert oder als Sonderlinge verlacht, gewannen die Kryptoanabaptisten keinen größeren Einfluß mehr auf die deutschen Dinge. Den neuen vorantreibenden Kräften hatten sie sich entfremdet. Von der Hauptlinie der deutschen Geschichte, auf der die bürgerlich-demokratische Vorwärtsbewegung erfolgte, hatten sie sich damit entfernt. Ihre Flucht ins „Innenleben“ bedeutete kaum minder die Ausklammerung aus dem deutschen Geschichtsprozeß als die Flucht ins Ausland. Die fortschreitende bürgerliche Entwicklung Deutschlands ging an ihnen vorbei und schließlich über sie hinweg.

Ähnliches gilt für die sogenannten Halbtäufer in der Schweiz und am Oberrhein, die äußerlich getreue Kinder der herrschenden Religion geworden waren, innerlich aber dem Täuferum die Treue hielten. Auch sie blieben eine lokale Besonderheit ohne allgemeineschichtliche Bedeutung.

Größere historische Relevanz erlangte der von der Reichsstadt Nürnberg, diesem alten Zentrum freisinniger Anschauungen, her gestützte Kryptosozinianismus an der Nürnberger Universität Altdorf, dessen Führer zu Beginn des 17. Jahrhunderts der antitrinitarische Philosophieprofessor Ernst Soner war. Dieses Geheimarianertum von Altdorf und Nürnberg war eng mit Polen verbunden: Junge Polen studierten in Altdorf bei Soner, während umgekehrt deutsche Schüler Soners zu den Arianern nach Polen zogen. Die frührationalistischen Ideen des Sonerschen Kryptosozinianismus gingen, wenn auch in sehr verdeckten Formen, in die Altdorfer Frühaufklärung ein, die teils direkt, teils auf dem Umweg über die Jenaer Frühaufklärung zu einer Wurzel der dann in ganz Deutschland und darüber hinaus maßgebenden Aufklärung von Halle und Leipzig wurde.

Auch der Kryptoanabaptismus hat durch einzelne freiere Denker eine gewisse Wirkung auf die werdende deutsche Aufklärung ausgeübt. Seine Andachtsgemeinschaften boten ein Vorbild für pietistische Zirkel. So fügte er sich wenigstens in geringem Maße in die antiorthodoxe Bewegung nichtsäkularisiert-pietistischer oder rationalistischer Prägung ein.

Daß der Kryptoanabaptismus noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts von Zionswächtern der Orthodoxie als Gefahr angesehen wurde, bezeugt ein Alarmruf von 1715: „Der Widertaufer . . . Ketzerey/Lugen/Mord und Auffruhr ist noch bey allen nicht gestillet.“ Daß „der Widertaufer Geist . . . wider aus dem eisernen Gitter erstanden“ sei, werde man gewahr werden, sobald „nur manche Rotte ein festes Münster und stärckern Anhang hätte.“³⁴

Zwei bemerkenswerte Beispiele für das Einmünden des Geheimtäuferums in den breiten Strom der deutschen bürgerlichen Opposition des ausgehenden 17. und

³⁴ G. F. Stieber, *Historien von Luther* (Güstrow 1715) S. 330f.

des 18. Jahrhunderts seien zum Schluß kurz erwähnt. Das erste ist der Ketzerhistoriker Gottfried Arnold an der Wende des 17. Jahrhunderts, ein aus der erzbirgischen Altheimat des Anabaptismus gebürtiger Verfechter von Ideen der radikalen Reformation in verhüllter Form, der zum Pietisten und, symptomatisch für das Bündnis von weltlicher und geistlicher, wissenschaftlicher und religiöser antiorthodoxer Strömung in der deutschen Frühaufklärung, zum Mitarbeiter und Freund von Christian Thomasius wurde. Man hat den von den Orthodoxen und anderen Konservativen seiner Zeit so vielgeschmähten Ketzerapologeten nicht unzutreffend als „Patron“ der Täufer hingestellt³⁵ und den Pietismus Arnoldscher Prägung einen Enkel des Täuferturns genannt (M. Goebel) oder seine Auffassungen als abgeschwächtes Täuferturn bezeichnet (A. Ritschl). Bezeichnend ist auch, daß zu Zeiten dieses Täufer-Pietisten die Mennoniten eine deutliche Annäherung an den Pietismus vollzogen. Die enge Zusammenarbeit zwischen Arnold und Thomasius zeigt dabei ein übriges Mal, daß man Pietismus und naturrechtlich-rationalistische Bewegung in ihren Anfängen nicht zu scharf trennen darf, daß beide damals Hand in Hand gingen, daß sie zwei verschiedene Wege zu dem gleichen Ziel der Auflösung der orthodox-feudalen Ideologie und Ordnung waren.³⁶

Ein zweites Beispiel für das Wiedererwachen und Fruchtbarwerden täuferischer Ideenrelikte in der Periode der deutschen Frühaufklärung bietet Arnolds Freund Konrad Dippel, der eigenwillige radikale Volksschriftsteller, der sich Christianus Democritus nannte. Auch sein Wirken ist kennzeichnend für den Versuch, auf Fundamenten der radikalen Reformation ein volkstümliches, antiorthodoxes, antidogmatisches, religiös-aufklärerisches Gedankengebäude zu errichten. Dippel ging so weit, daß er die Täufer David Joris und Menno Simons über Luther stellte.³⁷

Arnold und Dippel, diese Ideenträger der radikalen Reformation in der Periode der Frühaufklärung, bezeugen, daß schwache Teilkkräfte der einstigen taufgesinnten Gesamtbewegung wieder Anschluß an die öffentliche antifeudale Opposition gewannen und somit der bürgerlichen Entwicklung Deutschlands im ausgehenden 17. und frühen 18. Jahrhundert doch noch zugute kamen. Kryptoanabaptisten wie sie haben zur Hauptlinie des deutschen Geschichtsprozesses zurückgefunden.

Diese positiven Ausnahmen ändern allerdings wenig an der negativen Bilanz, daß das antifeudale Erbe des Täuferturns aus der Kontinuität der deutschen Geschichte ausgeschaltet worden ist. Es irrte auf eine unbedeutende Nebenlinie ab, die sich in der Form eines mystisch-quietistischen Sektierertums schließlich als historische Sackgasse erwies.

Alles in allem bleibt als Ergebnis dieser Betrachtung festzuhalten: Die Massenauswanderung, die historisch gesehen ein – meist notgedrungenes – Ausweichen darstellt, ist eine der verhängnisvollsten Erscheinungen der deutschen Geschichte.

³⁵ J. G. Schelhorn, Sammlung 1 (Nördlingen 1779) S. 380.

³⁶ Vgl. W. v. Schröder, Gottfried Arnold (Heidelberg 1917) S. V, 36, 52, 59 ff., 118; E. Seeburg, Gottfried Arnold (Meerane 1923) S. 24 ff., 72, 498 ff.; E. Crous, Mennonitentum und Pietismus. In: Theologische Zeitschrift 8 (Basel 1952) S. 279 ff.

³⁷ Christianus Democritus, Wegweiser zum verlohrnen Licht und Recht (o. O. 1705) 229.

20 Frühbürgerliche Revolution

Die massenhafte Emigration vieler der revolutionärsten, freiheitsliebendsten, unternehmendsten, tüchtigsten Elemente ins Ausland beraubte das deutsche Volk immer wieder der Avantgarden für eine bürgerliche Revolution. Die Massenauswanderung von Deutschen seit dem 16. Jahrhundert im allgemeinen und die Flucht der deutschen Täufer nach Osten im besonderen ist daher eine der Ursachen für die Verzögerung des Sieges der bürgerlichen Revolution in Deutschland und damit für die historische Verspätung unseres Landes in der Neuzeit im Vergleich zu Ländern wie England und Frankreich.³⁸

³⁸ Zum Stand der Forschung über die Hutterer s. R. Friedmann, in: *The Mennonite Quarterly Review* 24 (1950) 353 ff.; über Jakob Hutter: H. G. Fischer, Diss. Wien 1949; über die Täufer allg.: H. S. Bender, in: *The Mennonite Quarterly Review* 23 (1949) 48 ff. u. 24 (1950) 88, 170; über Tiroler Täufer und ihre Beziehung zu Mähren: P. Peachey, in: *The Mennonite Quarterly Review* 27 (1953) 76 f.; über täuferischen Pazifismus: H. S. Bender, in: *The Mennonite Quarterly Review* 30 (1956) 16 ff.; zur Problematik im allgemeinen vgl. H. J. Hillerbrand, *Die gegenwärtige Täuferforschung – Fortschritt oder Dilemma?* In: H. Diwald (Hg.), *Lebendiger Geist*, Leiden 1959.

Wertvolles Informationsmaterial nach Stichworten bietet das seit 1913 im Erscheinen begriffene *Mennonitische Lexikon*, hg. v. Ch. Hege und Ch. Neff, dessen sich nach dem Tod der Herausgeber H. S. Bender und E. Crous angenommen haben. Es lag 1960 bis zum Buchstaben S vor.

Die Hauptquellen zur Geschichte der Hutterer, ihre Chroniken, die sie „Geschichtsbücher“ nannten, sind nach den älteren Ausgaben von J. Beck (Wien 1883) und R. Wolkan (Wien 1923) nunmehr vornehmlich nach den originalgetreuen Ausgaben von A. J. F. Zieglschmid heranzuziehen: a) Die älteste Chronik der Hutterschen Brüder (Ithaka, New York, 1943). (Dies ist das ausführliche „Große Geschichtsbuch“); b) Das Klein-Geschichtsbuch der Hutterischen Brüder (Philadelphia 1947). (Knapper gehalten, aber zeitlich weiter reichend.) Infolge verschiedener Handschriftenvarianten und Ergänzungen sind Beck und Wolkan jedoch noch nicht ganz entbehrlich geworden. Die Ausführungen im vorliegenden Beitrag stützen sich, wo keine Einzelbelege gegeben wurden, hauptsächlich auf Zieglschmids Ausgabe des „Großen Geschichtsbuchs“, das chronologisch angelegt ist. Viel Stoff enthält auch die stattliche Reihe von Quellenbänden der Täuferakten. Für die Geschichte der Hutterschen Brüder besonders wichtig ist: Lydia Müller, *Glaubenszeugnisse oberdeutscher Taufgesinnter*, Bd. I, Leipzig 1938. (= Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte 20.) Ein zweiter Band aus dem Nachlaß der verstorbenen Herausgeberin ist angekündigt.

MAX STEINMETZ

Nachwort

Mit dem vorliegenden 2. Teil des Protokollbandes wendet sich die junge Mediävistik in der Deutschen Demokratischen Republik an die deutsche und internationale wissenschaftliche Öffentlichkeit, um Zeugnis zu geben von ihren Bemühungen um ein wissenschaftliches Verständnis der Geschichte der Feudalgesellschaft im Zeitalter der Reformation und des Bauernkrieges.

Der in den Jahren 1933 bis 1945 allen offenbar gewordene Bankrott der bürgerlichen Geschichtsauffassung machte eine völlige Neuorientierung auch für die Mediävistik zwingend notwendig. Sollte die Beschäftigung mit der älteren deutschen Geschichte nicht zu einer Gelehrsamkeit von lebensfremder Exklusivität erstarren oder gar von Neuem in den Dienst bürgerlich-restaurativer Kräfte treten, so mußte sie sich bewußt auf die fortschrittlichste gesellschaftliche Kraft unserer Zeit, die Arbeiterklasse, orientieren und deren marxistisch-leninistische Weltanschauung zu ihrer theoretischen Grundlage machen. Nur auf dem Boden des historischen Materialismus kann die Mediävistik wirklich fruchtbar werden und durch die wissenschaftliche Darstellung des gesetzmäßigen Verlaufes eines wichtigen Abschnittes der menschlichen Entwicklung ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen. Der nach 1945 einsetzende Neubeginn erforderte somit von dem wissenschaftlichen Nachwuchs nicht nur eine gediegene fachliche Ausbildung herkömmlicher Art, sondern führte gleichzeitig zu einem theoretischen und politisch-ideologischen Reifeprozess, in den auch die ältere Generation unserer Mediävisten einbezogen wurde. Diese Entwicklung vollzog sich in den vergangenen Jahren relativ langsam, und es machte sich ein gewisses Zurückbleiben der Mediävistik hinter anderen Zweigen der Geschichtswissenschaft bemerkbar. Zwar zeugen bedeutende Erfolge in der Lehre und zahlreiche Publikationen davon, daß es bereits weitgehend gelungen war, sich von den bürgerlichen Auffassungen zu lösen und, ausgehend von marxistischen Fragestellungen, wichtige Ergebnisse zu erzielen, aber die Thematik blieb noch zu stark durch individuelle Interessen bestimmt. Nur durch den Übergang zu einer neuen kollektiven Arbeitsweise waren die zentralen Forschungsanliegen schwerpunktmäßig und planvoll zu lösen.

Der nächstliegende Schritt auf diesen neuen Wege konnte nur eine wissenschaftliche Konferenz sein, die als Arbeitstagung das Fazit der Forschung ziehen und die Zusammenfassung und Koordinierung aller auf diesem Gebiet Tätigen einleiten sollte. Nicht nur Universitäts-Historiker, sondern auch Archivare, Museologen, Heimatforscher und Geschichtslehrer mußten und müssen weiterhin an-

gesprochen und zur Mitarbeit aufgefordert werden, wie auch die umfassende und allseitige Behandlung der zur Diskussion stehenden Probleme die Teilnahme von Kunst- und Literaturhistorikern, Wirtschafts- und Rechtshistorikern, Philosophen und Kirchengeschichtlern wünschenswert erscheinen läßt. So erwuchs der Wernigeroder Konferenz eine doppelte Aufgabe: eine wissenschaftlich-theoretische und eine politisch-organisatorische.

Heute, nachdem der Protokollband vorliegt und auch der zeitliche Abstand die ersten Auswirkungen auf die weitere Arbeit bereits sichtbar werden läßt, fällt es leichter, Rückschau zu halten und die Ergebnisse zusammenzufassen, als dies im Schlußwort auf der Konferenz selbst möglich war, auf dessen Abdruck darum verzichtet wird und an dessen Stelle dieses Nachwort tritt.

Wernigerode war eine Arbeitstagung mit freier Diskussion. Vorbesprechungen im Kreise der Diskussionsbeiträge waren leider nicht zustande gekommen, so daß die Beiträge nicht genügend aufeinander abgestimmt waren. Auf eine bessere Vorbereitung dieser Art wird man künftig bei solchen Tagungen größeren Wert legen müssen. Auch bei anderen Konferenzen mit einem Gesamtthema ist der Wunsch nach gemeinsamer Vorarbeit der Referenten laut geworden, nicht im Sinne einer Einengung der freien Aussprache, wohl aber zum Zwecke einer fachlichen Abgrenzung und darüber hinaus einer Festlegung methodischer Richtlinien und bestimmter sachlicher Fragestellungen.

Die Thesen, die in diesem Sinne wirken sollen, lagen leider erst kurz vor Beginn der Konferenz im Druck vor, so daß die Diskussionsbeiträge nicht mehr in dem erstrebten Maße auf sie bezogen werden konnten. Die Absage mehrerer Teilnehmer infolge Erkrankung oder dienstlicher Verhinderung beeinträchtigte weiterhin die Aussprache: so konnte weder die erstrebte Gaismaier-Debatte stattfinden, da J. Macek nicht anwesend war, noch war eine unmittelbare Fortführung der sowjetischen Diskussion über den Charakter der Reformation und des Bauernkrieges möglich, da leider kein einziger sowjetischer Historiker teilnehmen konnte.

Auch aus der DDR konnten zahlreiche Fachkollegen nicht teilnehmen, mit deren Anwesenheit gerechnet worden war, so die Professoren K. Bittel, E. Hertzsch, G. Mühlpfordt, E. Paterna, L. Stern und die Doktoren Hühns, Köditz, Kossok, Rosemarie Müller, Wilsdorf u. a.

Im Hinblick auf die kurzfristigen Absagen, die nicht mehr ausgeglichen werden konnten, bekam die Diskussion in mancher Hinsicht einen etwas zufälligen Charakter. Der vorliegende Protokollband gleicht dies in gewissem Grade aus, da ein Teil der nicht gehaltenen Beiträge nachträglich eingesandt und für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wurde. Dennoch war die Zeit für die Diskussion zu kurz bemessen, was man künftig ebenfalls beachten sollte. Auch die Beiträge der nicht mehr zu Wort gekommenen Teilnehmer sind in diesem Band abgedruckt.

War der Verlauf der Diskussion nicht in jeder Hinsicht zufriedenstellend, so gilt das auch für das Schlußwort, das nicht in der nötigen Deutlichkeit herausarbeitete, was erreicht worden war und was nicht und das in der Gesamteinschätzung der

Wernigeroder Diskussion nur einen vorläufigen Charakter trug. So soll jetzt in diesem Nachwort versucht werden, eine kritische Zusammenfassung der Diskussion und ihrer Resultate zu geben und die Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen.

Die Konferenz, über die bereits mehrfach berichtet wurde, (Anm.¹) hat ihre Aufgabe, Auftakt für ein vertieftes Studium der behandelten Probleme und Beginn einer neuen Organisationsform der Arbeit auf dem Gebiet der Reformationsgeschichtsforschung zu sein, erfüllt. Indem sie den Teilnehmern den derzeitigen Stand der Probleme deutlich machte und die Hauptaufgaben aufzeigte, weckte sie das Verständnis für die Notwendigkeit intensiver Forschung und leitete eine umfassende und zielstrebige Zusammenarbeit aller Fachkräfte für die kommenden Jahre ein.

Eine große Zahl von Diskussionsbeiträgen beleuchtete die Probleme der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland von den verschiedensten Seiten und ließ die Breite und Mannigfaltigkeit der Forschungsarbeit, vor allem in der DDR, deutlich werden. Allerdings wurde auch sichtbar, daß der Hauptmangel der Konferenz in der fehlenden oder doch nicht ausreichenden Konzentration auf die theoretischen Probleme bestand. Waren bereits im Referat die Thesen nicht in umfassender Weise begründet worden, so ging die Diskussion viel zu wenig auf das theoretische Hauptanliegen, die Klärung des Charakters der Reformation und des Bauernkrieges als frühbürgerliche Revolution, ein. Lediglich die Diskussionsbeiträge von J. Mittenzwei, E. Müller-Mertens und G. Vogler behandelten dieses zentrale Problem.

Dennoch gestatten die Ergebnisse der Wernigeroder Konferenz gerade im Hinblick auf die Probleme der frühbürgerlichen Revolution eine Zusammenfassung, die, in Konfrontierung mit dem bisherigen Verlauf der Diskussion in der UdSSR, den auf diesem Gebiet nunmehr erreichten Stand in Umrissen deutlich machen kann.

Sowohl die Diskussion in den „Voprosy istorii“ als auch die Tagung in Wernigerode haben gezeigt, daß die Mehrzahl der marxistischen Historiker darin übereinstimmt, Reformation und Bauernkrieg in Deutschland ihrem Charakter nach als frühbürgerliche Revolution einzuschätzen. Ist diese Grundauffassung eine recht einhellige, so gehen die Meinungen in einer Vielzahl von Einzelfragen noch immer beträchtlich auseinander.

Intensität und konkreter Verlauf der ursprünglichen Akkumulation, Rolle und Bedeutung des frühkapitalistischen Bürgertums, Grad der Organisiertheit und Bewußtheit der revolutionären Kräfte, Charakter der Täuferbewegungen: alle diese Fragen erwiesen sich als noch weithin ungeklärt und strittig. Selbst eine so

¹ A. Laube, Gründungskonferenz der Sektion Mediävistik der Deutschen Historikergesellschaft. In: ZfG 8 (1960) S. 964–974. — G. Brendler, 1. Konferenz der Sektion Mediävistik der DHG. In: Das Hochschulwesen 8 (1960) S. 243–244. — Dr. M. Erb-
stößer, G. Brendler, Sektion Mediävistik der DHG gegründet. In: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde 11 (1960) S. 563–565.

grundlegende Frage wie die nach den Aufgaben der frühbürgerlichen Revolution, nach den entscheidenden Zielen der revolutionären Bewegung, wird keineswegs einheitlich beantwortet. Ging es um die Zerstörung des Feudalismus überhaupt oder lediglich um die Vernichtung der Fürstenmacht bei Beibehaltung des Systems der feudalen Ausbeutung, wie es in den Ländern des Absolutismus der Fall war? Oder war die Hauptaufgabe nur die Zertrümmerung der Macht der katholischen Kirche als des ideologischen Zentrums des Feudalismus? Oder bestand die Aufgabe sowohl in der Zerschlagung der Fürstenmacht als auch in der Beseitigung der Machtstellung der katholischen Kirche?

Besonders wertvoll erscheinen in diesem Zusammenhang die Bemerkungen von E. Müller-Mertens, der darauf hinweist, daß ein Sieg der revolutionären Bewegungen im Zeitalter des sich herausbildenden Absolutismus überall nur im Bunde mit der Krone möglich gewesen sei. Und er stellt geradezu die Frage, ob es keine Bedingungen gab für einen Umschwung der königlichen Politik, für eine progressive Aktion der Krone, wobei ihm eine positive Beantwortung vorschwebt (S. 89). Leider erfährt man nicht, was damit in concreto gemeint ist. Gar zu leicht kann eine solche Fragestellung zu einer Neuauflage der Spekulationen eines Paul Kalkoff im Hinblick auf die angebliche Kaiserwahl Friedrichs des Weisen führen.²

In Wirklichkeit bestand in Deutschland damals keine Möglichkeit mehr für eine nationale Kaiserpolitik, für eine Einigung von oben, wie sie in einer Vielzahl von Ländern damals zustande kam. Gerade das scheint mir von grundlegender Bedeutung für den gesamten Verlauf der frühbürgerlichen Revolution zu sein: für den Ausbruch wie für das Scheitern.

Die revolutionäre Bildung einer neuen Zentralgewalt erstrebte das sogenannte Heilbronner Programm, über das G. Vogler sehr beachtliche Ausführungen vorgetragen hat. Er sieht die Hauptursache für das Scheitern der Hiplerschen Bestrebungen darin, daß die Führung nicht in den Händen der revolutionären, sondern der gemäßigten bäuerlichen Elemente und der Vertreter der bürgerlichen Opposition lag (S. 125). So blieb nur der Sieg der religiösen Verkleidung der Bewegung, der Reformation, der ja auch nur teilweise erfolgte, da von einer Zerschlagung der Papstkirche noch nicht einmal für das engere Reichsgebiet die Rede sein konnte.

Wenn die sowjetische Diskussion mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer weiteren Erforschung der ökonomischen Verhältnisse hinwies, so wurde die Berechtigung dieser Forderung in Wernigerode nur erhärtet. So wertvoll im einzelnen die Beiträge von K. H. Blaschke, G. Heitz, D. Lösche und K. Steinmüller sind, eine umfassende Darlegung des Standes der Forschungen vermochten sie so wenig zu geben, wie die so notwendige theoretische Verallgemeinerung der Forschungsergebnisse, die man nach den langjährigen Vorarbeiten eigentlich hätte erwarten sollen und mit der H. Mottek ja bereits vorangegangen war.³ Das war schon

² Paul Kalkoff, Die Kaiserwahl Friedrich IV. und Karl V., Weimar 1925. — Dagegen K. Brandi, Die Wahl Karl V. In: Nachr. Ges. d. Wiss. Göttingen, phil.-hist. Klasse 1925.

deshalb nicht möglich, weil die umfangreichen Forschungen zur Geschichte des Bergbaues überhaupt nicht berücksichtigt wurden.⁴

Beachtliche Ansätze zur Klärung des für das Gesamtverständnis der revolutionären Prozesse nicht zu unterschätzenden Problems der sozialen Differenzierung bieten die Ausführungen J. Schildhauers und D. Lösches. Schildhauer untersuchte die plebejischen Schichten in den Städten, wodurch ein neues Licht auf die Problematik der ursprünglichen Akkumulation in Deutschland fiel. Es zeigte sich, daß die Plebejer einen viel höheren Prozentsatz der städtischen Bevölkerung ausmachen, als bislang meist angenommen wurde.

Auch der von G. Heitz nachgewiesene starke Differenzierungsprozeß auf dem flachen Lande, der zum Auftreten zahlreicher landloser und landarmer Produzenten führt, lenkte die Aufmerksamkeit in die gleiche Richtung.

In Wernigerode wurden aber auch bereits Probleme aufgegriffen und teilweise Übereinstimmung in einigen Fragen erzielt, die über die sowjetische Diskussion hinausweisen. So wurde das Problem der Periodisierung und auch des chronologischen Ablaufs der gesamten frühbürgerlichen Revolution in Deutschland gestellt, wobei der zeitlichen wie der räumlichen Erweiterung allgemein zugestimmt wurde. Die bisher meist übliche Einengung der frühbürgerlichen Revolution auf die Jahre 1517 bis 1525 wird der Spezifik des Verlaufs der Ereignisse nicht gerecht. Vor allem werden auf diese Weise wesentliche Zusammenhänge, wie das Heranreifen der revolutionären Krise, der Tiroler Bauernkrieg unter M. Gaismaier, die Nachhutgefechte der geschlagenen Volksmassen, insbesondere der als Täuferkommune bekannte revolutionäre Aufstand von Münster 1534/35, aber auch die Ereignisse an der Ostsee im Zusammenhang mit J. Wullenweber und der sogenannten Grafenfehde der Betrachtung entzogen.

Abgelehnt werden muß ein Vorschlag M. Straubes, bereits mit 1439, dem Jahr der Entstehung der Reformatio Sigismundi, eine besondere Entwicklungsstufe der frühbürgerlichen Revolution anzusetzen, da für das Jahr 1476 nicht die erste Drucklegung, sondern die Bewegung des Pfeifers von Niklashausen charakteristisch ist, die bekanntlich sogar erst den Anstoß zum Druck der bisher nur handschriftlich verbreiteten Flugschrift gegeben hat.⁵

³ H. Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Bd. I. Von den Anfängen bis zur Zeit der französischen Revolution, Berlin 1957, S. 225–243 (3. Aufl. 1960).

⁴ Vgl. dazu: M. Steinmetz, Reformation und Bauernkrieg in der Historiographie der DDR. In: Histor. Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Intern. Historiker-Kongreß in Stockholm August 1960. Sonderheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1960, S. 151 ff.

⁵ M. Straube in einer Zuschrift an die Herausgeber: „Wenn M. Steinmetz mit voller Berechtigung in seinen Thesen über die frühbürgerliche Revolution in Deutschland (1476–1535)“ (S. 7) unter 2a die Reformatio Sigismundi als einen Gipfelpunkt in der aufsteigenden Linie der Klassenkämpfe anführt, dann erscheint es jedoch auf Grund der zahlreichen Handschriften richtiger, die Zeit ihrer Entstehung (1439) zu berücksichtigen und nicht die der ersten Drucklegung (1476). Schließlich finden in der Reformatio Sigismundi die revolutionären Bewegungen am Ende von Sigmunds und während Albrechts II. Regierungszeit ihren Niederschlag und der Druck von 1476 beweist nur, daß die Reformatio Sigismundi immer noch und in verstärktem Maße aktuell war.

Die Vorgeschichte der revolutionären Krise behandelte nur M. Straube, wobei zu hoffen ist, daß die von ihm angekündigte größere Arbeit über die Reformatio Sigismundi bald abgeschlossen sein wird.

Im Mittelpunkt der Beiträge, die den Verlauf und den Höhepunkt der frühbürgerlichen Revolution beleuchteten, standen die materialreichen Ausführungen von G. Günther, D. Lösche, H. Köditz und H. Müller zu den Ereignissen in Mühlhausen und in anderen thüringischen Städten. Besondere Erwähnung verdient der Beitrag von Günther, der eine wichtige Etappe im innerstädtischen Kampf der freien Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen unmittelbar vor dem Bauernkrieg unter rechtshistorischen Gesichtspunkten untersucht.

Den österreichischen Bauernkrieg und die überragende Gestalt M. Gaismaiers behandelt J. Macek, der uns dankenswerterweise das Resumé seines neuen, z. Z. im Druck befindlichen Werkes über den tirolischen Bauernführer zur Verfügung stellte. Die Ereignisse im Ostseeraum skizziert aus gründlicher Kenntnis E. Donnert. Es muß bedauert werden, daß es nicht möglich war, weitere Beiträge über Länder wie Dänemark, Schweden usw. zu bringen, was zweifellos wertvolles Vergleichsmaterial geboten hätte. Auch in dieser Hinsicht wird die Arbeit weitergeführt werden müssen.

Mit großem Interesse wurden die Fragen der Situation nach der Niederlage des Bauernkrieges diskutiert. Hierzu brachten G. Falk und F. Neuß wertvolle Materialien.

Sehr zu begrüßen ist die Weiterführung der Diskussion über die Täufer, die G. Zschäbitz eingeleitet hat und auch in Wernigerode entscheidend befruchtete. H. Köditz gibt einen Ausschnitt aus ihrer ungedruckten Arbeit, der zwar ein wichtiges Problem herausgreift, aber den Kern ihrer These, daß das Täuferium eine Fortsetzung der Volksreformation Müntzers darstelle und als revolutionäre Massenbewegung ein Teil der frühbürgerlichen Revolution sei, nicht enthält. G. Mühlpfordts Diskussionsbeitrag hat sich bei der Überarbeitung zu einer kleinen Abhandlung ausgeweitet und behandelt — wie E. Donnert — die Fragen der Auswirkungen der deutschen Ereignisse auf benachbarte Länder. An Hand des „Großen Geschichtsbuchs“, der ältesten Chronik der Hutterischen Brüder, wird den Schicksalen einer der wichtigsten Täufergruppen nachgegangen und dabei zahlreiche Fragen aufgeworfen.

Leider sind die heute fast vollständig edierten Täuferakten sowie die in Neu drucken vorliegenden Schriften der führenden Täufer nicht herangezogen, wodurch die quellenmäßige Grundlage der Arbeit etwas schmal ist, zumal über den Quellenwert der „Geschichtsbücher“ nichts gesagt wird.

In manchen Punkten trägt der Verfasser Auffassungen vor, die, auch wenn sie von den Herausgebern des Protokollbandes nicht voll geteilt werden, hier zur Diskussion gestellt werden sollen. Es handelt sich um die Tendenz, historische Vorgänge und Bewegungen, Persönlichkeiten oder Ideen in ursächlichen Zu-

Der Periodisierungsvorschlag von Steinmetz ist m. E. also dahingehend zu verändern, daß schon um 1439 eine besondere Entwicklungsstufe der frühbürgerlichen Revolution anzusetzen ist.“

sammenhang mit geographischen Gegebenheiten zu bringen und die so hergestellten, mehr oder weniger zufälligen Beziehungen rein spekulativ auszudeuten, was zu Begriffsspielereien führen muß. Das war besonders deutlich in dem Beitrag über die Arianer des 16. Jahrhunderts, ist aber auch in der hier veröffentlichten Abhandlung noch nicht ganz überwunden.^{5a}

Bedeutsam und positiv ist die Herausarbeitung des plebejischen Charakters des Täuferturns in diesem Zeitalter:

„Handwerksgesellen und Kleinhandwerker, Arbeitsleute und Kleinbauern...“ überwogen in den meisten Täufergemeinden (S. 251).

Eine wertvolle Illustration zur Periodisierung ist die Darlegung der vier großen Wellen der täuferischen Auswanderung, die völlig dem Verlauf der frühbürgerlichen Revolution entsprechen und besonders das Jahr 1536 als Ende und Abschluß der revolutionären Epoche unterstreichen (S. 252).

Auf die Bedeutung der Hinweise H. Beckers, die für sich selbst sprechen, einzugehen, erübrigt sich.

Um Mißverständnisse zu vermeiden und bereits bei Freunden der Heimatgeschichte aufgetauchte Unklarheiten zu berichtigen, ist es notwendig, etwas ausführlicher Stellung zu nehmen zu den Thesen, die Herr Goebke aus Quedlinburg aus seiner eigenen Forschungsarbeit hier vorgetragen hat. Die Arbeit von Herrn Goebke ist 1957 im 9. Jahrgang der Harz-Zeitschrift in vollem Wortlaut erschienen, 30 Seiten stark und mit einigen Tafeln ausgestattet.⁶ Der Verfasser ist ausgegangen von einem unbestreitbaren Aktenfund, einer Stolberger Ratsrechnung von 1484, die auch in Tafel 1 der genannten Veröffentlichung reproduziert ist. Hier ist ganz klar erwiesen, daß ein Thomas Montzer eine Buße von 15 Groschen zahlen mußte.⁷

Aber bedeutet das tatsächlich unwiderleglich, daß dieser hier wegen ungebärdigen Benehmens auf dem Tanzhause bestrafte junge Mann der historische Thomas Müntzer der frühbürgerlichen Revolution war, der dann 1467 oder 68 geboren sein mußte und bei seiner Hinrichtung 57 oder 58 Jahre alt gewesen wäre? Ich glaube, daß es Goebke nicht gelungen ist, den Nachweis wirklich schlüssig zu führen, zumal weitere Spuren irgendwelcher Art bis zur Immatrikulation in Leipzig 1506 völlig fehlen. Könnte es nicht möglich sein, daß es noch einen anderen Menschen gegeben hat mit dem Namen Thomas Müntzer? Herrn Goebkes Hinweis, daß seine Forschungen nirgendwo auf einen ähnlichen Namen in dieser Zeit gestoßen seien, ist bei der Lückenhaftigkeit der Überlieferung nicht überzeugend. Die Behauptung, Thomas Müntzer sei Augustiner-Eremit gewesen und habe in Quedlinburg bis 1506 im Kloster gelebt, scheint mir völlig aus der Luft gegriffen

^{5a} G. Mühlfordt, Deutsche und polnische Arianer. Eine frühauflärerische Gemeinschaft der radikalen Reformation. In: Deutsch-slawische Wechselseitigkeit in sieben Jahrhunderten. Gesammelte Aufsätze. Berlin 1956, S. 74–98, bes. S. 91.

⁶ H. Goebke, Neue Forschungen über Thomas Müntzer bis zum Jahre 1520. Seine Abstammung und die Wurzeln seiner religiösen, politischen und sozialen Ziele. In: Harz-Zeitschrift. Für den Harz-Verein hrsg. von K. W. Sanders, 9 (1957) Bad Harzburg 1957.

⁷ „Wegen vngeberde vffm tantzhuse geübet 15. gr. Thomas montzer“ a. a. O. S. 3, Anm. 5.

zu sein. Goebke braucht diese These, um die nahezu vier Jahrzehnte zwischen Geburt und Immatrikulation in Leipzig zu überbrücken. Wenn er dann sagt, er habe sich dafür entschieden, daß Müntzer vor 1506 Augustinermönch in Quedlinburg gewesen sei, so wäre uns wichtiger, die Entscheidung Thomas Müntzers zu kennen; aber leider ist uns darüber nicht das Allgeringste bekannt. So lange aber keine weiteren Dokumente gefunden werden, bleibt das alles eine mehr als luftige Hypothese.⁸

Verdienstvoll sind die familiengeschichtlichen Forschungen Herrn Goebkes insofern, als sie versuchen, die ganze Müntzersippe und damit die soziale Herkunft Müntzers aus den archivalischen Überlieferungen zu rekonstruieren. Ein Stammbaum ist als Beilage der genannten Arbeit beigelegt. Man wird sich mit diesem Versuch beschäftigen und die Angaben überprüfen müssen. Aber die Schlußfolgerung, die Herr Goebke aus seinen Forschungen zieht, um die ideologische Entwicklung Müntzers zu erklären, scheint mir durchweg abwegig, ja in manchem sogar irreführend zu sein. Abwegig und irreführend ist es, wenn Herr Goebke versucht, aus der Diskrepanz der sozialen und wirtschaftlichen Lage der bäuerlichen und bürgerlichen Bevölkerung der geistlichen Fürstentümer Halberstadt und Quedlinburg im Vergleich zu den kleinen weltlichen Territorialgewalten am Südharrande, in denen Müntzer aufwuchs, dessen geistige Entwicklung abzuleiten, oder wenn er die 44 Artikel, die Sebastian Frank in seiner „Chronica“ anführt, wörtlich und ohne jede Kritik als exakten und gültigen Ausdruck der Lehren Müntzers nimmt und seiner Darstellung zugrunde legt.⁹ Auf andere Dinge einzugehen, erübrigt sich. So sehr es zu begrüßen ist, daß Freunde der Heimatgeschichte sich mit dem Leben und Wirken Thomas Müntzers beschäftigen, so sehr muß man doch fordern, daß diese Arbeiten ständig an Hand der Fachliteratur überprüft werden, damit keine übereilten Schlußfolgerungen zustandekommen, die niemandem nützen, sondern nur verwirren können. Allein mit den Mitteln der familiengeschichtlichen Forschung ist historischen Problemen nicht beizukommen.

Die Konferenz hat in ihrem Verlauf gezeigt, daß in den vergangenen Jahren in der Deutschen Demokratischen Republik zahlreiche marxistische Kader herangewachsen sind, die auch in steigendem Maße mit eigenen Forschungsergebnissen aufzutreten verstehen. Das berechtigt uns zu der Überzeugung, daß wir die Stagnation, die mehrfach festgestellt wurde, auf unserem Gebiet bald überwinden und auch in unseren Geschichtszeitschriften und in selbständigen Veröffentlichungen künftig stärker mit Problemen der Reformation und des Bauernkrieges an die Öffentlichkeit treten werden.

Es zeigte sich weiter, daß die Fragestellungen unserer Arbeiten bereits weitgehend von marxistischen Grundpositionen aus bestimmt sind und in diametralem

⁸ Vgl. hierzu: A. Zumkeller, Thomas Müntzer — Augustiner? In: *Augustiniana* IX (1959) S. 380–385. Zumkeller weist überzeugend die völlige Haltlosigkeit der Beweisführung Goebkes nach. Vgl. auch G. Franz in „Archiv für Reformationsgeschichte“ 50 (1959) S. 258.

⁹ Goebke a. a. O. S. 26 ff. Seb. Franks Geschichtsbibel ist 1531 erstmals gedruckt worden. In dem Druck Ulm, Joh. Varnier, 1536, findet sich die Stelle f. 187b–189b.

Gegensatz stehen zur bürgerlichen Forschung. Dabei stehen die sozialökonomischen Probleme, die Erforschung der Rolle der Volksmassen, Fragen der Wirtschaftsgeschichte und dergleichen bei uns durchweg im Vordergrund, wobei die Analyse bereits sichtlich in die Tiefe dringt und wesentlich differenzierter vorgenommen wird, als das vor Jahren noch fast die Regel war. So sind wir heute bereits in der Lage, grundsätzliche Fragen der frühbürgerlichen Revolution zu beantworten und methodische Hinweise für die weitere Forschungsarbeit zu geben. Dabei macht es sich erfreulicherweise bemerkbar, daß die alte Zersplitterung der Kräfte nun doch überwunden wird, daß einmal die Vertreter der verschiedenen Historischen Institute zueinander gefunden haben und daß zum anderen auch die Zusammenarbeit mit den Archivaren sich endlich zu verbessern beginnt, eine Zusammenarbeit, die für beide Teile nützlich und für eine erfolgreiche Arbeit unentbehrlich ist. Wir werden diesen Weg weiter beschreiten und die gemeinsame Arbeit auf dieser neuen Grundlage im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften der Deutschen Historiker-Gesellschaft intensivieren müssen.

Die Konferenz zeigte aber ebenso deutlich auch die noch vorhandenen Schwächen und Mängel unserer Arbeit. Es wurde hier in Wernigerode offenkundig, daß der Hauptmangel unserer Geschichtswissenschaft im allgemeinen und der Mediävistik im besonderen nach wie vor in der unzureichenden Durchdringung der historischen Problematik mit der Theorie des historischen Materialismus besteht. Es zeigte sich auf der anderen Seite aber auch, daß teilweise die theoretischen Fragestellungen nicht immer auf eingehender Materialkenntnis beruhen und aufbauen. Beide Mängel müssen überwunden werden.

Die wichtigsten Schlußfolgerungen, die sich aufdrängen und die zur Grundlage unserer weiteren Arbeit gemacht werden müssen, scheinen mir zu sein:

1. Es hat sich gezeigt, daß der von der Sektion Mediävistik der Deutschen Historiker-Gesellschaft eingeschlagene Weg der richtige ist. Diese erste Konferenz unserer Sektion hat bereits in einem bedeutenden Maße das Kennenlernen erleichtert, den Zusammenschluß der Fachkräfte herbeigeführt, die Diskussion in einem weiten Rahmen eröffnet und den Weg gewiesen für eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.
2. Die Konferenz hat gezeigt, daß die Einheit von Quellenforschung und theoretischer Durchdringung auf der Grundlage des historischen Materialismus eine notwendige Forderung an uns alle ist, eine Forderung, die freilich nur in systematischer und gründlicher Arbeit verwirklicht werden kann.

Wenn wir von den Ergebnissen unserer Konferenz ausgehen, so lassen sich die Hauptaufgaben der weiteren Forschung wie folgt umreißen:

1. Die entscheidende Voraussetzung für weitere Erfolge ist die gründliche und allseitige Klärung der theoretischen Grundfragen, besonders die Klärung der Frage nach dem Charakter der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland, was ohne stärkere Berücksichtigung der sowjetischen Literatur und Diskussionsbeiträge nicht möglich ist.

Unbedingt benötigt werden Untersuchungen zur nationalen Frage, zur Entwicklung der bürgerlichen Revolution und zum Problem des Absolutismus.

2. Dringend notwendig ist die Klärung der Fragen der ursprünglichen Akkumulation, d. h. Keime und Formen des Kapitalismus sowie des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus.
3. Nur durch eine Analyse der Klassenstruktur in Einzelforschungen, die sich sowohl auf die Untersuchung der plebejischen Schichten in den Städten und Bergbaugebieten, besonders soweit sie als vorproletarisch angesprochen werden können, als auch auf die leibeigenen und hörigen Bauern erstrecken müssen, wird die Stärke der oppositionellen Kräfte mit Genauigkeit festgestellt werden können, um von hier aus die politischen Aktionen und Organisationsformen sowie die entsprechenden Ideologien zu untersuchen.
4. Von Bedeutung ist weiterhin die quellenmäßige Erforschung des Verlaufs der frühbürgerlichen Revolution in ihrem ganzen zeitlichen wie räumlichen Umfang, wobei den Zusammenhängen und Beziehungen zwischen den verschiedenen Zentren der revolutionären Bewegung besondere Beachtung zu schenken ist.
5. Nicht vernachlässigt werden darf die Geschichte des deutschen Humanismus¹⁰ dessen Problematik auf der Konferenz zu kurz kam und nur von W. Zöllner berührt wurde.
In diesem Zusammenhang muß erneut auf die große Bedeutung der Erforschung der Kunst und Literatur dieses Zeitraums hingewiesen werden.
6. Schließlich muß die Erforschung des Täufertums in allen seinen Erscheinungsformen und Auswirkungen fortgeführt werden; mehr Aufmerksamkeit ist künftig den Außenseitern, die sich nur schwer einordnen lassen, zu schenken (Seb. Frank, Paracelsus, Kaspar Schwenkfeld von Ossig u. a.).

Niemand wird von der Wernigeroder Tagung eine endgültige Klärung dieser mannigfachen und komplizierten Probleme erwartet haben. Hat doch auch die Diskussion in der Sowjetunion noch keineswegs ihren Abschluß gefunden.¹⁰

¹⁰ Ich möchte darauf hinweisen, daß selbst ein so wichtiges und bedeutendes Hilfsmittel wie das Lehrbuch „Politische Ökonomie“ im Grunde eine andere Auffassung von der frühbürgerlichen Revolution vertritt. In unserer ersten deutschen Ausgabe von 1955 wird der Bauernkrieg von 1525 unter den Bauernkriegen von der Jacquerie bis zum Taiping-Aufstand aufgeführt; als erste bürgerliche Revolution wird hier eindeutig die Revolution in den Niederlanden bezeichnet, an die sich dann die englische und die französische anschließen (Politische Ökonomie. Lehrbuch. Berlin 1955, S. 70). Die neue Ausgabe ist gleichlautend, wenn auch für die älteren Partien beträchtlich gekürzt, um Raum zu gewinnen für die neueste Zeit (Politische Ökonomie, Lehrbuch. Berlin 1959, S. 55/56).

In der „Geschichte der Neuzeit“, I Bd., 1640–1789, hrsg. von Birjukowitsch, Porschnew und Skaskin, Berlin 1954 (russ. 1951) heißt es sogar auf S. 8: „Sieht man von der niederländischen Revolution im 16. Jahrhundert, die geringere Bedeutung besaß, ab, so war die englische Revolution im 17. Jahrhundert die erste Revolution, die die Grundzüge der bürgerlichen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates verkündete . . .“

Es braucht nicht betont zu werden, daß es sich hier um echte wissenschaftliche Probleme handelt, die nicht auf einer Konferenz allein geklärt werden können, sondern nur in systematischer und beharrlicher Arbeit, unter stetiger Erweiterung der Quellengrundlage und bei ständig vertiefter theoretischer Durchdringung einer Lösung entgegengeführt werden können.

Die nach der Tagung einsetzende Arbeit zeigte bereits, daß das in Wernigerode Begonnene in erfolgsversprechendem Sinne weitergeführt wird. Nachdem die Konferenz die Konstituierung der Sektion Mediävistik der Deutschen Historiker-Gesellschaft gebracht hatte, kam es zunächst darauf an, die Ergebnisse der Konferenz zu popularisieren und weiterzutragen; neue Mitarbeiter galt und gilt es zu gewinnen, vor allem auch unter den Geschichtslehrern, die an der Konferenz zahlenmäßig nur schwach vertreten waren. Ein erster Schritt in dieser Richtung war die Arbeitstagung des Bezirksverbandes IV der Deutschen Historiker-Gesellschaft, die am 24. Februar 1960 in Zwickau unter erfreulich hoher Teilnahme von Geschichtslehrern, Heimatforschern, Archivaren und Propagandisten stattfand. Die Tagung war den Problemen der Müntzer-Forschung gewidmet, wozu Dr. Zschäbitz von der Karl-Marx-Universität einen umfassenden Überblick über den Stand der Forschung gab und die Teilnehmer ausführlich über Verlauf und wissenschaftliche Ergebnisse der Wernigeroder Konferenz informierte. Dr. Steinmüller, der Stadtarchivar von Zwickau, behandelte in einem zweiten Referat Müntzers Aufenthalt in Zwickau, worin er nach einer eingehenden Analyse der wirtschaftlichen Lage und der Sozialstruktur von Zwickau um 1500 feststellte, daß Müntzer in Zwickau das erste Mal mit einer für die damalige Zeit modernen, gewerblich hochentwickelten Stadt mit ausgeprägten sozialen Spannungen in Berührung kam, eine Begegnung, die die weitere Entwicklung Müntzers nicht unerheblich beeinflusste.

Diesem ersten Schritt folgte am 29. Mai eine weitere Tagung in Mühlhausen, die eine Gedenkfeier anlässlich des 435. Todestages von Thomas Müntzer, bei der M. Steinmetz die Festrede hielt, mit der Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der Reformation und des Bauernkrieges (frühbürgerliche Revolution) in Deutschland“ verband.¹¹

Diese Tagung hat ein vom Historischen Institut in Jena ausgearbeitetes langfristiges Forschungsprogramm beraten und konkrete Festlegungen über die Verteilung der Aufgaben getroffen. Die Organisation und Anleitung der Arbeitsgemeinschaft wurde als Leitinstitut dem Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena übertragen, an dessen Stelle seit Herbst 1960 das

„Die Geschichte der Philosophie“, Bd. I, Berlin 1959, rechnet die „Reformationsbewegungen“ von Hus bis zu den polnischen Arianern zur Periode der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse (15.–16. Jahrhundert) und setzt den Beginn der frühen bürgerlichen Revolutionen erst mit dem Ende des 16. Jahrhunderts an (S. 287 ff. und 309 ff.).

Also auch hier ist noch keine einheitliche Meinung vorhanden.

¹¹ Vgl. hierzu: G. Brendler, Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der Reformation und des Bauernkrieges (frühbürgerliche Revolution) in Deutschland“. In: ZfG 9 (1961) Heft 1.

Institut für deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig getreten ist. Die Leitung hat Prof. Dr. Steinmetz in Verbindung mit Dr. Zschäbitz übernommen, Sekretär der Arbeitsgemeinschaft ist der wissenschaftliche Assistent G. Brendler. Hauptaufgaben der nächsten Jahre sind die Abfassung des Abschnitts 1476–1648 des Lehrbuchs der deutschen Geschichte und die Ausarbeitung einer umfassenden Biographie Thomas Müntzers, verbunden mit einer Neuausgabe der wichtigsten Dokumente zur Geschichte seines Lebens und Wirkens. So zeichnet sich also seit Wernigerode eine neue Etappe in der Entwicklung unserer Reformationsgeschichtsschreibung ab. Intensivierung der Forschung, gründlichere Durchdringung der Probleme mit der Theorie des historischen Materialismus, entschlossene Konzentration auf die Schwerpunktaufgaben und sinnvolle Koordinierung aller vorhandenen Kräfte – dies sind die Forderungen, deren Verwirklichung unsere Geschichtswissenschaft auch auf diesem Gebiet befähigen wird, ihren gesellschaftlichen Auftrag in Ehren zu erfüllen.¹²

¹² Während der Fertigstellung des vorliegenden Protokollbandes sind folgende in den Anmerkungen des Referates angekündigte Arbeiten erschienen: D. Lösche, Achtmänner, Ewiger Bund Gottes und Ewiger Rat. Zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Mühlhausen i. Thür. 1523–1525. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, Teil I, Berlin 1960, S. 135–162 (vgl. S. 21 Anm. 9). – M. Steinmetz, Reformation und Bauernkrieg in der Historiographie der DDR. In: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm im August 1960. Sonderheft der ZfG, Berlin 1960, S. 142–162 (vgl. S. 26 Anm. 18). – Von den Gaismaierforschungen J. Maceks ist außer der auf S. 21 Anm. 10 genannten Arbeit erschienen: Das revolutionäre Programm des deutschen Bauernkrieges von 1526. In: Historica II, Praha 1960, S. 111–144 (in deutscher Sprache).

AUTORENVERZEICHNIS

Becker, Henrik, Dr. phil. habil., Professor mit vollem Lehrauftrag, Direktor des Instituts für Sprachpflege und Wortforschung der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Blaschke, Karlheinz, Dr. phil., Wissenschaftlicher Archivar am Sächsischen Landeshauptarchiv Dresden.

Brendler, Gerhard, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Deutsche Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Donnert, Erich, Dr. phil., Mit der Wahrnehmung einer Dozentur beauftragt, Leiter der Abteilung für Geschichte des Mittelalters und der Völker der UdSSR am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Falk, Gebhard, Dr. phil., Wissenschaftlicher Archivar am Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam.

Goebke, Hermann, Kirchenarchivar in Quedlinburg.

Günther, Gerhard, Dr. jur., Leiter des Stadtarchivs Mühlhausen/Thüringen.

Heitz, Gerhard, Dr. phil. habil., Dozent, Leiter der Abt. für Geschichte des Mittelalters am Historischen Institut der Universität Rostock.

Köditz, Hanna, Dr. phil., Verlagslektorin bei Rütten & Loening, Berlin.

Lösche, Dietrich, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Macek, Josef, Dr., Direktor der Historischen Abteilung der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften.

Mittenzwei, Ingrid, Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Berlin.

Mühlpfordt, Günter, Dr. phil. habil., Professor mit Lehrauftrag, Institut für Geschichte der Völker der UdSSR mit Abteilung für Geschichte der west- und südslawischen Völker, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Halle/Saale.

Müller, Helmut, Direktor des Heimatmuseums „Schloß Elisabethenburg“ Meiningen.

Müller-Mertens, Eckard, Dr. phil. habil., Professor mit Lehrauftrag am Institut für Deutsche Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin.

Neuß, Erich, Dr. phil. habil., Dozent, Institut für Deutsche Geschichte mit Abteilung Zeitgeschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Halle/Saale.

Schildhauer, Johannes, Dr. phil. habil., Professor mit Lehrauftrag, Direktor des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

Steinmetz, Max, Dr. phil. habil., Professor mit Lehrstuhl, Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Steinmüller, Karl, Dr. phil., Leiter des Stadtarchivs Zwickau.

Straube, Manfred, Wissenschaftlicher Assistent am Historischen Institut der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

Vogler, Günther, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Deutsche Geschichte, Abteilung Neuzeit I, an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Zöllner, Walter, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter, Institut für Allgemeine Geschichte, Abteilung Mittelalter, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Halle/Saale.

Zschäbitz, Gerhard, Dr. phil., Mit der Wahrnehmung einer Dozentur beauftragt, Institut für Deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

10. 10. 10

- 7. 03. 74

- 6. 05. 74

15. 10. 76

1. März 1978

- 8. April 1978

10. Jan 1979

23. II. 1983

10. Aug 1984

Rudolf

- 4. Juli 1986

1. März 1995

Datum der Entleihung bitte hier einstempeln!

[illegible]

9526162/14/79

Datum der Entleihung bitte hier einstempeln!

06 März 1989
26. Nov. 1992
17. März 1993

(204) J6 162/14/79

X

Hinweise

308 S.

Bd 2

Signatur 34. 8° 6872		Stok 110
RS	Bub	AK Bz
Titelaufn. hö		AKB

FK

1 M. Genle d. MA. Al
1 M. Genle d. Rel. 7A. Oc

Bio K

Bild K

SWK

Deutschland (bühnen-
liche Revolution) x

Sonderstandort

Signum

Ausleihe-
vermerk

III/9/280 Id-G 54/60

34. 8° 6872

32

SLUB Dresden

3 1250408